

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

43. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 14. und Mittwoch, 15. Dezember 1976

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977
 Beratungsgruppe VI: Unterricht und Kunst
 Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und Forschung
 Beratungsgruppe XIII: Bauten und Technik
 Beratungsgruppe X: Verkehr

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 4012)
 Ordnungsrufe (S. 4031 und S. 4182)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 4130)

Ausschüsse

Zuweisung (S. 4012)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (320 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 (380 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 71: Bundestheater
 Spezialberichterstatter: Dr. Lenzi (S. 4012)

Beratungsgruppe XIV: Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung

Spezialberichterstatter: Maderthaner (S. 4014)

Redner: Peter (S. 4015 und S. 4097), Dr. Gruber (S. 4023), Dr. Schnell (S. 4031), Dr. Eduard Moser (S. 4040), Dipl.-Vw. Josseck (S. 4040), Dr. Busek (S. 4044), und S. 4111), Radinger (S. 4050), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 4055), Bundesminister Dr. Sinowatz (S. 4059), Dr. Kaufmann (S. 4064), Luptowits (S. 4068), Dr. Blenk (S. 4072), Bundesminister Dr. Hertha Firnberg (S. 4076), Dr. Stix (S. 4082), Wille (S. 4086), Mag. Höchtl (S. 4089), Haas (S. 4092), Wilhelmine Moser (S. 4095), Dr. Hilde Hawlicek (S. 4098), Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth (S. 4103), DDr. Maderner (S. 4108), Ing. Amtmann (S. 4112), und Dr. Frauscher (S. 4115)

Ausschußentschließung betreffend Umschichtung von Budgetposten (S. 4014) – Annahme E 5 (S. 4118)

Entschließungsantrag Dr. Busek auf Vorlage eines Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstler (S. 4049) – Ablehnung (S. 4118)

Annahme der Beratungsgruppen VI und XIV (S. 4118)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe XIII: Kapitel 64: Bauten und Technik

Spezialberichterstatter: Modl (S. 4119)

Beratungsgruppe X: Kapitel 65: Verkehr, Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt, Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen

Spezialberichterstatter: Dr. Tull (S. 4120)

Redner: Ing. Letmaier (S. 4121), Ing. Wilinginger (S. 4125), Melter (S. 4128 und S. 4130), Lehr (S. 4132), Dr. Keimel (S. 4135), Babanitz (S. 4139) Dr. Schmidt (S. 4145), Schemer (S. 4153) Bundesminister Moser (S. 4157 und S. 4201), Hagspiel (S. 4161), Troll (S. 4163), Dkfm. DDr. König (S. 4168 und S. 4177), Prechtl (S. 4173), Dr. Stix (S. 4177), Libal (S. 4180), Ing. Gradinger (S. 4182), Dr. Lenzi (S. 4185), Bundesminister Lanc (S. 4188), Zeillinger (S. 4193 und S. 4201) und Hietl (S. 4202)

Annahme der Beratungsgruppen XIII und X (S. 4204)

Eingebracht wurden

Bericht

Tätigkeitsbericht der Arbeitsinspektion im Jahre 1975, BM f. soziale Verwaltung (III-54) (S. 4012)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Feurstein, Dr. Blenk, Hagspiel und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Ausscheiden von 23 Nachwuchskräften bei der Post- und Telegraphendirektion im Bundesland Vorarlberg (878/J)

Otilie Rochus und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Subventionierung der Zeitschrift „Europäische Kirchenfreie Rundschau“ (879/J)

Otilie Rochus und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend die Beantwortung einer im Finanz- und Budgetausschuß am 17. 11. 1976 gestellten Frage (880/J)

Dr. Wiesinger und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Änderung der Ärztekammerwahlordnung (881/J)

Dr. Schmidt, Zeillinger und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Anhäufung von Raubüberfällen in der ersten Dezemberhälfte – Engpaß im Personalstand der Exekutive (882/J)

Egg, Dr. Lenzi, Dr. Reinhart, Weinberger und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Schulbauten in Tirol (883/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Peter und Genossen (745/AB zu 741/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Voraberger und Marwan-Schlosser.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 745/AB eingelangt ist.

Die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebene Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Verwaltungsstrafgesetz 1950 geändert wird (383 der Beilagen),

weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Ferner weise ich den vom Bundesminister für soziale Verwaltung vorgelegten Tätigkeitsbericht der Arbeitsinspektion im Jahre 1975 (III-54 der Beilagen)

dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Wir nehmen die am 3. Dezember 1976 vertagte Verhandlung des Berichtes des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (320 und Zu 320 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt Anlagen (380 der Beilagen), wieder auf.

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die auf der Tagesordnung stehenden Beratungsgruppen VI: Unterricht und Kunst, sowie XIV: Wissenschaft und Forschung, wie auch über die Beratungsgruppen XIII: Bauten und Technik, sowie X: Verkehr, des Bundesvoranschlags jeweils zusammengefaßt.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (320 und Zu 320 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt Anlagen (380 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI

Kapitel 12: Unterricht (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 13: Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 71: Bundestheater

Beratungsgruppe XIV

Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe VI ist der Herr Abgeordnete Dr. Lenzi. Ich ersuche um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Dr. **Lenzi:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe VI. Diese umfaßt die Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, und Kapitel 71: Bundestheater.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlags für das Jahr 1977 in seiner Sitzung am 17. November 1976 in Verhandlung gezogen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1977 ist für das Unterrichts- und Kunstbudget ein Gesamtausgabenrahmen von 20.599,245.000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf den Personalaufwand 6.097,324.000 S und auf den Sachaufwand 14.501,921.000 S. Gegenüber dem BVA 1976 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 637,662.000 S, das sind 11,67 Prozent, und im Sachaufwand eine solche von 1.744,436.000 S, das sind 13,67 Prozent.

Die Bundestheater (Kapitel 71) sind mit 1.145,725.000 S präliminiert. Auf den Personalaufwand entfallen 910,300.000 S und auf den Sachaufwand 235,425.000 S. Die Steigerung im Personalaufwand beläuft sich auf 98,990.000 S, das sind 12,20 Prozent, beziehungsweise im Sachaufwand auf 12,230.000 S, das sind 5,48 Prozent.

Im einzelnen stellt sich das Unterrichts- und Kunstbudget wie folgt dar:

Personalaufwand: Die um 637,662.000 S erhöhten Ansätze auf dem Personalsektor der Kapitel Unterricht und Kunst sind bedingt durch die am 1. Juli 1976 beziehungsweise 1. Jänner 1977 in Kraft getretene Bezugserhöhung in der Durchschnittshöhe von 9,41 Prozent auf der Bezugsbasis vom 1. Juli 1975. Die wesentlich-

Dr. Lenzi

sten Aufstockungen im Personalaufwand sind bei den Ansätzen 1/12700 (Allgemeinbildende Höhere Schulen) von 2.638,330.000 S auf 2.917,000.000 S, 1/12800 (Technische und gewerbliche Lehranstalten) von 981,736.000 S auf 1.098,478.000 S, 1/12810 (Sozialakademien) von 395,717.000 S auf 504,500.000 S sowie 1/12820 (Handelsakademien und Handelsschulen) von 557,347.000 S auf 661,800.000 S vorgenommen worden.

Sachaufwand: Im Sachaufwand des Unterrichts- und Kunstressorts ist eine Steigerung um 1.744,436.000 S, und zwar von 12.757,485.000 S im Jahre 1976 auf 14.501,921.000 S für das Jahr 1977, vorgesehen. Die Steigerung beträgt 13,67 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr.

Die beim Ansatz 1/120 - „Bundesministerium für Unterricht und Kunst - Zentraleitung“ veranschlagten Kredite für die Schulraumbeschaffung, für das Hallenbäder- und Sporthallenzuschußprogramm und für das Schülerheimprogramm konnten um 24,54 Prozent gesteigert werden und belaufen sich nun auf 613,900.000 S.

Einer der wesentlichsten Schwerpunkte ist auf dem Gebiet des Sportwesens bei den Ansätzen 1/1222 - „Sportförderung“ und 1/1240 - „Bundesheime und Sporteinrichtungen“ gesetzt worden. Zieht man nämlich jene im BVA 1976 auslaufend budgetierten Bundesbeiträge für die XII. Olympischen Winterspiele Innsbruck 1976, und zwar bei den Ansätzen 1/2224 Bundesbeitrag zur Abdeckung des ORF-Aufwandes 57,500.000 S, 1/12226 ORF-Zinsendienst 17,500.000 S und 1/12402 Olympiabauaufwand 36,000.000 S, ab, so ergibt sich beim Ansatz 1/2222 - „Sportförderung“ eine echte Erhöhung um 13,000.000 S sowie bei Ansatz 1/1240 - „Bundesheime und Sporteinrichtungen“ von 16,500.000 S, und zwar bei den Anlagenkrediten in der Höhe von 8,500.000 S für den weiteren Ausbau der Bundessporteinrichtungen sowie 8,000.000 S für den Betriebsaufwand.

Der Sachaufwand des Ansatzes 1/1270 - „Allgemeinbildende Höhere Schulen“ erfuhr unter der Berücksichtigung, daß die Förderungsausgaben ab dem BVA 1977 zentral bei einem eigenen finanzgesetzlichen Ansatz verrechnet werden, sowie unter Berücksichtigung der Aufwendungen für Gesetzliche Verpflichtungen eine Steigerung von 36,35 Prozent, und zwar von 359,008.000 S auf 481,122.000 S.

Der Sachaufwand für das berufsbildende Schulwesen der Ansätze 1/1280 - „Technische und gewerbliche Lehranstalten“, 1/1281 - „Sozialakademien, Lehranstalten für Frauen-, Fremdenverkehrs- und Sozialberufe“ und 1/1282 - „Handelsakademien und Handelsschu-

len“ konnte unter Berücksichtigung, daß die Förderungsausgaben ab dem BVA 1977 zentral bei einem eigenen finanzgesetzlichen Ansatz verrechnet werden, um 27,17 Prozent auf 530,191.000 S angehoben werden.

Die Sachaufwandskredite für die Lehrer- und Erzieherbildung der Ansätze 1/1272 - „Pädagogische Akademien und pädagogische Institute“, 1/1273 - „Bildungsanstalten“ und 1/1283 - „Berufspädagogische Akademien und berufspädagogische Institute“ erfuhr unter der Berücksichtigung, daß die Förderungsausgaben ab dem BVA 1977 zentral bei einem eigenen finanzgesetzlichen Ansatz verrechnet werden, eine Steigerung um 30,71 Prozent und betragen nun 137,178.000 S.

Die Sachaufwandskredite des Kunstsektors betragen für das Jahr 1977 306,380.000 S und sind gegenüber dem BVA 1976 um 15,54 Prozent gestiegen. Die sehr erfreuliche Kreditaufstockung im Kunstbereich hat ihre Schwerpunkte bei den Ansätzen 1/13016 - „Musik und darstellende Kunst“, 1/13026 - „Literatur“ und 1/13046 - „Filmwesen“.

Die Steigerungsrate bei den Bundestheatern beläuft sich auf 10,75 Prozent. Das Kreditvolumen hat sich von bisher 1.034,505.000 S im Jahre 1976 auf 1.145,725.000 S im Jahre 1977 ausgeweitet. Der Personalaufwand erfuhr eine Steigerung um 12,20 Prozent auf 910,300.000 S und der Sachaufwand eine solche von 5,48 Prozent und beträgt demnach für das Jahr 1977 235,425.000 S.

Die Einnahmen der Kapitel 12 und 13 gehen von 258,345.000 S im Jahre 1976 auf eine Voranschlagsziffer von 257,577.000 S zurück. Diese sinkende Tendenz hat ihre Ursache im Zurückgehen der Ersätze für Bezugsvorschüsse der Landeslehrer im Bereich des allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulwesens.

Die beim Bundesministerium für Bauten und Technik veranschlagten Baukredite der Unterrichtsverwaltung betragen 882,165.000 S.

Abschließend darf noch erwähnt werden, daß ein Betrag von 135,705.000 S im Konjunkturbelebungsprogramm des Konjunkturausgleichsvoranschlages für die Kapitel Unterricht und Kunst vorgesehen ist.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters im Ausschuß anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Gruber, Dr. Schnell, Dipl.-Ing. Hanreich, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Edith Dobesberger, Suppan, Dr. Kaufmann, Luptowits, Mag. Höchtl, Hatzl, Dr. Frauscher, Lafer, Haas, Steinbauer, DDr. Maderner, Hietl und Lona Murowatz.

4014

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dr. Lenzi

Bundesminister Dr. Sinowatz beantwortete ausführlich die an ihn gerichteten Anfragen.

Bei der Abstimmung am 24. November 1976 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VI gehörenden Teile des Bundesvoranschlags für das Jahr 1977 angenommen.

Ein von den Abgeordneten Dr. Schnell und Dr. Gruber eingebrachter Abänderungsantrag wurde aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen nicht zur Abstimmung gebracht. Hingegen wurde ein denselben Gegenstand betreffender Entschließungsantrag der Abgeordneten Mühlbacher und Sandmeier mit Mehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 12: Unterricht, dem Kapitel 13: Kunst, und dem Kapitel 71: Bundestheater, samt den zu den Kapiteln 12 und 13 dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlags des Bundesvoranschlags für das Jahr 1977 (320 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt;

2. die dem Ausschlußbericht beige druckte Entschließung wird angenommen.

Ich beantrage, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe XIV ist der Herr Abgeordnete Maderthaner. Ich ersuche um den Bericht.

Spezialberichterstatte **Maderthaner:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XIV. Diese umfaßt das Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe XIV zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlags für das Jahr 1977 in seiner Sitzung am 17. November 1976 in Verhandlung gezogen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1977 ist für den Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ein Gesamtausgabenrahmen von 6.885,952.000 S vorgesehen. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1976 von 6.713,274.000 S ergibt dies eine Steigerung um 2,57 Prozent.

Im einzelnen entfallen auf den Personalaufwand 3.053,406.000 S und auf den Sachaufwand 3.832,546.000 S; gegenüber dem Bundesvoranschlag 1976 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 248,043.000 S, das sind 8,84 Prozent, und im Sachaufwand eine rechnungs-

rische Verminderung von 75,365.000 S. Im Hinblick darauf aber, daß mit der Bauträgerschaft des „Allgemeinen Krankenhauses“ eine Kapitalgesellschaft betraut und die hierfür notwendigen Ansätze im Kapitel 54 (Bundesministerium für Finanzen, Bundesbeteiligung) zu veranschlagen sind, müssen zu Vergleichszwecken die 300,000.000 S für das Allgemeine Krankenhaus, die im Bundesvoranschlag 1976 im Kapitel 14 veranschlagt waren, von der Vergleichsbasis abgezogen werden. Damit ergibt sich gegenüber dem Bundesvoranschlag 1976 ein realer Zuwachs von 6,2 Prozent.

Aus demselben Grund ergibt sich die Verringerung des Anteils des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamtbudget auf 2,86 Prozent.

Personalaufwand: Der Personalaufwand für das Wissenschaftsressort wurde für 1977 mit 3.053,406.000 S fixiert. Der größte Anteil hievon entfällt auf die Universitäten, und zwar mit 2.456,000.000 S.

Sachaufwand: Der Forschungsblock, das sind die Ansätze 1/1413 - Expertengutachten und Auftragsforschung, 1/1414 - Wissenschaftliche Forschung, 1/1415 - Gewerbliche Forschung, 1/1416 - Forschungseinrichtungen, 1/1417 - Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute, 1/1418 - Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation und 1/1419 - Forschungsunternehmungen, steigt von 811,757.000 S im Jahre 1976 um 16,211.000 S auf 827,968.000 S für das Jahr 1977, was trotz Sparbudget einer Steigerung von 2 Prozent gleichkommt.

Der bei Ansatz 1/1413 im Jahre 1975 erstmals zur Ausschreibung gelangte Staatspreis für Energieforschung in der Höhe von 100.000 S konnte auch wieder in den Bundesvoranschlag 1977 aufgenommen werden. Neu geschaffen wurde der Ludwig-Boltzmann-Preis in der Höhe von 50.000 S.

Bei Ansatz 1/1416 konnten für das China-Forschungsinstitut 400.000 S sowie für die Schaffung eines Donautlas 1,000.000 S in das Budget aufgenommen werden. Bei den Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) für Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation (Ansatz 1/14187) wurde der Beitrag für das CERN von 127,932.000 S im Jahre 1976 auf 116,000.000 S reduziert, wogegen der Beitrag zur ESA - Spacelab von 5,000.000 S im Jahre 1976 auf 14,950.000 S aufgestockt werden konnte.

Weitere Beiträge: Molekularbiologie - Europäische Zusammenarbeit 5,400.000 S, Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage 2,264.000 S.

Maderthaner

Die Beiträge des Bundes für die Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie wurden für 1977 mit 203,233.000 S festgesetzt, was einer Steigerung gegenüber 1976 von 2,999.000 S gleichkommt.

Die Sachaufwandskredite der Universitäten (reelle Gebarung) erfuhren eine Steigerung von 7,62 Prozent, und zwar von 1.571,640.000 S im Jahre 1976 auf 1.691,370.000 S für das Jahr 1977 und dienen vor allem den Aufwendungen für Unterrichts- und Forschungserfordernisse, einschließlich der EDV-mäßigen Ausstattung der Universitäten.

Für die Betriebsaufwendungen der Universitäten stehen im Bundesvoranschlag 1977 um 75,7 Millionen Schilling mehr gegenüber dem Bundesvoranschlag 1976 zur Verfügung, dies entspricht einer Steigerung von 14,12 Prozent.

Für das Universitätszentrum Wien-Althanstraße, welches die Wirtschaftsuniversität Wien und das Zoologische Institut der Universität Wien aufnehmen soll, ist als ein weiterer Schwerpunkt des Wissenschaftsbudgets auch im Haushaltsjahr 1977 wieder im Ausmaß von 100,000.000 S vorgesorgt.

Die Kredite der Kunsthochschulen steigen um 7,72 Prozent auf 143,765.000 S. Hier konnte unter anderem für die Neueinrichtung des Borromäums ein Betrag von 2,000.000 S für das Jahr 1977 veranschlagt werden.

Die Sachaufwandskredite auf dem Bibliothekssektor erfuhren eine Steigerung um 6,92 Prozent von 76,456.000 S auf 81,744.000 S. Diese Mittel werden vor allem für den Ausbau beziehungsweise die Erweiterung der Bibliotheken verwendet.

Schließlich ist für wissenschaftliche Zeitschriften und Publikationen wieder eine Förderungspost bei Ansatz 1/14006 mit einem Betrag von 3,800.000 S veranschlagt.

Der Sachaufwand für den Musealbereich wird einen weiteren Ausbau der Museen und Sammlungen des Bundes ermöglichen; das Kreditvolumen für 1977 beträgt 56,642.000 S. Besonders darf erwähnt werden, daß für internationale Großausstellungen für das Jahr 1977 ein Betrag von 3,500.000 S bereitgestellt werden konnte, für 1977 sind an Großausstellungen unter anderem insbesondere „Far-West - 200 Jahre USA“, die UNESCO-Ausstellung „Borobudur“, die bulgarische Ikonenausstellung sowie eine Rubens-Ausstellung zu nennen.

Die gleichfalls gestiegenen Sachaufwandskredite für den Denkmalschutz weisen ein Kreditvolumen von 69,220.000 S auf.

Die Einnahmenentwicklung im Rahmen des

Kapitels 14 weist eine Steigerung von 219,701.000 S im Jahre 1976 auf 236,509.000 S für 1977 auf; dies entspricht einer Steigerungsrate von 7,65 Prozent.

Schließlich sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag des Kapitels 14 „Wissenschaft und Forschung“ 272,912.000 S im Rahmen der Konjunkturbelebungsquote veranschlagt.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters im Ausschuß anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Blenk, Radinger, Dipl.-Ing. Hanreich, Blecha, Dr. Gruber, Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth, Anneliese Albrecht, Dr. Ermacora, Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Kaufmann, Suppan, Wille und Dr. Wiesinger.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg beantwortete ausführlich die an sie gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 24. November 1976 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe XIV gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Radinger und Dipl.-Ing. Hanreich in der vom Unterausschuß vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung, samt dem zu diesem Kapitel dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 (320 der Beilagen) mit den dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Ich beantrage, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Peter. Bitte.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe zu begründen, warum wir Freiheitlichen die Budgetkapitel Unterricht und Kunst ablehnen.

Diese Ablehnung der Freiheitlichen ist nicht allein in den Ziffernansätzen dieser Budgetkapitel begründet. Über mehr oder weniger Geld läßt sich immer trefflich streiten.

Viel ernster wird die Sache schon, wenn man die Frage aufwirft: Inwieweit sind in den letzten

Peter

Jahren die für Unterricht und Kunst verfügbaren Mittel strukturgerecht und im Sinne der Bildungseffizienz richtig eingesetzt worden? Hier kommen wir Freiheitlichen zu dem Ergebnis, daß die verfehlte Struktur des österreichischen Bildungswesens die Ursache dafür ist, daß die für Bildung aufgewendeten Mittel nicht zu einem optimalen Effekt führen konnten.

Seit 1962 ist die seinerzeit von der Österreichischen Volkspartei und den Sozialisten beschlossene Schulreform in Kraft, und seit 1962 wird mehr als ein Jahrzehnt hindurch konsequent nach falschen und daher problematischen bildungspolitischen Strukturen in Österreich gearbeitet.

Die Bildungseinrichtungen sind in diesen 14 Jahren kostspieliger und aufwendiger, keinesfalls aber funktionsfähiger geworden.

Ein signifikantes Merkmal der Schulpolitik der Österreichischen Volkspartei und der Sozialisten ist die Tatsache, daß sich hinter der Fassade einer anerkannt stark gestiegenen Quantität des Bildungswesens eine kümmerliche bildungspolitische Qualität unseres derzeitigen Bildungssystems verbirgt.

Eine akute, zeitlich und in ihren Ausmaßen nicht absehbare Alltagsmisere hat vor Jahren Einzug in unsere Schulstuben aller Organisationsformen gehalten. Zu viele Klassen sind trotz des großen materiellen Bildungsaufwandes heute überfüllt, die Lage ist im Schuljahr 1976/1977 weitaus problematischer und schwieriger als zum Beispiel im Schuljahr 1974/1975.

Jede zehnte Klasse an den allgemeinbildenden höheren Schulen überschreitet nach wie vor die Klassenschülerhöchstzahl.

In diesen Jahren ist eine Verwirrung der Bevölkerung, vor allem der Eltern, durch widersprüchliche Meldungen und Äußerungen des Herrn Bundesministers für Unterricht und Kunst persönlich, seines Ministeriums und durch die Schulbehörden, zum Beispiel: hier Lehrerschwemme, da Lehrermangel!, eingetreten.

Im österreichischen Bundesgebiet fallen derzeit wöchentlich 2400 Unterrichtseinheiten, und zwar in Pflichtfächern, von den Freigegegenständen abgesehen, aus.

Wöchentlich fallen rund 2400 Unterrichtsstunden bei diesem hohen finanziellen Bildungsaufwand aus! Nach den Ursachen zu fragen und zu forschen wäre meines Erachtens eine der grundlegenden Notwendigkeiten unserer Zeit.

Wenn man sich einigermaßen Mühe macht, nach diesen Ursachen zu forschen, kommt man wiederum auf ein signifikantes Merkmal: auf die Tatsache, daß man bis heute Bildungsfor-

schung in Österreich zuwenig ernstgenommen hat. Aus der Tatsache der mangelnden Bildungsforschung resultiert eine zum Teil völlig verfehlte Bildungsplanung.

Das Bundesfinanzgesetz 1977 weist ein Minus von 2,83 Prozent an Dienstposten für die Bundeslehrer aus. Diesem Minus an Bundeslehrern steht ein Mehr an Besuchern der allgemeinbildenden höheren Schulen von 1,1 Prozent gegenüber. Das ist wiederum eine nicht zu überbrückende Diskrepanz, trotz des Umstandes, daß alle materiellen Anstrengungen bis zum Exzeß unternommen worden sind und daß das österreichische Bildungswesen allmählich die Grenze der Finanzierbarkeit erreicht. Diese Diskrepanz trägt zur Verschärfung jener - ich wähle das Wort bewußt - skandalösen Zustände bei, die heute im pädagogischen Bereich Österreichs teilweise vorhanden sind.

Die gemeinsam von der Österreichischen Volkspartei und von der Sozialistischen Partei seit 1962 gegen die Stimmen der Freiheitlichen beschlossenen Schulgesetze sind - das habe ich schon unterstrichen - teilweise überhaupt nicht mehr finanzierbar. Wenn sie finanzierbar wären, dann müßten alle Pflichtfächer ordnungsgemäß unterrichtet werden können.

Herr Bundesminister! Es gibt Maturaklassen, in denen der Mathematikunterricht von nicht geprüften Lehrern erteilt wird. Unter welchen Voraussetzungen diese Maturanten zu ihrer Prüfung geführt werden, brauche ich an diesem Pult nicht gesondert auszuführen.

Die Folgerungen aus den Mißständen sind: Zu große Klassen, zu viele ausgefallene Stunden.

Künftig gibt es weniger Lehrer, obwohl vom pädagogischen Standpunkt aus mehr Lehrer notwendig wären.

Ein Widerspruch folgt dem anderen. Ein ungelöstes Problem reiht sich an das andere!

Die ungeheure quantitative Bildungsexpansion stößt - man kann es nicht oft genug sagen - an die Grenze der Finanzierbarkeit.

Sondervertragslehrer, Herr Bundesminister, mußten in diesem Schuljahr Monate auf das warten, was ihnen Rechtens an Gehalt zusteht. Das ist wiederum ein Beweis dafür, daß die Grenzen der Finanzierbarkeit dieses Bildungssystems erreicht sind.

Die Zahlungsmoral des Bundes ist im allgemeinen schlecht. Die Zahlungsmoral im Bereich der Bildungspolitik, Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst, ist schlicht und einfach unterm Hund. Und mit dieser miserablen Zahlungsmoral werden Sie das Bildungsniveau in Österreich nicht zu heben in der Lage sein.

Peter

Hier ein ungeheures quantitatives Bildungsangebot und dort ein fragwürdiger qualitativer Bildungsertrag!

In den ersten Wochen dieses Schuljahres standen in vielen Schulen, besonders in allgemeinbildenden höheren Schulen, nicht die notwendigen Lehrbücher zur Verfügung. Kostbare Unterrichtsstunden konnten auf Grund mangelnder Lehrbehelfe nicht optimal genutzt werden. Steuergelder beziehungsweise Gelder aus dem Familienlastenausgleich konnten dadurch nicht maximal eingesetzt werden. Sechs bis sieben Wochen nach Unterrichtsbeginn beziehungsweise Schuljahrsbeginn gab es manchenorts noch keine definitiven Stundenpläne. Das im Computerzeitalter!

All diese Mißstände, Herr Bundesminister, mußten Sie in Beantwortungen parlamentarischer Anfragen bereits einbekennen, und wir sind jederzeit in der Lage, Ihnen den Beweis dahin gehend zu erbringen, daß diese Behauptung eine bedauerliche Realität im österreichischen Bildungsalltag ist.

Diese quantitative bildungspolitische Augenauswischerei kommt mehr und mehr an die Grenzen eines bildungspolitischen Notstandes heran. Das, meine Damen und Herren, ist das betrübliche und bedauerliche Ergebnis jener Schul- und Bildungspolitik, welche die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei seit 1962 gemeinsam gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen haben. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Es ist dies eine den Zeiterfordernissen nicht entsprechende Bildungspolitik, die zu einer verfehlten Bildungsstruktur geführt hat. Ein in Jahrzehnten bewährtes Bildungssystem, nämlich die Dreiteilung der anerkannten österreichischen Mittelschule in humanistisches Gymnasium, Realgymnasium und Realschule, wurde zertrümmert. Die Auffächerung der AHS in zu viele Zweige ist eine Realität geworden; der Bildungsertrag, Herr Bundesminister, liegt auf dem Tisch. Er ist weitgehend negativ. Nach wie vor ist es ein charakteristisches Merkmal unserer Bildungspolitik, daß die Quantität Vorrang vor der Qualität hat. Dadurch gerät das Bildungssystem in immer fragwürdigere Bereiche.

Nach 14 Jahren eines schwarz-roten Bildungsexperiments steht folgende Frage im Raum, über die derzeit auch laufend diskutiert wird: Werden Maturanten und Akademiker morgen arbeitslos sein? Diese Diskussion ist ein Ergebnis verfehlter Bildungsstrukturen, welche die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei in den letzten 14 Jahren gemeinsam beschlossen haben.

Hier wird ein sozialistisches Argument stark

in den Raum gestellt, auf das ich aus freiheitlicher Sicht eingehen und das ich mit allem Nachdruck zurückweisen muß. Es wird von der SPÖ behauptet: Aus einer qualitativ höheren, aus einer besseren Bildung erwächst kein Anspruch auf einen adäquaten Beruf. Es ist also sozusagen Privatsache des Entscheidungsträgers von morgen, für welches Studium er sich entschließt. Wir leben ja in einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung, und es bleibt dem einzelnen überlassen, die richtige Entscheidung zu treffen.

Sie selbst, Herr Bundesminister, haben von diesem Platz aus mehrere Male zugegeben, wie mangelhaft die Berufsberatung beziehungsweise die Studienberatung ist; ich füge dem hinzu, wie mangelhaft die Information jener ist, die sich für einen Beruf entscheiden müssen. Ich lehne es ab, daß Steuergelder in dem Sinn falsch investiert werden, daß Maturanten und Akademiker mit einem hohen materiellen Kostenaufwand diese qualitativ bessere und höhere Bildung erhalten, ihnen aber dann gesagt wird: Anspruch auf einen gleichwertigen und gleichrangigen Beruf hast du nicht!

Herr Präsident Dr. Schnell, Herr Kollege Dr. Busek und ich konnten uns am 8. Dezember davon überzeugen, welche Erfahrungswerte uns ein Hochschullehrer in diesem Zusammenhang aus der Bundesrepublik Deutschland darzulegen hatte. Ein 42jähriger Völkerrechtler, bis jetzt Universitätsassistent, hat den blauen Brief bekommen, weil dieser Dienstposten nicht mehr gehalten werden kann. Ein habilitierter Archäologe ist froh, daß er bei einer Münchner Zeitung die Abonnentenkartei führen kann. Vollakademiker in der Bundesrepublik sind froh, wenn sie dort B-Positionen nach österreichischer Lesart einnehmen können. Dieser hohe finanzielle Bildungsaufwand wird doch nicht zu dem Zweck getätigt, daß wir dann dem jungen Akademiker Berufe zuordnen müssen, die dieser Ausbildung nicht entsprechen.

Das schwedische Extrembeispiel – ich habe es schon mehrere Male zitiert – steht drohend im Raum. Aus der Entwicklung der Politik Palmes läßt sich die Realität ablesen: Der Studentenführer, Erziehungs- und Unterrichtsminister sowie spätere Premierminister Olof Palme hat Studienrichtungen Tür und Tor geöffnet, für die Schweden keine entsprechenden Berufsangebote zu machen vermag. Es wurden die Schleusen zu jeder nur möglichen Akademikerausbildung geöffnet. Mit hohem Kostenaufwand an Steuergeldern sind junge Akademiker herangebildet worden, um dann – und das ist die Realität –, zum Teil wiederum mit Steueraufwand, in die schwedischen Wälder geschickt zu werden und dort Bäume zu fällen.

4018

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Peter

Dieser Weg, meine Damen und Herren, soll Österreich im Bereich der Bildungs-, Sozial- und Gesellschaftspolitik unter allen Umständen erspart bleiben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitlichen haben seit 1962 die beiden anderen Parteien gewarnt. Wir haben gemahnt und haben dafür vor allem von den Schulsprechern der Österreichischen Volkspartei – ich möchte die beiden Herren nicht namentlich zitieren, einer ist noch im Plenum – nichts als Spott und Hohn geerntet. Wir Freiheitlichen wurden oftmals für diese richtigen Prognosen gerügt.

Nun steht aber heute die Schulpolitik der Österreichischen Volkspartei nach den jüngsten Erklärungen des Herrn Bundesparteibeamten Dr. Taus mit auf dem Prüfstand. Ich habe, Herr Dr. Taus, Ihre Erklärungen zur Bildungspolitik bei der Tagung der ÖVP-Nationalratsfraktion in Warmbad Villach mit großem Interesse verfolgt.

Der Schulsprecher der Österreichischen Volkspartei, Dr. Gruber, argumentierte von diesem Platz aus immer dahin gehend, daß die Schulgesetze unter Einschluß des Schulunterrichtsgesetzes gut seien, aber die dann vom Ministerium erlassenen Verordnungen schlecht wären. Das war und ist die offizielle Lesart der ÖVP-Nationalratsfraktion bis zur Stunde.

Dann setzten Sie die bildungspolitische Zäsur, und seit Warmbad Villach werden Sie vom Wissenschaftssprecher Ihrer Partei, dem Herrn Abgeordneten Dr. Busek, der sehr initiativ und konsequent Ihren Spuren folgt, tatkräftig unterstützt; allerdings mit einer Formulierung, die er in der gemeinsamen Diskussion Busek-Schnell-Peter am 8. Dezember neuerdings verwendet hat: Es ist in der Bildungspolitik eine völlig neue Situation eingetreten, und man muß nun die neue bildungspolitische Lage überdenken.

Ich bin mit dieser Formulierung einverstanden, denn zum Wesen eines Politikers gehört es, von Zeit zu Zeit seinen Standpunkt zu überdenken und dann, wenn er meint, daß sich die Dinge geändert haben, daraus Folgerungen zu ziehen. Nun bin ich heute schon auf die Argumentation des Schulsprechers der Österreichischen Volkspartei neugierig, und zwar wie Dr. Gruber die Dinge sieht, ob er hier jenem „Licht“ folgt, das Herr Dr. Taus in Warmbad Villach der ÖVP-Schulpolitik gesetzt hat.

Nur eines, glaube ich, wird sich in der heutigen Argumentation der ÖVP-Nationalratsfraktion nicht aufrechterhalten lassen, nämlich zu sagen: Was seit 1962 von ÖVP und SPÖ beschlossen wurde, ist gut, und was seit Sinowatz verordnet wurde, ist schlecht.

Sollte die ÖVP bei dieser Argumentation bleiben, werden wir Freiheitlichen zur Gegenargumentation und zum Gegenbeweis antreten.

Ist die ÖVP jedoch der Meinung, ein Überdenken könnte gegebenenfalls auch zu neuen bildungspolitischen Erkenntnissen führen, dann sind wir gerne bereit, mit der Österreichischen Volkspartei in einen solchen sachbezogenen Gedankenaustausch einzutreten, weil wir ihn einfach für notwendig erachten.

Aber man kann dabei eines nicht ausklammern, nämlich daß die Struktur des derzeitigen Bildungssystems nicht nur durch die Stimmen der beiden großen Parteien geprägt wurde, sondern auch durch drei ÖVP- und zwei SPÖ-Unterrichtsminister repräsentiert und vollzogen wurde. Es kommt sehr stark darauf an, ob jetzt in den Auffassungen der ÖVP die Beibehaltung des Drimmel-Piffl-Mock-Standpunktes zum Ausdruck kommt, oder ob es sich um eine bildungspolitische Kindesweglegung von Drimmel über Piffl bis zu Mock handelt.

Auf der anderen Seite steht die Verantwortung der sozialistischen Unterrichtsminister Gratz und Sinowatz zu Buche.

Aber eines, glaube ich, geht nicht: Der liebe Gott hat den Herrn Unterrichtsminister Dr. Sinowatz so geschaffen, daß er repräsentativ und nicht zu übersehen ist. Er gibt eine gute Zielscheibe in der Auseinandersetzung um die Bildungspolitik ab. Aber sollten die ÖVP-Pfeile nur auf die Zielscheibe Sinowatz gerichtet werden, dann wäre das meines Erachtens zu billig. Man muß versuchen, den Dingen auf den Grund zu gehen. *(Abg. Kraft: War nicht nur der liebe Gott! – Ruf bei der ÖVP: War aber kein Meister, der liebe Gott, wenn ich ihn mir so anschau!)* Er hat in Dr. Sinowatz zumindest – das darf man bei aller politischen Gegnerschaft sagen – ein sehr stand- und handfestes Mannsbild geschaffen.

Wir Freiheitlichen werden die Konfrontation auf der sachbezogenen Ebene weiter fortzusetzen haben. Heute gilt es zu klären: Handelt es sich bei den neuen Taus- und Busek-Aussagen nur um ein Kurvenkratzen der ÖVP in der Bildungspolitik, oder geht es darum, den Dingen auf den Grund zu gehen?

Zu behaupten, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, die Gesetze sind gut und die Verordnungen sind schlecht, ist und bleibt eine bildungspolitische Halbheit. Denn Realität ist, daß sich Verordnungen immer an Gesetzen orientieren müssen. In sechs von neun Bundesländern ist die Führung der Schulpolitik in den Händen der Österreichischen Volkspartei, und wir dürfen bei unserer Betrachtung die Macht und die Kompetenzen der Landesschulräte nicht ausklammern.

Peter

Und so, meine Damen und Herren, glaube ich, daß man auch das mit in die Diskussion einbeziehen soll, was zum Beispiel auf Tagungen des Christlichen Lehrervereins zum Ausdruck gekommen ist. Nicht ich behaupte, sondern christliche Kollegen behaupteten in Vereinsveranstaltungen des Christlichen Lehrervereins, daß sich bis zu 50 Prozent der Gymnasiasten an einzelnen Schulen für das Studium als ungeeignet erwiesen hätten. Ich habe diese Behauptung nicht aufgestellt und brauche daher auch den Beweis in diesem Zusammenhang nicht anzutreten.

Weiter behaupteten die christlichen Kollegen, daß jene Gesetze, die dieses Schulsystem tragen, zu einer Niveausenkung, vor allem des allgemeinbildenden höheren Schulwesens, beigetragen hätten.

Wir Freiheitlichen haben demgegenüber immer die Meinung vertreten, meine Damen und Herren, daß es nicht so sehr auf mehr, sondern auf besser ausgebildete Maturanten und Akademiker ankommt. Wir bleiben bei dem Grundsatz, der für uns Freiheitliche seit 1962 unverändert Gültigkeit hat und den wir daher nicht zu ändern brauchen: Wir wollen Reformen nicht verhindern, sondern wir wollen dazu beitragen, ein Reformchaos, das auf bestem Wege ist, zu vermeiden. *(Beifall bei der FPÖ)*.

Schulversuche sind nun notwendig, weil sie bei der Schulreform 1962 versäumt wurden. Schulversuche, meine Damen und Herren, wuchern heute aber in einem solchen Ausmaß, daß die Schulverwaltung nicht mehr in der Lage ist, für eine ausreichende wissenschaftliche und pädagogische Betreuung der Schulversuche Sorge zu tragen. Millionen Schilling werden wiederum nicht sinnvoll eingesetzt. Es ist die Frage, ob im Bereich der Schulversuche jene pädagogischen und bildungspolitischen Erträge erarbeitet werden können, die unbedingt angestrebt werden müssen.

Wenn wir das Schulunterrichtsgesetz hernehmen, dann zeigt sich, daß vieles unausgereift war. Wir Freiheitlichen sind mit unseren Warnungen damals bei der ÖVP und bei der SPÖ nicht angekommen.

Aber eines ist geblieben, Herr Bundesminister: der Obrigkeitsstaat für die Lehrer. Er steht nach sechs Jahren sozialistischer Machtausübung nach wie vor unverändert im Raum.

Sie haben sich entschlossen, in Richtung der Schüler das Partnerschaftsproblem zu entwickeln. Das derzeitige Schülermitbestimmungsmodell ist nicht ausgereift, es wird des Überdenkens und der Weiterentwicklung bedürfen.

Wie schaut es aber mit dem Partnerschaftsproblem der Lehrer aus? Da wirkt immer noch das obrigkeitsstaatliche System, da wirkt der Vorgesetzte in einer Art und Weise in den Beruf hinein, wie das im öffentlichen Dienst heute längst bewältigt und längst überwunden ist.

Als von den Sozialisten und der Österreichischen Volkspartei jüngst das Prüfungstaxengesetz beschlossen wurde und wir Freiheitlichen warnten, wurden wir neuerdings ausgelacht. Beobachten Sie jetzt die Stimmung der Betroffenen über dieses Prüfungstaxengesetz mit fast 300 verschiedenen Prüfungstaxen. Das System hat zu einem Chaos geführt, Herr Bundesminister! Wann werden Sie endlich auch einmal das Argument einer kleinen Fraktion ernsthaft prüfen?

Bis jetzt haben Sie Konsenspolitik mit der ÖVP betrieben. Der Vorsitzende des Unterrichtsausschusses Dr. Gruber war Ihr entscheidender Gehilfe. Er hat aus Überzeugung gearbeitet und gearbeitet, um zu diesem verfehlten Schulunterrichtsgesetz zu kommen, und sagt heute, das Gesetz sei ja gut, aber die Verordnungen seien schlecht.

Herr Sektionschef Dr. Heller, ich bedanke mich für die Übermittlung der Novelle zum Schulunterrichtsgesetz und komme gerne auf Ihr Gesprächsangebot zurück, weil man miteinander reden muß, um die offenen Probleme zu lösen.

Aber, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, wenn dieses Gesetz gut ist, wozu liegt jetzt die Novelle vor, und zwar zu einem Gesetz, das Sie von diesem Platze aus vor zwei Jahren so sehr gerühmt haben? Das ist jenes Gesetz, mit dem Ihre ÖVP-Kollegen von der Pflichtschule, von der allgemeinbildenden höheren Schule und von der berufsbildenden höheren Schule derzeit nicht zufrieden sind.

Zurück zum Thema, Herr Bundesminister! Wann werden Sie die Zustände in Österreich für die Lehrer demokratisieren, und wann werden Sie entscheidend darangehen, den Obrigkeitsstaat für die Lehrer abzubauen?

Die Eltern sind beim Schulunterrichtsgesetz außerordentlich schlecht weggekommen. Ihre Partnerschaftsrolle ist auch nicht die, welche ich mir unter einer Weiterentwicklung der Demokratie im Sinne einer reformfreudigen sozialistischen Mehrheitsregierung vorstelle. Die Eltern sind die Leidtragenden, wenn ihre Kinder das Opfer des Streß in der Schulstube werden. Sie sind es, die mit den negativen Ergebnissen, welche aus dem Schulunterrichtsgesetz und den verfehlten Bildungsstrukturen erwachsen, konfrontiert sind.

Peter

Herr Bundesminister! Darf ich auf die Ende November in Graz stattgefundene Arbeitstagung „Familie und Schule, Erziehung als Streß“ eingehen. Was sagte dort der Ihrer Partei nahestehende Professor Dr. Spiel? Es gibt in Österreich jetzt schon erschreckend viele Fälle von schulkranken Kindern. Schulangst, Schulverweigerung sind keine Seltenheit mehr, sondern an der Tagesordnung.

Viele Lehrer sind trotz der modernisierten Lehrerbildung nicht genügend darauf vorbereitet, gefährdeten Kindern gegenüber therapeutisch zu wirken.

Hier, Herr Bundesminister, liegt eine der großen Lücken der heutigen und derzeitigen Lehrerbildung. Ursachen von Neurosen sind zum Teil in der Schulstruktur begründet, einfach deswegen, weil man die besseren Argumente ignoriert hat.

Was forderten die in Graz versammelten Elternvertreter, Lehrer, Wissenschaftler, Ärzte und Psychologen? Sie forderten die Anpassung der Anforderungen durch die Schule an die Entwicklungsphasen der Kinder,

eine drastische Lehrplanreduzierung,

generell kleinere Klassen,

eine entscheidende Verbesserung der Prüfungsverfahren und

eine bessere Aufklärung der Eltern, um Fehlern aus falschem Ehrgeiz vorzubeugen.

Sie forderten insgesamt, und das ist es, worauf es ankommt, eine umfassende „innere“ Schulreform.

Nach 14 Jahren schwarz-rotem Reformchaos in der Bildungspolitik fordern die Fachleute bis zu den Eltern eine umfassende „innere“ Schulreform. Das ist die Realität.

„Reform der Reform“ ist das Ziel, das sich führende Herren der ÖVP anscheinend gesetzt haben.

Nun, Herr Bundesminister, möchte ich kurz aufzeigen und durchleuchten, wie Sie an ein sehr entscheidendes pädagogisches und gesellschaftspolitisches Problem im Jahre 1976 herangegangen sind, nämlich an die Problematik der Fünftageswoche in der Schule.

Anstatt daß sich Ihr Ministerium mit allen zu Gebote stehenden Kräften der Lösung dieses Problems widmen würde, kam von Ihnen eine Erklärung nach der anderen. Ich werde mir erlauben, aus diesem Blütenkranz einige Ihrer Stellungnahmen zu zitieren.

Realität ist, glaube ich, folgendes: Die Gesellschaft hat sich auf eine Fünftagesarbeits-

woche eingestellt. Nun ergibt sich für mich daraus die Frage: Kann dieses gesellschaftspolitische Element von der Bildungspolitik übersehen, kann es von der Bildungspolitik ignoriert werden, oder muß sich die Bildungspolitik eingehend mit dieser gesellschaftspolitischen Realität der Fünftagesarbeitswoche auseinandersetzen? Ich glaube ja. Wenn es weiterhin bei der Fünftagesarbeitswoche bleibt – und daran zweifelt niemand –, dann muß die Fünftageschulwoche so oder so ausdiskutiert werden.

Zuerst kam die Sinowatz-Erklärung, die Fünftageschulwoche sei unaktuell.

Einige Tage später sprach sich Dr. Sinowatz dahin gehend aus, daß die Fünftageschulwoche kommt,

dann folgte eine Erklärung des Herrn Bundesministers für Unterricht, daß die Fünftageschulwoche in den achtziger Jahren kommen würde, und

schließlich meinte der Herr Bundesminister, jetzt müsse zuerst ein Gesamtkonzept von seinem Ministerium erarbeitet werden, dann könne man erst über die Fünftageschulwoche reden.

„Rein in die bildungspolitischen Kartoffeln, raus aus den bildungspolitischen Kartoffeln“, das scheint mir das Sinowatz-Motto zur Fünftageschulwoche zu sein.

Die Olympischen Winterspiele in Innsbruck am Anfang dieses Jahres waren bildungspolitisch sehr interessant. Auf der einen Seite wirkte mit Pressekonferenzen der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Sinowatz, auf der anderen Ebene wirkte mit Pressekonferenzen der Unterrichtsminister außer Dienst Dr. Mock – manchmal zu ein und demselben Thema.

Das Ministerium habe die Bestandsaufnahme zum Thema Fünftageschulwoche abgeschlossen, erklärte der Herr Bundesminister Dr. Sinowatz am 16. Dezember 1975. Danach kam die Sinowatz-Aussage, die Fünftageschulwoche sei unaktuell in der Schule.

Dazwischen hinein fallen die Erklärungen vieler Elternvereine, wie aktuell für sie die Fünftageschulwoche ist.

Dann kam die Meldung vom 20. Jänner 1976, wonach die Fünf-Tage-Volksschule ab Herbst probeweise im Bereich des Stadtschulrates für Wien versucht werden würde.

Dann kam es am 25. Jänner 1976 zu einer Meinungsäußerung des Herrn Bundesministers in Kitzbühel, die Fünftageschulwoche an den Schulen komme doch, aber wegen zu hoher Belastung der Schüler müßten die Lehrpläne endlich umgekrempelt werden. – Dieser Forderung,

Peter

Herr Bundesminister, ist nichts hinzuzufügen als die Bemerkung: Wann wird das endlich vollinhaltlich und umfassend stattfinden?

Und die „Kronen-Zeitung“ schrieb zum Thema: Der Herr Bundesminister für Unterricht hat die Lehrplanreform sozusagen im Olympiagepäck. – Aber die Lehrplanreform scheinen Sie aus dem Olympiagepäck bis zur Stunde noch nicht ausgepackt zu haben.

Und nun, Herr Bundesminister, besteht eine ungeheure Gefahr. Weil Sie in Ihrem Ministerium säumig sind, weil Sie in bezug auf die Fünftageschulwoche im Ministerium nichts weiterbringen, greifen verschiedene Länder zur Selbsthilfe und versuchen, innerhalb der Rahmengesetzgebung, die landesgesetzlich zu regeln ist, der Fünftageschulwoche den Weg zu bereiten, wie das zum Beispiel in Oberösterreich der Fall gewesen ist.

Ich weiß, daß sich einige andere Landesschulräte und Landtage bereits mit dieser Frage befassen, und es kann Ihnen eines Tages passieren, daß Sie immer noch das Für und Wider in Ihrem Haus diskutieren und daß da und dort ein Landtag dazu übergeht, die Fünftageschulwoche vielleicht übereilt und unausdiskutiert in seinem Bereich zu realisieren.

Ich sehe die große Gefahr dort, wo sich die Dinge langsam dahin entwickeln, daß wir im Bereich der Pflichtschule mehr und mehr zur Fünftageschulwoche übergehen, aber in den allgemeinbildenden höheren und berufsbildenden höheren Schulen die Fünftageschulwoche auf Grund der bestehenden Umstände nicht realisierbar ist. Eine Fünftageschulwoche für Pflichtschüler und eine Sechstageschulwoche für die höheren Schüler halte ich als Dauerlösung für untragbar und unmöglich.

Nun zur Sinowatz-Erklärung vom 2. Februar dieses Jahres, daß die Fünftageschulwoche erst in den achtziger Jahren zu realisieren sein wird. Dazwischen wiederum liegt die Forderung des steirischen Landesobmannes der Kinderfreunde, des Herrn Universitätsdozenten Dr. Birzele, der sagt: Weniger Lehrstoff! Dr. Birzele fordert weiter: mehr Zeit, um das Gehörte einzuüben, mehr Zeit für die aktive Bewältigung des Lehrstoffes.

Und das ist jetzt die Crux, Herr Bundesminister: keine Zeit beziehungsweise zu wenig Zeit für das Vertiefen des Lehrstoffes und für das Vertiefen des Bildungsgutes. War vor dem Schulunterrichtsgesetz schon zu wenig Zeit für die Stoffvertiefung, so ist diese Zeit durch das Schulunterrichtsgesetz noch weiter verkürzt worden.

Nun, Herr Bundesminister, nennen Sie auf der

einen Seite als Forderung die Entrümpelung des Lehrstoffes und fordern auf der anderen Seite eine Bereicherung des Bildungsgutes. Und da muß man meiner Meinung nach zuerst die Frage grundsätzlich ausdiskutieren, wo hat die Entrümpelung wie stattzufinden, ehe man konkret an die Bereicherung des Bildungsgutes herangehen kann.

Aber eines lehne ich ab: daß man wiederum der Bereicherung des Lehrstoffes und des Bildungsgutes im Detail das Wort redet, wie es zum Beispiel derzeit mit der politischen Bildung geschieht. Man kann einerseits nicht mit Detailforderungen vorpreschen, wenn man andererseits die Entrümpelung des Lehrstoffes überhaupt noch nicht bewältigt und nicht zu einem konkreten Ende geführt hat.

Wir Freiheitlichen sind in dieser Frage für einen tragbaren Kompromiß. Ich darf Ihnen zur Kenntnis bringen, daß der Freiheitliche Österreichische Lehrerverband die „politische Bildung“ als Unterrichtsprinzip in den dafür geeigneten Unterrichtsfächern bejaht und eine genaue Festlegung der Lehrziele der politischen Bildung in diesen Unterrichtsgegenständen fordert. Ebenso wird die Einführung der unverbindlichen Übung „politische Bildung“ als Freifach in den Abschlußklassen gutgeheißen. Weiter kann man nicht gehen, bevor die Lehrplanreform nicht eine Realität ist, und hier soll man, so meinen wir, keine übereilten Entscheidungen treffen.

Weiter glauben wir Freiheitlichen, daß man jetzt endlich mit der Kraft aller Fraktionen dieses Hauses nach Vorschlägen des Bundesministeriums für Unterricht der Lehrplanreform echt an den Leib rücken soll. Das setzt meiner Meinung nach eine bildungspolitische Bestandsaufnahme voraus.

Mit folgender Erklärung, Herr Bundesminister, kann ich mich auch nicht einverstanden erklären: Sie sagten jüngst, die Fünftageschulwoche müsse durch die Schulreformkommission bearbeitet werden – dagegen ist nichts einzuwenden –, aber die Schulreformkommission habe derzeit für dieses Thema keine Zeit, weil sie mit anderen Problemen überhäuft sei.

Und nun soll eines nicht eintreten: daß die Verantwortung für die Fünftageschulwoche vom Bundesministerium für Unterricht und vom Ressortchef auf die Schulreformkommission abgewälzt wird und diese in der Endkonsequenz schuld daran ist, daß in der Frage der Fünftageschulwoche die Dinge nicht weitergehen. In dieser Frage ist meines Erachtens das Ministerium am Zug, und hier dürfen wir nicht mit einem zaudernden Bundesminister für Unterricht und Kunst konfrontiert sein.

Peter

Nun zu einem anderen sehr großen Förderungsprogramm, das Sie sich für 1977 als Ziel gesetzt haben. Sie haben das Jahr 1977 zum Jahr der großangelegten kulturpolitischen Offensive erklärt und in dem Zusammenhang im September dieses Jahres erste Kontakte mit Vertretern der Bundesländer aufgenommen. Den Zeitungen entnehme ich, daß die Aussprache dazu diente, eine gemeinsame Plattform herzustellen und Ungereimtheiten zu beseitigen. Mehr war dazu bis zur Stunde leider nicht zu erfahren.

Die Zielsetzung ist nach Ihrer Definition klar: Kulturförderung soll bis an die Basis vorgetragen werden, Kulturförderung soll vor allem an den Bundesschulen Platz greifen.

Zug um Zug mit dieser Forderung hat Ihr Sparerlaß vom 5. Juli 1976 das Licht der Welt erblickt, und dieser Sparerlaß engt zum Beispiel den Chorgesang ein, engt die Initiativen im Bereich der Schultheater und die Initiativen in anderen musischen Fächern ein. Herr Bundesminister! Sie kommen wieder an die Grenze der Finanzierbarkeit. Sie stellen sich hohe und große Ziele und prüfen zu wenig die Frage, was von diesen großen Zielen finanziell noch realisierbar ist.

Sie wollen 1977, wie Sie es ausdrücken, „Kulturservicestellen“ an den österreichischen Bundesschulen errichten. Ich bin neugierig, mit welchem Geld beziehungsweise wenn ja, auf Kosten welcher anderen pädagogischen Belange.

Im Zuge Ihrer kulturpolitischen Offensive soll 1977 ein „Kulturmarketing“ mit folgendem Ziel kreiert werden: um die „psychischen Barrieren“ und die „affektiven Distanzen“ im kulturellen Bereich abzubauen.

Aber wie eine gute kulturelle Idee zu einem kulturellen Kretin werden kann, wie schnell das geht, Herr Bundesminister, hat uns die Entwicklung nach der 1. Internationalen Messe für Kunst des 20. Jahrhunderts, die im Februar dieses Jahres in Wien stattgefunden hat, vor Augen geführt. Es wurde damals angekündigt, daß dieser 1. „INTERKUNST“ in Wien im Februar 1977 eine zweite mit dem Ziel folgen soll, noch mehr ausländische Künstler aus westlichen, aber auch aus östlichen Ländern dafür zu gewinnen, daß sie in Wien ausstellen.

Wir Freiheitlichen haben dieses Thema mehrere Male auch im Parlament abgehandelt, einmal zu Ihrem Ressortbereich und einmal zum Bereich der Auslandskulturpolitik. Es liegen sehr interessante Meinungsäußerungen aus dem Bereich der Ressortchefs vor.

Was zeichnet sich jetzt ab, Herr Bundesminister? - Daß aus der 1. Internationalen Wiener

Kunstmesse des Jahres 1976, weil sich die Verantwortlichen nicht einigen konnten, 1977 zwei internationale Kunstmesen „passieren“ könnten. Auf der einen Seite soll Frau Lotte Profos die Initiatorin und auf der anderen Seite soll Günter Grass der Initiator sein.

Nun haben mir mehrere Künstler gesagt, ich soll hier von diesem Platz aus zum Ausdruck bringen - und das tue ich hiemit -, daß um jeden Schilling Subvention schade wäre, wenn es zu zwei Veranstaltungen dieser Art käme und wenn es den maßgeblichen Kulturpolitikern nicht gelänge, die Einheit der Veranstaltung mit dem Ziel wiederherzustellen, Wien zu einem Platz einer Internationalen Kunstmesse zu machen.

Wie arg es im Ausland mit Österreich im Bereich der Kunst und des Theaters bestellt ist, Herr Bundesminister, darauf macht uns „Die Zeit“ allwöchentlich aufmerksam, wenn sie die Programme deutschsprachiger Bühnen veröffentlicht und wenn sie darüber hinaus Galerieangebote des deutschsprachigen Raums darbietet.

Interessanterweise finden Sie in der letzten Ausgabe der „Zeit“ (*der Redner zeigt diese vor*) wohl Schweizer Galerien, von Basel über Zürich bis Winterthur. Allerdings nur eine einzige österreichische Galerie - und die ist nicht aus Wien, sondern aus Graz, ich will sie bewußt nicht nennen. Dies ist einer der Beweise dafür, was Wien als internationaler Kunstplatz im sechsten Jahr der sozialistischen Machtausübung alles aufzuholen hätte.

Noch ärger schaut es aus mit den Programmen deutschsprachiger Bühnen. In der „Zeit“ finden Sie neben den deutschen Bühnen wiederum die maßgeblichen Bühnen des deutschsprachigen Schweizer Raums und sage und schreibe leider nur ein einziges österreichisches Theater, das ist das Wiener Volkstheater. Von den österreichischen Bundestheatern keine Spur, keine Präsentation, keine Repräsentation im deutschsprachigen Bühnenspiegel in der „Zeit“.

Meine Meinung ist, daß Österreich im Bereich des Theaters und der Kunst noch immer zum deutschsprachigen Raum gehört. Ich kann nicht ergründen, warum gerade unter Ihrer Ressortführung die Kunst- und Theaterpräsentation im deutschsprachigen Raum so lieblos behandelt wird.

Abschließend, Herr Bundesminister, meine ich, daß Mißstände im Bereich der Bildung von der Pflichtschule bis zur höheren Schule in einem so hohen Ausmaß vorhanden sind und daß Versäumnisse im Bereich der Kunst und Kultur unterlaufen sind, die geradezu zwingend for-

Peter

dern, daß wir Freiheitlichen dieses Budgetkapitel ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Gruber.

Abgeordneter Dr. **Gruber** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht, mich mit den Ausführungen des Kollegen Peter ausführlich zu befassen, ich möchte nur die eine Bemerkung machen, Herr Abgeordneter Peter: So einfach habe ich mir die Dinge nie gemacht, daß ich gesagt habe, die Gesetze sind gut, die Verordnungen sind schlecht, und daher haben wir eine schlechte Schulpolitik.

Wir sind es gewohnt, die Dinge etwas differenzierter zu betrachten, als das Sie hier an dieser Stelle getan haben. Und auch das Problem der Fünftagewoche, das Sie ausführlich behandelt haben, ist sicherlich etwas schwieriger, als Ihre Ausführungen das haben ahnen lassen. Hier muß man die Dinge sicherlich noch genauer untersuchen.

Wir sind auch der Meinung, daß man in dieser Frage nicht allzu lange zuwarten darf, daß wir hier gewisse Möglichkeiten schon sehen, das beweist ja nicht zuletzt auch das Beispiel des Bundeslandes Oberösterreich, wo die Fünftagewoche ja zu einem hohen Prozentsatz realisiert ist. Aber gerade das, was Sie als unmöglich hingestellt haben, hat sich bis jetzt auch in Oberösterreich nicht lösen lassen, nämlich das Problem, daß man es an der Pflichtschule relativ leicht bewältigen kann, während man es im Bereich der allgemeinbildenden höheren Schule, aber besonders der berufsbildenden höheren Schule nicht so leicht hat.

Das ist Ihr Dilemma, Herr Abgeordneter Peter, daß Sie eben die Dinge doch nur eher von der Oberfläche her betrachten und dann leicht zu Urteilen kommen, die wir nicht teilen. Hier möchte ich auch sehr deutlich sagen: Wir distanzieren uns weder von einem Minister Drimmel noch von einem Minister Piffel noch von einem Minister Mock. (*Abg. Meißl: Auch nicht vom Sinowatz!*)

Wir distanzieren uns auch nicht von jenen Beschlüssen, an denen wir mitgewirkt haben. Wir haben aber nie einen Zweifel gelassen, Herr Abgeordneter Peter, gerade im Hinblick auf das Schulunterrichtsgesetz, daß wir nicht anstehen werden, dort, wo wir gewisse Schwierigkeiten sehen und wo wir daraufkommen, daß die Dinge nicht so laufen, wie wir uns das vorgestellt haben, ja zu einer Novelle zu sagen, weil es keine Schande ist, wenn ein Gesetz novelliert wird, mit dem man Neuland betreten hat, und

das Schulunterrichtsgesetz war ein solches Gesetz.

Sie haben ja selbst damals im Unterrichtsausschuß mitgewirkt und sind auch weite Strecken mit uns mitgegangen, nur im letzten Augenblick haben Sie sich dann von der Beschlußfassung distanziert. Das hindert uns aber nicht, uns weiterhin zu bemühen, auch für diesen Bereich unseres Schulwesens, nämlich für den inneren Bereich des Schulwesens, diese Ziele, zu denen wir bisher gestanden sind, zu verfolgen und zu vertreten und, wenn wir die Möglichkeit haben, sie im Gesetz zu verankern, auch mitzuschließen.

Die „Zeit“ vom 10. September – Sie haben vorhin gerade auch einige Male diese Zeitung zitiert – bringt einen großen Überblick über die Bildungspolitik in der deutschen Bundesrepublik in den Jahren 1969 bis 1976. Und die lapidare, aber auch sehr eindeutige Feststellung ist, daß diese Bilanz nicht aktiv ist. Und ich möchte sagen, eine gleiche Feststellung kann man auch für die Bildungspolitik der Jahre 1970 bis 1976 für Österreich treffen. Sie ist nicht aktiv, obwohl man im Jahre 1970 sehr deutlich und lautstark verkündet hat, man werde nun mit vollen Kräften in eine Reform hineingehen.

Heute müssen wir feststellen, daß diese Reformbestrebungen sowohl des Ministers Gratz wie auch des Ministers Sinowatz nicht das gehalten haben, was man versprochen hat. Vor allem der Vorrang für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Budget, der immer wieder verheißen worden ist, der immer wieder in Reden festgehalten wurde, existiert nicht.

Wenn es richtig ist, daß das Budget der in Zahlen gegossene Ausdruck der Politik ist, dann ist eben gerade dieses Budget ein Ausdruck dafür, daß Bildung unter sozialistischen Ministern nicht den Vorrang hat, den die Österreichische Volkspartei diesem lebenswichtigen Bereich unserer Gesellschaft eingeräumt hat.

In der Budgetrede des Herrn Finanzministers steht ein sehr sonderbarer Satz, es heißt dort: Die Bildungspolitik ist für die Regierung ein Anliegen besonderer Art. – Welcher Art, das ist nicht näher ausgeführt. In früheren Budgetreden, in früheren Erklärungen der beiden zuständigen Minister hat es viel eindeutiger geheißen, daß Bildung Vorrang haben müsse.

Der Herr Finanzminister ist schon im Vorjahr und im vorvorigen Jahr vorsichtig von dieser Aussage abgerückt, und nun wird es immer deutlicher, daß die Bildung in ihrem Stellenwert nicht mehr das darstellt, was man eigentlich auch von einer sozialistischen Regierung erwartet hätte.

4024

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dr. Gruber

Zu dieser Einschätzung der Bildungspolitik durch das Budget kommt dann eine weitere Unsicherheit, möchte ich sagen, die durch verschiedenste Maßnahmen des Herrn Unterrichtsministers in besonderer Weise, aber auch durch die der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung eingetreten ist.

Hier kann man wahrlich nicht den Gesetzgeber dafür verantwortlich machen, sondern hier ist es einfach die Administration, die zu dieser Verunsicherung führt. Eine Verunsicherung bei Eltern über die möglichen Bildungschancen ihrer Kinder, die zugleich natürlich auch die Lebenschancen dieser Kinder sind. Denn wir bekennen uns dazu, daß die Bildung heute als eine Drehscheibe für die Lebenschancen fungiert. Wir meinen, daß diese Drehscheibe einen besseren Verteilungsmechanismus für die Lebenschancen darstellt, als das frühere Mechanismen gewesen sind. Aber man muß auch, glaube ich, für eine mögliche Beratung der Eltern entsprechend Vorsorge treffen. Eine solche Vorsorge ist eben nur möglich, wenn man auch entsprechende Bildungsplanung betreibt.

Eine Verunsicherung der Lehrer über die künftige Entwicklung der Schule ganz allgemein, ihrer Organisationsformen, aber auch eine Verunsicherung der Lehrer im Hinblick auf ihre eigene Berufsstellung trägt dazu bei, daß heute in weiten Kreisen der Bevölkerung ein Unbehagen über die Schulpolitik entsteht. *(Beifall bei der ÖVP.)* Nicht zuletzt ist auch eine Unsicherheit bei den Schülern selbst gegeben, vor allem bei jenen, die überlegen, welchen Beruf sie einschlagen sollen, bei den Schülern in weiterführenden Schulen. Nur 10 Prozent unserer Schüler erklären, daß sie eine ausreichende Beratung erfahren haben. Und 90 Prozent werden mehr oder weniger im unklaren gelassen, welche Möglichkeiten in der Schule, welche Möglichkeiten im Beruf und welche Möglichkeiten im Leben sie später haben.

Herr Bundesminister Dr. Sinowatz! Wir sind durchaus bereit, auch in der Zukunft bei Gesetzgebungsakten unsere Mitarbeit und auch unsere Mitverantwortung unter Beweis zu stellen. Das hat der Bundesparteiobermann in Villach auch sehr deutlich gesagt. Es ist nicht so, daß die Schule oder der Unterricht von uns verpolitisiert werden. Wir kritisieren in diesem Zusammenhang vielmehr, daß Sie den gesamten Bereich der Schule in eine Politisierung miteinbeziehen, die für uns einfach nicht mehr mitvollziehbar ist. Da scheiden sich unsere Wege, und das ist die Position, wo wir auch unsere künftige Politik neu zu überdenken haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte nur ein kleines Beispiel anführen, wie von der Gesetzgebung zwar eine durchaus

praktikable Lösung vorgesehen ist, wie aber von Ihnen der Versuch unternommen wird, eine Verpolitisierung durchzuführen. Es gibt gar keine andere Möglichkeit: Die Approbation von Schulbüchern erfolgt durch eine Kommission. Wir haben daher auch im Schulunterrichtsgesetz solche Approbationskommissionen vorgesehen. Es bleibt auch, glaube ich, keine andere Wahl, als daß der zuständige Minister solche Kommissionen beruft, wengleich wir der Meinung sind, daß eine stärkere Mitwirkung auch der zuständigen Personalvertretung durchaus wünschenswert wäre. Aber die letzte Verantwortung für die Zusammensetzung dieser Kommissionen trägt natürlich der Minister.

Wenn es aber nun so ist – und in einem zunehmenden Maß so ist –, daß diese Kommissionen nicht nach fachlichen Gesichtspunkten, sondern nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt werden, Herr Bundesminister, dann können wir diese von uns mitbeschlossene Konstruktion nicht mehr verteidigen, dann müssen wir Ihnen den Vorwurf machen, daß Sie eine gute Einrichtung eigentlich abgewertet haben und daß Sie diese in Mißkredit bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das sind die Dinge, die ich meine, wenn ich sage, daß die Administration weithin die gesetzlichen Regelungen überlagert und daß durch die Administration dem Gesetz oft eine ganz andere Richtung gegeben wird, als sie der Gesetzgeber vorgesehen hat.

Letzten Endes ist aber dieses Budget auch darauf eine Antwort, welchen Stellenwert man heute der Bildung zumißt und was die Gesellschaft bereit ist, für die Bildung zu leisten. Hier auch gleich ein Beispiel – ich werde mich nachher noch etwas ausführlicher mit diesem Thema befassen –: Im Hinblick auf die Lehrersituation hat der Herr Minister Sinowatz gemeint, Lehrerbedarf ist das, was finanzierbar ist.

Herr Bundesminister! Wenn Sie auch sagen, Sie hätten einen anderen Minister zitiert dabei, so muß ich Ihnen doch sagen: Dieses Zitat werden wir nicht zur Kenntnis nehmen – oder Ihre Äußerung jedenfalls, oder Ihre Absichtserklärung, Herr Minister, werden wir nicht zur Kenntnis nehmen –, daß Sie den Lehrerbedarf daran messen, was im Moment finanzierbar ist. Für uns stellt sich diese Situation ganz anders dar.

Der Gesetzgeber hat zum Beispiel im Schulorganisationsgesetz seinen Willen kundgetan, daß die Klassenschülerhöchstzahl 36 sein soll. Wenn nun die Schülerzahl derartig anwächst, daß eine Teilung notwendig ist, dann muß eben eine zweite Klasse eröffnet werden. Oder anders

Dr. Gruber

ausgedrückt: Die Klassenzahl richtet sich nach der Schülerzahl. Bei steigenden Schülerzahlen müssen mehr Klassen gebildet werden. Und sie sind auch im kommenden Schuljahr wieder höher; Sie haben das in einer Anfragebeantwortung ja auch zum Ausdruck gebracht. Nach der Zahl der Klassen richtet sich dann der Bedarf an Lehrern.

Der Minister hat einfach ein Gesetz, einen gesetzlichen Auftrag zu vollziehen, wenn er die entsprechenden Dienstposten vorsieht, um dem ursprünglichen Gesetzesauftrag, nämlich eine gewisse pädagogische Situation in den Schulen zu schaffen, auch Rechnung zu tragen.

Daher, Herr Minister: So einfach geht das nicht, wie Sie sich das gemacht haben im Hinblick auch auf dieses Budget mit dem Dienstpostenplan.

Ich möchte aber, bevor ich noch einmal auf dieses Thema zurückkomme, doch ganz global die Situation durchleuchten. Der Anteil von Bildung, Wissenschaft und Forschung am Gesamtbudget beträgt 11,4 Prozent im Jahre 1977. Das ist eine Aussage, die wir dieser graphischen Darstellung, die uns der Herr Finanzminister mitgeliefert hat, entnehmen. *(Der Redner zeigt eine Graphik vor.)* Wissen Sie, wie hoch der Anteil des Kulturbudgets im Jahre 1970 gewesen ist? - 11,86 Prozent. Das heißt mit anderen Worten: Obwohl in diesem Zeitraum die Schüler- und Studentenzahl nicht unwesentlich - ja man muß sagen: ganz enorm - gestiegen ist, hat sich der Anteil des Kulturbudgets nicht nur nicht vergrößert, sondern sogar verringert.

Das ist ein Ausdruck Ihrer Politik, ein Ausdruck der Einschätzung von Bildung und Wissenschaft durch eine sozialistische Regierung. Mit dieser Auffassung können wir uns nicht identifizieren! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Im übrigen werden ja in solchen Unterlagen gelegentlich auch widersprüchliche Aussagen gemacht. Aber ich möchte auf das jetzt nicht im Detail eingehen.

Ich möchte nur, damit es etwas veranschaulicht ist, noch die Ziffern kurz nennen, um wieviel sich die Schülerzahlen in diesem Zeitraum vermehrt haben. Im Bereich der allgemeinbildenden Pflichtschulen und weiterführenden Schulen um 160.000. Die Studentenzahlen sind von 53.000 im Jahre 1970 auf 86.000 im Jahre 1976 gestiegen. Das sind Steigerungsraten, die Sie bei weitem nicht mitgemacht haben; weder im Unterrichtsbudget noch im Wissenschaftsbudget.

Nun noch einmal zurück zu der Situation der Lehrerversorgung oder der Versorgung unserer Schulen mit Lehrern, um es klarer zu sagen. Die

Klassenschülerhöchstzahl ist für uns eine pädagogische Meßzahl, Herr Unterrichtsminister, und nicht eine fiskalische Meßzahl. Und wenn Sie dabei bleiben, daß eben die Klassenschülerhöchstzahl zu einem echten Meßwert gemacht wird und daß Sie ihn anerkennen, dann verstehe ich nicht, was Sie jetzt mit Ihren neugeschaffenen Kenn- und Grenzwerten wollen, die Sie in Ihrem ominösen Erlaß 39 und 39 a so besonders herausstellen. Ich sage eindeutig noch einmal: diese Klassenschülerhöchstzahl ist einzuhalten! Wir wissen schon, daß es außerordentliche Situationen geben kann, wo sie nicht eingehalten werden kann. Aber daß man jetzt durch eine Reduktion der Lehrerdienstposten noch zu einer Verschärfung der Situation kommt, das können wir nicht mehr mitvollziehen. Und hier hätten Sie eben auch dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Finanzminister klar Ihre Meinung sagen müssen.

Wenn der Herr Bundeskanzler im Sommer gesagt hat, ein Minister, der diese einprozentige Personaleinsparung nicht durchzusetzen imstande ist, der soll seinen Hut nehmen, Herr Minister, dann hätten Sie sagen müssen, das läßt sich im Bereich des Unterrichtswesens nicht durchführen; und wenn Sie trotzdem gezwungen worden wären vom Herrn Bundeskanzler, das zu machen, dann hätten Sie halt den Hut nehmen müssen. Aber dazu, glaube ich, waren Sie doch wieder nicht stabil genug gebaut. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun ist die Klassenschülerhöchstzahl etwas, was natürlich auch veränderbar ist, und wir sind durchaus nicht der Meinung, daß 36 eine ideale Zahl ist. Die Verbesserung des Unterrichtes wäre weitgehend davon abhängig, daß es gelänge, auch die Schülerzahlen in den Klassen zu verringern. Daher sind wir der Meinung, daß wir allmählich von dieser Klassenschülerhöchstzahl 36 wegkommen müssen, und dann ist eine weitere Individualisierung des Unterrichtes möglich, und dann ist eine weitere innere Differenzierung des Unterrichtes möglich. Wenn wir zu kleineren Klassen kämen, könnten wir uns auch sehr viele kostspielige Experimente schulorganisatorischer Natur ersparen, weil es sehr leicht möglich wäre, die Qualität des Unterrichtes zu verbessern.

Herr Unterrichtsminister! Daher verstehen wir nicht, daß bei einer Steigerung der Klassenzahl von 3,4 Prozent eine Verminderung der Lehrerzahlen um 2,8 Prozent vorgenommen wurde, was natürlich zu sehr schwierigen Situationen führen mußte. Einerseits sind die Zahlen jener Klassen wieder im Zunehmen begriffen, wo die Klassenschülerhöchstzahl überschritten wird. Zweitens müssen verschiedene Schulmaßnahmen wieder eingestellt werden, zum Beispiel Förderunter-

4026

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dr. Gruber

richt, zum Beispiel freiwillige Übungen; ein zusätzliches Angebot in den Schulen, das Sie so groß angekündigt haben und für das Sie sogar mit Inseraten haben werben lassen, kann nicht durchgeführt werden. Freigegegenstände können nicht abgehalten werden, und Kollege Peter hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß eine sehr große Zahl von Pflichtstunden entfallen muß, weil eben die notwendigen Lehrer nicht vorhanden sind, obwohl sie zum Teil vorhanden wären. Und das ist ja das Grotteske an der Situation.

Damit komme ich überhaupt zu dem Dienstpostenplan oder, besser gesagt, zu dem Chaos um den Dienstpostenplan. Warum ist dieses Chaos entstanden? Herr Unterrichtsminister, Sie haben es sich in den vergangenen Jahren leicht gemacht. Sie haben die Dienstpostenstände bei den Bundesschulen einfach nicht erhöht, Sie haben gar keine Versuche unternommen, sie weiter zu erhöhen, weil Sie gesagt haben, auch bei gleichbleibenden Dienstpostenplänen werden wir halt aufnehmen, was wir kriegen und was wir brauchen, und so werden wir den Unterricht aufrechterhalten. Das ist in einer Zeit gegangen, wo eben tatsächlich immer noch ein Lehrermangel an den Schulen geherrscht hat. Und nun ist auf einmal der Rechnungshof bei seinen Prüfungen daraufgekommen, daß ja viel mehr Dienstposten besetzt sind als tatsächlich vorhanden. Sie haben dann achselzuckend gesagt: na ja, wir wissen ja im Ministerium gar nicht, wie viele Dienstposten eigentlich besetzt sind. Herr Minister! Ich muß sagen, ein schöner Minister, der nicht weiß, wie viele Lehrer er tatsächlich angestellt hat. Es hat ein monatelanges Rätselraten gegeben, wie viele Dienstposten sind nun tatsächlich besetzt. Sind es mehr, als vorhanden sind, oder sind es weniger. Sie haben in Anfragebeantwortungen dazu auch Stellung genommen. Hier haben Sie erklärt, zum Beispiel am 2. September 1976, daß man nicht generell sagen könne, daß zur Zeit Lehrerdienstposten fehlen. Bei genauer Überprüfung mit Stand Ende Mai 1976 sind insgesamt noch mehrere hundert Bundeslehrer-Dienstposten zur weiteren Besetzung zur Verfügung. - Das schreiben Sie vorn im Text, und dann ist hinten eine Anlage, aus der ganz eindeutig hervorgeht, daß nicht Lehrerdienstposten frei sind, sondern daß Sie überbesetzt haben.

Herr Bundesminister! Glauben Sie, daß die Abgeordneten, die an Sie eine Frage richten, die Antwort nicht einmal lesen oder daß sie nicht so viel addieren können, um darauf zu kommen, daß Sie vorne den Abgeordneten etwas Falsches mitgeteilt haben? Wissen Sie, was hinten die Rechnung ergibt? Daß insgesamt 20.146 Dienstposten vorhanden und 20.569 besetzt waren. Das gibt ein Mehr an besetzten Dienstposten von

423. Vorne sagen Sie aber, man kann nicht generell sagen, daß zur Zeit Lehrerdienstposten fehlen. Natürlich fehlen sie, weil ja diese Dienstposten, die besetzt waren, eben notwendigerweise besetzt worden sind, und es sollten ja darüber hinaus noch 2700 besetzt sein, weil diese 2700 praktisch durch Mehrdienstleistungen der Lehrer an den Bundesschulen hereingebracht werden. Nun stellen Sie diese sonderbare Rechnung auf, und wir sollen Ihnen dabei folgen? Das ist eine Zumutung, die wir nicht mehr hinnehmen können. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Nun darf ich Ihnen doch noch eine andere Frage vorlegen: Wie stellen Sie sich das in Hinkunft mit den Lehrern überhaupt vor? Wir wissen, daß im Pflichtschulbereich zum Teil bereits mehr Lehrer vorhanden sind, als untergebracht werden können. Und Herr Präsident Schnell ist an die Pädagogischen Akademien gegangen und hat den Studierenden dort klipp und klar gesagt, daß sie in den nächsten Jahren, soweit es sich um die Volksschulen handelt, nicht mit einer Anstellung rechnen können. Herr Präsident Schnell, ich bin auch der Meinung, daß man die Studierenden aufklären muß. Nur wäre ich der Meinung, daß man sie früher aufklären sollte über die wahre Situation. (*Abg. Dr. Schnell: Das ist ohnehin geschehen!*) Das haben Sie leider nicht getan. Sie haben erst im heurigen Studienjahr diese Aufklärungsaktion begonnen, und die ganze Zeit haben Sie in einer sehr optimistischen Weise immer noch so getan, als ob das Studium für den Pflichtschullehrer, aber auch für den Lehrer an höheren Schulen, durchaus etwas Attraktives wäre. Das ist es leider nicht mehr, sondern nur mehr in einzelnen Sparten bei den höheren Schulen sind noch solche Lücken vorhanden. Im Burgenland mehr Absolventen der Pädagogischen Akademie als freie Dienstposten, in Kärnten dasselbe, in Wien dasselbe. Wir haben noch einige Bundesländer, wo die Situation umgekehrt ist. Aber selbst in Oberösterreich mit einem Fehlbestand von etwa 2000 Pflichtschullehrern können wir uns heute bereits an fünf Fingern abzählen, wann die Sättigung erfolgt ist. Sie können ja nicht übersehen, daß die Schülerzahlen heute in den Pflichtschulen bereits rapid sinken und auch bereits in den weiterführenden Schulen zu sinken beginnen.

Damit komme ich auf den Vorwurf zurück, den ich schon vorher erhoben habe: In dieses Dilemma sind wir hineingekommen, weil die Bildungsplanung nicht vorhanden ist. Das möchte ich noch einmal sehr deutlich sagen. Ich kann aber nur planen, ich kann nur vorausschauend etwa Standorte für höhere Schulen festlegen, ich kann nur die Lehrerbildung durch Beratung zu beeinflussen trachten, wenn ich

Dr. Gruber

weiß, wie viele Lehrer, wie viele Schulen ich in Zukunft brauche.

Und daran mangelt es. Ich bin sehr traurig über das Schicksal einer Studie, die von Ihren beiden Ministerien über den Lehrerbedarf bis zum Jahre 1990 in Auftrag gegeben wurde. Ich weiß nicht, wie lange bereits daran gearbeitet wird, aber im Finanzausschuß hat mir der Herr Unterrichtsminister - glaube ich - gesagt, im März wird ein erster Teil vorliegen, da werden wir dann wissen, wie groß der Ergänzungsbedarf an Lehrern ist.

Herr Unterrichtsminister! Das ist eine sehr dürftige Aussage. Den Ergänzungsbedarf kann ich mir notfalls sogar aus den Schulstatistiken errechnen. Dazu brauche ich keine Studie, die von zwei Ministerien finanziert wird. Aber den Erweiterungsbedarf, der dadurch gegeben ist, daß mehr Schüler an weiterführende Schulen kommen, das wäre interessant zu wissen. Oder die demographische Entwicklung in den nächsten zehn oder fünfzehn Jahren in ihrer Auswirkung auch auf die Schulen zu kennen, das wäre interessant zu wissen.

Das bringen Sie nicht, das liegt nicht auf dem Tisch. Solange wir nicht Prognosen haben - aber das ist ja nur ein Teil -, Prognosen über den Lehrerbedarf, solange wir nicht auch einigermaßen handfeste Prognosen haben über die Maturantenzahlen oder die Akademikerzahlen, so lange werden wir natürlich zu keiner vernünftigen Bildungsplanung kommen und werden wir selbstverständlich auch nicht dazu kommen, daß wir dieses Problem in den Griff bekommen. Und das ist der Vorwurf, den wir Ihnen sehr deutlich machen müssen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die personelle Situation ist auch auf den Hochschulen interessant zu beobachten. Ich greife hier nur eine Ziffer heraus, weil Redner meiner Fraktion dazu noch Stellung nehmen werden.

Ich habe schon gesagt, daß die Studentenzahlen seit 1970 nicht nur gestiegen, sondern fast explodiert sind: von 53.000 auf 86.000 oder, anders ausgedrückt, um 61 Prozent. Das ist auch Ihren eigenen Unterlagen zu entnehmen. Genau in denselben Unterlagen steht dann, daß die Zahl der Hochschullehrer - und ich bitte zu beachten, da geht es nicht nur um die ordentlichen Professoren, sondern auch um die außerordentlichen Professoren neuen Typs und auch um die Hochschulassistenten - bloß um 39 Prozent im gleichen Zeitraum gestiegen ist. Da können Sie sofort selbst errechnen, um wieviel sich das Verhältnis Studenten zu den Hochschullehrern oder umgekehrt, Hochschullehrer zu Studenten, verschlechtert hat.

Frau Bundesminister! Ich brauche nicht sehr viele andere Zahlen aufzuzeigen, das allein ist Hinweis genug, wie wenig es Ihnen gelungen ist, im Bereich der Hochschulen eine Verbesserung herbeizuführen. Ja es trat nicht nur keine Verbesserung ein, sondern es ist eine ganz offensichtliche Verschlechterung eingetreten.

Das Budget des Wissenschaftsressorts ist ein beredter Ausdruck dafür. Der Herr Berichtstatter hat selbst darauf hingewiesen, daß das Wissenschaftsbudget lediglich um 2,5 Prozent steigt. Das ist im Verhältnis zum Gesamtbudget nicht nur eine bescheidene, sondern eher eine beschämende Steigerungsrate. Selbst wenn man in Betracht zieht, was ja auch gesagt wurde, daß nun das Allgemeine Krankenhaus woanders budgetiert wird, ergibt sich immer noch eine Steigerungsrate, die wesentlich unter der Inflationsrate gelegen ist. Und wenn Sie bedenken, daß der Personalaufwand in Ihrem Ressort, der ja nicht unerheblich ist, mindestens um 10 Prozent steigt, weil das die allgemeinen Steigerungsraten sind, dann muß man daraus schließen, daß der Sachaufwand natürlich umsoweniger mitziehen kann. Und das ist der Ausdruck der Malaise, in der Sie drinnen stecken, Frau Minister, aber nicht nur drinnen stecken, sondern in die Sie selbst das Wissenschaftsressort und unsere Hochschulen und unsere Forschung hineingeführt haben. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang ist ja auch das Stagnieren der Forschungsausgaben sehr signifikant. Auch da wieder Ihre eigenen Unterlagen, das heißt nicht Ihre, sondern in diesem Fall die des Finanzministers, der eben sagt, daß die Steigerungen bei den Forschungsausgaben dem Rotstift zum Opfer gefallen sind. Das ist die Tatsache. Aber Sie können dann nicht hergehen und das noch beschönigen wollen.

Nun noch zu einem Thema, das im Budget auch einen eher traurigen Niederschlag findet, das ist die Frage der Studienbeihilfen und der Schülerbeihilfen.

Ich habe schon gesagt, daß die Zahl der Studenten sehr stark gestiegen ist. Die Aufwendungen für die Studienbeihilfen zum Beispiel sind im kommenden Jahr um 5 Millionen Schilling höher angesetzt. Frau Minister, ich frage Sie: Wofür eigentlich? Denn die Zahl und der Prozentsatz der Anspruchsberechtigten wird ja von Jahr zu Jahr geringer. Hatten noch im Jahre 1971 25 Prozent der Studierenden an den Hochschulen einen Anspruch auf Studienbeihilfen, so ist dieser Prozentsatz im Jahre 1974 bereits auf 16 Prozent bei den wissenschaftlichen Hochschulen und auf 19 Prozent bei den Kunsthochschulen abgesunken und hat im vergangenen Studienjahr nur mehr 12 Prozent

Dr. Gruber

betragen. Nur noch 2 Prozent der Studierenden beziehen ein Höchststipendium! Das ist die wahre Situation.

Ich wollte von Ihnen im Finanzausschuß wissen, wie hoch die Zahl der Studienbeihilfenbezieher im abgelaufenen Studienjahr war. Frau Minister, Sie haben gesagt, Sie wüßten das nicht, weil die Unterlagen noch nicht vorliegen. Interessanterweise hat der Finanzminister in seinen Unterlagen das genau gewußt. Es waren 10.276. Frau Bundesminister, wieso haben Sie das nicht gewußt, was der Herr Finanzminister gewußt hat? Sie wollten nur die Ziffer nicht sagen, denn dann hätte man sich sofort ausrechnen können, wie niedrig der Prozentsatz der Stipendienbezieher im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studierenden an den Hochschulen geworden ist. Und das wäre eine blamable Aussage für Sie gewesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Warum der Betrag eigentlich gar nicht erhöht zu werden braucht: Ich habe gesagt, weil die Zahl der Anspruchsberechtigten sinkt, weil aber auch die Höhe der Stipendien immer kleiner wird, je stärker die Einkommen nominell – nicht real, leider eben nicht real –, nur nominell ansteigen. Daher fallen immer mehr Leute aus dieser Anspruchsberechtigung heraus.

Wir haben schon im Vorjahr sehr deutlich darauf hingewiesen. Damals haben Sie sowohl uns als auch die Studenten darauf getröstet, daß ja ohnehin eine Novelle zum Studienförderungsgesetz kommt. Die Studenten haben sich getröstet lassen und haben Ihnen Glauben geschenkt, Frau Minister. Wir haben Ihnen dieses Vertrauen nicht entgegengebracht und haben gesagt, wir bringen unseren eigenen Abänderungsantrag ein. Der liegt jetzt. Wir werden aber dafür sorgen, daß sowohl die Abänderungsanträge zum Studienförderungsgesetz als auch zum Schülerbeihilfengesetz in der nächsten Zeit in parlamentarische Verhandlung kommen.

Denn Sie sind säumig, Frau Bundesminister, und der Herr Minister Sinowatz ist ebenso säumig. Im Sommer noch hat man Novellen zur Begutachtung ausgeschickt und hineingeschrieben, daß die Novelle für das Schülerbeihilfengesetz mit 1. September 1976 rückwirkend in Kraft treten soll, eine Erhöhung bringen soll, und die Novelle zum Studienförderungsgesetz mit 1. Oktober 1976 rückwirkend in Kraft treten soll. Damit hat man die Bevölkerung, hat man die Eltern und hat man die Studierenden zu besänftigen versucht.

Und was hat sich bei den Beratungen im Finanzausschuß herausgestellt? Daß keine Rückwirkung mehr vorgesehen ist, daß also diese Novellen erst mit Herbst 1977 in Kraft

treten werden! Das ist, möchte ich sagen, ein glatter Betrug! Um ein ganzes Jahr haben Sie die Eltern und die Studierenden um die Valorisierung dieser Beihilfen, auf die ein Anspruch besteht, eigentlich betrogen. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Ruf bei der ÖVP: Unsozial!)*

Noch eine Position im Budget stagniert, und auch hier gibt es Proteste, und zwar von Seite der Erwachsenenbildung. Man hat im Jahr 1973 ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz gemacht und hat damit die Erwartungen genährt: Jetzt kommt die eigentliche Förderung!

Sie ist nicht gekommen, es ist alles beim alten geblieben, ja es sind sogar gewisse Einschränkungen oder gewisse Kürzungen vorgenommen worden.

Nun hat es früher einmal sehr lautstarke Proteste gegeben. Heute sind auch die Erwachsenenbildner, Herr Minister, eher diszipliniert; manche üben vielleicht Parteidisziplin in diesem Zusammenhang *(Abg. Dr. Prader: Zwangsdisciplin!)* und hängen nicht mehr die – die roten Fahnen, hätte ich beinahe gesagt – schwarzen Fahnen an ihre Institutsgebäude. Aber sie protestieren halt doch und sagen: Es ist für uns unverständlich, daß die Erwachsenenbildung seit Jahren immer mit den gleichen Beträgen auskommen muß, obwohl der Bund, der selbst ja auch gewisse Aufwendungen auf diesem Sektor zu tätigen hat, genau weiß, wie die Kosten steigen, wie sie im personellen Bereich und wie sie auch im Sachbereich steigen.

Herr Minister! Auch das ist kein Ruhmesblatt für Ihr Budget, und ich glaube, daß auch das ein Grund ist, daß man dieses Budget nicht akzeptiert. Und ich habe schon gesagt, daß für viele Dinge, die heute zu bekritteln sind und die der Herr Kollege Peter ja auch sehr deutlich hier kritisiert hat, der Mangel oder das Fehlen einer Bildungsplanung verantwortlich ist.

Ich komme noch einmal auf die Bildungsberatung zurück, die unserer Meinung nach eine zentrale Funktion hätte, weil sie uns hilft, einen Numerus clausus an den Hochschulen zu vermeiden, wenn sie – aber das ist die Voraussetzung! – entsprechend eingesetzt wird. Sie kann aber nicht entsprechend sachgerecht eingesetzt werden, weil sie schon auf drei Ministerien aufgeteilt ist. Man behilft sich in der Regierung damit, daß man sagt: So! Da wird ein Interministerielles Komitee eingesetzt! Und damit hat man dem ganzen Problem eben ein Begräbnis nicht Erster, sondern Dritter Klasse zukommen lassen.

Damit wird aber das Problem nicht gelöst, und die jungen Menschen, die auf eine echte

Dr. Gruber

Bildungsberatung warten, sind wieder einmal die Gefoppten.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch auf das Schulbauprogramm und auf das Schulentwicklungsprogramm hinweisen, Herr Unterrichtsminister, denn nur wenn Sie echte Bildungsplanung machen, können Sie auch Pleiten vermeiden, wie etwa die beim Bundesschulzentrum in Weiz, wo Sie zunächst ein Monsterprojekt in Ihr Entwicklungsprogramm aufgenommen haben. Nachher stellt sich heraus, daß das um 100 Millionen Schilling weniger kosten wird. Warum? Weil man erst nachher angefangen hat zu recherchieren: Wie viele Schüler sind denn dort in der Gegend überhaupt zu erwarten?

Herr Minister, ich sage: In diesem Fall war es gerade noch rechtzeitig! Aber wenn Ihre Bildungsplanung so ausschaut, daß Sie uns Projekte bereits seit Jahren im Budget präsentieren und im nachhinein draufkommen, daß das zum Teil überflüssig oder daß es ganz überflüssig ist, dann läßt das auf keine sehr genaue Planung schließen.

In diesem Zusammenhang habe ich doch eine Frage bezüglich der Schulreformkommission. Man hat uns gesagt: Die Ökonomiekommission – eine der Unterkommissionen – würde, wenn ein zweijähriger Tagungsrythmus – bitte, Sie haben gehört: ein zweijähriger Tagungsrythmus! – eingehalten würde, gerade adäquat arbeiten. – Das heißt, es genügt, wenn diese Ökonomiekommission alle zwei Jahre zusammentritt, denn man weiß eigentlich nicht recht, was man dort beraten soll.

Herr Minister! Es genügt uns nicht – und damit leite ich schon auf die Schulversuche über –, wenn Sie uns sagen: Die Schulversuche kosten 150 Millionen Schilling. Das ist eigentlich nur 1 Prozent der gesamten Aufwendungen, die in Ihrem Ressort getätigt werden.

Aber uns würde ja viel mehr interessieren, was es kostet, wenn diese Modelle, die jetzt erprobt werden, nachher in die Realität übergeführt werden! Und darüber wissen Sie nichts, weil Sie die Ökonomiekommission nicht beschäftigen, weil man keine Unterlagen erarbeitet.

Das ist es, was wir kritisieren, und, Herr Minister, da sind wir auf dem Punkt, wo wir sagen müssen: Hier können wir Ihnen nicht folgen! Da müssen sich unsere Wege, auch wenn wir zu einer Zusammenarbeit immer bereit waren, selbstverständlich trennen, weil wir es nicht mitverantworten können, wenn in Ihrem Ministerium so mangelhaft gearbeitet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Thema Schulversuche nur noch ein paar

Bemerkungen. Der Herr Präsident Dr. Schnell gibt in einem Aufklärungsschreiben an die Bevölkerung des 23. Bezirkes bekannt, daß der Schulversuch Integrierte Gesamtschule ja die beste Form der Ausbildung für die Zehn- bis Vierzehnjährigen darstellt. Das hätten die Schulversuche bereits erwiesen.

Herr Präsident Schnell! Ich weiß nicht, woher Sie dieses Urteil haben. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Vorurteil!)* Die Aussagen der Fachleute und auch des Herrn Hofrates Petri, der uns ja immer wieder über die Ergebnisse der Schulversuche informiert, sind viel sparsamer, sind viel zurückhaltender, als sie es sind in Ihrem Rundschreiben. Für Sie ist die Integrierte Gesamtschule bereits die beste Schulform, während für uns das noch lange nicht erwiesen ist.

Ich frage mich also: Was sollen die sich häufenden Aussagen in der Öffentlichkeit, daß die Schulversuche bereits genügend Ergebnisse erbracht hätten? Und ich frage mich, Herr Bundesminister: Was sagen Sie zur Äußerung des Herrn Professors Seel in Graz, daß man die Schulversuche eigentlich bereits beenden könnte, weil sie bereits ausreichende Ergebnisse gebracht hätten?

Vor einem Jahr noch haben wir den Schulversuchszeitraum erstreckt, weil wir alle der Meinung waren, daß noch zuwenig Ergebnisse vorhanden sind. Und jetzt auf einmal diese Kehrtwendung? Welche Ergebnisse liegen vor, die eine Beendigung der Schulversuche bereits rechtfertigen könnten?

Aber, Herr Minister, wenn Sie wollen, dann beenden wir die Schulversuche; insbesondere auch die mit der Gesamtschule. Aber das sage ich Ihnen schon: Nicht unter Preisgabe der Vielfalt der Bildungsangebote auch für die Zehn- bis Vierzehnjährigen! *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn Sie damit einverstanden sind, dann können wir ja die Gespräche darüber aufnehmen.

Und noch ein paar Bemerkungen zur Personalpolitik in Ihrem Ministerium. Nicht nur in diesem Bereich, aber ganz besonders in diesem Bereich zeigt sich, daß der Vorwurf, Herr Minister, nicht ganz unberechtigt ist: Am Minoritenplatz amtiert mehr der Parteisekretär Sinowatz als der Unterrichtsminister Sinowatz. *(Zwischenrufe.)* Ja wer den Vorwurf erhoben hat, Herr Minister, das spielt hier keine Rolle, aber ich sage: Immer mehr ist dieser Vorwurf berechtigt.

Da haben die Abgeordneten Blenk und Genossen eine Anfrage an Sie gerichtet, warum sich die Ernennung des Bezirksschulinspektors für Bludenz so in die Länge zieht. Sie haben

4030

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dr. Gruber

darauf geantwortet, der Akt sei bereits erledigt, aber man habe noch Vorgespräche mit dem Landesschulrat für Vorarlberg zu führen, „weil der Gesamtkomplex der Schulaufsichtsorgane und anderer Dienstposten an höheren Schulen“ sozusagen noch nicht ausdiskutiert sei.

Was heißt denn das eigentlich: Sie müßten noch Gespräche führen? Es war für den Bezirksschulinspektor für Bludenz ein ordnungsgemäß zustande gekommener Dreivorschlag vorhanden. Sie müssen wahrscheinlich doch nur zu dem Zweck noch Gespräche führen, um sozusagen damit zu erreichen, daß auch – na drücken wir es einmal so aus – der parteipolitische Pluralismus in Vorarlberg in der Schulaufsicht gewahrt ist. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schnell.)*

Ja, Herr Bundesminister, das ist ja leider jetzt kein Einzelfall, was Sie hier so offen zugeben, daß Sie hier noch Gespräche führen müssen. Sie haben einige Ernennungen im Bereich des Landesschulrates für Oberösterreich ... *(Zwischenruf des Abg. Thalhammer.)*

Ja, Herr Kollege Thalhammer, wenn Sie keinen Zwischenruf gemacht hätten, hätte ich das jetzt nicht genannt. Aber ich muß sagen, daß der Herr Minister etwa die Ernennung des Inspektors für die Berufsschulen Lachmaier über die zulässige Zeit eines halben Jahres, wo er zur Erledigung verpflichtet gewesen wäre, liegen gelassen hat, nur damit er seine personalpolitischen Wünsche im Lande Oberösterreich auch anbringt, oder es ist ein anderer Posten auch über Gebühr lang liegen geblieben, Herr Kollege Thalhammer. *(Abg. Thalhammer: Beim System in Oberösterreich können wir eh nichts anbringen!)* Das System hat sich sehr wohl bewährt. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. – Beifall bei der ÖVP.)*

Sie meinen die Objektivierung der Leiterbesetzungen. Das hat sich sehr wohl bewährt. Sie rennen ja nur dagegen Sturm, weil Sie Ihre parteipolitischen Machenschaften – in dem Fall muß ich das so nennen – jetzt nicht mehr durchsetzen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Wenn Sie um den Gesamtkomplex im Land Vorarlberg so besorgt sind, was die Schulaufsicht anlangt, dann würde ich Ihrer Aufmerksamkeit auch einmal die Situation im Bundesland Kärnten empfehlen.

Da haben die Abgeordneten Suppan und Genossen eine Anfrage gestellt bezüglich einer Inspektorernennung, weil der Herr Landeshauptmann Wagner, bereits bevor die Frage überhaupt im Kollegium zur Sprache kam, erklärt hat, der wird es und kein anderer. Sie haben nachher gesagt, der Dreivorschlag sei vollkommen in Ordnung gewesen, und Sie sind dem

Dreivorschlag folgend dann zu einer Erledigung des Aktes gekommen. Gut, der war in Ordnung.

Aber wenn Sie in Vorarlberg Gespräche führen müssen, muß ich Sie fragen, warum führen Sie nicht auch im Bundesland Kärnten die entsprechenden Gespräche, Herr Bundesminister? Ich würde Ihnen doch sehr anraten, daß Sie sich auch die Situation dort einmal genau anschauen. Aber Sie wissen sicher, daß dort überhaupt fast kein anderer Schulaufsichtsbeamter mehr amtiert als ein solcher, der Ihrer Partei nahesteht.

Das sind die Probleme, die sich allmählich jetzt auch auf das Ministerium übertragen. Auch im Ministerium wird ein zunehmender Druck Ihrer Seite – oder sagen wir einmal, Ihrer Partei – auf die Besetzung der Spitzenpositionen erkennbar. Das eine Mal sagen Sie, ich nehme nur einen Sektionschef aus dem Haus, wenn Sie wissen, daß jemand zur Verfügung steht, der Ihnen parteipolitisch ins Konzept paßt, und das andere Mal, wenn Sie für die Besetzung einer Sektion keinen haben, dann holen Sie sich einen von außerhalb des Hauses. Sie drehen die Dinge, wie Sie wollen. Die Hauptsache ist in Ihren Augen nur, es ist ein Mann, der Ihnen auch parteipolitisch entspricht. Und das, glaube ich, Herr Minister, kann auf die Dauer nicht gutgehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie in einer Anfragebeantwortung sagen, Sie hätten immer nur den Bestqualifizierten genommen, Herr Minister, muß ich sagen, ich fürchte, daß Sie hier bewußt die Unwahrheit mitgeteilt haben. Sie haben sicherlich nie einen genommen, der nicht qualifiziert war, aber nicht den Bestqualifizierten. Und das haben Sie in einer Anfragebeantwortung behauptet, und das stimmt nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So wird allmählich das offenkundig, was wir schon von Anfang an gesagt haben, nämlich daß die Ausschreibung der Dienstposten eine bloße Farce ist. Denn es wird zunächst einmal von Ihnen in parteipolitischen Gremien abgeklärt, wen Sie ernennen. Und Sie kommen zunehmend auch in Kollisionskurs mit der Personalvertretung, weil Sie von der Mitsprache der Personalvertretung einfach nichts halten. *(Abg. Dr. Prader: Das ist die Mitbestimmung!)* Sie weisen Vorschläge der Ausschreibungskommission zurück, die ist für Sie uninteressant. Sie meinen, die Personalvertretung habe in dieser oder jener Frage überhaupt nichts mitzureden. Selbst wenn ein Sektionschef Ihres Ministeriums einmal der Meinung ist, die hätte sehr wohl mitzureden gehabt, und sich quasi entschuldigt, daß sie nicht eingeladen war, dann schreiben Sie daraufhin, es ist gar kein Grund zu einer

Dr. Gruber

Entschuldigung vorhanden, die Personalvertretung habe ohnehin nichts mitzuplaudern.

Es ist die Frage, Herr Minister, ob das eben Ihr Verständnis von mehr Demokratie ist. Sie reden zwar, daß man mehr Mitsprache gewähren soll, die Praxis schaut aber anders aus. Ich hätte fast gefragt: Ist das das Demokratieverständnis eines sozialdemokratischen Ministers? Aber ich muß mich korrigieren, er ist gar kein sozialdemokratischer Minister, er ist ja ein sozialistischer Minister.

Dieser sozialistische Minister findet gar nichts dabei, daß er etwa einen erklärten Kommunisten einlädt, in Österreich seine Tätigkeit zu entfalten, und auch noch meint, der Herr Minister würde ihm behilflich sein, ein entsprechendes Betätigungsfeld hier zu finden. Herr Minister, ich muß wirklich sagen: Sie sind nicht nur der Minister, der für Kunst zuständig ist, sondern Sie sind auch der Minister, der für die geistige Landesverteidigung zuständig ist. Sie sind aber auch vor allem der Minister, der für die Erziehung zuständig ist, und die Erziehungsgrundsätze lauten immer noch, daß auch zu einem demokratischen Österreich erzogen werden soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie betuern jetzt wieder, daß der Grundsatz-erlaß für politische Bildung keinen anderen Sinn haben soll als eine Hinführung der jungen Menschen auch zur Demokratie. Und ausgerechnet dieser Minister möchte sich gerne zum Bundesgenossen eines erklärten Gegners der Demokratie machen. Herr Bundesminister! Ich muß sagen, hier können wir mit Ihrer Gedankenführung nicht mehr Schritt halten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Auch die Bevölkerung hält hier nicht mehr Schritt. Aber das ist ein Teil der sozialistischen Politik, ebenso wie es ein Teil der sozialistischen Politik ist, gegen den Religionsunterricht vom Leder zu ziehen, sich dann zwar auszureden, das war nur ein Grüppchen, aber, Herr Minister, die Erklärung der Sozialistischen Jugend Wien kann für Sie gar nicht überraschend gekommen sein, denn eine Zeitschrift der Sozialistischen Jugend hat bereits im Jänner dieses Jahres diese Angriffe auf den Religionsunterricht gestartet. Sie waren also wohl vorbereitet. Das ist keine Eintagsfliege gewesen, die die Sozialistische Jugend Wien hier herausgelassen hat. Das ist ein Teil *(Abg. Kraft: Doppelstrategie!)* - es wurde jetzt gesagt - dieser Doppelstrategie. Es ist auch ein Teil der sozialistischen Politik.

Das Budget, das uns vorliegt, ist ebenso ein Teil sozialistischer Politik, nämlich der in Zahlen gegossene Ausdruck dieser sozialistischen Politik. Aber dieses Budget ist zugleich auch ein Ausdruck des Versagens dieser Regierungspolitik in den Fragen der Bildung.

Aus beiden Gründen, weil es sich hier um einen Ausdruck sozialistischer Politik handelt und weil es sich hier um den Ausdruck des Versagens handelt, lehnen wir die Beratungsgruppen VI und XIV ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Gruber! Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für den Vorwurf an die Frau Minister: Das ist ein „glatter Betrug“, den Sie in Ihrer Rede verwendet haben. *(Abg. Kraft: Wieso das Wort „glatt“? - Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist nicht ordnungsrufwürdig, Herr Präsident!)*

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schnell.

Abgeordneter Dr. **Schnell** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist angenehm für mich, an meine beiden Vorredner anzuknüpfen, die sehr verschiedene Beurteilungen des Budgets 1977 vorgenommen haben. Auf der einen Seite hat der Herr Abgeordnete Peter darauf hingewiesen, daß Bildung und Wissenschaft im Hinblick auf das Budget an die Grenze des Finanzierbaren gekommen sind, und auf der anderen Seite hat der Herr Abgeordnete Gruber die geringe materielle Dotierung im Budget als Ursache dafür aufzuzeigen versucht, daß Bildung nicht mehr Vorrang besitzt.

Ich glaube, daß vor allem die Auffassung des Herrn Abgeordneten Dr. Gruber nicht zutrifft. Denn allein der Vergleich des Anteils des Bildungsbudgets am Gesamtbudget - ein geringer Verlust im Jahre 1977 gegenüber 1970 - ist sicherlich nicht zielführend, weil bei diesem Budget auch eine Reihe anderer Faktoren mit berücksichtigt werden müssen, so vor allem die Ausgaben für die Schülerfreifahrten und für die Bücher. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Wenn man nun das Unterrichtsbudget des Jahres 1970 mit dem Unterrichtsbudget, Wissenschaftsbudget und Forschungsbudget des Jahres 1977 vergleicht, so muß man feststellen, daß diese Expansion von 11,9 auf 31,1 Milliarden Schilling einem nominellen Wachstum von 159,9 Prozent entspricht. Nimmt man dabei noch die Steigerung auf Grund des Verbraucherpreisindex zur Kenntnis - laut Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes wird der Verbraucherpreisindex bis zum Jahre 1977 um 61,7 Prozent steigen -, so ergibt sich die Tatsache, daß ein realer Anstieg von mehr als 60 Prozent zu verzeichnen ist. Überlegt man und zählt man dazu, daß hier noch die Schülerfreifahrten und die Schulbücher nicht berücksichtigt worden sind, so kommt man sehr leicht zu dem Ergebnis, daß sich das Bildungsbudget in den sieben Jahren real fast verdoppelt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dr. Schnell

Wenn dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht ein Beweis dafür ist, daß Bildung für die sozialistische Regierung weiterhin Vorrang besitzt, dann, glaube ich, ist es sicherlich sehr schwierig, andere Beweise im Hinblick auf die finanzielle Ausgestaltung unseres Bildungswesens zu erbringen.

Im Zentrum jeder Bildungspolitik – und das ist selbstverständlich – stehen unausgesprochen oder ausgesprochen eine Fülle von Fragen, die letzten Endes auf weltanschauliche und gesellschaftspolitische Prinzipien zurückgehen: Welche Bildung streben wir an? Welche gesellschaftlichen Vorstellungen legen wir unserer Bildung zugrunde? Soll Bildung mehr in den Dienst der Anpassung gestellt werden, oder soll sie stärker der Emanzipation der Persönlichkeit dienen? (*Abg. Dr. Keimel: Das wird uns der Biermann schon erklären!*)

Die Geschichte der österreichischen Bildungspolitik – Herr Kollege Keimel, warten Sie ein bißchen! – zeigt, daß bei Beantwortung dieser Fragen zweifellos starke Unterschiede zwischen sozialistischen und konservativen Bildungspolitikern und Pädagogen bestehen. Diese Unterschiede wurden auch in den vergangenen Jahren bei allen bildungspolitischen Maßnahmen immer wieder sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Bildungspolitische Fragen sind ideologische Fragen. In einer Gesellschaft wie der unseren, die sich zum Pluralismus der Weltanschauungen und Werte bekennt, müssen aber im Bereich des Staates und bei der Gesetzgebung über diese bildungspolitischen Auffassungen hinweg gemeinsame Anliegen gemeinsam durchgeführt werden.

Wir haben bewiesen, daß wir uns in den letzten Jahren um einen Konsens im Hinblick auf die Schulstruktur, die verschiedenen Bildungswege, die Lehrplaninhalte und die Schulversuche bemüht haben.

Diesen Konsens haben wir in den letzten Jahren gesucht, und zwar in den Beratungen der Schulreformkommission, bei der Beschlußfassung über die 4. und 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle und in den Beratungen über das Schulunterrichtsgesetz und über das Schulbauprogramm.

Der Umstand, daß wir diesen Konsens erzielt haben, zeigt auch, daß wir bei der Beschlußfassung der Gesetze zweifellos weitgehend – trotz verschiedener Auffassungen – einvernehmliche Lösungen gefunden haben.

Umso weniger kann ich aber verstehen, daß der Herr Bundesparteiobmann der ÖVP Dr. Taus in einer Stellungnahme bei der Union höherer

Schüler im Juni in St. Pölten die Auffassung vertreten hat, daß sich die Schulpolitik in Österreich mehr und mehr dem „absoluten Nullpunkt“ nähere. Physikalisch heißt das, daß die Wärmebewegung der Moleküle zum Stillstand kommt. Übertragen auf die Schulpolitik bedeutet es, daß in unseren Schulen Bildung und Erziehung zum absoluten Stillstand und damit zum Aussterben verurteilt sind.

In Villach hat Herr Dr. Taus behauptet, daß die sozialistische Bildungspolitik ein Beispiel für die Gefährdung der geistigen Zukunft Österreichs sei.

Ich muß Herrn Dr. Taus fragen, ob es den „absoluten Nullpunkt“ im österreichischen Bildungswesen und die Gefährdung der geistigen Zukunft Österreichs bedeutet, wenn wir gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei Gesetze beschließen, wenn sich die Ausgaben für das Bildungswesen in sieben Jahren real fast verdoppeln, wenn wir in den sieben Jahren der sozialistischen Regierung den Lehrermangel fast überwinden konnten, wenn wir den erforderlichen Schulraum zur Verfügung stellen, wenn den Schülern mehr moderne Schulbücher als je zuvor überlassen werden, wenn mehr Kinder als je zuvor weiterführende Schulen besuchen, kurzum, wenn wir die restriktive Bildungspolitik der Österreichischen Volkspartei in den sechziger Jahren überwunden haben? (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn dies die geistige Zukunft Österreichs gefährdet und wenn dies den „absoluten Nullpunkt“ in der österreichischen Bildungspolitik darstellt, dann ist das eine maßlose Übertreibung und sicherlich nicht dazu geeignet, daß eine gemeinsame Verantwortung für das Bildungswesen, die wir immer angestrebt haben und die wir so dringend und so notwendig brauchen, in dieser Form durchgeführt wird.

Ich möchte darauf hinweisen, sehr geehrte Damen und Herren, daß wir uns in den sechziger Jahren, als es lehrerlose und überfüllte Klassen gab, als Tausende Schüler von den weiterführenden Schulen abgewiesen werden mußten, weil nicht genügend Schulraum zur Verfügung stand, als Herr Unterrichtsminister Dr. Piffl-Perčević zurücktrat, weil er in der ÖVP-Regierung nicht jene Unterstützung für seine sicherlich ehrlich gemeinten schulpolitischen Vorhaben fand, wohl gut überlegt hätten, das Wort vom „absoluten Nullpunkt“ auszusprechen, weil wir auch damals in dieser viel kritischeren Situation außerordentlich daran interessiert waren, gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei die Überwindung dieser bildungspolitischen Krise durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Ich las in der

Dr. Schnell

„Presse“ eine Zuschrift eines Erzkonservativen, die sich auf eine Äußerung des ÖVP-Obmannes zur Slowenenfrage bezieht und in der der falsche Tonfall, die maßlose Übertreibung und die Überheblichkeit hervorgehoben werden. Ich möchte diese beleidigenden Äußerungen, die hier für den Obmann der Österreichischen Volkspartei zum Ausdruck kommen, nicht im mindesten wiederholen. Sie scheinen mir für eine politische Diskussion auch völlig ungeeignet zu sein. Aber ich möchte doch hervorheben, sehr geehrte Damen und Herren, daß diese Art der primitiven Verallgemeinerung schulpolitischer beziehungsweise bildungspolitischer Probleme – und mit denen habe ich mich hier zu befassen – nicht geeignet ist, um eine gemeinsame, für diesen Staat so notwendige Bildungspolitik durchzuführen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Gestatten Sie mir nunmehr, daß ich einige Bemerkungen zum Schulbau mache, weil ich doch glaube, daß der Schulbau, der heute von meinen beiden Vorrednern angeführt wurde, ein wesentlicher Punkt der bildungspolitischen Auseinandersetzungen in unserem Staate ist.

Unterrichtsminister Gratz ließ im Jahre 1971 ein Schulentwicklungsprogramm für die Zeit von 1971 bis 1981 ausarbeiten. Dieses Zielquotenprogramm wurde in der Zwischenzeit zweimal auf den neuesten Stand gebracht und sieht vor, daß in Ballungszentren 46 Prozent der Schüler zwischen dem 14. und 19. Lebensjahr Schulen besuchen können, in dicht besiedelten Gebieten sind es 33 Prozent und in dünn besiedelten 27 Prozent.

Nun müssen wir doch darauf hinweisen, daß in der Zeit von 1970 bis 1976 in Österreich 101 Projekte mit 54.720 Ausbildungsplätzen und mit einem Gesamtbudgetvolumen von 4,7 Milliarden Schilling fertiggestellt wurden. Ich bin überzeugt, daß die siebziger Jahre als das Zeitalter des Schulbaues in die österreichische Schulgeschichte eingehen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Vergleich muß doch darauf hingewiesen werden, wie groß die Schulbauleistung der ÖVP-Regierung in den vier Jahren von 1966 bis 1970 war: 23 Schulen!

Zurzeit sind 53 Projekte mit 40.000 Plätzen in Bau und 38 Projekte mit 23.000 Plätzen in Planung. Das sind so gigantische Zahlen, sehr geehrte Damen und Herren, daß man sich dies auf die Gesamtsituation Österreichs übertragen in der Realisierung kaum vorstellen kann.

Allein in Wien konnten wir in den sieben Jahren zu den etwa 1000 Klassen an allgemeinbildenden höheren Schulen 400 Klassen, das

sind 40 Prozent des ursprünglichen Raumbestandes, dazugewinnen.

Das Bundes-Taubstummenseinstitut ist in Bau, das Bundes-Blindenerziehungsinstitut erhält einen gewaltigen Zubau.

Ich habe vor wenigen Wochen die Möglichkeit gehabt, einen Blick in das in Bau befindliche TGM, eine technisch-gewerbliche höhere Lehranstalt, zu tun, und war nicht nur von der wohlüberlegten Planung und der gediegenen Ausstattung, soweit man dies bereits feststellen konnte, sondern auch von dem Kostenaufwand überrascht, denn allein der Bau dieses TGM in Wien 20 wird eine Bausumme von 1,2 Milliarden Schilling verschlingen.

Ich möchte schon an dieser Stelle sagen, daß all diese Bauten, Herr Abgeordneter Gruber, in meinen Augen nur dann erstellt werden können, wenn eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Unterricht und dem Landesschulrat geführt wird.

Herr Abgeordneter Dr. Moser hat vor einigen Wochen hier im Parlament eine Rede gehalten, in der er darauf hingewiesen hat, der Schulbau in Österreich sei nicht geplant: Es ist eine Hypertrophie der Geldverschwendung. Wir haben Schulen für den ländlichen Raum verlangt, keine Trutzburgen. – Sie haben heute gesagt, daß in Weiz das Schulzentrum nicht geplant sei ... *(Abg. Dr. Eduard Moser: Schulburgen! Protokoll!)* „Trutzburg“! Ich kann Ihnen das hier auf Grund des Protokolls nachweisen, Herr Kollege Moser! Ein Ausdruck, den ich in einem solchen Zusammenhang eigentlich bei einem Pädagogen nicht ganz verstehe. Er müßte doch froh sein, daß die Kritik am Schulbau auf der anderen Seite endlich zum Verstummen kommt.

Im Grunde genommen müßten Sie ja wissen – sowohl Sie, Herr Abgeordneter Gruber, als auch Herr Kollege Moser –, daß das Bundesministerium für Unterricht keine Bauvorhaben durchführt, ohne daß die Landesschulbehörden in das Baugeschehen, in das gesamte Planungsgeschehen eingreifen, bei der Ermittlung der Schülerzahlen, bei der Auslegung der Raumgrößen mitwirken, ja sogar die entsprechenden Unterlagen liefern und auch die Raum- und Funktionsprogramme zu erstellen haben.

Der Landesschulrat der Steiermark hat einen Präsidenten, der der Österreichischen Volkspartei angehört. Der Amtsdirektor gehört ebenfalls der Österreichischen Volkspartei an. Beide sind sehr profilierte Persönlichkeiten im österreichischen Schulwesen. Die Planung in der Steiermark wird sehr wesentlich vom Landesschulrat der Steiermark mitgestaltet, wie sie ja überall in

Dr. Schnell

Österreich von den Landesschulräten mitgestaltet und mitdurchgeführt wird.

Es ist daher unmöglich, hier die Schuld allein dem Bundesministerium für Unterricht zuzuschreiben, sondern es kommt auf die Zusammenarbeit an. Ich möchte auch aus diesem Grund nochmals betonen: Es gibt in Österreich keine Schulentwicklung und keine -weiterentwicklung, wenn nicht der Konsens zwischen dem Bundesministerium für Unterricht und den Landesschulräten und der Konsens der Parteien in diesem Haus gesucht wird.

Deshalb ergibt sich in Österreich auch die sehr merkwürdige Situation, daß dem Bundesminister für Unterricht und Kunst die Schuld daran zugeschoben wird, daß im ganzen Bundesgebiet Dutzende desolate Schulgebäude vorhanden sind, weil er nicht in sieben Jahren den unerhörten Nachholbedarf, der sich aus der Zeit der ÖVP-Regierung ergeben hat, befriedigen konnte. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*) Im Schulbau noch sehr lange, Herr Abgeordneter Kohlmaier!

Ich darf Ihnen folgendes sagen: Im Schulbau ist es so, daß wir zum Beispiel im Jahre 1971 einen Vertrag zwischen der Gemeinde Wien und dem Bund geschlossen haben, daß aber die Schule, die auf Grund dieses Vertrages errichtet wurde - eine dieser drei Schulen -, erst heuer mit den ersten 15 Klassen in Betrieb gehen konnte.

Sie ersehen daraus, daß für Planung und Baudurchführung ein erheblicher Zeitaufwand notwendig ist, was ja auch international sehr wohl bekannt ist. Denn Planungsvorhaben in der Bildungspolitik brauchen sowohl im Hinblick auf die Ermittlung der Schülerzahlen als auch im Hinblick auf das Baugeschehen und schließlich bei der Durchführung der Maßnahmen in der Lehrerbildung eine langjährige Vorbereitung, wobei in den meisten Fällen ein Jahrzehnt angemessen ist. (*Abg. Dr. Busek: Die Ermittlung der Schülerzahlen dauert nicht jahrelang!*) Auch die Ermittlung der Schülerzahlen, und zwar im Hinblick auf das Übertreten in andere Schultypen, da auch hier regional große Verschiedenheiten eintreten. Sie wissen genau, sehr geehrter Herr Abgeordneter Busek, daß sich zum Beispiel in der Großstadt bei der Errichtung neuer Stadtviertel im Zusammenhang mit der Stadterweiterung völlig neue Gesichtspunkte für die Errichtung von Schulen in diesen Gebieten ergeben.

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Frage des Baues.

Nun ein paar Bemerkungen zu den Problemen, die mit den Lehrerfragen zusammenhän-

gen und die ja ebenfalls von meinen beiden Vorrednern behandelt wurden.

Zunächst, Herr Abgeordneter Gruber, darf ich Ihnen hinsichtlich der Personalpolitik des Herrn Bundesministers Sinowatz antworten. Ich nehme an, er wird das viel besser können, als ich es vermag. Aber ich möchte doch an zwei Beispiele erinnern, die ich persönlich erlebt habe, um eben zu zeigen, daß die Österreichische Volkspartei heute hier im Haus Zielvorstellungen zur Geltung bringt, die sie zu der Zeit, als sie den Unterrichtsminister stellte, in ihrem eigenen Handeln und Tun nicht verfolgte.

Es war 1961/1962, als mein Vorgänger den Landesschulinspektor Dr. Schnell zum Direktor der Prüfungskommission beim Bundesminister Dr. Piffl-Perčević eingegeben hat (*Abg. Dr. Gruber: 1961 war Piffl noch nicht Minister!*), wobei die Bestellung zwei Jahre auf sich warten ließ. - Verzeihung: Drimmel!

Es wurden damals alle Verhandlungen durchgeführt, um einen Konsens bei der Bestellung der Direktoren der Prüfungskommission auch mit anderen Bundesländern herbeizuführen. Ich kann mich selbst an einen Brief an den damaligen Landeshauptmann Dr. Gleißner erinnern. Aber es war keine Chance gegeben, und es dauerte sehr lange, bis der damalige Unterrichtsminister die Bestellung durchführte.

Ich erinnere Sie daran, Herr Abgeordneter Gruber, daß im Jahre 1945 im Bundesministerium für Unterricht noch zwei Sektionschefs, die Sozialisten waren, tätig gewesen sind, daß aber dann in den Folgejahren von allen leitenden Beamten im Bundesministerium für Unterricht insgesamt höchstens drei bis vier Personen der Sozialistischen Partei nahestanden oder angehört.

Persönlich spreche ich mich dafür aus, daß im Hinblick auf den Konsens in der Bildungspolitik auch in der Personalpolitik Toleranz notwendig ist und daß die Zusammenarbeit auf Grund dieser Toleranz vor sich geht. Aber die Toleranz in diesem Staat darf nicht nur einem vorgeschrieben oder nur von einem verlangt werden, sondern diese Toleranz müssen alle Beteiligten, alle Landesschulräte aufbringen. Es scheint mir außerordentlich notwendig zu sein, die Toleranz nicht nur dort zu fordern, wo man in der Minderheit ist, und nicht dort, wo man in der Mehrheit ist, die Personalpolitik extrem durchzuführen. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Busek: Das Wiener Problem!*)

Das Wiener Problem ist im Wiener Schulwesen sehr einfach, Herr Dr. Busek. Fragen Sie einmal den Herrn Vizepräsidenten Bittner, wieweit hier gemeinsame Beschlüsse (*Abg. Dr. Busek: Genau der erzählt mir, wie „gemein-*

Dr. Schnell

sam“ das ist!), gemeinsame Überlegungen durchgeführt werden, und wieweit wir uns bemühen, bei diesen gemeinsamen Beschlüssen Personen einzubeziehen, die in erster Linie – darauf kommt es an – die qualitativen Voraussetzungen erbringen. Aber man möge nicht glauben, daß die qualitativen Voraussetzungen nur bei der eigenen Partei liegen. Man muß auch zugeben, daß die qualitativen Voraussetzungen manches Mal bei der Sozialistischen Partei liegen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Busek: Ich werde Sie daran erinnern!) Sehr, sehr gerne. Wir können jederzeit darüber reden. (Abg. Dr. Busek: Vielleicht mit dem Herrn Minister beim nächsten Sektionschef, der im Bundesministerium fällig ist!)

Herr Dr. Busek, jeden Vergleich, wenn ich die Personalpolitik in Vorarlberg und in Tirol sehe! Herr Dr. Busek, wir werden jeden Vergleich mit Wien anstellen können; ja wir könnten sogar so weit gehen, daß wir all die Kollegen, die in den Bundesländern, vor allem in Vorarlberg und in Tirol, nicht berücksichtigt werden, als Sozialisten in Wien auf Posten befördern, die die Österreichische Volkspartei selbstverständlich für sich in Anspruch nimmt. (Abg. Dr. Busek: Auch in den Berufsschulen?)

In den Berufsschulen haben Sie tatsächlich keine Bewerber, Herr Dr. Busek! Wir haben Ihre Bewerber in sehr jungen Jahren in den Berufsschulen berücksichtigt und uns sehr bemüht, sie gegen beträchtlich besser qualifizierte und ältere Bewerber durchzusetzen. Wir haben sie auch durchgesetzt, und zwar aus der Überzeugung heraus, daß wir auch im Bereich der Wiener Berufsschulen den Konsens und die Toleranz wünschen.

Ich möchte jetzt doch auch zu folgender Frage Stellung nehmen: Wie sieht es mit dem Lehrermangel in Österreich aus, wie sieht die gegenwärtige Situation aus? Es ist zweifellos so, daß wir uns zu einem Zeitpunkt in der Lehrerbildung befinden, zu dem der Lehrermangel größtenteils, aber nicht generell, überwunden ist, daß aber zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig Werbung für den Lehrberuf durchgeführt wird. Gleichzeitig müssen aber auch die Studierenden darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Anstellungschancen in bestimmten Bereichen in den kommenden Jahren gering sein werden. Dr. Seidl, dessen mittelfristige Arbeitsmarktprognose ich noch später behandeln möchte, spricht gerade in der Lehrerbildung von einem Akzeleratismusprinzip. Er meint damit, daß nur der Bestand beziehungsweise das Problem, in verhältnismäßig kurzer Zeit viele Lehrer heranzubilden, dazu gezwungen hat, eine große Werbeaktion bei den Schülern der allgemeinbildenden und der

berufsbildenden Schulen durchzuführen, daß gleichzeitig auch die pädagogischen Akademien ihre Ausbildungskapazität beträchtlich erweitert haben und daß nun zu dem Zeitpunkt, zu dem verhältnismäßig sehr rasch die Sättigung im Lehrberuf einsetzt, der Abbau vor sich gehen muß. Er ist der Ansicht, daß dieser Abbau mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, weil sowohl die große Ausbildungskapazität zurückgenommen werden muß, als auch auf der anderen Seite die notwendige Aufklärung und die notwendige Studienberatung durchgeführt werden müsse.

Herr Abgeordneter Gruber, ich kann Ihnen sagen: Seit zwei Jahren schicken wir Beamte des Stadtschulrates an die pädagogischen Akademien und beraten die Studierenden, daß gerade im Bereich des Volksschullehrantes geringe Anstellungsschancen bestehen. Weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß die mündliche Beratung in einzelnen Vorträgen nicht ernst genug genommen wird, habe ich mich entschlossen, an alle Studierenden der Pädagogischen Akademie des Bundes und der Pädagogischen Akademie der Erzdiözese einen Brief zu schreiben, um sie eindringlich auf die neue Situation aufmerksam zu machen. Dies vor allem natürlich, um die Erstsemestrigen aufmerksam zu machen und um sie auch dafür zu gewinnen, daß sie ihr Studium ändern, das bedeutet, eine Lehramtsprüfung für Hauptschulen oder für Sonderschulen abzulegen.

In dieser Situation hat nun der Zentralausschuß im Hinblick auf das auch von Ihnen bereits zitierte Rundschreiben schon im Mai und im Juni das Gespenst vom absoluten Lehrerstopp und vom Chaos zu Beginn dieses Schuljahres dargestellt. Ich möchte Ihnen auch wieder aus meinem eigenen Aufsichtsbereich, aus dem Bereich des Stadtschulrates für Wien zeigen, wie nun dieser Lehrerstopp aussieht. Ist das Wort „Lehrerstopp“ überhaupt berechtigt?

Ich habe mir zu diesem Zweck die Zahl der Lehrer, die wir zu Beginn des Schuljahres 1976/77, also vom 1. September bis zum 31. Dezember, neu in den Dienst stellen, herauschreiben lassen. Im Bereich der Abteilung I, Volks-, Haupt- und Sonderschulen, sind dies 393 Pflichtschullehrer, 21 Religionslehrer, 65 Subventionslehrer nach § 19 Abs. 3 des Privatschulgesetzes und 121 Fachlehrer und Arbeitslehrerinnen – allein also auf dem Sektor der Pflichtschulen 600 Lehrer! Diese 600 Lehrerdienstposten waren vorhanden, und wir haben 600 Lehrer neu in den Dienst gestellt.

Im Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen waren es zum Teil vollbeschäftigte und zum Teil teilbeschäftigte Lehrer, insgesamt 400.

Dr. Schnell

Im Bereich der Abteilung III waren es 99 Berufsschullehrer und etwas über 180 Lehrer von Handelsakademien und Handelsschulen.

Nimmt man die Gesamtzahl, dann ergibt das 1271 Lehrer im Bereich eines einzigen Landesschulrates, und ich glaube, daß damit sehr deutlich bewiesen ist, daß von einem Lehrerstopp und von einer Einengung der Möglichkeit, Lehrer anzustellen, in diesem Jahr zweifellos nicht gesprochen werden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Abgeordneter Peter - ich möchte mich mit dieser Frage doch auch beschäftigen - hat darauf hingewiesen, daß wir der Freiheit des Lehrers nicht genügend Raum geben. Herr Abgeordneter Peter, Sie haben als Beispiel das Prüfungstaxengesetz angeführt. Gerade da, glaube ich, befinden Sie sich im Irrtum, denn das Prüfungstaxengesetz hat die Gewerkschaft der Lehrer mit Staatssekretär Lausecker ausgehandelt; das bedeutet, es wurde den Vorstellungen der Lehrer und ihren Auffassungen über die Prüfungstaxen Rechnung getragen. Gerade in diesem Zusammenhang wird man nicht sagen können, daß die Wünsche und Auffassungen der Lehrer nicht berücksichtigt wurden. *(Abg. Peter: Kann ja auch der Gewerkschaft einmal etwas danebengehen!)*

Ja, aber die Regierung kann nur mit den gewählten Gewerkschaftsvertretern verhandeln. Ich möchte den Zwischenruf, den Sie machten, Kollege Peter, nicht von vornherein ganz ... *(Abg. Peter: Auch der Gewerkschaft kann etwas danebengehen!)* Einverstanden, aber die Regierung kann nur mit den Lehrervertretern verhandeln! *(Abg. Dr. Busek: Bei Benya hätten Sie einen Ordnungsruf bekommen! - Heiterkeit.)*

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang doch auch auf die unsachliche Polemik im Zusammenhang mit der Studienberatung hinweisen. Wir haben den Studierenden mitgeteilt, daß wir in Hinkunft vor allem auch einige Männer als Lehrer benötigen werden, was die Frau Abgeordnete Dr. Hubinek veranlaßt hat, in einer Presseaussendung die Frauenfeindlichkeit des Wiener Stadtschulrates hervorzuheben. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Bei der Anstellung der Junglehrer!)*

Frau Kollegin Hubinek, ich sage es noch einmal: Wir haben in diesem Schreiben darauf hingewiesen, daß wir für Leibesübungen und für Knabenhandarbeit Männer benötigen. Ich nehme an, daß Sie da zustimmern werden, daß Sie uns das genehmigen werden, da bisher Frauen für Knabenturnen an Hauptschulen nicht geprüft worden sind. Nicht mehr und nicht weniger haben wir gesagt. Es war dieser Angriff also ein politischer Angriff, kein sachlicher.

Ich möchte dem Herrn Kollegen Busek, der ja sehr wohl in der Lage ist, die Dinge immer etwas anders darzustellen, als sie gemeint und zum Ausdruck gebracht worden sind *(Abg. Dr. Busek: Das unterscheidet uns!)*, auch sehr deutlich sagen, daß wir in diesem Schreiben, das wir für die Studierenden der Pädagogischen Akademie herausgegeben haben, mitgeteilt haben, daß zurzeit 1300 Lehrer, die das Lehramt für Volksschulen besitzen, an Haupt- und Sonderschulen unterrichten.

In Ihrer Pressekonferenz mit dem Herrn Abgeordneten Zörner haben Sie daraus eine etwas unklare Feststellung gemacht, aus der zu ersehen war, daß im Bereich des Stadtschulrates für Wien wohl 1300 Lehrer im Dienst stehen und bezahlt werden, aber nicht beschäftigt waren. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Busek.)*

Ihr Nachbar, der Herr Abgeordnete Gruber, hat dies aus der Pressemeldung natürlich sofort aufgenommen. Er hat sich gedacht: Was ist das für eine furchtbare Schweinerei beim Stadtschulrat für Wien? Und hat im Finanz- und Budgetausschuß an den Herrn Bundesminister für Unterricht die Anfrage gestellt, wieso es kommt, daß bei einem Landesschulrat, beim Stadtschulrat für Wien, 1300 Lehrer nicht beschäftigt sind. *(Abg. Dr. Gruber: Nein, nein, so habe ich nicht gefragt!)* Ich habe das genau mitgeschrieben und habe Ihnen das dann auch im Anschluß an die Diskussion mitgeteilt. *(Abg. Dr. Gruber: Sie können das wunderbar, die Dinge anders darzustellen, als sie gemeint sind! Ich habe gefragt, was er zu der Meldung sagt: Er soll es klarstellen!)*

Herr Kollege Gruber, so kann man die politische Polemik über die Studienberatung nicht durchführen; das heißt, Sie haben die Meldung auch so aufgefaßt. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Aber fragen wird man das noch können!)* Natürlich, Frau Abgeordnete, ich bin immer für das Fragen und für das Aussprechen. Ich bin nur nicht für die polemische Darstellung von an und für sich klaren Sachverhalten, weil doch in dieser Arbeit das Vertrauen wichtig ist.

Nun ein paar Bemerkungen, die mir sehr wesentlich erscheinen, zu den Klassenschülerzahlen.

Zu den Klassenschülerzahlen möchte ich sagen, daß es zweifellos bedauerlich ist, daß wir in diesem Jahr an den allgemeinbildenden höheren Schulen einen Anstieg beziehungsweise eine Zunahme nicht nur der Überschreitungen, sondern überhaupt der Durchschnittszahlen haben. Ich decke mich ganz mit Ihrer Auffassung, Herr Kollege Gruber, nämlich daß wir alles daransetzen müssen und sollen, um die Klassenschülerzahlen in Zukunft zu senken.

Dr. Schnell

Es ist aber generell nicht ganz so, wie Sie es darstellen, denn diese Ausführungen über die hohen Klassenschülerzahlen gelten für die allgemeinbildenden höheren Schulen, aber nicht in diesem Ausmaß für die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen und überhaupt nicht für die Schülerzahlen an den Pflichtschulen.

Was die Schülerzahlen an den Pflichtschulen betrifft (*Abg. Dr. Gruber: Die sinken!*) – ja, und darauf möchte ich hinweisen –, so sinken sie, und ich möchte nur sagen, daß diese generellen Feststellungen, die getroffen werden, in der Presse und in der Öffentlichkeit dann häufig so verstanden werden, als ob die Klassenschülerzahlen in Österreich generell ansteigen würden, was nicht der Fall ist, denn gerade im Pflichtschulwesen sinken sie eben sehr beträchtlich. Ich darf darauf hinweisen, daß wir bereits im Schuljahr 1974/75 – leider habe ich kein späteres Datum, weil die Schulstatistik noch nicht vorhanden war – an den Pflichtschulen eine durchschnittliche Klassenschülerzahl von 27 erreicht haben.

Aber das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist oder scheint mir zu sein – und darüber, glaube ich, sollten wir mit den Landesschulräten und dem Bundesministerium für Unterricht sehr eingehend sprechen –, daß die Zahl der Schüler, die in den Pflichtschulen auf einen Lehrer entfällt, in den sieben Jahren von 1969/70 bis 1974/75 beträchtlich gefallen ist.

Entfielen nämlich – und, bitte, das ist eine gravierende Zahl für das österreichische Schulwesen in den sieben Jahren der sozialistischen Schulpolitik – im Jahre 1969/70 28 Pflichtschüler auf einen Lehrer, mit Ausnahme der Religionslehrer, der Arbeitslehrerinnen und der nichtliterarischen Fremdsprachenlehrer, so kamen sieben Jahre später nur noch 18 Schüler auf einen Lehrer. Es ist also eine Verbesserung um mehr als 30 Prozent eingetreten, und ich glaube, daß dies einen wichtigen Tatbestand und eine wichtige Verbesserung im Schulwesen insgesamt darstellt. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Das liegt am Abbau der Überstunden!*)

Das hat nicht nur mit dem Abbau der Überstunden, sondern auch sehr viel mit der Teilungszahl, mit zusätzlichen Fördereinrichtungen und mit zusätzlichen Unterrichtsgestaltungen an den Pflichtschulen zu tun. Das heißt, es ist das gesamte Bildungsgefüge an der Pflichtschule beträchtlich besser geworden! (*Abg. Dr. Mussil: Mit der Einführung der 40-Stunden-Woche doch auch! – Heiterkeit.*) Herr Abgeordneter Mussil, ich weiß nicht, welchen Konnex Sie mit der 40-Stunden-Woche herstellen, aber ich stehe Ihnen dann anschlie-

ßend in dieser Frage sehr gerne zur Verfügung, ob Sie das auf die Lehrer oder auf die Schüler oder andere Faktoren zurückführen. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Auf die Lehrverpflichtungen hat es ja schon einen Einfluß gehabt!*)

Auf die Lehrverpflichtungen hat es teilweise einen Einfluß gehabt, das ist richtig. Die Lehrverpflichtung ist aber insgesamt in dem Zusammenhang um eine Stunde zurückgegangen; wenn Sie die große Zahl an den Volksschulen berücksichtigen, so spielt hier die Lehrverpflichtung nicht soviel herein. (*Abg. Dr. Mussil: Ich glaube, ich muß Ihnen Unterricht erteilen und nicht umgekehrt!*) Ich habe Sie leider nicht verstanden, Herr Abgeordneter Mussil.

Darf ich also jetzt noch ein paar Worte zur Frage der Schulversuche sagen, weil hier sowohl der Herr Abgeordnete Peter, wie ich glaube, als auch der Herr Abgeordnete Gruber über dieses Thema gesprochen haben, und ich glaube, daß darüber auch etwas zu sagen ist.

Sie sagten, daß im Schulwesen mit den Schulversuchen eine Unsicherheit eingesetzt hat, daß Tausende Klassen im Schulversuch sind. Dies müßte man auch richtigstellen. (*Abg. Dr. Gruber: Das hat der Abgeordnete Peter gesagt!*) Ja. – Sie wissen, daß die einheitliche, undifferenzierte Betrachtung der Schulversuche eine Berichtigung notwendig macht.

Im Schuljahr 1976/77 werden in 9500 Klassen Schulversuche durchgeführt. Das ist in der Tat eine außerordentlich große Anzahl von Klassen. Diese Schulversuche gehen aber zum Teil auf Maßnahmen zurück, die man traf, um den Schülern und den Eltern ein besseres Bildungsangebot zu machen. Dazu gehören vor allem die Schulversuche im Grundschulbereich mit den Differenzierungsmaßnahmen, die ja an und für sich im Hinblick auf ihre pädagogische Wirksamkeit unbestritten sind, die Schulversuche mit den Vorschulklassen und den Eingangsstufen und die Schulversuche mit der fremdsprachigen Vorschulung, die allein 6800 Klassen umfaßten, wobei weitgehend nicht nur Einverständnis darüber besteht, sondern die Eltern sogar großen Anspruch erheben, daß ihre Kinder in diesen Schulversuch der fremdsprachigen Vorschulung gelangen. Man kommt hier von diesen 9500 Klassen auf bereits mehr als 8000 Klassen, sodaß nur knapp 1400 Klassen an Schulversuchen verbleiben, die „bildungspolitische Schulversuche“ – wenn ich so sagen darf – sind, also Schulversuche an den Schulen der Zehn- bis Vierzehnjährigen, an den Oberstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen und im berufsbildenden Schulwesen.

Herr Abgeordneter Gruber! Ich glaube nicht,

Dr. Schnell

daß es einen Sinn hat, wenn Sie mir sagen beziehungsweise vorschreiben wollen, daß ich in Zukunft meine Auffassung über die Gesamtschule nicht zum Ausdruck bringen darf. Wir haben in diesem amtlichen Schreiben auch nicht festgestellt, daß wir ein Ergebnis vorwegnehmen, sondern wir haben den Eltern mitgeteilt, daß sich dieser Schulversuch sehr gut eingelebt hat. Merkwürdig ist, daß dieser Passus bereits seit zwei Jahren in diesem Schreiben steht. Wir haben den Eltern angeboten, daß sie dort ihre Kinder hinschicken, aber ihnen auch freigestellt, das Kind in eine allgemeinbildende höhere Schule des 13. oder 12. Bezirkes zu schicken. Es wird niemand gezwungen, wir haben den Eltern nur einen Vorschlag gemacht und haben ihnen mit diesem Vorschlag die Gesamtschule dargestellt.

Aber eine Drohung, daß wir jetzt die Schulversuche abbrechen sollen - ich weiß nicht, wie ernst Sie das meinen -, würde ich sehr bedauern, weil ich glaube (*Abg. Dr. Gruber: Ich habe es ja nicht verlangt!*), daß man die Versuche weiterführen sollte, da - und darauf möchte ich auch zu sprechen kommen - gerade diese Schulversuche eingerichtet wurden, um jene kritischen Punkte, von denen der Herr Abgeordnete Peter, aber auch der Herr Bundesparteiobermann Taus in Villach gesprochen haben, abzubauen: die Schulangst, das Repetieren, das Nachhilfestundenunwesen.

Es wird heute so dargestellt, als ob dies Erfindungen der Schule in den letzten sieben Jahren gewesen sind. In Wirklichkeit ist es so, daß wir im Jahre 1969 und im Jahre 1970 auf diese krisenhafte Entwicklung im Bildungswesen aufmerksam gemacht und auf Grund dieser krisenhaften Entwicklung die Schulversuche eingerichtet haben.

Herr Abgeordneter Peter! Ich muß Sie wieder auf den Widerspruch aufmerksam machen, über den ich schon einige Male mit Ihnen diskutiert habe. Auf der einen Seite sagen Sie generell und pauschal: Niveauverlust der allgemeinbildenden höheren Schule, keine Anforderungen bei der Reifeprüfung, Nivellierung, keine Qualität, nur Quantität. Auf der anderen Seite verlangen Sie: Anpassung der Lehrpläne - und jetzt stimme ich mit Ihnen überein - an das Fassungsvermögen der Schüler, Abbau der Schulangst.

Wir glauben eben, daß mit dieser Anpassung der Lehrpläne an das Fassungsvermögen der Kinder, also mit mehr Zeit zur Vertiefung und mit mehr Übung in der Schule, das Bildungsniveau nicht sinkt. Daher meinen wir, daß die Lehrplanforderungen geringer werden sollten, um mit einem verstärkten geistigen Angebot und mit einer verstärkten geistigen und kriti-

schen Arbeit in der Schule auch dies aufzuholen. Hier stimmen wir und hier stimme ich mit Ihnen überein. Aber man soll nicht sagen, daß die Schulversuche nicht diese Zielpunkte vor Augen haben beziehungsweise diese Zielpunkte verfolgen. Ich gebe Ihnen aber gerne zu, daß wir bei den Lehrern und in der Öffentlichkeit gerade mit diesen Anliegen nicht immer auf offene Ohren und auf Verständnis stoßen.

Ich möchte, sehr geehrte Damen und Herren, zum Abschluß einige Bemerkungen zu dem sehr heiklen und immer wieder diskutierten Problem des Bedarfs an Maturanten und Akademikern und der Studienberatung machen. Die Bildungsexplosion zwingt uns, daß wir uns mit diesen Fragen befassen. Ausgangspunkt meiner Überlegung ist eine hervorragende Studie, die Professor Dr. Steindl im Auftrag des Bundesministers für soziale Verwaltung als mittelfristige Arbeitsmarktprognose erstellt hat. Diese Studie - ich muß mich kurz fassen - kommt zu dem Schluß, daß die Emigrationsquote der Absolventen der Universitäten und der Hochschulen außerordentlich verschieden ist, in den letzten Jahren aber beträchtlich zurückgeht. Waren in den sechziger Jahren etwa bei den Philosophen und bei den technischen Physikern noch etwa 40 Prozent der Graduierten darauf angewiesen, ins Ausland zu gehen, so ist die durchschnittliche Emigrationsquote seither beträchtlich gesunken. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Es ist hier eine bessere Position; draußen ist es schwieriger geworden, und das Lohnniveau in Österreich ist gestiegen. Es gibt sicherlich eine Reihe von Faktoren, aber der Tatbestand muß aufgezeigt werden.

Es ist zweitens der deutliche Trend erkennbar, daß die Zahl der selbständigen Akademiker mit Ausnahme der Apotheker in allen Berufen stark abgenommen und die Zahl der unselbständigen Akademiker zugenommen hat. Es ist weiters die Tatsache festzustellen, daß in diesem Jahrzehnt der Bestandszuwachs für alle berufstätigen Akademiker zweifellos größer geworden ist, aber - und ich glaube, das ist jetzt wichtig - weitaus nicht so groß, wie am Beginn der sechziger Jahre im OECD-Bericht dargestellt wurde; dies stellte Steindl fest. Das heißt, der OECD-Bericht der sechziger Jahre, den Dr. Piffel-Perčević vorgelegt hatte, hat eine höhere Akademikerquote angenommen, als dann tatsächlich eingetreten ist.

Steindl kommt zu dem Schluß, daß in den achtziger Jahren sicherlich eine reichliche Versorgung mit Akademikern eintreten wird und daß bei den Studierenden die Wahl des Faches von den gegenwärtigen Verdienstmöglichkeiten beeinflusst wird. Er meint aber, daß bei der Wahl des Faches die gegenwärtigen

Dr. Schnell

Verdienstmöglichkeiten sicherlich nicht in die Zukunft projiziert werden dürfen. Das ist dieselbe Aussage, die Frau Minister Dr. Firnberg seit mehreren Jahren hier sehr deutlich vertritt. Es ist eine Studie, die im Grunde genommen jetzt das beweist, was immer gesagt wurde, nämlich die Aussage, daß auf Grund der gegenwärtigen Bedingungen ein bestimmtes Rollenbild oder eine bestimmte Verdienstchance im Zusammenhang mit einem bestimmten Studiengang in der Zukunft nicht erwartet werden kann. Diese Studie legt dies fest, und ich glaube, daß wir uns jetzt endlich auch zu dieser Auffassung bekennen sollten.

Die Studie kommt weiters zu der Feststellung, daß die Errechnung eines Bedarfs an hochqualifizierten Fachkräften nach dem Muster einer Marktanalyse in einer freien Wirtschaft in der Praxis fast nicht möglich ist. Ich möchte damit weder dem Herrn Abgeordneten Gruber noch dem Herrn Abgeordneten Peter sagen, daß wir nicht Bildungsforschung betreiben sollen. Im Gegenteil. Wir können sicherlich nicht genug Bildungsforschung betreiben. Aber der Herr Abgeordnete Peter hat bei der von ihm erwähnten Enquete den Eindruck gewonnen so wie ich, daß uns auch eine genaue Erhebung und eine genaue Bildungsforschung nicht die Entscheidung auf Grund sehr differenzierter und sehr unterschiedlicher Informationen, die uns zur Verfügung stehen, abnehmen und uns davon befreien können.

Im Grunde genommen zeigt die von Dr. Steindl vorgelegte Prognose, daß die Berufschancen der Maturanten und Akademiker durchaus nicht so katastrophal schlecht sind, wie dies in der Öffentlichkeit häufig dargestellt wird. Die Eingliederung der Maturanten und Akademiker wird von der gesamten Wirtschaftslage und auch von der Tatsache abhängen, daß in der Gegenwart in einem viel größeren Ausmaß Akademiker als Beamte in den öffentlichen Dienst, in das Wirtschaftsleben oder in den Staatsdienst eintreten wollen, was an die öffentliche Hand zweifellos größere Anforderungen stellen wird.

Jetzt ergibt von sich die Frage: Welche Maßnahmen sollen getroffen werden? Ich glaube, daß Übereinstimmung darüber besteht, daß mehr Studierende für den Besuch von berufsbildenden höheren Schulen gewonnen werden sollen, daß wir die Einrichtung von Speziallehrgängen und Kollegs an berufsbildenden höheren Schulen verstärken sollen, und es besteht sicherlich auch Einverständnis darüber, daß die Studienberatung verstärkt wird.

Ich bitte Sie nur, es nicht so darzustellen, als ob es in Österreich keine Studienberatung gäbe! Es gibt eine langjährige Studienberatung im

Zusammenhang mit dem Übertritt von der 4. Volksschulklasse in die 1. Klasse der allgemeinbildenden höheren Schulen oder in die Hauptschule. Es gibt eine eingehende Studienberatung in der 8. Schulstufe, es gibt eine Fülle von berufskundlichen Führungen im Bereich des Polytechnischen Lehrganges. Wir haben eigene Schülerberater an den allgemeinbildenden und an den berufsbildenden höheren Schulen geschaffen. Allein in Wien wurden Vorträge für Maturanten, im letzten Jahr 27 Veranstaltungen, mit einem Besuch von 2400 Teilnehmern durchgeführt. Es mag schon sein, daß nicht alle die Studienberatung in Anspruch nehmen. Es wird außerordentlich viel angeboten, aber von diesem Angebot sicherlich nicht in dem Ausmaß Gebrauch gemacht, wie es sein sollte.

Ich freue mich, daß wir gemeinsam der Auffassung sind, daß ein Numerus clausus nicht notwendig ist. Ich möchte aber doch zum Schluß auch noch darauf hinweisen, daß die Angriffe, die Sie gegen uns richten, nämlich daß wir niemandem, der sein Studium abgeschlossen hat, von vornherein eine Stellung zusagen können, meiner Meinung nach sinnlos sind.

Herr Abgeordneter Busek, Sie haben das letzte Mal in der Enquete am 8. Dezember mit der Feststellung geendet, daß niemand den Studierenden eine Garantie für eine Anstellung geben kann, wenn die Beratung durchgeführt wird und er sich für einen bestimmten Weg entscheidet. Wenn Frau Minister Dr. Firnberg dieselbe Feststellung in der Öffentlichkeit trifft, greifen Sie sie heftigst an. Wenn Sie diese selbstverständliche Feststellung den Studierenden gegenüber treffen, so ist das selbstverständlich.

Ich glaube, daß wir von dieser Doppelzüngigkeit in der Auseinandersetzung gemeinsam Abstand nehmen sollten. Sie haben es sehr deutlich gesagt; aber niemand wird Ihnen in Zukunft, wenn eine Beratung vorhanden ist ... (Abg. Dr. Busek: Wann habe ich die Frau Minister angegriffen?) Die Frau Minister haben Sie angegriffen, indem Sie denselben Satz, den Sie am Schluß der Diskussion gesagt haben, zuerst aus den Stenographischen Protokollen vorgelesen und dann der Frau Minister vorgelesen haben. Und da kann ich nur sagen: Das kann nicht sein!

Wenn wir uns zu einem Tatbestand gemeinsam bekennen, dann glaube ich, müssen wir dies auch ausdrücken. Ich darf sagen, unter der ÖVP-Regierung, unter den Unterrichtsministern der Österreichischen Volkspartei gab es Jahre hindurch ein überaus hohes Lehrerangebot, und die Lehrer konnten nicht angestellt werden. Niemand hat damals gesagt, der Minister ist schuld, daß sie nicht angestellt werden konnten.

Dr. Schnell

Jetzt ist plötzlich nur noch der Minister oder sind nur noch die Verantwortlichen schuld.

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zum Schluß. Ich bin der Überzeugung, daß das Budget die Voraussetzung bietet, um unsere Bildungspolitik in den nächsten Jahren in unverminderter Qualität und im selben Umfang durchführen zu können. Ich bekenne mich am Schluß nochmals zur Zusammenarbeit und lege zu dem Konsens in der österreichischen Schulpolitik ein Bekenntnis ab. Aus all diesen Gründen wird die sozialistische Fraktion auch diesem Budget die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Eduard Moser zu Wort gemeldet. Ich mache darauf aufmerksam, daß diese die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten darf. Ich erteile ihm zu dieser tatsächlichen Berichtigung das Wort.

Abgeordneter Dr. Eduard **Moser** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Präsident Schnell hat mich soeben in seiner Rede angegriffen, daß ich im Zusammenhang mit den überdimensionierten Schulzentren das Wort „Trutzburgen“ gebraucht hätte, und er hat dazu aus dem Stenographischen Protokoll zitiert.

Ich stelle fest, daß laut Stenographischem Protokoll in keiner meiner Reden jemals das Wort „Trutzburgen“ vorgekommen ist. Die betreffende Stelle vom 7. Oktober 1976, die Herr Präsident Schnell hier zitiert hat, lautet wie folgt:

„Wir haben keine pädagogischen UNO-Citys verlangt, wir haben Schulen für den ländlichen Raum verlangt, aber keine Schulburgen!“

Wenn der Herr Präsident hier Schulburgen als Trutzburgen bezeichnet, so ist das ein Hörfehler. Ich habe hier das Stenographische Protokoll. Es mag, Herr Präsident . . . *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schnell. - Abg. Dr. Schwimmer: Unglaublich! - Abg. Dr. Gruber: Falsch zitiert, das tut man nicht! Das Authentische müssen Sie nehmen! - Abg. Dr. Schwimmer: Die richtigen Unterlagen braucht man!)* Ja, ich habe das Stenographische Protokoll vor mir. Es mag ein Hörfehler gewesen sein, aber das Stenographische Protokoll wurde falsch zitiert. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Thalhammer: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf mich entsprechend der Vereinbarung anlässlich der Budgetdebatte an eine etwas kürzere Zeit halten als meine Vorredner. Ich wähle zwei spezielle Themen aus, die ich besonders Herrn Unterrichtsminister Dr. Sinowatz widmen möchte. Und zwar werde ich mich mit Sport und Theater beschäftigen, war doch der Herr Unterrichtsminister seinerzeit angeblich selbst ein sehr bekannter burgenländischer Sportler und gilt er heute noch als anerkannter Theaterfachmann und vor allem als Theaterfan. Es ist mir aber gerade deswegen unverständlich, daß anlässlich der Budgeterstellung diese zwei Themenkreise wiederum budgetmäßig arg vernachlässigt wurden.

Zum Sport im allgemeinen darf ich sagen, daß es dem Minister, trotz aller Vorhalte, auch nicht gelungen ist, den Sport weitgehend aus der Politik auszuschalten. Dies ist sehr bedauerlich. Vor vierzehn Tagen oder drei Wochen hat eine Enquete, eine Sportdiskussion stattgefunden, und dort wurde gerade über die Verpolitisierung des Sports in Österreich gesprochen. Vorweg darf ich aber sagen - das ist das Traurige überhaupt -, daß in das internationale Sportgeschehen doch zuviel Politik hineinreicht.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, allerdings doch abschreckend und, ich möchte sagen, verwerflich, wenn folgendes Zitat durch die Zeitungen gegangen ist - allerdings nicht in Österreich, sondern in der Bundesrepublik -: „Die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln muß nicht der Krieg sein, der Sport bietet genügend Ersatz.“ Bedauerlich ist, daß man bei uns in Österreich immer wieder vermerken muß und spürt, daß sich Sport und Politik nicht trennen lassen oder nicht getrennt werden.

International gesehen muß ich doch einige Beispiele anführen, die ein trauriges Licht auf den Sport werfen. Es geht so weit, daß ganze Länder boykottiert werden, und das gerade beim Sport, der doch nicht trennend, sondern verbindend sein soll! Südafrika wird beim Davis-Cup boykottiert, Chile wird beim Davis-Cup boykottiert, bei der Fußballweltmeisterschaft wird durch die Sowjetunion boykottiert. Was können denn letztlich die Sportler dafür, daß man sie auf die politische Ebene zerrt?

Und wie sieht es in Österreich aus? Anlässlich einer Sportdiskussion - ich erwähnte sie schon - wurde von einem sozialistischen Teilnehmer der Ausspruch geprägt: Wir Sozialisten mißbrauchen den Sport nicht, um Politik zu machen. - Das glaube ich ihm. Zumindest versucht er, ihn nicht zu mißbrauchen.

Aber trotzdem, glaube ich, ist ein Faktor in

Dipl.-Vw. Josseck

Österreich – wir diskutieren sehr oft darüber und kritisieren vor allem, daß in Österreich der Sport im argen liegt und in gewissen Bereichen nichts weitergeht – mit schuld, nämlich daß wir den Sport in drei Verbände aufteilen, wobei eben zwei Verbände, der ASKÖ und die UNION, als ausgesprochen politische Verbände zu bezeichnen sind. Daher ist die Verpolitisierung des Sports doch auch in Österreich sicherlich gegeben.

Als Beispiel muß man dazu anführen: Es kann sich nicht als günstig erweisen, wenn zum Beispiel drei Leute am Reck turnen wollen, daß man nun hergeht – das geschieht leider Gottes in Österreich – und drei Recke aufstellt; das verteuert. Ich glaube, wenn sich die drei Sportler zusammentäten und gemeinsam an einem Gerät trainierten, käme das erstens billiger, und zweitens ist immer eine gewisse Rivalität da, man bildet sich dadurch gegenseitig.

Das krassste Beispiel hat uns sicherlich die Olympiade, besonders die Sommerolympiade, geliefert, und bei den Weltmeisterschaften erleben wir es auch. Wenn zur Olympiade etwas mehr als 60 Sportler fahren, aber gleichzeitig auch 50 Funktionäre, sagt jeder: Muß das sein? Hier ist nämlich die Verpolitisierung im Sport in Österreich zu vermerken!

Es darf nicht verwundern, daß heute ein UNION-Schwimmer zur Olympiade fährt und die UNION darauf besteht: Dann muß aber auch ein Funktionär von uns mit! Aber gleichzeitig gibt es halt auch zufällig einen guten ASKÖ-Schwimmer, und hier stehen die Funktionäre auf dem gleichen Standpunkt: Da muß auch einer von uns mit! Also haben wir zwei Schwimmer und zwei Funktionäre, daher diese Verzerrung gerade auf dem Gebiet der personellen Beschikung. (*Abg. Peter: Der Sport funktioniert nach dem System der Sozialpartner!*) Offensichtlich! In Fortsetzung kann man das sicherlich so sehen.

Dazu gibt es eben hervorstechende Beispiele, von denen ich vielleicht zwei anführen darf.

Von einem Urlaubsort im Salzkammergut, 1200 Einwohner, müßte man annehmen, daß ein Sportverein genügt. Und was ergibt sich tatsächlich? Der ASKÖ war als erster da und hat einen Fußballverein gegründet. Man hat nun, weil Interesse bestand, auch einen Tennisklub eingerichtet. Nun war eine andere Personengruppe dahinter, die meinte, sie ginge nicht zum politischen roten ASKÖ, und sie baute Tennisplätze für die UNION. Daß dann der Segelklub dem ASVÖ angehört, und das in einem Ort mit 1200 Einwohnern, bezeichne ich mehr als traurig im österreichischen Sportgeschehen.

Und wie kostspielig es werden kann, sieht man an einem Beispiel aus Salzburg. Da haben

sich beide Vereine, UNION und ASKÖ, darum bemüht, ihre Sportanlagen mit Kunststoffbahnen, vor allem die 400-Meter-Laufbahn mit einer Tartanbahn, zu belegen. Nun, die Mittel dazu waren nicht da, aber damit jeder etwas bekommt, ist diese salomonische Entscheidung gefallen: Man ist hergegangen und hat beiden Vereinen nicht die Laufbahn gemacht, sondern jedem nur soviel Tartan gegeben, daß er die Anlaufbahn für Hochsprung, Weitsprung und Stabhochsprung ausbauen konnte. Das ist doch ein Beweis dafür, wie unglücklich es ist, wenn die Politik in den täglichen Sport hineinspielt.

Der Schulsport selbst ist sicherlich die Vorbedingung für den Breitensport und letztlich natürlich auch für den Spitzensport. Es ist dabei bedauerlich – ich müßte das schon einmal hier erwähnen, weil immer wieder Beispiele dafür bekannt werden –, daß gerade der Sport in der Schule als Stiefkind betrachtet wird. Nicht nur daß die meisten Stunden, die ausfallen, Turnstunden sind, so wird auch sehr oft gerade als Strafe den Kindern die Turnstunde entzogen. Ich glaube, das ist sicherlich nicht der richtige Weg.

Es läge also echt am Minister, Sorge dafür zu tragen, daß zumindest – genug Sport kann man nie betreiben – der im Stundenplan angesetzte Sport durchgeführt wird. Zu allem Überfluß kam nun noch der Sparerlaß an den allgemeinbildenden höheren Schulen, der Stundenkürzungen mit sich brachte. Wenn ich erwähnte, daß immer wieder die Turnstunden zu kurz kommen, so zeigt es sich auch daran, daß allein auf Grund dieses Sparerlasses bereits 1260 Turnstunden pro Woche in Österreich ausfallen.

Die Situation ist aber alarmierend, wenn man die Ziffern über den Gesundheitszustand der Schüler liest, der geradezu als katastrophal zu bezeichnen ist. Eine Statistik, die mir zur Verfügung steht, allerdings nur die Volksschulen in Wien betrifft, aber trotzdem alarmierend ist, zeigt, daß bei einer Untersuchung von 12 706 Kindern allein 5973 als fußkrank und 2718 mit Haltungsschäden zu vermerken waren. Dessenungeachtet wird immer wieder an der Turnstunde herummanipuliert.

Ich weiß, es liegt sehr viel an der Schulleitung, es liegt auch an den Lehrkräften, aber ich glaube, ein energisches Wort von oben könnte hier doch den Mangel etwas beheben. Wenn wir auch einen Mangel an qualifizierten Lehrkräften haben, so zeigt sich bei einer genauen Untersuchung, daß die Lehrkräfte mit mehr als der Hälfte ihrer Lehrverpflichtung in ihrem zweiten Fach beschäftigt sind. Man zieht sie immer wieder herüber in andere Fächer und vernachlässigt damit die Sportausbildung.

Nun will ich den Zusammenhang herstellen –

Dipl.-Vw. Josseck

man braucht ihn nicht zu suchen -, daß doch gerade der Übergang von der Schule zum Breitensport, zum Spitzensport gegeben ist und damit der Schule eine ganz wesentliche Aufgabe zufällt. Denn wenn die Kinder die Schule verlassen, ist es meistens zu spät, um sie neuerdings für den Sport motivieren zu können. Es ist Aufgabe der Schule, die Brücke zum lebenslangen Sporttreiben herzustellen. Die Kinder selbst haben ja das elementare Bedürfnis an Bewegung. Der Reiz zum Wachstum wird durch den Sport gegeben. In der heutigen Wohlstandsgesellschaft bewegen sich die Kinder leider Gottes schon zu wenig. Da soll durch Schulturnen Abhilfe geschaffen werden.

Ich sagte schon, die Schule hat mit die Aufgabe, den Jugendlichen zu motivieren, ein Leben lang Sport zu betreiben. Wenn der Übergang zum Breitensport geschaffen ist, so sagt das noch lange nicht, daß wir dann - den Beweis liefern ja leider in Österreich zu viele Sportsparten - den Spitzensport gesichert haben. Ein geradezu trauriges Bild ergab eine Untersuchung, die an der Universitätsklinik angestellt wurde. Für diese Studie wurden 35 österreichische Spitzenfußballer und zum Vergleich Amateur-Volleyballspieler, also durchaus nicht extrem durchtrainierte Sportler, müßte man meinen, herangezogen. Die Studie der Universitätsklinik hat ergeben, daß die Berufsfußballer, die Spitzenfußballer, in ihrer Kondition und in ihrem Gesamtzustand um keinen Deut stärker waren als die Amateure.

Ich glaube - schade, daß der Kollege Sekanina nicht herinnen ist -, daß die Grundvoraussetzung, die die Schule mitgeben muß, auch bei diesen Spitzenfußballern fehlt. Eine weitere Grundvoraussetzung ist die Leichtathletik. Nach meiner Meinung gehört ein Spitzenfußballer, der 100 m nicht unter 12 Sekunden läuft, halt gar nicht in eine Mannschaft hinein. *(Abg. Dr. Busek: Das kann der Sekanina auch nicht!)*

Das schlägt dann immer wieder auch auf den Herrn Minister und sein Ministerium zurück, denn ohne internationale Spitze gibt es keine Zuschauerzahlen und damit auch kein Geld, und schließlich versuchen alle, Subventionen zu bekommen.

Ich glaube also, Herr Minister, als Exsportler oder Nachsportler sollten Sie dafür vielleicht etwas mehr Verständnis aufbringen und vor allem - auch eine Anregung - einmal ein Gespräch mit dem Herrn Finanzminister *(Abg. Dr. Busek: Der sportelt selbst!)* gerade in der Frage der steuerlichen Anforderungen suchen, die immer wieder an die Amateurvereine gestellt werden. *(Abg. Dr. Busek: Der Finanzminister ist ein Profi!)* Diese Vorgangsweise ist mir nämlich unverständlich. Hier müßte doch

auch einmal eine Lösung gefunden werden. Die Vereine bemühen sich, Bälle, Sommerfeste et cetera zu veranstalten, und unmittelbar darauf steht schon die Steuerbehörde da und sagt: kraft Gesetzes werden Sie umsatzsteuerpflichtig, Gewerbe- und Köperschaftssteuer ist zu bezahlen. Also auch hier wäre mit eine Aufgabe von Ihnen, Herr Bundesminister, diese Frage doch einmal zufriedenstellend für die Amateursportvereine zu klären.

Nun darf ich mich kurz den Bundestheatern zuwenden. Ich sagte bereits am Anfang: Auch diesmal sind im Budget nicht zufriedenstellende Ziffern, in dem Fall, möchte ich sogar sagen, geradezu erschreckende Horrorziffern enthalten. Es bleibt auch für 1977 wiederum vorgesehen, daß für die vier Bundestheater in Wien pro Tag 2,6 Millionen Schilling allein an Zuschüssen vom Steuerzahler aufgebracht werden müssen. Es fehlt einfach am richtigen Management, es fehlt am echten Durchgreifen. Natürlich werden Versuche gestartet, aber die gehen in die leere Luft.

Ich darf anführen, daß voriges Jahr schon für die Spielzeit 1975/1976 darauf hingewiesen wurde, daß neue Kartenkategorien, die Klasse V und die Klasse VI, eingeführt werden, mit dem speziellen Hinweis: Wenn Karajan nach Wien kommt, dann können wir mit Berechtigung die Kartenpreise entsprechend anheben. Tatsache ist, Karajan ist noch nicht in Wien, aber durch die Bank werden nur noch Karten der Kategorien V und VI verkauft. *(Abg. Dr. Busek: Karajan-Preise ohne Karajan!)* Karajan-Preise ohne Karajan. *(Abg. Dr. Bauer: Das hat der Busek gesagt!)* Sie erlauben, Herr Kollege, wenn er hie und da einmal - das kommt ja sehr selten vor - etwas Gescheites sagt, daß ich das wiederhole. *(Abg. Dr. Gruber: Das war aber jetzt nicht fair! Er sagt immer etwas Gescheites!)* Ja, nach seiner Meinung!

Was das Repertoire selbst betrifft, so wäre darauf hinzuweisen, daß im Burgtheater derzeit ein Weihnachtsstück läuft, für das die Preiskategorien I bis III herangezogen werden. Natürlich ist deswegen dieses Theaterstück ausverkauft; aber nicht nur wegen der günstigen Preiskategorie, sondern weil dieses Märchenstück seit 26 Jahren - das sollte man dabei auch vermerken: seit 26 Jahren! - das erste anerkannte Kinderstück ist, das am Burgtheater gespielt wird. Es zeigt sich somit, daß es sicher nicht Aufgabe des Burgtheaters ist, als Experimentiertheater zu arbeiten.

Daß den Abonnenten statt sechs Stück pro Spielzeit nur noch fünf bei gleichen Preisen angeboten werden, ist auch ein Beweis dafür, daß es offensichtlich den zuständigen Herren nicht darum gegangen ist, das Angebot zu

Dipl.-Vw. Josseck

vergrößern. Man versuchte einzusparen, aber das stellt doch letztendlich eine Erhöhung von zirka 20 Prozent dar.

Erschreckend auch der Rückgang der Besucherfrequenz. Daß gerade am Burgtheater von 1974/75 auf das Folgejahr 1975/76 die Besucherzahl um 3 Prozent zurückgegangen ist, zeigt, daß offensichtlich an diesem Theater mehr schief läuft. Das Akademietheater und die Oper haben die Besucherzahlen gehalten. Aber auch an der Volksoper ist ein Abgang an Besucherzahlen zu vermerken. Gesamt gesehen: ein Totalrückgang von 2,2 Prozent.

Ein Wort auch zur Frage der im Theaterbericht immer wieder angeführten Tantiemen. Ich behaupte, daß das Wort irreführend ist, vor allem kommt nicht klar genug zum Ausdruck, was damit gemeint ist. Bei näherer Betrachtung stellt man fest, daß mit dem Wort „Tantiemen“ – so möchte ich es sagen – eine Unsitte eingerissen ist. Für Regisseure werden nämlich neben der Inszenierung für das betreffende Stück – man sollte glauben, dazu gehört auch eine gewisse Gestaltung und Abweichung vom Stück – extra für die Bearbeitung und für das Herausziehen von älteren Stücken aus der Truhe Tantiemen ausgeschüttet.

Ein Beispiel dafür – ich erwähnte vorhin das Burgtheater im besonderen –: Der Direktor hat neben dem Gehalt als Direktor Regiegehalt und extra Tantiemen von 363.000 S in der abgelaufenen Spielsaison bezogen. Das sind nicht Tantiemen, die an die Angehörigen oder an die Verwandten gehen, sondern es werden die entsprechend alten Stücke aus der Truhe gezogen.

Gerade Sie, Herr Minister, waren gestern wieder bei einer Premiere, bei der man versucht hat, eine antiquierte Form von „Hofmanns Erzählungen“ wieder bühnenreif zu machen; das ist ein konkreter Fall, wo sich der Regisseur dafür wieder Tantiemen einhandelt.

Aber „Hofmanns Erzählungen“ gibt auch wiederum Anlaß zu einer weiteren Kritik. Es ist nicht nur die Tatsache allein, daß eine Unzahl – so kann man es schon bald sagen – von Stücken in zwei Häusern Wiens läuft. Dazu zählt eben auch „Hofmanns Erzählungen“. Es kommen noch hinzu „Die Zauberflöte“, „Carmen“, „Die Entführung aus dem Serail“, „Die Fledermaus“ und „Die Hochzeit des Figaro“. Wenn man schon davon spricht, daß man auch auf diesem Gebiet – und das würde ein Manager tun – rationalisieren kann, dann ist es mir unverständlich, daß man in Wien gleichzeitig nebeneinander eine Unzahl von Aufführungen laufen läßt.

Zu „Hofmanns Erzählungen“ weiß man auch zu berichten, daß das Bühnenbild von Prof. Ernst

Fuchs stammt. Aber richtigerweise steht im Programm unten angeführt: Die Skizzen des Bühnenbilds von Prof. Ernst Fuchs wurden dann noch entsprechend überarbeitet.

Herr Bundesminister! Das ist mit eines der Übel: Man zieht wohl Künstler von Format heran – Fuchs ist sicher nicht in der Lage, gleich das Bühnenbild zu machen, doch hat er für diese Skizze eine sechsstellige Ziffer bezahlt bekommen –, aber dann muß man erst Fachleute, Techniker zur Ausführung engagieren, die ein Modell bauen und die das Bühnenbild letztlich so, wie es sich darstellt, auf die Bühne bringen. Daß Prof. Ernst Fuchs auch noch selten bei den Proben zu sehen war, kann ja nur eine Folge sein, denn letztlich liefert er nur die Skizze.

Ich sagte auch im Vorjahr von dieser Stelle einiges zu den Freikarten. Es wurde uns von Ihnen zugesichert, daß etwas geschieht; auch der Herr Bundeskanzler hat gemeint, es müßte gerade bei den staatlichen Bühnen etwas geschehen: die Presse hat eingegriffen; nicht ich allein habe hier im Haus die Freikartenpraxis aufgezeigt. Nun müssen wir aber feststellen, daß gar nichts geschehen ist. Im Gegenteil: Es gibt sogar wieder mehr Freikarten denn je. Ich frage mich: Wie soll das enden? Ich behaupte nämlich, daß sich Österreich diesen Luxus der teuren Bundestheater auf die Dauer nicht mehr leisten können. Ich frage Sie, Herr Minister: Wie wollen Sie das gegenüber Ihren Arbeitern weiter vertreten?

Auf der anderen Seite aber ist es doch sicher nicht möglich, nun Vorstellungen zu kürzen und damit Leute, die echt das Bedürfnis haben, sich künstlerisch zu bilden und sich künstlerisch berieseln zu lassen, vielleicht in eine künstlerische Einöde zu treiben. Diesen Effekt sollte es nicht geben. Es muß also der echte Mittelweg gefunden werden.

Und noch einmal sage ich: Sie greifen offensichtlich immer wieder daneben. Sie erwischen nicht den Manager, der Ihnen die Bundestheater richtet. Es geht zuviel daneben. Die Bundestheater sind leider eine bequeme Einnahmequelle für zuviele geworden.

Herr Minister! Ich bin damit auch am Ende meiner kurzen Ausführungen. Ich hoffe, daß ich zu diesem Thema, gerade was die Bundestheater betrifft, nicht ein drittes Mal sprechen muß, nämlich nächstes Jahr bei der Budgetdebatte. Ich hoffe, daß es Ihnen endlich gelingt, hier Ordnung zu schaffen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Busek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Busek** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Da es offensichtlich üblich ist, gleich bekanntzugeben, zu welchen Themen man spricht, darf ich dem Herrn Bundesminister mitteilen, daß er eine Zeitlang auf die Reservebank kann. (*Abg. Dr. Gruber: Eine Zeitlang!*) – Eine Zeitlang. – Ich möchte mich zunächst mit den Problemen der Wissenschafts- und Forschungspolitik beschäftigen.

Wenn man sich das Budget 1977 ansieht und die Maßnahmen und Probleme, die dahinterstehen, hat man ein wenig den Eindruck, es wäre wie in dem Märchen von Hans Christian Andersen „Des Kaisers neue Kleider“: Da kommen pfiffige Weber und erklären, sie könnten das feinste Tuch und die schönsten Muster weben, aber sehen könne das nur der, der klug sei und für sein Amt taugte; für die Dummen und für die Untauglichen bleibe das Zeug unsichtbar; und zunächst fällt auch alles auf diesen Trick herein. Aber Sie wissen ja, wie die Geschichte in Wirklichkeit ausgegangen ist: Eines Tages wird allen klar, daß sie hier offensichtlich einem Irrtum – etwas, was nicht existiert – aufgefressen sind.

In der gleichen Situation, meine Damen und Herren, ist meines Erachtens die sozialistische Politik bei diesem Budget 1977 und in Besonderheit die sozialistische Wissenschaftspolitik, denn es wird hier sehr viel geredet und behauptet, und das, was behauptet wird, steht eigentlich nicht dahinter. Sehen wir uns einmal diese schönen Muster auf dem feinsten Tuch aller Zeiten genauer an.

Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, und Sie, Frau Bundesminister, sagen: So gut sei es noch nie gewesen, ein Anteil von 1,15 Prozent des Bruttonationalproduktes für die Forschung entspreche durchaus dem, was man selbst in der Forschungskonzeption vorgesehen hätte. – Und man denkt dabei: Niemand sieht genau hin.

Sieht man aber genauer hin, so stellt man fest, daß das nur auf Seite 50 in der Tabelle der Forschungskonzeption stimmt. Mit der Wirklichkeit hat das gar nichts mehr zu tun, denn dort ist das Bruttonationalprodukt 1977 mit 697 Milliarden Schilling ausgewiesen – der Finanzminister weiß es inzwischen anders: mit 808 Milliarden Schilling –, und der Forschungsanteil wird daher keine 1,15 Prozent betragen, sondern viel weniger.

Sie, meine Damen und Herren, sagen: Das Budget für Wissenschaft und Forschung habe sich seit 1970 um 188 Prozent erhöht. Und Sie sagen: Das sind gewaltige Steigerungsraten gegenüber der Zeit der ÖVP-Regierung.

Sieht man genauer hin, stellt man verwundert

fest, daß Sie dabei auf die Steigerungsraten Ihrer Inflation vergessen haben. Der Abgeordnete Schnell hat es ein wenig nachgetragen in seiner Rede. Während der ganzen Zeit der ÖVP-Regierung hat die Geldentwertung insgesamt etwa zwischen 9 und 10 Prozent betragen, wobei damals sinnigerweise die sozialistischen Frauen, Frau Bundesminister, bei 3 Prozent jährlichen Steigerungen ein Preisultimatum gestellt haben. Seither macht die Teuerung etwa 7 Prozent im Jahr aus, insgesamt 58 Prozent seit 1970. Und da finden Sie es ganz normal, daß man sagt: Das sei gar nichts, daher werde es auch nicht berücksichtigt und komme es im Budget nicht vor.

Dabei ist die Teuerung im wissenschaftlich-technischen Bereich viel höher als die jährlichen 7 Prozent. Sie liegt ungefähr zwischen 15 und 20 Prozent, je nach Fach und je nach Bereich, und damit sind die großartigen Steigerungsraten eigentlich nicht einmal mehr Inflationsabgeltung.

Wenn wir annehmen, daß die Teuerung des „Warenkorbes“ im wissenschaftlich-technischen Bereich jährlich 15 bis 20 Prozent ergäbe, dann hätten wir 1977 einen Indexstand von 300 Prozent, also eine Steigerung um mehr als 166 Prozent nur durch Inflation in diesem Bereich. Und den spüren ja die jeweiligen Fächer und Studienrichtungen ganz kräftig vor allem in ihrem Sachaufwand.

Wenn man noch dazu berücksichtigt, daß forschungsneutrale Beträge für Bauvorhaben auch im Budget sind und wenn man diese Summen entsprechend von dort eliminiert, wo sie ja eigentlich jetzt nicht nur rechnerisch, sondern auch praktisch nichts zu tun haben, dann ist von der lauthals verkündeten Steigerung für 1977 eigentlich nichts übrig geblieben. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Sie sagen, der „Forschungsblock“ im Budget bekäme 1977 um 16 Millionen Schilling mehr. Da muß man sich den Forschungsblock näher ansehen. Denn sieht man genauer hin, dann bemerkt man, daß 10,6 Millionen von diesem Plus von 16 Millionen Schilling an SPÖ-nahe oder von Ihnen gesteuerte Einrichtungen gehen, wie etwa an die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, an das Institut für Höhere Studien und andere.

Sie sagen aber, und zwar hat das der Abgeordnete Blecha im Ausschuß getan, daß die Steigerungsrate der beiden Forschungsförderungsfonds von 1970 auf 1977 gewaltig sei. Sieht man aber genauer hin, dann stellt man fest, daß der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung um 0,6 Prozent mehr bekommen soll als 1976, daß der Forschungsförderungsfonds der

Dr. Busek

gewerblichen Wirtschaft sogar nur um 0,3 Prozent mehr bekommen soll, daß die Akademie der Wissenschaften um 6,3 Prozent mehr bekommt. Alles unter der Inflationsrate!

Die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft bekommt um 28,5 Prozent mehr, das Institut für Höhere Studien um 25,9 Prozent und die Gesellschaft für Sonnenenergie gar um 53,2 Prozent mehr.

Wissen Sie, meine Damen und Herren, da fällt mir George Orwell in seiner „Farm der Tiere“ ein: Alle sind gleich, einige sind aber gleicher. – Und das sieht man hier im Forschungsblock der Regierung. *(Neuerliche lebhafteste Zustimmung bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Sie sagen, daß die Akademie der Wissenschaften um 5 Prozent mehr bekommen soll als 1976, der günstige Kurs des Schweizer Franken erlaube es, den CERN-Beitrag um diese Summe zu kürzen.

Sieht man genauer hin – und das hat mein Kollege Ermacora im Ausschuß getan –, dann stellt man fest, daß diese 5 Millionen nicht für die Forschungsinstitute sind, sondern für die Verwaltung. Die Institute bekommen um 35.000 S mehr als 1976.

Sieht man noch genauer hin, dann ahne ich jetzt schon eine Operation: daß nämlich der Schweizer Franken gar nicht weiß, wie günstig sein Kurs sein soll, wenn es dann gezahlt wird. Und dann kommt ein Budgetüberschreitungs-gesetz und dann ist das in Wirklichkeit alles vergessen und nur eine Operation der Optik.

Sie fragen – und das hat der Abgeordnete Blecha im Ausschuß getan –, ob 1977 eine Steigerung der Ausgaben der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung anzunehmen ist, nachdem real die Staatsaufwendungen für Forschung und Entwicklung zurückgegangen sind.

Bitte Gegenfrage: Wie soll das bei der gigantischen Belastungswelle, bei diesem Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten für die Wirtschaft, die Sie ausgelöst haben, die Sie durch die Entwicklung auf dem Gebührengesetz, die Sie durch die steuerliche Entwicklung, die Sie durch die tarifarische Entwicklung im Bereich der Wirtschaft eingeleitet haben, durch die Wirtschaft überhaupt geleistet werden? Da soll also plötzlich die Wirtschaft das leisten, was Sie als Staat im wesentlichen verhindern.

Eine kleine Rückfrage bei der verstaatlichten Industrie würde sich sehr dringlich empfehlen, obwohl ich völlig Ihrer Meinung bin, daß gerade zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung, zur Schaffung jener 300.000 bis 500.000 Arbeitsplätze, die wir in den nächsten Jahrzehnten

brauchen, geistintensive, forschungsintensive Entwicklungen notwendig wären, die Sie aber mit dieser Politik, die nicht auf die Zukunft abgestellt ist, im wesentlichen verhindern und gar nicht ermöglichen.

Und damit, meine Damen und Herren, zeigt sich in diesem Bereich – und nicht nur in diesem Bereich – meines Erachtens das Budget als einfalllos und als falsch strukturiert, als für die Zukunft falsch strukturiert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Um auch noch auf eine Sache einzugehen, die uns zum Unterschied von dem, was der Abgeordnete Schnell behauptet hat, in der Öffentlichkeit schon öfter entzweit hat: Frau Bundesminister, Sie haben gesagt, es müsse auch die Opposition einsehen, daß die Aufgaben des Ministeriums nicht von 61 Bediensteten bewältigt werden können; das müßten wir als große Oppositionspartei zur Kenntnis nehmen.

Ich schaue mir da nur an, was der große Vorsitzende, der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky, gesagt hat. Da lese ich im Protokoll des Nationalrates vom 5. November 1971, zweite Sitzung, Seite 19. Da steht drinnen, daß 1780 Dienstposten mehr bei wissenschaftlichen Anstalten, Bibliotheken und Museen „zuerkannt wurden, das heißt also wissenschaftliches Personal, während der Dienstpostenstand der Zentralleitung nur um 13 erhöht wurde, von denen drei jedoch nicht nachbesetzt werden, sodaß insgesamt durch die Schaffung dieses so wichtigen Ressorts de facto zehn Schreibtische mehr geschaffen wurden“.

Bitte, schlag' nach bei Kreisky, da steht's. Zehn Schreibtische hätten es nur sein sollen; das hat er erklärt bei der Überprüfung, ob das Gesundheitsministerium mehr Schreibtische erzeugen würde. Er habe sich beim Wissenschaftsministerium davon überzeugen lassen, daß nur zehn mehr notwendig sind.

Von 1971 bis 1976 weiß man es also offensichtlich anders, denn der Personalstand des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ist nicht um 13, sondern um 77 Stellen vermehrt worden oder, um bei Ihrer Technik der Zahlendeutung zu bleiben: Seit 1970 hat sich der Personalstand der Ministerialbürokratie um 126,2 Prozent erhöht. Bitte, das sagt die Gewerkschaft in ihrer Zeitschrift „Der öffentlich Bedienstete“ und nicht ich. Vielleicht ein Ordnungsruf für die Gewerkschaft notwendig.

Sie sagen weiter, die Welt hat mehr oder weniger 1970 begonnen – und offensichtlich im Rahmen Ihrer Propagandakampagne geht hier ein Redner der Sozialistischen Partei nach dem anderen heraus –, erst ab da sei eigentlich überhaupt etwas gemacht worden, erst ab da

4046

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dr. Busek

gebe es zum Beispiel einen Forschungsstättenkatalog und ähnliches mehr.

Der Vorwurf hat mich das letzmal geärgert. Ich bin dem also nachgegangen und treffe auf das „Handbuch der Österreichischen Wissenschaft“, 5. Band, 1964, also sechs Jahre vor dem Beginn der neuen Zeitrechnung. Dort finden sich all die wissenschaftlichen Gesellschaften, die nun im Forschungsstättenkatalog auch fehlen, denn der hat ja beträchtliche Fehler. Vielleicht kann man das Buch ankaufen, wenn es nicht in der Handbibliothek ist, und die Korrekturen der neuen Welt seit 1970 entsprechend vornehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, man hat den Eindruck: Was immer Sie sagen, es stimmt mit den Tatsachen nicht ganz überein. Die Wirklichkeit ist ein wenig anders, aber die scheinen Sie nicht zu kennen oder, und das ist mein Eindruck, Sie wollen sie einfach nicht kennen.

Denn, und damit gehe ich auf das Hochschulbudget ein, dieses offensichtlich am roten Tisch konstruierte Budget trifft meines Erachtens die Hochschulen in ihrer Substanz. Bei nämlich weiterhin steigenden Studentenzahlen und fortschreitender Inflation bedeutet die Kürzung um real zirka 5,5 Prozent den Beginn einer sehr gefährlichen Entwicklung für unsere Hochschulen.

Denn die Folgen dieses Budgets werden mittel- oder langfristig sein:

Gefährdung der Qualität und der Quantität der wissenschaftlichen Arbeit, wie der Vorsitzende der Rektorenkonferenz Seitelberger bei der Introdution an der Universität Wien am 27. Oktober 1976 von sich aus ausgeführt hat.

Die Folgen werden sein eine weitere Nichteinhaltung von Berufungszusagen und damit ein Verlust internationaler Fachleute;

die Folgen werden sein durch Ihr UOG ein Auswuchern des Bürokratismus an den hohen Schulen,

eine Verstärkung der Verschulungstendenzen, wobei Sie durchaus einmal bei Ivan Illich nachschlagen können, was das bedeutet,

eine Erhöhung der Drop-out-Rate und nicht zuletzt

eine Unsicherheit der Berufsaussichten, wo wir gerade im Interesse unserer Jugend uns alle bemühen müßten, entsprechende Klarheit und nicht Verwirrung zu schaffen.

Konkret beweisbar: Gegenüber 1976 ist das Hochschulbudget in den Ansätzen 1410, 1420 und 1421 um 73,8 Millionen Schilling oder um 1,49 Prozent gestiegen - bei einer Geldentwertung von zirka 7 Prozent.

Rund 348 Millionen, also fast 7 Prozent des Hochschulbudgets, sind für Bauten bestimmt, wobei es auch noch ein paar lustige Zahlen gibt, nämlich daß der Bund dem Bund 6 Millionen Schilling als Überbauungsrechtsentgelt für das Zentrum Althanstraße zahlt. Eine bedeutende Transaktion von Tasche zu Tasche.

Weiters: Die Einziehung von Assistentenposten wird zu schweren Auseinandersetzungen führen in der Problematik der Fortführung des Lehrbetriebes. Ich glaube, daß man die Proteste des Assistentenverbandes aus der Verantwortung, die die Leute wahrnehmen, aus ihrer politischen und persönlichen Verantwortung, sehr ernst nehmen sollte.

Weiters ist personell keinerlei Vorsorge für die Durchführung des Universitäts-Organisationsgesetzes getroffen. Sie ist nämlich vom vorhandenen Personal zu bewältigen und geht - und da fragen Sie bitte den akademischen Mittelbau und die akademischen Lehrer - auf Kosten der Zeit für wissenschaftliche Forschung und Lehre.

Und nicht zuletzt: Der Aufwand für Sachgüter ist weiterhin gleich. Daher werden wir Leute an den Hochschulen haben, die keine Mittel haben, um überhaupt etwas anfangen zu können.

Dazu kommen grundsätzliche Fragen, die weiterführend sind, nämlich die zunehmende Nichterledigung von Berufungen, die offensichtlich so eine Art stille Einsparung darstellt: indem man es nicht erledigt, wird das nicht besetzt, braucht man kein Geld auszugeben, und damit hat man vielleicht das eine oder das andere, das der Finanzminister verlangt.

Und da gebe ich ja zu, Frau Bundesminister: Sie sind gegenüber dem Finanzminister in einer schwierigen Position. Der ist ja auch Mitwissenschaftsminister. Ohne daß er jetzt zu diesem Budgetkapitel dasitzt, kann eben nichts entsprechend erledigt werden.

Wobei es auch einige politische Implikationen gibt: Die Wotruba-Lehrkanzel an der Akademie für bildende Kunst ist halt noch immer nicht erledigt, weil Sie, so höre ich, gesagt haben, daß der Finanzminister da auch was mitzureden hätte und er sich jemanden anderen vorstellt als die Akademie.

Es ist der Architekturlehrstuhl an der Hochschule für angewandte Kunst nicht bestellt, obwohl gerade die Architektur eine der Problemzonen wäre, die wir ganz deutlich haben.

Und der emeritierte Professor für Kirchenrecht in Salzburg prüft immer noch, trotz hohen Alters, was man anerkennen muß. Nur bitte sehr: wenn er nicht mehr kann, dann könnte man einmal die

Dr. Busek

Kirchenrechtslehrkanzel besetzen, denn die steht schon eine Zeitlang leer.

Ich sagte das, um Ihnen nur drei markante Dinge zu nennen.

Die flankierenden Maßnahmen zum Universitäts-Organisationsgesetz, etwa im Bereich des Hochschullehrerdienstrechtes, fehlen teilweise immer noch. Wichtige Studiengesetze, wie das für die Rechtswissenschaften, für das pädagogische Begleitstudium und für die evangelische Theologie, fehlen, und von einer inhaltlichen Studienreform ist in Wirklichkeit keine Rede. Das hält uns ja der OECD-Bericht in aller Deutlichkeit vor.

Mit dem Solgan: Hochschulen sind keine Bedürfnisanstalten der Wirtschaft!, kann man diese Situation nicht verdecken. Denn es geht hier um Menschen, um junge Menschen, denen entsprechende Chancen für ihre eigene Zukunft in unserem Interesse eingeräumt werden sollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu diesen grundsätzlichen Problemen, meine Damen und Herren, kommen noch die Laufbahnprobleme des akademischen Mittelbaues, insbesondere der Assistenten, wobei ich hoffe, daß einige legistische Maßnahmen, aber auch weiterführende Überlegungen hier in der nächsten Zeit einige Möglichkeiten einräumen.

Und dann gibt es natürlich auch Widersprüchlichkeiten. Und das sind die, Herr Abgeordneter Schnell, auf die ich immer wieder aufmerksam mache.

Es besteht einfach die Widersprüchlichkeit, daß die Frau Bundesminister sagt, es hätte ein Zwang zum Universitätsstudium in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit bestanden; das entnehme ich aus einem Artikel der „Presse“. Dem steht gegenüber, daß die Frau Bundesminister gesagt hat: Ein paar Semester können nicht schaden.

Worum es uns geht, Herr Abgeordneter Schnell – und da haben Sie mich gezielt und absichtlich mißverstanden –, das ist, den Leuten ihre Chancen und Möglichkeiten klar vor Augen zu führen *(Abg. Dr. Schnell: Auch uns geht es darum!)* und nicht nach dem Prinzip zu leben: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf! *(Abg. Dr. Schnell: Das sagen Sie jedesmal!)*, und zu sagen: Es gibt keine Probleme! Herr Präsident: Ja, weil Sie es halt immer wieder hören müssen, weil das offensichtlich auch für Sie gilt! *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Schnell: Das ist Ihre Ansicht!)*

Und ich werde es jetzt wieder sagen, wie es auch der Abgeordnete Peter Ihnen schon einmal gesagt hat: Man kann sehr wohl hier deklamatorisch davon reden, daß wir gegen den Numerus

clausus sind. Das eint uns. Daß es aber einen praktischen Numerus clausus in einer Reihe von Studienbereichen längst gibt, das wissen Sie auch. Also reden wir bitte über die gegebenen praktischen Probleme und deklamieren wir hier nicht! Dazu ist die Sache einfach zu ernst, Herr Abgeordneter Schnell! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiteres grundsätzliches Problem ist das meines Erachtens in der Diskussion um die Lehraufträge, aber auch um die Besetzung der Assistentenposten hervorgekommene grundsätzliche Mißtrauen gegenüber der Autonomie der Hochschulen. Hätten wir nicht wirklich die Frage der Einsparungen etwa im Geiste des § 4 UOG mit den Professoren, mit dem Mittelbau, mit allen in diesem Bereich Beschäftigten diskutieren können?

Mir scheint der Satz: Professoren können nicht sparen!, den die Frau Bundesminister gesprochen hat, doch ein wenig zu überzeugt angesetzt. Frau Bundesminister! Das Budget und das Verhalten Ihrer Bundesregierung zeigt: Auch diese Bundesregierung Kreisky kann nicht sparen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß wir die Zeit viel besser nutzen sollten, und dieses Angebot habe ich wiederholt von dieser Stelle her gemacht:

Die Frage der Berufsaussichten einer entsprechenden Forschung und der Überprüfung der daraus folgenden Maßnahmen zu unterwerfen und nicht zu erklären, es geschehe schon alles. Denn wenn etwas geschähe, dann würden wir das Problem nicht zu diskutieren brauchen.

Eine entsprechende Beratung in der Koordination der betroffenen Ministerien hier durchzuführen.

Und vor allem die Erfahrungen, die im Berufsleben existieren, auszuwerten, damit neben der notwendigen Allgemeinbildung auch jene Ausbildung geboten wird, die praktisch selbst angewendet werden sollte.

Das ist meines Erachtens die Problematik, vor der wir stehen, und mit der sollten wir uns dringend beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Dieses Budget im Bereich von Wissenschaft und Forschung ermöglicht weder die Bewältigung der anstehenden Probleme, noch gibt es entsprechende Tendenzen, die eine Lösung sich abzeichnen lassen.

Es fehlen die Dienstposten für das Personal, das die Organisationsreform durchführen soll.

Es fehlen die Dienstposten für das Hochschulpersonal, die immer noch steigende Zahl von Studenten bewältigen zu können.

Es gibt keine Möglichkeit, den aktuellen

Dr. Busek

Materialbedarf im Sachaufwand entsprechend zu decken. Statt dessen werden bestimmte Prestigevorhaben, etwa im Bereich der Forschung, gemacht, die sicherlich sehr verdienstvoll sind, die mir aber ein wenig zusehr unter dem Gesichtspunkt: Wir auch!, stehen. Alle machen in Sonnenenergie, wir auch! Alle machen in Weltraumforschung, wir auch! Alle machen in Windenergie, wir auch!

Sollten wir uns nicht vielmehr überlegen, wo wir vor allem auf Grund der Möglichkeiten der österreichischen Wirtschaft, der Talente, die in diesem Land zweifellos existieren, Schwerpunkte setzen können? Wir sind in vielem meines Erachtens zu klein in unseren Möglichkeiten, um hier reüssieren zu können; bei aller verlockenden Situation, hier international auch irgendwie mit irgendwelchen Prozenten dabei zu sein.

Daher schlagen wir vor, meine Damen und Herren: Erstellen wir einmal das Wissenschaftsbudget gemeinsam mit den Verantwortlichen im wissenschaftlichen Bereich: mit dem Forschungsrat, mit der Rektorenkonferenz, mit den Assistentenverbänden. Versuchen wir gemeinsam mit den Vertretern dieses wissenschaftlichen Bereiches ein aktuelles und langfristiges Schwerpunktprogramm und einen mehrjährigen Finanzplan entsprechend zu erstellen einschließlich einer Forschungskonzeption, die dann auch als eine festgeschriebene Arbeitsgrundlage hält.

Ich glaube, daß auch das alle Studierenden am stärksten belastende Problem endlich angegangen werden muß. Zum viertenmal mache ich hier den Vorschlag, eine entsprechende Bildungspartnerschaft mit allen Beteiligten wirksam werden zu lassen, um jene Möglichkeiten zu suchen, die denen, die die Universitäten verlassen, eine entsprechende Beschäftigung und auch eine entsprechende Zufriedenheit in ihrer beruflichen Tätigkeit bieten.

Das sind die entscheidenden Punkte, in bezug auf die uns dieses Budget und leider auch diese Regierung im Bereich der Wissenschaft bisher noch jede Antwort, aber, was ich umsomehr bedaure, auch jede Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Wirklichkeit schuldig geblieben ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister, ich habe Ihnen versprochen, daß Sie auch ein wenig Erwähnung finden, damit Sie nicht ganz zu kurz kommen. Vor allem für den Bereich Kunst.

Hier ist einer der entscheidenden Punkte meines Erachtens, daß die notwendige Koordination über die verschiedensten Bereiche, die mit Kunst und Kunstpolitik zu tun haben, in

dieser Bundesregierung weniger denn je geleistet ist.

Ich weiß nicht, was die Auffassung der Kultursektion des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten bedeuten wird, aber offensichtlich ist es keine Koordination, sondern mehr eine Verlegenheitsmaßnahme.

Ich weiß nicht, wieso es für die Bundesmuseen in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Unterricht noch immer keine entsprechende Koordination untereinander gibt. Etwa eine Abstimmung mit der Ankaufskommission des Unterrichtsministeriums und mit den einzelnen Bundesländern. Allein schon die Ausstellungsprogramme sind von einer Widersprüchlichkeit, die Sie kaum leugnen können.

Aber ein noch verlockenderer Punkt ist: Man sollte sich einmal mit der Koordination der Minister beschäftigen, die selbst auf Steuerkosten Kunstförderung betreiben: durch Hausmusik, durch Vergabe bestimmter künstlerischer Aufträge, und ähnliches. Denn ich glaube, daß hier ein auf die Dauer sehr fraglicher Zustand entsteht, wenn man auf Kosten der Steuerzahler die Minister quasi als private Kunstförderer sieht.

Und wenn Ihnen auch der Satz so unangenehm ist: Da kann man leider sagen, daß hier die Reichen immer wieder reicher werden, wie Sie bei der Vergabe von Aufträgen für Briefmarken, für Plakate und ähnliches mehr sehen. Da, glaube ich - und da hören Sie sich einmal die Künstler an! -, geschieht eine Politik, die ich für äußerst gefährlich erachte. Warum? Weil Sie sich im wesentlichen damit behübschen wollen, so als wären wir hier noch in einem Feudalsystem, von dem wir uns eigentlich längst verabschiedet haben.

Und damit kommt meines Erachtens die allgemeine Problematik der Förderungspolitik zum Vorschein. Es sind immer noch mehr Almosen als eigentlich echte Starthilfe. Ich hoffe, daß der Kunstbericht des Jahres 1975 Gelegenheit gibt, einmal auch von jenen Maßnahmen zu hören, durch die wirklich die Verteilung oder durch die wirklich die Förderung, die Basisförderung für jeden einzelnen Künstler entsprechende Verankerung findet.

Das, was ich allerdings sehe, ist eine zunehmende Abhängigkeit, die in dem Kunstbetrieb, den Sie durchführen, erscheint. Der Künstler hat in verschiedenen Bereichen ja kaum mehr eine Chance auszuweichen, so sehr ist er vom Staat oder von staatsabhängigen Institutionen umstellt. Er kann entweder bei einer Reihe von Verlagen verlegen, die Ihnen nahestehen, parteinahen Institutionen gehören oder gar dem Staat, wie das offensichtlich bei

Dr. Busek

der Verlagsentwicklung, die der Bundestheaterverband anstrebt, der Fall sein soll – hoffentlich irre ich mich –, er kann entsprechend produzieren im Bereich des Österreichischen Rundfunks, und da, höre ich, soll die Sache auch nicht ganz einfach sein, wenn es nicht entsprechend stimmt. Sie haben die Problematik, daß hier entsprechende Einflußnahme womöglich dahin geschieht, daß manche angenehmer sind und manche nicht. Wenn man dann noch die entsprechenden Listen und Unterschriftenlisten durchsieht, dann kommen einem bezüglich der Freiheit der Kunst ganz entschiedene Sorgen.

Dabei sollten wir uns, glaube ich, mehr dem widmen, daß wir eine Umorientierung vom reproduktiven Bereich in den produktiven Bereich anstreben, und wir sollten uns mehr dafür interessieren, daß die soziale Lage der Künstler ja nicht ein Gegenstand der Almosen, sondern einer entsprechenden rechtlichen Regelung sein soll.

Ich glaube, bevor wir uns im Maßnahmenkatalog des punktuellen Einsatzes mancher Künstler in Schulen bedienen, sollten wir zunächst einmal versuchen, über die IFES-Untersuchung der Konsumgewohnheiten hinaus einmal festzustellen, wie es um die soziale und um die wirtschaftliche Lage der Künstler steht.

Zu diesem Zweck, meine Damen und Herren, möchte ich mit meinen Kollegen einen Entschließungsantrag auf Vorlage eines Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstler einbringen. Ich erlaube mir, diesen Entschließungsantrag vorzulesen, und bitte, ihn in die Verhandlungen mit einzubeziehen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst wird aufgefordert, einen Bericht über die soziale Lage der Künstler dem Nationalrat vorzulegen. Der Bericht soll Auskunft geben über die Einkünfte und Vermögensverhältnisse dieses Personenkreises sowie über die Stellung der Künstler in der Gesellschaft (zum Beispiel Schulbildung, Alter, soziale Sicherung, haupt- beziehungsweise nebenberufliche Tätigkeiten, soziologisches Selbstverständnis, Beurteilung durch andere Gruppen).

Da Sie in der Vergangenheit viele Gelder für Forschung ausgegeben haben, kann ich mir vorstellen, daß diese Voraussetzung für entsprechende Lösungen im Interesse der Künstler bei der Mehrheit dieses Hauses wohl kaum auf Widerstände stoßen wird.

Meine Damen und Herren! Nun aber noch einige Schlußbemerkungen. Neben der Sorge um die Entwicklung im Bereich der Kunstpolitik und im Bereich von Wissenschaft und Forschung

möchte ich auch einige grundsätzliche Sorgen dahin gehend anmelden, daß Sie immer wieder der Versuchung verfallen, den Staat und seine Einrichtungen mit sich selber zu verwechseln. Ich glaube, daß das hier mit aller Deutlichkeit angemerkt werden muß.

Denn wenn ich zum Beispiel, Herr Bundesminister, in den Arbeitsberichten, die vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst herausgegeben werden, Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung, Heft I/32, auf Seite 149 unter Punkt 9.2 Arbeitsmittel, Spiele, Bücher für Kinder den Hinweis finde, daß diese Dinge in der Spielzeugschachtel erhältlich sind und das Ganze nicht als Inserat gekennzeichnet ist, dann frage ich mich, ob hier noch die notwendige Objektivität gegeben ist. Denn Eigentümer der Spielzeugschachtel ist bitte sehr der Verein Freie Schule Sozialistische Kinderfreunde, und hier liegt meines Erachtens nach ein Mißbrauch öffentlicher Amtsbehelfe vor. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie es gewußt haben, Herr Bundesminister, dann ist es sehr bedauerlich und wird es uns beschäftigen, wenn Sie es nicht gewußt haben, dann würde ich Sie ersuchen, stellen Sie das ab. Denn das, glaube ich, hat keine Funktion in solchen Unterlagen.

Und ein zweites und noch grundsätzlicher: Wir betreiben hier ja nicht nur eine Politik, die der Sicherung der Entwicklung zu dienen hat, sondern auch eine durch Wertentscheidungen, durch ideologische Akzente entsprechend ausgezeichnete Politik insbesondere im Bereich des Personellen – und das hat uns heute schon beschäftigt –, aber auch der Kulturpolitik. Und hier beobachten wir mit Sorge, daß vielleicht jene Sorgfalt, die unsere Demokratie verlangt, nicht entsprechend wahrgenommen wird, wie wir uns das wünschen würden, im gemeinsamen Interesse wünschen würden.

Ich weiß, daß es schwierig ist, über das Thema der Freiheit in der Kunst zu reden, und man hier sorgsam zu sein hat. Aber Sie, Herr Bundesminister, suchen jene Personen aus, die wieder ihrerseits bestimmen, wer Regisseur ist, welche Stückwahl getroffen wird und wie die Stücke womöglich umgeschrieben werden.

Und wenn es dann „Faust“-Inszenierungen am Burgtheater gibt, wo der eigentliche Anlaß für das ganze „Faust“-Thema, nämlich der Pakt Gottes mit Mephisto, wegfällt und eigentlich nur mehr Mephisto vorkommt und Gott nicht einmal mehr eine historische Erinnerung ist, dann haben Sie dafür eine Verantwortung. Denn das ist der Versuch einer Bewußtseinsveränderung, noch dazu am Autor vorüber. Hier wird aus politischen Gründen etwas anders geschrieben.

4050

Nationalrat XIV. GP – 43. Sitzung – 14. Dezember 1976

Dr. Busek

Und das wird auch gar nicht von denen, die es tun, gezeugnet.

Bei aller Anerkennung der Freiheit der Kunst muß ich doch sagen, hier kommt das Problem der Selbstachtung der Demokratie ganz eindeutig zum Vorschein. Denn hier wird eine junge Generation, die erstmalig „Faust“ im Burgtheater nach längerer Zeit sieht, in dem Glauben erhalten, daß das Stück offensichtlich so aussehe und daß es diese grundsätzliche Auseinandersetzung aus der Sicht des Herrn Geheimrat Goethe offensichtlich nicht gegeben hat, weil heute ja jeder daherkommen und das in Wirklichkeit umschreiben kann.

Und dann, Herr Bundesminister, wundert es mich nicht, wenn die Einladung an Herrn Biermann eine der wichtigen Aufgaben des Ressorts in Wirklichkeit ist. Dann wird das nämlich eine Art Zwangsbeglückung der Bewußtseinsveränderung. Und da, glaube ich, sind Sie schlechten Ratgebern aufgesessen. Denn da stimmt mir auch die Welt nicht mehr zusammen. Der Herr Solschenizyn, der sehr deutlich gesagt hat, wohin ein kommunistisches System führen kann, wird von Ihrem Parteivorstand und Bundeskanzler doch eher kritischer Worte gewürdigt, und der Herr Biermann, der sich nach wie vor dazu bekennt und womöglich gerne und sehr bald zurück will, wird von uns eingeladen, den brauchen wir dringend in der österreichischen Kulturszene.

Oder sollten Sie sich etwa dazu verleiten haben lassen, hier eine Tat zu setzen, die halt ein paar Leuten am sehr linken Flügel Ihrer Partei sehr sympathisch erscheint, um bei einer Parteivorstandsabstimmung ein paar Stimmen zu sichern? Das halte ich für noch problematischer, denn damit, glaube ich, gehen wir auf eine Entwicklung zu, die ich mit einiger Sorge beobachte.

Genauso – und da gebe ich zu, Frau Bundesminister, es paßt in Ihr Ressort, aber Sie sind nicht ganz zuständig, da wäre eher der Zentralsekretär Blecha am Platz – hat mich eine Meldung etwas bedenklich gestimmt, die die Beziehungen der SPÖ zum Verband sozialistischer Studenten betrifft. Da waren die Beziehungen stillgelegt oder eingefroren – Sie haben es überhaupt mit den Eisvergleichen: Eiszeit und einfrieren und ähnliches –, und jetzt sind sie wieder aufgetaut, und zwar unter der Bedingung, daß Koalitionen mit extremen Gruppen am Ring, also heraußen, wenn demonstriert wird, verboten sind. Denn da stören sie offensichtlich die Öffentlichkeit. Aber in den Universitäten und Gremien sind sie erlaubt.

Ja da frage ich mich: Was am Ring verboten ist, ist im Haus am Ring erlaubt? Wo ist hier bitte

die grundsätzliche politische Moral in dieser Frage? Oder glauben Sie, daß das, was im Haus am Ring und in den Universitäten geübt wird, dann nicht plötzlich vor dem Ring eine ganz entscheidende Rolle spielt?

Da kann man Sie nur im Interesse der Demokratie auffordern, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, schaffen Sie Klarheit, denn im Ernstfall sind die, die eine radikale und in dem Fall kommunistische Ideologie vertreten, nicht als Salonlöwen geeignet.

Und bei aller Offenheit auf dem geistigen Sektor muß sich die Demokratie selbst ernst nehmen. Denn der Preis für eine Schlagzeile etwa mit dem Herrn Biermann ist ein wenig zu hoch, und der parteiinterne Friede mit einer linken Gruppe, die offensichtlich nicht mehr ganz auf der Basis des demokratischen Sozialismus steht, ist ein wenig zu teuer. Denn für Spielereien dieser Art, glaube ich, haben wir auch in Österreich keine Gelegenheit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das ist ein sehr grundsätzlicher Gesichtspunkt, den man in den Anfängen sehen muß. Und da die Anfänge schon eine Zeitlang gehen und eine Zeitlang dieses Haus beschäftigen, kann ich Sie nur auffordern: Schaffen Sie Klarheit in Ihrer Partei und in Ihrer Politik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Busek und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Radinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Radinger** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In meinem Debattenbeitrag zum Kapitel Wissenschaft und Forschung möchte ich an die Spitze stellen, daß dieses heurige Gesamtbudget ein Sparbudget ist. Das hat der Herr Finanzminister klar und deutlich ausgedrückt, und es ist daher verständlich, daß sich daraus auch Konsequenzen für . . . *(Abg. Kraft: 50 Milliarden Defizit sind bei Ihnen ein Sparbudget!)* Ich bitte Sie, lassen Sie mich ausreden, wir haben Ihren Herrn Dr. Busek auch reden lassen. *(Weiterer Zwischenruf des Abg. Kraft.)* Ja, die stellen Sie nachher, wenn Sie Zeit haben.

Es ist daher verständlich, sage ich noch einmal, daß sich daraus auch Konsequenzen für das in Beratung stehende Kapitel Wissenschaft und Forschung ergeben. Ich kann nur eines sagen: Wenn man die Linie der Debattenbeiträge und die Haltung der Österreichischen

Radinger

Volkspartei in den vergangenen Jahren mitverfolgt hat, dann war folgendes zu beobachten: Es war immer wieder ein wesentlicher Grund für die Verweigerung der Zustimmung zum Kapitel Wissenschaft und Forschung die Tatsache oder der Umstand, daß dieses angeblich jeweils zu gering dotiert war.

Ebenso hat sich immer wieder wiederholt die Aussage, daß das Gesamtbudget zu sehr expansiv war und daß die Regierung hier insgesamt Verschwendungspolitik betreibt.

Interessant und aufschlußreich ist nun ein Vergleich der Entwicklung des Gesamtbudgets mit der des Budgets für Wissenschaft und Forschung.

Es kann an Hand von Zahlen eindeutig nachgewiesen werden, daß die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in den Jahren 1970 bis 1977 in wesentlich höherem Maße gestiegen sind als die des Gesamtbudgets. Während nämlich das Gesamtbudget - es ist ja schon erwähnt worden - seit 1970 um 137 Prozent angestiegen ist, beträgt die Steigerung des Hochschulbudgets einschließlich Bauausgaben und hochschulrelevanter Förderung von Wissenschaft und Forschung im gleichen Zeitraum 188 Prozent. Wenn man nun die Bauausgaben abzieht, dann bleibt eine Steigerung von 212 Prozent, und wenn man auch die Förderung von Wissenschaft und Forschung abzieht, ergibt sich eine Steigerung von 196 Prozent.

Ich glaube sagen zu können, daß diese Steigerungsraten doch sicherlich auch ohne weiteres die Teuerung miteingeschlossen haben, die von Ihren Rednern immer so besonders hervorgehoben wird.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich aber auch bei den Ausgaben für die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Bei der hochschulrelevanten Förderung von Wissenschaft und Forschung ergibt sich, bezogen auf das Jahr 1970, eine Steigerung um 446 Prozent. Die Ausgaben des Bundes für Hochschul- und hochschulrelevante Forschungen erreichen 1977 das 2,7fache der Ausgaben von 1970 und die Ausgaben für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung das 2,4fache von 1970 und jene für den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft das 2,7fache von 1970.

Ich glaube, solche wirklich überdimensionale Steigerungen in den vergangenen Jahren sind einmal ein Beweis dafür, daß die Regierung eben doch zu ihrem Versprechen gestanden ist, Wissenschaft, Bildung und Forschung zu einem zentralen Anliegen zu machen.

Andererseits aber lassen diese Steigerungsra-

ten auch verständlich machen, daß eine solche Entwicklung nicht ad infinitum fortgesetzt werden kann, zumal der Nachholbedarf auf weite Strecken gedeckt erscheint.

Um nur vom Personalsektor zu sprechen. In der Ära der sozialistischen Regierung wurden geschaffen: 650 Professorendienstposten, 1100 Assistentendienstposten, 1100 Dienstposten für sonstiges Personal; und es wurden geschaffen 175.000 Quadratmeter Nettonutzfläche für die Hochschulen. Das sind Zahlen, die Ihnen ja bekannt sind.

Es muß sich also tatsächlich ein unvoreingenommener objektiver Beobachter verwundert fragen, wieso der Österreichischen Volkspartei das niedrigere Gesamtbudget als zu hoch, das höhere Wissenschaftsbudget aber als zu niedrig erscheint. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wenn die Verringerung der Steigerungsrate für das Wissenschafts- und Forschungsbudget für 1977 kritisiert wird, dann möchte ich doch darauf hinweisen, daß in fast allen westlichen Ländern eine starke Kürzung der Budgetmittel für Wissenschaft und Forschungsbelange auf Grund der Auswirkungen der Wirtschaftsrezession auf Grund des Konjunkturerinbruches schon im vorigen Jahr, ja sogar schon vor zwei Jahren erfolgte.

Aber ich möchte in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, auf etwas hinweisen, was mir doch sehr wichtig erscheint, nämlich auf eine Passage aus der Budgetrede des Finanzministers, die folgendermaßen lautet:

„Bildungspolitik ist auch Ausbildungspolitik. Es liegt in unserer Verantwortung, der Jugend bestmögliche berufliche Ausbildung zu geben. Diese Verantwortung schließt - so sagt der Finanzminister - „die Vorsorge für genügend Arbeitsplätze und die Chance der beruflichen Weiterbildung mit ein.“ Und weiter sagte er: „Eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung und ein entsprechender Arbeitsplatz sind für die Lebens- und Wohlstandsbedingungen der Menschen von grundlegender Bedeutung, damit aber auch für die Erhaltung des sozialen Friedens und unserer demokratischen Ordnung.“

Meine Damen und Herren! In diesem Sinne verstehe ich die erfolgreichen Bemühungen der Regierung zur Konjunkturbelebung und Arbeitsplatzsicherung in den Jahren 1975 und 1976, die sich in der Tatsache widerspiegeln, daß es im Herbst dieses Jahres um 48.000 Beschäftigte mehr gab als im vergangenen Jahr, daß wir derzeit die höchste Beschäftigungsziffer überhaupt haben und daß wir eine Arbeitslosenrate von knapp über 1 Prozent haben, also

4052

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Radinger

weitaus besser dastehen als die meisten OECD-Länder.

Die Regierung hat in den Jahren 1975 und 1976 für mehr als 93 Milliarden Schilling aus dem Bundesbudget Aufträge an die Wirtschaft vergeben.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen folgendes sagen. Ich weiß schon, Sie lächeln jetzt und sagen: Das hat mit dem Kapitel nichts zu tun! - Ich werde Ihnen sagen, warum es schon etwas damit zu tun hat.

Ich komme aus einer Stadt, wo Tausende Menschen es sehr zu schätzen wissen, daß die Regierung durch ihre Intervention die Arbeitsplätze im größten Betrieb dort gesichert hat und damit einer Entwicklung vorbeugen konnte, die den älteren Bewohnern dieser Stadt noch in schrecklicher Erinnerung ist.

Diese Menschen haben aber auch Verständnis dafür, daß Schulden, die zur Sicherung von Arbeitsplätzen gemacht wurden, im kommenden Jahr samt Zinsendienst in der Höhe von 24 Milliarden Schilling zurückgezahlt werden, und sie haben auch Verständnis dafür, daß gewisse Belastungen nicht zu umgehen sind, wenn man das Budget für eventuell kommende Bedrohungen der Arbeitsplätze wiederum einsatzbereit machen will.

Und jetzt - was hat das damit zu tun? Ich sehe hier schon einen sehr engen Zusammenhang. Wenn nämlich die Regierung die Politik der Arbeitsplatzsicherung und der massiven Intervention zugunsten der Wirtschaftsförderung vernachlässigt hätte, wenn Österreich 200.000 oder 300.000 Arbeitslose hätte, dann möchte ich sehen, wer unter solchen Umständen die Aufwendung von 7 Milliarden Schilling für unsere Hochschulen, für die Förderung unserer studierenden Jugend, für Wissenschaft und Forschung vertreten könnte.

Daß die Regierung unter den eher ungünstigen und unsicheren Bedingungen der Weltwirtschaft auch im Jahre 1977 die Wirtschafts- und Budgetpolitik auf die Sicherung der Arbeitsplätze ausrichten und alles tun wird, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, wird jedem Österreicher klar sein, das wird jeder Österreicher begrüßen müssen.

Denn eines muß uns auch klar sein: Ein Fehlen von Arbeits- und vor allem von Lehrplätzen gerade für junge Menschen würde nicht nur den sozialen Frieden und unsere demokratische Ordnung gefährden, es würde darüber hinaus zur Folge haben, daß viele junge Menschen, die keinen Arbeitsplatz fänden, allein aus diesem Grunde in die weiterführenden Schulen und an die Hochschulen drängen

würden und so im Endeffekt jene Studenten- und Akademikerschwemme schaffen würden, die es in Österreich glücklicherweise nicht gibt, wenn sie auch von Ihnen immer wieder an die Wand gemalt wird.

Es war also nicht nur möglich, von unserem Lande Unheil in Form von Massenarbeitslosigkeit abzuwenden, sondern es gelang - um auf das vorliegende Kapitel zurückzukommen -, für die seit 1970 um mehr als 30.000 gestiegene Zahl von Studenten zusätzliche Professoren- und Assistenten-Dienstposten zu schaffen, Hörsäle zu bauen, andere Studieneinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Zur Akademikerschwemme beziehungsweise Arbeitslosigkeit möchte ich nur eine Zahl nennen. Eine Erhebung über diese Frage ergab Ende September 271 arbeitslose Akademiker. Diese 271 setzten sich zusammen aus 191 Männern und 80 Frauen. Rund die Hälfte von ihnen wurde in Wien festgestellt. Nach Gruppen gesehen führen die Direktoren und Geschäftsleiter, was immer das auch bedeuten mag, mit 48 Personen.

Aber in Relation gebracht zu den zirka 70.000 unselbständig erwerbstätigen Akademikern ergibt sich bei dieser Zahl ein Prozentsatz von 0,38, der also weit unter dem Prozentsatz der arbeitslosen Nichtakademiker liegt. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz. - Abg. Dr. Blenk: Sind die Akademiker alle akademisch beschäftigt?!*) Ja.

Wenn also hier in der „Presse“ von gestern erwähnt wird, daß wir graduierte Fließbandarbeiter oder Taxichauffeure zu befürchten hätten, und angezweifelt wird, ob diese Menschen dann immer noch von ihrem Glückskapital zu zehren bereit sind, das sie während ihres Studiums thesauriert haben, so muß ich sagen, das ist natürlich eine maßlose Übertreibung, eine Vision, wie sie nur in einem Horrorfilm möglich ist. Aber eines kann ich schon sagen: Wir haben Zeiten erlebt, wo graduierte Akademiker hier im Rathauspark oder im Votivpark mit Schuhbändern und Zündhölzern hausieren gingen und versuchten, sie zu verkaufen. Das war aber nicht unter einem sozialistischen Bildungsminister, das möchte ich eindeutig sagen! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Wann war denn das?*) Fragen Sie nach.

Die Sozialaufwendungen für Studierende, die auch kritisiert werden, sind trotz aller gegenteiligen Behauptungen beachtlich gestiegen. So wurden zum Beispiel die Mittel für die Studienförderung seit 1970 von 128 Millionen auf 280 Millionen Schilling erhöht. Im kommenden Jahr werden also für die Studienförderung weitere zusätzliche 80 Millionen Schilling zur

Radinger

Verfügung gestellt werden. Dazu kommen die Mittel für Studentenheime und Mensen, die von 27 Millionen auf 78 Millionen Schilling im Berichtszeitraum, den ich hier im Auge habe, gestiegen sind; und letzten Endes auch die Sozialversicherung für Studierende seit dem Jahre 1973 von 3,9 auf 6,5 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Die Drop-out-Rate an den österreichischen Hochschulen, die heute schon erwähnt wurde und die auch im OECD-Bericht kritisch vermerkt wird, ist zweifellos ein Phänomen, dessen Ursache vielfältiger Natur sein mag und das uns allen zu denken gibt. Aber wenn als eine der Ursachen eine zuwenig in die Tiefe gehende Beratung der jungen Menschen vor der Studienwahl genannt wird, so weiß ich aus eigener Berufserfahrung, aus meinem Bundesland, daß diese Beratung dort an den AHS sehr gründlich und von qualifizierten Leuten durchgeführt wird, ich bin aber auch sicher, daß sich Verbesserungen als wünschenswert erweisen und daß sie noch möglich sind. Ich weiß aber auch aus Gesprächen mit sehr vielen jungen Menschen, daß sie sich nur selten von ihrer Absicht hinsichtlich eines einzugehenden Studiums abbringen und umstimmen lassen. Die Motivationen Jugendlicher sind nur selten durch Vernunftgründe zu überstimmen und zu überspielen. Ich glaube, das hat ja jeder Vater und jede Mutter schon erlebt, daß die Erfahrungen von Erwachsenen, wie glaubwürdig sie – die Erwachsenen – auch sein mögen, mit welcher Überzeugungskraft sie auch vorgebracht werden, wenig oder nichts gelten, weil eben jede Generation ihre eigenen, auch bitteren Erfahrungen sammeln will, um dann wahrscheinlich ihren Kindern ebenso erfolglos und ratlos gegenüberzustehen. Es ist halt einmal so, daß wir Menschen aufbauen auf dem, was unsere Vorfahren gedacht, getan, erworben und geschaffen haben, aber die Geschichte der Menschheit ist doch auch ein Beweis dafür, daß nur ein ganz bescheidener Teil dessen, was uns Generationen vor uns an Warnungen, an Abschreckendem, an Mahnendem hinterlassen haben, unser Handeln, unser Leben, unsere Entscheidung bestimmen.

Es sollte keineswegs darauf verzichtet werden, nach effizienteren Möglichkeiten der Beratung zu suchen. Vielleicht sollten die jungen Menschen vor Beginn ihres Studiums doch eindringlicher als bisher über die harten Aufgaben und Pflichten belehrt werden, die sie an den Hochschulen erwarten. Vielleicht müßten die angehenden Studenten noch ernster als bisher darüber belehrt werden, daß Studieren kein bequemes Bummeln durch festlich erleuchtete Hörsäle bedeutet, und am Ende eines solchen Weges wartet ein akademischer Würdenträger und ist nur erpicht darauf, dem jungen

Menschen einen Doktorhut oder ein Doktordiplom zu überreichen.

Vielleicht muß man noch wirksamer als bisher die Jugend darüber informieren, daß ein akademischer Grad, den man nach hartem Studium erlangt hat, noch lange nicht zur hochangesehenen und hochbezahlten Führungsposition führt. Das ist eine Erscheinung, glaube ich, die nicht nur wir in Österreich beobachten, sondern das ist eine Entwicklung, die sich international bemerkbar macht. Eines aber, glaube ich, muß vermieden werden bei der Beratung von jungen Menschen, nämlich: es sollten nicht durch eine solche Beratung besonders gewissenhafte junge Menschen abgehalten oder gar abgeschreckt werden, ein akademisches Studium zu beginnen.

Ich könnte mir auch vorstellen, daß der im OECD-Prüfbericht mit starkem Nachdruck gemachte Vorschlag, höhersemestrige Studierende am Studium jüngerer Semester mitwirken zu lassen, vieles für sich hat. Man sollte meiner Meinung nach die Vorbehalte, falls solche bestehen, gegen diesen Vorschlag abbauen und nach Prüfung einschlägiger ausländischer Modelle einer Realisierung in österreichischer Fassung nähertreten.

Aber eines möchte ich zu den Drop-out-Raten noch hinzufügen. Die im ersten Band des OECD-Berichtes angeführten Studienabbrüche betreffen die Erstinskribierenden des Wintersemesters 1967/68, denn nur für diese Studenten konnten auf Grund der Verlaufsstatistik für den Zeitpunkt der Erstellung des OECD-Berichtes exakte Zahlen zur Verfügung gestellt werden. Die Studenten, die hier als Studienabbrecher ausgewiesen werden, sind solche, die ihre AHS-Zeit in der ÖVP-Ära abgeschlossen haben, aber auch ihr Hochschulstudium noch in dieser Ära begonnen und zu einem Großteil fortgesetzt haben. Ich möchte damit nur dartun, wie außerordentlich lächerlich es wäre, aus dieser Erscheinung ein Versagen der derzeitigen Hochschulverwaltung und der SPÖ-Regierung zu konstruieren.

Nun, das Offenhalten unserer Hochschulen für so viele neu hinzukommende Studierende, das Offenhalten, das trotz gewaltiger Steigerung der Zahl dieser Studierenden möglich war, ist, glaube ich, eine großartige Leistung, auch wenn dafür oft sehr harte Kritik eingehandelt wird. Aber daß unseren Studenten das Numerus clausus-System, wie es in unserem Nachbarland und anderswo gehandhabt wird, erspart bleibt, ist, glaube ich, mehr als eine Kompensation für eine solche Kritik. Wer seine Erkenntnisse, meine Damen und Herren, und seine eigenen Vorstellungen über das Problem des Numerus clausus ergänzen möchte, dem empfehle ich,

Radinger

auch wenn er von der anderen Seite ist, einmal ausnahmsweise die Lektüre eines Berichtes, den Dr. Eva Lorenz in der „AZ“ vom 3. dieses Monats geschrieben hat. Dort wird wieder einmal klar und deutlich bewiesen, daß beim Numerus clausus-System nicht die bessere Begabung den Ausschlag gibt, sondern eher die stärkeren Nerven, eiskalter Egoismus, Spekulantentum, Rücksichtslosigkeit, asoziales Verhalten schon mit 14 Jahren. Nur diese Eigenschaften führen dann zu dem Ziel, daß ein junger Mensch sich einen Studienplatz erraufen kann.

Über die Problematik des Numerus clausus sind glücklicherweise beide für das Bildungswesen verantwortlichen Minister einer Auffassung. Unterrichtsminister Dr. Sinowatz hat unlängst in einem Interview mit der „Schweizerischen Handelszeitung“ zum Ausdruck gebracht, daß ein Numerus clausus überhaupt nicht in Frage käme. Und er meint mit Recht, daß die Frustrierung für einen jungen Menschen, der von vornherein vom Studium ausgeschlossen wäre, viel ärger wäre als für einen solchen Absolventen einer höheren Schule oder einer Universität, der nicht gerade jene Stelle fände, die er sich vorgestellt hätte.

Er meint auch mit Recht, es sei besser, unter Umständen unter schwierigeren Bedingungen ein Hochschulstudium zu absolvieren, als überhaupt die Möglichkeit dazu verwehrt zu bekommen.

Zum OECD-Bericht möchte ich sagen – vielfach werden in der Presse, aber auch in Meinungsäußerungen von Abgeordneten der Opposition Auffassungen vertreten, zu denen man Stellung beziehen muß –, daß uns dieser Bericht und die Prüfung unserer Hochschulpolitik durch die OECD nicht oktroyiert, sondern vom zuständigen Ministerium eingeleitet und herbeigeführt wurden. Der vom Ministerium erstellte Bericht über unser Hochschulwesen wird als vorbildlich und im Vergleich zu anderen Ländern als einzigartig qualifiziert.

Um die Drop-out-Rate, die einer vielfachen Kritik unterworfen wird, nochmals anzuführen: Es muß gesagt werden, daß es nur deswegen, weil eben in Österreich genaue Zahlen über den Werdegang der Studierenden bestehen, wie sie in keinem anderen Lande vorhanden sind, möglich war, dieses Zahlenmaterial zu verwenden, daß aber aus demselben Grund ein Vergleich mit anderen Ländern nicht angestellt werden kann.

Das Phänomen der Überschreitung der Mindeststudiendauer existiert auch in anderen Ländern. Ich verweise auf die Bundesrepublik, Holland, Dänemark und so weiter. Maßnahmen zur Reduzierung der Studiendauer haben – so

die Feststellung des Direktors des Institute of Education in Paris – bisher fehlgeschlagen. Man beobachtet im Gegenteil fast überall einen Trend zur Verlängerung der Studien. Bei uns beobachten wir, daß die nach den neuen Vorschriften organisierten Studien eher dazu führen, daß die Studiendauer verkürzt wird.

Zum Bericht insgesamt möchte ich sagen, daß Österreich als Ergebnis der Prüfung auf den meisten Gebieten Lob erntet. Das betrifft die Vervielfachung des Budgets, die großzügige Vermehrung der Dienstposten an den Hochschulen, den Raumausbau und so weiter.

Soweit Kritik geübt wird, trifft diese Kritik in einer Reihe von Fällen nicht die Zentralverwaltung, sondern die Hochschulen selbst. Aber in allen Fällen wurde die kritische Analyse dieser übernationalen und hochqualifizierten Instanz ja gesucht und herbeigeführt.

Wenn im OECD-Bericht zum Beispiel die Starrheit der ordentlichen Studiengänge kritisch vermerkt wird, so steht dem gegenüber, daß eine ganze Reihe von eindrucksvollen Möglichkeiten der Flexibilität geboten wird, von denen leider sehr wenig oder gar nicht Gebrauch gemacht wird.

Zusammenfassend möchte ich dazu sagen: Positive Bestätigungen und negative Kritik sollten in gleicher Weise Indikatoren sein und Grundlagen für die Weiterführung einer effizienten Hochschulpolitik liefern.

Meine Damen und Herren! Dr. Friedrich Edding, wissenschaftliches Mitglied des Max Planck-Instituts für Bildungsforschung, hat vor kurzem in einer Stellungnahme zur österreichischen Hochschulkritik gesagt, er anerkenne die Absicht, Bewahrenswertes zu erhalten, in ebenso abgewogener wie entschiedener Weise verbunden mit dem Bestreben, die Hochschulen in Anpassung an das gesellschaftliche Fortschreiten zu modernisieren und sie in Richtung auf die anerkannten Ziele des demokratischen Sozialstaates fortzuentwickeln.

In einem Gespräch mit dem Rektor der Universität Innsbruck, Dr. Otto Muck, Fachrichtung Christliche Philosophie, abgedruckt in den „Dolomiten“ am 10. Mai dieses Jahres, heißt es unter dem Titel „Österreichs Hochschulen krisenfest“ unter anderem – ich zitiere –:

„In der mehr oder minder heftig erschütterten europäischen Hochschullandschaft wirkt Österreich wie ein letztes Paradies: kein Numerus clausus, kein Chaos an den Universitäten, keine blutige Studentenrevolte. Die Hörerzahlen sind gestiegen, aber sie sind nicht explodiert. Während die Hochschulkrise in den Nachbarländern hohe Wellen schlägt, fühlt man sich hier

Radinger

fast an den alten Spruch erinnert ‚Tu felix Austria . . .‘. Die relativ ruhige Entwicklung ist das Merit einer Bildungspolitik, die sich als fortschrittlich genug erwiesen hat, um ein gewisses Maß an Neuerungen rechtzeitig durchzuführen; die aber zu vorsichtig gewesen ist, um zu riskieren, daß man ein großes geschürte Hoffnungen hinterher enttäuschen muß.“

Rektor Muck ist real genug, zu sagen, zur Panik sehe er keinen Anlaß, aber es gebe noch genug Probleme zu lösen.

Dieser Auffassung sind auch wir. Wir glauben, daß wir dann, wenn wir so wie bisher in der Wissenschaftspolitik fortfahren, all diese Probleme, die unsere Zeit eben mit sich bringt, die neu sind, die es vor 10 und 20 Jahren vielleicht noch nicht gegeben hat beziehungsweise die, wenn sie vorhanden waren, eben nicht gelöst wurden, so wie bisher lösen werden. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Luptowitz: Bravo, Stephan!)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner Abgeordneter Busek hat gemeint, das Budget, das uns zur Diskussion vorliegt, sei falsch strukturiert. Ich würde aus freiheitlicher Sicht dieser seiner Meinung zustimmen. Es ist tatsächlich falsch strukturiert, hat jedoch einen Schwerpunkt, nämlich im Kapitel Wissenschaft und Forschung, der uns zu einer differenzierten Betrachtungsweise veranlaßt, einen Schwerpunkt, der uns zur Zustimmung zu diesem Kapitel Anlaß gibt. *(Abg. Dr. Frühwirth: Welchen, Herr Kollege?)*

Diesen Schwerpunkt ersieht man daraus, daß sich, was bei den vorher angeführten Vergleichen nicht zum Ausdruck gekommen ist, bei den Aufwendungen für die beiden Kapitel Unterricht und Kunst sowie Wissenschaft und Forschung beim Vergleich des Budgets 1977 mit dem Budget 1969 eine wesentliche Schwerpunktsetzung ergibt, die überwiegend dem Bereich Wissenschaft und Forschung zugute gekommen ist.

Wenn Sie, Herr Kollege Frühwirth, die Ziffern genau haben wollen: Die Ziffern für das Jahr 1969 betragen ohne Bundestheater 9,65 Prozent des Gesamtbudgets und sind für das Jahr 1977 – wieder ohne die Bundestheater – 11,41 Prozent. Das bedeutet, gemessen am Gesamtanteil des Budgets, immerhin eine Steigerung von nahezu 2 Prozent des Gesamtbudgets. Das ist im wesentlichen dem Bereich Wissenschaft und Forschung zugute gekommen und hat zu einer spürbaren Verbesserung der Landschaft für Wissenschaft und Forschung geführt, zu einer

Verbesserung, an der wir Freiheitliche zur Zeit der Minderheitsregierung einen maßgeblichen Anteil hatten, und zu dieser Schwerpunktsetzung bekennen wir uns auch weiterhin. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Frühwirth: Real weniger als im vorigen Jahr!)*

Die gesamte ziffernmäßige Bewertung muß man immer im Blickwinkel des Ansteigens des Gesamtbudgets und der Gesamtaufwendungen sehen. Man muß dann zugeben, daß diese 2 Prozent zusätzlich eben eine Realität sind und für das Kapitel Wissenschaft und Forschung, das seit dem neuen Bundesministerengesetz nunmehr eben separiert ausgewiesen ist, ganz deutlich eine Schwerpunktbildung bedeuten.

Dabei gebe ich zu, daß das Dilemma dieses Budgets in keinem anderen Kapitel so deutlich zum Ausdruck kommt wie gerade beim Kapitel Wissenschaft und Forschung. Wenn nämlich ein Budget der Sparsamkeit erstellt werden muß – das ist in der derzeitigen Gesamtsituation zweifellos der Fall – und gleichzeitig die Anforderungen an das Budget ständig steigen, dann kommen gerade die Bereiche, für die die Investitionen, der vermehrte Aufwand deswegen wesentlich sind, weil sie Ursache der Weiterentwicklung unseres wirtschaftlichen und auch unseres Wohlstandswachstums sind, in eine besonders schwierige Situation.

Für ein zukünftiges, ein organisches, ein sinnvolles Wachstum schafft Wissenschaft und Forschung die Voraussetzungen. Wenn wir unsere schwierige gesamtwirtschaftliche Situation nicht als ein vorübergehendes Tief, sondern als eine Wende verstehen, eine Veränderung, die auch einen qualitativen Kern hat – das ist zweifellos der Fall –, dann sind vermehrte Anstrengungen in Richtung Forschung und Wissenschaft notwendig, um diese Veränderungen geistig vorzubereiten und längerfristig zu meistern.

Wir glauben, daß die Ansätze dazu in diesem Budget vorhanden sind, weil auch im Inneren die Bereitschaft zu erhöhter Sparsamkeit und zum Überdenken bisher gültiger Strukturen und Formen zum Ausdruck kommt.

Dabei ist die Situation freilich nicht in allen Bereichen befriedigend. Im Gegenteil: Es gibt eine Menge Ansätze zur Kritik, es gibt Schwierigkeiten, denn natürlich erfordert ein verstärkter Zustrom an Studenten – der hält ja nach wie vor an – mehr Lehrer, mehr Professoren, mehr Assistenten, mehr Geräte, und die Preise für diese Geräte sind wieder im Steigen, und auch auf dem Gebiet der Forschung werden immer mehr kapitalintensive Anschaffungen notwendig, um mit der gesamten wissenschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten.

4056

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dipl.-Ing. Hanreich

Es ist also so, daß der vermehrte Zustrom zu den Hochschulen zu einer Massenuniversität, zu einem Massenbetrieb an den Hochschulen geführt hat, zu dem sich, wie aus verschiedensten Zitaten hervorgeht, die Frau Minister grundsätzlich bekennt. Ich verweise nur auf Presse-Zitate:

Überschrift: Ja zum Massenbetrieb, aber keine Garantie für Studenten.

Oder ein anderer Artikel: Universitäten, Firnberg gegen falsches Prestigedenken. Es heißt darin: Ich bin für die Massenuniversität, postuliert sie energisch, und auch dafür, daß an dem offenen System nicht gerüttelt werden darf, denn Firnberg kennt kein besseres und blickt mit Grausen auf das Numerus-clausus-System der Bundesrepublik Deutschland.

Richtig. Wir stehen vor einer Situation, daß wir zu der Massenuniversität ja sagen müssen.

Das bedeutet aber nicht, daß wir dabei auf eine hochqualifizierte Ausbildung verzichten können. Das bedeutet nicht, daß wir aus Gründen des Bekenntnisses zur größeren Breite der Ausbildung auf die Qualität und auf die Spitzenausbildung verzichten dürfen. Dort werden in den nächsten Jahren vermehrte Anstrengungen notwendig sein, um sicherzustellen, daß wir auch international das Niveau halten, das wir bisher gehabt haben, und daß der Rückgang des Brain train, der heute schon angeführt wurde, also daß weniger Absolventen ins Ausland ziehen, nicht Ausdruck der Tatsache ist, daß man unsere Absolventen hinsichtlich ihrer Qualifikation nicht mehr so hoch einschätzt und daher nicht mehr so hoch bezahlt, wie das in den letzten Jahren im Vergleich zu unserer eigenen Situation der Fall war.

Im übrigen möchte ich anschließend an den Horror vor dem Numerus clausus doch darauf hinweisen, daß es bei einem so massiven Zustrom zu den Hochschulen, wie er im Augenblick erfolgt und in den letzten Jahren mit ständig steigenden Zahlen erfolgt ist, natürlich einen inneren Numerus clausus geben muß, der daraus resultiert, daß einerseits nicht genügend Plätze real vorhanden sind, sodaß manche Studenten eben mit ihrem Studium oder mit dem Studium, das sie gerne gemacht hätten, nicht beginnen können, oder aber auch, daß nach den ersten Semestern die Prüfungsanforderungen so hinaufgeschraubt werden müssen, daß zu bestimmten Lehrveranstaltungen dann eben zwangsläufig nur eine begrenzte Zahl von Hörern zugelassen werden kann.

Ich halte eine solche Regelung für an sich sehr sinnvoll. Es regelt sich damit der Zugang zu den Hochschulen und der Durchgang durch die Hochschulen letztlich nach ihrer tatsächlichen

Kapazität ein, und das ist ein durchaus richtiger und sinnvoller Vorgang, den man mit einigen Maßnahmen noch verstärken und verdichten könnte, die ich im weiteren Verlauf meiner Ausführungen noch erläutern werde.

Die hohen Abbrecherquoten, der hohe Drop-out, von dem immer wieder gesprochen wird, den uns der OECD-Bericht auch vorhält, ist sicherlich ein Ausfluß dieses versteckten Numerus clausus. Welche Gründe man auch immer erheben wird, die im Einzelfall Ursache für den Abbruch des Studiums, für das Aufhören in einer bestimmten Studienrichtung und den Wechsel in eine andere Studienrichtung maßgebend sein mögen, letztlich sind sie dann nur Detailinformationen über die Tatsache, daß eben in ganz bestimmten Bereichen einfach nicht mehr Studenten verkraftet werden können.

Daß die hier geforderten flexibleren Studienordnungen und beweglicheren Studienmöglichkeiten die individuelleren Formen stärker in den Vordergrund stellen würden und ein Hilfsmittel dagegen wären, eine bessere Durchlässigkeit der Universitäten sicherzustellen, ohne dabei einen Niveauverlust zu provozieren, erscheint mir als richtig und bedarf vermehrter Aufmerksamkeit und verstärkter Anregung und Empfehlung für die Studenten, von diesen ja bestehenden Möglichkeiten, die nur über weite Strecken viel zu wenig genutzt werden, im Studium irreguläre vermehrt Gebrauch zu machen.

Aber die Information über die Chancen, die der einzelne hat und vorfindet, die ja letztlich auch zur Gestaltung des Studiums des einzelnen beitragen, diese Informationen sind nach wie vor unzureichend. Es wird zwar darauf hingewiesen, daß im verstärkten Ausmaß der Versuch gemacht wird, den Akademikerbedarf der Zukunft zu erheben und damit klarzustellen, welche Anforderungen und welche Möglichkeiten der Arbeitsmarkt von morgen bieten wird. Nur sind die Versuche, die gesamte Entwicklung zu erhellen, bisher nicht befriedigend gewesen. Man hat sich, wie ich glaube, zu rasch zurückgezogen auf eine Position, daß die Prognosetechniken einfach nicht ausreichend seien und daß es nicht möglich sei, ausreichend exakte Angaben zu erheben.

Es ist ja interessant festzustellen, daß die bekannten Prognosetechniken, so sehr sie in ihrem Ansatz differieren, was die Globalziffer anlangt, relativ gute Ergebnisse bringen und rückwirkend betrachtet auch einigermaßen genau und übereinstimmend sagen, wie groß der Akademikerbedarf an sich sein wird.

Wenn es aber um die Differenzierung in die einzelnen Studienrichtungen und Fachbereiche geht, dann versagt das herkömmliche Prognose-

Dipl.-Ing. Hanreich

modell völlig, und die beiden im Hochschulbericht zitierten Methoden des social-demand-approach und des Man-power-approach erweisen sich als nicht gangbarer Weg, der letztlich nicht in der Lage ist, genügend detaillierte Auskünfte über die zukünftige Akademikersituation zu geben.

Es erscheint daher erforderlich, daß man diese Modelle durch eine neue, durch eine intensivere Prognosetechnik ersetzt, die in der Bundesrepublik auch bereits intensiv betrieben wurde und zu ersten Ergebnissen geführt hat, nämlich die sozio-ökonomische Kausalanalyse, die eine wesentlich verfeinerte Technik mit sich bringt, die wesentlich mehr Faktoren bei ihrer Analyse berücksichtigt und damit die Voraussetzung schafft, den Akademikerbestand, den Sollbestand für die Zukunft differenzierter zu prognostizieren, wenn sie natürlich auch wie jede Prognosemethode nur eine mögliche Zukunft darstellt, die allein durch die Tatsache der Prognose schon wieder einer Rückbeeinflussung unterliegt, die man nicht ausschließen kann, sodaß eine gewisse Unsicherheitsrate immer bestehen bleibt. Diese Unsicherheitsrate aber, glaube ich, sollte man doch dadurch etwas reduzieren, daß man dem einzelnen Studenten selbst deutlicher vor Augen führt, wie wesentlich es ist, daß er seine Überlegung informiert trifft, daß er seine Überlegung trifft im vollen Wissen dessen, worauf er letztlich hinauswill und welche Chancen und Möglichkeiten er hat.

Dazu genügt eben nicht, daß man nur eine Prognose präsentiert. Dazu genügt auch nicht, daß man Darstellungen des Studienverlaufs und der Studienanforderungen gibt. Wie der Kollege Radinger ganz richtig gesagt hat, wird es notwendig sein, immer wieder klarzustellen, daß ein akademisches Studium auch schwere Anforderungen an den einzelnen stellt, und auch diese Anforderungen sollte der Student schon vorher begreifen. Ich glaube aber – nachdem der Mensch auch ein sehr deutlich finanziell orientiertes Wesen ist, ein Homo oeconomicus in manchen Bereichen –, daß die persönliche finanzielle Verantwortung für das Studium erhöht werden sollte. Ich bin mir bewußt, daß dabei vor allem eines ganz massiv verhindert werden muß: daß eine solche Beteiligung, ein solches Übertragen der Verantwortung, auch der finanziellen Verantwortung, auf den einzelnen Studenten nicht zu einem sozialen Numerus clausus wird.

Es ist also eine unbedingte Voraussetzung, daß der einzelne unabhängig von seiner sozialen Situation grundsätzlich die Möglichkeit zum Studium erhält. Dazu bekennen wir uns. Wir glauben aber, daß es sehr sinnvoll wäre, wenn man den Gedanken an ein Studentendar-

lehenssystem doch etwas intensiver einer eingehenden Betrachtung unterziehen würde.

Wir glauben das deshalb, weil wir Freiheitlichen uns dazu bekennen, daß jemand, der eine diffizile Ausbildung hinter sich hat, auch in seiner zukünftigen Tätigkeit eine angemessene Entlohnung, ein angemessenes Entgelt für seine Leistung bekommen soll. Wir glauben daher, daß diese hohen Aufwendungen dann auch beim einzelnen wieder zu einer entsprechenden Dotierung führen sollen, und wir halten es für richtig, daß durch ein Darlehenssystem jedem einzelnen die Finanzierung seines Studiums ermöglicht wird, ihm aber gleichzeitig auch damit ein wesentlicher Teil der Verantwortung für sein Studium übertragen wird.

Wir glauben, daß dieses Darlehen auch eine wesentliche Entlastung sein könnte in einer Situation, wie wir sie im Augenblick vorfinden, daß nämlich der budgetäre Rahmen zunehmend enger wird und daß daher die Lehre allzuleicht Übergewicht gewinnt gegenüber der gerade jetzt so dringend notwendigen Forschung. Es müßten daher Mittel aus der Entlastung, die sich mittel- und längerfristig aus einem solchen Darlehenssystem ergeben würden, der Forschung zufließen, um von dorthier Impulse und Anstöße zu setzen.

Dabei könnten wir uns eine zinsenlose Vergabe dieses Darlehens und eine langfristige Rückzahlung in einem bestimmten Prozentsatz vom erzielten Einkommen vorstellen. Wir könnten uns vorstellen, daß man im Sinne der Förderung von Begabung und auch im Sinne einer sparsamen Verwendung der Hochschulmöglichkeiten, der gegebenen Rahmenbedingungen Nachlässe geben könnte, die ein erfolgreiches Studium in einer kurzen Zeit begünstigen, die allerdings dann nicht dazu führen sollen, daß Fortsetzungsstudien deswegen nicht betrieben werden. Aber man sollte den persönlichen Einsatz des Studenten motivieren, um Sicherheit zu geben, daß diese Leistungen, die die Gemeinschaft hier bietet, nicht verantwortungslos in Anspruch genommen werden, was ich an sich im Prinzip nicht unterstellen will, was aber doch aus den Abbrecherquoten immer wieder deutlich wird, daß allzuoft eine nicht ausreichend präzise Überlegung und Vorbereitung auf das Studium selbst erfolgt.

Ich glaube, daß neben der Forderung nach mehr Mitteln für die Forschung gerade in der jetzigen Situation auch die Forderung nach Rationalisierung dieser Forschung stehen muß. Die angekündigte Regelung des Forschungsorganisationsgesetzes mit ihren Veränderungen und Erneuerungen wird uns ja noch im Laufe des nächsten Jahres ausführlich beschäftigen.

4058

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dipl.-Ing. Hanreich

Es wäre aber genauso wesentlich, einen sinnvollen Einsatz der Großgeräte an den Hochschulen zu erreichen, eine Art Gerätebörse, ebenso wie wir uns das hinsichtlich des optimalen Einsatzes der persönlichen Fähigkeiten der Forscher als Forschungsbörse vorstellen könnten, um dadurch Doppelgleisigkeiten, die wissenschaftlich nicht notwendig und wissenschaftlich nicht sinnvoll sind, zu vermeiden und Möglichkeiten zu schaffen, unsere verfügbaren Mittel so günstig als nur irgendwie möglich auszunutzen.

Für die Universitäten selbst glauben wir, daß eine Verbesserung des Kostenrechnungssystems dringend notwendig wäre. Es findet sich eine sehr interessante Darlegung darüber in der letzten Hochschulzeitung. Ich halte es für sehr bedeutungsvoll, daß man auf diesem Gebiet von der kameralistischen Darstellung, die uns an den Hochschulen genau dieselben Schwierigkeiten macht, wie sie sich bei den Krankenanstalten als Hemmnis einer sinnvollen organisatorischen Entwicklung erweist, wegkommt.

Wir glauben, daß das Bemühen von seiten des Ministeriums vorhanden ist, all diese anstehenden Probleme zu lösen. Das ist der Grund, warum wir dem Kapitel zustimmen.

Ich möchte aber zum Kapitel Unterricht und Kunst und zu dem vom Abgeordneten Busek eingebrachten Antrag noch Stellung beziehen. Der Antrag sieht vor, daß die soziale Lage der Künstler untersucht und in einem Bericht dem Parlament zur Kenntnis gebracht werden soll. Der Bericht soll Auskunft über die Einkünfte und Vermögensverhältnisse dieses Personenkreises und über die Stellung des Künstlers in der Gesellschaft geben.

Sosehr ich persönlich – und ich glaube, auch meine Kollegen – an der Problematik des Künstlers in unserer Gesellschaft interessiert bin und sosehr uns die Stellung, die soziologische Position des Künstlers in der Gesellschaft interessiert, sosehr erfüllt mich Unbehagen bei der Vorstellung, Einkünfte und Vermögensverhältnisse und die soziale Lage der Künstler zu erheben und zu veröffentlichen, weil ich glaube, daß das nicht der wirkliche Maßstab der sozialen Situation ist.

Ich persönlich kenne Künstler, von denen ich annehmen würde, daß sich die einen deswegen gegen einen solchen Bericht zur Wehr setzen würden, weil sie es nicht als sehr angenehm empfänden, ihre tatsächlichen, sehr hohen Einkünfte und Vermögenswerte in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Ich kenne aber auf der anderen Seite Künstler, für die genau diese finanzielle Frage, obwohl sie aus der Sicht des Außenstehenden ein Problem sein müßte, kein

Problem ist, weil sie zu ihrer finanziellen Situation ein ganz anderes Verhältnis haben als man das dem Bürger schlechthin zuschreibt.

Es kommt darauf an – das, glaube ich, ist ein sehr wesentlicher Ansatz, und den würden wir sehr begrüßen –, die Voraussetzung zu schaffen, daß keiner von den Künstlern aus verschiedensten Gründen des Schicksals in eine Situation kommt, wo er ohne sozialen Schutz da ist und sozusagen durch den Rost der Gesellschaft fällt. Das zu verhindern ist eine ganz legitime und wie mir scheint wichtige Aufgabe, die viel zu wenig wahrgenommen wird.

In diesem Sinn möchte ich es verstehen, daß man in dem nächsten Kunstbericht neben der sicher wesentlichen sozialen Situation, die man einmal darstellen kann und die sicherlich sehr aufschlußreich sein kann, weil sie eben die Position des Künstlers in der Gesellschaft widerspiegelt, Vorkehrungen für soziale Härtefälle treffen soll und sie besser regelt, als das im Augenblick der Fall ist.

Genauso ist es, wie ich glaube – das ist von unserer Seite ja schon mehrfach dargelegt worden –, ein legitimes Anliegen der Gemeinschaft, dem Künstler in den Frühphasen seiner Schaffentätigkeit einen Spielraum durch Existenzsicherung zu geben, der sozusagen eine Übergangssituation ist, etwa dasselbe, was wir mit dem Darlehen, mit dem Studentendarlehen meinen, daß die Chance gewährt werden soll, die Möglichkeit, sich zu entfalten, zu präsentieren und letztlich auch Anerkennung in der Gesellschaft zu finden.

Wir werden diesen Antrag noch in unserem Klub überprüfen. Ich darf aber deponieren: Wir sind eben im Grundsatz der Auffassung, daß der Künstler einer sozialen Sicherheit bedarf wie jeder andere auch und daß das eine Zielsetzung ist, die wir unterstützen, daß man an ihn aber ganz sicher andere Maßstäbe anlegen muß als an jeden anderen auch und daß man vor allem nicht dem Künstler gegenüber die ohnehin zwangsläufig gegebene viel zu große Abhängigkeit von allen möglichen Institutionen und Einrichtungen der Gesellschaft weiter verdichten soll.

Es ist eine Realität, daß die wechselseitige Abhängigkeit in unserer Gemeinschaft immer dichter und immer größer wird. Der Künstler aber braucht bei aller Notwendigkeit der Absicherung seiner Person vor extremen Schicksalsschlägen eben vor allem einen Freiraum, einen Freiraum für seine Betätigung, einen Freiraum für die Entfaltung seiner Kräfte. Und der soll mit dieser Maßnahme gesichert werden, die nach unserer Meinung nicht ganz exakt von dem Antrag der Österreichischen Volkspartei initiiert wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Sinowatz.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. **Sinowatz**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist überhaupt nicht daran zu zweifeln, daß die Bildung im allgemeinen und die Schule im besonderen seit 1970 einen besonderen Schwerpunkt im Bundesbudget darstellen. Darf ich darauf verweisen, daß das Unterrichtsbudget auch von 1976 auf 1977, Herr Abgeordneter Gruber, von 18,2 Milliarden Schilling auf 20,6 Milliarden Schilling steigt, das heißt, es steigt höher, als die Steigerungsrate des Gesamtbudgets ausmacht.

Man muß natürlich überhaupt, auch in der Bildungspolitik, eine längerfristige Entwicklung beobachten. Auch hier ist ganz eindeutig, daß der Anteil des Schulbudgets am Gesamtbudget seit 1969 gestiegen ist. Wenn man das etwa auf die Schülerzahlen umlegt, um eine plastische Ziffer zu bekommen, dann kann man sagen, daß wir 1970 pro Schüler 7000 S ausgegeben haben, im Jahre 1977 werden es jedoch 14.000 S sein. Es ist eine Verdoppelung eingetreten.

Aber ich gebe zu, Herr Abgeordneter Gruber und Herr Abgeordneter Peter, daß wir mit großen Schwierigkeiten zu ringen haben. Bei diesem expandierenden Schulwesen gibt es viele Sorgen. Wem erzähle ich das? – Sie selbst wissen es sehr genau, nur muß man das ein bißchen in die richtige Relation bringen.

Wenn man da von der Überschreitung der Klassenschülerhöchstzahlen spricht, dann muß man sich vor Augen halten, wie die Entwicklung vor sich gegangen ist. Im Schuljahr 1967/68 hatten wir noch Klassenschülerhöchstzahlüberschreitungen bei den allgemeinbildenden höheren Schulen in 21 Prozent aller Klassen, und jetzt sind wir auf unter 9 Prozent gesunken. Das heißt, wir haben eine gewaltige Entwicklung in den letzten Jahren mitgemacht.

Nun muß ich sagen: Hier beginnt natürlich auch die Frage nicht nur der Finanzierbarkeit, sondern auch der ökonomischen Vertretbarkeit. Denn ein gewisser Grad von Klassenschülerhöchstzahlüberschreitungen wird immer da sein, und zwar deswegen, weil in kleinen Orten zum Beispiel ein Ausgleich nicht möglich ist. Aber selbst in den großen Ballungszentren ist der Ausgleich von Schülern deswegen so schwer, weil man dann durch die Verkehrsverhältnisse sehr harte Belastungen der Schüler und der Eltern in Kauf nehmen mußte.

Jedenfalls kann man sagen, daß der Durchschnitt unserer Klassenschülerzahlen zwischen 29 und 30 liegt und daß wir auf diesem Gebiet in den letzten Jahren doch gewaltige Erfolge verzeichnen konnten.

Was die Stundenkürzungen bei den Pflichtgegenständen betrifft, schaut das natürlich sehr, sehr hart aus: In 2373 Fällen haben wir Stundenkürzungen in Pflichtgegenständen; allerdings von insgesamt 120.000. Das ist weniger als 2 Prozent, meine Damen und Herren! Und auch auf diesem Sektor haben wir in den letzten Jahren eine gewaltige Verbesserung unserer Schullandschaft zustande gebracht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hier kommt wieder dazu, daß es große regionale Unterschiedlichkeiten gibt, die man nicht ohne weiteres bewältigen kann. Es gibt extreme Randgebiete in der Republik, die sehr schwer zu versorgen sind.

Innerhalb der Gegenstände, bei denen wir wieder Kürzungen vornehmen mußten, bestehen auch Unterschiede. Wir haben nun einmal im Bereich der Leibesübungen, der Musikerziehung und der bildnerischen Erziehung die größten Schwierigkeiten. Fast alle Stundenkürzungen betreffen diese Gegenstände, weil wir nicht die nötige Anzahl von Lehrern haben, die dafür zur Verfügung stehen. Dagegen sind in den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch, Latein, Mathematik, Chemie, Physik praktisch überhaupt keine Stundenkürzungen in Österreich mehr zu verzeichnen.

Was die besetzten Dienstposten betrifft, stimmt es, daß sehr schwer festzustellen ist, wie viele Dienstposten wirklich besetzt sind, und zwar auf Grund der besonderen Struktur im Unterrichtswesen. Hier gibt es verschiedene Zahlen, einerseits vom Unterrichtsministerium, andererseits von den Landesschulräten und auch vom Zentralbesoldungsamt. Aber es steht fest, meine Damen und Herren, daß wir seit 1969/1970 die Zahl der Bundeslehrer etwa von 13.000 auf 20.000 erhöht haben; das ist also mehr als 50 Prozent.

Das hat sich natürlich auf die Qualität des Schulwesens ausgewirkt, wie man ja überhaupt hier immer wieder unterscheiden möchte: Quantität und Qualität. Zu Recht! Nur eines: Die Quantität kann man halt ziffernmäßig feststellen, und bei der Qualität kann man manches hineininterpretieren, was unter Umständen stimmen kann, aber nicht unbedingt stimmen muß.

Was die Quantität betrifft, ist es gerade im Schulwesen so, daß sich das natürlich wieder auf die Qualität umschlägt, wie etwa bei der Frage der Lehrerversorgung. Und, Herr Abgeordneter Gruber, nun zu der Kürzung beim Dienstpostenplan auch bei den Bundeslehrern: Wenn Sie unsere Unterlagen, also die des Ministeriums, verwenden, dann werden Sie sehen, daß die Kürzung nicht 2,83 Prozent, wie in der Zeitung

4060

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Bundesminister Dr. Sinowatz

gestanden ist, sondern ganz genau 1 Prozent beträgt. Also genausoviel, wie schon vor der Erstellung des Bundesbudgets klargelegt wurde.

Bleiben wir ein bißchen bei der Quantität und der Qualität. Natürlich ist es auch für die Qualität unseres Schulwesens entscheidend, wie es mit dem Schulbau aussieht. Hier möchte ich doch darauf hinweisen, daß wir seit dem Schulentwicklungsprogramm, das sehr wohl objektive Kriterien zur Grundlage der Entscheidung nimmt und das immer wieder – das möchte ich hier betonen – auf die Zusammenarbeit sowie auf das Zusammenwirken mit den Landesschulräten größten Wert legt, daß wir also seit Bestehen dieses Programms 119 Schulen an 100 Standorten fertiggestellt haben. Das sind 55.000 zusätzliche Ausbildungsplätze, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben jetzt 90 höhere Schulen an 53 Standorten in Bau; das sind wieder 40.000 neue Ausbildungsplätze. Und wir haben in Planung – wir beginnen einen großen Teil davon bereits im Jahre 1977 – 41 Schulen an 38 Standorten; also wieder 24.000 Ausbildungsplätze. Insgesamt haben wir also gebaut, in Bau genommen oder unmittelbar vor Baubeginn stehend 250 höhere Schulen, also Gymnasien, Handelsakademien und höhere technische Lehranstalten. *(Abg. Luptowitz: Wo hat es das noch gegeben?)*

Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt davon, daß wir über die Quantität sehr wohl auch die Qualität des österreichischen Schulwesens verbessern werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zum Lehrerberauf. Natürlich machen wir uns darüber Gedanken, natürlich haben wir alle Sorge, wie das weitergehen wird. Aber dieselben Abgeordneten, Herr Gruber, die mich jetzt mit Anfragen bombardieren, was eigentlich mit den vielen Lehrern geschieht, waren vor drei Jahren auch diejenigen, die mich ununterbrochen angegriffen und gefragt haben: Herr Minister, was werden Sie tun, um den Lehrermangel in Österreich zu beseitigen? Das heißt, wir haben uns bemüht, den Lehrermangel zu beseitigen, und wir sind diesem Ziel näher gekommen. Wir müssen jetzt trachten – und das tun wir –, auch ein ausgewogenes Verhältnis für die nächsten Jahre und Jahrzehnte herzustellen.

Nur noch eines – das hat der Herr Abgeordnete Schnell auch schon gesagt –: Ich erinnere mich daran sehr gut, weil meine eigene Frau davon betroffen gewesen ist, wie in den fünfziger Jahren so viele Lehrer fertig studiert hatten und keinen Posten bekommen haben und wie sich diese Situation sehr rasch geändert hat. Warum? – Einfach deswegen, weil der Lehrerberauf von einer Reihe von Komponenten abhängig ist.

Erstens: die organisatorische Komponente; das heißt Schülerzahlen, Klassenschülerhöchstzahlen, Teilungsziffern und Angebot an Freifächern sowie Förderstunden. Das kann sich ändern, und es soll sich auch unserer Meinung nach in den nächsten Jahren ändern und verbessern.

Zweitens: die fachliche ... *(Abg. Dr. Eduard Moser: Die Geburtenquote!)* Natürlich die Geburtenquote, Herr Abgeordneter Moser! Warum soll ich Ihnen nicht recht geben? In dieser Frage sehr gerne. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weiters gehört dazu auch die fachliche Komponente. Es kommt darauf an, ob die entsprechend ausgebildeten Lehrer vorhanden sind, und zwar für die Fächer, für die wir Lehrer brauchen.

Drittens: die regionale Komponente. Ich sagte schon, daß es in Österreich Gebiete gibt, wo es sehr schwer ist, Lehrer hinzubringen. Auch das ist ein Problem, mit dem wir ringen müssen.

Und dann gibt es – wer sollte das verschweigen, Herr Abgeordneter Gruber – die finanzielle Komponente. Das Zitat beziehungsweise der Ausspruch eines deutschen Kultusministers: Der Lehrerberauf ist das, was finanzierbar ist!, ist durchaus so zu verstehen, daß all das, was ich vorhin angeführt habe, geschehen soll, immer besser werden soll. Aber daß wir dabei auch auf die Finanzierungsmöglichkeiten Rücksicht nehmen müssen, das ist eine Selbstverständlichkeit, und dazu bekenne ich mich.

Nun einige Worte zur Bildungs- und Berufsberatung, weil in der letzten Zeit darüber recht viel geschrieben worden ist. Nur eines muß ich auch hier anmerken: Meine Damen und Herren, übersehen wir nicht, daß noch nie soviel wie jetzt für die Bildungs-, Berufs- und Studienberatung getan worden ist. *(Abg. Luptowitz: Jawohl! – Abg. Dr. Fischer: Sehr richtig!)*

Ich erinnere daran, daß die Bildungsberatung überhaupt erst 1971 nach der 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle aufgebaut wurde, daß wir erst seither Bildungsberater in den Schulen haben. An jeder allgemeinbildenden höheren Schule gibt es einen Bildungsberater. Ich erinnere daran, daß wir 1973 begonnen haben, an den Hauptschulen Bildungsberater einzusetzen.

Daß die Beratung auf das Sozialministerium, auf das Wissenschaftsministerium und auf das Unterrichtsministerium aufgeteilt wird, ist eine Selbstverständlichkeit, denn die Adressaten sind bei uns, aber die Grundlagen stammen aus der Arbeitsmarktverwaltung und aus der Berufsforschung, die wir uns natürlich vom Sozialministerium holen müssen. *(Zwischenruf des Abg.)*

Bundesminister Dr. Sinowatz

Dr. Eduard Moser.) Es kommt nur darauf an, wie die Koordination vor sich geht. Auch hier haben wir seit 1973 eine zentrale Arbeitsgemeinschaft und jetzt noch dazu ein eigenes Ministerkomitee, und zwar mit der Zielsetzung, eine möglichst weitgehende Übereinstimmung von individuellem Anspruch und gesellschaftlichem Bedarf herzustellen.

Nur ist das natürlich in unserer Zeit weitaus schwieriger als etwa vor 10, 20 oder 30 Jahren, denn die Dynamik der Berufswelt hat sich enorm gesteigert und die steigende Inanspruchnahme von Bildungseinrichtungen ist ein Kennzeichen unserer Zeit. Die Bildungsnachfrage ist ja kurzfristig nicht so zu bestimmen und zu regulieren, wie man sich das landläufig vorstellen könnte. Die Berufsforschung kann uns nun einmal in Wahrheit weder langfristig noch mittelfristig genaue Angaben machen. Dazu kommt, daß ein demokratisch-freiheitliches System – das muß immer wieder klargestellt werden – eine zwingende Bedarfssteuerung nicht zuläßt, daß wir uns alle, die wir hier sitzen, gegen den Numerus clausus aussprechen.

Und das ist auch noch einmal zu erwähnen: Recht auf Bildung ist natürlich ein weitaus umfassenderer Begriff als die Frage des Arbeitsplatzes, wengleich auch dieses Problem für uns sehr wesentlich ist und uns immer wieder auf die Überlegungen in dieser Richtung hinweisen muß. (*Abg. Dr. Eduard Moser: Sicherung der Arbeitsplätze!*) Daß es möglich gewesen ist, auch in dieser Form eine gewisse Regelung zu treffen, zeigt doch der Zugang zum berufsbildenden Schulwesen. Seit 1970 ist der Zugang zu den berufsbildenden Schulen um 88 Prozent gestiegen, der Zugang zu der Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen aber nur mehr um 32 Prozent. Das heißt, der Anteil der Schüler an den weiterführenden Schulen zum berufsbildenden Schulwesen ist weitaus größer als 1970 oder früher.

Recht auf Bildung heißt freie Entscheidung, und das impliziert natürlich, daß damit keine Garantie für einen ganz bestimmten Posten, für einen ganz bestimmten Schreibtisch verbunden sein kann. Meine Damen und Herren, das haben allerdings alle Österreicher auf sich zu nehmen, nicht nur die Maturanten und nicht nur die Akademiker. Das haben manche in anderen Berufen, etwa die Schmiede, die Schlosser und die Bäcker, auch erleben müssen. (*Abg. Luptowitz: Genau!*) Nur eines hat sich herausgestellt: Je besser die Schulbildung, je besser die Berufsbildung, umso größer die geistige Flexibilität der Menschen.

Wir leben gerade in einer Zeit der dynamischen Entwicklung, und niemand von uns weiß, welche Berufe es im Jahr 2000 geben wird. Aber

im Jahr 2000 werden – ich sagte es schon – die jungen Menschen, die heute unsere Schulen besuchen, im Zenit ihres Lebens stehen. Niemand weiß, wie sich das soziale Leben gestalten wird. Jedoch eines wissen wir: Je besser die Schulbildung, je besser die Ausbildung ist, umso leichter werden die Menschen jene Zeit, die vor uns steht, bewältigen können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ein Wort zu den Schulversuchen – nur um es klarzustellen –: Meine Damen und Herren! Man spricht jetzt so gern von Versuchskaninchen und vom Ausufern der Schulversuche, die nicht kontrolliert wären. Das ist ja sehr differenziert zu sehen. Der Abgeordnete Gruber ist schon vorsichtig, weil er genau weiß, wie die Dinge liegen; dem Abgeordneten Gruber kann man nichts vormachen, weil er ja immer mit dabeigewesen ist und weil er weiß, daß das stimmt, was der Abgeordnete Schnell sagte.

Bei den wirklich bildungspolitisch relevanten Schulversuchen ist es so: Von 290 allgemeinbildenden höheren Schulen gibt es in 19 Schulversuche, und von den Schulen der 10- bis 14-jährigen – es sind 1100 Schulen – gibt es in 89 Schulversuche. Das heißt: Es ist ein sehr wohl überschaubarer Kreis und geschieht außerdem auf gesetzlicher Basis; das ganze ist durch Gesetz limitiert; es gibt keinen Schulversuch, der nicht vom Landesschulrat beantragt worden wäre. Von den neun Landesschulräten gibt es sechs mit einer Mehrheit der Österreichischen Volkspartei im Kollegium.

Zu dem Wort „Versuchskaninchen“: Bisweilen würde ich mir wünschen, daß die Schüler in allen Schulen Österreichs so gut betreut wären wie in den Versuchsschulen. So ist die Repetentenquote bei den Versuchsschulen „integrierte Gesamtschule“ auf weniger als 1 Prozent herabgedrückt worden. Immerhin ein beachtlicher Erfolg bei diesen Schulversuchen.

Ganz kurz zu den fehlenden Schulbüchern. Drei wichtige Bücher sind einige Wochen später geliefert worden: ein Mathematikbuch für die dritte Klasse, ein Geschichtsbuch für die zweite Klasse, ein Lesebuch für die erste Klasse der AHS. – Ich stelle mir nur vor, wie das vor der Schulbuchaktion gewesen ist. Damals haben wir nicht mit drei fehlenden Schulbüchern gerechnet, sondern es war überhaupt anders, es war überhaupt eine ganz andere Situation.

Zur Begutachterkommission. Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter Gruber, vielleicht schauen Sie sich bei mir einmal die ganze Liste der Gutachterkommissionen an. Es gibt dort nur Berufungen, die aus fachlichen Gründen erfolgt sind. Ich glaube, daß ich fast in allen Fällen den Vorschlägen meiner Beamten gefolgt bin. Die

Bundesminister Dr. Sinowatz

Arbeit dieser Gutachterkommissionen ist wirklich sehr wesentlich und hat sich bisher sehr bewährt.

Zur Erwachsenenbildung nur eine Ziffer, obwohl ich sagen muß, auch ich wünschte, daß wir dafür mehr Geld zur Verfügung hätten (*Abg. Dr. Gruber: Und ich soll es nicht wünschen?*) – wir werden gemeinsam, Herr Abgeordneter Gruber, für die Erwachsenenbildung weiterkämpfen –: Im Jahr 1969 waren es 18 Millionen Schilling, und jetzt sind es 50 Millionen Schilling, die zur Verfügung stehen. Es ist doch eine gewaltige Steigerung vor sich gegangen.

Zur Personalpolitik einen Satz. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie gar nicht daran erinnern, was man vom Unterrichtsministerium bis zum Jahre 1970 gesagt hat. Aber eines muß ich hier ganz kurz erzählen. Als einer der vier sozialistischen Akademiker im Unterrichtsministerium einmal bei einer Geburtstagsfeier vom damaligen Unterrichtsminister Drimmel gefragt wurde, wie er sich im Unterrichtsministerium fühle, hat er gesagt: Wie ein roter Segler im schwarzen Meer. (*Heiterkeit.*)

Ich meine: Wir gehen jetzt so vor, daß die beste Qualifikation verlangt wird. (*Abg. Dr. Gruber: Und Sie wollen ein rotes Meer machen jetzt!*) Es sind jetzt erst einige rote Punkte im immer noch schwarzen Meer, Herr Abgeordneter Gruber! (*Neuerliche Heiterkeit.*) Nur eines, Herr Abgeordneter Gruber: Wir gehen nicht mehr zum ÖAAB und zum CV fragen, wer die beste Qualifikation für das Unterrichtsministerium hat. (*Abg. Dr. Gruber: Werden Sie nicht unsachlich, Herr Minister!*)

Jedenfalls sind zwei Berufungen hier im Haus wiederholt diskutiert worden: Die Berufung des Direktors des TGM und des Sektionsleiters für die Rechtssektion. Mit beiden, muß ich sagen, haben wir hervorragend abgeschnitten, in beiden Fällen haben wir Mitarbeiter gewonnen, die heute allgemein und überall anerkannt werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf einen Satz zur Frage des Religionsunterrichtes sagen, um das auch hier klarzustellen, im Bundesrat habe ich es schon getan: Wir stehen zu dem Ergebnis der Verhandlungen des Jahres 1962, mit dem unsere Schulorganisation bestimmt wurde. Das heißt: Es ist, um etwas zu verändern, eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Der Religionsunterricht ist auch durch internationale Verträge – Konkordat – abgesichert. Aber darüber hinaus stehen wir auch zur jetzigen Form des Religionsunterrichtes als Pflichtfach. Das hat der Bundeskanzler dezidiert erklärt, und das wiederhole ich hier als der verantwortliche Bundesminister. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Busek.*)

Aber auch hier muß ich Ihnen, Herr Abgeordneter Busek, sagen, daß die Worte nicht immer die Taten wiedergeben, die damit verbunden sein sollten. Immerhin haben wir in der Zeit, in der wir jetzt regieren, zum Beispiel dem konfessionellen Schulwesen gewaltig geholfen. Auf Grund der Privatschulgesetz-Novelle werden jährlich um 300 bis 400 Millionen Schilling mehr für die konfessionellen Schulen auf dem Personalsektor zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren! Was die Bausubventionen betrifft, muß ich wirklich ein bißchen leise reden. – Wir machen es auch deswegen, weil wir wissen, daß die konfessionellen Schulen sehr oft die Aufgabe der öffentlichen Schulen in gewissen Gebieten Österreichs mitübernehmen. Aber die Bausubventionen für konfessionelle Schulen betragen 1,200.000 S im Jahre 1969, und sie machen jetzt 42 Millionen Schilling aus. – Es ist also auf dem Gebiet schon etwas geschehen.

Die Schulbuchaktion hat immerhin eines mit sich gebracht: Es sind noch nie so viele Bibeln, noch nie so viele Religionsbücher in unserer Schule gewesen, wie das jetzt der Fall ist.

Nun einen Satz zur Einladung von Wolf Biermann. Ich weiß, daß Sie darauf warten. Ich habe Wolf Biermann – einen Künstler, der Kommunist ist – zu einem Gespräch eingeladen. Er ist ein Künstler, der seit Jahren in der DDR mit einem Auftrittsverbot belegt ist und der schließlich des Landes verwiesen und von seiner Familie getrennt wurde. Ich habe einen Künstler zu einem Gespräch eingeladen, der von den Kommunisten in der DDR verfolgt wird.

Ich habe mich dabei in erster Linie von menschlichen und humanitären Erwägungen leiten lassen. Ich möchte das klipp und klar feststellen! (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Busek.*) Ich habe damit, Herr Abgeordneter Busek, auch gegen die Haltung der DDR protestiert, denn es ist sehr eigenartig, daß hier ein Gleichklang der Proteste in Österreich stattfindet: Ihre Proteste decken sich mit den Protesten und den hämischen Bemerkungen der kommunistischen „Volksstimme“ in Österreich. Beide haben dagegen protestiert. (*Abg. Dr. Blenk: Was soll das? – Abg. Dr. Koren: Wir wollen doch mit Kommunisten nichts zu tun haben, und Sie laden sie ein! Das ist der Unterschied! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Herr Abgeordneter Koren! Auch ich darf mich gegen die Unterstellung wehren, daß ich eine kommunistische Propagandatätigkeit unterstützen möchte. Ich wehre mich dagegen! Ich wehre mich mit aller Entschiedenheit dagegen! (*Zustimmung bei der SPÖ. – Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Bundesminister Dr. Sinowatz

Und noch eines: Es gibt offensichtlich im Unterrichtsministerium eine gute Tradition der Toleranz. Auch aus der Zeit der ÖVP-Minister gibt es eine gute Tradition, denn sonst wäre 1950 nicht über Bemühen des damaligen Unterrichtsministers Felix Hurdes der prominenteste kommunistische Schriftsteller, Bert Brecht, in Österreich eingebürgert worden. Das ist auch ein Akt der Humanität und der Toleranz gewesen. Auch das möchte ich hier feststellen.

Meine Damen und Herren! Damit komme ich zu dem, was der Abgeordnete Busek über die Toleranz und über die künstlerische Freiheit gesagt hat. Er selbst war sehr vorsichtig. (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Busek.*) Ja, ich habe es schon verstanden! Bei der künstlerischen Freiheit muß man achtgeben, muß man sehr aufpassen, um nicht zwei oder drei verschiedene Linien zu finden. Aber es mag sein, daß Ihnen die Taus-Inszenierung (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP*), pardon, die Faust-Inszenierung nicht gefallen hat. Es könnte sein, daß auch die Taus-Inszenierung nicht Ihre Zustimmung findet, aber ich meinte hier die Faust-Inszenierung (*Abg. Dr. Busek: Für einen Freudschen Versprecher einen besseren Einfall!*), ich meinte, daß Ihnen die Faust-Inszenierung nicht gefallen könnte. Ich kann auch nicht sagen, daß sie mir sehr gefallen hat. Auch ich war nicht sehr angetan davon.

Aber es muß möglich sein, daß nicht ein Kunstminister Leute bestellt, die gewisse Inszenierungen zulassen, und es kann schon gar nicht möglich sein, daß ein Unterrichtsminister bestimmt, welche Inszenierungen in den Bundestheatern stattfinden oder nicht stattfinden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

So wie die Toleranz unteilbar ist, so muß auch die künstlerische Freiheit unteilbar sein, und damit zur Frage der Koordination, Herr Abgeordneter Busek, und zur Frage der Lenkung. Nur allzu leicht kann man dabei auch eine Lenkung verstehen. Daher haben wir beim Ankauf von Kunstwerken den Weg beschritten, daß wir gemeinsam mit den Ländern vorgehen und daß eine unabhängige Jury berufen wird, die bestimmt, welche Kunstwerke angekauft werden.

Und hier gibt es diese Zusammenarbeit, die Sie nicht finden wollten. Es gibt sie mit den Ländern, und es gibt sie mit den großen Galerien und den großen Museen in Österreich, weil sie aus unseren Krediten für ihre Bestände und für ihre Sammlungen Ankäufe tätigen. Hier gibt es also durchaus diese Koordination, die Sie bisher nicht finden konnten.

Ebenso haben wir für die sozialen Härtefälle seit Jahren vorgesorgt - das, was der Herr

Abgeordnete Hanreich sagte -, auch für die bildenden Künstler. In diesem Budget sind 4 Millionen Schilling für die Schriftsteller vorgesehen, um einen ersten Schritt in diese Richtung tun zu können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zum Schluß ein Wort zu den Bundestheatern. Meine Damen und Herren! Die hohen Anforderungen im Budget und auch die Diskussion über den ersten Rechnungshofbericht - der endgültige steht ja nicht mehr so stark zur Diskussion - haben natürlich die verschiedenen Gespräche zu Recht - und ich muß sagen, ich bin sehr froh darüber - in Fluß gebracht. Ich habe die Bundestheater nicht erfunden, wie ich immer zu sagen pflege, und die Theaterprobleme, Herr Abgeordneter Busek ... (*Abg. Dr. Koren: Das hat auch niemand behauptet! - Abg. Dr. Busek: Das haben wir Ihnen noch nie vorgeworfen!*) Eben! Daher bitte ich Sie, mit der nötigen Objektivität die Frage der Theater und der Bundestheater zu beachten. Sie wissen ganz genau, Herr Abgeordneter Busek, und wenn nicht, fragen Sie Ihre Freunde in den Ländern und in den Städten, aber sehen Sie auch unter Umständen nach London, nach Hamburg, nach Mailand, nach New York und nach Paris, welche Probleme heute die Erhaltung von Theatern mit sich bringt.

Nicht zuletzt deswegen ist ja schon in Ihrer Zeit mit der Reform der Bundestheater begonnen worden, nur haben auch Sie damals gewußt, daß das ein langwieriger Prozeß sein wird. Es ist seither auch sehr, sehr viel geschehen. (*Abg. Dr. Busek: Erinnern Sie sich doch an das Kreisky-Zitat!*) Das Kreisky-Zitat war ja so, daß man für die Bundestheater nicht soviel ausgeben kann, wenn man es nicht auch für die Wissenschaft und Forschung tut. Was die Wissenschaft und Forschung betrifft, hat sich ja das in der Zwischenzeit geändert. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Koren: Eben nicht! - Abg. Dr. Taus: So war das nicht! - Abg. Dr. Koren: Das war ein mühsamer Rettungsversuch!*)

Ich möchte nur sagen, daß in der Zwischenzeit im Bereich der Bundestheater sehr viel geschehen ist. Wir haben die berechtigten Einwände des Rechnungshofes zur Kenntnis genommen und versucht, dort, wo es möglich ist, sehr rasch Abhilfe zu schaffen. Wir haben die Geschäftsordnung des Bundestheaterverbandes geändert, es finden regelmäßige Direktorenkonferenzen statt, es gibt neue Direktoren an Oper und Burg, es wurde ein Grundsatzübereinkommen mit dem ORF geschlossen und das Bundestheaterpensionsgesetz hier verabschiedet.

Aber weil immer so kritisch und bisweilen nicht der Leistung der Bundestheater gerecht diskutiert wird, möchte ich folgendes sagen: Vergessen wir nicht, daß in diesen Bundesthea-

4064

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Bundesminister Dr. Sinowatz

tern zum Beispiel im Spieljahr 1975/76 im Burgtheater und im Akademietheater 43 verschiedene Werke, in der Staatsoper 45 verschiedene Opern, 2 Operetten und 13 Ballettwerke, in der Volksoper 16 Opern, 13 Operetten und 2 Ballettwerke aufgeführt wurden. (*Abg. Graf: Was sollen die sonst machen?*) Herr Abgeordneter Graf! Natürlich machen sie Aufführungen, aber es gibt keine andere Theaterinrichtung in der Welt, wo das in dieser Fülle und Verschiedenheit geschieht wie bei unseren Bundestheatern in Österreich! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Koren: Das macht doch jedes Theater! Jetzt muß man schon froh sein, wenn sie ein Repertoire haben!*)

Wir haben in den letzten Jahren auch einen unwahrscheinlichen Theaterbesuch. In den letzten vier Jahren haben 6 Millionen Besucher unsere Bundestheater aufgesucht. Darunter waren immerhin 1,5 Millionen Ausländer, was auch wirtschaftlich für die Bundeshauptstadt Wien sehr wichtig ist. (*Abg. Dr. Taus: Die waren ja vorher auch nicht leer! - Heiterkeit.*) Nein, Herr Parteiobmann Taus! Ich bin ja nicht der, der die Bundestheater jetzt angegriffen hat, sondern ich habe sie schon immer als wesentliche kulturelle Einrichtung aufgefaßt, und ich erlaube mir, das auch jetzt zu tun. Ich werde es auch in den nächsten Jahren so halten. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Koren: Da waren Sie leider im Widerspruch mit Dr. Kreisky! Der Chef war anderer Meinung!*)

Meine Damen und Herren! Zuletzt darf ich sagen, daß überhaupt in der Kunstpolitik eine Veränderung eingetreten ist. Ich bin sehr froh, daß heute über diese Fragen weitaus mehr diskutiert wird als noch vor einem Jahrzehnt. Wir haben uns mit dem Kunstbericht, mit dem Bundestheaterbericht, mit der Berufung von Gremien, mit neuen Förderungsmaßnahmen, mit dem Ifes-Bericht über die Kultursituation und mit dem kulturpolitischen Maßnahmenkatalog bemüht, neue Wege zu gehen.

Wir wissen, daß wir am Anfang sind, und ich bin nicht so anmaßend zu sagen, daß man die Situation so rasch verändern kann. Wir haben jedoch begonnen, an die Stelle der Improvisation und der Zufälligkeit eine gewisse Planung und eine gewisse Konzeption zu setzen, und das sind jene Maßnahmen, die eigentlich die Kunst- und Kulturszene in Österreich verändert haben. (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Vor den Vorhang, Herr Minister!*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kaufmann. (*Abg. Graf: Der Minister ist ohnehin kulturell in Ordnung! Aber die Berater, Herr Minister, Ihre Berater! - Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber. - Abg.*

Libal: Für den Gruber kommen die Pradler Ritterspiele! - Abg. Graf: Herr Libal, gehen Sie einmal ins Theater!)

Herr Dr. Kaufmann hat jetzt das Wort! Lassen Sie doch Ihren Redner sprechen!

Abgeordneter Dr. **Kaufmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schlußbemerkungen des Herrn Unterrichtsministers haben sich ja schon mit dem Kapitel Kunst befaßt; ich kann also gleich daran anschließen und mich im besonderen in meinen Ausführungen mit der Kulturpolitik dieser Regierung befassen.

Es wird sich auch im Verlauf dieser Ausführungen zeigen, daß es keineswegs so zum besten mit der Kulturpolitik der Regierung bestellt ist, wie das der Herr Bundesminister hier ausgeführt hat.

Gerade die heurige Straffung der Budgetdebatte bietet nämlich für kulturpolitische Betrachtungen den Vorteil, daß die Kapitel Unterricht und Wissenschaft in einem verhandelt werden können; zwei Kapitel also, die vor der Kompetenzaufteilung ein Ganzes gebildet haben.

Tatsächlich gehören ja die Kunsthochschulen, der Denkmalschutz und die Bundesmuseen, die jetzt zum Wissenschaftsministerium ressortieren, ideell zum Kunstbereich des Unterrichtsministeriums und sollten und müssen gemeinsam gesehen werden. Das ist durch die Kompetenzaufsplitterung ja leider unmöglich gemacht worden.

Genaugenommen, meine Damen und Herren, gehören auch noch die Auslandskultur dazu, die jetzt gewissermaßen in dritter Kompetenz vom Außenministerium betreut wird, und die Förderung der Ländertheater, die im Finanzausgleich verankert ist, für den wiederum der Herr Finanzminister verantwortlich ist.

Schon daraus, Hohes Haus, geht einwandfrei hervor, daß von einer einheitlichen und konzeptiven Kulturpolitik dieser Regierung keine Rede sein kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was nützen die schönsten Erhebungen über das kulturelle Verhalten der Österreicher und was nützt der schönste Maßnahmenkatalog des Unterrichtsministers, wenn etwa so wichtige Bereiche wie die Auslandskultur und die Kunsthochschulen, die Museen und der Denkmalschutz ausgeklammert bleiben. Die Folgen zeichnen sich deutlich genug ab. In der Auslandskulturarbeit ist ein deutlicher Rückgang an Qualität feststellbar und das Fehlen jeglicher konzeptiver und koordinierter Arbeit zu registrieren.

Dr. Kaufmann

Die Einfrierung der Förderungsbeiträge für die Länderbühnen im Finanzausgleich auf sechs Jahre hat angesichts der Geldentwertung praktisch zu einer Kürzung der Dotation geführt, während die Zuschüsse für die Bundestheater von Jahr zu Jahr weiter steigen. Es ist das ein Schlag gegen die kulturpolitischen Intentionen des Unterrichtsministers, der angeblich die Reichen nicht noch reicher und die Armen nicht noch ärmer machen will. De facto, meine Damen und Herren, ist es aber so. Und von der seinerzeitigen Erklärung des Unterrichtsministers, zumindest 10 Prozent der Förderung der Bundestheater sollten für die Förderung der Ländertheater aufgewendet werden, sind nur mehr einige wenige kümmerliche Prozent übriggeblieben.

Doch jetzt ein paar Worte zum einschlägigen Bereich des Wissenschaftsministeriums. Sie, Frau Bundesminister, haben im Budgetausschuß den Vorwurf zurückgewiesen, die Kunsthochschulen, die Bundesmuseen und der Denkmalschutz führten in Ihrem Ressort ein Schattendasein. Ich will Ihnen gerne bescheinigen, Frau Bundesminister, daß Sie das nicht wollen. Aber Sie können die Tatsachen nicht wegleugnen, daß es bei diesen Instituten vorne und hinten fehlt, daß der Maßnahmenkatalog des Unterrichtsministers für Sie keine Gültigkeit hat, ja, daß Sie diesem Maßnahmenkatalog auf weiten Strecken sogar entgegenarbeiten.

Vor einigen Jahren - ich glaube, es war in den Jahren 1972 und 1973 - haben die Zeitungen auf Grund einer Pressekonferenz der verantwortlichen Leiter der Museen von einer katastrophalen Unterdotation und von verzettelten Millionen gesprochen. Gewiß, Sie haben in den folgenden Jahren manches nachgeholt, nicht zuletzt auf Grund unserer Vorhaltungen. Aber noch immer sind die Ankaufs- und Ausstellungsbudgets etwa des Museums des 20. Jahrhunderts oder der Albertina nicht das, was man von solchen Spitzeninstituten erwarten könnte. Es gibt auch keine Generalsanierung, es gibt keine Clearingstelle, kein modernes Management und, wie gesagt, keine Koordinierungsstelle für Ausstellungen und Ankäufe.

Sie, Frau Bundesminister, haben auch die Forderung überhört, diese Museen endlich aus ihrem Dasein als nachgeordnete Dienststellen herauszulösen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Institute endlich nach wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit geführt werden können. Die Entwicklung aber, Frau Bundesminister, ist weitergegangen. Museen können heute nicht mehr so geführt werden, wie man sie noch vor 20 oder vor 30 Jahren geführt hat. Beispiele dafür, wie man das machen kann, gibt es genug.

Auch die Förderung des Denkmalschutzes tröpfelt dahin, lustlos, einfalllos, ohne Ideen. Dabei geht es gar nicht nur um das liebe Geld, das allerdings auch fehlt. Aber wir wissen heute längst, daß der Denkmalschutz keine museale Konservierung bedeutet, sondern Umweltschutz, Sicherung eines menschenwürdigen Lebensraumes, die Schaffung von Lebensqualität. Warum haben Sie, Frau Bundesminister, zum Beispiel nie unseren Vorschlag aufgegriffen, einen Nationalfonds oder eine Nationalstiftung zu gründen? Sie hätten damit Tausende Menschen in diesem Land motivieren können. Sie hätten Institutionen und Institute motivieren können mitzumachen, ihr Scherflein beizutragen. Sie hätten Geld mobilisieren können, das Sie in Ihrem eigenen Budget nicht haben.

Seit Jahren wird uns die Novelle zum Denkmalschutzgesetz versprochen. Jetzt endlich ist es soweit, daß ein Unterausschuß beginnen kann, sich damit zu beschäftigen. Allerdings, in der Zwischenzeit ist Unwiederbringliches verrottet oder Geschäftemachern zum Opfer gefallen.

In den Kunsthochschulen hat man die Lehraufträge um etwa 10 Prozent gekürzt. Und da will man jetzt ausgerechnet die pädagogische Ausbildung der Instrumentallehrer beschränken, was nicht nur den Unterrichtsbetrieb, sondern unter Umständen auch die Studienabschlüsse gefährden könnte. Und das alles angesichts eines Maßnahmenkatalogs des Unterrichtsministers, der genau das Gegenteil will, nämlich die Arbeit an der Basis verbreitern und verbessern. Der Unterrichtsminister redet von der Breitenwirkung der Kunst, und hier wird alles dazu getan, diese Breitenwirkung zu durchlöchern.

Ist das, so frage ich mich, ein einheitliches, koordiniertes Konzept für die Kulturpolitik? Steht da alles zum besten? Trotz sparsamster Vorschläge, die von den Kunsthochschulen erstattet werden, bleiben beim Sachaufwand die Zuwendungen immer wieder zurück.

Wenn Sie im Ausschuß behauptet haben, es gäbe keine Verschuldung der Kunsthochschulen, so kann ich nur sagen, daß ich von Musikakademien weiß, wo die Zuwendungen so erfolgen, daß sie bestenfalls für die steigenden Kosten für Telefon, Strom und Post ausreichen, aber alle anderen Rechnungen zeitweise liegen müssen. Das sind Tatsachen, Frau Bundesminister, die Sie nicht wegdiskutieren können.

Ich will auf der anderen Seite durchaus anerkennen, daß Sie wieder für die Kunsthochschulen in den letzten Jahren manches getan haben, vor allem auf dem Personalsektor. Aber, Frau Bundesminister - und das ist das traurige

4066

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dr. Kaufmann

Fazit -, es ist ein fragwürdiger Erfolg, weil Sie auf der einen Seite wieder nehmen, was Sie auf der anderen Seite zuvor gegeben haben.

Es wäre in diesem Zusammenhang auch sehr reizvoll, sich etwas näher mit dem Maßnahmenkatalog des Unterrichtsministers zu beschäftigen. Aber die kurze Zeit, die uns zugemessen ist, reicht dazu nicht aus. Außerdem werden wir ja bei der Behandlung des Kunstberichtes, in dem der Maßnahmenkatalog abgedruckt ist, Gelegenheit genug finden, uns damit zu beschäftigen. Ganz allgemein wäre nur zu sagen, Herr Unterrichtsminister, daß sich der Eindruck von Jahr zu Jahr verstärkt, daß von dem Schwung, von den Versprechungen und Ankündigungen, mit denen Sie seinerzeit angetreten sind, nicht viel übriggeblieben ist. Die Kulturschaffenden dieses Landes warten noch immer auf die sogenannte neue Phase der Kulturpolitik. Und sie warten mit Ungeduld! *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Gruber: Minister am Anfang, um nicht zu sagen ein Anfänger!)*

Dabei glaube ich, wir waren uns, Herr Bundesminister, in vielem einig. Sie haben auf unsere Unterstützung rechnen können, etwa, daß dem eingeschränkten Kunstbegriff unserer Tage wieder die Weite zu geben ist, die er einmal besessen hat; daß über die individuell schöpferische Freiheit der Kunst hinaus ihre kritischen, interpretierenden und lebensgestaltenden Kräfte zu sehen sind, etwa nach dem Musil-Wort, daß Kultur geistiges Glück bedeutet; daß eine zielführende Kulturpolitik Schwerpunkte bilden muß, daß die produzierende Kunst nicht noch weiter gegenüber der reproduzierenden Kunst ins Hintertreffen gerät; und daß Kreativität und Kunstverständnis schon im Kindesalter, in der Schule geweckt werden müssen; daß moderne Kulturpolitik Medienpolitik bedeutet.

Aber, Herr Bundesminister, wie sieht die Praxis aus? - Bis auf gewisse kosmetische Korrekturen in der Kunstförderung, bis auf politisch sehr bemerkenswerte Personalentscheidungen und Personalentwicklungen - es ist heute bereits darüber gesprochen worden -, bis auf die Einsetzung von Jurys und Kommissionen, bis auf Erhebungen, die sicherlich wichtig sein mögen, und bis auf eine ausgezeichnete PR-Arbeit Ihres Büros ist nichts Grundlegendes geschehen, um eine wirkliche Veränderung der verkarsteten Kulturlandschaft in Österreich, wie Sie es selbst einmal genannt haben, zu realisieren.

Wie sieht denn diese Kulturlandschaft heute aus?

Die Kunstförderung erfolgt nach wie vor - der Kunstbericht beweist uns das ja aufs neue - vorwiegend nach dem Gießkannenprinzip.

Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer - ich habe schon einmal gesagt -: Die Ländertheater etwa werden ausgehungert. Dabei ist die österreichische Theaterlandschaft unteilbar! Aber Sie sehen seit Jahren tatenlos zu, trotz der verzweifelten Appelle aus den Ländern, woher Sie im übrigen selbst kommen. Und Sie sagen - sicherlich dem Buchstaben nach zu Recht -: Da bin ich nicht zuständig, das macht alles der böse Finanzminister! Aber ich frage Sie: ist das alles, was ein Kunstminister den Ländertheatern zu bieten hat?

Und was die Kulturpolitik als Medienpolitik anlangt: Die Kulturpolitik des ORF ist fragwürdig. Aber natürlich sind Sie auch dafür nicht zuständig. Ihre Partei hat lediglich ein sehr unglückliches Rundfunkgesetz durchgedrückt!

Zuständig sind Sie aber ganz klar für den Unterricht. Und auch hier ist auf dem Schul- und Bildungssektor das Thema Kultur nach wie vor unterrepräsentiert.

Auch die Präsentation zeitgenössischer Kunst und die Werbung um Verständnis dafür liegt nach wie vor im argen. Noch immer ist es in der Bundeshauptstadt Wien, die nach wie vor als europäisches Kulturzentrum gilt, unmöglich, sich an Hand des Gebotenen umfassend etwa über die modernen Tendenzen zu informieren, die auf dem internationalen Kunstmarkt geschehen. Wer das will, muß noch immer nach München oder nach Berlin fahren oder - in die österreichische Provinz.

Und was, Herr Bundesminister, hat Ihre Parteiprominenz bisher getan, sich zu dieser völlig neuen Phase der Kulturpolitik zu bekennen, außer nach wie vor in Frack oder Smoking dort zu erscheinen, wo die von Ihren Theoretikern so verachtete sogenannte Prestigekultur passiert?

Was etwa ist von Ihren Gesinnungsfreunden im mächtigen Gewerkschaftsbund, in den Arbeiterkammern getan worden, um Ihre Kulturpolitik zu unterstützen, die angeblich in Kunst mehr sehen will als einen Schnörkel, ein Alibi oder eine Feierabendkunst?

Wie sieht es etwa mit einem Engagement für die Kultur am Arbeitsplatz aus?

Oder entspricht die jüngste Entwicklung zum Beispiel der Wiener Festwochen, entsprechen die Konzepte, die da der Öffentlichkeit vorgelegt wurden, Ihren Intentionen? Entsprechen sie den Intentionen des Maßnahmenkatalogs? Vorschläge, die in dieser Richtung etwa von Kollegen Dr. Busek und von Frau Dr. Danzinger schon im Mai gemacht wurden, sind, wie ich höre, bis zum heutigen Tag von Ihnen nicht einmal beantwortet worden.

Dr. Kaufmann

Alles aber, was da getan wird, billigen Sie offenbar und unterstützen Sie finanziell in nicht unbeträchtlicher Weise.

Der österreichische Film, den zu fördern Sie zu Beginn Ihrer Tätigkeit angefangen haben, ist in der Zwischenzeit sanft entschlafen. Es gibt ihn einfach nicht mehr oder kaum mehr. *(Bundesminister Dr. Sinowatz: Es gibt ihn!)* Sie haben es bis zum heutigen Tag versäumt, eine gesetzliche Förderungsbasis dafür zu schaffen.

Selbst für den kulturellen Film haben Sie das nicht getan, obwohl Ihr Bundeskanzler – ich erinnere daran; man muß an diese Dinge immer wieder erinnern – seinerzeit erklärt hat – es war in der Regierungserklärung 1970 –: „Dem sich neu formierenden österreichischen Film wird ein Filmförderungsgesetz die notwendige Basis geben müssen.“

Aber vielleicht werden Sie jetzt wieder sagen, daß dafür eigentlich der Handelsminister zuständig sei. Dabei handelt es sich dann bereits um die vierte oder fünfte Kompetenz in Kulturfragen.

Diese Beispiele ließen sich fortsetzen. Aber ich muß zum Schluß kommen und möchte nur noch ein paar Sätze zu den Bundestheatern sagen.

Auch hier ist die Regierung trotz wiederholter Anläufe nicht zu Rande gekommen. Sie haben im Ausschuß erklärt, Sie wollten mit dem Bundestheatergesetz noch zuwarten, bis Sie aus der neuen Dienstinstruktion genügend Erfahrungen gewonnen hätten. Und das – nur als Pikanterie –, nachdem in der vergangenen Legislaturperiode bereits ein parlamentarischer Unterausschuß mit den Beratungen begonnen hatte.

Aber bitte! Wir waren schon immer der Meinung, daß ein Gesetz nicht unbedingt ein gutes Theater garantiert. Gutes Theater kann auch ohne Gesetz passieren. Aber es ist immerhin symptomatisch für das, was man sozialistische Kulturpolitik zu nennen pflegt.

Wir haben von Ihnen gehört, daß sich die neue Dienstinstruktion bewährt haben soll. Wir wünschen es den Bundestheatern und wir wollen es abwarten. Fest steht jedenfalls, daß das Problem Bundestheater auf der Tagesordnung bleiben muß und bleiben wird – und zwar unabhängig von den jeweiligen Rechnungshofberichten –, bis die Gewähr dafür gegeben ist – und zwar mit oder ohne Gesetz –, daß dort wirklich künstlerisch effizient, in die österreichische Theaterlandschaft integriert und sparsam und verantwortungsbewußt gewirtschaftet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie vorhin die Fülle des Programms des Repertoires erwähnt haben, so ist das sehr eindrucksvoll und spricht für die Bundestheater, aber es sagt noch nichts über die Qualität und über die Wirtschaft dieser Bundestheater aus.

Auch das Glück, Herr Bundesminister, das Sie angeblich der österreichischen Bevölkerung durch mehr ORF-Übertragungen von Vorstellungen der Bundestheater und durch sogenannte Bundesländertourneen bringen wollen, betrachten wir mit einiger Skepsis. Die gegenständliche Vereinbarung mit dem ORF sagt nämlich überhaupt nichts über die Kosten aus, das heißt, in welchem Umfang der ORF bereit sein wird, Aufführungen zu übernehmen beziehungsweise zu bezahlen. Es geht ja auch, glaube ich, nicht darum, irgendwelche Aufführungen zu übernehmen, sondern exemplarische Aufführungen, die der Österreicher außerhalb von Wien sonst nicht sehen kann. Ich glaube, das sollte das Ziel sein. Das aber, genau das, geht aus der Vereinbarung, die mit dem ORF geschlossen wurde, nicht hervor.

Und ähnliches gilt für die Tourneen, die durch eine Vereinbarung mit der Arbeiterkammer möglich gemacht werden sollen. Was bisher auf diesem Gebiet geschah, Herr Bundesminister, war nicht gerade umwerfend. Eine Bundesländertournee mit einer Nestroy-Collage – nicht einmal mit einem Nestroy-Stück –, also mit einem Arrangement, das wäre auch von jeder Länderbühne zu machen gewesen. Dazu hätten nicht die Bundestheater die Schwierigkeiten einer Tournee auf sich nehmen müssen.

Und von der Tournee des Musiktheaters, die für das kommende Frühjahr geplant ist, hören wir ja bereits, daß es Schwierigkeiten geben soll und daß es Schwierigkeiten gibt, das heißt, daß die Termine wackeln und daß die Organisation in Frage gestellt ist.

Daher die Frage: Kommt es jetzt zu dieser geplanten Tournee mit „Don Pasquale“ und mit dem „Telephon“ von Menotti, wie wir gehört haben, und wann? Wie soll das weitergehen? Gibt es ein Konzept dafür, wird es exemplarische Aufführungen – wie ich früher gesagt habe – auch bei diesen Tourneen in die Bundesländer geben, und wird sich der ORF – vor allem der ORF und vor allem hier wieder das Fernsehen – zu solchen exemplarischen Übernahmen entschließen?

Vor Jahren, Herr Bundesminister, als in Sachen Kulturpolitik in Ihrer Partei noch Aufbruchstimmung herrschte, hat einer Ihrer engsten Mitarbeiter in einem Artikel die sozialistische Kulturpolitik als – unter Anführungszeichen – vorläufig „noch stotternd, unruhig“ und unelegant charakterisiert.

4068

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dr. Kaufmann

Herr Bundesminister! Wir müssen feststellen: Sie ist es noch immer! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Luptowits.

Abgeordneter **Luptowits** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Mein geschätzter Vorredner, Kollege Dr. Kaufmann ist Generalsekretär des Steirischen Herbstes. Und gerade er als Generalsekretär dieser Institution, die so hervorragend vom Bundesminister, von dieser Bundesregierung gefördert wird, hat, glaube ich, diese Tatsache hier zu wenig hervorgekehrt.

Ich bin eigentlich überrascht, daß Dr. Kaufmann so wenig Positives an dieser Kulturpolitik und im engeren Sinne an der Kunstpolitik gefunden hat. Denn es gibt ja eigentlich erst seit dem Jahre 1970 eine Kunstpolitik in diesem Hause. Früher hat es doch keine gegeben. Ich denke daran zurück, als ich das erste Mal in der Kunstsektion des Unterrichtsministeriums auftauchte, da haben mir die Herren Beamten gesagt: Was, Sie interessieren sich dafür, was wir vorhaben, was wir tun? Sie sind der erste Abgeordnete, der sich überhaupt für die Kunstsektion interessiert. *(Zwischenruf des Abg. Graf.)*

Kollege Graf! So war es doch, Sie kennen den Herrn Kleinwächter, den Brunnmayr und wie die Beamten alle geheißt haben, die haben mir das gesagt. Sie sind an der Peripherie gestanden, sie haben ein Schattendasein geführt, Herr Kollege Gruber! Da kann man sich eben nicht so herstellen. Sie wollten sich vielleicht heute beim Bundesobmann Dr. Taus sozusagen dafür entschuldigen, daß Sie bis jetzt Konsens in der Kulturpolitik gemacht haben. Ich glaube, Kulturpolitik erfordert die Mitarbeit und die Phantasie aller in diesem Hause, und da kann man jetzt nicht von heute auf morgen all das, was man bis jetzt bejaht hat, über Bord werfen und sagen, das darf nicht wahr sein. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, so können wir weder in der Bildungspolitik noch in der Kunstpolitik agieren. Natürlich wissen wir, daß Bildungspolitik und Kulturpolitik neu überdacht werden müssen. Wir wissen, daß die Frühlingsträume natürlich nicht in Erfüllung gehen werden, wie wir es uns gedacht haben, Kollege Gruber. Aber Gott sei Dank, daß wir noch Frühlingsträume in der Kulturpolitik und in der Kunstpolitik haben und nicht am rein Pragmatischen hängen bleiben. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Kollege! Ich bin zehn Jahre lang in der praktischen Kulturarbeit gestanden und tue das

heute noch nach 16 Jahren mit den Komödien-spielen als Vorsitzender des Vereines. Ich kann Ihnen sagen, was ich an Schwierigkeiten erlebt habe und sicher noch erleben werde. Aber so kann man das halt doch nicht sagen, wie es heute hier versucht wurde, unter anderem auch von meinem geschätzten Vorredner Kollege Kaufmann.

Ich darf nun in epigrammatischer Kürze auf einige Dinge eingehen, die er gesagt hat. Denkmalschutz: Meine Damen und Herren! Im Jahre 1975 ist doch gerade diese Budgetpost enorm gesteigert worden. Selbst der größte Enthusiast kann doch nicht erwarten, daß jedes Jahr diese enorme Steigerung durchgeführt wird. Aber im gleichen Maße werden diese Maßnahmen hier weiter fortgeführt. Wir werden im Unterausschuß das Denkmalschutzgesetz beraten, und wir hoffen, daß wir in dieser Frage zu einem breiten Konsens kommen, weil ja hier keine Ursache vorhanden ist, irgendwo künstliche Kontroversen hineinzuführen.

Zu den Länderbühnen, Herr Kollege Kaufmann - er ist leider Gottes nicht mehr da - Es hat doch der Finanzminister in diesem Jahr einen zusätzlichen Betrag für die Länderbühnen zur Verfügung gestellt. *(Abg. Dr. Moser: Wo?)* Der Finanzminister hat in diesem Jahr zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, Herr Kollege Moser. *(Abg. Dr. Moser: Im Theater an der Wien!)* Theater an der Wien!, das Stichwort haben Sie mir jetzt gegeben. Das Theater an der Wien, das als Länderbühne Anspruch gehabt hat, aus diesem Kuchen beteiligt zu werden, ist gesondert finanziert worden. Sehen Sie, Herr Kollege Moser, das ist sozialistische Kulturpolitik, so sorgen wir dafür, daß die Ländertheater aufleben. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Moser: In Wien!)*

Natürlich, Herr Kollege Moser. Selbstverständlich. Wer die Situation der Länderbühnen kennt - ich glaube, ich kenne sie ein wenig -, wird natürlich feststellen müssen, daß wir nicht zufrieden sind, aber das ist doch eine Sache des Finanzausgleiches und der Verhandlungspartner, die dort am Tisch mit dem Finanzminister diesen Vertrag aushandeln.

Man kann doch hier nicht ins Haus kommen und ein Klagegedicht anstimmen und den Unterrichtsminister dafür verantwortlich machen, daß die Verhandlungspartner von Stadt und Land bei den Finanzausgleichsverhandlungen sich mit diesem Kuchen begnügt haben. Natürlich möchten wir in der Theaterlandschaft alle mehr haben. Ich bin selbstverständlich der erste, der hier positiv zu diesen Dingen steht.

Die Auslandskulturpolitik gehört nicht hier her. Aber ich glaube, Herr Kollege Kaufmann,

Luptowitz

Sie wissen genau, daß hier Überlegungen angestellt wurden, daß der Herr Außenminister einen Plan entwickelt hat, wie er sich die neue Struktur vorstellt. Da soll auch die Auslandskulturpolitik einen besonderen Platz einnehmen. Ich habe mir das heute noch einmal in einem kurzen Gespräch mit ihm bestätigen lassen.

Zur Filmförderung: Kollege Kaufmann, wir haben über dieses Problem, über das Filmförderungsgesetz gesprochen, das ist zweifellos eine schwierige Frage, ich brauche da nicht näher darauf einzugehen. Aber daß es nicht stimmt, daß nichts getan wird, wissen Sie doch ganz genau; konkrete Filmvorhaben werden vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst gefördert. (*Abg. Steinbauer: Wo ist das Gesetz? - Zwischenruf des Abg. Dr. Eduard Moser.*)

Herr Kollege Steinbauer! Herr Kollege Moser! Sie kennen die Problematik und können das nicht so billig und einfach als Dauerbrenner abqualifizieren. Ich wäre sehr glücklich darüber, wenn wir ein Filmförderungsgesetz hätten. Aber die Erfahrungen in Schweden, in der Bundesrepublik, in Dänemark und in anderen Ländern machen uns skeptisch, wie diese Dinge endgültig aussehen sollen und ob sie überhaupt in einer Form gelöst werden können, ob es hier ein Modell gibt, das alle zufriedenstellt. Ich weiß es nicht, ich bezweifle es. (*Abg. Steinbauer: Kompetenzschwierigkeiten!*)

Das sind also kurz nur einige Dinge, Kollege Kaufmann. Ich kann mich leider nicht auf die Einzelheiten einlassen, weil ich mich an die 20 Minuten halten möchte, die ich meinen Kollegen versprochen habe.

Meine Damen und Herren! Ich möchte einige allgemeine Bemerkungen dem Bericht und der Diskussion vorausschicken, und zwar deshalb, weil ich das Gefühl habe, daß wir noch allzusehr in einem engen Kulturbegriff verhaftet sind.

Als im Jahre 1924 der Roman von Thomas Mann „Der Zauberberg“ erschien, da hieß es in diesem Roman. Ich zitiere:

„Der Humanist Settembrini sah Hans Castorp mit großen Augen an. ‚Schweigen Sie, Ingenieur‘, befahl er mit Strenge, ‚informieren Sie sich, aber produzieren Sie nicht!‘“

Was Thomas Mann in seinem „Zauberberg“ schreibt, die Aufforderung des Humanisten an den Ingenieur, sich nicht einzumischen in die ewigen Dispute zwischen den Humanisten und den Theologen, was übrigens den ganzen Roman durchzieht, wenn es um die geistige Orientierung geht, gibt es noch heute. Ich glaube, daß wir diese Trennung der Bereiche heute, so glaubte ich zumindest, längst überwunden hätten.

Aber vor wenigen Tagen stieß ich im Kulturteil einer Schweizer Zeitung auf einen Bericht, der mich wieder stutzig gemacht hat, das heißt, diese antiquarische Anschauung, diese strenge Trennung der Bereiche finden wir also heute noch. Ich habe manchmal den Eindruck, daß diese antiquarische Anschauung noch in vielen Bereichen und in vielen Köpfen herumgeistert. Ich werde dann versuchen, das Wagnis zu wagen, hier eine Erweiterung des Kulturbegriffes vorzuschlagen.

Schließlich sollten wir noch etwas in der Kunstpolitik und in der Kulturpolitik im allgemeinen tun. Aus dem Picasso-Museum in Antibes stammen folgende Worte, ich möchte, daß sie auch in der Kulturpolitik und in der Kunstpolitik besonders berücksichtigt werden sollten, da steht: In der Gegenwart drohend das Bild, das Symbol, das Gleichnis, den Gedanken, das Denken zu ersetzen.

Ich glaube, daß gerade diese Worte im Picasso-Museum für unsere Kunstpolitik auch in Österreich irgendwo doch als Beispiel gelten sollten.

Nun will ich versuchen, hier über den Kulturbegriff einiges zu sagen, wie wir ihn unserer gesamten Förderungspolitik zugrunde legen sollten. Es ist doch heute so, daß sich die Vorstellung von Kultur, die sich abhebt vom Straßenbau, von der Müllabfuhr, heute gewandelt hat und daß man heute meint, Kulturpolitik und Kunst sollten nur im engeren Sinne etwas sein, was mit Altertümlichkeit gleichgesetzt wird. Ich glaube, daß dieser Begriff, eingeengt auf die Künste natürlich einschließlich der Architektur, der beinhaltet, daß Kunst nur das ist, was an Bedeutendem und Schönerem überliefert wird, oder heute unter einem besonderen Kunstanspruch produziert wird, heute nicht mehr haltbar ist. Ich glaube, überall dort, wo diese antiquarische Anschauung noch vorhanden ist, sollten wir dieser Anschauung entgegenreten.

Meine Damen und Herren! Wir lehren die Kinder in der Geschichte, die römischen Wasseranlagen, die römischen Straßensysteme als eine Kulturleistung anzusehen. Wir selbst schämen uns unserer Kulturleistungen auch auf diesem Gebiet. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten alle diese Dinge einbinden in unseren Kulturbegriff, und dann wird das nächstfolgende, was ich sagen werde, viel leichter verständlich sein und viel klarer werden.

Meine Damen und Herren! Sollte letztlich nicht der politische Stil Ausdruck auch eines neuen Kulturbegriffes werden? Sollte man gerade hier in diesem Hause, so meine ich, dies

4070

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Luptowitz

üben oder sollten wir immer nur auf die Athenische Demokratie hinweisen als auf ein Vorbild längst vergangener Zeiten? Sollten wir nicht auch hier Kulturstil in der politischen Auseinandersetzung pflegen? Ich lade alle Damen und Herren ein, hier sich dieser Methode zu bedienen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir hier zu neuen Dispositionen unter diesem neuen Gesichtspunkt kommen sollten, und wir sollten vor allem dem Abwertungsbegriff der Zivilisation, unter dem sich viel Unverantwortlichkeit und Rücksichtslosigkeit breitmacht, hier irgendwo entgegentreten.

Damit komme ich schon zum zweiten allgemeinen Teil. Wir waren bis jetzt gewohnt oder sind es noch immer gewohnt, daß wir in der Kulturpolitik von Subvention reden. Nun, ich muß sagen: Mir paßt das einfach nicht. Denn das Wort „Subvention“ entspringt dem karitativen Bereich und erweckt Assoziation mit wohlthätigen Almosen, einmal hier, einmal dort der Kunst zu helfen. Wir sollten uns das abgewöhnen, hinsichtlich der Kulturförderung von „Subvention“ zu reden, sondern ich sehe die Ausgaben für die Kultur als eine Verpflichtung zur Verbesserung der Infrastruktur dieses konkreten Verfassungsstaates und damit überhaupt der Menschheit im allgemeinen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, wenn wir von dieser Schau aus die Ausgaben im kulturellen Bereich betrachten, dann werden sie uns in verschiedenen Sparten nicht so exorbitant hoch erscheinen. Wenn wir diese Frage so diskutieren, dann, glaube ich, werden die vielen Fehlhaltungen und Fehlleistungen auch in der heutigen Diskussion nicht den Schwerpunkt bekommen, den die Redner hier sich davon erwartet haben.

Meine Damen und Herren! Damit komme ich also schon zum pragmatischen Teil meiner Ausführungen. Hier werde ich mich wirklich nur im Telegrammstil damit befassen können und nur die Dinge anziehen, die hier releviert wurden. Theater im allgemeinen, Bundestheater im besonderen. Ich glaube, über diese Frage wird noch viel zu reden sein, wurde viel geredet. Aber es kann doch nicht geleugnet werden, meine Damen und Herren, daß auch die Ausgaben für die Bundestheater als eine Ausgabe zur Infrastruktur der Theaterlandschaft angesehen werden müssen.

Wenn es dankenswerterweise gelungen ist, mit dem ORF eine Vereinbarung zu treffen, daß nun in vermehrtem Maße hier Ausstrahlungen stattfinden, daß der Hörfunk, das Fernsehen hier in größerer Zahl Aufführungen einem breiten Publikum darstellen werden, dann, glaube ich,

muß man diese Ausgaben auch für die Bundestheater auflegen und ausbreiten auf die gesamte Landschaft. Dann schaut die Sache natürlich etwas anders aus.

Es muß gelingen, Gastspiele in den Bundesländern durch die Bundestheater zu aktivieren. Sicherlich war der erste Versuch nicht ganz gelungen, da gebe ich dem Kollegen Kaufmann recht; wir haben darüber im Ausschuß auch schon gesprochen. Aber ich glaube, der Enthusiasmus, mit dem die Schauspieler am Werke sind, das positive Echo, das diese Gastspiele gefunden haben, sollte natürlich die Bundestheaterverwaltung, den zuständigen Minister ermutigen, in dieser Frage weiter fortzusetzen und diese Dinge wirklich so nahezubringen, daß die Menschen, die Steuerzahler draußen das Gefühl haben, daß sie auch Anteil haben an diesen kulturellen Ereignissen, die sich hier allabendlich in den Bundestheatern abspielen.

Damit möchte ich sagen, daß hier höchste Qualität geboten werden soll und daß man wirklich das Publikum nicht unterschätzen darf, auch nicht in den Bundesländern. Diese Bitte habe ich bereits im Ausschuß an den Bundesminister herangetragen.

Noch ein Theater möchte ich anführen, das, ich glaube, sehr wichtig und wesentlich ist, nämlich das Englische Theater. Ich glaube, daß es gerade für ein Land wie Österreich sehr wichtig ist, daß es in bezug auf Fremdsprachenkultur und die Kultur anderer Völker entsprechend nicht nur wichtig ist, rein sprachliches Vermögen zu erwerben, sondern daß auch die Kultur dieses Landes und dieser Sprache vor allem sich im kulturellen Bereich besonders demonstrieren soll.

Hier hat das Englische Theater ganz hervorragende Arbeit geleistet, und ich höre, daß es auch didaktisch in den Schulen entsprechend vorbereitet wird. Das ist ja so wichtig, daß die Dinge entsprechend vorbereitet werden, damit die Kinder nicht vor einem Tor stehen, durch das sie dann nicht durchschauen können. Ich wünsche nur, daß diese hochwertige künstlerische Tätigkeit auch weiterhin vom Bundesminister für Unterricht und Kunst gefördert wird.

Natürlich würde ich auch dafür plädieren, ein breiteres Spektrum von Austauschgastspielen mit anderen Ländern, mit unseren Nachbarn – wie es zum Teil ja schon geschieht mit Belgrad, mit Laibach; man könnte das übertragen vielleicht auch auf Preßburg, Brünn, Prag oder deutsche Bühnen – zu schaffen. Es sollte eine Art Verbund, ein Opernverbund oder Theaterverbund entstehen, und ich verspreche mir davon auch eine Verbilligung dieser Kosten, die natürlich oftmals sehr groß sind.

Luptowits

Zu den Kleinbühnen: Das Kleinbühnenkonzept, das der Herr Bundesminister entwickelt hat, entfaltet sich sehr gut. Ich habe erst vor wenigen Tagen mit dem zuständigen Beamten des Unterrichtsministeriums gesprochen, der mir gesagt hat, daß er beauftragt ist, natürlich auch die Gebarung und die künstlerische Leistung zu überprüfen. Er ist erst vor wenigen Tagen in Villach gewesen, um sich an der Studiobühne ein Stück anzusehen, ist sehr befriedigt wieder nach Hause gefahren, um zu sagen, daß das, was hier in die Wege geleitet wurde, sehr entscheidend mit dazu beiträgt, diese Theaterlandschaft zu erweitern.

Theater der Jugend: Eine sehr positive Entwicklung. Das Problem ergibt sich erst mit den 15-, 16-, 17jährigen Abgängern, die in die Lehre gehen. Hier ist es noch nicht gelungen, diese Dinge – sagen wir: den gewaltigen Abfall im Besuch – in den Griff zu bekommen. Aber ich glaube, daß es auch für dieses Problem eine Lösung geben wird.

Weniger zufrieden bin ich über das Echo bei der Länderbühne. Herr Bundesminister, das muß ich auch sagen, daß sowohl die Stückwahl als auch die Qualität etwas abgesunken ist. Vielleicht könnte man auch hier den Verantwortlichen gegenüber sagen, daß auch die Kinder draußen ein Anrecht darauf haben, bestes Theater zu bekommen.

Literarische Förderung. Die Literaturförderung ist erfreulich. Bei der literarischen Verwertungsgesellschaft, die vom Bundesminister gefördert wird, wissen wir natürlich, daß das keine endgültige Lösung ist. Wir streben aber eine endgültige Lösung an.

Die Förderung der Dramatiker. Sie wissen genau, Herr Kollege Kaufmann, daß der Bundesminister hier Preise ausgeschrieben hat, daß jungen Künstlern die Chance gegeben wird, Arbeitsstipendien zu bekommen, um ein ganzes Jahr oder zwei Jahre hindurch an ihrer künstlerischen Vollendung zu arbeiten, daß sie die Ruhe haben, frei von Sorgen zu arbeiten.

Ich glaube, man kann sich dann doch nicht hierherstellen und sagen: Es geschieht in diesen Dingen sozusagen nichts, es wird ausgetrocknet, die Landschaft verkarstet. Das stimmt doch nicht! Im Gegenteil! Soviel Dynamik wie in der österreichischen Kulturpolitik hat es in den letzten Jahren überhaupt noch nicht gegeben. Erst seit dem Jahr 1970 ist hier eine gewaltige Bewegung in Gang gekommen. Und sie wird nicht aufhören, meine Damen und Herren! Wir werden dafür Sorge tragen, daß diese Kulturpolitik weiter betrieben wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich muß zum Schluß kommen. Es hat hier der Kollege Busek

einen Entschließungsantrag eingebracht. Dieser Entschließungsantrag beinhaltet die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstler.

Ich weise darauf hin, daß ich im Jahre 1973 hier einen Vorschlag gemacht habe. Ich weiß, daß dieser Vorschlag auf günstigen Boden gefallen ist. Natürlich hat der Maßnahmenkatalog Priorität bekommen. Ich habe damals vorgeschlagen, daß man über die soziale Rolle des Künstlers eine Arbeitsgruppe von fachkundigen Beamten, von Fachleuten außerhalb des Hauses einrichtet, wo man, wie wir es ähnlich in der Arbeitsgruppe Medien gemacht haben, sicherlich zu positiven Ergebnissen kommen wird.

Zum Entschließungsantrag wäre inhaltlich selbstverständlich positiv Stellung zu nehmen. Nur, glaube ich – Herr Kollege Busek ist nicht da, aber Kollege Kaufmann ist da –, bei solch einem weitreichenden Antrag erfordert es, daß man zumindestens uns informiert und sagt: Wie würdet ihr dazu stehen? – weil ja das Problem in der Luft hängt, es ist nicht neu.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein umfassendes Buch herausgegeben „Die soziale Lage der Künstler in der Bundesrepublik“. Wer es gelesen hat, weiß, daß da viel Arbeit dahintersteckt. So etwas Ähnliches stellen sich ja die Initiatoren vor.

Ich habe mir im Jahr 1973 auch etwas Ähnliches darunter vorgestellt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)* Nein, Herr Kollege Gruber! Man kann doch nicht der Mehrheitspartei zumuten, daß man einen Entschließungsantrag während der Debatte auf den Tisch knallt und sagt: Friß Vogel oder stirb!

Herr Kollege Gruber! Ich hätte gerne gesehen, wenn Sie ... *(Abg. Dr. Gruber: Seien Sie nicht kleinlich!)* Nein, Kollege Gruber, da kenne ich Sie schon sehr gut. Aber ich glaube ... *(Abg. Graf: Stimmen Sie doch zu!)* Herr Kollege Graf! Wir werden über diese Frage reden. Mein Vorschlag von damals ist ja nicht begraben oder, wie man da bei uns gerne sagt, schubladiert worden, sondern dieser Antrag wird zur entsprechenden Zeit geprüft werden *(Abg. Dr. Gruber: Sie prüfen!)*, und wir werden dann alle einladen – auch Kollege Hanreich hat sich dazu geäußert –, in dieser Frage eine gemeinsame Lösung zu finden. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß sich die Kulturpolitik und vor allem die Kunstpolitik in diesem Lande nicht dazu eignet, hier Wadlbeißerei oder sonstige Partei ... *(Abg. Graf: Ja wer hat denn jemandes Wadl gebissen? – Heiterkeit.)*

Luptowits

Aber, Herr Kollege Graf, dann haben Sie schlecht zugehört (*Abg. Graf: Nein!*), denn das, was Ihre Kollegen heute hier vielfach produziert haben, war ja schlimmer als eine Wadlbeißerei, denn sie hätten auch die Positiva dieser Kunst- und Kulturpolitik anerkennen müssen. Ich habe das bei Dr. Piffel hier getan. (*Abg. Dr. Gruber: Da war Grund dazu!*) Es geht darum, dort, wo Positiva zu vermerken sind, positiv zu urteilen.

Herr Kollege Gruber! Sie haben sich ja heute hier gewunden, Sie haben einen Eiertanz aufgeführt (*Beifall bei der SPÖ*), um Ihrem Parteiobmann sozusagen zu genügen, sich sozusagen zu entschuldigen, daß Sie bis jetzt Konsenspolitik betrieben haben. Kollege Gruber! Das müssen Sie mit sich selbst ausmachen. (*Abg. Dr. Gruber: Wenn es erst seit 1970 Kulturpolitik gibt, wieso haben Sie dann bei Piffel etwas loben können?*) Ich habe die Bildungspolitik, die hier der Minister zu vertreten hatte, positiv bewertet, und zwar betreffend Klagenfurter Hochschule. Aber die Kunstpolitik hat er vernachlässigt. Das hat er selbst von der Regierungsbank aus zugegeben. Lesen Sie einmal die Stenographischen Protokolle nach, dann werden Sie dies dort finden.

Ich möchte als letzten Satz sagen: Wir sollten gerade in dieser Frage einen breiten Konsens suchen, und ich bin davon überzeugt, daß viele Dinge, die heute kritisch vermerkt oder, sagen wir, fehlgesehen wurden, von allen Parteien in diesem Hause eines Tages doch positiv anerkannt werden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Graf: Kaufmanns Wadln bluten, Herr Luptowits! - Heiterkeit.*)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Blenk.

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich mich dem Hauptinhalt meiner eigenen Betrachtungen zuwende, möchte ich doch zwei Bemerkungen zur Wortmeldung des Herrn Bundesministers für Unterricht und Kunst machen.

Herr Dr. Sinowatz! Die erste Bemerkung geht zu Ihrer Verteidigungseloge für Ihre Biermann-Einladung. Ich finde es, Herr Bundesminister, zumindest und gelinde gesagt instinktlos und unfair, wenn Sie etwa die Tatsache der Ablehnung dieser Einladung durch die Österreichische Volkspartei dazu benützen, einen Bogen zwischen der kommunistischen „Volksstimme“ und meiner Partei herzustellen. Das, Herr Bundesminister, möchte ich zunächst einleitend ganz entschieden zurückweisen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich frage Sie, Herr Bundesminister, ob Ihnen angesichts der doch österreichweiten Ablehnung dieser Einladung eines nach wie vor sich als Kommunisten bekennenden Bänkelsängers und Liedermachers, angesichts dieser einmütigen Ablehnung, die im übrigen nicht auf die ÖVP und die KPÖ beschränkt ist, sondern der praktisch alle nichtsozialistischen, vor allem auch alle demokratischen nichtsozialistischen Kräfte dieses Landes zustimmen, da nicht der Gedanke gekommen ist, daß Sie selbst, Herr Bundesminister, echt danebenstehen. Ich frage, ob Ihnen hier nicht vielleicht – das ist der letzte Satz, den ich dazu sage – Ihre persönlichen Neigungen in einer sehr, sehr ungeschickten, und zwar sowohl politisch wie gesamt-demokratisch ungeschickten Form durchgegangen sind. Es wäre besser gewesen, Sie hätten das heute in dieser Form zugestanden, anstatt nach allen Seiten Steine zu werfen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zu einer zweiten Bemerkung. Herr Bundesminister! Sie haben im Zuge Ihrer Ausführungen zur Kunstpolitik gemeint, daß Sie praktisch noch immer am Anfang der kunstpolitischen Bemühungen stünden.

Ich möchte dazu nur sagen, es wäre nach sieben Jahren sozialistischer Regierung und immerhin nach einigen Jahren Ihrer persönlichen Ressortinhaberschaft langsam Zeit, daß Sie in der Kunstpolitik endlich etwas Tritt fassen würden, Herr Bundesminister! Wenn sich diese Anfängsschwierigkeiten weiter hinausziehen, dann werden wir auch noch in zehn Jahren am Anfang einer Kunstpolitik und damit einer Politik stehen, die sich Österreich auch in diesem Bereich nicht mehr länger wird leisten können. (*Abg. Dr. Gruber: In zehn Jahren ist er nicht mehr Minister! - Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte einleitend, da wir heute die beiden Budgets Unterricht und Kunst sowie Wissenschaft und Forschung zusammen behandeln, einer Übung nachkommen, die ich eigentlich seit Jahren praktiziert habe, nämlich einer Betrachtung des gesamten Bildungsbudgets.

Ich habe bei meinen Wortmeldungen in früheren Budgetdebatten darauf hinweisen können, daß die Budgets für Unterricht, Kunst, Wissenschaft und Forschung entgegen allen Beteuerungen der Regierungsfraktion und der Sozialisten in den Jahren der ÖVP-Alleinregierung einen weitaus beachtlicheren Zuwachs erfahren haben als seit Beginn der Zeitrechnung der sozialistischen Regierung.

Ich habe damals nachgewiesen – das ist bisher unwidersprochen geblieben –, daß etwa in den Jahren 1964 bis 1971 das Bildungsbudget einen

Dr. Blenk

Zuwachs am Gesamtbudget im Ausmaß von durchschnittlich 0,4 Prozent erhalten hat. In den Jahren der sozialistischen Regierung hat sich diese Steigerungsrate halbiert, und in den letzten beiden Jahren einschließlich des heute diskutierten Budgets ist das Bildungsbudget um ganze 0,4 Prozent zurückgegangen.

Die Herren der sozialistischen Fraktion haben hier auftragsgemäß – sicherlich nicht voller Überzeugung – gemeint, sie seien nach wie vor zufrieden damit. Ich habe das schon im Ausschuß als wahrscheinliche Reaktion dargestellt. Herr Abgeordneter Radinger hat gemeint, man sei nun in einer Phase, in der quasi der ganze Nachholbedarf gestillt sei und man daher durchaus mit einer prozentuellen Reduktion gewisser Hochschul- und Forschungsausgaben das Auslangen finden könne.

Ich frage Sie, meine Herren: Ist das mit dem Grundsatz des Primates der Bildung und des Primates der Forschung und Wissenschaft, das heißt des Schwerpunktes Forschung und Wissenschaft, vereinbar?

Herr Abgeordneter Fischer! Sie haben vor kurzem auch einmal in der Presse – heute hat es Herr Abgeordneter Radinger hier wiederholt – die alte Platte gespielt, die da etwa lautet: Die ÖVP geht immer denselben Weg; sie verlangt für das Gesamtbudget eine Reduktion, und in den einzelnen Bereichen verlangen die Sprecher beziehungsweise Abgeordneten der ÖVP immer höhere Dotationen.

Herr Dr. Fischer! Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Ich sage Ihnen das, was ich dazu auch schon wiederholt gesagt habe: Wir verlangen nicht – und diesen Nachweis werden Sie nicht erbringen können – eine Ausweitung auch nur eines Einzelbudgets.

Was wir hier tun wollen, meine Herren, ist, immer wieder und bei jedem Budgetkapitel aufzuzeigen, wie stark sich die Schere zwischen den sozialistischen Versprechungen, zwischen den Hoffnungen, die Sie geweckt haben, und der tatsächlichen Situation, lies: der tatsächlichen Minderdotierung aller dieser Bereiche, darstellt. Das wollten wir und nichts anderes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das tun wir auch heute, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wiederhole heute kurz die Daten, die ja hier schon einige Male in mehr oder weniger richtiger Form präsentiert wurden. Das Wissenschafts- und Forschungsbudget ist um sage und schreibe 2,57% gegenüber dem vergangenen Jahr gestiegen. Schwerpunkt Wissenschaft und Forschung! Bitte, ich wiederhole: Das Gesamtbudget ist um fast 12 Prozent gestiegen. Der Hochschulbereich aber – das sind die drei Kapitel, die sich mit der Hochschule

befassen – ist um sage und schreibe nominell 1,2 Prozent angehoben worden. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, daß das einer realen Verminderung von mindestens 6 bis – wenn wir den Forschungsbereich hernehmen – 12 bis 15 Prozent gleichkommt.

Und da geht Herr Abgeordneter Radinger her und sagt: Wir brauchen es deswegen nicht, weil wir den ganzen Nachholbedarf erfüllt haben.

Hier setze ich nun ein mit der grundsätzlichen, hier wiederholt vorgetragenen Kritik an der Regierungspolitik, vor allem an der Politik des Ressorts.

Ich wiederhole das, Frau Bundesminister, was ich schon im Oktober gesagt habe: Jeder in diesem Hause und jeder der Betroffenen in diesem Lande würde es gerne akzeptieren, wenn man seitens der Regierung und seitens des Ressorts zugestehen würde, daß die, sagen wir es ganz offen, Misere, zumindest die finanzielle und Dotationsmisere – auf die andere komme ich dann noch –, etwa im Wissenschaftsbereich, eine gegebene Tatsache ist. Was geschieht statt dessen, Frau Bundesminister? Wir haben heuer schon den Forschungsbericht 1975 diskutiert, wir haben den Hochschulbericht diskutiert. Wir haben hier vor uns liegen den OECD-Bericht über die Situation der Hochschulen in Österreich.

In all diesen Aussendungen, in all diesen Schriften wird – schlicht gesagt – in einem Maße schöngefärbt, daß man nur sagen kann, einerseits wird hier offenbar krampfhaft versucht, die Lücken, die man zum Teil selbst geschaffen, zum Teil mitverschuldet hat, zu überdecken. Zum anderen aber, und das ist die negative Seite, verunmöglichen Sie sich ja selbst, Frau Bundesminister, den notwendigen Nachdruck, den Sie etwa bei den Finanzverhandlungen für die entsprechende Dotierung der Hochschulen brauchen.

Ich wundere mich gar nicht darüber, daß etwa dieses Budget ein derart klägliches Gesicht bietet. Ich wiederhole: 1,2 Prozent für die Hochschulen nominell mehr – ich wär' ein schlechter Finanzminister, wenn ich etwa der ständigen Beteuerung der Frau Minister, es ist eh alles in Ordnung, dadurch noch Rechnung tragen würde, daß ich sie besonders hoch dotiere.

Frau Bundesminister, diesen Vorwurf muß ich Ihnen machen, den haben wir seit Jahren gemacht, und der schlägt sich leider betrüblicherweise auch in diesem Budget in negativen Zahlen nieder.

Es wurde schon über die Forschungsdotationen gesprochen. Frau Bundesminister, Sie

4074

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dr. Blenk

haben mir – ich glaube, mit heutigem Tage habe ich es erhalten – eine schriftliche Antwort auf eine Anfrage bei der Budgetdebatte im Ausschuß zukommen lassen.

Darin sagen Sie: Die Forschungsansätze sind für die Hochschulen in allen Fällen gestiegen. 2,9 Prozent bei Position 14.203, 5,9 Prozent und gar 20 Prozent bei Position 14.218.

Ich habe mir nun die Mühe gemacht – was ich im übrigen schon im Ausschuß präsentiert habe – und gesagt, vergleichen wir einmal die Relation 1975 bis 1977 – abgesehen davon, daß schon diese Zahlen mit 2,9 und 5,9 reale Abbrüche sind. Da kommt heraus, daß wir etwa 1977 bei der ersten Position, Hochschulforschungserfordernisse, einen nominellen Rückgang von 2,7 Prozent haben, bei der zweiten Position einen Zuwachs von schlichten 4 Prozent, das ist 2 Prozent pro Jahr, bei der dritten Position einen Zuwachs von 2,7 Prozent. Das bedeutet, bei den Hochschulerfordernissen für Forschung ist ein realer Rückgang in den letzten beiden Jahren von durchschnittlich 5 bis 12 Prozent pro Jahr feststellbar. Das ist die Situation in der Hochschulforschung. Für die übrigen Forschungsbereiche hat Kollege Dr. Busek das ganze ja schon dargetan. Dort ist es mindestens gleich betrüblich.

Ich komme aber nun, Frau Bundesminister, da ich glaube, daß sich hier die Grundsätze Ihrer ganzen bisherigen Hochschulpolitik am besten widerspiegeln, zu jenem Bericht, den Sie vor kurzem einmal in einer großen Pressekonferenz als ein Loblied, so würde ich fast sagen, für die Regierungspolitik im Hochschulbereich bezeichnet haben, nämlich zu dem Bericht, den die OECD, die Europäische Wirtschafts- und Zusammenarbeitsorganisation, zum Thema „Die Hochschulen in Österreich“ herausgegeben hat.

Ich würde den Gesamtschluß so ziehen: Dieser Bericht ist zum Teil sehr höflich formuliert, nirgends sehr hart akzentuiert – wie das ja üblich ist, weil er an die Regierung geht. Dieser Bericht wiederholt aber im großen und ganzen all jene Beschuldigungen, all jene Vorwürfe, all jene Vorhalte, all jene Kritiken, Frau Bundesminister, die wir von diesem Pult, im Ausschuß, in Anfragen und in Diskussionen seit Jahren vorgetragen haben. Ich kann das leider nur so sagen. Er sagt etwa, daß praktisch bei jenen Bereichen, die wir immer als die wichtigsten angesehen haben, bis heute nichts zufriedenstellend gelöst ist. Nicht die innere Studienreform, nicht etwa die Untersuchung über die Gründe der auch international unbefriedigenden Situation, jener Situation, die Sie zwar inzwischen zur Kenntnis nehmen mußten, die Sie aber immer noch leicht verniedlichen, nämlich die Tatsache, daß wir heute studienmä-

ßig mit Abstand mit den Abbruchsquoten von Studenten, des Studienwechsels, der Studienverzögerung und so weiter im Spitzenfeld liegen.

Dieser Bericht gibt sehr klare Hinweise darauf, daß etwa noch sehr im argen liege die ganze innere Struktur der Hochschulen, die Lehrmethoden, Probleme des Lehrer-Studenten-Verhältnisses, die Frage der Lösung des Zeitablaufes des Studiums, der Struktur des Prüfungssystems, der Inhalte der einzelnen Lehrveranstaltungen, Studienrichtungen und so weiter: alle die Dinge, so führt der Bericht an, führen zu einem unerwünscht hohen Frustrationsgrad der Studenten. Als Folge davon werden eben diese Drop-out-Quoten, die Abbruchsquoten, dargestellt. Beunruhigend nennt sie der Bericht.

Er führt dann weiter an, es hätten vorläufige Untersuchungen ergeben – wir haben diese Untersuchungen noch nie von Ihnen gehört, Frau Bundesminister –, daß zu große akademische Belastungen dafür maßgebend seien, Enttäuschungen über die im Studium angebotenen Lehrinhalte, zu große außeruniversitäre Belastungen.

Frau Bundesminister, ich würde sehr bitten – hier wird angeregt, einmal eine Untersuchung darüber anzustellen –, daß Sie diese Frage etwa bei der Behandlung des demnächst ja zur Diskussion kommenden Studienförderungsgesetzes sehr wohl mit einbeziehen. Frau Bundesminister, das deckt sich mit allem, was wir früher gewohnt waren. Wenn ich Ihren Kommentar zu diesen Prüfberichten sehe, dann wiederholt sich ja immer wieder das Wort „Bewunderung“. Mit Bewunderung hat die OECD festgestellt, Bewunderung wurde auch für die Studentenverlaufstatistik und so weiter gezeigt; wir sind also im höchsten Maße bewundert worden.

Frau Bundesminister, die Tatsache, wenn man das durchsieht, sieht etwas anders aus. Nun hat man natürlich höflicherweise die sicher sehr gute, wie sie in der OECD sagen, quantitative Seite etwa unserer Statistiken angesehen. Aber man sagt gleichzeitig, man habe offenbar noch nicht erfaßt – gemeint kann hier wohl nur die offizielle Hochschulpolitik sein –, daß sich mit der ganzen Entwicklung an den Hochschulen nicht nur eine quantitative Ausdehnung ergeben hat, sondern daß hier weitreichende qualitative Veränderungen eingetreten sind. Wann haben wir je etwas davon gehört, Frau Bundesminister? Ich habe hier persönlich von dieser Stelle aus schon seit Jahren und immer wieder darauf hingewiesen: was geschieht denn, um etwa das ganze Problem der Studenteninvasion in den Griff zu nehmen? Was geschieht denn – Herr Abgeordneter Radinger hat heute zum ersten Mal leise Andeutungen gemacht, daß er offenbar geneigt ist, das zu übernehmen –, um

Dr. Blenk

den Studenten zu sagen, daß mit dieser Invasion an den Hochschulen künftig etwa der Akademikerausweis nicht mehr absolute Garantie ist für Karriere, für sozialen Aufstieg? Was geschieht, um etwa berufsorientierte, lies arbeitsmarkt-orientierte Berufs- und Studienberatungen vorzunehmen?

Frau Bundesminister, ich habe Sie vor zwei Monaten hier mit Ihren Antworten zitiert, die Sie vor Jahren gegeben haben, in denen Sie gesagt haben, jedes Semester, das einer absolviert hat, ist letztlich ein Lebensgewinn. Ich bitte Sie, Frau Bundesminister, sicher richtig, Sie nicken, ich bin auch der Meinung. Aber als hochschulpolitische Ausrichtung ist das eine Fehlleistung. Oder wenn Sie sagen, es ist letztlich so, daß wir die Bildung nicht für den Markt machen, sondern für den einzelnen quasi als Lebensqualität. Wissen Sie, wie das aussieht? Die OECD sagt in ihrem Bericht: Studenten, die von den an sich sehr guten allgemeinbildenden höheren Schulen und berufsbildenden Schulen kommen, die diese erfolgreich abgeschlossen haben, sind keinesfalls akademische Nieten. Aber das universitäre Bildungssystem läßt einen hohen Prozentsatz von ihnen wenige Jahre nach der Matura zu „akademischen Nieten“ werden.

Frau Bundesminister! Das steht in diesem OECD-Bericht. Österreich als Produzent von akademischen Nieten in hohem Maße! Das ist eine sehr bedrückende und sehr betrübliche Tatsache. Ich habe schon gesagt, daß Sie diese ganzen qualitativen Veränderungen, die hier bemängelt werden, nicht erkannt haben, daß Sie sie aber mit in Ihre Überlegungen einbeziehen müssen.

Frau Bundesminister, ich möchte weiter meinen, daß bei allem Respekt für diese bisherigen statistischen Berechnungen doch gleichzeitig jener Satz für Sie von Interesse sein müßte, in dem es heißt, daß wir einfach notwendigerweise bessere Informationen brauchen, und zwar über all jene Bereiche, die wir hier seit Jahren verlangen: Studieninteressen, Studienmotivationen, alternative Studienmöglichkeiten, Studienmethoden und so weiter. Es wird darauf hingewiesen, daß etwa die Didaktikeinrichtung nur dann quasi einen Sinn hat, wenn sie auch tatsächlich Forschungsprogramme über eine feste Wissensgrundlage für diese qualitative Planung erarbeitet.

Frau Bundesminister! Die Zeit drängt mich. Ich möchte Ihnen nur sagen, ich bin zutiefst überzeugt, daß Sie diesen Bericht a) doch sicher mit Interesse gelesen haben und diesen b), das hoffe ich, auch entsprechend bei Ihrer künftigen Arbeit berücksichtigen. Wir sind nicht so, daß wir nur kritisieren wollen, aber wir sind extrem dagegen, daß zu Lasten und auf dem Rücken der

Studenten, der ganzen Hochschul- und damit der Gesellschaftsentwicklung solche gravierende Mängel, die bisher seit Jahren, offenbar weil sie von uns kamen, negiert wurden, nun auch weiterhin negiert werden. Hier sind sie niedergelegt, bitte, Frau Bundesminister, halten Sie sich daran. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da scheinen beispielsweise solche Sätze aus wie: Das Studiensystem bei uns in Österreich passe sich nicht an die Studenten an. Man erwarte vielmehr – so aus dem Bericht zu entnehmen –, daß sich die Studenten an die begrenzte Zahl von Möglichkeiten anpassen oder ausscheiden. Das ist die Konsequenz, die sich auch aus den Zahlen ergibt.

Frau Bundesminister, wir haben heute schon gehört, daß alle neben dem ordentlichen Studium möglichen Nebenformen und Kurzformen viel zu wenig genützt werden.

Und etwas anderes ist hier auch enthalten, nämlich die Tatsache, daß der ganze postsekundäre Bildungssektor, ich würde sagen, unsystematisch und sinnwidrigerweise nicht von derselben politischen Linie und Hand betreut wird.

Frau Bundesminister, das ist eine stille Kritik, ich könnte sogar sagen eine laute, an der Trennung der beiden Ministerien – die ist heute ein Faktum –, aber zumindest an der offenbar völlig fehlenden Koordination zwischen diesen beiden grundsätzlichen Bildungsministerien.

Zum UOG nur ein paar Sätze. Das UOG wird hier auch zitiert. Aber es ist eine gewisse Pikanterie am Rande, wenn hier festgestellt wird, daß die stark zentralisierten Initiativen in Form von Gesetzen und Verordnungen überraschend seien für die OECD.

Dann sagt man, es seien drei Hauptziele mit dieser ganzen Zentralisierung verbunden: Verabschiedung von Studiengesetzen, Erlaß von Studienordnungen und Erlaß von Prüfungsordnungen.

Und dann heißt es, quasi als Quintessenz der ganzen UOG-Qualifikation: Der originellste und höchst interessante Teil dieses ganzen Prozesses ist die Arbeit der Studienkommissionen mit ihrer Drittelparität. – Frau Bundesminister, jener Studienkommissionen, die vor Ihrer Zeit von unserer ÖVP-Alleinregierung damals mit unserer Mehrheit in diesem Parlament beschlossen wurden. Ich würde also meinen: auch keine sehr erhebende Qualifikation.

Zum Schluß komme ich zu einem Punkt, den ich als Vorarlberger Abgeordneter hier präsentieren möchte. Es steht in dieser Studie unter anderem, daß nicht nur das soziale, sondern vor allem das regionale Gleichgewicht im Bildungsbereich in Österreich verzerrt sei. So wird etwa

4076

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dr. Blenk

gesagt, der junge Mensch in Wien - und Statistiken bestätigen das eindeutig - habe eine dreimal so hohe Chance, eine Universität und damit eine höhere Bildung zu genießen, als ein Jugendlicher aus Vorarlberg. - Das sind zufällig die beiden Eckpunkte, und die geben ja auch den Aufhänger für mein Anliegen.

Der Bericht hebt weiter hervor, es gebe regionale Erwägungen, die politisch nicht unwichtig seien. Und mein jetziges Votum würde sich an den Herrn Unterrichtsminister richten, und zwar komme ich hier auf die Bundestextilschule Dornbirn zu sprechen, die praktisch als höhere Abteilung die fachliche Nachwuchsausbildungsstätte für Vorarlbergs tragenden Wirtschaftszweig, die Textilwirtschaft, im weitesten Sinne ist.

Diese Schule wurde 1959 für 250 Schüler gebaut und hat eine sehr lange, traditionsreiche Geschichte. Derzeit sind 815 Schüler dort beschäftigt, davon allein in der höheren Abteilung 92. Im Jahre 1971 wurde die Bildung der höheren Abteilung quasi beschlossen und zugesagt. Seither wird jedes Jahr praktisch versprochen, daß die geradezu exorbitant notwendigen Neu- und Zubauten geschaffen würden. Geschehen ist nichts.

Ich möchte dazu klar sagen, die Zustände sind desolat. Wir haben etwa die Situation, daß wir in dieser an sich modernen Schule in den Garderoben Kursveranstaltungen, Lehrveranstaltungen haben, daß wir Maschinen in den Gängen stehen haben und daß Werkstättenunterricht in den Schulgängen durchgeführt wird, notabene in einem Land, das zugegebenermaßen und bekanntermaßen einen echten Bildungsrückstand hat, das eine einzige wirtschaftliche Grundlage hat, nämlich die Textilindustrie.

Ich habe selbst vor kurzem einer Kuratoriumssitzung der Textilschule in Dornbirn beige-wohnt: 140 Schülerinnen, 4 Klassen, sind untergebracht in einem baufälligen Gebäude. Ich muß dazu sagen, weil es so unglaublich klingt: Für 140 junge Damen sind sage und schreibe zwei Einzelklos mit je einer Muschel vorhanden, sanitäre Zustände, die also jeder Beschreibung spotten.

Das nur als einige kleine Kommentare dazu, und ich würde nur hoffen, der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst möge das, nachdem er nicht hier ist, ad notam nehmen, daß die Zusagen, die wir dankenswerterweise nun nach einigen Jahren zumindest von seiner beamteten leitenden Mitarbeiterschaft bekommen haben, wenigstens eingehalten werden, daß nach Planung im kommenden Jahr spätestens mit Beginn des Jahres 1978 der Neubau dieser schon

lange notwendigen, schon längst versprochenen Erweiterung der Bundestextilschule Dornbirn durchgeführt und beendet wird. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Dr. Firnberg.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man den Rednern der großen Oppositionspartei lauscht, dann gewinnt man den Eindruck *(Heiterkeit und Rufe bei der ÖVP: „Lauscht“!)* - lauscht, ja; das ist ein deutsches Wort, das durchaus zu verwenden ist -, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie sichtlich von einem anderen Land reden. Um Österreich kann es sich nicht handeln, wenn man Ihre Schilderung hört.

Das Elend, der Mangel, die Vernachlässigung, die Verschlechterung, die man hier geschildert erhält, „des Kaisers neue Kleider“, wie der Herr Stadtrat Busek es zu nennen beliebte, das alles kann für Österreich nicht zutreffen. Jeder, der sich die Situation und die Entwicklung objektiv ansieht, muß zugeben, daß der Fortschritt unbestreitbar ist, und wenn nichts anderes dafür spricht, dann der häufige Wunsch von Auslandösterreichern, von Wissenschaftlern aus dem Ausland, die nach Österreich zurückzukehren wünschen, mehr, als wir bewältigen können.

Wir haben im letzten Jahr zwischen 1976 und 1977 eine relativ kleine Steigerung des Budgets, nicht wie der Herr Abgeordnete Busek sagt, 2,57 Prozent, sondern immerhin über 6 Prozent, denn man muß die 300 Millionen für das Allgemeine Krankenhaus, die ja anderswo budgetiert sind, hinzurechnen. Wir haben dadurch etwa 472 Millionen Zuwachs, und schließlich ist dies fast eine halbe Milliarde Schilling, für Österreich keine Kleinigkeit!

Es ist zum erstenmal ein Sparbudget - seit 1971; und das mag ungewohnt sein für das Wissenschaftsressort, das gebe ich gerne zu, weil der uns bisher zugestandene überdurchschnittliche Vorrang im Budget diesmal eben nicht eintreten konnte, nicht eingetreten ist, weil bei einem Sparbudget eben dort gespart wird, wo ein Nachholbedarf annähernd erreicht ist.

Unser Gesamtbudget wurde von 2,3 Milliarden Schilling im Jahre 1970 auf 6,885 Milliarden Schilling für 1977 erhöht, fast verdreifacht! Unser Anteil am Budget ist von 2,32 Prozent im Jahre 1970 auf 2,86 Prozent im Jahre 1977 gestiegen. Nicht immer ist die gleiche Steigerung möglich - ich habe das schon gesagt -, aber wir haben immerhin eine Steigerung dort, wo sie

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

nötig ist, unabdingbar nötig ist, erreicht. Wenn Sie das Budget durchforsten, werden Sie das leicht feststellen können: bei den Unterrichtserfordernissen, beim Betriebsaufwand, bei der EDV, bei der Hochschule Klagenfurt und in einer Reihe von anderen Posten.

Und ich bin dem Herrn Abgeordneten Hanreich sehr dankbar, weil er sehr richtig festgestellt hat, daß diesmal - bei einem Sparbudget - die Akzente des Zuwachses strenger gesetzt wurden.

Zur Beurteilung des Budgets für Wissenschaft und Forschung muß man die längerfristige Entwicklung heranziehen, und ich habe mehrmals im Hohen Hause betont, daß diese Entwicklung sehr gezielt und in mehreren Phasen bei den verschiedenen Bereichen angelegt wurde, für Forschung, für Universitäten, für den Denkmalschutz, für die Museen, Zug um Zug.

Ich darf noch einmal betonen, daß sich die Ausgaben für die Hochschulen in einem Maße erhöht haben, das Ihnen vielleicht nicht ganz bewußt ist: nämlich von 2,3 Milliarden Schilling auf 6,6 Milliarden Schilling innerhalb dieser wenigen Jahre. Wir haben mehr als 3000 Dienstposten allein an den Hochschulen mehr, statt 1047 Professoren etwa 1750 Professoren und statt 3970 Assistenten 5243 Assistenten.

Trotz der Studentenexplosion ist die Relation zwischen Lehrern und Studenten nicht schlechter als vor zehn Jahren. Obwohl die Studentenzahlen heute dadurch, daß durch die Taxenbefreiung so viele inskribieren, wie niemals inskribiert hätten oder inskribiert bleiben, oder die es nicht geblieben wären, nicht mehr die Aussagekraft haben wie früher, ist die Relation Student zu Lehrern nicht schlechter geworden. Wir geben pro Kopf der Studierenden mehr aus denn je zuvor: Wenn im Jahre 1970 pro ordentlichen Hörer etwa 35.000 S ausgegeben wurden, so hat sich bis 1977 der Aufwand auf 61.975 S erhöht. Und das auch wieder mit der Einschränkung, daß nicht alle Studierenden, die wir zählen, echte Studierende sind.

Ich kenne, um ein Beispiel aufzuzeigen, einen sehr prominenten Journalisten, der mir gestern gestanden hat, daß auch er noch - und zwar im 19. Semester - an einer Hochschule inskribiert ist und daher als ordentlicher Student gilt. (*Abg. Dr. Gruber: Ordentlicher Student nicht, ordentlicher Hörer!*) Ja, ordentlicher Hörer, danke vielmals, das stimmt. Dieser kann also sicher nicht zur „drop-out-Quote“ gezählt werden, wenn er nicht fertig macht.

Die Zahl der Lehrbeauftragten - soviel umstritten in der letzten Zeit - ist von 1030 im Jahre 1970 auf 2864 im Jahre 1976 gestiegen und

die Zahl der Lehraufträge von 1562 auf 4537. Ich glaube, auch die große Opposition müßte konzedieren, daß diese starke Steigerung eine Explosion ist, die nicht immer gerechtfertigt ist. Die Kosten für die Lehraufträge von 41 Millionen Schilling im Jahre 1970 sind auf 170 Millionen Schilling im Jahre 1976 gestiegen. Ich glaube, daß diese wenigen Zahlen immerhin den Ausbau unserer Hochschulen in diesen letzten Jahren deutlich markieren.

Lassen Sie mich noch ein paar einzelne Zahlen dazu nennen, was neu dazugekommen ist: Zum Beispiel der Einrichtungsaufwand für Großvorhaben, im kommenden Jahr 71,5 Millionen Schilling; Einrichtungserfordernisse: 70 Millionen Schilling statt 40 Millionen Schilling im Jahre 1970; Unterrichts- und Forschungserfordernisse: 247 Millionen Schilling statt 97 Millionen Schilling, Großrechenanlagen - der EDV-Ausbau ist in den letzten Jahren vorangetrieben worden wie nie zuvor -: 85 Millionen Schilling im nächsten Jahr statt 24 Millionen Schilling, wie es im Jahre 1970 war.

Ich könnte Ihnen eine lange Liste der sehr teuren Geräte hier anführen, die in den letzten Jahren für die Universitäten angeschafft wurden. Ich könnte Ihnen eine ebenso lange Liste der Bauvorhaben an den Universitäten hier vorlegen, um nachzuweisen, daß diese letzten Jahre gute Jahre für die Hochschulen waren.

Ein Wort noch zur Studienförderung: Ich weiß, daß heute die Studenten gegen die im Ministerrat eingebrachte Novelle zum Studienförderungsgesetz protestieren. Ich weiß nicht, ob sie gut daran tun, zu protestieren. Es werden 80 Millionen mehr für die Studienförderung im nächsten Jahr verauslagt werden, das heißt, insgesamt 370 Millionen Schilling nur für die Studienförderung.

Die höchsten Stipendien werden um 30 Prozent erhöht werden, 500 S monatlich für die, die im elterlichen Haushalt wohnen, 700 S für jene, die nicht im elterlichen Haushalt wohnen. 31.000 S wird das Stipendium pro Jahr für jene betragen, die nicht mit den Eltern gemeinsam wohnen. Ich glaube nicht, daß irgend jemand behaupten kann, daß die Studenten damit benachteiligt wurden!

Wir haben die Beträge für die Studentenheime wesentlich erhöht. Ich könnte noch eine Reihe von Maßnahmen anführen, die in den letzten Jahren unerhört verstärkt worden sind, alles zugunsten der Studierenden.

Weil der Herr Abgeordnete Gruber meinte, daß ich im Ausschuß die Zahl der Studienbeihilfenbezieher nicht nennen wollte, und erklärt hat, ich könne sie nicht nennen, weil ich sie noch nicht wüßte: Nicht, ich wollte sie nicht sagen,

4078

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

sondern es war gerade eine Totalerhebung im Gang, die einmal die Zahlen richtigstellen wollte. Ich sage Ihnen heute gerne die letzte Zahl. Während 1970 8500 Studierende Beihilfenbezieher waren und im Jahre 1975/76 10857, ergibt die letzte Erhebung, November 1976, 11.230 Studienbeihilfenbezieher. *(Abg. Dr. Gruber: Ich habe gefragt nach der Zahl von 1975/76!)*

Das war dann ein Irrtum, aber die hätten Sie ja nachlesen können, die ist ja schon publiziert. Sie haben mich gefragt um die letzte Zahl, und die letzte Zahl ist die, die ich jetzt genannt habe.

Es sind in der letzten Novelle wesentliche Verbesserungen der Studienförderungen enthalten: nicht nur die höheren Studienbeihilfen, sondern eine verbesserte Berechnung und wesentliche Erleichterungen für jene Studierenden, die nicht ganz rechtzeitig und ganz pünktlich ihre Zeugnisse beibringen und die dann nach den ersten drei Semestern vom Gesetz dazu verurteilt waren, das bisher empfangene Stipendium voll und ganz zurückzuzahlen. Eine Härte, die mir immer als fast unerträglich erschien; sie soll beseitigt werden.

Denkmalschutz ist heute erwähnt worden. Ich darf dem Herrn Abgeordneten Kaufmann sagen, daß für Denkmalschutzförderung vielleicht noch nicht genug, aber jedenfalls sehr viel mehr getan wird als in früheren Jahren, 18 Millionen Schilling betrug die Förderung im Jahre 1970 und jetzt 39 Millionen Schilling. Sie ist gleich hoch geblieben, obwohl das europäische Denkmalschutzjahr vorüber ist. Es ist die Denkmalschutzförderung auf ein Niveau gezogen worden, von dem vor einigen Jahren noch gar keine Rede hätte sein können.

Es sind die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Ministeriums von 1,1 Milliarden auf 3,2 Milliarden im Jahre 1977 erhöht worden. Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung erhält statt 60 Millionen wie im Jahre 1970 144 Millionen und der Fonds der gewerblichen Wirtschaft statt 64 Millionen 170 Millionen Schilling. Die Akademie der Wissenschaften erhält statt 21,8 Millionen Schilling wie im Jahre 1970 84,3 Millionen Schilling. Ich könnte bei einer ganzen Reihe von einzelnen Institutionen diese Aufzählung fortsetzen! Und das soll alles nichts sein? Das alles ist keine Verbesserung, keine Förderung? Nichts ist geschehen, es ist schlechter geworden?

Ich könnte das gleiche für das Personal nachweisen, das erheblich gestiegen ist, auch bei den Museen, auch bei den Bibliotheken, nicht nur an den Universitäten. Ich könnte Ihnen an vielen einzelnen Indikatoren das Ansteigen unseres Forschungsvolumens zeigen, etwa an

der gestiegenen Zahl der Assistenten aus eigenen Einnahmen, an der Zahl der Publikationen und an der Zahl der Habilitierten, die etwa von 1921 im Jahre 1970 auf über 2600 im letzten Jahr gestiegen ist.

Man muß zugeben - wenn man objektiv die Zahlen berücksichtigt und die Entwicklung ansieht -, daß sich vieles zum Besseren geändert hat und daß sich das auch auswirkt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf vielleicht noch eine Zahl nennen. Zwischen den Jahren 1970 und 1976 ergeben die addierten Forschungsförderungen mehr als 16 Milliarden Schilling, die in diesen Jahren allein für Forschungsförderung verausgabt wurden. Eine Zahl, die sich entschieden auswirken muß und ausgewirkt hat.

Wenn der Herr Stadtrat Dr. Busek das alles ablehnt und von allem behauptet, daß es nicht wahr ist, dann sage ich ihm zurück, daß alles falsch und alles unzutreffend ist, was er behauptet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Seine Schilderung ist eine reine Verteufelung! Er behauptet, daß 1,15 des Bruttonationalproduktes, es heißt richtig 1,16, für Forschung und Entwicklung von einem Bruttonationalprodukt ausgegeben werden, das zu niedrig angesetzt ist. Das ist falsch, es ist berechnet von 808 Milliarden. *(Abg. Dr. Bauer: Sie polemisieren von der Ministerbank aus!)*

Dazu ist noch zu sagen, daß die reale Steigerung der Forschungsausgaben, wenn man die Inflation dazurechnet, allerdings jene Inflationsrate, die normalerweise gerechnet wird und nicht eine behauptete von 20 Prozent, wie der Herr Dr. Busek behauptet hat ... *(Abg. Dr. Busek: Nicht einmal die rechnen Sie!)*

Wenn man die rechnet, Herr Stadtrat, dann ergibt sich noch immer eine reale Steigerung der Forschungsausgaben von mehr als 70 Prozent. *(Abg. Dr. Busek: Fragen Sie einmal die Forscher!)* Ich rede mit den Forschern, Herr Stadtrat, sicherlich ebensoviel wie Sie, wenn nicht etwas mehr. *(Beifall bei der SPÖ.)* Mir werden Sie nicht erzählen, was die Forscher sagen, die sagen es zuerst mir, weil sie von mir eine Forschungsförderung erwarten.

Die Erhöhungen vom Forschungsblock, Herr Abgeordneter, Herr Stadtrat, behaupten Sie, gehen überwiegend Institutionen zu, die der SPÖ nahestehen, und Sie nennen wörtlich die Boltzmann-Gesellschaft und das Institut für höhere Studien. *(Zwischenruf: Bauring!)* Ich habe mit dem Bauring nichts zu tun, Herr Abgeordneter *(Heiterkeit und Zwischenrufe)*, den brauchen Sie mir gar nicht zu nennen. *(Abg. Dr. Gruber: Wann hat er etwas vom Bauring gesagt?)*

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Herr Stadtrat! Ich darf Ihnen die personelle Zusammensetzung der beiden Institutionen, die Sie als „den Roten nahestehend“ genannt haben, ein wenig näher erläutern. Es ist Präsident des Kuratoriums des „Fordinstituts“ der Minister a. D. Dr. Schmitz. Ich glaube nicht, daß er uns so nahesteht. *(Abg. Dr. Busek: Frau Vorsitzende, Sie wissen ja genau, was ich meine!)* Nein, das weiß ich nicht, ich nehme das, was Sie gesagt haben, und widerlege Ihnen das. Ich glaube auch nicht, daß der Herr Dr. Josef Taus oder der Herr Dr. Alois Mock der SPÖ besonders nahestehen; sie sind Kuratoriumsmitglieder, ebenso wie der Herr Dr. Kottulinsky, der Herr Professor Tomandl und der Präsident Treichl und der Herr Dr. Mayer-Gunthof. Ich glaube nicht, daß sie uns überwiegend nahestehen. Und was die Boltzmann-Gesellschaft betrifft, kann ich nur immer wieder sagen, ich würde es sehr begrüßen, aber es ist leider nicht so: Herr Professor Fellingner, einer der Leiter eines der wichtigsten Institute, er steht uns leider – ich sage das noch einmal – nicht nahe. *(Ruf bei der ÖVP: Gott sei dank!)* Und das gleiche gilt für eine ganze Reihe von Institutsleitern, wie zum Beispiel den Herrn Professor Gasser, der das Institut für Andrologie leitet, oder den Herrn Professor Wolkinger, der das Institut für Umweltwissenschaften leitet, oder die Frau Professor Weinzierl, die jetzt ein neues Institut zur Geschichte der Gesellschaftswissenschaften erhalten hat; ebensowenig auch für Herrn Professor Seitelberger oder Herrn Professor Gutmann oder Herrn Professor Rett von der Caritas Socialis, die alle Arbeitsgruppenleiter der Boltzmann-Gesellschaft sind. *(Abg. Dr. Busek: Die anderen werden nicht erwähnt!)* Und ganz ernstlich gesprochen: Ich halte es für eine echte Diskriminierung, wenn Sie Institutionen, bei denen nur die Leistung zählt und nichts anderes, dadurch zu diskriminieren versuchen, daß Sie sagen, das sind Institutionen . . . *(Abg. Dr. Busek: Warum wird nicht der Forschungsfonds finanziert?)* Weil der Forschungsförderungsfonds viel früher drangekommen ist zur Erhöhung, nämlich schon in den allerersten Jahren auf ein Niveau angezogen wurde, das eine weitere Erhöhung bei einem Sparbudget nicht notwendig macht. *(Abg. Dr. Busek: Aber er braucht das Geld!)* Nein, er braucht das nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ja, die Forschungsförderungsfonds wie die Akademie der Wissenschaften waren die allerersten, die in einem erheblichen Maße auf ein höheres Niveau gestellt wurden. Und wie ich bereits mehrfach hier im Hohen Hause erklärt habe und wie ich jederzeit . . . *(Ruf bei der ÖVP: Haben Sie dort auch etwas hingegeben?)* Ja, vom Punkt Null, dort war es nämlich unter der ÖVP-Regierung auf Punkt Null, das ist der Unterschied zwischen uns. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist der

Unterschied zwischen Ihrer Politik und meiner. Sie behaupten, Herr Stadtrat, daß die Berufungen verzögert werden. Tatsächlich gehen die Berufungen rascher vor sich als je zuvor. Und auch das kann man nachweisen, statistisch genau nachweisen! Ich habe das mehrfach schon getan, und Sie sind nicht am letzten Stand der Information, wenn Sie die sehr schwierigen Verhandlungen zur Besetzung des Kirchenrechtsordinariats an der Universität Salzburg meinen. *(Abg. Graf: Die Anrede „Herr Stadtrat“ ist hier durchaus deplaciert! – Weitere Zwischenrufe.)* Warum? Er ist Stadtrat, warum darf ich dann nicht zu ihm Stadtrat sagen? *(Abg. Dr. Prader: Weil Sie im Parlament reden und nicht dort, wo er Stadtrat ist! – Weitere Zwischenrufe.)* Wenn der Herr Stadtrat hier vorzieht, „Abgeordneter“ genannt zu werden, dann kann ich das gerne tun. Ich halte keinen der Titel für eine Diskriminierung, sondern im Gegenteil, es ist gut, wenn man solche Funktionen kumulieren kann. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Weitere Zwischenrufe.)* Ich werde nächstens einen Forschungsauftrag darüber erlassen, wie die Titulaturen sein sollen. *(Abg. Dr. Prader: Stadtrat ist er nur in Wien!)*

Mehrere von den Herren urgieren Prognosen für den Akademikerbedarf, und ich muß wiederholen, was ich in diesem Hohen Haus schon oft erklärt habe, daß es „Prognosenkrücken“ sind, auf die man sich nicht verlassen soll. Natürlich berechnen auch wir sie, aber nicht mit der Gläubigkeit an Prognosen, die hier scheinbar erwartet wird. *(Abg. Dr. Gruber: Prognosegläubig waren Sie!)* Ich war niemals prognosegläubig, Herr Abgeordneter, ich kenne die Tücken der Prognosen viel genauer, weil ich selbst sehr lange mitgearbeitet habe daran. *(Ruf bei der ÖVP: Wie macht das der Staribacher?)*

Und es gibt Wissenschaftler, die zu diesen Dingen mehr zu sagen haben als wir, die der gleichen Meinung sind. So etwa sagt Professor Weizsäcker, ein Mann, der Ihnen sicher so wie mir ein Begriff ist: „Prognosen des Bedarfs an Diplomkaufleuten, Volkswirten, Politologen und so weiter sind nicht nur unmöglich, sondern auch unnötig. Wenn entsprechende Absolventen-Bedarfsprognosen trotzdem durchgeführt werden sollten, so sind sie problematisch. Sie fingieren Sicherheit und Verlässlichkeit von Plänen, wo diese Eigenschaften gar nicht existieren können.“ Und aus diesem Grunde lehne ich die Verwendung von Prognosen in diesem Sinn, daß ich individuelle Ratschläge gebe, was jemand studieren soll, ab, weil die Verantwortung niemand, kein Ministerium, kein Minister, kein Beamter, keine Gesellschaft, übernehmen kann.

Sie kritisieren, daß ich den Professoren gesagt

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

habe, Professoren können nicht sparen. Auch diese Meinung vertrete nicht nur ich, Sie finden sie im OECD-Bericht. Der Herr Abgeordnete Dr. Blenk müßte es bei seinem eingehenden Studium schon gefunden haben; auf Seite 84 des OECD-Berichtes steht hier sehr deutlich das, was auch ich sage: „Die Universitäten handhaben ungeheure Summen Geldes, und Akademiker vergessen leicht, daß speziell ausgebildetes Personal zur entsprechenden Handhabung solcher Summen notwendig ist.“ Nichts anderes habe ich den Professoren gesagt, und Sie werden staunen, es hat mir die Rektorenkonferenz in diesem Fall recht gegeben. (Abg. Dr. Busek: *Die haben gesagt, sie können nicht sparen?*) Ja, sie haben es zugegeben. Es haben sehr prominente Persönlichkeiten dort erklärt, daß sie mir durchaus recht geben, daß man hier Rechnungspersonal braucht, ehe man das ... (Abg. Dr. Busek: *Sie haben protestiert dagegen!*) Sie haben nicht protestiert!

Sie sagen, daß man das Hochschulbudget gemeinsam erarbeiten soll. Das urgiert auch der Herr Abgeordnete Hanreich; er hat ganz recht, wir beschäftigen uns seit längerer Zeit damit. Unter der Federführung des Ministeriums hat Herr Professor Loitlsberger Vorschläge für ein Hochschulplanungs-Rechnungssystem entwickelt; sie werden jetzt an drei Instituten ausprobiert - bei Professor Lexa, Professor Paschke und Professor Loitlsberger -, und es wird nächstens eine Arbeitsgruppe zusammentreten, die sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen wird.

Aber was ich wirklich für absonderlich halte, Herr Abgeordneter, ist, daß Sie von Prestigeforschung sprechen und hier Sonnenenergie und Weltraumforschung nennen. (Abg. Dr. Busek: *Das Wort „Prestigeforschung“ habe ich nicht erwähnt!*) Ja, Sie haben Prestigeforschung gesagt. Ich darf Sie daran erinnern, daß gerade für diese Gebiete der Forschung allerhöchstes Interesse unserer Industrie herrscht, daß am Spacelab Industrieunternehmen beteiligt sind. Wir erhalten das Ergebnis der Forschungsarbeiten zu 80 Prozent als Rückfluß. Bei der Gründung der Sonnenenergiegesellschaft ist es uns zum erstenmal gelungen, die Industrie so weit zu interessieren, daß sie sich an einer wissenschaftlichen Gesellschaft beteiligt. Ich würde Sie also sehr bitten, daß Sie es sich überlegen, Forschungsvorhaben als Prestigeforschung abzuqualifizieren, die heute zu den wichtigsten unserer Zeit gehören - natürlich beschäftigen sich alle damit, weil Energieforschung heute unerhört wichtig ist, eine Lebensfrage für die Menschheit. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte - alles in allem - sagen: Der Herr Abgeordnete Dr. Busek hat die österreichische

Bildungslandschaft um eine neue Schwarzprognose bereichert. Ich nehme an, daß sie ebenso wenig eintreten wird wie alle anderen. (Abg. Dr. Prader: *Wie bei der Belastungslawine! Wie die Horrorzahlen beim Budgetdefizit!*) Wenn ich etwas mehr Zeit hätte, würde ich Ihnen zeigen, wie die ganzen UOG-Prophezeiungen vom Untergang, vom Chaos, von der Zertrümmerung langsam abgesunken sind bis zum Titel loyal.

Das UOG wird durchgeführt. Natürlich mit Schwierigkeiten. (Zwischenruf des Abg. Dr. Busek.) Natürlich mit Schwierigkeiten, natürlich mit Auseinandersetzungen, aber in völliger Ruhe an den Universitäten. (Abg. Dr. Busek: *Nur, glaube ich, kann man denen dort das danken! Es ist kein Verdienst der Regierung!*) Herr Dr. Busek! Wem man hier zu danken hat, das wird sicherlich nicht von Ihnen allein zu entscheiden sein. (Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Busek: *Auch nicht von Ihnen, Frau Minister!*) Nein, ich habe auch nicht gesagt, daß man mir danken soll, sondern das ist eine gemeinsame Arbeit, für die man allen zu danken hat, die mitgewirkt haben, daß das Gesetz in Ruhe und in Ordnung durchgeführt wird und zu einer verbesserten Struktur unserer Hochschulen führt. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich möchte noch sagen, daß diese Methode der Verteufelung, die überall angewendet wird - auch beim OECD-Bericht haben wir ja dafür manche Beispiele gefunden -, indem alles verdreht, alles verzerrt und alles verfälscht wird ... (Abg. Dr. Gruber: *Wieso verfälscht?*) Ja, verfälscht wird (Abg. Dr. Gruber: *Wieso?*) durch Herausziehen einzelner Sätze, durch Verdrehung, ja durch Darstellung von Sätzen, die gar nicht hier stehen. Ich habe nirgendwo etwas gefunden, daß im OECD-Bericht etwas darüber steht, daß die Teilung der Ministerien nicht richtig war. (Abg. Dr. Blenk: *Nicht so direkt!*) Nichts davon steht in diesem Bericht! Es ist keine Kritik in dieser Richtung enthalten.

Wenn die OECD-Prüfer die Studienkommissionen interessant finden und nichts weiter über das UOG sagen, ist das durchaus begreiflich, denn das UOG war zu dieser Zeit noch gar nicht in Kraft. Sie konnten daher darüber gar nichts weiter aussagen.

Aber was hier geschehen ist schon vor dieser Debatte und bevor wir den Hochschulbericht diskutiert haben, war folgendes: Man hat aus einem Bericht, der für Österreich durchaus positiv ist - er ist positiv für Österreich wie kaum ein anderer Bericht der OECD; ich will Ihnen die Stellen hier nicht alle vorlesen, worin wir positiv beurteilt werden in unserer Haltung -, einen Bericht gemacht, der Österreich sozusagen auf die letzte Stufe der Bildungspolitik stellt. Ganz zu Unrecht! Nichts davon ist richtig!

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Wenn in diesem Bericht eine scharfe Kritik geübt wird, so gilt das zu einem sehr großen Teil den Universitäten selbst. Lesen Sie bitte etwa auf Seite 126 nach. Das, was dort steht, gilt den Universitäten und nicht der Durchführung der Bildungspolitik durch die Ministerien.

Wir haben diese kritische Untersuchung erbeten, wir haben ausführlich darüber gesprochen und haben ausführlich diskutiert. Es waren freundschaftliche Gespräche mit den OECD-Prüfern. Die Prüfer wollten keineswegs, daß dieser Bericht, der in gutem Glauben und mit bestem Wissen und mit hohem Können erstellt wurde, dazu verwendet wird, die Bildungspolitik dieses Ministeriums zu diskriminieren.

Sie sprechen immer wieder über die Studienabbrecher. *(Abg. Dr. Blenk: Das steht doch alles in diesem Bericht drinnen?)* Ja, was steht denn im Bericht? *(Abg. Dr. Busek: Nicht aus dem Zusammenhang reißen!)* Österreich sei eigentlich das einzige Land mit eindeutigen Zahlenmaterial. – Das steht hier. – Über die Bundesrepublik sei nur wenig bekannt, und zwar wegen der vom Herrn Sowieso schon erwähnten Vermengung von Studien ... *(Abg. Dr. Gruber: Herr Sowieso?)* Ich kann Ihnen auch den Namen vorlesen: Es ist die von Herrn Roeloffs schon erwähnte Vermengung von Studienabbruch und Studienwechsel, obwohl eine Längsschnittuntersuchung auf eine Zahl von zirka 40 Prozent schließen läßt. – Wo ist denn dann der große Unterschied zu uns? – Er war sich dessen bewußt, daß über die italienischen Universitäten keine genauen Angaben zur Verfügung stehen. Eine Zahl jedoch, und zwar 52 Prozent, beziehe sich auf die Nichtabschlüsse im gesamten Bildungssystem, das natürlich auch die Mittelschulen einschließt. – Das steht über die Studienabbrüche im OECD-Bericht. *(Abg. Dr. Gruber: Haben Sie jetzt aus dem Zusammenhang gerissen?)* Nein. Ich habe Ihnen das ganz vorgelesen, was hier gestanden ist. *(Abg. Dr. Gruber: Es steht aber auch etwas anderes drinnen!)*

Ich wollte sagen: Eine Politik, wie Sie sie machen, daß Sie aus einem Bericht, der für Österreich durchaus ehrenvoll und ehrenhaft ist, etwas machen, was einer Kritik ähnelt, die das österreichische Studiensystem und eben auch die Studienpolitik ablehnt ... *(Abg. Dr. Gruber: Ist das Hochverrat?)*, das ist nicht Hochverrat, aber es ist verfälscht. *(Abg. Dr. Blenk: Aber der Bericht, Frau Bundesminister, sagt genau das, was ich hier wiedergegeben habe! – Abg. Dr. Gruber: Dr. Blenk hätte den Bericht nicht studieren dürfen! Es ist anrühlich, ihn überhaupt genau zu lesen!)*

Ich kann Ihnen auch sehr genau sagen, was in dem Bericht sonst noch enthalten ist. Es steht hier:

Das Bildungskomitee gewann die Überzeugung, daß Österreich eine Politik für die Universitäten macht, die, wenn sie auch verbessert und auch noch weiterentwickelt werden kann, sehr wohl zu vertreten ist. – Das steht in dem Bericht. *(Abg. Dr. Gruber: Wieder aus dem Zusammenhang, Frau Minister!)* Es stehen auch eine Menge anderer sehr positiver Dinge ebenfalls drinnen. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Diese Methode der Verteufelung wenden Sie auch – und damit komme ich schon zum Schluß – gegenüber der Bildungsausweitung an; es wird das als Akademikerarbeitslosigkeit angekreidet. Ich will nicht noch einmal auf Details eingehen. Es ist heute schon sehr viel darüber gesprochen worden.

Ich möchte aber doch noch einmal auf die grundsätzliche Frage zurückkommen. Die grundsätzliche Frage lautet doch: Entweder Menschenrecht auf Bildung oder Produktion von Arbeitskräften? – Eine andere Wahl gibt es nicht. – Freiheit der Bildung oder Numerus clausus. – Auch da gibt es keine Wahl dazwischen. Der Numerus clausus ist das Ärgste, das es überhaupt gibt. *(Abg. Dr. Bauer: Aber es gibt ihn faktisch, Frau Minister!)*

Ich habe mich immer zum ersteren bekannt. Es ist nicht das erste Mal, daß ich folgendes betone: Ich sehe Bildung als eines der wichtigsten Elemente der Lebensqualität an. Das ist unsere Überzeugung als Sozialisten. Bildung ist ein Instrument zur Verteilung der Lebenschancen – es ist das viel umfassender, als es oberflächlich aussieht, und es ist ein höheres Bildungsniveau für alle anzustreben.

Das sage nicht nur ich. Das sagen viele Wissenschaftler, und zwar nicht nur solche, die unserer Weltanschauung sind. Es sagen das viele Wissenschaftspolitiker. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Es sagt das auch jemand, der Ihnen sehr nahesteht, nämlich der Herr Minister außer Dienst Dr. Piffl, der seinerzeit erklärt hat – ich darf Ihnen das vielleicht in Erinnerung rufen –: Jedes Kind besitzt ein angeborenes Recht auf Bildung und angesichts unseres Kulturstandes je nach Begabung und Leistungswillen ein Recht auf höhere und höchste Bildung bis zur akademischen Graduierung.

Ich bekenne mich durchaus zu dem, was Ihr Minister Piffl gesagt hat.

Sie schreiben: Akademikerarbeitslosigkeit von der Regierung verschwiegen. So heißt es immer wieder. Ich darf nur folgendes sagen: Es ist gottlob keine vorhanden. Dank der Arbeitsmarktpolitik dieser Regierung gibt es keine Akademikerarbeitslosigkeit, genauso wie es keine Arbeitslosigkeit gibt. Es gibt sogar offene

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Stellen für Akademiker. Sie können das zum Beispiel in den Annoncen im „Kurier“ vom vergangenen Sonntag ohneweiters nachlesen.

Meine Damen und Herren! Ich betone aber noch einmal: Es gibt keine spezifische Akademikerarbeitslosigkeit; es gibt Arbeitslosigkeit, und Arbeitslosigkeit muß vermieden werden. Das ist das erste Ziel unserer Politik. Das Recht auf Arbeit ist genauso ein Menschenrecht, wie das Recht auf Bildung eines ist. Aber es gibt keine Garantie – ich betone das noch einmal; wir sind dieser Überzeugung –, für niemanden, für keinen Beruf, einen bestimmten Arbeitsplatz zu erhalten. Die Bildungsfreiheit, meine Damen und Herren, bedeutet wie jedes Freiheitsrecht auch Selbstverantwortung und Selbstentscheidung. Diese Entscheidung kann man niemandem abnehmen. Man kann helfen, und diesbezüglich werden wir versuchen – durch mehr Beratung und durch einen stärkeren Verbund innerhalb jener Gremien, die dazu etwas zu sagen haben –, es besser zu machen.

Aber wofür wir sorgen werden, daß es unter allen Umständen verhindert wird, ist folgendes: daß das Recht auf Bildung davon abhängt, wie finanzkräftig die Geldtasche der Eltern ist. Das steht als Realität, als Gespenst vor uns, meine Damen und Herren. *(Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Bauer.)*

Ich habe einmal gesagt, mit „Grausen“ blicke ich auf das, was sich in der Bundesrepublik abspielt. Ich möchte das ruhig wiederholen. So lese ich im letzten „Spiegel“: „Schwärzester Markt! Der Handel mit Studienplätzen, die dem Numerus clausus unterworfen sind, soll blockiert werden.“ Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz sagt: „Damit sich in der Öffentlichkeit der Eindruck nicht noch weiter verstärkt, der Numerus clausus gelte nur für Arme, habe ich alle Rektoren gebeten, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie wir den Verkauf und den Kauf von Studienplätzen unterbinden können.“

Meine Damen und Herren! Das zu vermeiden, diese Situation zu vermeiden, das halte ich für unsere allererste und wichtigste Bildungsaufgabe. *(Abg. Dr. Bauer: Wenn heute einer gescheit ist, kann er studieren, wenn einer blöd ist, kann er es halt nicht!)* Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter Dr. Bauer, was Sie da aufregt. Das ist nun einmal Realität, und wir wünschen mit allen Kräften unseres Herzens und unserer politischen Kraft, das zu vermeiden.

Unsere Politik demokratischer Bildung werden wir nicht ändern, das ist nämlich eine Politik, die darauf abzielt, alle Bildungsinstitutionen allen Bildungswilligen offenzuhalten, sodaß nichts entscheidet außer ihre Begabung und ihre Leistung. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg.*

Graf: Da kann sich die Regierungsfraktion ausruhen vom Applaus! – Ruf bei der ÖVP: Die dankbare Regierungsfraktion! – Abg. Graf: Die dankbare Fraktion hat jetzt Ruhe vom Applaus! – Abg. Dr. Prader: Bringt's einen Antrag ein: Kritik wird verboten!)

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich mich dem eigentlichen Thema meines Debattenbeitrags, nämlich der Hochschulpolitik, zuwende, kann ich es nicht vermeiden, auf die unerfreuliche Affäre Biermann einzugehen. *(Rufe bei der SPÖ: Oje! Oje! – Abg. Dr. Blenk: Ihr habt es nicht leicht!)*

Ich hätte das nicht gemacht, wenn Herr Bundesminister Sinowatz es nicht hier von der Regierungsbank aus unternommen hätte, eine umfangreiche Verteidigung seiner an sich unverständlichen Haltung vorzunehmen. Ich hätte geglaubt, Herr Bundesminister, daß der Herr Redakteur Polz in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ recht hatte, als er sagte, bei dieser spontan erfolgten Einladung durch Herrn Minister Sinowatz bedeute in diesem Fall die Übersetzung des Wortes „spontan“ „unüberlegt“. Ich hätte das akzeptiert!

Aber nachdem Sie sich hier ex cathedra verteidigt haben, Herr Bundesminister, muß ich Ihnen doch zwei Fragen stellen. Ich habe hier vor mir den „Spiegel“, Nr. 48. Darin ist ein Interview mit dem Herrn Biermann wiedergegeben. Ich bringe ein Zitat daraus:

„Spiegel: Von wem erwarten Sie Hilfe?

Biermann: Die wichtigste Unterstützung, die ich mir nicht erhoffen muß, weil ich schon längst gemerkt habe, daß sie existiert, ist die Unterstützung der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Spaniens und, was das erfreulichste ist, auch vieler Kommunisten der DKP hier in der Bundesrepublik ...“

Herr Minister! Ich möchte zu Ihren Gunsten annehmen, daß Sie sich in dieser Gesellschaft der kommunistischen Parteien nicht wohl fühlen. Aber auch menschlich ist dieser Biermann sehr merkwürdig einzustufen; das soll das zweite Zitat beweisen. Da wurde er vom „Spiegel“ gefragt, wie er sich in Westdeutschland befinde, und er stellte das als eine Art Exil dar:

„Spiegel: Also im Exil.

Biermann: Ja, das ist das normale Wort dafür. Ich würde mich weniger im Exil befinden, wenn ich zum Beispiel mit Gewalt nach Moskau verfrachtet worden wäre. Dort hätte ich zwar das

Dr. Stix

Problem der Sprache, aber ich würde die Gesellschaft besser verstehen.“

Herr Minister! Ich nehme nach diesem Zitat an, daß Herr Biermann bei uns in Österreich zwar weniger Schwierigkeiten mit der Sprache hätte, aber offensichtlich auch unsere freiheitlich-rechtsstaatliche Gesellschaft nicht verstehen würde; genauso wenig, Herr Minister, wie wir im Lichte all dieser Tatsachen und Äußerungen Biermanns Ihre Haltung und Ihre Einladung verstehen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Damit soll dieses unerfreuliche Kapitel sein Bewenden haben, und ich möchte mich nunmehr einigen Aspekten der Hochschulpolitik zuwenden.

Wir haben es ganz allgemein mit dem Phänomen der Massenuniversität zu tun, mit dem Phänomen einer nie dagewesenen Expansion der Zahl der Hochschulüler. Das ist ja nicht nur ein österreichisches Problem, sondern ein Problem nahezu der gesamten westlichen Welt, auch der östlichen, soweit es sich um die Industriegesellschaft handelt.

Wir haben im Moment in Österreich, so wie wir es sehen, einen Zustand, in dem man sich bemüht, diese Entwicklung zur Massenuniversität irgendwie in den Griff zu bekommen. Das heißt, man bemüht sich derzeit, das Gegebene, die herrschende Situation irgendwie zu bewältigen. Dabei gibt es eine ganze Reihe von Mängeln. Wir Freiheitliche stehen dem Kapitel Wissenschaft und Forschung nicht deswegen zustimmend gegenüber, weil wir abstreiten wollen, daß es solche Mängel gibt; ganz im Gegenteil, wir selbst haben eine ganze Reihe von ihnen aufgezeigt, und es wird meine Aufgabe sein, das hier auch fortzusetzen.

Aber wir haben seinerzeit mit der Zustimmung zur Schaffung des Wissenschaftsministeriums mitgeholfen, einen Anfang zu setzen, um mit neuen Methoden der Bildungspolitik diese Entwicklung auf dem Gebiet der Massenausbildung in den Griff zu bekommen. Und damit ist tatsächlich in den letzten Jahren ein Anfang gemacht worden, wie wir meinen, ein systematischer und gar nicht so schlechter Anfang. Deswegen, aus diesen grundsätzlichen Überlegungen heraus stimmen wir zu.

Wir haben uns auch nicht der Erkenntnis verschlossen, daß in den letzten Jahren auf dem Gebiet Wissenschaft und Forschung finanziell wirklich ein gewaltiger Schwerpunkt – und ein solcher damit auch personell – gesetzt wurde. Wir sehen weiters ein, daß angesichts einer extrem angespannten Budgetsituation nunmehr eine in den letzten Jahren stattgefundene Schwerpunktbildung natürlich nicht linear extrapoliert werden kann. Wir verstehen, daß es

nunmehr gewisse Grenzen gibt, die berücksichtigt werden müssen. Über diese Grenzen will ich dann auch noch einiges ausführen.

Aber zurück zum ersten Punkt der Feststellung: Wir befinden uns erstmals mit einem moderneren Instrumentarium der Bildungspolitik dabei, den gegebenen Zustand der Massenuniversität zu bewältigen. Versucht wird das in dreierlei Hinsicht, und zwar erstens organisatorisch, zweitens finanziell und drittens inhaltlich. Damit haben wir aber auch schon jene Bereiche aufgezählt, die sich hauptsächlich durch Mängel auszeichnen.

Organisatorisch war der zweifellos wichtigste Versuch die Schaffung des Universitäts-Organisationsgesetzes, das ja nicht die Zustimmung von uns Freiheitlichen gefunden hat, weil wir es für eine nicht ganz geglückte Lösung hielten und noch immer halten.

Die Kommissionitis, die heute an den Universitäten grassiert, und die Überlastung aller an der Universität wissenschaftlich lehrend oder lernend Tätigen mit einer endlosen Kette von Sitzungen, mit ungeklärten Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnissen sind zweifellos keine Leistungssteigerung vom Organisatorischen her, sondern, zumindest für eine lange Zeit hindurch, eine bedeutende Erschwernis.

Unlängst hatte ich ein Gespräch mit einem Universitätsprofessor, dessen Namen ich hier aus begrifflichen Gründen nicht nennen möchte. Er hat mir, sicherlich ein wenig überspitzt, aber im Kern doch wahr, folgende Situationsschilderung gegeben: Früher war seine Arbeitszeit im Verhältnis von etwa 50 : 50 zwischen Forschung und Lehre aufgeteilt. Dann kam die nächste Stufe. Es gab die Arbeitzeiteinteilung: ein Drittel Forschung, ein Drittel Lehre, ein Drittel Verwaltung. Dann kam die nächste Stufe, es kam die Hochschulpolitik dazu, die ganze Entwicklung um das UOG, und seine Arbeitszeit teilte sich auf: 25 Prozent Forschung, 25 Prozent Lehre, 25 Prozent Verwaltung, 25 Prozent Hochschulpolitik. Und heute – so meinte er mit etwas resigniertem Ton – sei er schon bei einer weiteren Untergliederung angelangt, nämlich 20 Prozent Forschung, 20 Prozent Lehre, 20 Prozent Verwaltung, 20 Prozent Hochschulpolitik und 20 Prozent Parteipolitik.

In dieser stufenweisen Entwicklung ist die tatsächliche Effizienz der geleisteten Arbeit an der Universität nicht verbessert, sondern verschlechtert worden, wenngleich ich dieses Zahlenbeispiel nicht bis auf den letzten I-Tupfen ernst nehme, Frau Minister.

Zum zweiten: Die finanzielle Bewältigung der Massenuniversität. Da zeigen sich heute bereits

Dr. Stix

die Grenzen. Leider geschieht das zu einem Zeitpunkt, da wir die Probleme noch gar nicht voll bewältigt haben. Das Problem der finanziellen Grenze, das Problem der Nichtfinanzierbarkeit einer weiter grassierenden Expansion ist umso schwerwiegender, als derzeit nichts darauf hindeutet, daß diese explosive Entwicklung der Studentenzahlen und überhaupt die Ausweitung des Hochschulbereiches zum Stillstand kommen wird. Über diese finanziellen Grenzen müssen wir noch sprechen, sie führen nämlich zum Kern des Problems. Und da, Frau Minister, werde ich auch einige Ihrer Thesen einer kritischen Beleuchtung unterziehen müssen.

Der dritte Punkt ist die inhaltliche Bewältigung der Massenuniversität. Es geht hier um die immer noch offene Antwort oder, besser gesagt, eine ganze Fülle offener Antworten auf die Fragen: Wofür bilden wir wen und wie richtig aus?

Es ist gar keine Frage, daß durch die Akzeleration unserer ganzen Entwicklung in Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft die Maßstäbe und damit auch die Maßstäbe früherer Bildungsvorstellungen verrückt sind, nicht mehr anwendbar geworden sind, eine große Unsicherheit vorhanden ist.

Aus dieser Situation heraus muß man nun die Frage stellen: Wo stehen wir heute in Österreich im Rahmen dieser gesamten sich überschlagenden Entwicklung? Denn es ist offensichtlich eine Entwicklung im Gange, und für deren Bewältigung müssen wir uns die Frage beantworten, wo, an welchem Punkt dieser Entwicklung wir in Österreich heute stehen.

Ich stütze mich hier auf die interessanten fünf Punkte des sogenannten Krisenzyklus in der Bildungspolitik des deutschen Bildungsökonomens Widmaier. Am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet er fünf Phasen.

Erste Phase: Im Zuge der Technisierung und einer hochentwickelten Wirtschaft entsteht eine objektive Knappheit an hochqualifizierten Arbeitskräften. Die Öffentlichkeit bemerkt das noch nicht.

Zweite Phase: Die Mangellage verschärft sich, der Bildungsnotstand wird langsam öffentlich bewußt. Hier tauchen dann auch die Prinzipien auf; etwa Dahrendorf: Bildung ist Bürgerrecht. Reformpläne werden entwickelt, technokratische Modelle mit großer öffentlicher Resonanz.

Nun entsteht aber ein Widerspruch. Das Nachfrageverhalten nach der weiterführenden Bildung ist nicht steuerbar mit dem vorgestellten Bedarf zu verbinden. Und plötzlich wird die Bildungsexpansion zu einer Gefährdung des ganzen Systems. Stichworte: akademisches Proletariat, Akademikerschwemme.

Dritte Phase: Auf Grund dieser Schwierigkeiten werden Planungsverfahren verfeinert, insbesondere hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten. Aber dieser Absicht stehen bald finanzielle Lücken entgegen. Genau die Situation, die sich derzeit in Österreich abzuzeichnen beginnt: Auf der einen Seite noch keine Bewältigung der Bildungsexplosion, auf der anderen Seite aber das brutale Sichtbarwerden der finanziellen Grenzen.

Nun zur vierten Stufe nach Widmaier. Das öffentliche Interesse nimmt ab, das Problem der Bildungsexpansion wird durch Sachzwangargumente zurückgedrängt, ursprünglich reformerische Absichten stoßen an die Grenze ihrer Finanzierbarkeit und daher Rückzug. Es kann sein, daß wir in diese Phase in Österreich in den nächsten Jahren hineinschlittern.

Was uns aber noch bevorstehen kann – und damit tauchen die wirklichen Probleme auf –, wird klar, wenn man sich die fünfte Stufe in diesem Krisenzyklus Widmaiers vor Augen hält. Es heißt darin:

Die Auswüchse der ersten Maßnahmen werden unkontrollierbar. Übertrittsquoten, Absolvierungszahlen sind gestiegen. Die Versorgungslage ist jedoch nicht gesichert. Versuche zu Kontrollmaßnahmen bringen verstärkte staatliche Eingriffe, meist mit technokratischem Charakter. Beschneidung der Hochschulautonomie, Auswuchs: Zwangsreglementierung durch Numerus clausus, Regelstudienzeiten und so weiter. Auf manchen Gebieten kommt es zur Kapazitätsplanung. In der Wissenschaft ergibt sich ein Schwergewicht auf die Lehrtätigkeit zuungunsten der Forschungsarbeit.

Ich glaube, Frau Minister, wenn man diesen Krisenzyklus hernimmt, um die österreichische Situation damit zu vergleichen, dann befinden wir uns sicherlich schon im Punkt 3, wahrscheinlich im Punkt 4, wo die harten finanziellen Tatsachen schon die Grenzen zeigen. Wir befinden uns aber noch nicht – und das ist vielleicht eine Chance für unsere Bildungspolitik – in der Situation des fünften Punktes, wo die Auswüchse nun zutage treten. Vielleicht ist es deswegen eine Chance für uns, weil wir auf diese Weise noch die Möglichkeit erhalten, Korrekturen vorzunehmen in der Entwicklung, die anderen Ländern, die früher von der Entwicklung überrollt wurden, nicht mehr möglich waren.

Damit kommen wir zur Kernfrage: Wozu ist diese Massenhochschulbildung überhaupt gut? Es ist gar keine Frage, Frau Minister, daß wir hier in die – wenn man so sagen kann – Philosophie oder auch die Ideologie der Hochschulbildung hineinkommen. Ich habe sehr

Dr. Stix

aufmerksam dem zugehört, was Sie vorhin von der Regierungsbank aus sagten. Sie lehnten jeden individuellen Ratschlag für Studierende als unverantwortlich ab. Sie stellten dem gegenüber in sicherlich idealistischer Weise das Menschenrecht auf Bildung, das wir im übrigen – siehe auch Zitat Dahrendorf – keineswegs bestreiten, und es ist auch im „Freiheitlichen Manifest“ enthalten. Aber Ihre ganze Argumentation lag doch auf der Linie, die die sozialistische Hochschulpolitik verfolgt: Jeder, der mag, soll studieren können.

Genau das ist das Problem. Jeder, der mag, soll studieren können. Einverstanden. Einverstanden, wenn er es sich selber bezahlt. Wenn aber – und das ist die Tatsache – die Gesellschaft nahezu vollständig die Hochschulbildung bezahlt, die Institutionen schafft, den Lehrkörper stellt, dem Studenten durch Studienförderung auch selber seine Existenz sichert – was alles in Ordnung ist –, dann, glaube ich, ist die Gesellschaft nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet zu fragen: Genügt es, daß du studieren magst, oder ist es nicht auch, wenn wir – die Gesellschaft – dich finanzieren, notwendig und richtig, daß wir auch einige andere Maßstäbe an dich anlegen dürfen?

Und hier muß eben doch das verpönte Wort vom Leistungsprinzip, zu dem wir Freiheitlichen uns bekennen, eindeutig in den Raum gestellt werden: Man kann nicht auf Kosten der Gesellschaft jedermanns Studium vollkommen finanzieren und sich dann darüber wundern, daß ohne gleichzeitiges Bekenntnis zum Leistungsprinzip die Hochschulen überquellen und das ganze nicht mehr finanzierbar wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich stimme völlig mit Ihnen überein, Frau Bundesminister, daß es überhaupt kein soziales Hindernis dafür geben darf, daß keiner, der begabt ist, egal, woher er kommt, daß keiner, der das Zeug zum Studium hat und der darüber hinaus den Leistungswillen mitbringt, durch finanzielle Schranken gehindert werden darf oder gehindert werden soll zu studieren. In diesem Punkt besteht nicht ein Hauch von Widerspruch zwischen Ihrer Auffassung und unserer freiheitlichen Auffassung. Aber dieser Punkt ist ja bereits überschritten, weil eben in der heutigen Bildungspolitik die Frage Quantität und Qualität nicht sauber genug auseinandergelassen wird, sondern im Gegenteil ständig durcheinandergeworfen wird.

Sie haben in etwa, Frau Minister, dasselbe vertreten, was noch deutlicher vor Ihnen der Herr Unterrichtsminister Sinowatz sagte: eine Art Laissez-faire-Prinzip, also einen so klassischen liberalen Standpunkt, den ein moderner Liberalismus längst überwunden und sublimiert

hat. Ein Laissez-faire in der Bildungspolitik: Jedem alles öffnen, jeder soll – möglichst auch noch ohne frustrierende Leistungsschranken – das machen können, und ja kein Numerus clausus! Gerade das ist der Widerspruch.

Genau durch dieses unreflektierte, unlimitierte Laissez-faire-Prinzip in der Bildungspolitik kommen Sie zwangsläufig zum Numerus clausus, weil eben eine hemmungslose Bildung in unkontrollierten Massenformen von der Gesellschaft nicht finanzierbar ist. Daher kommt es zwangsläufig zum Numerus clausus.

Und weil wir ihn offiziell in Österreich nicht haben, spielt er sich leider inoffiziell ab. Ich zitiere in diesem Zusammenhang meinen Kollegen Hanreich, der ja gesagt hat: In dem, was im OECD-Prüfungsbericht als die hohe Drop-out-Quote zitiert und richtig dargestellt wird, also in der hohen Zahl an Studienabbrechern – in Österreich sind es 50 Prozent der Studierenden, die nicht fertig machen –, kommt ein stiller Numerus clausus zum Ausdruck.

Oder ist es denn etwas anderes als ein stiller Numerus clausus, wenn unmotiviert heute in verschiedenen Fächern an der Hochschule und in verschiedenen Studiengängen von heute auf morgen, innerhalb ganz kurzer Zeit, die Prüfungsbedingungen, die Prüfungsnormen so hochgeschraubt werden, daß es Prüfungen gibt, in denen plötzlich 90 Prozent der Studierenden durchfallen, während vorher eine wesentlich geringere ständige Quote die Prüfung nicht bestanden hatte? Das sind Notwehrmaßnahmen, die ich verstehen kann, Notwehrmaßnahmen aus der Situation der Lehrenden heraus, aus der Situation des beschränkten Raum- und Arbeitsplatzangebotes heraus, aber tragisch für die unerwartet Betroffenen!

Man soll sich doch nicht in die Tasche lügen, weil wir keinen offiziellen Numerus clausus haben. Das ist ein Numerus clausus: ein faktischer, ein stiller! Er ist die zwangsläufige Folge eines ungehemmten Laissez-faire-Prinzips in der Hochschulpolitik.

Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß einfach zur Öffnung der höchstmöglichen Bildung für jeden, egal, aus welcher sozialen Situation er kommt, wenn er nur begabt ist, unbedingt und notwendigerweise als Korrekturfaktor das Leistungsprinzip dazugehört und nicht erst an der Hochschule. Nicht erst an der Hochschule, denn in Wahrheit beginnt ja das Problem vor den Toren der Hochschule an der AHS!

Wenn ich jetzt auf die in sachlichen Punkten vielfach berechnete Kritik des ÖVP-Abgeordneten Blenk kurz eingehe, dann muß ich ihm doch auch entgegenhalten, daß in dieser einen

Dr. Stix

Hinsicht nämlich die Hochschule in Wahrheit schon die Probleme der verfehlten Politik im AHS-Bereich mit ausbaden muß, daß also für diese falsche Bildungspolitik im AHS-Bereich nicht nur die Regierungspartei allein die Verantwortung trägt, sondern daß die Österreichische Volkspartei dieses mitverantworten muß. Man kann also, wenn man korrekt vorgeht, nicht die Probleme der Massenuniversität für sich allein betrachten, sondern man muß die ganzen Probleme des AHS-Bereiches miteinbeziehen.

Ich möchte zum Schluß noch einmal überspitzt unseren freiheitlichen Standpunkt in der Frage der Hochschulpolitik in Kombination mit Recht auf Bildung, Wegfall einer sozialen Schranke, aber Korrektur durch das Leistungsprinzip herausarbeiten.

Wir stimmen sicherlich darin überein, Frau Minister, daß es der Idealzustand ist, wenn ein begabter Mensch ohne Rücksicht auf mögliche Berufsaussichten und ohne durch irgendeine Einschränkung gehindert zu werden genau das studieren kann, was er will, was ihm am Herzen liegt. Das ist der Idealfall. Darin stimmen wir sicherlich überein.

Auch unser altes Hochschulsystem konnte im Einzelfall solche Idealtypen durchaus bewältigen, und mit unserem Fortschritt in der Hochschulpolitik kann dieser Einzelfall sogar ein häufigerer Fall werden. Aber eines kann er ganz sicherlich nicht werden: er kann nicht zur Massenerscheinung werden, denn dann stoßen wir an die Grenze der Finanzierbarkeit.

Wenn die Gesellschaft das gesamte Studium, die gesamten Einrichtungen finanziert, dann hat sie auch ein Recht, nach dem Nutzen zu fragen, sonst wäre es eine reine Luxusmaßnahme, und dafür reichen die Produktivkräfte unserer Gesellschaft nicht aus.

Das ist ein Widerspruch, und es taucht die Frage auf: Wie soll der gelöst werden?

Wir Freiheitlichen glauben, daß er sich lösen läßt, aber nicht, indem man so weitermacht wie bisher - ungehemmte Öffnung bei gleichzeitig 100prozentiger Finanzierung -, sondern indem man etwas zweites schafft: daß man nämlich denen, welche alle Möglichkeiten der Gesellschaft in Anspruch nehmen, sagt: Wenn ihr das tut, müßt ihr akzeptieren, daß man euch gewissen Steuerungen unterwirft, Steuerungen, die selbstverständlich auf Marktforschungen beruhen müssen.

Diese Studierenden müssen auch Ratschläge akzeptieren, von denen wir sehr wohl glauben, daß eine verantwortliche Bildungspolitik dazu berufen ist, sie zu geben; nicht unbedingt im

Einzelfall, aber im Sinne einer indikativen Planung. Zweifelsohne. Das ist keineswegs freiheitsfeindlich, sondern das ermöglicht die Aufrechterhaltung von Freiheitszuständen in Massenerscheinungen.

Also hier müssen wir eine gewisse Bildungslenkung ins Auge fassen. Aber wir sollten gleichzeitig den Weg und Freiheiten für jene schaffen, die ohne Rücksicht auf ihre beruflichen Chancen oder auf materielle Erwägungen das studieren wollen, was ihnen am Herzen liegt. Das wäre durch die Schaffung eines Studiendarlehenssystems, durch das eben ein Studium, zum Beispiel bis zu 100.000 S, finanziert wird, vielleicht sogar ohne Zinsen, mindestens aber mit Zinsstützung und Garantie, wobei der Betreffende sagt: Später zahle ich das aus meinem Berufseinkommen zurück, ganz gleich, ob ich nun als Akademiker oder anderswie berufstätig bin, mir ist das Hochschulstudium, mir ist die Hochschulbildung so viel wert, daß ich das tue.

Diesem Idealtypus, Frau Minister, sollten wir ermöglichen, so sein Recht auf Bildung in höchster Weise zu verwirklichen, indem wir ein solches Studiendarlehenssystem schaffen.

Aber eines geht nicht: In der Volkswirtschaftslehre ist es eine Binsenweisheit, daß jede Überproduktion letztlich nichts anderes darstellt als die Vergeudung von Produktivkräften. Auch die Überproduktion von Akademikern, soweit sie von der Gesellschaft bezahlt wird, stellt eine Vergeudung und Fehlleitung von Produktivkräften dar. - Das ist die wirtschaftliche Betrachtungsweise.

Ich möchte aber bewußt mit der menschlichen Betrachtungsweise schließen. Denn was bei Sachgütern eine bedauerliche Erscheinung ist, wenn sich Ware unabsetzbar stapelt, ist bei der Überproduktion von Akademikern ein menschliches Problem. Die Überproduktion von Akademikern wäre gleichzeitig auch die Massenproduktion von menschlicher Enttäuschung, von menschlicher Frustration und von menschlicher Verzweiflung, und das wollen wir Freiheitlichen nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wille.

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Frau Bundesminister! Hohes Haus! Es wäre sehr reizvoll, zum Problem des Numerus clausus einiges zu sagen, aber ich habe mir vorgenommen, die Forschungspolitik zu besprechen, und bin damit bereits bei den Ausführungen des Kollegen Blenk, der gesagt hat, daß auch dieses Gebiet zeige, daß der sozialistische Slogan: Versprochen, gehalten! nicht Realität geworden ist.

Wille

Man braucht sich dazu ja nur die Forschungskonzeption anzuschauen, die die Bundesregierung 1972 beschlossen hat. Das Ziel der Forschungskonzeption ist vor allem die Verdopplung der Mittel im Zeitraum 1972 bis 1980. Von einem Anteil, gemessen am Bruttonationalprodukt, von 0,75 Prozent auf 1,5 Prozent. Das bedingt eine jährliche Steigerung von annähernd 20 Prozent oder eine Steigerung von 3,3 Milliarden Schilling im Jahre 1971 auf über 13 Milliarden Schilling im Jahre 1980. 1976, also im laufenden Jahr, ist diese Zielsetzung um rund 20 Prozent überschritten worden, sodaß wir trotz des Sparbudgets im kommenden Jahr immer noch den Zielvorstellungen der Forschungskonzeption gerecht werden.

1977 werden allein vom Bund für Forschung ungefähr 3,9 Milliarden Schilling ausgegeben. Seit 1970 stieg damit der Forschungsaufwand von 1,1 Milliarden um 2,7 Milliarden oder um 240 Prozent. Gegenüber 1976 sind das 170 Millionen oder 4,5 Prozent.

Freilich ist es richtig, daß natürlich auch der Finanzminister teilweise Forschungsminister ist, wie das Kollege Busek behauptet hat. Er befindet sich mit dieser Behauptung zweifellos in guter Gesellschaft, denn auch der Unterrichtsminister hat zum wiederholten Male behauptet, daß jeder Minister auch Kulturminister sei, weil er sich für die gesamte Entwicklung in unserem Lande verantwortlich zeigen müßte.

Freilich ist auch durchgeklungen, hier stünde nicht mehr Geld zur Verfügung, weil die Wirtschaft in den letzten Jahren nicht genügend gebracht habe, weil nicht genügend erwirtschaftet worden sei.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang, weil das viel zuwenig oft während dieser Budgetdebatte gesagt worden ist, auf die Ausführungen von Professor Kausel vom Statistischen Zentralamt hinzuweisen, es hat bereits der Finanzminister seine Ausführungen zitiert.

Kausel meinte wörtlich: „Unter allen europäischen Staaten hat Österreich seit 1970 die weitaus größten ökonomischen Fortschritte aufzuweisen ... Österreich hat dadurch (im Pro-Kopf-Produkt) mit der westlichen Welt de facto gleichgezogen.“

Frau Bundesminister! Es ist eine betrübliche Sache, wenn die Opposition glaubt, dieses Kapitel am heutigen Tage abwerten zu müssen. Im Grunde genommen geschieht es auf wirtschaftlichem Gebiete alle Tage. Die OECD bescheinigt uns wie keinem anderen Land, daß die österreichische wirtschaftliche Entwicklung beispielgebend ist, und dennoch erleben wir hier täglich, wie man versucht, die österreichische Wirtschaftspolitik herabzusetzen.

Die stolze Bilanz, die stolze wirtschaftliche Bilanz ist aber zweifellos auch auf die Leistungen auf dem Gebiete von Wissenschaft und Forschung zurückzuführen. Diese haben einen wesentlichen Anteil.

Wenn ich der Regierung einen Vorwurf machen will, dann vor allem den Vorwurf, daß diese Tatsache nicht genügend plakatiert wird.

Wie gesagt, wir haben es also mit einem Sparbudget zu tun, in dem aber die Zielvorstellungen der Forschungskonzeption immer noch, auch 1977, erreicht, sogar überschritten sind.

Aber ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf die Tatsache hinweisen, daß der Staat wohl kaum wie jemand anderer in der Forschungspolitik seine Aufgaben erfüllt hat. In Österreich beträgt der Anteil der Wirtschaft an den gesamten Forschungsausgaben 45 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland sind es 60 Prozent. In der Schweiz sind es 80 Prozent und in Japan 100 Prozent, da gibt es keine staatliche Forschungsförderung.

Wenn in diesem Zusammenhang der Abgeordnete Busek der Meinung ist, eine „gigantische Belastungswelle“ würde es der Wirtschaft nicht ermöglichen, einen größeren Beitrag zu leisten, dann muß ich sagen, an der „gigantischen Belastungswelle“ ist vor allem richtig, daß es eine gigantische Phrase ist.

Denn wenn wir uns die letzten Belastungen ansehen, dann sehen wir vor allem, daß der größte Betrag dieser Belastungen in den Straßenbau hineingegeben wird. Und warum denn? – Weil vor allem in sieben Jahren die Zahl der Kraftfahrzeuge von 1 Million auf 2 Millionen gestiegen ist, also sich nahezu verdoppelt hat. Ja können wir denn zusehen, wie sich die Zahl der Kraftfahrzeuge verdoppelt, ohne den Straßenbau genügend zu finanzieren? Die Erhöhungen bei Bahn und Post gehen doch offensichtlich in Betriebe, sodaß die Gebühren übrigbleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren auch der Opposition, ich erinnere an den gestrigen Tag. Wir haben gestern eine Reihe von Sozialgesetzen und eine von „Kriegsfolgegesetzen“ einvernehmlich beschlossen. Und diese Gesetze werden voraussichtlich die ganze Belastungswelle wieder wettmachen, weil wir dieses Geld brauchen, wie Sie immer wieder sagen, um die Armut zu bekämpfen, die wir ja seit 1970 in sehr ernster Weise bekämpft haben.

Aber wenn man davon redet, muß man ja auch sehen, daß wir es mit einem Bruttonationalprodukt von 800 Milliarden Schilling zu tun haben, sodaß sich die Beträge, die die Belastung betreffen, ja in einem ganz anderen Lichte darstellen.

4088

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Wille

Eine weitere Frage ist interessant: Es wird immer wieder, auch anlässlich der Ideologiediskussion, die Frage aufgeworfen: Gibt es nicht zu viel Staat? Und ich möchte in diesem Zusammenhang „Die Presse“ vom 4. und 5. Dezember 1976 zitieren, in der der Chefredakteur über die Gesinnungsalternativen, die gesucht werden, unter anderem folgendes schreibt:

Der Staat ist übermächtig geworden, das Unbehagen über den Staat ist groß. Es kommt zu einer Konfrontation des Staates mit dem Individuum.

Und ich frage, wie ist denn das in der Forschungspolitik, wenn die Ausgaben des Staates in Österreich so groß sind? Wird die Wirtschaft sagen, wir wollen weniger Geld, wir werden mehr aus eigenen Mitteln für Forschung und Entwicklung einsetzen? Oder wird man sehr wohl, wie auch bei den gestrigen Sozialgesetzen, sagen, daß es eben notwendig ist, daß der Staat diese Aufgaben in unserer Gesellschaft übernimmt?

Und nun einige Worte zur Struktur der Ausgaben: Von den rund 3,9 Milliarden Schilling werden nur zirka 250 Millionen, also 6 Prozent, frei verfügbar sein. 3,6 Milliarden Schilling sind durch das Bundesfinanzgesetz gebunden. Davon erhalten die Universitäten und die Hochschuleinrichtungen 2,2 Milliarden, die Forschungsförderungsfonds 315 Millionen, die Bundesanstalten 500 Millionen und die Selbstverwaltungseinrichtungen, wie die Akademie der Wissenschaften, die Boltzmann-Gesellschaft oder die Studiengesellschaft für Atomenergie, 400 Millionen Schilling.

Jedenfalls wird immer wieder kritisiert, daß der Anteil der universitären Forschung beträchtlich zu groß ist. Es ist zum Teil verständlich, daß außeruniversitäre Einrichtungen Themen wie die „Biologie der Kamelhalsfliege“ oder „Madenwespen in den Alpen“ oder „Die Beziehungen der Grafen und Fürsten“ oder die „Musik des Hinduismus“ reichlich unverständlich finden. Auch mir ist es nicht ganz verständlich bei aller Freiheit für die Forschungspolitik, wenn man weiß, daß Themen, die die Arbeiterbewegung oder die arbeitenden Menschen des Landes betreffen, erst in den letzten Jahren entdeckt werden mußten, wie beispielsweise die „Geschichte der Arbeiterbewegung“ oder die „Arbeitswissenschaften“, die ein völlig neuer Bereich in der österreichischen Forschungspolitik sind, oder Forschungsaufgaben über die „Strukturen der sozialen Ungleichheit“.

Zweifellos ist Geld nicht alles, und gerade in dieser Stunde, in der wir zum Sparen angehalten sind, soll das gesagt werden. Das Bundesmini-

sterium und vor allem die Frau Bundesminister haben natürlich bei der Mobilisierung der Mittel sehr beträchtliche Verdienste erworben, aber die größten Verdienste scheinen mir in einer Modernisierung und in einer vernünftigen Formulierung der Forschungspolitik zu liegen, weil die Forschung ein Instrument zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme ist, wie das in der Regierungserklärung heißt. Wichtig ist zudem, daß vor allem eine notwendige Koordination neben den Forschungsinhalten dafür sorgt, daß es zu einem optimalen Einsatz der Mittel und der Personen kommt.

Wenn Kollege Busek die Meinung vertreten hat, daß das Handbuch der Wissenschaften bereits ein Forschungsstättenkatalog gewesen sei, dann würde ich ihn bitten, darin einmal zu suchen, wo denn ... (Abg. Dr. Busek: *Sie haben mir schlecht zugehört! Die Fehler, die im Forschungsstättenkatalog gemacht wurden ... ich verweise Sie auf den Notring, die sind da schon drin!*) Ich habe Ihnen sehr gut zugehört. Sie haben mit Bedauern in Ihrer Rede festgestellt, daß bei der Debatte zum Forschungsbericht jemand die Idee gehabt hat zu behaupten, daß der Forschungsstättenkatalog nun erstmalig vollständig vorliegt.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß das „Handbuch“ zweifellos ein nützlicher Vorläufer war. Aber gerade wir, die wir immer wieder von der wirtschaftsbezogenen Forschung reden, müssen natürlich sehr arg bekritteln, daß vor allem die industriellen Forschungsstätten darin nicht aufgeschienen sind. Und erst im Forschungsstättenkatalog 1975 werden erstmals alle Forschungsstätten innerhalb eines Jahres erfaßt, auch unter anderem in Anerkennung der Verdienste der Bundeskammer und des Statistischen Zentralamtes.

Also Übersicht über die Forschungsstätten, über die Forschungsvorhaben ist einfach eine große Notwendigkeit neben den modernen Zielvorstellungen, die die Forschungspolitik hat. Denn die Informationskrise, von der heute immer wieder geredet wird, ist natürlich eine Realität, weil es Millionen von Informationen gibt, die von Tausenden, in Österreich von 1700, Forschungsstellen zu verarbeiten oder zu überblicken sind. Sie können an ihnen nicht vorbeigehen.

Zweifellos haben Wissenschaft und Forschung in den letzten Jahren ein sehr hohes Ansehen erlangt, obwohl, und das möchte ich kritisch vermerken, Wachstum, Mechanisierung, Motorisierung oder Chemisierung des Lebens zu stark im Vordergrund standen. Eine Neuorientierung der Forschung, wie sie Prager in „Wirtschaft und Gesellschaft“ nennt, müßte vor allem darauf

Wille

hingerichtet sein, daß Wirtschaftswachstum nicht eindimensional gesehen wird, was natürlich nur möglich ist, wenn der Mensch selbst nicht eindimensional programmiert ist.

Abschließend möchte ich noch auf die neuen Forschungsaufgaben hinweisen: Bevölkerungspolitik, Urbanisierung, Umweltsanierung, Verkehrstechnik, Arbeitswissenschaften, Gesundheitswesen. Also alles Aufgaben, die die Gesellschaft unmittelbar berühren.

Und damit möchte ich schon zum Schluß kommen und möchte mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß uns die Opposition zweifellos nicht entmutigt findet, wenn nach einer derart großen Aufbauarbeit, wofür dem Bundesministerium zu danken ist, ein Jahr des Sparens eingeschaltet wird, noch dazu wenn der Forschungskonzeption entsprochen ist.

Ich meine also, daß die Regierung nicht nur regiert, sondern daß sie gut regiert, daß wir die Wirtschaft in Ordnung halten, daß wir die Betriebe und die Universitäten demokratisiert haben, daß wir ein neues Verhältnis zum Recht geschaffen haben und daß wir uns heute frei und leistungsfähig eingegliedert sehen in ein großes, freies Europa. Es wäre einfach maßlos, wenn wir meinen würden, daß wir all die Last, die die Probleme bringen, abladen könnten auf eine Regierung, und wenn wir nicht bereit wären, alle diese Probleme mit unseren besten Kräften mitzutragen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Höchtl.

Abgeordneter Mag. Höchtl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Mensch unseres Zeitalters und des in unserer Gesellschaft immer höher werdenden Zivilisationsniveaus fühlt sich in verschiedenen Bereichen seiner Existenz durch Tendenzen wie Vermasung, Verstädterung, Rationalisierung oder Bürokratisierung bedroht. Ich glaube, daß diese Tendenzen es sind, die bewirken, daß sich immer mehr Menschen dem Sport zuwenden, wenn ihnen dazu auch die entsprechenden Möglichkeiten geboten werden.

Ich glaube, überhaupt sagen zu dürfen, daß die Entwicklung des Sports eng mit der Gesamtentwicklung der Gesellschaft zusammenhängt, sowohl was die Reaktionen des Sports, der Menschen im Sport auf die gesellschaftlichen Entwicklungen anbelangt, als auch was die in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wesentlichen Grundwerte betrifft.

Ich glaube, gerade im modernen Sport werden zwei Grundwerte der modernen Gesellschaft auf unmittelbare Weise tagtäglich erlebt und gelebt,

nämlich das Leistungsprinzip einerseits und das Prinzip des Wettbewerbs andererseits. Dies sind aber auch zwei jener Grundwerte, die immer stärker von verschiedenen Teilen von Sozialisten verschiedenster Provenienz angegriffen und in Frage gestellt werden.

Meine Damen und Herren! Die sportliche Leistung ist eine freiwillige. Und diese Freiwilligkeit schafft Freude an der selbstgewählten und selbsterbrachten Leistung. Und gerade der Sport läßt auch den Menschen als ein Wesen sichtbar werden, das zur Freiheit bestimmt ist. Ich glaube und bin überzeugt davon, daß die im Sport gemachten Erfahrungen von Freiheit und Glück Einsichten und Kräfte freisetzen können, die dann in anderen Bereichen der Gesellschaft für ein freieres, ja für ein erfüllteres Leben wirksam werden.

Und damit ist auch gerade jener Ansatz angedeutet, der den Sport zu einer Erörterung als gesellschaftspolitisches Phänomen erster Ordnung direkt aufdrängt, da ja gerade im Sport konkrete Ausprägungen gesellschaftspolitischer Grundsätze auftreten.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es gilt meines Erachtens heute mitzuhelfen, den Sport und dabei insbesondere auch den Leistungssport gegen verschiedene Angriffe sportfeindlicher linker Ideologen abzusichern, bevor sich auch hier Entwicklungen breitmachen, die zwar von SPÖ-offizieller Seite auch in anderen Bereichen immer wieder lautstark dementiert werden oder worden sind, aber sich schließlich doch in Ihren Reihen durchgesetzt haben.

Ich will damit nicht sagen, daß ich den Sport und speziell den Leistungssport unter eine gesellschaftliche Käseglocke stellen möchte. Nein, im Gegenteil. Lange genug hat der Sport darunter gelitten, daß die Wissenschaft, aber auch teilweise die Publizistik ihn nicht ernst genommen haben. Der Sport galt lange als Randphänomen in der Gesellschaft, als etwas Oberflächliches, im Extremfall sogar als ein vulgäres Vergnügen einiger Banausen. Gott sei Dank, glaube ich, ist diese Einstellung größtenteils verschwunden.

Aber nun etwas zu den manchmal versteckt, manchmal sogar offen vorgetragenen Angriffen gewisser linker Ideologen auf den Sport.

Meine Damen und Herren! In Wahrheit steckt natürlich hinter diesen Angriffen auf diese Sportarten und Leistungssportarten ein grundsätzlicher Angriff auf gewisse Grundwerte unserer Gesellschaft, nämlich auf das Leistungsprinzip und auf das Prinzip des Wettbewerbs. Ich glaube, das ist der Grund, weshalb solchen Angriffen nicht genug Aufmerksamkeit

4090

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Mag. Höchtl

geschenkt werden kann und weshalb ich auch nicht gewillt bin, diese Angriffe unwidersprochen hinzunehmen.

Gesellschaftspolitische Theorien, die nur ideologischen Selbstzwecken dienen und allein auf utopische Modelle abzielen, liegen nach Ansicht der Österreichischen Volkspartei jenseits vernünftiger Sportpolitik. Sportpolitik für die Österreichische Volkspartei bedeutet, daß konkret auf die Bedürfnisse der Menschen in unserer Gesellschaft eingegangen werden muß, daß der einzelne Mensch ein Anrecht hat auf Freizeitsport, auf Breitensport, auf Wettkampfsport, auf Leistungssport, ja auch auf Hochleistungssport. Denn ich glaube, hier ist ein unterschiedliches Angebot, ein Angebotsspektrum notwendig, das zur sinnvollen Freizeitgestaltung, zur Erhöhung der Lebensfreude dienen muß, ja zur Gesunderhaltung, aber auch zur Persönlichkeitsentfaltung da sein muß. Und deshalb sage ich: Sportpolitik ist ein Teil der Gesellschaftspolitik, muß also unter gesellschaftspolitischen Prämissen diskutiert werden.

Und wenn man so manchmal Argumente von einigen Marxisten gegen den Sport hört, dann glaubt man fast, ihnen eine Frage stellen zu müssen, die ungefähr so lauten könnte: Könnt ihr den Menschen denn überhaupt nicht jenes bißchen Freude lassen, das sie im Sport und im Erlebnis am Sport finden? Müssen denn Marx und Engels überall mitlaufen, wenn Menschen nur wissen wollen, wer über 100 Meter der Schnellste ist?

Dabei übersehe ich sicherlich nicht, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, eine berechtigte Frage, die immerhin bezüglich der Grenze des Zumutbaren im Leistungssport gestellt werden muß. Sicher ist nämlich, daß dort, wo Leistungssteigerung nur mehr mit unmenschlichen Qualen erreicht werden kann, im Grunde das Spielerische, das Heitere im Charakter des Sports verleugnet wird.

Aber aus einzelnen Fehlschritten vielleicht eine blinde Angriffswut ableiten zu wollen gegen den Leistungssport, ich glaube, das wäre eine Haltung, die wir von der Österreichischen Volkspartei entschieden ablehnen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir sind im österreichischen Bereich der Sportorganisation stets zu einem gemeinsamen Bekenntnis gekommen, zum Bekenntnis zur sportlichen Selbstverwaltung und Selbstverantwortung, die einer freien Gesellschaft angemessener und, ich glaube, auch dem Menschen würdiger ist.

In einer freien Gesellschaft kann nämlich der Sinn der Sportförderung nicht darin bestehen, Goldmedaillen oder Weltmeisterschaften zum

höheren Ruhme des Staates anzuhäufen, es kann auch nicht darum gehen, dem einzelnen Minister, wenn er das Sportressort hat, zu größerem Ruhm zu verhelfen, sondern der einzige Zweck der Sportförderung kann nur sein, dem einzelnen Menschen mehr natürliche Freude an der sportlichen Betätigung zu geben, ihn darin zu bestärken und ihm dafür die notwendigen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Sport hat also nicht dem Staate zu dienen, sondern die Einrichtungen haben dem Menschen zur Sportausübung zu dienen. Und deswegen werden wir von der Österreichischen Volkspartei auch die kleinsten Ansätze, die kleinsten Tendenzen bekämpfen müssen, die in irgendeiner Richtung auf Staatssport hindeuten würden. Wir wollen im Gegenteil alle gesellschaftlichen Kräfte fördern, die im Sport lebendig sind, aber wir wollen nicht, daß der Sport am Gängelband des Staates pendelt.

Herr Minister, weil Sie hier sind, möchte ich Sie bitten, zu einer Frage klar Stellung zu nehmen.

Wenn Informationen stimmen, die mir zugegangen sind, dann haben Sie manchmal die Grenzen des Bekenntnisses zur Selbstverwaltung im Sport überschritten. Herr Minister, dann haben Sie durch direkte Einmischung in das Geschehen eines Verbandes die von uns hochgehaltene Autonomie der Verbände schwer beeinträchtigt. Wenn dies zutrifft, dann stellt sich, Herr Minister, für mich die Frage, wie Sie es eigentlich überhaupt mit dem Freiheitsspielraum des Sportes halten.

Ich möchte es nicht verabsäumen, Ihnen konkret den Sachverhalt zu schildern, der mich zu dieser Frage veranlaßt:

Es erhält der Präsident des Österreichischen Boxverbandes die Mitteilung, daß, wenn innerhalb seines Verbandes weiterhin an einem Disziplinarverfahren gegen einen Wiener Sportler festgehalten wird, sich der Betroffene beschweren wird – eine dunkle, meines Erachtens unzulässige Drohung.

Auf die Frage des Präsidenten des Österreichischen Boxverbandes, bei wem er sich denn beschweren würde, lautet die Antwort: beim Minister. Was der Minister in dieser Frage zu suchen hat, ist weder dem Boxverband noch anderen Sportfunktionären als Vertreter des freien Sports verständlich.

Aber dann nimmt diese Angelegenheit ihren Lauf, Herr Minister: Die Bundessportorganisation erhält von Ihrem Ministerium einen Brief und wird zu einer Stellungnahme dazu aufgefordert, spricht: Der Brief des Beschwerdeführers,

Mag. Höchtl

dieses Wiener Sportlers, ist bereits bei Ihnen eingelangt, und Sie versuchen sich zu engagieren.

Die Bundessportorganisation reagiert auf diesen Brief in der einzig möglichen Art und Weise, nämlich indem sie sagt, einzig und allein sei dafür der autonome Sportverband zuständig. Nun folgt aber, Herr Minister, ein Schritt, der nicht nur die Autonomiebeachtung der Verbände seitens des Ministers aufs ärgste in Zweifel zieht, sondern auch noch eine Art „Wohlverhaltensklausel“ seitens des Ministers vermuten läßt. Es erfolgt nämlich eine Verständigung, daß es eine Weisung des Ministers gebe, wonach der Boxverband kein Geld für den Trainer erhalte, wenn nicht die erwähnte Angelegenheit geklärt wäre. Daraufhin erfolgt ein eindringlicher Brief der Bundessportorganisation an den Minister mit der Aufforderung, doch diesen ungehörigen Zusammenhang zu lösen.

Herr Minister! Der Präsident des Österreichischen Boxsportverbandes hat letztlich nun doch einen Brief am 7. 12. dieses Jahres an Sie geschrieben, in dem er auch klarstellt, daß Sie überhaupt keine Kompetenz für die gesamte Angelegenheit hätten. Persönlich drückt er die dezidierte Meinung aus, daß er sich nie zu einem derartigen Brief verstanden hätte, wenn er nicht eindeutig unter Pressure gestanden wäre, daß der Trainer seines Verbandes ansonsten kein Geld erhalten hätte.

Herr Minister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß auch Sie ein Interesse daran haben müßten, daß diese Angelegenheit in aller Öffentlichkeit geklärt wird. Es ist jedenfalls ein eminentes Interesse der verschiedenen Sportverbände vorhanden, die wissen wollen, wie Sie es eigentlich mit dieser Autonomie der Sportverbände halten, wie hoch Sie die Freiheitsräume des Sportes einschätzen. Oder ob Sie vielleicht versuchen wollen, eine – ich möchte sie so bezeichnen – „Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik“ zu initiieren. Ich hoffe, Herr Minister, und ich hoffe das für alle Sportverbände, daß Sie hier in dieser Debatte noch ein klärendes Wort dazu sagen werden. *(Beifall bei der ÖVP. – Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Herr Minister, ich möchte es nicht auf diesen einzigen Fall beschränken; ich möchte auch noch einen zweiten derartigen Fall anführen: Es existieren, wie Sie wissen, in Österreich zwei große Motorsportverbände, wobei einer, nämlich der ÖAMTC, rechtlich abgesichert, die internationale Vertretung wahrnimmt.

Diese Situation freut natürlich den anderen großen Verband nicht und wahrscheinlich aus parteipolitischen Gründen auch den zuständi-

gen Minister nicht. Nun versucht der Minister, sich als Vermittler zu betätigen, wobei aber die Rolle, in der er hier in dieser Vermittlung tatsächlich agiert, relativ sehr stark unklar bleiben muß. Denn eines ist, glaube ich, klar, nämlich daß, wenn der Minister in das Ministerium einlädt, es sicherlich auch mit der Machtposition des Ministers möglich ist, daß er gewisse Damen und Herren, die bei einem derartigen Gespräch vorhanden sind, in die eine oder andere Richtung bringen kann. Ich glaube, besonders kritisch wird ein derartiges Vermittlergespräch dann, wenn sich plötzlich herausstellt, daß bei solchen Gesprächen auch Personen auftauchen, die aber schon überhaupt nichts mit dem Motorsport zu tun haben, es sei denn, ein parteipolitisches Interesse aufweisen. Ich möchte hier den Generalsekretär des ASKÖ, Herrn Spiola konkret, als Teilnehmer dieses Vermittlergespräches nennen.

Ich glaube, Herr Minister, das ist auch wieder ein Fall von Arrogierung eines Rechtes, eine Aneignung von Rechten, die Ihnen nicht zustehen, vor allem, wenn ich noch die Frage anschließe, die sich unmittelbar daran logisch schließen läßt, nämlich: Ist vielleicht die Tatsache, daß der ÖAMTC ein Ansuchen am 9. 12. des vergangenen Jahres um Subventionierung der Durchführung der Weltmeisterschaften gestellt hat und bis zum 8. September dieses Jahres überhaupt keine Reaktion Ihres Ministeriums erhalten hat, in irgendeinen, wenn auch indirekten Zusammenhang mit der ungeklärten Frage dieser Vertretung der Motorsportverbände zu setzen?

Herr Minister! Ich habe diese beiden Beispiele angeführt. Ich bitte Sie um Klärung, weil ich glaube, daß es nicht möglich ist, daß man dauernd verbal die große Autonomie der Verbände betont und laut verkündet, aber dann in solchen konkreten Details andere Handlungen setzt. Ich glaube, es bedarf einer echten Klärung, weil ansonsten vermutet werden müßte, daß eine neue Art systematischer sozialistischer Sportpolitik Ihrerseits begonnen würde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Noch kurze Bemerkungen zu einem Bereich, der in den letzten Monaten auch sehr stark in Diskussion gestanden ist, nämlich dem Bereich der Jugendförderung, insbesondere die Frage des Bundesjugendplanes. Herr Minister, was Ihr Verhalten bezüglich des Bundesjugendplanes in den letzten Jahren anbelangt, glaube ich, kann man nur so kennzeichnen: versprochen, versprochen und wiederholt gebrochen.

Sie wissen ganz genau, daß Sie bereits im Jahre 1973 den Jugendorganisationen des Bundesjugendringes in Aussicht gestellt haben,

4092

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Mag. Höchtl

daß sie mit einer ähnlichen Steigerung der zur Verfügung stehenden Mittel rechnen können, die sie am Beginn Ihrer Ministerschaft der Erwachsenenbildung geben konnten. Jedoch mußten diese 17 Jugendorganisationen, wie sie jetzt im Bundesjugendring vorhanden sind, außer Ihren ständigen schönen Worten bei Vorsprachen, aber auch bei Jugendkonfrontationen seitens Ihrer Person, aber auch seitens der Person des Bundeskanzlers, nichts anderes sehen und vernehmen als entgegengesetzte, negative Taten.

Sie wissen, Herr Minister, hätten Sie nämlich Ihr Wort aus dem Jahre 1973 gehalten, wären diesen 17 Jugendorganisationen des Österreichischen Bundesjugendringes mit den mittlerweile mehr als 710.000 Mitgliedern, die in diesen Jugendorganisationen vertreten sind, bereits im Jahre 1975 mehr als 29 Millionen Schilling zur Verfügung gestanden. Tatsache ist aber, daß im Jahre 1975 18 Millionen, im Jahre 1976 ebenfalls 18 Millionen zur Verfügung standen und im Jahre 1977 überhaupt noch eine beträchtliche Kürzung verzeichnet werden mußte.

Bundeskanzler Dr. Kreisky hat noch am 3. Juli dieses Jahres bei einer Jugendkonfrontation zum Thema Jugendförderung eine zusätzliche Förderung außerhalb des Bundesjugendplanes den Jugendorganisationen zugesagt. Die tatsächliche Entwicklung im Bundesjugendplan – und außerhalb dieses hat es überhaupt nichts Zusätzliches gegeben – ist eine eindeutig nicht eingehaltene, ja gebrochene Versprechenspolitik. Nicht nur, daß die Jugendorganisationen aus keinen anderen Mitteln irgendwelche finanzielle Unterstützung bekommen hätten, sondern noch im Bundesjugendplan in der ersten Phase für das Jahr 1977 sogar eine 11,3prozentige Kürzung hinnehmen mußten, ist es nur durch vehemente Vorsprachen gelungen, eine Verminderung dieser Kürzung einzuleiten. Aber immerhin sind noch 921.000 S für das Jahr 1977 an Kürzung im Vergleich zum Jahre 1976 übriggeblieben.

Herr Minister! Ich frage Sie hier stellvertretend für alle 17 im Bundesjugendring vertretenen Organisationen: Wie ist es Ihnen denkbar, wie glauben Sie, daß es den 17 Jugendorganisationen möglich ist, für 710.000 Mitglieder – also eine erfreuliche Steigerung in den Mitgliederzahlen – immer mehr Arbeit für immer mehr Mitglieder mit immer weniger Geld zu leisten? Ich glaube, das ist ein Paradoxon, wie es auch Jugendorganisationen sicher nicht schaffen können.

Herr Minister! Werden Sie überhaupt – und das möchte ich Sie wirklich fragen – noch an die Verwirklichung des Versprechens des Jahres

1973 denken? Werden Sie überhaupt noch konkrete Schritte in den nächsten Jahren dafür setzen wollen? Denn ansonsten müßte eines klar ausgesprochen werden, würden Sie das nicht machen: Verbale Deklarationen für eine jugendfreundliche Haltung der derzeitigen Bundesregierung würden ansonsten überhaupt nicht über die immer in diesen Daten zum Ausdruck gekommene jugendfeindliche Haltung hinwegtäuschen können. Und diese jugendfeindliche Haltung ist in diesen vielen konkreten politischen Maßnahmen der letzten vier Jahre zum Ausdruck gekommen.

Herr Minister! Ich fordere Sie auf, im Interesse der Aufrechterhaltung der Arbeit dieser 17 Jugendorganisationen, im Interesse der 710.000 Mitglieder hier echte Schritte zu setzen, ansonsten, glaube ich, würde hier nicht nur die Resignation bei einigen wenigen Organisationen, sondern bei allen Platz greifen. Und dafür würden Sie allein die höchstpersönliche Verantwortung tragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Haas. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Haas** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es erscheint mir doch notwendig, kurz auf die Ausführungen meines Vorredners einzugehen. Denn diese Pauschalverdächtigungen, daß der Leistungssport gegen die Angriffe der Sozialistischen Partei abgeschirmt werden müßte, sind unserer Meinung nach unqualifiziert, aber auch unverständlich. Da hätte der liebe Herr Kollege Höchtl schon genauer sagen müssen, was er damit meint und gegen wen sich diese Angriffe richten. *(Abg. Dr. Gruber: Das sind linke Ideologen!)* Aber er ist eben die Beweise bezeichnenderweise schuldig geblieben. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, wenn Herr Kollege Mag. Höchtl sogar Marx und Engels strapaziert und selbst in Sportfragen mit diesen beiden historischen Gestalten unsere Sportfeindlichkeit zu beweisen versucht, so kommt uns das schon sehr, sehr sonderbar vor.

Wir finden dafür nur eine Erklärung: Die Österreichische Volkspartei hat in Wirklichkeit der Sportpolitik dieser Regierung nichts Entsprechendes entgegenzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte auch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Kollegen Josseck in der Mittagsstunde machen. Ich persönlich teile nicht seine Ansicht, daß durch die drei Dachverbände ASKÖ, Union und ASVÖ die Verpolitisierung des Sportes bei uns in Österreich gegeben ist, die zu solchen Zuständen geführt haben soll, wie sie Kollege Josseck angeschnitten hat.

Haas

Ich habe schon oft in den letzten Jahren Gelegenheit gehabt, mit Mitgliedern der Sportorganisation zu sprechen. Das sind die Vertreter dieser drei genannten Sportverbände. Ich kann Ihnen sagen, sie machen dort beileibe nicht Politik für eine Partei, der ihr Verband nahesteht, sondern einzig und allein eine gemeinsame Politik im Interesse des Sports, und das schon seit Jahren sehr erfolgreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Die zunehmende Bedeutung des Sports für die Gesundheit, für das gesellschaftliche Leben, aber auch für die Wirtschaft rückt verständlicherweise die Fragen des Sports zusehends in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Diese Tatsache ist aber für viele Menschen leider kein Grund, selbst sportlich aktiv zu sein, sondern dieses Interesse äußert sich eben meist nur in einer passiven Teilnahme, entweder in heller Begeisterung oder in tiefer Niedergeschlagenheit.

Wir wissen das, denn wir alle sind begeistert, wenn österreichische Sportler heute triumphale Erfolge erringen, und wir üben dann an den gleichen Sportlern vielleicht morgen Kritik, wenn es einmal nicht zum Siege reicht. Fast könnte durch diese Haltung der Österreicher der Eindruck für den Unwissenden entstehen, die Österreicher sind nicht nur ein sportbegeistertes Volk, sondern eben deswegen auch ein fleißig den Sport ausübendes Volk. Ersteres stimmt ganz bestimmt, letzteres leider nur teilweise.

Aber immerhin, meine sehr geehrten Damen und Herren, in mehr als 6000 Sportvereinen unseres Landes sind es fast 2 Millionen Mitbürger, die Sport ausüben. Diesen Vereinen mit ihren fleißigen ehrenamtlichen Funktionären wie auch den Sportlern, die in diesen Vereinen aktiv tätig sind, und zwar oft unter Umständen, die nicht gerade ideal erscheinen, weil es eben noch an vielem fehlt, sei heute von dieser Stelle aus wieder einmal ein Wort des Dankes für ihre Arbeit und für ihre Leistungen gesagt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch eine Feststellung zu treffen. Bei den vielfältigen Anliegen unserer Sportler und ihrer Organisationen ist es notwendig, Abhilfe und Verbesserungen zu schaffen. Das war in den letzten Jahren erfreulicherweise immer das Bestreben vieler Gemeinden, der Länder und des Bundes sowie nicht zuletzt auch vieler privatwirtschaftlicher Unternehmungen.

Meine Damen und Herren! Österreich stand im heurigen Winter als Veranstalter der XII. Olympischen Winterspiele wochenlang im Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Einmal mehr haben wir dabei der ganzen Welt gezeigt, daß selbst

ein kleines Land durchaus in der Lage ist, eine derartige Sportveranstaltung, was die Ausgestaltung der notwendigen Sportanlagen, die Organisation und die Perfektion der technischen Einrichtungen für die Massenmedien betrifft, so durchzuführen, daß man von einem vollen Gelingen dieser Großveranstaltung in jeder Hinsicht sprechen kann.

1261 aktive Teilnehmer aus 37 Nationen traten in Innsbruck zum olympischen Wettkampf an. Die geringe Zahl der Verletzungen im Training und im Wettkampf – es gab insgesamt nur vier Knochenbrüche – unterstreicht, welche Mühe und Kosten für die Präparierung der Strecken und für die Sicherheit sowie die Qualität der Sportanlagen aufgewendet wurden.

Beachtlich war auch die Zahl der Zuschauer bei den Wettkämpfen. Etwa 1,5 Millionen Besucher wurden gezählt, die 82,6 Millionen Schilling an Eintrittsgeldern bezahlten.

Das weltweite Interesse an Innsbruck und seinen Spielen geht auch daraus hervor, daß 33 Rundfunkorganisationen in alle Welt berichteten und 28 Fernsehanstalten die Sendungen des ORF in viele Länder ausstrahlten. Wir konnten also diese XII. Olympischen Winterspiele in jeder Hinsicht als einen Erfolg für unser Land buchen.

Ein Erfolg im Interesse des österreichischen Steuerzahlers, meine sehr geehrten Damen und Herren, war es aber auch, daß der für die Winterolympiade vorgesehene Ausgabenrahmen einschließlich des geplanten Abganges von 60 Millionen Schilling eingehalten werden konnte. Bedenkt man dabei, daß allein für die modernen Sportbauten 190 Millionen Schilling ausgegeben wurden, die auch in Zukunft dem österreichischen Sport zur Verfügung stehen werden, und die Spiele eine momentan große, sicher auch eine noch lange wirksame Werbung für den Fremdenverkehr darstellen und auch bestimmten Zweigen unserer Wirtschaft kräftige Impulse gaben, so kann man alles in allem ohne Übertreibung sagen: Die XII. Olympischen Spiele waren für den Sport und für Österreich ein großer Erfolg, und allen, die zum Gelingen der Spiele beitrugen und daran beteiligt waren, gebührt unser Dank! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Budget 1976 waren für die Olympischen Sommer- und Winterspiele 20 Millionen Schilling zusätzlich zu den Ausgaben für die allgemeine Sportförderung veranschlagt. Durch das Verständnis der Bundesregierung gegenüber dem Sport und seinen vordringlichen Anliegen stehen im Budget 1977 die gleich hohen Beträge wie im heurigen Jahr zur Verfügung; das heißt, jene 20 Millionen Schil-

4094

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Haas

ling, die heuer für die Olympischen Spiele aufgewendet werden mußten, kommen nun in verschiedener und verstärkter Förderung des Sports zum Ausdruck. Das ist unserer Meinung nach ein sehr deutlicher Beweis für die besonders sportfreundliche Haltung und Politik unserer Bundesregierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich das an einigen Beispielen und Zahlen unterstreichen. So betragen die Mittel für die Sportförderung des Bundes im Jahre 1976 rund 64 Millionen Schilling, 1977 sind es mehr als 72 Millionen Schilling; das heißt, für die allgemeine Sportförderung werden über 8 Millionen Schilling mehr gegeben.

Vergleicht man diese Summe mit den Mitteln des Jahres 1969, also der Sportförderung, wie sie von der ÖVP-Alleinregierung gehandhabt wurde, so ergibt sich eine Steigerung dieser Mittel um 161 Prozent.

Bei den Bundessportheimen gibt es im nächsten Jahr um 16,8 Millionen Schilling mehr als in diesem Jahr. Das ist gegenüber 1969 eine Steigerung um mehr als das Doppelte.

Bei den Bundesanstalten für Leibeserziehung werden im nächsten Jahr um fünfmal mehr Mittel gegeben, als das 1969 der Fall war.

Ich glaube, diese Zahlen sprechen wirklich eine sehr deutliche Sprache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch in vielen anderen Bereichen des Sports entwickelt Bundesminister Sinowatz zahlreiche Initiativen. Ich möchte sie kurz anführen. Seit einem Jahr bemüht sich das Ministerium um eine nahe Kooperation zwischen Schule und Sport unter Einbeziehung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Schule und ihre sportliche Erziehung mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken.

Die Schülerfußballiga, an der fast 300 Mannschaften aus ganz Österreich teilnahmen, hatte nicht nur einen großen sportlichen Wert und Erfolg, sondern mit Hilfe der Massenmedien auch eine enorme publizistische Wirkung.

Im nächsten Jahr wird mit der Volleyball-Liga für Mädchen - ausgetragen in zwei Ligen - in dieser Richtung ein weiterer Schritt getan. Daß auch dieser Bewerb ein Erfolg zu werden verspricht, läßt sich schon jetzt aus der hohen Zahl von Anmeldungen - es sind schon mehr als 200 Mannschaften - schließen.

In ähnliche Richtung, Hohes Haus, gehen auch die Überlegungen, Schwimmwochen an den österreichischen Schulen einzuführen. Hierbei kann man sich nicht nur auf eine langjährige Erfahrung im Wiener Schulbereich wie auch auf

einen Antrag des Salzburger Landtages stützen, sondern eben auch auf die gesetzlichen Grundlagen, die in einer Verordnung des Ministeriums bestehen.

Zum Vorteil für die Verwirklichung dieser Absicht ist sicherlich die Tatsache, daß sich der Bund für seine Bundesschulen durch die Entrichtung von Baukostenzuschüssen beim Bau von Hallenbädern in vielen Orten unseres Landes schon früher eingekauft hat.

Es ist auch der Erwähnung wert, meine Damen und Herren, daß die Schulen mit sportlichem Schwerpunkt, die sich im Schulversuch als großer Erfolg für die jeweilige Sportart herausstellten, durch die 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle zur Regelschule geworden sind und damit einen dauernden Bestand haben.

Gerade aus diesen kurz umrissenen Beispielen läßt sich ableiten: Der Sport hat durch den Bund seine ihm zu Recht zukommende Förderung, und überall dort, wo der Bund kraft seiner Kompetenz etwas für den Sport tun kann, wird mit neuen Initiativen versucht, unsere Jugend für den Sport zu begeistern. Dies scheint uns eine wesentliche Voraussetzung dafür zu sein, daß sich in Zukunft die Jugend mehr als bisher sportlich betätigen kann und damit ihre Beziehung zum Sport stärker wird als bisher, für sie zu einer bleibenden Geisteshaltung wird, welche sie vielleicht auch im späteren Leben in verstärktem Maße dazu motiviert, sportlich tätig zu sein.

Hohes Haus! Ich möchte mich noch kurz den Fragen der Jugendförderung zuwenden. Es ist verständlich, daß die Jugendorganisationen ohne die staatliche Förderung nicht in der Lage wären, ihre Tätigkeit auszuüben. Der Staat gibt daher seit vielen Jahren nicht unbeträchtliche Mittel unter dem Titel des Bundesjugendplanes zur Förderung der Arbeit in den Jugendorganisationen aus.

Es war verständlich, daß die Jugendorganisationen an das Ministerium mit der Bitte herangetreten sind, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in Zukunft aufzustocken. Das war leider nicht möglich. Aber immerhin hat es der Herr Bundesminister erreicht, daß auch im nächsten Jahr die Mittel für die Jugendförderung die gleiche Höhe wie bisher haben.

Auch hiezu einige Zahlen: Die Mittel für den Bundesjugendplan sind von 7 Millionen im Jahre 1969 auf derzeit 34 Millionen gestiegen. Also auch hier fünfmal mehr als im letzten Jahr der ÖVP-Alleinregierung!

Mit diesen Beträgen ist sichergestellt, daß die Jugendorganisationen die notwendigen Mittel zur Verfügung haben, um die Jugendarbeit im Bereich ihrer Organisationen durchzuführen.

Haas

Die Schwerpunkte der Ausgaben bei der allgemeinen Jugendförderung liegen aber in den Initiativen, die der kulturpolitische Maßnahmenkatalog des Bundesministeriums empfiehlt. Die diesem zugrunde liegenden Untersuchungen über die kulturellen Zustände in Österreich haben eine Menge von Fakten klargestellt, zum Beispiel die kulturelle Unterversorgung, das mangelnde Kulturbewußtsein unserer Bevölkerung. Sie haben aber auch nachgewiesen, welch enger Zusammenhang zwischen Kulturverhalten und Bildung besteht.

Eine der Konsequenzen aus diesen Fakten ist auch, als neuen Förderungsschwerpunkt in dieser Richtung die Gruppe der jungen Menschen zu betrachten. Hier gibt es bereits einige Institutionen und Organisationen, die mit ihrer Tätigkeit in dieser Richtung schon lange, und zwar sehr erfolgreich wirken, wie zum Beispiel das „Theater der Jugend“, den „Buchklub der Jugend“, die Aktion „Der gute Film“. Sie mehr als bisher in ihrer Tätigkeit zu fördern, ist notwendig, damit das Kulturangebot für die jungen Menschen entsprechend erweitert wird.

Zur Realisierung dieser Absicht haben im Ministerium bereits Gespräche mit den Landesjugendreferenten stattgefunden, und man wird nach Sichtung aller dort gemachten Vorschläge die notwendigen Maßnahmen in die Wege leiten.

Es ist sehr begrüßenswert, daß auch die Bundestheater jetzt in dieser Richtung aktiv werden und sich mit speziellen Vorstellungen für die Jugend bemühen, eine neue Schicht der Bevölkerung für das Theater zu gewinnen.

Was mir auch als erwähnenswert erscheint, ist die Tatsache, daß im Rahmen der Aktion „Österreichs Jugend lernt die Bundeshauptstadt kennen“ jährlich zirka 40.000 Jugendliche aus den übrigen Bundesländern in die Bundeshauptstadt kommen. Es ist festgestellt, daß im Verlauf der letzten fünf Jahre von diesen jungen Gästen aus den Bundesländern hier in der Bundeshauptstadt rund 100.000 die Gelegenheit bekommen haben, eines unserer Bundestheater kennenzulernen. Das ist, glauben wir, wertvollste Jugendarbeit und wertvolle Jugendförderung, weil man damit sicherlich bei vielen den Grundstock für ein späteres positives Kulturverhalten legen kann.

Hohes Haus! Wenn sich das Bundesministerium stärker als bisher auch mit den Fragen der offenen Jugendarbeit befaßt, so bedeutet das, ohne Zweifel einen weiteren Schritt im Ausbau der Jugendförderung, da dieses Gebiet bisher sehr vernachlässigt war. Uns erscheint das ebenfalls ungemein wichtig, denn nirgendwo anders sind Modelle, Vorstellungen, Entwick-

lungen so fließend wie im Jugendbereich. Diese so notwendige und ständige Anpassung der Jugendarbeit an die Veränderungen im gesellschaftlichen Leben und die Einstellung der Jugend dazu muß jederzeit nicht nur aufmerksam verfolgt werden, sondern stets auch eine sinnvolle Förderung erfahren.

Ich möchte daher abschließend und zusammenfassend sagen: Mit all den von mir aufgezeigten Aktivitäten sowohl im Sport als auch bei der Jugendförderung, welche in diesem Budget ihre finanziellen Grundlagen haben, wird genügend bestätigt, daß wir in diesen beiden so wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft auf dem richtigen Weg sind.

Wir Sozialisten geben daher diesem Budget gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Wilhelmine Moser. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Wilhelmine **Moser** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Als steirischer Abgeordneter liegen mir selbstverständlich die Verhältnisse an den steirischen Schulen besonders am Herzen.

Die steirische Landeshauptstadt ist, wie ich auch schon im Vorjahr hier ausgeführt habe, besonders benachteiligt. Ich persönlich habe nicht das Gefühl, daß dem Herrn Minister das Wohl und Wehe der bestehenden höheren Schulen der Landeshauptstadt sehr am Herzen liegt. Es kommt immer wieder vor, daß um dringend notwendige Ausstattungsgegenstände monatelang gekämpft werden muß.

Die Misere der Turnsäle und Turnhallen ist hinlänglich bekannt. Das Lichtenfels-Gymnasium bemüht sich seit vielen Jahren um den Bau einer Turnhalle. Mein Kollege Pelikan hat mir erzählt, schon als er diese Schule besucht hat, das heißt vor gut 20 Jahren, hat es dort keinen Turnsaal gegeben, und heute gibt es ihn auch noch nicht, meine Damen und Herren. Wie es im Augenblick aussieht, wird es auch in den kommenden Jahren zu keinem Baubeginn kommen.

Auf der anderen Seite werden riesige Schulzentren geplant, wie das jetzt im Budget vorgesehen ist, zum Teil mit Gesamtkosten bis zu einer halben Milliarde Schilling.

Dabei ist doch erste Voraussetzung, daß man sich überlegt, ob die Schülerzahlen für diese Schulzentren gegeben sind und ob man das Geld nicht besser in die bestehenden Schulen investieren soll.

Persönlich habe ich immer wieder das Gefühl, daß es einem Minister deshalb nicht daran

4096

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Wilhelmine Moser

gelegen sein kann, dadurch zu glänzen, daß er bestehende Schulen unterstützt, weil man da keine Einweihungen machen kann, weil es da kein Fernsehen, keine Musikkapellen und keine Fahnen gibt. Ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß das einer der ausschlaggebenden Gründe ist, wieso die bestehenden Schulen so vernachlässigt werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es hat sich beim geplanten Schulzentrum in Weiz offensichtlich gezeigt, daß man eine falsche Bevölkerungsstatistik zugrunde gelegt hat. Eine Überprüfung, die ich in meiner letzten Budgetrede zum Kapitel Unterricht urgier habe und die immer wieder in den verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen - Rechnungshofausschuß, Finanzausschuß, Unterrichtsausschuß - verlangt wurde, hat ergeben, daß das Schulzentrum viel zu groß geplant war.

Im nunmehrigen Budget 1977 sehe ich, daß das Projekt um 84 Millionen Schilling billiger geworden ist, obwohl es im Jahr 1975 um rund 150 Millionen Schilling erhöht wurde. Als Begründung steht in der Fußnote „rationelle Bauweise“ und „Rationalisierungsprogramm“.

Es ergibt sich also hier die Frage, ob bei den übrigen Schulbauten nicht rationell gebaut wird. Es wäre daher dringend notwendig, nicht nur Weiz, sondern auch alle übrigen Großbauvorhaben nochmals zu überprüfen. Vielleicht erspart sich dabei der Herr Minister das Geld, das dann in dringende Verbesserungen der schon bestehenden Schulbauten investiert werden könnte, so zum Beispiel in das Bundesgymnasium in der Kirchengasse in Graz, das sogenannte Marieninstitut.

Die Gebäude des Marieninstituts wurden 1945 vom Bund für einen monatlichen Mietpreis von 4500 S übernommen. Das war im Jahre 1945 sicherlich ein angemessener Betrag. Allerdings ist diese Summe in 30 Jahren niemals erhöht worden. Die Vermieter konnten mit diesem geringen Betrag die Gebäude nicht instandhalten.

So wurde dem Bund 1972 angetragen, entweder einen langfristigen Mietvertrag für einen entsprechenden Betrag oder einen Kauf des gesamten Komplexes abzuschließen. Zu ernsthaften Verhandlungen ist es nicht gekommen. Die Vermieter haben daher Ende 1975 gekündigt.

Der Bund hat keinen Rekurs eingelegt, das Kündigungsurteil hat Rechtskraft. Das Gebäude muß innerhalb von drei Jahren geräumt werden, das bedeutet, von jetzt an werden in zirka zweieinhalb Jahren rund tausend Schüler keine Schule mehr haben.

Was sagt der Herr Minister dazu? Die Hälfte der Schüler soll im Stift Rein untergebracht werden, die andere Hälfte in einem Zubau zum Wirtschaftskundlichen Gymnasium in St. Peter. Überflüssig zu sagen, daß man die Eltern der betroffenen Schüler nicht gefragt hat, man hat sie nicht einmal unterrichtet.

Wie sieht diese Unterbringung, die sich der Herr Minister vorstellt, in der Praxis aus? Der Abt des Stiftes Rein ist offiziell überhaupt noch nicht in Kenntnis gesetzt worden, abgesehen davon könnte er diese Schülermengen gar nicht unterbringen. Aber selbst wenn er sie unterbringen könnte, müßten für diese Schüler, die man von Graz nach Rein transportieren muß, jährlich 1,7 Millionen Schilling an Freifahrten ausgegeben werden.

Wie sieht es in St. Peter aus, wohin die andere Hälfte der Schüler kommen soll? Zu den derzeit in dieser Schule befindlichen tausend Schülern sollen nun wieder einige hundert Schüler kommen. In diesem Bereich ist ein Neubau für die Schule am Hasnerplatz geplant. Weiters befindet sich im näheren Umkreis auch ein Lehrlingsausbildungszentrum.

So müßten in Zukunft tausende Schüler fast zur gleichen Zeit mitten durch die Stadt fahren. Der Schulweg würde dadurch unnötig verlängert, es würden Verkehrsprobleme entstehen. Es ist begreiflich, daß die St. Peter-Schule mit diesem Kuckucksei keine Freude hat. Auf ein diesbezügliches Protestschreiben der St. Peter-Schule hin wird am 15. Dezember 1976 eine Zusammenkunft mit dem Unterrichtsministerium stattfinden.

Der Elternverein der Schule in der Kirchengasse ist dazu nicht eingeladen worden. Erst nach massiven Protesten der Elternvereine ist jetzt eine Zusammenkunft für den 16. Dezember geplant.

Der geplante Zubau, meine Damen und Herren, kann doch niemals in zweieinhalb Jahren fertig sein! Das wissen Sie alle. Tatsache ist, daß die betroffenen Kinder in zweieinhalb Jahren auf der Straße stehen. Die Klassen werden auseinandergerissen, und Sie können sich vorstellen, was das für die Schulgemeinschaften bedeutet. 300 Eltern haben in der Zwischenzeit eine Resolution an den Herrn Minister unterschrieben.

Wäre es nicht sinnvoll, wenigstens einen Teil des Geldes, das für den Zubau in St. Peter vorgesehen ist, für die Sanierung des bestehenden Gebäudes auszugeben? Die Vermieter sind nach wie vor verhandlungsbereit. Ich richte den dringenden Appell an Sie, Herr Minister, diese Angelegenheit zu überdenken und in Verhandlungen mit den Vermietern einzutreten.

Wilhelmine Moser

Doch nun zu einem Kapitel, das mich als Abgeordnete und als Mutter mit größter Besorgnis erfüllt. Herr Kollege Peter hat bereits erwähnt, daß Experten bei einer kürzlich in Graz abgehaltenen Tagung zu dem Schluß gekommen sind, daß viele unserer Kinder durch den Schulstreß in ihrer Gesundheit ernstlich gefährdet sind.

Herr Professor Walter Spiel, der Vorstand der Abteilung für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters an der Wiener Universitätsklinik, sieht die Hauptursache für die zu großen Belastungen der Schüler in der Überfülle des Lehrstoffes und in einer Lehrplangestaltung, die immer noch versucht, ein Maximum an reinem Merkstoff in die Köpfe der Schüler zu füllen, obwohl jeder schon erfahren hat, wie rasch das Gedächtnis diese gespeicherten Daten wieder abbaut.

Erst wenn die Schule dazu übergeht, statt der Fakten die Technik zu vermitteln, wie man sich die tatsächlich benötigten Wissensdaten beschaffen kann, also statt des ohnehin nicht mehr zu bewältigenden Wissens den Zugang zu diesem Wissen vermittelt, dann wird die Schule ihrem Bildungsauftrag wieder gerecht werden können.

Die immer häufiger werdenden psychischen Erkrankungen, die hohe Selbstmordrate Jugendlicher sollten uns ernsthaft zu denken geben. Sicherlich wird in diesem Zusammenhang eine verstärkte Information der Eltern über Berufschancen notwendig sein, damit keine falschen Ausbildungsziele angestrebt werden. Immer mehr Menschen stellen sich die Frage, ob unsere Unterrichtsanstalten überhaupt ihre wichtigste Aufgabe erfüllen können, nämlich junge Menschen auf das Leben, auf das Morgen vorzubereiten.

Ich glaube, wir sollten dieses Unbehagen, das überall zu spüren ist, sehr ernst nehmen. Man sucht diesem Unbehagen mit Reformen zu begegnen. Im Vordergrund stehen Änderungen der äußeren Schulorganisation mit einer Tendenz zu Monsterschulen. Im Massenbetrieb muß aber das Individuum, Lehrer wie Schüler, zu kurz kommen.

Ich glaube, daß der Schulstreß zu groß ist, daß eine Überforderung vom System her gegeben ist. Bei den Lehrern steigt das Unbehagen über die wachsende Bürokratie. Lehrer und Schüler klagen einerseits über die dauernde Veränderung und Überfrachtung der Lehrpläne, andererseits über Prüfungstreß und Leistungsdruck. Ich kenne keine Familie, in der die Kinder in den höheren Schulen ohne Hilfe der Eltern oder ohne Nachhilfestunden zurechtkommen. Da muß doch etwas nicht stimmen.

Manchmal habe ich das Gefühl, wir sollten mit der Schulreform wieder ganz von vorne anfangen. In jedem Fall müßte man die Vielfalt der Reformen und Änderungen eingehend überprüfen. Konkret könnte ich mir auch vorstellen, daß man die Schülerhöchstzahl pro Klasse stufenweise senkt. Auch das ist heute schon zur Sprache gekommen. In kleineren Klassen kann sich der Lehrer besser mit den einzelnen Schülern beschäftigen.

Wie schon vorher ausgeführt, ist unbedingt eine massive Entrümpelung des Lehrstoffes vorzunehmen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Statt Bürokratisierung fordern wir Humanisierung! Wir wollen, wie mein Kollege Professor Moser vor kurzem in Graz ausführte, daß das Schulgehen wieder Freude macht.

In all diesen Fragen werden Sie, meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, uns stets gesprächsbereit finden. Wir sind in allem zur Zusammenarbeit bereit. Nur in einem werden Sie bei uns massivsten Widerstand finden: in der Frage des Religionsunterrichtes. Ich habe heute die Äußerungen des Herrn Ministers registriert. Ich hoffe, daß wir uns darauf verlassen können. Es sind mir leider Beispiele bekannt, wo man sich nicht auf das verlassen konnte, was von Regierungsmitgliedern gesagt wurde.

Vor einigen Monaten saß ich bei einer Feier neben dem Diözesanbischof Johann Weber. Gesprächsweise habe ich ihn gefragt, was im Augenblick seine größte Sorge sei. Er antwortete mir, daß er Befürchtungen bezüglich der Abschaffung des Religionsunterrichtes habe. Auf meine spontane Äußerung, daß das die Regierung nicht wagen wird, warf er mir nur einen mitleidigen Blick zu und sagte trocken: Das haben wir in anderen Fragen auch gedacht. Ich habe dem Bischof die Versicherung gegeben, daß die ÖVP in dieser Frage auf die Barrikaden steigen würde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich gebe Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, hier heute die Versicherung: Wenn Sie es wagen sollten, am Religionsunterricht zu rühren, dann wird es Protestmärsche von Frauen beziehungsweise von Müttern geben, und ich selbst werde sie anführen. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Fischer: Eine furchtbare Drohung!)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eine kurze Stellungnahme meiner Fraktion zum Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Busek und

4098

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Peter

Dr. Kaufmann betreffend die Vorlage eines Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstler, kurz Künstlerbericht genannt, abzugeben.

Wir Freiheitlichen sehen uns nicht in der Lage, diesem Entschließungsantrag beizutreten. Wir sehen uns sogar aus einer Reihe von Gründen genötigt, diesen Antrag abzulehnen. Ich darf das kurz begründen.

Im kulturpolitischen Maßnahmenkatalog des Herrn Bundesministers für Unterricht und Kunst sind Formulierungen enthalten, die unserer Ansicht nach in den Bereich einer Staatskunst beziehungsweise zu einer Verstaatlichung der Kunst führen. Eine solche Entwicklung lehnen wir in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat ab. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß sich Kunst im wahrsten Sinne des Wortes frei entfalten können muß und keine wie immer geartete Einengung durch den Staat erfahren kann und darf.

Daher sprechen wir Freiheitlichen uns gegen jede Art von Staatskunst und Verstaatlichung der Kunst aus. Wir meinen, daß im Antrag der Herren Abgeordneten Busek und Kaufmann eine Reihe von Formulierungen enthalten ist, die zu Mißverständnissen und weitgehenden Entstellungen Anlaß geben könnten und sehen darin den Hauptgrund für unsere Ablehnung.

Zum Beispiel wird in diesem ÖVP-Entschließungsantrag verlangt, Untersuchungen unter anderem mit dem Ziel durchzuführen, Einkünfte über die Einkünfte und Vermögensverhältnisse dieses Personenkreises - also der Künstler - einzuholen.

Wir Freiheitlichen meinen, daß dieser Entschließungsantrag Aufträge enthält, die in den Intimbereich des einzelnen Staatsbürgers, im besonderen des Künstlers, reichen. Derartige Formulierungen können und wollen wir Freiheitlichen nicht unterstützen.

Es gibt, meine Damen und Herren, in unserem Land Künstler, die viel verdienen. Es gibt in unserem Land Künstler, die wenig verdienen. Und es gibt in unserem Land auch manch talentierten Künstler, der arm ist. Ich glaube nicht, daß der Staat das Recht hat, in Intimbereiche einzudringen.

Wir glauben, daß in dem Antrag der Abgeordneten Busek und Kaufmann Gefahrenquellen enthalten sind, die man einfach von Haus aus ausschließen muß. Das sind die sachlichen Gründe dafür, daß wir den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Busek und Dr. Kaufmann ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Dr. Hilde Hawlicek. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Hilde **Hawlicek** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn Frau Abgeordnete Moser vor mir gesagt hat, daß sie keine Familie kennt, in der die Kinder nicht Nachhilfestunden nehmen müßten, dann kann ich ihr nur erwidern, daß ich sehr viele Familien kenne, deren Kinder keine Nachhilfestunden nehmen müssen, aber vielleicht liegen die Verhältnisse in Floridsdorf anders als die Verhältnisse in der Steiermark.

Und gerade deshalb, Kollegin Moser, haben wir ja das Programm der Schulversuche begonnen, um dem Nachhilfeunwesen endlich ein Ende zu bereiten, nämlich jene Schulversuche, die von Ihnen immer wieder kritisiert werden.

Wenn Sie hier ankündigen, daß Sie für den Religionsunterricht auf die Barrikaden steigen würden, dann kann ich Sie beruhigen: Sie brauchen sich dieser Mühe nicht zu unterziehen. Schon Minister Sinowatz und auch Bundeskanzler Kreisky haben darauf hingewiesen, daß wir keineswegs die Absicht haben, dem Religionsunterricht an den Schulen den Kampf anzusagen oder ihn überhaupt abzuschaffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie wollen, daß den Kindern das Schulgehen wieder Freude macht, dann kann ich Sie ebenfalls beruhigen, den Kindern macht das Schulgehen schon jetzt Freude. Ich habe selbst zwei Schulkinder und freue mich jedesmal mit ihnen, wenn ich die neuen Schulbücher anschau, die sie dank der Schulbuchaktion erhalten und die übrigens - das möchte ich hier auch gleich anbringen, weil es heute ja noch nicht gesagt wurde - auch im vergangenen Jahr wieder 200 Millionen an Einsparung gebracht hatten, so wie schon im Vorjahr. Das ist nämlich zum Beispiel unsere Auffassung vom Sparbudget, daß wir dort, wo es möglich ist, trachten, Einsparungen zu treffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich freue mich mit meinen Kindern, weil sie nämlich zwei jener „Versuchskaninchen“ sind, die in die 7000 Klassen des fremdsprachigen Unterrichts der Vorschule gehen, wenn sie eben jetzt schon im Alter von acht und neun Jahren Englisch lernen.

Ich glaube, daß die Unsicherheit und das Unbehagen weder bei den Kindern noch bei den Eltern zu suchen ist, sondern vielmehr bei der ÖVP, die auf ihrer Klubklausur in Villach völlig unbegründet durch ihren Obmann persönlich eine Bildungsfront eröffnet hat, allerdings ist es bisher nur bei dieser Aussage geblieben, denn ich habe heute hier eigentlich Anknüpfungs-

Dr. Hilde Hawlicek

punkte an diese Eröffnung der Bildungsfront vermißt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, wir können hier heute zusammenfassend darstellen, daß wir sowohl den Nachholbedarf als auch die Expansion im Schul- und Hochschulwesen bewältigen konnten. Und das war uns möglich durch den Budgetschwerpunkt, den wir in den Jahren 1970 bis 1977 setzen konnten und durch unsere Reformbestrebungen auf dem Gebiet der Bildungspolitik.

Für uns ist Bildungspolitik nach wie vor ein zentrales Anliegen. Auch wenn wir jetzt nach der Phase der Expansion in eine Sparphase treten, dann ist es ein Sparen ohne Funktionsverlust, ein Rationalisieren.

Wir fragen uns aber hier vielmehr, welchen Stellenwert die Bildungspolitik bei der Volkspartei hat. Kollege Busek, den ich jetzt hier vermisste, aber wahrscheinlich wird er als Stadtrat schon im Rathaus gebraucht, meinte hier, daß wir bei der Zeitrechnung Null beginnen. Wir beginnen bei 1970, weil wir Ihnen unsere Leistungen hier vor Augen halten wollen. Aber wenn Kollege Busek Leistungen der ÖVP auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung vor unserer Zeitrechnung sucht, dann hat er leider hier nichts anderes gefunden als ein Handbuch, das noch dazu nicht einmal aus der Zeit 1966 bis 1969, sondern aus 1964 stammt. In diesem Handbuch sind wissenschaftliche Gesellschaften verzeichnet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben niemals behauptet, daß wir Wissenschaft und Forschung erfunden hätten oder alle wissenschaftlichen Gesellschaften gegründet hätten, wir haben nur behauptet – und dazu stehen wir –, daß in der Zeit unserer Regierung die Wissenschafts- und Forschungspolitik in einem Maße gefördert wurde, wie das bisher noch nicht der Fall war. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe hier ein interessantes Interview Ihres Wissenschaftssprechers vom 1. Februar 1976 in der „Hochschulzeitung“. Kollege Busek wurde hier als Sprecher der ÖVP interviewt. Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren:

„Gleich zu Beginn des Interviews begründete Busek seine Wahl zum Wissenschaftssprecher. Die Überlegung der ÖVP, gerade den Generalsekretär für Probleme der Wissenschaft zuständig zu machen, sollte, so Busek, die überragende Bedeutung dieses Sektors in unserer Zeit kennzeichnen. Wir wollten damit ein eindeutiges Signal setzen, vor allem deshalb, weil wir vielleicht in der Vergangenheit nicht immer die notwendige Schwerpunktsetzung durchgeführt hatten' ...“

Busek war also so ehrlich, in diesem Interview zuzugeben, daß sich die ÖVP in der Vergangenheit zu wenig um diesen Bereich gekümmert hat. Ich frage mich nur, wie es jetzt mit der Schwerpunktsetzung aussieht, nachdem ja bekanntlich der Generalsekretär nicht mehr der Bereichssprecher für Wissenschaft und Forschung ist. Ich frage mich deshalb – besorgt, muß ich sagen –, weil wir es bedauern würden, wenn diese erfreuliche Schwerpunktsetzung nicht einmal einen Sommer überdauert hätte.

Denn was wir hier an Schwerpunktsetzung bei der ÖVP sehen, ist leider nur das eine, daß die ÖVP den Schwerpunkt setzt auf die Strategie, nämlich auf die Strategie der Opposition um jeden Preis.

Ich muß ehrlich sagen, wenn ich hier als neue Abgeordnete erstmals der Budgetdebatte lausche – das Wort „lauschen“ darf man ja verwenden –, so muß ich feststellen, daß mir hier die Alternative der ÖVP fehlt. Sie fehlt nicht nur mir, Kollege Bauer, sondern sie fehlt auch einigen in Ihren Reihen.

Ich darf hier einen hervorragenden Artikel in der letzten Nummer der „Österreichischen Monatshefte“ zitieren, eine Zeitschrift die Ihnen bekannt sein dürfte. Hier schreibt Herr Helmut Kukacka, ein Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, ein Mitglied des Redaktionskomitees und überdies auch noch Angestellter der ÖVP-Landesleitung Oberösterreich in einem Artikel ... *(Abg. Dr. Bauer: Gescheite Leute!)* Ja, g'scheite Leute, wir kommen darauf zurück, Kollege Bauer. Der Artikel heißt: „Niederlage ohne Konsequenzen?“ – Mit Fragezeichen. Nachher werden wir feststellen, daß man da ruhig einen Punkt setzen kann, es ist nämlich eine Niederlage ohne Konsequenzen. Kukacka schreibt hier – Sie hätten diesen Artikel vor der Budgetdebatte lesen sollen –:

„Die Grundsatzdiskussion, wie sie derzeit von der ÖVP geführt wird, hat aber vor allem eine feindorientierte Perspektive.“ – Davon konnten wir uns alle überzeugen. Weiters heißt es: „Dieser Phase der Opposition muß meiner Meinung nach eine Phase der programmatischen Alternative folgen.“

Liebe Kollegen von der ÖVP, das ist vor allem deshalb umso notwendiger, weil ja kein Geringerer als Ihr ÖVP-Obmann Taus bei der Klausur in Warmbad Villach erklärt hat, Titel, „ÖVP-Pressedienst“: „Die politische Linie ist klar“, also Taus ist sie klar. „Wir werden aufzeigen“, Taus hier wörtlich aus dem „ÖVP-Pressedienst“, „was hinter den Maßnahmen der Regierung steckt und was wir mit unseren Alternativen wollen.“ Um aber bitte das aufzuzeigen, was Sie

Dr. Hilde Hawlicek

mit Ihren Alternativen wollen, müßten Sie zuerst einmal logischerweise die Alternativen selbst aufzeigen.

Wir haben erwartet, nachdem das Budget 1977 für Sie so unakzeptabel ist, daß es Sie dazu bewegen wird, Ihre Alternativen aufzuzeigen. Und wir haben erwartet, daß Sie sich von der Konfrontations- – um hier mit Kukacka zu sprechen – zur Alternativstrategie durchringen werden. Aber nein, Sie betreiben weiterhin Konfrontationsstrategie um jeden Preis.

Und damit Sie auch genau wissen, was Sie tun, darf ich Ihnen hier jetzt vorlesen:

Die Konfrontationsstrategie „geht davon aus, die SPÖ-Regierungspolitik insgesamt in allen wichtigen Bereichen als völlig verfehlt und falsch darzustellen, sie konstant anzugreifen und sich von ihr deutlich und unzweifelhaft zu distanzieren und abzugrenzen“. Ich muß zugeben, das beherrschen Sie perfekt, das machen Sie also wirklich.

Aber hören Sie sich bitte auch den nächsten Absatz an:

„Die Gefahr dieser Strategie liegt darin, daß sie von der Bevölkerung nicht verstanden wird, denn immerhin haben sich noch im Mai 1976 64 Prozent der Wähler mit der Politik der Regierung Kreisky einverstanden erklärt. Und solange diese deutliche Zustimmung mit der Regierungspolitik besteht, so lange besteht das große Risiko, daß eine scharfe Konfrontationsstrategie die Opposition in eine noch stärkere Minoritätenposition bringt, denn die Anzahl der Wähler, die mit der Regierungspolitik nicht zufrieden sind, ist deutlich geringer als die Zahl der ÖVP-Wähler.“

Ich kann Ihnen nur wünschen, liebe Kollegen von der ÖVP-Seite, angesichts der bald kommenden Weihnachten, daß diese Minoritätenposition nicht die von Dr. Kruspel prognostizierte erreicht, denn Dr. Richard Kruspel, Leiter der Abteilung Grundlagenforschung in der ÖVP-Bundesleitung hat bekanntlich in der Nummer 6/7 der MKV-Zeitschrift „Couleur“ sarkastisch bemerkt – ich zitiere –: „Die ÖVP hat gute Chancen, in den achtziger Jahren durchaus noch 30 Prozent der Wählerstimmen zu erreichen.“ (Ruf bei der SPÖ: *Hoffnungsvoll!*) Weiterer Ratschlag Kruspels: „Bleibt die ÖVP konsequent ihrer Parole ‚Näher zum Bürger‘, so hat sie hier echte Chancen.“ Er fügt allerdings naiv-ehrlich hinzu: „Wichtig wird es dabei sein, den Stil der Partei tatsächlich in Richtung Bürgernähe zu verändern.“ Ich muß zugeben, Kollege Bauer, und damit gebe ich Ihnen recht, was Sie zu Beginn sagten, daß Sie gute Leute in der ÖVP beschäftigt haben. Nützen Sie deren Qualifika-

tion und beherzigen Sie diese Ratschläge. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun zu einigen konkreten Punkten zum Budget Wissenschaft-Forschung. Ich muß es leider noch immer bedauern, ich sehe, Kollege Busek dürfte wirklich den Saal oder das Haus schon verlassen haben. Seine Zahlenspielerei, wo er also einmal mit Inflationsrate, einmal ohne Inflationsrate gerechnet hat und einmal mit Allgemeinen Krankenhaus-Geldern, einmal ohne, hätte er sich sparen können, wenn er nämlich die Zeit gehabt hätte, nicht nur heute hier zu sein, sondern auch an den Ausschußberatungen teilzunehmen und im Finanzausschuß die Gelegenheit zu ergreifen, Frau Minister Firmberg zu befragen. Sie hätte ihn damals schon aufklären können. Aber leider hat er so wie heute auch damals gefehlt. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Von mir hätte er die Antwort auch gerne bekommen können, nur, wie gesagt, ist er leider nicht da. Aber vielleicht richten Sie es ihm aus. Einige seiner „Hits“ hat er allerdings unerwähnt gelassen, sonst hätten sich diese alten Hüte bei näherem Hinsehen als, um mit Busek zu sprechen, „Kaisers neue Kleider entpuppt“. Diese „Hits“ sind nämlich die Akademikerarbeitslosigkeit, davon ist heute schon gesprochen worden. Busek hat es, er wird wahrscheinlich wissen warum, nicht hier in diesem Hause erwähnt, das behält er sich öffentlichen Diskussionen vor. Und Busek hat ja auch nicht gesprochen von der Überqualifikation und von dem „Doktor Installateur“, den er noch vor einer Woche bei jener MKV-Diskussion zitiert hatte.

Ich hätte ihm nämlich sehr gerne gesagt, daß es einen Begriff der Überqualifikation gar nicht gibt, entweder man ist qualifiziert oder man ist nicht qualifiziert, aber man ist niemals überqualifiziert, das heißt, zu gut für irgendeine Arbeit. Es dürfte vielleicht höchstens sein, daß Sie in der ÖVP Schwierigkeiten mit Überqualifikationsproblemen haben, wenn Sie sich zum Beispiel fragen, ob ein Bankdirektor nicht überqualifiziert ist als ÖVP-Obmann oder ähnliches. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte nun konkret auf drei Punkte eingehen, die in der Debatte bisher noch außer acht gelassen wurden. Der erste, Kollege Busek, ich komme auf ihn zurück, hat eine entsprechende Beratung und Koordination der betreffenden Ministerien in Fragen der Berufs- und Studienberatung gefordert. Es ist ihm leider entgangen, daß ein solches Ministerkomitee für Bildungsberatung bereits am 16. März 1976 gegründet wurde mit insgesamt sechs Ministern, dieses Komitee hat sich zur Aufgabe gestellt: Verbesserung der Organisation und Schaffung

Dr. Hilde Hawlicek

neuer Strukturen der Beratung für Schüler und Studenten.

Und die Situation am Beratungssektor selbst ist auch jetzt schon eine ganz hervorragende. Erstens gibt es die Berufsberatung im Bereich des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, zweitens die, von der wir heute schon gehört haben, beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst mit den schulpсихologischen Beratungsstellen, insgesamt 38 in ganz Österreich, mit 80 Schulpсихologen, im Ausbaurkonzept sind 54 vorgesehen mit 130 Psychologen, und dann gibt es die heute schon erwähnten Schüler- und Bildungsberater an jeder Schule. Und drittens gibt es schließlich im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung selbständige Studentenberatungsdienste an allen Hochschulorten; drei in Wien, einen in Graz, Innsbruck, Linz, Salzburg, in Klagenfurt ist einer in Planung und dort arbeiten ausgebildete Berater.

Ich habe mir die Berichte aus dem Sommersemester 1976 angesehen und konnte hier feststellen, daß es insgesamt 5524 Beratungseinheiten gegeben hat. Die Beratungsmethoden waren die des Beratungsgesprächs, psychologische Testung, psychologische Betreuung in einzelnen Gruppen. Hier hat sich herausgestellt, daß es vor allem persönliche Schwierigkeiten sind, mit denen die Studenten zu kämpfen haben, und dann kommen erst die Studienschwierigkeiten. Es wurde hier auch Lerntraining, Selbstsicherheitstraining, autogenes Training, Begabungs-, Untersuchungs- und Leistungstests, alles das durchgeführt.

Und dann gibt es eben noch, das werden Sie auch wissen, die fachbezogene Studienberatung der Österreichischen Hochschülerschaft, wo über Inskription und ähnliches beraten wird.

Und schließlich gibt es auch noch die Informationsschriften des Unterrichtsministeriums und des Wissenschaftsministeriums, zum Beispiel die Broschüre „Hochschulstudien in Österreich“, die jedes Jahr neu aufgelegt wird und einen Überblick über alle Studienarten gibt.

Statt mich noch weiter zu verbreiten zu diesem Punkt, möchte ich nur den OECD-Prüferbericht Punkt 43 zitieren, vor allem möchte ich ihn deshalb zitieren, weil Sie ihn anscheinend sehr unvollständig gelesen haben, wie ich den Ausführungen des Kollegen Blenk entnehmen konnte, in diesem Punkt 43 heißt es: „Die österreichischen Behörden unternehmen große Anstrengungen, das Angebot an Beratung zu verbessern.“ Und diesen Worten habe ich zu diesem Punkt auch nichts hinzuzufügen.

Ich komme zu zwei weiteren Kapiteln, und zwar vor allem deshalb, weil sie meist zu

Unrecht ein wenig stiefmütterlich behandelt werden, das sind nämlich die Bibliotheken und die Museen. Bei den Bibliotheken haben wir eine Steigerung des Sachaufwandkredites um 7 Prozent auf 81,7 Millionen, das bedeutet seit '70 eine Steigerung um 77 Prozent. Es wird hier eine umfassende Bibliotheksreform durchgeführt, wobei es vor allem darum geht, zu rationalisieren, das heißt die Instituts- und Fakultätsbibliotheken unter die katalogsmäßige Betreuung der Hauptbibliotheken zu stellen. Es ist zum Beispiel in den vergangenen Jahren schon geglückt, insgesamt 300, das sind also zirka 50 Prozent dieser Bibliotheken, koordinierend zusammenzufassen, im letzten Jahr waren es allein 50. Ich erwähne das deshalb, weil Sie, wie gesagt, den OECD-Prüferbericht nicht genau studiert haben, auch das wird hier eigens, nämlich in Punkt 58, als Rationalisierungsmaßnahme positiv hervorgehoben.

Außerdem wird positiv hervorgehoben in Punkt 59, daß bei den Bibliotheken geschultes Fachpersonal ausgebildet wurde und daß dadurch die viel zitierten Assistenten, die ja mit allem möglichen belastet seien, nur nicht mit Lehre und Forschung, entlastet werden von den Bibliotheksdiensten, die sie am Institut und so weiter zu leisten hatten, und frei werden für ihre Lehrtätigkeit und für ihre wissenschaftliche Aufgabe.

Schließlich wird auf dem Bibliothekssektor auch noch mit EDV-Einsatz gearbeitet, der folgendes bringen wird: koordinierte Bestellung der Monographien und Zeitschriften, vor allem bei den Zeitschriften ist das sehr wichtig, deren Kosten sehr stark ansteigen und wo oft zwei Nachbarinstitute ein und dieselbe aufwendige wissenschaftliche Zeitschrift bestellen.

Zu diesem Zwecke liegt bereits eine Zeitschriftenliste auf, die katalogisiert wird, und außerdem kann im Sinne eines Services für die Studenten und andere Wissensdurstige das Entlehnsystem ganz entscheidend verbessert werden. Es können durch EDV die Wartezeiten auf Bücher sogar in einem Drittel der Fälle auf Null reduziert werden. Außerdem werden noch die räumlichen Voraussetzungen durch den Bau von neuen Bibliotheken beziehungsweise bibliothekarischen Einrichtungen geschaffen. 12 sind derzeit in Bau und 12 weitere sind in Planung.

Erwähnen möchte ich ebenfalls noch, daß sich Österreich am Unisist-Projekt der UNESCO beteiligt, das wird als World Science Information-System bezeichnet. Innerhalb der Sektion III des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung wurde ein solch ständiges Sekretariat für Unisist eingerichtet, das gleichzeitig eine

Dr. Hilde Hawlicek

Clearing-Stelle des wissenschaftlichen Informationswesens darstellt.

Wenn man sich vor Augen hält, daß es Prognosen gibt, daß in den nächsten zehn Jahren die Produktion an Information sechs- bis siebenmal so groß sein wird wie in den vergangenen drei Jahren, dann wird man abschätzen können, wie wichtig eine solche Stelle ist. Sie ist eine wichtige Hilfe, ja sogar eine unentbehrliche Voraussetzung für die wissenschaftliche Forschung und Lehre.

Nun noch ein paar Worte zu den Museen. Hier ist ebenfalls der Sachaufwand um fast 10 Prozent gestiegen. Ich muß mich hier kurz fassen und möchte hervorheben, daß die steigenden Besucherzahlen mehr als viele Worte zeigen, daß eine gezielte Museumspolitik betrieben wird, daß die Museen von reinen Aufbewahrungspalästen in aktive Forschungs-, Schulungs- und Fortbildungszentren umgewandelt werden und zu Kunst- und Kulturtreffpunkten der interessierten Öffentlichkeit werden.

Es gibt Attraktionen für Museumsbesucher von Kinderzeichen über Publikumsgespräche, Diskussion mit Künstlern zu Schauspielervorlesungen und ähnlichem. Es gibt, was viel zu wenig bekannt ist, auch gestaffelte Öffnungszeiten, das heißt, man kann in Museen auch am Abend gehen, man kann auch Samstag nachmittag hingehen und nicht nur an den vielzitierten Sonntagvormittagen.

Die Museen selbst gehen mit ihren Sammlungen hinaus in die Bundesländer, neue Museen wurden gegründet, drei an der Zahl, und sieben Außenstellen von Kittsee bis Ambras, und 115 Museumsbeamte arbeiten und forschen an den Museen.

Die Museen sind daher auch eine Quelle der Forschung für Dissertanten und Wissenschaftler des In- und Auslandes, und last not least sind sie auch ein Tourismusfaktor, denn 63 Prozent der Wiener Gäste besuchen zum Beispiel Schönbrunn und 39 Prozent gehen in die übrigen Museen.

Ich wollte diese zwei Kapitel vor allem auch deshalb hier behandeln, um die Gelegenheit wahrzunehmen, den Beamten in diesen Ressorts für ihre Tätigkeit zu danken und die Leistungen auf dem Sektor der Bibliotheken und Museen ein wenig hervorzuheben, die oft zu Unrecht übersehen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Erlauben Sie mir zum Schluß folgendes festzustellen: Wir sind stolz auf den freien Zugang zu unseren Hochschulen, und wir sind stolz darauf, daß wir trotz Expansion keinen Numerus clausus haben. Wir werden alles daransetzen, die Hochschulen für alle offen zu

halten, weil wir das als unabdingbare Voraussetzung für Chancengleichheit ansehen.

Wir setzen uns nämlich nicht nur für Freiheit von Forschung und Lehre ein, sondern genauso für Lernfreiheit.

Die Lernfreiheit ist sogar schon im Staatsgrundgesetz 1867 im Artikel 18 verfassungsrechtlich garantiert, wo es heißt: „Es steht jedermann frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.“ Das ist außerdem auch noch im Allgemeinen Hochschulstudiengesetz und im UOG verankert.

Für Sozialisten ist Lernfreiheit unabdingbar, denn durch Lernfreiheit ist erst der Zugang aller zur Bildung gewährleistet, und durch Bildung an sich wird nicht nur die Steigerung der Lebensqualität, sondern auch die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit garantiert.

Das ist nämlich die Freiheit, wie wir Sozialisten sie verstehen: nicht nur die Freiheit von Zwang, sondern auch die Freiheit von Not. Denn einer, der erst Bildungsbarrieren überwinden muß, hat nicht dieselbe Freiheit wie einer, dem alle Wege offenstehen.

Daher ist für uns das Recht auf Bildung nicht genug, durch die Beseitigung der Bildungsbarrieren wollen wir Chance und Möglichkeit allen geben, dieses Recht auch in Anspruch zu nehmen.

Daher haben wir Freude an den steigenden Schüler- und Studentenzahlen. Die Volkspartei ist es, die versucht, unserer Jugend die Freude an Bildung zu nehmen mit Schlagworten von Maturantenschwemme, von Akademikerschwemme, Akademikerarbeitslosigkeit und hohen Drop-out-Raten.

Die Volkspartei stellt die Studienabbrecher als Versager hin. Wenn wir die Lernfreiheit als demokratisches Grundrecht ernstnehmen, dann steht es nicht nur jedermann frei, wie und wo er lernen will, sondern auch was er will und wie lange.

Wie vereinbaren Sie im übrigen diese Haltung mit Ihrem Salzburger Programm, in dem Sie immerhin auch von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung des Menschen sprechen?

Ich habe mir am Sonntag die Sendung „Prisma“ angesehen, in der Busek definierte, von den Jugendlichen über die Ideologie der ÖVP befragt: Ausspielen aller Möglichkeiten, aller Begabungen, Gleichheit der Chancen des Ausgangs, nicht des Ergebnisses, von den Möglichkeiten Gebrauch machen, teilzunehmen. So spricht Busek, wenn er sich inmitten von Schülervertretern befindet!

Dr. Hilde Hawlicek

Zum Unterschied zwischen ÖVP und SPÖ befragt, meinte Busek: Die Sozialisten glauben stark an institutionale Lösungen, an den Staat, und die ÖVP sei es, die meint, der einzelne Bürger soll Probleme lösen.

Selbstverständlich kann nicht der Staat oder das Ministerium die Ausbildungs- oder Studienproblematik des einzelnen lösen. Das haben wir nie behauptet. Es sind vielmehr Sie, die den Staat beziehungsweise die Regierung und die einzelnen Minister verantwortlich machen, von „Faust“-Inszenierungen angefangen bis zu Studienabbrüchen von Studenten.

Aber es wäre auch zu billig und zu einfach, die Menschen mit ihren Problem allein zu lassen.

Was wir wollen und wozu wir uns verpflichtet fühlen, ist, die Voraussetzungen zu schaffen, und zwar bestmögliche und vielfältige, damit der einzelne seine Probleme leichter lösen kann, was auf Bildungspolitik übertragen heißt, seine Bildungschancen besser wahrnehmen kann.

Wir haben den großen Nachholbedarf und die gleichzeitige Expansion auf dem Bildungssektor bewältigen können. Wir haben Schulen und Hochschulen ausgebaut, wir haben mehr Lehrer angestellt, ihre Ausbildung verbessert, wir haben uns die Schulreform zur permanenten Aufgabe gestellt. Wir haben das berufliche Schulwesen weiterentwickelt mit den berufspädagogischen Akademien und reformierten Lehrplänen. Wir haben die materiellen Bildungsbarrieren abgebaut und damit die Chancengleichheit verbessert.

Wir sind dabei, die Hochschulen zu modernisieren, neu zu organisieren und zu demokratisieren. Wir haben die Studienreform begonnen, wir erhöhen laufend die Sozialaufwendungen für Schüler und Studenten. Wir reformieren die Bibliotheken, wir betreiben Grundlagenforschung, wir verbessern die Bildungsberatung, wir fördern die Forschung. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Es tut mir leid, wenn der Katalog so lang geworden ist, aber das tun wir eben alles, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. A. Schlager, zur SPÖ gewendet: Applaudiert nur einmal, sonst applaudieren wir!)*

Mit der Zustimmung zu den Budgetkapiteln Unterricht und Kunst, Wissenschaft und Forschung kommen wir unseren ökonomischen, sozialen und gesellschaftspolitischen Verpflichtungen auf dem Bildungssektor nach. Wir schaffen damit die Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Bildungseinrichtungen in unserem Land. Jedes Kind, jeder Jugendliche,

jeder Erwachsene hat nun die Möglichkeit, davon Gebrauch zu machen, teilzunehmen. Wir wünschen uns, daß weiterhin immer mehr Menschen diese Chance nützen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth. Ich erteile es ihm. *(Abg. A. Schlager: Frühwirth, reiß dich zusammen, du bist nämlich nicht so schön!)*

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Frühwirth** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die heutige Debatte, speziell jene über das Kapitel Wissenschaft und Forschung, sehr aufmerksam von Anbeginn an verfolgt. Ich habe zwar keine Feindperspektive bei der ÖVP festgestellt, sehr wohl aber einige Eigenheiten bei der SPÖ.

Eine dieser Eigenheiten ist eine eigenartige Logik, nämlich jene Logik, daß die Redner der ÖVP nach Auffassung der SPÖ immer subjektiv sind, wenn nicht sogar die Sachen verfälschen. Hingegen ist die Frau Minister immer objektiv und daher im Recht. Das ist wirklich eine eigenartige Logik.

Die zweite Feststellung, die ich in dem Zusammenhang treffen muß: Die Vergleiche finden nicht zwischen den Budgets 1976 und 1977 statt, wie es eigentlich richtig wäre, sondern es werden die Budgets 1969 und 1977 verglichen, damit nämlich der Rückfall von 1976 auf 1977 kaschiert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, der Hauptsprecher der Regierungspartei, Herr Kollege Radinger, hat bereits im Wissenschaftsausschuß von einem Sparkapitel gesprochen: er meinte damit das Kapitel Wissenschaft und Forschung. Heute hat er verschämt nur mehr über das Sparbudget insgesamt geredet. Es wäre sicherlich viel richtiger gewesen, wenn er die Terminologie vom Sparkapitel beibehalten hätte. Bitte, ich muß zugeben, es fällt ihm ja sehr schwer zu begründen, warum man diesem Budget zustimmen kann; genauso schwer, wie es dem Kollegen Hanreich gefallen ist, hier eine Zustimmung zu finden und diese zu begründen. Er hat immer einen Schwerpunkt gesucht und hat ihn offenbar auch nicht gefunden, genauso wenig wie ich.

Ich muß feststellen, daß tatsächlich dieses Kapitel Wissenschaft und Forschung im gesamten Katastrophenbudget 1977 trotz einer exorbitanten Erhöhung und Ausweitung des Gesamtmehrs und eines zu erwartenden Defizits von mehr als 50 Milliarden Schilling unter die Räder gekommen ist. Ich frage mich nur, wie das mit der Regierungserklärung zu vereinbaren ist, wonach Wissenschaft und Forschung ein we-

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

sentlicher Schwerpunkt der Regierungstätigkeit sein sollte. In Wirklichkeit wurde offenbar aus dem angekündigten Schwerpunkt ein Schwachpunkt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wo sind die Versprechungen des Herrn Bundeskanzlers geblieben, wonach er etwa die Repräsentationsausgaben und die Mittel für die Regierungspropaganda einsparen und diese Beträge der Forschung zuführen wollte? Das hat er doch seinerzeit großartig verkündet. In Wahrheit macht er genau das Gegenteil. Er weitet die Repräsentationsspesen und die Propagandaansätze aus und spart dafür bei den Ansätzen für Wissenschaft und Forschung.

Wahrscheinlich hätten die Wissenschaftler sogar Verständnis für ein sinnvolles Sparen – ich will das gar nicht in Abrede stellen –, wenn Sie nämlich zur Erkenntnis kommen könnten, daß aus zwingenden wirtschaftlichen oder staatspolitischen Gründen auch anderweitig gespart werden sollte, etwa bei den Schulbüchern, bei den Bundestheatern, bei den Österreichischen Bundesbahnen und so weiter – ich könnte die Liste beliebig fortsetzen –, wo großartig verschwendet und nicht gespart wird. So aber haben die Hochschullehrer und Wissenschaftler insgesamt den Eindruck, daß ihre Ressortchefin – bitte, ich möchte das jetzt unter Anführungszeichen setzen – eine eher doch schwache Frau ist, die sich gegenüber dem Bundeskanzler und dem Finanzminister einfach nicht durchsetzen konnte.

Ich möchte noch die Frage stellen, ob sich der Finanzminister mit der Kürzung des Wissenschaftsbudgets vielleicht auch dafür gerächt hat, daß ihm die Frau Wissenschaftsminister – zumindest eine Zeitlang – den Posten des angestrebten Vizekanzlers streitig gemacht hat. Wie wäre es denn anders zu erklären, daß insgesamt nur etwa 1 Prozent der Dienstposten eingespart werden sollen, daß aber gerade im Bereich der Hochschulassistenten rund 3 Prozent – konkret sind das nämlich 116 Assistentenposten gegenüber 1976, und nur so kann man vergleichen – eingespart werden müssen. Und dies bei gewaltig steigenden Studentenzahlen und bei keiner personellen Vorsorge für die Durchführung des UOG.

Das sind, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, die Fakten. Sie können diese Zahlen im Dienstpostenplan – ich habe ihn hier – ganz konkret nachprüfen.

Hier können auch keinerlei Zahlenspielereien etwa mit den Vertragsassistenten – das hat nämlich die Frau Minister im Wissenschaftsbeziehungsweise Budgetausschuß versucht – die wahre Situation verschleiern. Vertragsassistenten unterscheiden sich ganz wesentlich von

Hochschulassistenten, und zwar nicht nur dadurch, daß sie – wie wahrscheinlich allgemein angenommen wird – Vertragsbedienstete im Gegensatz zu pragmatisierten Beamten sind, sondern nach § 19 des Assistentengesetzes 1962 vor allem dadurch, daß sie nur teilbeschäftigt sind oder für eine vorübergehende Tätigkeit von außeruniversitären Institutionen beziehungsweise anderen Institutionen als dem Bund, etwa von Kammern, von Fonds und ähnlichen Einrichtungen, bezahlt werden. Man kann also hier weder einen seriösen Vergleich ziehen, noch sollte man sich mit fremden Federn schmücken.

Frau Minister! Sie haben in der vorjährigen Budgetdebatte angesichts einer stagnierenden Dienstpostenzahl im Bereich der Hochschullehrer erklärt, der Dienstpostenplan 1976 sei eine Schwachstelle des Wissenschaftsbudgets insgesamt. Ich muß Sie daher angesichts der vorliegenden gigantischen Kürzungen im Dienstpostenplan 1977 fragen: Ist dieser Dienstpostenplan etwa eine Schwachstelle zur Potenz oder schon der Anfang vom Ende des Hochschulausbaues? (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Allein dieser Gedanke ist für die Universitäten einfach unerträglich.

Frau Minister! Sie haben im Hochschulbericht 1975 eine Steigerung der Zahl der Assistentenposten um 800 bis zum Jahre 1978 für notwendig bezeichnet. Ich habe angesichts des „Null-Wachstums“ auf dem Sektor der Assistentenposten im Jahre 1976 und des „Minus-Wachstums“ für das Jahr 1977 bereits am 3. November dieses Jahres eine schriftliche Anfrage eingebracht. Da Sie diese Frage noch nicht beantwortet haben, muß ich sie hier und heute wiederholen: Halten Sie die im letzten Hochschulbericht, der bekanntlich erst vor kurzem hier im Hause diskutiert wurde, geforderte Steigerung der Zahl der Assistentendienstposten um 800 bis zum Jahre 1978 für erforderlich, und wenn ja, wie und wann soll der nach Ihren eigenen Berechnungen vorhandene Bedarf an Assistentenposten bis 1978 gedeckt werden? Ich kann mir nicht vorstellen, daß das realistisch gesehen möglich ist.

Damit Sie, meine Damen und Herren, vor allem von der Regierungspartei, nun nicht meinen, etwa nur ein oppositioneller Abgeordneter macht sich darüber Gedanken und Sorgen und übertreibt daher dementsprechend, möchte ich Ihnen eine Resolution des „Assistentenverbandes“, einer parteipolitisch ungebundenen, das heißt überparteilichen Organisation, diesbezüglich zur Kenntnis bringen, die erst am 23. Oktober an das Wissenschaftsministerium gerichtet wurde.

Hier heißt es wörtlich: „Der Assistentenver-

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

band erklärt zu der angekündigten Absicht des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, freiwerdende Dienstposten für Universitätsassistenten und wissenschaftliches Personal an Universitäten einzuziehen und nicht wieder besetzen zu lassen, daß in der gegenwärtigen Situation der Universitäten keine Verringerung der Zahl von Dienstposten für Universitätslehrer und sonstige Mitarbeiter im wissenschaftlichen Betrieb eintreten dürfe, ebenso wie im Schulbereich die Zahl der Lehrer nicht vermindert werden kann."

Auch der politisch ebenso unabhängige „Verband der Professoren der österreichischen Hochschulen“ erklärt in seinem sogenannten November-Brief dazu folgendes: „Wenn in einer Zeit rapide zunehmender Differenzierung der Wissenschaften und Spezialisierung der Wissenschaftler vor einem Hintergrund steigender Forschungs- und Lehraufgaben der Bundesminister versucht, durch Reduktion des wissenschaftlichen Mitarbeiterstabes, also durch einen Eingriff in das Potential der Universitäten, die noch dazu die UOG-Durchführung zu bewältigen haben, zu ‚sparen‘, so ist das Mißlingen der Hochschulpolitik offenbar. Dieser Versuch steht auch in krassem Gegensatz zu jenen politischen Äußerungen und Regierungserklärungen, die den Vorrang von Bildung und Wissenschaft behauptet haben.“

Jetzt hören Sie gut zu: „Wehmütig erinnern wir uns der Jahre 1967 bis 1970, in denen es der Bundesregierung noch möglich war, die Dienstposten an Universitäten und Hochschulen zu vermehren, gleichzeitig aber die Gesamtzahl der Bundesdienstposten um 5217 zu vermindern.“ (*Beifall bei der ÖVP.*) Das, meine Damen und Herren, eine Feststellung aus der Resolution des „Professorenverbandes“, eines parteipolitisch unabhängigen Verbandes.

Ja, ich muß sagen, tatsächlich denken wir wehmütig an die Leistungen der ÖVP-Regierung auch auf dem Bausektor zurück.

Anlässlich der Debatte über den bereits erwähnten Hochschulbericht am 7. Oktober dieses Jahres haben Sie, Frau Minister, mich im Schlußwort ersucht, ich möge mir die jährliche Bauleistung für die Hochschulen, die diesbezüglichen Feststellungen und Tatsachen nochmals genau ansehen. Ich bin Ihrer Aufforderung nachgekommen und habe mir sie wirklich sehr genau angesehen.

Und damit Sie nicht vielleicht meinen, ich hätte falsche Quellen studiert, zitiere ich Ihnen auch hier wieder den eigenen Hochschulbericht. Auf Seite 85 findet sich die Tabelle 19. Sie enthält in einer Gegenüberstellung die jeweiligen Raumzuwächse zwischen 1969 bis 1971 und

1971 bis 1974. Daraus geht eindeutig hervor, daß sich in der ÖVP-Zeit, nämlich 1969/1970, ein Gesamtjahreszuwachs von 28.000 Quadratmeter pro Jahr ergab, während sich in der SPÖ-Regierungszeit von 1971 bis 1974 ein solcher von nur 23.000 Quadratmeter pro Jahr ergab. Hierbei ist noch zu beachten, daß davon nicht weniger als 12.000 Quadratmeter auf das Universitätssportzentrum Schmelz in Wien entfallen, wobei natürlich sehr viele Sportplätze dabei sind und bekanntlich der Bau von Spielwiesen sicherlich billiger ist als etwa der von teuren Instituts- und Klinikbauten.

Sie sehen also, meine Damen und Herren: Diese leichtfertige Aufforderung der Frau Minister hat sich als unangenehmer Bumerang für die sozialistische Regierung erwiesen und zeigt einmal mehr, daß die Behauptungen dieser Regierung oft im Gegensatz zu den Tatsachen stehen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ebenso haben Sie, Frau Minister, in Ihrem letzten Schlußwort zur Debatte über den Hochschulbericht mich belehrt, daß die „Bundeskonferenz für das wissenschaftliche Personal“ sich selbst konstituieren muß und daher der Vorwurf nicht an das Ministerium gerichtet werden kann. Tatsache aber ist, daß das UOG keinerlei konkrete Bestimmungen – etwa im § 106, der dieses Thema behandelt – enthält. Kein Hinweis über die Vorgangsweise bei der Konstituierung. Mit der Vollziehung dieses Gesetzes sind aber bekanntlich Sie als der zuständige Ressortleiter betraut. Und bisher wurden die erforderlichen Durchführungsbestimmungen dazu nicht erlassen, obwohl mindestens zwei Konsultanten für diesen Zweck, nämlich die Erstellung der Durchführungserlässe, im Ministerium vorhanden sind. Seit immerhin ein dreiviertel Jahren nach Verabschiedung des UOG hier im Hause gibt es sie noch nicht.

Damit Sie nicht vielleicht wieder antworten, es fehlen noch die Voraussetzungen seitens der Hochschulen, möchte ich gleich vorweg die entsprechende Resolution auch wieder des „Assistentenverbandes“, den ich schon genannt habe, dazu zitieren – es ist auch wieder eine Resolution vom 23. Oktober 1976 an Sie gerichtet –:

„Der Assistentenverband stellt fest, daß ... alle Voraussetzungen zur Errichtung der Bundeskonferenz vorliegen. Damit die Bundeskonferenz mit der Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben, nämlich die Koordination und die Unterstützung der Mittelbauvertreter bei ihrer Tätigkeit in den akademischen Gremien, beginnen kann, ersucht der Zentralauschuß des Assistentenverbandes den Bundesminister für

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

Wissenschaft und Forschung, die konstituierende Sitzung in die Wege zu leiten.“

Ich weiß bitte nicht, ob Sie in der Zwischenzeit etwas getan haben, mir ist jedenfalls darüber nichts bekannt.

Aber vielleicht können Sie ihre Konsulenten nicht nur zur Beschleunigung ihrer Arbeit, sondern auch zur Bereinigung der Vielfalt ihrer Lehrmeinungen anhalten. Dieser Begriff ist ja in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem UOG sehr modern geworden. Offenbar hat er sich auch im Ministerium ausgebreitet, weil nämlich dort jeder Konsulent eine andere Auskunft gibt und kein Mensch mehr weiß, was jeweils gerade gültig ist. Es gibt also verschiedene Auffassungen zu den einzelnen Sachfragen. Vor allem müßte erreicht werden, daß in den Erlässen, die zum UOG herausgebracht werden, getrennt wird zwischen rechtsgültigen Verwaltungsverordnungen und etwa Privatmeinungen von Professor Strasser, die ja zum Teil sogar gesetzwidrig sind.

Sollte Ihnen, Frau Minister, das in der nächsten Zeit nicht gelingen, wird es auf Hochschulebene - da braucht man kein Prophet zu sein - eine noch nie dagewesene Rechtsunsicherheit geben. Im Vergleich dazu wird sich der sogenannte offene Krieg der Wiener Universität gegen Sie, Frau Minister, als harmlos erweisen, weil dann schließlich überhaupt kein Mensch mehr weiß, was richtig und recht ist, wer anordnungsbefugt ist und wer überhaupt noch sinnvoll etwas zu reden hat. Schaffen Sie also rechtzeitig eine Rechtsklarheit, denn es ist weder ein Renommee für Sie, noch ist es im Sinne eines Rechtsstaates, wenn in einer großen Tageszeitung berichtet wird, daß sich die Universität Wien geschlossen an eine ministerielle Weisung wegen Unzuständigkeit des anordnenden Organs nicht halten wird.

Meine Damen und Herren! In der sozialistischen Terminologie hat das Wort „Planung“ sicher einen besonderen Stellenwert. Trotzdem mangelt es im Wissenschaftsministerium noch immer an sinnvollen Planungsmaßnahmen. Ja selbst die notwendige Koordinierung einzelner Vorhaben im eigenen Hause und die Koordinierung mit anderen kompetenten Zentralstellen des Bundes fehlen. Ich erinnere zum Beispiel daran, daß das UOG bis heute nicht an das Bundes-Personalvertretungsgesetz 1967 oder an das Hochschulassistentengesetz 1962 angepaßt ist und sich daher die Dinge ständig spießen und es diesbezüglich ständig zu Schwierigkeiten kommt.

Und trotz oder vielleicht wegen des UOG gibt es derzeit an den Hochschulen keine Gruppe, die mit den herrschenden Zuständen zufrieden

ist. Es beginnt bereits bei den Universitätsdirektoren, die, wie es sich erst kürzlich anlässlich der praktischen Durchführung des sogenannten Sparerlasses zeigte, eine besonders prekäre Stellung nach dem UOG haben. Sie unterstehen nämlich in Angelegenheiten des staatlichen Wirkungsbereiches dem Bundesminister für Wissenschaft und in Angelegenheiten des sogenannten autonomen Wirkungsbereiches dem Rektor. Erteilt nun das Ministerium eine Weisung, die in den autonomen Wirkungsbereich eingreift - diese beiden Bereiche sind eben verzahnt, sie lassen sich nicht exakt abgrenzen -, so kann es sein, daß der Rektor genau eine gegenteilige Anordnung erteilt. Auf Grund des Artikels 20 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz ist aber der Universitätsdirektor verpflichtet, die Befolgung von Weisungen eines unzuständigen Organes abzulehnen. Er wird also in die nicht zumutbare Situation gedrängt, entweder den Bundesminister oder den Rektor als unzuständiges Organ deklarieren zu müssen. Er wird dabei früher oder später sicher zwischen beiden aufgerieben.

Er kommt also in eine Schiedsrichterrolle, die ihm nicht zusteht. Ich bitte Sie daher, die Sache zu bereinigen. Die ÖVP - und nicht nur die ÖVP, sondern auch alle Hochschulkenner - hat immer vor dieser Zwitterstellung des Universitätsdirektors gewarnt. Sie hat sie immer als unbrauchbar bezeichnet.

Aber auch die Professoren und Assistenten stöhnen unter der Sitzungsflut und beklagen sich über die Überlastung, zumal die mehrfach groß angekündigten flankierenden Maßnahmen zum UOG bisher noch immer nicht erschienen sind. Seit Jahren wird etwa den Hochschullehrern ein Dienst- und Besoldungsrecht versprochen. Geschehen ist bisher nichts. Für die Assistenten sind aber auch flankierende Maßnahmen bezüglich eines leichteren Übertrittes in außeruniversitäre Bereiche und Berufszweige zu schaffen. Auch diesbezüglich ist nichts geschehen. Sie brauchen eine reibungslose Überleitung, damit ein leichter Austritt aus der Universitätstätigkeit möglich ist.

Über die miserable Besoldung der Hochschullehrer, die nicht nur unter der ausländischer Kollegen, sondern auch unter jener der Gruppen des privaten und verstaatlichten Bereiches liegt, will ich hier gar nicht lange reden.

Auch hier möchte ich etwa die sogenannten „Lieblinge der Nation“, wie die Frau Minister die Hochschulassistenten anlässlich der Werbung für das UOG bezeichnet hat, zitieren. Auch hierzu gibt es eine Resolution des „Assistentenverbandes“. Diese möchte ich doch noch vorlesen. Es ist ja leider nicht möglich, in der kurzen Redezeit alles unterzubringen. Ich habe

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

noch eine ganze Menge von Resolutionen hier und könnte fast stundenlang Resolutionen an die Frau Minister verlesen. Aber ich will die Zeit nicht allzusehr überschreiten.

Hier heißt es: „Der Assistentenverband ersucht nachdrücklich alle verantwortlichen Stellen, die Verhandlungen über das Gehaltschema der Hochschullehrer wieder aufzunehmen und möglichst rasch zu einem befriedigenden Ergebnis zu führen. Damit sollen bestimmte Relationen zwischen den Bezügen der drei Gruppen von Hochschullehrern . . . als auch zu anderen vergleichbaren Gruppen des öffentlichen Dienstes, die sich stark verschoben haben, wieder hergestellt werden. Diese Verhandlungen laufen seit 1971 und wurden 1975, nachdem alle Unterlagen beigebracht und geprüft worden waren, unterbrochen und bisher nicht fortgesetzt.“

Sie sehen also, wie man auch die sogenannten Lieblinge der Nation hier behandelt.

Einen anderen Hinweis muß ich bitte auch noch machen. Der Reisekostenzuschuß, Frau Minister, ist seit Jahren ein Anliegen der Assistenten – aber nicht nur der Assistenten –, und dieser wurde auch im neuen Budget nicht erhöht. Es gibt auch dazu eine weitere Resolution, in der es heißt:

„Die Teilnahme an wissenschaftlichen Veranstaltungen im Inland und Ausland und die Präsentation der Ergebnisse eigener wissenschaftlicher Arbeiten ist eine Notwendigkeit für jeden Universitätslehrer. Der für solche Zwecke gewährte Reisekostenzuschuß des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung deckt nicht einmal mehr die vollen Kosten der Bahnfahrt. Der Assistentenverband fordert daher eine Anhebung des Reisekostenzuschusses, sodaß zumindest Reisekosten und Tagungsgebühr gedeckt werden. Der Assistentenverband ersucht das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, in den Budgetverhandlungen die notwendigen finanziellen Mittel einzuplanen.“

Eingeplant wurde – bitte sehr – um keinen Groschen mehr als im Vorjahr. Es wurde nicht nur nicht mehr eingeplant, sondern es wurden die Bezugsvorschüsse sogar nominell um ein Viertel gekürzt. Die Bezugsvorschüsse sind für die Assistenten eine sehr wesentliche Sache, die oft zur Wohnungsbeschaffung und zur Beschaffung sonstiger lebenswichtiger Güter gewährt werden.

Die Förderausgaben für hochschulische Einrichtungen wurden von 392 Millionen auf 110 Millionen, also auf rund ein Viertel, reduziert. Dafür wurden auf der anderen Seite Förderausgaben, etwa – davon war heute

schon kurz die Rede – für die sozialistisch dominierte Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft um mehr als ein Viertel angehoben.

Interessanterweise gibt es auch seit Jahren ein „Institut für Konfliktforschung“, das offenbar dem Verein des Direktors der Zentralsparkasse Vak untersteht, von Professor Hacker, sicherlich auch kein ÖVP-Mann, geleitet wird und das jährlich im Budget mit 1 Million veranschlagt ist. Ich weiß zwar nicht, meine Damen und Herren, welche Konflikte dieses Institut erforscht, ich weiß allerdings sehr wohl, daß an den Universitäten seit Jahren umsonst und vergebens geforscht wird, wie sie die Konflikte mit dieser Bundesregierung loswerden könnten. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Der Fimberg-Dallinger-Konflikt ist das!)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß leider zum Abschluß kommen und darf feststellen . . . *(Abg. Dr. Fischer: Wieso sagen Sie immer „leider“?)* Weil ich ja noch soviel zu sagen hätte, Herr Kollege Fischer! Ich könnte über die Sünden des Ressorts stundenlang erzählen. „Leider“ muß ich deswegen sagen, weil vereinbart wurde, daß man nach Möglichkeit 20 Minuten Redezeit nicht überschreiten soll. Ich habe ohnedies schon überschritten. Aber es war, glaube ich, doch notwendig, ein paar Dinge hier anzubringen.

Zusammenfassend muß ich feststellen, daß das Budget 1977 die Hochschulen tatsächlich in ihrer Substanz trifft. Bei weiterhin gewaltig steigenden Studenten- und sinkenden Assistentenzahlen ist nicht nur keine personelle Vorsorge für die Durchführung des UOG getroffen worden, sondern müssen sich natürlich auch die Relation – und darauf hat der Kollege Gruber schon hingewiesen – zwischen den Lehrenden und den Lernenden und damit natürlich auch der Lernerfolg verschlechtern.

Die fortschreitende Inflation bewirkt im Hochschulbudget eine Kürzung um real mindestens 7 Prozent. Dabei möchte ich jetzt gar nicht auf die Äußerung des Kollegen Busek eingehen, in der er festgestellt hat, daß die Inflation bei der Forschung nicht etwa 7, 8 oder 10 Prozent, sondern mindestens 15 oder mehr Prozent ausmacht. So gesehen wäre das eine noch höhere reale Kürzung. Die anstehenden Personalprobleme wurden nicht nur nicht gelöst, sondern durch Einsparungen im Dienstpostenplan noch verschärft, sodaß die wissenschaftliche Lehre und Forschung tatsächlich gefährdet erscheinen. Somit stellt dieses Budget den totalen Bankrott sozialistischer Wissenschaftspolitik dar, den wir nicht mitverantworten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum

4108

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Präsident Minkowitsch

Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Maderner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter DDr. **Maderner** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat von einer eigenartigen Logik gesprochen. Diese besteht offenbar auch darin, daß man mehr für die einzelnen Budgetkapitel verlangt, weniger für das Gesamte – das haben Redner der ÖVP selbst schon gesehen –, und ebenso darin, daß man die Argumente, die die Frau Bundesminister klar und deutlich ausgesprochen hat, einfach nicht zur Kenntnis nimmt und die gleichen Angriffe wiederholt.

Es gibt noch ein Gebiet einer eigenartigen Logik, und darauf möchte ich hinweisen, weil man darüber nachdenken muß:

Herr Abgeordneter Taus, Bundesobmann der ÖVP, hat wörtlich in seiner einleitenden Rede zu den Budgetdebatten gesagt: Wir wollen Aufstiegschancen für die Jungen, wir wollen freie Arbeitsplatzwahl, wir wollen freien Zugang zu allen Ausbildungsmöglichkeiten.

Wenn man diese Freiheiten verlangt, muß man natürlich auch damit einverstanden sein, daß mehr und mehr Schulen eingerichtet und gebaut werden, und darf dann nicht andererseits von Verschwendung oder – wenn es auch wirklich nur „Schulburgen“ und nicht „Trutzburgen“ gewesen sein sollen – von „Burgen“ sprechen. (*Ruf bei der SPÖ: „Trutzburgen“! – Abg. Dr. Gruber: Schauen Sie im Stenographischen Protokoll nach!*)

Die Bildungsplanung, die immer verlangt wird, darf nicht zu einem Dirigismus führen, denn das wäre ein Widerspruch in sich: Freie Arbeitsplatzwahl, freien Zugang zu allen Ausbildungsmöglichkeiten und dann eine Planung zu verlangen, die dirigieren soll.

Richtig ist, daß in den Jahren zwischen 1970 und 1976 ein ungeheurer Nachholbedarf zu bewältigen war, wenn man nur daran denkt, daß in der Ersten Republik in ganz Österreich nur eine einzige höhere Schule gebaut wurde, daß erst von 1969 an das berufsbildende Schulwesen zu einer wahren Explosion gekommen ist, sodaß man von den siebziger Jahren mit Recht gesagt hat, es sei das Jahrzehnt des berufsbildenden Schulwesens.

Einige Beispiele: Ich will mich auf die Prozentzahlen beschränken, um die Zeit strikte einzuhalten:

In den technischen mittleren und höheren Schulen ist eine Steigerung der Ausbildungsplätze um 55,1 Prozent erfolgt; in den kaufmännischen mittleren und höheren Schulen gab es eine Steigerung von 147,1 Prozent der Ausbil-

dungsplätze, in den mittleren und höheren Schulen für wirtschaftliche Frauenberufe eine solche um 109,8 Prozent, in allen berufsbildenden mittleren und höheren öffentlichen Schulen zusammen eine Steigerung um 90,2 Prozent. Wenn man die privaten Schulen, die eine geringere Steigerungsrate hatten, auch mitrechnet, gab es immerhin eine Steigerung der Ausbildungsplätze um 67,6 Prozent; im selben Zeitraum sind die Ausbildungsplätze an den allgemeinbildenden höheren Schulen um 32,6 Prozent gestiegen. Auf allen Gebieten hat man also ungeheuer viel geleistet.

Das gilt auch für die Dienstposten, denn die Dienstposten an den berufsbildenden Schulen haben sich von 1969 bis 1976 von 4872 auf 8234 erhöht, also um ungefähr 80 Prozent. Im Verhältnis zu den 67 Prozent wurde daher ein günstigeres Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern erreicht. Es ist offensichtlich dadurch auch möglich geworden, bessere Unterrichtsmethoden einzuführen.

Nun wäre es aber verfehlt zu sagen, alle Probleme sind gelöst; sie sind natürlich nicht gelöst, denn die Schulbauten sind noch im Gang. Seit 1969 sind im berufsbildenden Schulwesen 21.950 neue Ausbildungsplätze durch neue Schulbauten entstanden. In Bau befinden sich 24.530, in Planung 15.470 Ausbildungsplätze.

Das sind Zahlen, die unwahrscheinlich klingen; es ist eine Tatsache, daß noch niemals für das österreichische Schulwesen, und ganz besonders für das berufsbildende mittlere und höhere Schulwesen, soviel geschehen ist.

Das gilt auch für die Verbundlichungen. In der Zeit von 1965 bis 1969 ist eine Schule verbundlicht worden, zwischen 1970 und 1976 sind 16 derartige Schulen verbundlicht worden.

Die Frau Abgeordnete Moser hat gemeint, daß die schon bestehenden alten Schulen weniger Beachtung finden. Das mag durchaus manchmal zutreffen. Es ist bedauerndwert, aber alles kann man nicht machen. Es ist nicht möglich, soviel an neuen Dingen zu bewältigen und gleichzeitig auch die alten Schulen im selben Tempo zu modernisieren. Es wird auch im Bildungswesen mit Wasser gekocht, was das Materielle betrifft, und es ist sehr viel gekocht worden, das muß man doch wohl sagen. (*Abg. Dr. Gruber: Mit Wasser!*) Natürlich. Es wird nicht anders gekocht. (*Abg. Dr. Gruber: Wenn wir auf dem Boden der Realität bleiben, ist es gut!*)

Probleme gibt es selbstverständlich, und es ist auch klar, daß bei der Lösung eines Problems ein neues Problem entsteht. Das ist immer der Fall und das wird auch so bleiben, solange man den Stein der Weisen nicht entdeckt hat. Denn es

DDr. Maderner

kommen erst dann neue Gesichtspunkte an die Oberfläche, wenn die alten Schwierigkeiten beseitigt wurden, wie zum Beispiel etwa die Frage der Maturanten oder, die Frage einer mangelnden Vorbereitung auf das Universitätsstudium. Das war ja auch die einzig wirklich negative Seite des ganzen OECD-Berichts.

Der OECD-Bericht bringt eine Fülle von aner kennenden Feststellungen für die österreichischen Universitäten, für die Verwaltung der österreichischen Universitäten und für das zuständige Ministerium für Wissenschaft und Forschung.

Richtig ist allerdings, daß im fünften Studienjahr nur mehr etwa 64 Prozent der Studienanfänger noch an den Universitäten zu finden waren, daß das Verhältnis der Absolventen zu den Abbrechern mit 100 zu 78 berechnet wurde. Aber hier muß man sich die Gründe überlegen, wenn man eine Veränderung anstrebt.

Erstens ist, bei der hohen Inskribentenzahl in den ersten Semestern, auch der Anteil der weiblichen Inskribenten sehr hoch. Aber gerade bei den weiblichen Inskribenten gibt es viele, die im Laufe des Studiums einen ganz anderen Lebensweg einschlagen, nämlich: Sie heiraten und geben ihr Studium auf. Daher ist die Zahl der Abbrecher unter den weiblichen Studenten wesentlich höher.

Ein zweiter Grund ist, daß manche am Anfang, nach der Matura, noch gar nicht recht wissen, welche Berufslaufbahn sie eigentlich einschlagen wollen. Sie betrachten die Inskription als eine Art „Schnupperlehre“, indem sie schauen, was geboten wird, was da los ist.

Es gibt dann noch die Scheininskribenten, die sich in Zahlen schwer abschätzen lassen, aber deren Zahl zwischen 10 und 30 Prozent geschätzt wird.

Schließlich darf man aber nicht vergessen, daß auch in allen anderen Berufen der Wechsel durchaus gang und gäbe ist. Die Kärntner Arbeiterkammer hat vor wenigen Jahren eine seriöse Untersuchung bei den 27jährigen gemacht und festgestellt, daß unter den Kärntner 27jährigen bereits ein Drittel den Beruf gewechselt hatte und ein Viertel die Absicht hatte, ihn in nächster Zukunft, beziehungsweise bei der nächsten Gelegenheit, zu wechseln. Und das selbe gilt natürlich auch für die Studenten.

Wenn man all das berücksichtigt, so ist es keine katastrophale Situation mit den Studienabbrüchen, sondern es ist eine ziemlich logische Situation in einem Land, in dem das Studieren nichts kostet und man daher persönlich kein Geld in Inskriptionsgebühren investiert hat, noch dazu aber in einem Land, in dem es eben

diese Studienverlaufsstatistiken gibt. Denn in keinem anderen Land weiß man, wie viele dort abbrechen. Bei uns weiß man es und daher kann man es auch mehr an das Tageslicht bringen.

Herr Abgeordneter Blenk hat von einer Enttäuschung über die Lehrinhalte gesprochen. Ja, wer setzt sich denn ständig für die Lehrfreiheit ein? Nicht nur wir Sozialisten tun das, das tut auch die ÖVP. Und wenn man für die Lehrfreiheit an den Universitäten eintritt, so darf man sich dann nicht beim Ministerium über die Lehrinhalte beschweren, sondern die Beschwerde müßte an die Universitäten gerichtet werden. Ein diesbezüglicher Dirigismus seitens des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung wäre in einem freien akademischen System absolut fehl am Platz.

Akademische Nieten – wer produziert sie? Das Ministerium sicherlich nicht. Wenn sie wirklich produziert werden, dann nur an den Universitäten. Die Adresse war falsch gerichtet, man müßte sich an die Universitätslehrer wenden.

Daß auch abgebrochene Studien individuell und daher auch für die Gesellschaft nützlich sind, hat die Frau Minister bereits in ihrer Antwort klar ausgesprochen, und das ist eine Tatsache. Denn was immer man studiert hat, kann man irgendwo brauchen, man wächst in seiner Persönlichkeit, man hat eine größere Breite der Einsatzmöglichkeiten. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß eigentlich jeder Akademiker möglichst zwei unterschiedliche, sehr differierende Studienrichtungen absolvieren sollte.

Die höheren Schulen in kleineren Städten, von denen manchmal gesagt wird, das sei eine Verschwendung, haben noch eine zusätzliche Funktion: Sie sind Zentren der Kultur dieser Gebiete. Die Untersuchung des Bundesministeriums für Unterricht beziehungsweise die vom Ministerium in Auftrag gegebene Untersuchung über das Kulturverhalten der Österreicher hat deutlich gezeigt, daß die kulturelle Aktivität mit dem Bildungsgrad wächst. Und in diesem Sinne haben auch die höheren Schulen in kleineren Städten eine außerordentliche Funktion.

Schließlich sind sie ja – direkt oder indirekt, räumlich oder durch das Personal, das dort beschäftigt ist – auch in der Regel Zentren der Erwachsenenbildung. Ein Bereich, von dem immer wieder gesagt wird, daß er vernachlässigt wird, obwohl sich von 1969 bis 1976 das Budget dafür von 18 Millionen auf 48 Millionen Schilling erhöht hat. Das entspricht nicht der Inflationsrate, sondern das ist unverhältnismäßig mehr.

DDr. Maderner

Nun zur Kritik an den Schulen: Frau Abgeordnete Moser hat vor allem von den Schwierigkeiten der Schüler gesprochen. Wir haben nur diese Schulen, wir haben nichts anderes, aber wir müssen offenbar etwas anderes finden.

Der Anreiz zu höherer Schulbildung, und zwar zu der Bildung, wie wir sie jetzt haben, ist sicherlich auch für jene, die sie nicht genossen haben, sehr groß, sonst würden nicht in dem laufenden Schuljahr 4487 berufstätige Menschen höhere Schulen für Berufstätige besuchen. Im Verhältnis zu 1969 ist das auch eine nicht unbedeutende Steigerung, damals waren es nur 3169.

Wir müssen zunächst mit dem auskommen, was wir haben. Wir können vorläufig auch die Studierenden an den Universitäten nicht anders vorbereiten als mit den Methoden und mit den Inhalten, die wir zurzeit haben.

Daß eine Beschränkung der Universitätsstudenten durch den Numerus clausus für Österreich nicht in Frage kommt, wurde mehrmals betont, und dagegen könnte man noch eine Reihe von Argumenten anfügen, die aus den deutschen Erfahrungen heraus gewonnen werden konnten, nämlich beispielsweise die Tatsache, daß dann die höheren Schulen zu Stätten der Notenhamsterei werden. Eine Folge wäre, daß gerade das, was die moderne Pädagogik vermeiden will, nämlich eine Paukschule aufzubauen, dann kommen müßte und nichts anderes, da es ja nur auf den memorierbaren Stoff ankommt.

Die Studenten, die Mittelschüler, die Schüler in den entsprechenden Anstalten würden dann – dort, wo sie die Wahl haben – gerade jene Gegenstände wählen, in denen es am leichtesten ist, Punkte zu bekommen, und nicht jene, in denen die größten Bildungswerte zu gewinnen sind. Das alles sind so viele Nachteile, daß der Numerus clausus, der oft bizarre Folgen annimmt, für uns wirklich kein Vorbild sein kann. Er wird zurzeit zwar noch nicht gefordert, aber ich könnte mir vorstellen, daß solche Forderungen einmal erhoben werden.

Worauf es in Zukunft ankommt, ist die innere Reform unseres Schulwesens. Da würde ich der Frau Abgeordneten Moser absolut recht geben, darüber muß man sich den Kopf zerbrechen.

Man muß versuchen, erkennbare Fehler, sobald es geht, zu eliminieren. Worin liegen diese erkennbaren Fehler?

Darin, daß unser gesamtes Bildungssystem nur darauf ausgerichtet ist, die rationalen Anlagen der jungen Menschen zu fördern, die sozialen, auch die soziale Intelligenz, bleiben einfach vernachlässigt.

Weiters darin, daß wir in den Schulen mehr Konkurrenz als Solidarität üben, da wir das System eines Gruppenunterrichtes fast nicht praktizieren. Wenn es jemand tut, so ist er ein Außenseiter.

Darin, daß wir die unterschiedlichen Anlagen und Neigungen nur sehr gering oder überhaupt nicht berücksichtigen können, weil wir keine Pflichtwahlfächer haben. Das wäre ein System, das ausgedacht werden müßte.

Ebenso auch darin, daß wir eine Ausgewogenheit zwischen Berufsvorbereitung und Allgemeinbildung nur in den berufsbildenden höheren Schulen, nicht aber in den allgemeinbildenden höheren Schulen haben, in die auch wenigstens eine grundlegende Berufsvorbereitung hineingehören würde, da jeder Mensch später einen Beruf hat, eine Berufsvorbereitung daher zur Allgemeinbildung, zur Bildung der Allgemeinheit, gehört.

Daß wir leider die körperliche Erziehung traditionell sehr stark vernachlässigen und auch noch Schwierigkeiten mit den Lehrern haben, weil es gerade auf diesem Sektor zu wenige gibt, das hat der Herr Bundesminister Sinowatz ja schon betont. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Wir müssen weiterentwickeln. Wir müssen inhaltlich weiterentwickeln. Aber wir können diese Weiterentwicklung nicht Lehrerkommissionen überlassen. Diese Weiterentwicklung muß eine politische Arbeit sein.

Ich frage mich, wieso es zum Beispiel im Unterrichtsausschuß so schwierig war, neue Gedanken durchzusetzen, wenn andererseits geklagt wird, es komme nichts Neues.

Ich erinnere an Vorschläge zur Reform des zweiten Bildungswegs. Es war nicht einmal möglich, das unglückselige neunte Semester an den Gymnasien für Berufstätige zu eliminieren, das ein Unglück deshalb ist, weil diese Studierenden dadurch ja ein ganzes Jahr verlieren und weil sie es nicht brauchen, da sie ja andere Qualifikationen haben als ein Schüler an einer höheren Schule im Alter von 14 bis 18 Jahren.

Es war nicht möglich, ein Fach Politische Bildung anstelle der Staatsbürgerkunde einzuführen. Das wäre ein Element der Modernisierung: Bei der Staatsbürgerkunde handelt es sich um einen memorierbaren Stoff. Bei der Politischen Bildung sollte es um die Schulung der Urteilsfähigkeit gehen. Es konnte nicht durchgesetzt werden, weil die Vertreter derselben Partei, die sich heute darüber beklagen, daß die Inhalte nicht modernisiert werden, daß nicht die Schulreform von innen her aufgerollt wird, es damals verhindert haben, Vielleicht würde das

DDr. Maderner

darauf schließen lassen, daß ein Umdenken eingetreten ist und daß es in Zukunft möglich sein wird, tatsächlich nun an eine innere Reform zu gehen, nachdem im Äußeren so viel geschehen ist. Die Bereitschaft zum Konsens wird die ÖVP bei der SPÖ ganz bestimmt finden.

Wie bedeutend das Bildungswesen ist, geht ja schon daraus hervor, daß sich eigentlich kaum eine Investition so rasch amortisiert und so hoch verzinst wie die Investition in Bildung. Ich möchte nur daran erinnern, daß der Wiederaufstieg der deutschen Bundesrepublik, aber auch Österreichs in wirtschaftlicher Hinsicht ja nicht durch Kapitaleinfluß allein so sehr erklärbar ist, etwa durch den Marshall-Plan, sondern daß er im wesentlichen deshalb und dadurch erklärbar ist, daß es Menschen gegeben hat, die gewußt haben, wie man es macht.

Das Bildungsgut – das bezieht sich nicht nur auf Berufswissen, sondern das muß ja auch eine Verankerung in den Gesamtpersönlichkeiten haben – ist verwertbar. Die Kultur ist eben die Natur des Menschen, und daher sind Investitionen in dieser Richtung von außerordentlicher und überparteilicher Bedeutung. Aus diesem Grunde kann es nicht so schwer sein, einen Konsens für die zukünftige innere Reform, die ja von allen Parteien verlangt, erwartet und angestrebt wird, zu finden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum zweitenmal in dieser Debatte hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Busek zum Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. **Busek** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir in der gebotenen Kürze zu dem Stellung zu nehmen, was der Abgeordnete Peter betreffend den Entschließungsantrag, den Dr. Kaufmann und ich eingebracht haben, gesagt hat.

Zunächst einmal möchte ich den Abgeordneten Peter darauf verweisen, daß die von ihm kritisierte Passage hinsichtlich der Auskünfte über die Einkünfte und Vermögensverhältnisse der Künstler aus einem Entschließungsantrag stammt, der mit den Stimmen der FDP im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. *(Ruf bei der FPÖ: Na und?)* Entschuldigen Sie bitte, es ist ein Hinweis. Warum Sie das aufregt, weiß ich nicht. Ich bin sicherlich nicht in Gefahr, hier einiges gern abpausen zu wollen, aber der Hinweis sei gestattet.

Dieser Entschließungsantrag hat zu einem Bericht im Deutschen Bundestag vom 13. Jänner 1975 geführt, der leicht zu erheben ist und aus dem Sie den Charakter dieser Untersuchung ohne Schwierigkeiten entnehmen können. Es ist nichts anderes als das, das seit Jahren und

Jahrzehnten im Wege der Meinungsforschung betrieben wird.

Was mit dem Entschließungsantrag bezweckt wird, ist, eine Selbsteinschätzung der Künstler zu erreichen. *(Abg. Peter: Karajan! Ernst Fuchs! . . .!)* Keiner ist gezwungen, an so etwas teilzunehmen. Zwingen tut in dem Fall nur das Bundesstatistikgesetz, und eine solche Untersuchung ist in dem Fall nicht beantragt.

Aber, Herr Abgeordneter Peter, wenn Sie den entsprechenden Bericht gelesen hätten, würden Sie so wie ich zur Meinung kommen, daß man offensichtlich auf diesem Sektor etwas machen muß. Denn dieser Bericht des Deutschen Bundestages – und das ist der eigentliche Ansatzpunkt – beinhaltet einen Auslandsvergleich. Und zwar ist bei der Einleitung des Auslandsvergleiches bemerkt:

Das Material dazu wurde durch Botschaftsberichte zusammengetragen, die Angaben der Botschaften beruhen auf Auskünften der zuständigen Behörden des jeweiligen Landes.

Da kommt auch Österreich vor, und da haben wir die meines Erachtens nicht sehr angenehme Situation, daß wir bei vielen Dingen vorfinden:

Beurteilung der Alterssicherungssituation – hiezu liegen keine Angaben vor.

Oder: Spezielle Sicherungssysteme für den Krankheitsfall für Künstler – Stricherl, Stricherl, Stricherl.

Beurteilung der Situation im Krankheitsfall – hiezu liegen keine Angaben vor.

Ich glaube, daß wir hier durchaus mit dem Standard mithalten sollten.

Außerdem – und da würde mich interessieren, welche Behörde in Österreich diese Auskunft gegeben hat – finden Sie bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Künstler bei Österreich angemerkt:

Unter Berücksichtigung des gegenüber der Bundesrepublik Deutschland etwas niedrigeren Lebensstandards in Österreich entspricht die wirtschaftliche Lage der Künstler den Einkommensverhältnissen der deutschen Künstler.

Interessant, daß das irgendeine Stelle der Republik Österreich weiß; auf Grund welcher Untersuchungen ist wohl schwer erschließbar.

Ich glaube, daß wir die Aufgabe haben, gerade dem entgegenzutreten, was auch Sie gemeint haben, nämlich der zu starken Rolle des Staates, die heute im Wege der Auftragsvergabe hier eingreift. Ich glaube, daß eine gewisse soziale Basissicherheit notwendig ist. *(Abg. Peter: Neuer Auftrag an den Staat?)* Dazu ist

Dr. Busek

meines Erachtens eine Information darüber, welche Probleme existieren, einfach notwendig.

Aber wenn Sie gegen diese Art sind, die wir hier vorgeschlagen haben, sind Sie damit auch gegen jede Meinungsforschung, und dieser bedient sich auch Ihre Partei.

Diese ergänzende Information wollte ich Ihnen gern geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Als nächster Redner kommt zu Wort der Herr Abgeordnete Ing. Amtmann.

Abgeordneter Ing. **Amtmann** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man zu dieser Seite hinsieht *(zur SPÖ blickend)*, müßte man eigentlich sagen: Geschätzte Claqueure! Denn zu was allem Sie klatschen, darüber wundert man sich so im Verlaufe eines Tages.

Ich gestatte mir, Herr Minister, die Empfehlung: Wenn wieder einmal eine der Aufführungen in den Bundestheatern schlecht inszeniert worden ist, bedienen Sie sich Ihrer Kollegen hier, sie sind bestens eingeschossen, dann zu klatschen, wenn die Darbietungen so ziemlich am schlechtesten sind! Damit meine ich jene der Regierung.

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, kurz ein paar Bemerkungen zu den verschiedenen Beiträgen, die in der Zwischenzeit hier gebracht wurden.

Ich darf beim Hofrat Dr. Maderner beginnen, der meint: Probleme werden immer da sein, denn wenn man ein Problem löst, dann entsteht ein neues.

Ich frage mich: Also wozu dann überhaupt? Das ist dann so ein Auf und Zu, ähnlich im Stile wie die Schuldenpolitik unseres Finanzministers. Der Sinn, ein Problem aus der Welt zu schaffen, ist doch der, es eben zu beseitigen und nicht damit ein neues wieder aufzureißen, denn sonst ist es ja zwecklos, etwas zu tun.

Eine Aussage auch zu den Ausführungen des Herrn Ministers, der meinte: 1970 wurden pro Kopf der Schüler etwa 7000 S ausgegeben, und im neuen Budget seien da 14.000 S vorgesehen.

Ich kann mir vorstellen, bei der lockeren Art im Kreise dieser Regierung, mit Zahlen, vor allen Dingen soweit es sich um Zahlen bei Geld handelt, umzugehen, dürfte die Zahl 7000 wahrscheinlich etwas abgerundet, die Zahl 14.000 etwas aufgerundet sein, wodurch die Differenz schon wesentlich kleiner wird. Wenn man dann dazu die flotte Inflationsrate in den sieben Jahren mit einbezieht, dann kommt im Endeffekt praktisch null heraus, wir geben also

heute nicht viel mehr für die Schule aus als seinerzeit.

Und nun noch kurz eine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten Schnell. Er meinte Dr. Taus hinsichtlich seiner Bemerkung korrigieren zu müssen, daß die geistige Zukunft gefährdet sei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Art, wie er dies getan hat, hat dann bewiesen, daß es tatsächlich der Fall ist. Und es ist nicht so, wie er meinte, daß das Problem gelöst ist, daß also keine Sorge da ist, sondern die Sorge kommt erst richtig. Denn letzten Endes hat er als sagen wir erster Mann in Schulfragen in Wien im Grunde genommen als Beitrag zum Budget nicht viel anderes zu sagen gehabt, als uns mit einem Rechenbeispiel vorzurechnen, daß seine Regierung die Zahlen etwas zu großzügig angesetzt hat, was wir ja ohnedies selbst wissen. Zum weiteren hat er sich darauf beschränkt, eine Aufzählung von Schulbauten zu machen. Ansonsten war eigentlich wenig Wesentliches zu hören.

Herr Minister! Sie haben in Ihrer Antwort gemeint, daß nicht daran zu zweifeln ist, daß seit 1970 der Unterricht ein besonderer Schwerpunkt im Budget ist. Gestatten Sie mir, Herr Minister, sehr daran zu zweifeln, allerdings befinde ich mich da in bester Gesellschaft, denn es zweifeln sehr viele.

Wie gehabt, meine Damen und Herren, wird ein neuerliches sozialistisches Schuldenbudget als „Nonplusultra“ der Regierung der allerdings nicht mehr staunenden Bevölkerung präsentiert.

Daß Dr. Kreisky und seine Minister ihre schlechten und immens teuren Handlungen als gute verkaufen wollen, ist ja noch verständlich, daß aber alle sozialistischen Abgeordneten sich anstatt als Volksanwälte hier als Regierungsanwälte betätigen und jede neue Belastung und schlechte Maßnahme geradezu mit Inbrunst verteidigen, das grenzt bereits an das Grotteske. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Im Unterrichtsbereich bekamen wir durch die Regierungsberichte und durch die Berichte verschiedener Herren Abgeordneter, die hier gesprochen haben, eine Darstellung, daß man meinen möchte, die Schulwelt war noch nie so heil wie jetzt. Gegen die Transparenz dieser Berichte, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein Schattenspiel, wie es gelegentlich Kinder betreiben, die reinste Offenbarung.

Die Dinge liegen nämlich leider ganz anders. Denn es funktioniert nicht mehr, es herrscht Unbehagen im Geschehen um die Schule. Die Eltern werden als Nachhilfelehrer überfordert. Die Schülerinnen und Schüler kommen der

Ing. Amtmann

Streßgefahr immer näher. Die Lehrer ersticken in Bürokratie und in schlechten Verordnungen.

Das alles hat eine latente Störung des Dreiecks Eltern - Schüler - Lehrer herbeigeführt, die nun akut wird und großen, nicht mehr reparierbaren Schaden anrichtet.

Darüber hinaus ist der Abgang von der Schule auch nicht mehr sorgenfrei, denn der der Ausbildung entsprechende Arbeitsplatz ist rar geworden. Und so leicht, glaube ich, kann man es sich nicht machen zu erklären, daß man eben jegliche Art von Bildungsmöglichkeit schafft. Man muß parallel zum Bildungsweg und zum Bildungsabschluß dann auch die Möglichkeit schaffen, sich ihrer bedienen zu können.

Dieser Zustand, den ich geschildert habe, ist das Ergebnis der Bildungspolitik der sozialistischen Regierungen, die Sie uns da als Wundergeschehen darlegen. Locker mit der linken Hand betrieben, verfolgt sie mehr gesellschaftspolitische Ziele als ihren wahren Zweck.

Da ergeht zum Beispiel im März 1976 mündlich eine Ministerweisung, die einen Aufnahmestopp verfügt. Am 31. Mai verfügt ein ministerielles Rundschreiben neue Bestimmungen, deren Einhaltung an den AHS zur Entlassung von Lehrern geführt hätten, obwohl die Schülerzahlen eigentlich steigen - vermutlich ist das ein Beitrag des Herrn Ministers zur Arbeitsplatzsicherung beziehungsweise ein solcher Versuch gewesen.

Eine dritte Weisung, und zwar die vorangegangene Weisung aufhebend, erging am 24. Juni, und am 8. Juli wurde wieder zum gleichen Thema ein Rundschreiben herausgebracht, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo die Planung der Schulbehörden und der Schulen für das Schuljahr bereits abgeschlossen war.

Dieses Erlässe- und Weisungen-Hin-und-Her kommt mir vor, Herr Minister, wie der Hutkauf einer Filmdiva, die ein Geschäft betritt und sagt: Soll ich den grünen nehmen oder den breiteren oder den dünneren oder vielleicht doch den anderen?, um dann am Ende das Geschäft mit einem Gebilde zu verlassen, dessen wahre Funktion man nur daran erkennt, daß es in der Hutablage - denke: Erlaßablage - deponiert werden muß.

Mehr Sorgfalt, Herr Minister, in diesem Bereich dürfte Ihnen so manchen Beamten einsparen, denn die Weisungen und Erlässe müssen ja wohl, obwohl sie nichts taugen, von Beamten produziert und von solchen wieder verdaut werden.

Die Vorgangsweise bei diesen Erlässen nennt man, so glaube ich, einen Parkinsonschen Verwaltungsablauf.

Einige weitere Beispiele: Die nötigen Vordrucke, wie Klassenbücher und Kataloge, wurden in diesem Jahr nicht überall zeitgerecht zur Verfügung gestellt, wodurch die Arbeiten zum Schulbeginn erschwert wurden. Einem Prüfbericht des Rechnungshofes ist zu entnehmen, daß eine Schule so reichlich mit Lehrmitteln ausgestattet war, daß diese mehrere Jahre überhaupt nicht verwendet wurden, und erst über Empfehlung des Rechnungshofes wurden sie dann einer anderen Schule, die wieder weitaus zuwenig hatte, zur Verfügung gestellt.

Der gleiche Prüfbericht befaßt sich mit einem Schulversuch im Unterrichtsbereich Sport. Dieser Schulversuch war aufgenommen worden, obwohl die Schule über keinen eigenen Sportplatz verfügte, es standen lediglich eine Weite- und eine Hochsprunganlage zur Verfügung. Die Schüler aber haben eine Vorprüfung abzulegen, für die sie Trainingsmöglichkeiten brauchen. Diese Trainingsmöglichkeiten waren nicht vorhanden, und es mußte die Vorprüfung ohne Training an einem anderen Ort durchgeführt werden.

Welchen Wert so ein Schulversuch hat, bedarf sicherlich keiner weiteren Erläuterung. Ich frage mich also, wie es wohl bei den verschiedenen 9500 Schulversuchen, die vom Herrn Präsidenten Schnell zitiert wurden, zugeht. Interessant ist dabei - kurz eingeleitet - die Tatsache, daß sich der Herr Minister und der Herr Präsident Schnell hier anscheinend in Widerspruch befinden, denn der eine meint, es seien doch sehr viele, und der andere meint, es seien sehr wenige.

Diese wenigen Beispiele sollen zeigen, wo die Ursachen der Fehlleistungen im Unterrichtsbereich im wesentlichen liegen.

Es ist der Mangel an Sorgfalt, die Maßnahmen sind zu wenig überlegt, die Quantität dominiert, nicht die Qualität.

Zur Geldinflation gesellt sich sozusagen auch eine Qualitätsinflation im Schulbereich.

Ein Budget muß nicht ins Uferlose steigen, die Mittel müssen nur sinnvoll eingesetzt werden. Gerade im Unterrichtsbereich sollte dies besonders der Fall sein, denn der Schüler braucht ja ein gutes Beispiel, und mit dieser Mentalität ist man kaum ein gutes Beispiel, sondern man erzieht den Schüler eher zu Verschwendung und Schlamperei.

Allein eine vernünftiger Schulbuchaktion als die, die Sie betreiben, könnte erhebliche Summen für andere Notwendigkeiten freimachen.

Die Schlußfolgerung aus all diesen Gegebenheiten muß daher heißen, einmal aufzuhören

Ing. Amtmann

wild draufloszuernuern und behutsamer vorzugehen.

Aber im Gegenteil, die Änderungswut geht weiter. Nun ist anscheinend die Berufsausbildung dran. Ein bewährtes System soll von Grund auf geändert werden. Wohin dann solche Änderungen führen, sehen wir ja an den derzeitigen Beispielen auf anderen Ebenen.

Was die Berufsschule braucht, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Minister, ist nicht eine totale Systemänderung, sondern lediglich ein behutsames und vor allen Dingen störungsloses Anpassen an die Entwicklung in verschiedenen Berufen und die Öffnung zur Matura in der Fachrichtung, in der die Lehrabschlußprüfung absolviert wurde.

Damit wäre diesem Berufszweig weitaus besser gedient als mit neuen Experimenten.

Eine Passage in den eigenen Budgetlobpreisungen der Regierung verkündet stolz, daß unsere Bildungseinrichtungen weit an das internationale Niveau herangeführt werden konnten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Verfassern dürfte nicht bekannt sein, daß die österreichischen Bildungseinrichtungen früher immer zu den besten überhaupt gehörten. Eine Anpassung an das internationale Niveau, die Sie stolz verkünden, ist daher eine Verschlechterung. Vielleicht ist hier unbewußt das wahre Denken einmal zum Ausdruck gekommen.

Mit dieser Aussage soll aber wohl im wesentlichen gesagt werden, daß wir eine überaus moderne Schulgesetzgebung haben. Nun, diese Modernität ist nicht nur schlecht, sondern sie ist auch überaus einseitig. Sie wurde wohl in einer Richtung hergestellt, nämlich beim Verhältnis Eltern - Schüler - Lehrer, doch in der zweiten Richtung: Behörden - Schule - Lehrer, ist sie total ausgefallen, obwohl sie dort dringend notwendig wäre, um die Eltern-Lehrer-Gemeinschaft wirksam werden zu lassen.

Um also diese hochgepriesene Modernität, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen vor Augen zu führen, gestatten Sie mir, einen kurzen Blick in die Dienstpragmatik für Lehrer zu werfen.

Im Artikel II dieses Gesetzes heißt es: „Dieses Gesetz tritt mit dem Ersten des der Kundmachung folgenden Monats in Kraft.“ Das war der 1. August 1917!

Da heißt es im II. Abschnitt: „Allgemeine Pflichten.“ „Der Lehrer ist verpflichtet, [dem Kaiser] . . .“ - dieser ist eingeklammert und wurde durch die Republik ersetzt; wenn ich aber daran denke, wie teuer uns die Republik bei den Repräsentationen kommt, wäre mir fast lieber

gewesen, daß der Kaiser darinnen geblieben wäre, denn der war weitaus billiger. (*Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Dr. Fischer: Sie haben einen Eid auf die Republik geleistet!*)

Und da heißt es, meine sehr geehrten Damen und Herren, im § 25 über das „Verhalten“ des Lehrers - und das ist sehr interessant -:

„Der Lehrer hat in und außer der Schule oder dem Amt das Standesehnen zu wahren, sich stets im Einklang mit den Anforderungen der Disziplin zu verhalten und alles zu vermeiden, was die Achtung und das Vertrauen, die seine Stellung erfordert, schmälern oder die Interessen der Schule, der Erziehung und des Unterrichtes gefährden könnte.“

Es kommt dann noch ein Nachsatz, der zum Ausdruck bringt, daß auch Pensionisten, also Lehrer, wenn sie in Pension sind, nach diesen Richtlinien zu leben und sich zu geben haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dessenungeachtet aber bezeichnet sie - damit sind die Lehrer gemeint - der Herr Bundeskanzler als Halbtagsbeschäftigte, der Herr Staatssekretär Lausecker als Inflationsgewinner, der Herr Abgeordnete Marsch vergleicht sie gleich mit italienischen Kommunisten, und der Herr Finanzminister verhöhnt sie mit einer Volksabstimmung über ihre Gehälter. Wahrlich schöne Vorbilder im Sinne der zitierten Bestimmungen! Würde ein Lehrer so eine Standesschädigung begehen, hätte dies eine Ahndung nach einem Disziplinarrecht aus dem Jahre 1917 zur Folge, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Lehrer muß also nach modernen demokratischen Gesetzen handeln, wird aber selbst durch Gesetze aus Zeiten der Monarchie reglementiert. So eine Schulgesetzgebung als modern zu bezeichnen, das nenne ich einen schlechten Witz, über den man nicht lachen, sondern höchstens nur weinen kann.

Ich gestatte mir, sehr geehrter Herr Minister, Sie und alle, die allenfalls damit zu tun haben, aufzufordern, die Demokratie auch bei den Lehrern einzuführen und erst dann vielleicht von einem modernen Gesetz zu sprechen, denn dann hat es erst die Berechtigung, als modern bezeichnet zu werden.

Ich komme zum Schluß. (*Ruf bei der SPÖ: Gott sei Dank!*) Das glaube ich Ihnen, das gefällt einem nicht, wenn einem der Spiegel vorgehalten wird! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ihrer Unterrichtspolitik wohnt kein guter Geist inne, meine Damen und Herren von der Mehrheitspartei. Sie ist weitaus mehr teuer als gut. Sie würde mehr Sorgfalt und weniger Geschwätz brauchen, dann könnte sie bei

Ing. Amtmann

geringeren Kosten mehr Leistungen erbringen für Schüler, Eltern, Lehrer und damit für unser Land. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Frauscher.

Abgeordneter Dr. **Frauscher** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Im Verlaufe der heutigen Debatte haben meine Fraktionskollegen in einer ganzen Reihe von Fällen wohl eindeutig den Beweis erbracht, daß aus finanziellen Gründen Einsparungen und Einschränkungen durchgeführt werden mußten. Diese Feststellungen, daß nämlich nun auch der Schul- und Hochschulbereich zum Opfer der schlechten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung wird, habe ich schon im Ausschuß getroffen, und der Herr Minister hat damals gesagt, seiner Meinung nach seien unsere Staatsfinanzen bestens in Ordnung. Nun, in der Zwischenzeit wurden an einem einzigen Tag neue Belastungen im Ausmaß von 10 Milliarden Schilling hier in diesem Hause beschlossen. Im Verlaufe eines Jahres wurden die Österreicher mit neuen Belastungen von 27 Milliarden Schilling konfrontiert, der Finanzminister ist nicht mehr in der Lage, die Lohnsteuer rechtzeitig zu reformieren, sodaß innerhalb von zwei Jahren das Aufkommen an Lohnsteuer um 53 Prozent steigt und jetzt schon die Bezieher von Renten mit dreieinhalbtausend Schilling Lohnsteuer bezahlen müssen.

Ich frage Sie, Herr Minister, sind Sie angesichts dessen, daß trotz dieser Maßnahmen das Defizit die Rekordhöhe von 50 Milliarden Schilling erreicht, noch immer der Meinung, daß unsere Staatsfinanzen bestens in Ordnung sind?

Die Finanzschulden des Bundes haben im Jahr 1969 43 Milliarden Schilling betragen, bis Ende 1977 wird die stolze Höhe von 165 Milliarden erreicht, fast eine Vervierfachung. Herr Minister, sind Sie noch immer der Meinung, daß die Staatsfinanzen bestens in Ordnung sind? Es wird kaum viele Leute geben, die diese Ihre Meinung teilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die alte Ausrede nämlich, daß diese Schulden gemacht werden mußten, um die Arbeitsplätze zu sichern, ist ja auch schon längst widerlegt. Es gibt Untersuchungen, die deutlich besagen, daß von den 21 Milliarden Schilling, um die 1975 das Defizit des Voranschlages übertroffen wurde, nur vier Milliarden für die Arbeitsplatzsicherung ausgegeben wurden. Das reicht etwa, um 6000 bis 7000 Arbeitsplätze zu sichern. Der übrige Betrag mußte aufgewendet werden, um Löcher zu stopfen. Das ist ja auch leicht erklärlich, wenn man weiß, daß mit einem Prozent Wachstum der Staat über 3 Milliarden

Schilling an Steuern und Abgaben hereinbekommt, und wenn dann eben statt einem Wachstum von vier bis fünf Prozent ein Wirtschaftsrückgang eintritt, dann entsteht eben eine große Lücke, zu deren Bedeckung man Schulden machen muß.

Herr Minister! Ich glaube, daß durch einige Beispiele aus Ihrem Ressortbereich sehr leicht der Nachweis zu erbringen ist, daß sich diese schlechte Wirtschafts- und Finanzpolitik jetzt im Schul- und Hochschulbereich auswirkt. Wenn ich hier nur die Studienbeihilfen nennen darf und die Schülerbeihilfen. Die Studenten beginnen heute Aktionen zu setzen, weil im Jahr 1972 noch 21 Prozent der Studenten Studienbeihilfen bekommen haben, heute dagegen nur mehr 12 Prozent. Ähnlich ist die Entwicklung bei den Schülerbeihilfen. Und Sie werden doch nicht sagen, daß Ihr Ressort daran schuld ist, daß das Schülerbeihilfengesetz erst für 1977/78 in Kraft tritt. Das wäre ja ein Eingeständnis, daß Sie nicht in der Lage sind, rechtzeitig hier eine Novelle zum Schülerbeihilfengesetz vorzulegen. Das wird schon finanzielle Gründe haben. Die Zahl der Eltern aber, die für ihre Kinder keine Beihilfe mehr bekommen, weil ihre Einkommen durch die starken nominellen Steigerungen aus den Grenzen herausfallen, wird immer größer, genauso wie die Zahl der Studenten, die keine Beihilfe mehr erhalten. Und ich glaube, daß diese Leute sehr wenig Verständnis für Ihre Meinung haben, daß die Staatsfinanzen bestens in Ordnung sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu Beginn dieses Schuljahres haben Sie noch groß mit Inseraten angekündigt, ab 1. September kannst Du länger in die Schule gehen – nur wenn Du willst, steht in Klammer dabei. Und es wurde groß angekündigt, daß jetzt bei den Freigegegenständen und unverbindlichen Übungen Riesenschritte gegeben seien, es wurde eine Riesenauswahl von Freigegegenständen und unverbindlichen Übungen angekündigt, desgleichen der Förderunterricht als ganz neu hingestellt, um den Schülern praktisch kostenlose Nachhilfestunden zu vermitteln.

Kurze Zeit darauf hat man sehr viel weniger davon gehört, und heute weiß man, daß es bei den Freigegegenständen Einschränkungen gibt, daß der Förderunterricht eingeschränkt werden mußte. Ich frage Sie wieder: Sind Sie der Meinung, daß die Eltern, die für ihre Kinder mit Förderstunden gerechnet haben, oder die Schüler, die sich auf einen Freigegegenstand gefreut haben, Ihre Auffassung teilen, daß die Staatsfinanzen so sehr in Ordnung sind?

Ich möchte noch ein anderes Thema anschneiden. Über die Einschränkung der Lehrerzahlen um 2,8 Prozent bei einer Steigerung der Klassen-

4116

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Dr. Frauscher

zahl von 3,4 Prozent hat mein Kollege Gruber schon sehr ausführlich gesprochen.

Ich möchte noch auf den desolaten Bauzustand vieler Bundesschulen zu sprechen kommen. Sie haben heute Ihre Leistungen auf dem Schulbausektor sehr herausgestellt und angeführt, daß mehr als hundert Schulen neu gebaut wurden. Der Herr Abgeordnete Schnell hat auch den Betrag genannt: ein Bauvolumen von 4,7 Milliarden sei hier in Bewegung gesetzt worden.

Herr Minister! Meine Kollegen Dr. Zittmayr und Sandmeier haben im Sommer die Anfrage gestellt, wie groß das Volumen der Schulbauten sei, die über Leasing-Verträge abgewickelt wurden. In Ihrer Antwort müssen Sie zugeben, daß das Bauvolumen, das über Leasing-Verträge abgewickelt wurde, 3,87 Milliarden Schilling beträgt.

Man darf hier also die Einschränkung treffen, Sie haben sehr viele Schulen gebaut - das wird durchaus zugegeben -, aber die Finanzierung erfolgte nicht aus Budgetmitteln, sondern durch einen Vorgriff auf die Zukunft über das Leasing-Verfahren.

Andererseits lassen Sie aber bestehende Schulen verfallen. Ich verweise auf einen Artikel in der „Furche“, „Ruinen und Baracken“. Eine ganze Liste von Schulen wird hier angeführt, bei denen der Bauzustand sehr, sehr unzulänglich ist. Ob es das Bundesgymnasium in Hallein ist, von dem es heißt, daß sich das Haus wegen des lecken Daches bei Regen in ein dreistöckiges Hallenbad verwandelt, oder das Bundesrealgymnasium Kirchengasse in Graz, von dem gesagt wird, daß der Bauzustand Lehrer und Schüler gefährde und der Mietvertrag vom Eigentümer gekündigt wurde, weil der Bund mit den Renovierungsarbeiten nicht beginnt, oder das Bundesrealgymnasium in Wiener Neustadt, von dem es heißt, daß der Boden unter dem Schulhaus nachgibt, was den Baubehörden auch bekannt ist, weshalb mit einer Schließung wegen Einsturzgefahr gerechnet werden müsse.

Herr Minister! Solche verzögerte Reparaturen kommen sehr teuer, denn man weiß doch, daß verspätete Reparaturen sehr viel mehr kosten. Sie sparen also hier am falschen Platz.

Wenn Sie unbedingt sparen wollen, dann hätten Sie sehr gut Gelegenheit, bei den Repräsentationskosten zu sparen. Denn die Ansätze dafür sind von 350.000 S im Jahr 1975 über 500.000 S für 1976 auf 600.000 S für 1977 gestiegen. Eine Steigerung von 70 Prozent in einer Zeit, wo die Wirtschaft nicht mehr wächst und das Volkseinkommen stagniert!

Und das nach einem Sparappell des Bundes-

kanzlers bei der Regierungsklausur auf der Schallaburg. Wenn man aber die Entwicklung seither betrachtet, dann gewinnt man den Eindruck, daß auf den Herrn Bundeskanzler sowieso niemand mehr hört. Denn Sie sind ja nicht der einzige mit einer solchen Steigerungsrate.

Sie werden sogar noch übertroffen vom Herrn Vizekanzler und Finanzminister, der sich nicht einmal entschließen kann, bei der heutigen Budgetsituation auf seine Hausmusik zu verzichten. Ob das das Volk noch versteht, ob dafür das Volk noch Verständnis hat? Ich glaube, da gibt es schon erhebliche Zweifel in Ihren eigenen Reihen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Schlimme an der Sache ist nämlich, daß solche schlechte Beispiele ihre Folgewirkung haben. Zumindest gewinnt man diesen Eindruck, wenn man das Auftreten des Herrn Generalintendanten Oberhammer bei diversen Anlässen beobachtet. Auf die Gefahr hin, daß der ORF über meine Ausführungen nichts berichten wird, muß ich doch ein paar Worte dazu sagen, weil es meiner Meinung nach ein Skandal ist, was sich dieser Herr leistet.

So hat er etwa für eine Party in Innsbruck im Februar dieses Jahres den stolzen Betrag von 120.000 S ausgegeben und für einen Heurigen der Hauptintendanz im Mai dieses Jahres den Betrag von 64.500 S.

Einen Anlauf, sogar den Herrn Finanzminister zu übertreffen, hat er im vergangenen Jahr genommen. Da waren schwedische Rundfunkexperten zu Besuch in Österreich, und der Herr Generalintendant hat ein Mittagessen gegeben, das hat für 28 Personen 29.600 S gekostet. Davon waren 3000 S für das Blumenarrangement, 5.500 S für die Saalmiete im Palais Schwarzenberg und 4.200 S für die Livrees von sechs Bediensteten, weil sich der Herr Generalintendant eingebildet hat, daß in Rokokokostümen serviert werden muß. Was ist dagegen eine Geburtstagstorte um 13.000 S? Hier kommt wirklich nur mehr der Herr Finanzminister mit seiner Hausmusik um 40.000 S mit. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber zurück zu weiteren Möglichkeiten, dem Sparappell des Herrn Bundeskanzlers Folge zu leisten, wenn Sie diesen vielleicht doch ernstnehmen. Ich will gar nicht von den Wegwerfbüchern sprechen, darüber wurde schon so viel geredet, sondern von den Subventionen, die Sie verteilen.

Dem letzten Subventionsbericht zufolge haben Sie für das „Neue Forum“ des DDr. Günther Nenning 240.000 S als Literaturförderung ausgegeben und dazu noch 119.000 S als Patenschaftsabonnements. Zusammen mit den

Dr. Frauscher

190.000 S, die dem Herrn Bundeskanzler der DDr. Nenning wert war, und den 65.000 S, welche die Frau Wissenschaftsminister dem Genannten für einen Forschungsauftrag über Fragen des Medienrechtes bezahlt hat, macht dies die stolze Summe von 614.000 S aus, welche dem DDr. Nenning und seinem „Neuen Forum“ innerhalb eines Jahres zufließen.

Weil der Bekanntheitsgrad dieser Zeitung im umgekehrten Verhältnis zur Subventionshöhe steht, möchte ich ein paar Themen nennen, die in den letzten Jahren in dieser Zeitschrift behandelt wurden. Sie lauteten: „Wie errichtet man eine Kommune?“, „Heraus aus der Ehe“, „Für straflose Abtreibung“, „Jetzt Abtreibung-Selbsthilfe“, „Wozu Religionsunterricht?“, „Sire, geben Sie Pornofreiheit“.

Eine Zeitschrift, die dafür Propaganda macht, daß die Institution der Ehe abgeschafft wird, daß der Religionsunterricht boykottiert wird, daß die Pornographie an unseren Schulen Eingang findet, sollte mit keinem einzigen Steuerschilling gefördert werden, und wir werden genau beobachten, wie Sie sich, Herr Minister, in dieser Hinsicht künftig verhalten werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leider nehmen Sie auch in anderen Fragen eine Haltung ein, die uns nicht gefällt, so etwa in der Frage der Sexualerziehung an unseren Schulen. Trotz einer Protestbewegung, wie es sie bisher kaum zu einem anderen Thema gegeben hat, haben Sie sich geweigert, das abgelehnte Buch „Sachen suchen drei“ aus dem Verkehr zu ziehen, wie es sich die Eltern erwartet hätten.

Wenn Sie es zulassen, daß die Kinder unter Zuhilfenahme eines derartigen Machwerkes aufgeklärt werden, wo sie aufgefordert werden, die ärgsten Gossenausdrücke zu gebrauchen – auf weitere Details will ich nicht eingehen –, dann sind Sie ein schlechter Pädagoge, oder Sie verfolgen andere Ziele und sind nicht bereit, dafür zu sorgen, daß unsere Jugend in einer sauberen Atmosphäre aufwachsen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es erhebt sich dann die Vermutung, daß die sozialistische Regierung den schwedischen Weg beschreiten und durch schrankenlose sexuelle Freiheit den Bürger vergessen machen will, daß der Staat in allen anderen Lebensbereichen seinen Freiheitsraum einschränkt und ihn ins Kollektiv zwingt. Der erste Schritt auf diesem Weg ist die Art, in der man die Aufklärung und Sexualerziehung in den Schulen durchführt.

Der nächste Schritt ist die völlige Freigabe der Pornographie, wie wir dies derzeit in unserem Land erleben müssen, ohne daß wir als Minderheit etwas dagegen tun können. Ob man

das Pornographiegesezt abschafft oder nicht, bleibt völlig belanglos, da man es sowieso nicht anwendet und die größten Schweinereien in Filmen oder in Illustrierten nicht mehr bestraft werden.

Der nächste Schritt in der Gesetzgebung ist dann die Reform des Scheidungsrechtes. Die Ehe soll nur mehr ein Vertrag sein, der von den Unterzeichnern beliebig geschlossen und aufgelöst werden kann.

Die Frage, was dann mit unerwünschtem Nachwuchs geschehen soll, wird dadurch gelöst, daß man die Abtreibung freigibt, wie es in Österreich durch die Fristenlösung schon weitgehend der Fall ist.

In Schweden sind all die genannten Schritte bis zur völligen Freigabe der Abtreibung schon verwirklicht, und die Folgen sind erschütternd.

Die Folgen sind dargestellt in Unterlagen des schwedischen Sozialministeriums, Abteilung Sexualerziehung. Es heißt dort, daß in Schweden die Zahl der wegen Vergewaltigung verurteilten Jugendlichen von 1972 bis 1974 um das Vierfache gestiegen ist, unerwünschte Schwangerschaften der Mädchen unter 14 Jahren vermehrten sich um das Neunfache, und im Zeitraum von 1968 bis 1974 wurden um 200 Prozent mehr Abtreibungen an Müttern unter 15 Jahren durchgeführt. Bei den Geschlechtskrankheiten nahm die Zahl der Patienten um 900 Prozent zu.

Herr Minister! Wenn Sie in Ihrem Bereich nichts gegen eine Sexualaufklärung im Stil von „Sachen suchen 3“ unternehmen, übernehmen Sie eine schwere Verantwortung, und wir werden nicht müde werden, die Öffentlichkeit auf die Hintergründe dieses Verhaltens aufmerksam zu machen.

Wenn ich soeben über die weitreichende gesellschaftspolitische Bedeutung der Sexualerziehung in der Schule und ihre Hintergründe gesprochen habe, so möchte ich nun noch kurz auf die bildungspolitischen Zielsetzungen der SPÖ eingehen, da ich immer mehr den Eindruck gewinne, daß es der SPÖ nicht um Verbesserungen unseres Schulwesens, sondern um Gesellschaftsveränderung geht.

Bei der Budgetdebatte des Vorjahres habe ich aus einer Broschüre „Für eine sozialistische Politik der SPÖ“ die bildungspolitischen Zielsetzungen zitiert, und zwar in sieben Punkten: 1. Integration der Hauptschule und der Unterstufe der AHS zur Gesamtschule 1; 2. Einführung polytechnischer Fächer und Berufspraktika an der Oberstufe der AHS; 3. Abschaffung der Matura in der jetzigen Form; 4. Lehrlingsausbildung in Vollzeitberufsschulen; 5. Integration

Dr. Frauscher

des beruflichen Schulwesens; 6. Angleichung an den reformierten Lehrplan der Oberstufe der AHS und 7. Zusammenführung beider Zweige des Bildungswesens zur Gesamtschule 2.

Meine Ausführungen blieben unwidersprochen, und bei der Vehemenz, mit der von mancher Seite die Einführung der Gesamtschule für die 10- bis 14jährigen gefordert wird, erscheint das geschilderte Programm durchaus glaubhaft. Auch der Versuch, mit der 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle die spezifischen Mädchenschulen durch koedukativ geführte Sozial- und Wirtschaftsschulen zu ersetzen, geht in Richtung der geschilderten Zielsetzungen.

Was nun die Gesamtschule betrifft, muß festgestellt werden, daß die bisherigen Erfahrungen keineswegs ausreichen, eine bildungspolitische Entscheidung herbeizuführen. Deshalb wurde auch einvernehmlich der Zeitraum für die Schulversuche verlängert. Heute weiß man aus der Bundesrepublik Deutschland, daß dort die Gesamtschuldiskussion in ein kritisches Stadium getreten ist und eine nahezu peinliche Ernüchterung Platz gegriffen hat. Es werden keineswegs mehr Arbeiterkinder zum Abitur geführt, als es bei der früheren Schulorganisation der Fall war. Das Leistungsniveau aber ist bedenklich gesunken. Die Eltern klagen über völlig unzureichende Mathematik- und Rechtschreibkenntnisse der Kinder, Arbeitsämter und Unternehmungen begegnen den Gesamtschülern mit großem Vorbehalt, und man verlangt sogar Eintrittsprüfungen vor einer Aufnahme in verschiedene Unternehmungen. Bei einer Untersuchung der Gesamtschulen in Hessen durch eine Expertenkommission ergab sich, daß fast alle integrierten Gesamtschulen zum System der Klassenlehrer zurückkehren wollen, die Verteilung der unterschiedlichen Begabungen in A-, B- und C-Kurse sei ebenfalls nicht der Weisheit letzter Schluß, vor allem die C-Schüler seien frustriert und bräuchten Sonderunterricht. Man wird also die weitere Entwicklung sehr genau verfolgen müssen.

Wir sind jederzeit für Maßnahmen, die unser Schulwesen echt verbessern, gegen Gesellschaftsveränderung im Wege der Schulpolitik werden wir uns jedoch energisch zur Wehr setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Spezialberichterstatter das Schlußwort? – Kein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe VI des Bundesvoranschlags abstimmen. Diese umfaßt die Kapitel 12 und 13 samt den

dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlags sowie das Kapitel 71 in 320 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Mehrheit. *Angenommen.*

Zu dieser Beratungsgruppe liegen zwei Entschließungsanträge vor, und zwar ein Ausschlußentschließungsantrag sowie der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Busek und Genossen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über diese beiden Entschließungsanträge sogleich vorzunehmen.

Werden dagegen Einwendungen erhoben? – Keine Einwendungen.

Wir kommen daher zunächst zur Abstimmung über den dem Ausschlußbericht begedruckten Entschließungsantrag betreffend Erhöhung der für den Bundesjugendplan vorgesehenen Zuschüsse.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Mehrheit. *Angenommen. (E 5.)*

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Busek und Genossen betreffend Vorlage eines Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstler.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Minderheit. *Abgelehnt.*

Ich lasse nunmehr über die Beratungsgruppe XIV des Bundesvoranschlags abstimmen. Diese umfaßt das Kapitel 14 samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags in 320 der Beilagen in der Fassung des Ausschlußberichtes 380 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Mehrheit. *Angenommen.*

Beratungsgruppe XIII

Kapitel 64: Bauten und Technik (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Beratungsgruppe X

Kapitel 65: Verkehr (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

**Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt
(einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)**

**Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen
(einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)**

Präsident **Probst**: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppen XIII und X, über die die Debatte ebenfalls zusammengefaßt wird.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe XIII ist der Herr Abgeordnete Modl. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Modl**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XIII. Diese umfaßt Kapitel 64: Bauten und Technik.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe XIII enthaltene Kapitel 64 „Bauten und Technik“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 in seiner Sitzung am 23. November 1976 in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 64 „Bauten und Technik“ sind für das Jahr 1977 im Grundbudget Ausgaben in der Gesamthöhe von 15.378,724.000 S vorgesehen, davon entfallen auf die ordentliche Gebarung 12.998,676.000 S und auf die außerordentliche Gebarung 2.390,048.000 S.

Der Personalaufwand des Ressorts beträgt 1.120,000.000 S, er ist gegenüber dem Jahre 1976 um 111,200.000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 14.258,724.000 S, was gegenüber dem Jahre 1976 eine Erhöhung um 2.101,026.000 S bedeutet.

Die Einnahmen wurden mit insgesamt 1.611,394.000 S vorgeschätzt, sie sind somit um 69,518.000 S gegenüber dem Vorjahr höher veranschlagt.

Außer diesen Krediten im Grundbudget sind für den Fall, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1977 eine Lockerung der restriktiven Stabilisierungsmaßnahmen zuläßt, in der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages für das Kapitel 64 zusätzlich Kredite in Höhe von insgesamt 1.000,000.000 S vorgesehen. Für den Fall einer notwendigen Konjunkturbelebungsquote enthält die Konjunkturbelebungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages für das Kapitel 64 noch weitere Kredite in der Gesamthöhe von 2.093,226.000 S.

Der Veranschlagung des Personalaufwandes, welcher rund 7,3 Prozent des Ressort-Grundbudgets in Anspruch nimmt, sind im Jahre 1977

insgesamt 6711 Dienstposten zugrunde gelegt, das sind um 66 Dienstposten weniger als im Vorjahr. Diese Verminderung ergibt sich aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen 1 Prozent Einsparung von Dienstposten gegenüber 1976.

Die Steigerung des Personalaufwandes ist daher ausschließlich auf die ab 1. Juli 1976 in Kraft getretene Bezugserhöhung und auf die laufenden Beförderungen und Vorrückungen zurückzuführen.

Zu den Ausgabenansätzen des Sachaufwandes ist folgendes zu bemerken:

Die Anlagenkredite des Grundbudgets sind gegenüber dem Vorjahr um rund 1170 Millionen Schilling oder 15,6 Prozent höher veranschlagt. Diese Differenz ergibt sich vor allem durch eine höhere Veranschlagung bei den Bundesstraßen und Autobahnen von rund 983 Millionen Schilling. Der Restbetrag entfällt auf die übrigen Anlagenansätze des Ressorts, insbesondere auf die Instandhaltung und den Neubau von Bundesgebäuden.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag 1977 enthält darüber hinaus in der Stabilisierungsquote Anlagenkredite in Höhe von 621,000.000 S, die für den Bundeshochbau vorgesehen sind. Die Konjunkturbelebungsquote sieht Anlagenkredite in Höhe 1.379,838.000 S vor, von denen für die Bundesstraßen B 541,966.000 S, für die Autobahnen 497,000.000 S und für den Bundeshochbau sowie für Anlagenankäufe 340,872.000 S bestimmt sind.

Die Förderungskredite des Grundbudgets sind gegenüber dem Vorjahr um rund 133 Millionen Schilling oder 9,2 Prozent höher veranschlagt. Die Erhöhung ergibt sich bei der Bundesstraßenverwaltung für Zahlungen an die Brenner-, die Tauern- und die Gleinalm-Autobahn AG sowie durch eine höhere Veranschlagung bei den Mitteln des Katastrophenfonds.

Im Konjunkturausgleich-Voranschlag ist außerdem in der Stabilisierungsquote ein Förderungskredit in Höhe von 200,000.000 S – und in der Konjunkturbelebungsquote ein weiterer Kredit von 340,768.000 S – für den Wasserwirtschaftsfonds enthalten.

Im übrigen verweise ich auf den schriftlich vorliegenden Ausschlußbericht.

In der Debatte ergriffen außer dem Spezialberichterstatter die Abgeordneten Dkfm. Dr. Keimel, Pölz, Dr. Albert Schmidt, Josef Schlager, Regensburger, Ing. Willinger, Breiteneder, Ing. Letmaier, Babanitz, Vetter, Schemer, Hagspiel, Suppan, Dr. Kerstnig und Dr. Gruber das Wort.

4120

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Modl

Bundesminister für Bauten und Technik Moser nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen ausführlich Stellung.

Bei der Abstimmung am 24. November 1976 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XIII unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 64: Bauten und Technik, samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 (320 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Ich bitte, in die Debatte einzugehen.

Präsident **Probst**: Danke für den Bericht.

Zum Spezialberichtersteller für die Beratungsgruppe X ist der Herr Abgeordnete Vorauberger gewählt. Da der Herr Abgeordnete für die heutige Sitzung krank gemeldet ist, erteile ich dem Ausschußobmann, Herrn Abgeordneten Dr. Tull, das Wort zur Spezialberichterstattung.

Spezialberichtersteller Dr. **Tull**: Hohes Haus! Ich berichte über die Beratungsgruppe X. Sie umfaßt Kapitel 65: Verkehr, Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt und Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen.

Umfangsmäßig erreicht die Beratungsgruppe X - insbesondere aufgrund der Tatsache, daß sie die beiden größten Bundesbetriebe, nämlich die Österreichischen Bundesbahnen und die Post- und Telegraphenanstalt, in sich schließt - Gesamtausgaben in der Höhe von 46,6 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen in der Größenordnung von 34,7 Milliarden Schilling. In der Beratungsgruppe X wird daher über fast ein Fünftel der Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes und etwa ein Sechstel der Gesamteinnahmen des Budgets für das Jahr 1977 entschieden.

Kapitel 65: Verkehr. Im Kapitel 65 sind die Ausgaben und Einnahmen der Zentraleitung des Bundesministeriums für Verkehr veranschlagt. Sein Aufgabenbereich umfaßt die Angelegenheiten der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenanstalt, der See- und Binnenschifffahrt, des zivilen Luftverkehrs, die Angelegenheiten der Verkehrsförderung, Angelegenheiten des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs einschließlich der gewerblichen Beförderung von Gütern in Rohrleitungen, Angelegenheiten der Beförderung von Personen und Gütern im Werksverkehr sowie die Wahrneh-

mung des gesetzlichen Dienstnehmerschutzes für die Bediensteten der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenanstalt, der Schifffahrt und der Luftfahrt.

Die Regierungsvorlage enthält im Kapitel 65 „Verkehr“ Ausgaben in der Größenordnung von 3.144,690 Millionen Schilling, denen Einnahmen in Höhe von 78,729 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt. Bei Kapitel 78 „Post- und Telegraphenanstalt“ sind für das Jahr 1977 im Grundbudget Gesamtausgaben in der Höhe von 21.219,487 Millionen Schilling und Einnahmen in der Höhe von 19.098,130 Millionen Schilling veranschlagt. Die Gegenüberstellung der Betriebsausgaben und Betriebseinnahmen ergibt daher einen Abgang in der Höhe von 2121,357 Millionen Schilling.

Gegenüber dem Grundbudget des Bundesvoranschlages 1976 sind Ausgabenerhöhungen von insgesamt 2651,477 Millionen Schilling vorgesehen, davon im Personalaufwand 1078,548 Millionen Schilling und im Sachaufwand 1572,929 Millionen Schilling. Von den Mehrausgaben im Sachaufwand entfallen auf den Ansatz 1/78313 „Sonstige Anlagen“ 198,198 Millionen Schilling, 1/78336 „Förderungsausgaben“ 0,210 Millionen Schilling, 1/78347 „Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)“ 57,438 Millionen Schilling, 1/78358 „Aufwendungen“ 117,670 Millionen Schilling und 1/78373 „Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren“ 1223,150 Millionen Schilling.

Diesen Mehrausgaben von insgesamt 1596,666 Millionen Schilling stehen geringere Ausgaben als im Jahre 1976 bei folgenden Ansätzen gegenüber: 1/78303 „Fernmeldeanlagen“ 8,121 Millionen Schilling, 1/78325 „Förderungsausgaben [D]“ 7,291 Millionen Schilling und 1/78364 „Überweisung von Zuschlagserlösen nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen“ 8,325 Millionen Schilling, zusammen 23,737 Millionen Schilling.

Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen. Für das Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ werden im Budget 1977 Gesamtausgaben in Höhe von 22.265,300 Millionen Schilling und Gesamteinnahmen in Höhe von 15.545,500 Millionen Schilling veranschlagt.

Bei Gegenüberstellung der Betriebsausgaben mit den Betriebseinnahmen ergibt sich ein kassenmäßiger Betriebsabgang im Ausmaß von 3708,700 Millionen Schilling. Unter Miteinbeziehung der Ausgaben der außerordentlichen Gebarung beträgt der kassenmäßige Gesamtabgang der ÖBB 5387,000 Millionen Schilling. Darin sind die Vorsorgen für den Güterbahnhof Wolfurt und für den Nahverkehr nicht enthalten.

Dr. Tull

Für diese beiden Vorhaben sieht der Bundesvoranschlag 1977 1332,750 Millionen Schilling vor.

Im Rahmen der außerordentlichen Gebarung stehen den ÖBB 1678,300 Millionen Schilling für Zwecke der Elektrifizierung und sonstiger Investitionen zur Verfügung. Zur Abgeltung der betriebsfremden Lasten werden Pensionszahlungen der ÖBB in Höhe von 5864,100 Millionen Schilling im Budgetkapitel „Pensionen“ der Hoheitsverwaltung verrechnet. Die Abgeltung gemäß § 18 Bundesbahngesetz ist mit 2004,000 Millionen Schilling veranschlagt und wird beim Kapitel 65 „Verkehr“ verrechnet.

Für alle drei Budgetkapitel der Beratungsgruppe X sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag Ausgabenbeträge eingesetzt:

Beim Kapitel 65 handelt es sich um 40,3 Millionen Schilling, die insbesondere für Investitionen im Aufgabenbereich des Bundesamtes für Zivilluftfahrt sowie für Investitionszuschüsse an nicht bundeseigene Haupt- und Nebenbahnen vorgesehen sind;

beim Kapitel 78 „Post- und Telegraphenanstalt“ insgesamt um 170,487 Millionen Schilling, davon in der Stabilisierungsquote 140,924 Millionen Schilling (wovon auf den Ansatz „Sonstige Anlagen“ 135,850 Millionen Schilling und auf den Ansatz „Förderungsausgaben [D]“ zur Bestreitung von Darlehen für Wohnbauförderung 5,074 Millionen Schilling entfallen) und in der Konjunkturbelebungsquote 29,563 Millionen Schilling (davon als Konjunkturbelebungsprogramm beim Ansatz „Sonstige Anlagen“ 15,317 Millionen Schilling und beim Ansatz „Förderungsausgaben [D]“ für den bereits vorgenannten Zweck abermals 5,074 Millionen Schilling und ferner als Mehrbedarf beim Ansatz „Sonstige Anlagen“ 9,172 Millionen Schilling);

beim Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ um Mittel in der Größenordnung von 1524 Millionen Schilling, die bei den baulichen Anlagen, bei der Elektrifizierung, Güterbahnhof Wolfurt und insbesondere für Fahrparkbestellungen Verwendung finden.

In der Debatte über die Beratungsgruppe X ergriffen die Abgeordneten Ing. Gradinger, Troll, Dr. Schmidt, Dkfm. DDr. König, Libal, Hietl, Tonn, Frodl, Alberer, Ing. Letmaier, Prechtl, Glaser, Ing. Hobl, Neumann, Treichl und Landgraf das Wort. Bundesminister für Verkehr Lanc nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen und Problemen Stellung.

Bei der Abstimmung am 24. November 1976 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe X unverändert angenommen. Zum Berichterstatter für das Haus wurde der Abgeordnete Voraberger gewählt.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 65: Verkehr,

dem Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt und

dem Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen,

samt den dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 (320 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Debatte einzutreten.

Präsident **Probst**: Ich danke für den Bericht.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Letmaier.

Abgeordneter Ing. **Letmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Budgetdebatte über das Kapitel Bauten und Technik gibt mir die Möglichkeit, die Baupolitik der Bundesregierung zu analysieren und einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Diese Debatte gibt mir aber auch die Möglichkeit, die Sorgen der österreichischen Bauwirtschaft in diesem Hohen Hause aufzuzeigen. Die Jahre 1975 und 1976 waren ohne Zweifel die kritischsten Jahre in der Bauwirtschaft seit langer Zeit. Egal, ob man diese Betrachtung von der arbeitsmarktpolitischen Lage aus oder von der Etragsseite der Unternehmungen her anstellt: Die Bauwirtschaft, die immerhin eine sehr beachtliche Schlüsselposition innerhalb der gesamten Wirtschaft einnimmt, ist in einer permanenten Krise. Sie ist letztlich deswegen in einer Krise, weil ihr die Mächtigen in diesem Lande zuwenig Bedeutung beimessen haben.

Dies zeigt auch, meine Damen und Herren, das Bautenbudget für 1977 sehr deutlich. Im Jahre 1975, also in einem Jahr, das für die Bauwirtschaft an sich schon kritisch war, betrug der Anteil des Bautenbudgets am Gesamtbudget 6,83 Prozent. Dieser Anteil ist im Budget 1976 auf 6,11 Prozent abgefallen, das heißt, er betrug um 10,5 Prozent weniger. Er beträgt im Budget 1977 6,22 Prozent. Das entspricht einer minimalen Steigerung, die unter 2 Prozent liegt, und das heißt, meine Damen und Herren, die Bauwirtschaft wird auch im Jahr 1977 keinen Aufschwung mitmachen können, der seinen Ansatz im Staatsbudget findet.

Das ist die nüchterne und die realistische Betrachtung der Lage in der Bauwirtschaft, die

Ing. Letmaier

sich sehr deutlich von Ihrer Euphorie, Herr Bundesminister für Bauten und Technik, unterscheidet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bedenkt man, daß es 1977 die vorzeitige Abschreibung in der Bauwirtschaft nicht mehr gibt, daß für 1977 die Investitionssteuer wieder voll wirksam wird und auf den Kaufwert aller Investitionsgüter aufgeschlagen wird, und weiß man, daß alle größeren Investitionen in der Bauwirtschaft nur über Kreditfinanzierungen getätigt werden können, die neuerdings sogar rückwirkend mit 0,8 beziehungsweise 1,5 Prozent gebührenpflichtig sind, dann wird man allerdings feststellen müssen, daß von diesem Budget und vor allem von der Wirtschaftsgesinnung der derzeitigen Bundesregierung für die Bauwirtschaft keine Initiativen mehr ausgehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Investitionssteuer, einst eingeführt im Zuge der Mehrwertsteuerumstellung, als Bremsfaktor gegen einen sich abzeichnenden Wirtschaftsboom gedacht, hat längst ihre Berechtigung verloren, da selbst dieser Bundesregierung doch klar sein muß, daß sich die Wirtschaft unseres Landes derzeit nicht mehr im Aufwind befindet.

Wenn Sie, Herr Bundesminister, mir dies nicht glauben, dann fragen Sie doch bitte Ihre Parteifreunde etwa aus dem Wirtschaftsbereich Eisen und Stahl! Auch sie haben sehr hart, aber leider vergeblich gegen diese Investitionssteuer angekämpft.

Die zusätzliche Kreditsteuer in Form der Gebühreneinhebung ist wohl die makaberste Art, wie man einem Unternehmen, das ohnehin kapitalschwach ist – denn sonst würde es ja keine Kredite benötigen –, zusätzlich das Geld aus der Tasche zieht. Selbst die Raubritter von seinerzeit hatten eine andere Raubgesinnung. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)* Sie gaben sich im gesamten stets mit einem Zehent zufrieden. Das war für den damaligen Händler ein durchaus kalkulierbarer Faktor, wenn er durch die Lande zog.

Meine Damen und Herren! Nahezu alle Unternehmungen unseres Landes, egal ob sie aus dem Bereich der produzierenden Industrie, des Handels oder des Gewerbes kommen, sind stark unterkapitalisiert, die Unternehmungen in der Bauwirtschaft sind es im besonderen Maße. Das hätten Sie, Herr Bundesminister, wissen müssen, als Sie in der Regierung die Zustimmung zur neuerlichen Schröpfung der Wirtschaft gegeben haben. Ich frage Sie: Warum haben Sie nicht aufgeheult bei diesem Schröpfungssakt? *(Abg. Fachleitner: Er ist ein großer Schweiger geworden! In der Opposition war er viel rededefreudiger!)* Waren Sie wie so viele andere

Klubkollegen nicht informiert über die Tragweite dieses Gesetzes oder haben Sie sich wieder einmal gegen den Finanzminister nicht durchgesetzt? Beides, meine Damen und Herren, scheint mir für die Bauwirtschaft unseres Landes äußerst bedenklich zu sein! Sie hätten kämpfen müssen, Herr Minister, und Sie hätten neuerliche Belastungen für die Wirtschaft verhindern können. *(Abg. Dr. Gruber: Er ist kein Kämpfer mehr!)*

Aber Sie lassen sich, wie mir scheint, alles ohne Widerspruch wegnehmen. Das war ja schon im Vorjahr so. Erinnern wir uns an die 700 Millionen, die damals widerspruchslos vom Bautenbudget in andere Ressorts abgegangen sind. Das, meine Damen und Herren, ist nicht gut für die Bauwirtschaft, für einen Wirtschaftszweig, der einschließlich der Baunebenwirtschaft einen Beitrag von über 20 Prozent zum Bruttonationalprodukt unseres Landes erarbeitet und der mehr als einer viertel Million Menschen in diesem Lande Arbeit und Brot gibt.

All diese wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen der Bundesregierung wie Investitionssteuer, Kreditgebühren, Erhöhung der Vermögensteuer und viele andere mehr, können nicht dazu beitragen, die Investitionslust der Unternehmungen besonders zu fördern.

Gerade Sie, Herr Bundesminister, hätten wissen müssen, daß die Investitionen im Bereiche der Bauwirtschaft seit dem Jahre 1972 außerordentlich stark rückläufig sind und bereits heute auf die Hälfte von damals abgesunken sind. Gibt Ihnen dieser Umstand denn nicht zu denken, Herr Bundesminister? Sehen Sie nicht die Gefahr, daß bei einem weiteren radikalen Absinken der Investitionen und bei dieser Wirtschaftsgesinnung der Bundesregierung die derzeitigen Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gefährdet und bei weiteren Belastungen gar nicht mehr zu halten sind?

Hören Sie denn nicht auf Ihre Freunde im ÖGB, die Ihnen ebenso wie die Vertreter der Bauwirtschaft in vielen Gesprächen sicher sehr deutlich klarmachen, wie es um unseren Wirtschaftszweig bestellt ist?

Dabei wissen wir alle, daß wir in den nächsten sieben bis acht Jahren rund 300.000 Arbeitsplätze neu zu schaffen haben, damit unsere Jugend einer gesicherten Beschäftigung nachgehen kann. Hier wird und hier muß die Bauwirtschaft ein adäquates Maß an Arbeitsplätzen bereitstellen.

Die Bauwirtschaft ist ein nahezu exklusiv inlandsabhängiger Wirtschaftszweig. Sie gibt zahlreichen ihr nahestehenden Berufsgruppen Arbeit und Brot. In einer Zeit der internationalen Rezession anderer Berufssparten, der exportab-

Ing. Letmaier

hängigen Sparten vor allem, in den Jahren 1975 und 1976, hätte es die Bundesregierung in der Hand gehabt, durch zusätzliche Baumaßnahmen und durch eine antizyklische Budgetpolitik gerade der Bauwirtschaft eine besondere Chance zu geben und ihre Kapazitätsauslastung besser zu gewährleisten.

Der Bedarf an Wohnungen, der Bedarf an Straßen, der Bedarf an Kraftwerken, Brücken, umweltfreundliche Maßnahmen sowie die Sanierung abgewohnter Stadtviertel hätten der Bauwirtschaft ein breites Betätigungsfeld geboten. Sie hätten Arbeitsplätze neu schaffen und sichern können. Gerade die von Ihnen selbst, Herr Bundesminister, immer wieder als Oppositionspolitiker geforderte Kontinuität in der Auftragsvergabe im öffentlichen Baubereich hätten Sie, da Sie nun sieben Jahre Bundesminister sind und diesem Ressort vorstehen, längst verwirklichen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mit ganz großer Aufmerksamkeit erst vor wenigen Tagen die Reden des heutigen Herrn Bundesministers für Bauten und Technik und damaligen Oppositionsabgeordneten Moser, die er in diesem Hause gehalten hat, gelesen. Sie waren, Herr Bundesminister, ein ungewöhnlich harter Oppositionskritiker, ein ganz massiver Kritiker der damaligen Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei.

So haben Sie, Herr Bundesminister, zum Beispiel auch am Wohnbauförderungsgesetz 1968, von dem Sie doch heute noch profitieren, kein einziges gutes Haar gelassen. Sie haben den Regierungsstil der ÖVP als unaufrichtig, als unsauber, als demokratiegefährdend, als schaumschlägerisch und an den wahren Problemen des Volkes vorbeiregierend bezeichnet. (*Abg. Graf: Das war die Vorahnung für die jetzige Regierung! - Abg. Fachleitner: Ein Traummännlein war er!*) All dies, sehr geehrter Herr Bundesminister und meine Damen und Herren, ist nachzulesen in den Stenographischen Protokollen, die geradezu eine Fundgrube für Ihre damaligen oft recht demagogischen Reden, Herr Bundesminister, sind. (*Abg. Dr. Gruber: Heute geniert er sich eh! - Heiterkeit bei der ÖVP.*) Seitenweise könnte man Sie zitieren.

Sie haben 1968 im Hause eine Liste von Erhöhungen vorgelesen, für die Sie ausschließlich die Bundesregierung verantwortlich gemacht haben. Was damals galt, das, nehme ich doch an, wird auch heute gelten. Wie milde waren doch die damaligen Erhöhungen zwischen 1966 und 1970 während der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei! (*Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Glaser: Das war, als*

der Gewerkschaftsbund noch für Lohnsteuersenkungen eintrat!)

Ich möchte, Herr Bundesminister, um mit Ihren eigenen Worten von damals zu reden, den Spekulationen entgegenwirken, daß die Menschen unseres Landes vergessen könnten, was Sie allein - diesmal sind Sie allein! - in diesen letzten Jahren angerichtet haben.

Auch ich möchte - ebenso wie Sie seinerzeit - die wichtigsten Steuer- und Tarifierhöhungen, die diese Bundesregierung in den letzten Wochen vorgenommen hat, von diesem Pult aus der Öffentlichkeit noch einmal ins Gedächtnis rufen.

Sie haben - Ihre Bundesregierung, nicht Sie persönlich - die Kraftfahrzeugsteuer erhöht (*Abg. Helga Wieser: Er hat mitgestimmt!*) - Sie haben mitgestimmt, natürlich -, Sie haben die Bundesmineralölsteuer erhöht, 54 Prozent kassiert allein der Finanzminister davon. Sie haben die Mehrwertsteuer erhöht. Wir liegen heute im Spitzenfeld Europas. Sie haben die Vermögensteuer um 33 Prozent erhöht. Sie haben die Tabak- und Zigarettensteuer erhöht. Sie haben die Gebührensteuern bis über 400 Prozent und mehr erhöht. Sie haben die wirtschaftsfeindliche Kreditsteuer eingeführt. Sie haben die Bahn- und Posttarife erhöht, und Sie haben neue Erhöhungen im Bereich der Bahn und Post bereits fixiert und auch dynamisiert. Sie haben die Telephonegebühren erhöht. Sie haben die Sozialversicherungsbeiträge erhöht, und Sie haben den Abbau der Sparförderung um mehr als ein Drittel vorgenommen. Diese Liste, meine Damen und Herren, könnte man sicherlich noch in beliebiger Weise fortsetzen.

Aber all diese Erhöhungen, meine Damen und Herren, haben und werden der derzeitigen Bundesregierung in den Jahren 1976 und 1977 Mehreinnahmen von über 27 Milliarden Schilling erschließen. Die Wahrheit, die Wahrheit, meine Damen und Herren, ist doch die, daß alle Staatsbürger Österreichs für Ihre verfehlte Wirtschaftspolitik, Herr Bundesminister, die Zeche in barer Münze zu bezahlen haben werden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein paar Sätze zur finanziellen Situation in der Bauwirtschaft selbst. Herr Bundesminister! Gibt Ihnen die Preisentwicklung in der Bauwirtschaft, die in der letzten Zeit doch sehr nach unten gegangen ist, nicht sehr zu denken? Ich glaube schon, daß Sie sich über billige Angebote freuen. Aber bitte, meine Damen und Herren, wo sind die Grenzen des noch Erträglichen?

Erleben Sie nicht selbst, Herr Bundesminister, oft genug Firmenzusammenbrüche während der Bauausführung im Geltungsbereich der Bundes-

Ing. Letmaier

bauverwaltung? Allein aus der Steiermark könnte ich etliche Baustellen aufzählen, die monatelang nicht weitergeführt werden konnten, weil die Unternehmungen während der Bauarbeiten zusammengebrochen sind.

Ist wirklich Ihre einzige Vorstellung für die Lösung dieses Problems die, daß Sie die Konkursversicherung einführen wollen? Ich dramatisiere diesen Zustand gar nicht, meine Damen und Herren, ich zeige ihn nur ganz realistisch auf.

Es ist mir völlig klar, in harten Zeiten gibt es eben Ausleseprozesse. Das ist in der Wirtschaft so, aber der derzeitige Wettbewerb, meine Damen und Herren, geht gerade heute in der Bauwirtschaft weit über diesen Ausleseprozeß hinaus.

Diese Ereignisse, so hoffe ich, mögen doch ein Denkanstoß für Sie sein, Herr Bundesminister, zu erkennen, wie es der Bauwirtschaft in Wirklichkeit geht, und ich hoffe, daß Sie Ihre Aufgabe in der Gesamtverantwortung sehen.

Gibt Ihnen, Herr Bundesminister, nicht auch die Statistik des Wohn- und Siedlungsbaues zu denken, wenn diese in drei Quartalen für die Bauarbeiten eine Steigerungsrate im Durchschnitt von etwa 3,2 Prozent aufweist? Sie selbst wissen, daß die Unternehmungen in diesem Zeitabschnitt tatsächliche Erhöhungen bei den Lohn- und Materialpreiskosten um mindestens 9,5 bis 10 Prozent hinnehmen mußten, der Lebenshaltungskostenindex ist in dieser Zeit um 7,2 Prozent gestiegen.

Ein weiteres, Herr Bundesminister! Aus Umfragen meiner Standesvertretung wissen wir, daß 1975 ein Drittel aller österreichischen Baugewerbetreibenden die Normalabschreibungen nicht mehr verdient haben und negativ bilanzieren mußten. Das bedeutet, sie haben auf Kosten der Substanz gelebt und sind durch zusätzliche Kreditoperationen über die Runden gekommen. Dabei ist uns bekannt, daß auch die Betriebsergebnisse des laufenden Jahres nicht wesentlich besser sein werden.

Herr Bundesminister! Wir sollten diese statistischen Werte doch ernst nehmen. Sie selbst haben sich immer wieder und bei jeder Gelegenheit auf die Statistik berufen, haben sich auf sie zurückgezogen. Ich darf daher annehmen, daß Sie auch diese Zahlen, die ich Ihnen nun nannte, als zulässigen und repräsentativen Vergleich gestatten.

Herr Bundesminister! Denken Sie in einer ruhigen Stunde darüber nach, welche positive Maßnahmen Sie für unseren Berufsweig setzen können. Das wäre mehr, das wäre besser für Österreichs Bauwirtschaft! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ihr Budget, Herr Bundesminister, mit allen Teilpositionen basiert auf der Annahme, daß das Konjunkturausgleichsbudget und die Stabilisierungsquote freigegeben werden. Sowohl in seiner Budgetrede im Oktober als auch später hat der Herr Finanzminister Journalisten gegenüber wiederholt erklärt, daß er nicht beabsichtige, 1977 das Konjunkturausgleichsbudget und die Stabilisierungsquote wirksam werden zu lassen.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister, was werden Sie tun, wenn dies der Fall ist? Dann können Sie Ihr Teilheft Kapitel „Bauten und Technik“ ad acta legen, weil es in den Grundzügen überhaupt nicht mehr stimmt und Sie dann um rund 3 Milliarden Schilling weniger bauwirksame Gelder für die Bauwirtschaft, für Ihr Ressort zur Verfügung haben werden. Das bedeutet, Sie würden im Bereich der Bundesbauverwaltung noch weniger als 1976 bauen können, und die Finanzierung des Wasserwirtschaftsfonds, die größtenteils auf der Freigabe des Konjunkturausgleichsbudgets und der Stabilisierungsquote basiert, ist überhaupt in Frage gestellt. *(Abg. Dr. Prader: Eine Gefährdung der Arbeitsplätze!)* Hier ist selbstverständlich eine Gefährdung der Arbeitsplätze gegeben, und ich würde Sie bitten, Herr Bundesminister, mir eine klare Antwort zu erteilen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir stehen vor einem Winter mit all seinen Konsequenzen und mit all seinen Härten, der gerade wieder die Bauwirtschaft alljährlich sehr hart trifft. Die bestehende Regelung der Produktiven Arbeitslosenfürsorge ist unzureichend und löst die Probleme des Winterbauens nicht. Wir bedauern außerordentlich, daß unsere Verhandlungen im Sozialministerium in der Frage der PAF nicht erfolgreich gewesen sind. Dort wollte man oder konnte man die wahren Probleme, vor denen die Bauwirtschaft steht, nicht erkennen.

Es wird ganz sicher wieder, so wie im Vorjahr, in den Monaten Jänner und Februar zwischen 27.000 und 30.000 Arbeitslose in der Bauwirtschaft geben, und ich meine, daß gerade eine rechtzeitige Freigabe der vorgenannten Mittel, eben des Konjunkturausgleichsbudgets und der Stabilisierungsquote, für alle Arbeitenden in der Bauwirtschaft von größter Bedeutung wäre. Diese Maßnahme könnte dazu beitragen, die Härten des Winters, insbesondere für die Familien der Bauarbeiter, zu lindern.

Zum sozialen Wohnungsbau, Herr Bundesminister! Dieser ist, das wissen Sie selbst, in einer permanenten Krise. Gerade das Wiener Beispiel, das ja vor einigen Wochen durch alle Zeitungen ging, hat ja sehr deutlich gezeigt, wie es um den sozialen Wohnbau steht.

Ing. Letmaier

Herr Bundesminister, Sie hatten einmal außerordentlich große Ziele. Sie wollten 5000 Wohnungen mehr in einem Jahr bauen. Was ist, meine Damen und Herren, daraus geworden? Es gibt heute nicht mehr Wohnungsbauten in unserem Lande, als es schon in der ÖVP-Zeit zwischen 1966 und 1970 gegeben hat. Sie haben im Wohnbau keine neuen Ideen. Im Gegenteil, Ihre Finanzierungskonzepte im Wohnbau sind eindeutig gescheitert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gäbe noch vieles zu erörtern. Gestatten Sie mir, daß ich noch ein paar Sätze in aller Kürze zum Straßenbau sage, die von grundsätzlicher Natur sind.

Wo bleiben, Herr Bundesminister, die langfristigen Finanz- und Budgetkonzepte für den Straßen- und Autobahnbau, die Sie immer wieder angekündigt haben? Sie haben kein Generalfinanzierungskonzept bisher in diesem Hause angeboten und auch nicht, soviel ich weiß, der Öffentlichkeit. Sie wissen, daß in Zukunft mehr Autos als bisher auf Österreichs Straßen fahren werden, und wir werden daher mehr und bessere Straßen bauen müssen als bisher.

Wir haben Ihnen, Herr Bundesminister, wiederholt bei der Konzipierung langfristiger Finanzierungskonzepte für den Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen unsere Hilfe angeboten. Sie haben niemals mit uns in dieser Frage konkret verhandelt. Sie bringen nur von Zeit zu Zeit neue Regierungsvorlagen und neue Steuervorlagen ins Haus, die nicht unseren Vorstellungen entsprechen.

Und wo bleiben, Herr Bundesminister, die konkreten Ergebnisse der Verhandlungen in dieser Frage mit den Ländern? Wo bleibt etwa der lang angekündigte Baugipfel im Bereich der Süd- und Pyhrnautobahn mit den Landeshauptleuten der betroffenen Länder? Sie persönlich haben die Einberufung dieses Gipfels angeregt und versprochen, diesen Gipfel auch einzuberufen. Sie sind uns und den Landeshauptleuten hier eine Antwort schuldig. Hier sind Sie säumig geworden, Herr Bundesminister. Ihrer Bundesregierung ist nicht viel eingefallen, außer neue Steuern ins Gespräch zu bringen.

Herr Bundesminister, Sie haben eines der populärsten und zukunftsorientiertesten Ressorts, die es in der Regierung gibt, Sie verfügen über einen ausgezeichneten bautechnischen Beamtenstab. Sie können ihn nicht zukunftsorientiert nutzen. Diese Bundesregierung hat keine weitreichenden Konzepte im Baubereich zu bieten. Daher wird meine Fraktion dem Kapitel Bauten und Technik ihre Zustimmung versagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Ing. Willinger.

Abgeordneter Ing. **Willinger** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Rahmen des Kapitels Bauten und Technik wende ich mich im besonderen den Problemen des Wohnbaues zu, und vielleicht gelingt es mir auch, Herrn Abgeordneten Letmaier zu beweisen, daß die Regierung bei der Lösung der Wohnbaupolitik und auch bei der Finanzierung der Wohnbaupolitik keineswegs eine Pleite erlitten hat. *(Abg. Dr. Prader: Das wird Ihnen nicht gelingen! Das ist unmöglich!)* Darüber, Herr Dr. Prader, reden wir dann vielleicht am Schluß, nach meinen Ausführungen.

Meine Damen und Herren! Immer wieder wird der Regierung vorgehalten, sie habe die im Wirtschaftsprogramm gesetzten Ziele in Wohnbaufragen nicht erfüllen können. Diesem Vorhalt können zweifellos mehrere Argumente entgegengehalten werden. So konnte sich die Steigerung der für die Förderung zur Verfügung gestellten Bundesmittel in den Jahren 1971 bis 1973 um 97 Prozent gegenüber 1968 bis 1970 nicht in vollem Umfange auswirken, weil einerseits die durchschnittliche Wohnungsgröße in Österreich von 82 m² im Jahre 1971 bis 85 m² im Jahre 1973 und schließlich bis 86 m² im Jahre 1975 laufend angehoben wurde und andererseits damit Hand in Hand Qualitätsverbesserungen vor allem auch im Sozialen Wohnbau vorgenommen worden sind.

Die qualitätsmäßige Verbesserung bei Neubauten, die als überaus erfreulich anzusehen ist, stellt nun einmal in der Wohnbauförderung ein nicht unbeträchtliches Element dar, für welches auch ein verstärkter Anteil der Mittel aufgewendet werden muß.

Ferner sind die stark angestiegenen Baukosten zu berücksichtigen, die den Wohnbausektor und damit selbstverständlich auch die Anzahl der Fertigstellungen sehr wesentlich beeinflussen haben.

Und schließlich, meine Damen und Herren, ist nicht zu vergessen, daß sich auch die vorerwähnten Preissteigerungen, die Kreditbeschränkungsmaßnahmen im Inland wie auch ausländische Maßnahmen ähnlicher Art vor allem auf den frei finanzierten, also nicht geförderten Wohnbau besonders stark ausgewirkt und ihn arg in Mitleidenschaft gezogen haben, was sich selbstverständlich auch auf die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen auswirken mußte.

Die sozialen Maßnahmen auf dem Wohnbau-sektor, die von der Regierung seit 1971 gesetzt wurden, weisen trotz aller Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, eine positive Bilanz auf.

4126

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Ing. Willinger

Die wohnungspolitischen Maßnahmen konzentrieren sich nach dem fast gänzlichen Abbau des quantitativen Wohnungsfehlbestandes auf kontinuierliche Anhebung der Wohnungsqualität und auf eine Verbesserung der sozialen Stützungsmaßnahmen.

So existierten nach amtlichen Erhebungen 1975 in Österreich 2.564.000 bewohnte Wohnungen. Davon waren 520.000 schlecht ausgestattet. Der Anteil der schlecht ausgestatteten Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand konnte somit von 30 Prozent im Jahre 1971 auf nunmehr 20 Prozent gesenkt werden.

Bei einer Steigerung von 2.431.902 bewohnten Wohnungen im Jahre 1971 auf 2.564.000 bewohnte Wohnungen im Jahre 1975 war es somit möglich, die Zahl der schlecht ausgestatteten Wohnungen von 735.000 im Jahre 1971 auf 520.000 im Jahre 1975 herabzusetzen. Dies ist sowohl auf die Neubautätigkeit als auch auf die Modernisierung alter Wohnungen mit Hilfe des Wohnungsverbesserungsgesetzes zurückzuführen.

Meine Damen und Herren! Das Wohnbauförderungsgesetz ist seit 1. Jänner 1968 in Kraft. Ein Vergleich der Leistungen nach diesem Gesetz zwischen der ÖVP-Regierung und der SPÖ-Regierung wird daher für die Jahre 1968 bis 1970 und 1971 bis 1973 in Betracht kommen, obwohl auch die Daten für 1974 und 1975 zur Verfügung stehen, die einen weiteren Erfolgsnachweis darstellen.

So sind in der Zeit von 1968 bis 1970, also unter der ÖVP-Alleinregierung, aus Bundesmitteln für Wohnbauförderung 7278 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt worden. Im vergleichbaren Zeitraum von 1971 bis 1973, in der Zeit der Alleinregierung der SPÖ, sind insgesamt 14.336 Millionen Schilling aus Bundesmitteln für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt worden. Das bedeutet eine Steigerung um 7049 Millionen Schilling oder 97 Prozent.

In den Jahren 1974 und 1975, also in einem kürzeren Zeitraum als in dem verglichenen, sind bereits 13.888 Millionen Schilling an Bundesmitteln zur Wohnbauförderung zur Verfügung gestanden. In den Voranschlägen 1976 und 1977 sind es zusammen 16.075 Millionen Schilling.

An geförderten Wohnungen beziehungsweise Zusicherung konnten durch die Zurverfügungstellung dieser Förderungsmittel in den Jahren 1968 bis 1970, wieder zur Zeit der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei, 68.710 Wohnungen gefördert werden. In den Jahren 1971 bis 1973 sind es insgesamt 103.045 Wohnungen. Das ist eine Steigerung im vergleichbaren Zeitraum um 34.335 Wohnungen,

die aus Mitteln des Bundes gefördert werden, oder um 50 Prozent.

Wie den Zahlen zu entnehmen ist, wurde die Förderungstätigkeit auch in den Jahren 1974 und 1975 weiter verstärkt. Es werden aus den Mitteln der Wohnbauförderung in den beiden Jahren 62.563 Wohnungen gefördert werden. In den Regierungserklärungen 1970 und 1971 wurde eine Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes im Interesse einer Steigerung der sozialen Wohnbauleistung angekündigt. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf wurde bereits im Jahre 1970 im Parlament eingebracht, konnte jedoch erst am 30. Mai 1972 verabschiedet werden.

Diese Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz ist am 1. Jänner 1973 in Kraft getreten. Sie konnte sich daher unter Einrechnung einer Mindestbauzeit von zirka 1½ Jahren erstmals im Jahre 1974 auswirken. In den Jahren ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*) Auch das kommt noch, Herr Abgeordneter Keimel.

Im übrigen habe ich bereits darauf hingewiesen mit den Vergleichen 1976 und 1977, wie sie im Bundesvoranschlag enthalten sind. In den Jahren 1969 bis 1973 wurden durchschnittlich 22.300 geförderte Neubauwohnungen fertiggestellt. In den Jahren 1974 und 1975 wurden durchschnittlich 26.270 Wohnungen gefördert und fertiggestellt. Also eine weitere Steigerung.

Die in der Regierungserklärung angekündigte Verbesserung der Wohnbauförderung wurde in der Novelle 1976 zum Wohnbauförderungsgesetz, die Anfang August in Kraft getreten ist, weiter ausgebaut. Sie bringt im wesentlichen folgende Neuerungen, Herr Abgeordneter Keimel. Für alle geförderten Neubauwohnungen, für die ein öffentliches Darlehen ab 1. 1. 1973 zugesichert wurde, werden die Annuitäten dieses Darlehens auf 1 Prozent gesenkt.

Bis zum Jahre 1981 können die Länder das Ausmaß des öffentlichen Darlehens zwischen 45 und 70 Prozent der Gesamtbaukosten festsetzen.

Für Jungfamilien und kinderreiche Familien wurde eine maßgebliche Verbesserung geschaffen, die bundeseinheitlich ist. Wenn das monatliche Nettoeinkommen dieser Familie die Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung gemäß § 45 ASVG nicht übersteigt, haben sie Anspruch auf ein Eigenmittlersatzdarlehen in der vollen Höhe der Eigenmittel. Der gleiche Personenkreis hat Anspruch auf Wohnbeihilfe, wobei der zumutbare Wohnungsaufwand 5 Prozent des Einkommens nicht übersteigen darf. (*Abg. Dr. Keimel: Das haben wir im Juli schon abgehandelt, was Sie uns da erzählen! - Ruf bei der ÖVP: Spätzünder!*)

Ing. Willinger

Die Altersgrenze für die Familienerhalter von Jungfamilien wurde auf 35 Jahre erhöht. Der Eigenmittelanteil wurde bei Miet- und Genossenschaftswohnungen auf 5 Prozent reduziert, und das öffentliche Darlehen in den Fällen, in denen die Länder weniger als 50 Prozent gewähren, auf 50 Prozent hinaufgesetzt.

Für finanziell schlecht gestellte Personen gibt es nach dem Wohnbauförderungsgesetz soziale Stützungsmaßnahmen. Einerseits können Wohnungswerber um ein Eigenmittlersatzdarlehen ansuchen, ein zinsenloses Darlehen, mit dem die aufzubringenden Eigenmittel abgedeckt werden können, andererseits können Inhaber geförderter Wohnungen um eine Wohnbauhilfe ansuchen. Die Bestimmungen über die Gewährung von Eigenmittlersatzdarlehen und Wohnbeihilfen wurden ebenfalls mit den vorher zitierten Novellen zum Wohnbauförderungsgesetz wesentlich verbessert. Ferner wurde mit der Novelle 1972 zur Stützung der Kapitalmarktdarlehen der Annuitätenzuschuß eingeführt, der in den ersten Jahren 50 Prozent der Annuität des Kapitalmarktdarlehens abdeckt.

Meine Damen und Herren! Alle diese sozialen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsneubaus werden aber die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht zufriedenstellend decken können, wenn nicht künftig viel mehr Aufmerksamkeit der Bodenbeschaffung und Stadterneuerung gewidmet wird. In den letzten Jahren ist es immer schwieriger geworden, geeignete Grundflächen für den sozialen Wohnungsbau zu angemessenen Preisen zu erhalten. Dazu kommt, daß nach einer Untersuchung des Herrn Professor Bruckmann die vorhandenen Bauplätze in sechs Großstadregionen bei gleichbleibender Wohnbauleistung nur noch für maximal sieben Jahre reichen.

Aus den gleichen Gründen wird eine zielstrebige Erneuerung abgewohnten Wohnungsbestandes in den Stadtzentren immer dringender notwendig. Für beide Bereiche wurden ja Gesetzesvorschläge bereits im Jahre 1971 im Parlament eingebracht, und durch Beschluß des Hohen Hauses sind das Stadterneuerungsgesetz und das Bodenbeschaffungsgesetz am 29. Mai 1974 in Kraft getreten. *(Abg. Dr. Keimel: Wann kommen Sie endlich zu 1977, Herr Kollege?)*

Es ist nur bisher viel zuwenig in Anspruch genommen worden, Herr Abgeordneter Keimel, leider, und es könnte viel zur Lösung der Wohnprobleme beitragen. *(Abg. Dr. Keimel: Wo?)* Der Zielsetzung des Stadterneuerungsgesetzes dient auch die Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz. *(Abg. Dr. Keimel: In Wien geht es nur um den Boden!)*

Herr Abgeordneter Keimel! Es geht auch dort

um Grund und Boden und um diese Probleme, wo der Herr Abgeordnete Letmaier seßhaft ist und Innungsmeister ist, nämlich im Lande Steiermark. Auch dort bestehen diese Probleme, und nicht zuletzt ausgelöst auch durch den Landeshauptmann des Landes Steiermark.

Die staatliche Unterstützung nach diesem Gesetz wird in Form eines Annuitätenzuschusses zu Kapitaldarlehen gewährt, die für die Finanzierung von Verbesserungsarbeiten wie Einbau von sanitären Anlagen, Bädern, Heizungsanlagen, Personenaufzügen, Gemeinschaftswaschküchen und dergleichen dienen, und von Interessenten aufgenommen werden. Es ist deshalb erfreulich, daß das Wohnungsverbesserungsgesetz von dieser Regierung mehrmals verbessert und nun auch bis Ende 1978 verlängert wurde.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Beweis, daß sich die sozialistische Regierung um die Probleme des Wohnbaues aus zwei Gründen sorgt: einerseits ist es ein höchstes Bedürfnis der Bevölkerung, daß diese Probleme gelöst werden, und andererseits hat die Lösung dieser Probleme und der Probleme des Wohnbaues allgemein auch für die Vollbeschäftigung einen nicht unbeträchtlichen Anteil. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich würde Ihnen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, nur empfehlen, daß Sie jedenfalls mehr und aufrichtiger diesen Problemen Ihre Aufmerksamkeit schenken als manche Ihrer Institutionen und Personen. *(Abg. Ing. Letmaier: Wie meinen Sie das?)* Wie ich das meine, Herr Abgeordneter Letmaier, das werde ich Ihnen sagen. In Österreich gibt es ein Pressegesetz. Auf Grund des Pressegesetzes erhalten die Tageszeitungen und Wochenzeitungen namhafte Unterstützungen durch die öffentliche Hand, durch den Bund. Die Zeitung „Die Presse“ hat das auch als erfreulich zur Kenntnis genommen und entgegengenommen. *(Ruf bei der ÖVP: Sie drohen!)* Nein, ich drohe gar nicht, nein, ich komme schon auf den Kern der Sache. Und die Zeitung „Die Presse“ . . . *(Ruf bei der ÖVP: Sie drohen wie der Herr Bundeskanzler! – Abg. Dr. Mussil: Drohen Sie ja nicht den Zeitungen!)* Herr Abgeordneter Dr. Mussil! Vielleicht können Sie doch ein bißl Einfluß nehmen. *(Abg. Dr. Mussil: Wenn ich Einfluß nehmen könnte, daß Sie endlich einmal zum Reden aufhören!)*

Herr Abgeordneter Dr. Mussil! „Die Presse“ hat am 23., am 29. April und am 6. Mai 1976 ihrer Beilage eine Sondernummer angefügt, einen Sonderdruck. Nur mit dem Unterschied, Herr Abgeordneter Dr. Mussil, daß dieser Sonderdruck, obwohl „Die Presse“ die Zeitungsförderung erhält, nicht in Österreich hergestellt wurde, sondern „Die Presse“ es vorgezogen hat,

4128

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 14. Dezember 1976

Ing. Willinger

diese Sonderdrucke in einer Druckerei in München herstellen zu lassen, weil es dort angeblich billiger gekommen ist als die Herstellung in Österreich. Und wissen Sie, was nun . . . (Abg. Dr. Mussil: Woher wissen Sie das?) Und wissen Sie, was all dem die Krone aufsetzt? (Abg. Dr. Mussil: Legen Sie Rechnungen vor!) Daß nämlich, Herr Abgeordneter Dr. Mussil, in einer dieser Sondernummern, und zwar in der Sondernummer vom 29. April - vielleicht können Sie sich diese besorgen -, der Landeshauptmann der Steiermark, Herr Dr. Friedrich Niederl, einen Artikel geschrieben hat mit dem Titel „Arbeitsplätze sichern - besondere Aktivitäten notwendig“. Und dieser Artikel endet: „denn die Sicherheit der Arbeitsplätze hat Vorrang“. Und deshalb bitte ich Sie, meine Herren Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, den Problemen des Wohnbaues und den allgemeinen Problemen aufrichtiger Aufmerksamkeit zu schenken, als Sie es hier vorgeben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Probst** (das Glockenzeichen gebend): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Melter.

Herr Abgeordneter, wenn Sie Ihre Rede bis 9 Uhr nicht beendet haben, werde ich Sie unterbrechen. Bitte darauf Rücksicht zu nehmen in Ihrem Manuskript.

Abgeordneter **Melter** (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kollege Willinger hat das Wort „Pleite“ in den Mund genommen und behauptet, daß die SPÖ-Regierung in ihrer Wohnbaupolitik keineswegs eine Pleite erlitten habe, und er hat dazu nur Vergleiche mit der Zeit zwischen '66 und '70 angestellt. Er hat es jedoch vermieden, auf die Versprechungen einzugehen, die die Sozialistische Partei den Wählern in Österreich gegeben hat, gerade im Hinblick auf die Schaffung neuen Wohnraums. Er hat dafür einige Entschuldigungsgründe angeführt, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Das Wohnbauprogramm der SPÖ: Mehr, besser und schneller bauen, sagt zur künftigen Wohnbauleistung: „Das Ziel, eine Million Wohnungen zu errichten, wird nur über einen längeren Zeitraum erreicht werden können. Doch müssen die Vorbereitungen dazu schon jetzt getroffen werden. Die Verwirklichung des vorgelegten Programms wird es vorerst ermöglichen, bis 1980 eine jährliche Bauleistung von 100.000 Wohnungen zu erreichen und damit in der Zehnjahresperiode von 1971 bis 1980 die Errichtung von 775.000 Wohnungen sicherstellen.“

Nun, was hat diese SPÖ-Regierung seit 1970

zur Verwirklichung dieses Versprechens tatsächlich geleistet? Sehen Sie sich die Statistiken an, und Sie werden finden, daß von 1971 bis 1975 einschließlich insgesamt 237.426 Wohnungen erstellt worden sind.

Wenn man annimmt, daß im zweiten Jahrfünft bis 1980 dieselbe Wohnbauleistung erzielt wird, was allerdings von einer Reihe von Sachverständigen im Hinblick auf den starken Rückgang der Wohnbaubewilligungen sehr bezweifelt wird, dann ergibt sich, daß bis 1980 474.000 oder 475.000 Wohnungen erstellt sein werden, und das sind 300.000 Wohnungen weniger, als Sie in Ihrem Wahlprogramm in Aussicht gestellt haben. Und da muß man fragen, wie steht die Leistung mit dem Versprechen im Zusammenhang und wie kann man stolz sein darauf, daß man abgegebene Versprechungen an Millionen von Österreichern und an Hunderttausende von Wohnungssuchenden so schlecht der Erfüllung zuführt, daß nach fünf Jahren ein derart erhebliches Manko besteht? Hier hat also die Sozialistische Partei trotz ihrer 1400 Sachverständigen eine sehr schlechte Vorarbeit und eine noch schlechtere Leistung erzielt.

Es ist zugegeben, daß die Wohnbauförderungsmittel, die zur Verfügung gestellt worden sind, eine laufende Anhebung erfahren haben, nicht deshalb, weil etwa die Regierung mehr gegeben hätte, sondern weil die Steuer- und Abgabepflichtigen mehr Beiträge bezahlt haben. So sind etwa 1970 laut Rechnungsab-schluß 3,4 Milliarden Schilling ausgegeben worden, 1971 3991 Millionen Schilling. Im Voranschlag 1976 stehen 7671 Millionen für Wohnbauförderung bereit, das sind 225 Prozent von 1970, und im Voranschlag 1977' 8403 Millionen Schilling, das sind 247 Prozent gegenüber 1970. Also zweifellos gegenüber 1970 eine sehr fühlbare Erhöhung.

Aber allein die Erhöhung von 1976 auf 1977 ist denkbar bescheiden, denn sie bleibt erheblich hinter der allgemeinen Budgetentwicklung und auch hinter der zu befürchtenden Teuerungsrate für das nächste Jahr zurück.

Das heißt also, die Steigerung der Mittel ist viel zu gering, um eine gleiche Wohnbauförderungslleistung zu ermöglichen, wie sie in diesem Jahr noch möglich gewesen ist.

Wenn man die Baupreisindizes vergleicht, stellt man fest, daß der Index von 95 im 3. Quartal 1971 auf 172,2 im 3. Quartal 1976 angestiegen ist, also eine Steigerung um 81,3 Prozent. Wenn man die Jahresvergleiche herbeiführt nach den neuen Indexermittlungen, 1971/72 100, ergibt dies bei 172,2 im 3. Quartal 1975 auch eine Indexsteigerung von 72,2 Prozent.

Melter

Nun kommt dazu, daß im kommenden Jahr bei der relativ bescheidenen Anhebung der Wohnbauförderungsmittel eine neue Belastungswelle auf jene zukommt, die ein Eigenheim erstellen, eine Eigentumswohnung erwerben wollen oder auf eine Mietwohnung warten.

Diese neuen Belastungen im Bauwesen führen natürlich dazu, daß die Abzahlungen für die Eigenheim- und Eigentumswohnungserwerber größer und die Mieten ebenfalls höher werden.

Dazu kommen dann noch die vom Finanzminister gewünschten Kreditkosten, die wahrscheinlich auch eine Auswirkung haben werden. Es kommt die Erhöhung der Gebühren und Abgaben für Verträge und dergleichen mehr. Alles Maßnahmen dieser sozialistischen Bundesregierung, die die wohnungssuchende Bevölkerung erheblich belasten.

Wenn nun der Abgeordnete Willinger darauf hingewiesen hat, daß trotz der Steigerung der Mittel, die für die Wohnbauförderung bereitgestellt worden sind, ein entsprechendes Ansteigen der Anzahl der neuerstellten Wohnungen nicht möglich gewesen ist, etwa deshalb, weil die Wohnungsgröße gewachsen ist und weil auch eine Verbesserung der Wohnungsqualität erzielt worden ist, so muß man darauf antworten, daß der Herr Willinger hier nur einen sehr pauschalen Vergleich gezogen hat, nämlich was die Gesamtzahl der in Österreich erstellten Wohnungen betrifft.

Er hat sich jedoch keine Mühe gemacht zu überprüfen, wie die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern war, etwa in jenen Bundesländern, wo die SPÖ allein die Verantwortung trägt, und anderen Bundesländern, wo sie eben nicht allein entscheiden kann.

Wenn er diese Vergleiche gezogen hätte, wäre er zu der Feststellung gelangt, daß etwa Wien, das immerhin mehr als ein Viertel der Wohnbauförderungsmittel bekommt, in bezug auf die Wohnungsgröße bei weitem nicht an der Spitze, sondern eher am Ende steht und daß zwar das Burgenland bei der Wohnungsgröße an erster Stelle, aber bei der Wohnungsqualität dann jedenfalls wesentlich weiter hinten steht, sodaß also ersichtlich ist, daß die Sozialisten, was Wohnungsgröße und Wohnungsqualität der neuerstellten Wohnungen betrifft, keinesfalls für sich in Anspruch nehmen können, daß sie dort, wo sie allein entscheidend sind, derartige Maßnahmen getroffen haben, die zu einer wirklich für alle Wohnungssuchenden fühlbaren Verbesserung des Angebotes geführt hätten.

Bei Vergleich der Zahlen ist auch ersichtlich, daß im Gemeindewohnbau der Teuerungsfaktor besonders in Erscheinung getreten ist, daß auch

die Genossenschaften diesbezüglich nicht im Hintergrund geblieben sind und daß die geringsten Steigerungen dort festzustellen waren, wo erhebliche Eigenleistungen durch Personen erbracht worden sind, die ein Eigentum erstellen.

Das heißt also, daß die Wohnbaupolitik und die Wohnbauförderung, die die Sozialisten durchgesetzt haben, durchaus nicht die Qualität hat, die man in der heutigen Zeit erwarten können müßte und die geeignet ist, ein besseres Ergebnis herbeizuführen.

Der Bevölkerungsanteil Wiens ist sechsmal größer als der Vorarlbergs. Wie sieht es aber in der Wohnbauleistung aus? 1970 noch, wo die Auswirkungen der Bestimmungen aus den Vorjahren wirksam waren, hat Wien den Anteil in etwa erreicht. 1971 war jedoch die Wohnbauleistung Wiens nur noch knapp fünfmal so groß wie die Vorarlbergs, ist also schon zurückgeblieben. 1972 war es nur noch das Vierfache, 1973 das 2,5fache, und 1974 war es nicht einmal mehr doppelt so viel wie in Vorarlberg. Also eine Leistungsminderung der Bundeshauptstadt unter sozialistischer Verwaltung in einem ganz enormen Ausmaß, anscheinend als Protest gegen die Bundespolitik der Sozialisten im Wohnbaubereich. 1975 konnte dann allerdings wieder eine Steigerung auf etwa das 2,7fache erreicht werden.

Auch die Vergleiche mit anderen Bundesländern zeigen, daß Wien eine schlechte Leistung erbracht hat. Dies gilt neben der Zahl der Wohnungen auch für die Wohnungsgröße und für die Wohnungsausstattung.

Man sieht also, daß die Ideologie der Sozialisten, die nur darauf ausgerichtet ist, in Verwaltung der Gemeinden Wohnungen zu errichten, wo die einzelnen relativ wenig Mitbestimmungsrecht haben, zu keinem sehr günstigen Ergebnis führt, daß aber dort, wo mehr die Eigentumsförderung Platz gegriffen hat, ganz andere Wohnbauleistungen erbracht worden sind.

Dies ergibt sich auch aus den Wohnbauquoten der einzelnen Bundesländer im Jahre 1975. Während der Österreichdurchschnitt 6,5 Wohnungen auf 1000 Einwohner betragen hat, etwa die Hälfte der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland, ist die Wohnbauquote in den Bundesländern sehr stark unterschiedlich. An der Spitze steht Salzburg mit 10,9, gefolgt von Vorarlberg mit 9,2 und Oberösterreich mit 7,9.

Erheblich unter dem Bundesdurchschnitt und dabei am schlechtesten Wien mit 4,5, Burgenland mit 4,8 und Niederösterreich mit 4,9 Wohnungen je tausend Einwohner. Man sieht also, daß hier in manchen Bundesländern keine

Melter

Voraussetzungen geschaffen wurden, die persönliche Eigenleistung zu mobilisieren, den Wert der Eigentumswohnung zu propagieren und damit zu erreichen, daß viel mehr Mittel in diesen Bereich fließen.

Dabei ist zu sagen, daß die Zuteilung der Wohnbauförderungsmittel für die Bundeshauptstadt 6 Prozent über ihrem Bevölkerungsanteil liegt, zum Nachteil fast aller anderen Bundesländer in unterschiedlichem Ausmaß.

Auf Kosten der Bundesländer hätte also Wien an und für sich die finanziellen Voraussetzungen aus Bundesmitteln gehabt, wesentlich bessere Leistungen zu erbringen.

Präsident **Probst** (das Glockenzeichen

gebend): Herr Abgeordneter, kann ich Sie jetzt unterbrechen? (*Heiterkeit.*) Ich habe den Eindruck gehabt, das ist eine Stelle, wo unterbrochen werden kann. Ich wollte nichts zufleiß tun. (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen Mittwoch, den 15. Dezember, 9 Uhr. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die heutige Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahren werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr unterbrochen und am Mittwoch, dem 15. Dezember 1976, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 15. Dezember 1976

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Gegenstand der Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (320 und Zu 320 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt Anlagen (380 der Beilagen), Beratungsgruppe XIII, Bauten und Technik, sowie Beratungsgruppe X, Verkehr.

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Melter.

Abgeordneter **Melter** (FPÖ) (*fortsetzend*): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Rede wieder auf und komme auf das gestrige Thema Wohnbauförderung und Wohnbaupolitik zurück und darf kurz in Erinnerung rufen, daß die Sozialisten vor sieben Jahren ein großartiges Programm erstellt haben, dessen Erfüllung noch weit in der Ferne liegt. Sie haben vieles von dem versäumt, was sie damals versprochen haben.

Zusammenfassend darf dazu gesagt werden, daß leider in der Bundeshauptstadt, die ja den Bevölkerungsschwerpunkt bildet und der ein überdurchschnittlicher Anteil an Förderungsmitteln zugeteilt wurde, das Ergebnis wesentlich unter dem Durchschnitt geblieben ist. Das ist ein Beweis dafür, daß die sozialistische Wohnbaupolitik mit der Wohnbaupolitik anderer Bundesländer nicht Schritt halten kann. Nun kommt dazu, daß etwa der Vizebürgermeister von Wien, Pfoch, weitere Zuwendungen aus dem Bundestopf wünscht unter Hinweis darauf, daß manche Probleme in Wien immer noch größer sind als in den Bundesländern.

Daran ist die sozialistische Stadtverwaltung zweifellos selbst schuld. Das kann man etwa auch daraus entnehmen, daß ja der Vizebürgermeister Pfoch mit Stolz verkündet hat – das kann man der „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. Dezember 1976 entnehmen –, daß neben den neu erstellten Wohnungen auch eine große Anzahl Wohnungsverbesserungen vorgenommen worden ist, und zwar wurde die Zahl von 12.000 bewilligten Anträgen genannt mit einer Summe an Förderungsmitteln in Höhe von 950 Millionen Schilling. Das ist zweifellos ein sehr erfreuliches Ergebnis.

Nun gibt es aber auch Pressemeldungen, daß etwa allein die unter sozialistischer Verwaltung stehende Firma Bauring einen Abgang von 1,4 Milliarden Schilling zu verzeichnen hatte. Das ist der Öffentlichkeit nicht versprochen worden. Wenn man diese 1,4 Milliarden Schilling nun in Wohnungsverbesserung umsetzen würde, hätte das bewirkt, daß mit 1,4 Milliarden Schilling nach dem gleichen Zuteilungsschlüssel wie bei den 950 Millionen Schilling weitere 18.000 Wohnungen hätten verbessert werden können. Das wäre sowohl für die Wiener Bevölkerung, aber auch für die Bevölkerung in ganz Österreich zweifellos ein wesentlich erfreulicheres Ergebnis gewesen. Es ist nur zu bedauern, daß die Sozialisten das nicht zuwege gebracht haben.

Ich möchte mich nun kurz noch einigen anderen Problemen zuwenden. Es wird immer wieder davon gesprochen, daß ich am Montag zu spät zur Sitzung gekommen bin. Dafür war ich persönlich nicht verantwortlich, sondern es

Melter

waren die Verkehrsverhältnisse, die in Österreich sowohl im Bereich der Straßen als auch im Bereich der Bahn immer noch nicht so sind, wie man es wünschen würde und wie es insbesondere notwendig ist, daß ein ganzes Bundesland das ganze Jahr hindurch ohne Unterbrechung in Verbindung zur Bundeshauptstadt bleiben könnte. Die Sperre des Arlberges ist zweifellos eine sehr eindringliche Mahnung, in diesem Bereich des Straßenausbaues und des Bahnausbaues und insbesondere der Lawinensicherung wesentlich mehr zu tun, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Dazu kommt ja noch, daß gerade diese Straßenverbindung eine außerordentlich große Verkehrsbelastung aufweist und daß auch auf der Bundesbahnstrecke ein überdurchschnittliches Verkehrsaufkommen besteht. Wenn man dazu in Vergleich stellt, daß etwa seit Beginn der sechziger Jahre die Bundesbahnen ganze 20 Kilometer der Arlbergstrecke ausbauen konnten, so kann man sich etwa ausrechnen, wie viele Jahrzehnte wir noch zu warten haben, bis die ganze Strecke so ausgebaut ist, daß sie nur das derzeitige Verkehrsaufkommen ohne besondere Probleme bewältigen kann.

Daß dies aber mit den Budgetansätzen, die für das Jahr 1977 vorgesehen sind, nicht möglich ist, begreift wohl jedes Kind, wenn man die Investitionsmittel der Bundesbahnen dieses Jahres mit 4285 Millionen Schilling den nur noch 4000 Millionen Schilling des kommenden Jahres gegenüberstellt. Eine Atempause ist also nur für den Finanzminister geschaffen worden, nicht jedoch für die Bundesbahnen, die ja ohne diese Investitionen nicht in der Lage sein werden, ein besseres Betriebsergebnis zu erzielen.

Ähnlich liegt es beim Ausbau des Güterbahnhofes Wolfurt, der ja eine Sonderfinanzierung erfährt. Man hat seinerzeit vor Baubeginn umfangreiche Erhebungen durchführen und Projekte erstellen lassen, aus denen zu entnehmen war, daß die günstigste Frist für die Baudurchführung im Zusammenhang mit der Finanzierung eine Sieben-Jahres-Frist wäre. Diese Sieben-Jahres-Frist wird offensichtlich nicht eingehalten, weil die Budgetmittel von 57,75 Millionen Schilling für das kommende Jahr im ordentlichen Budget und 42 Millionen Schilling im Konjunkturausgleich zweifellos nicht ausreichen werden. Dadurch tritt naturgemäß eine Verteuerung ein, und die Folge ist, daß auch die bisher erfolgten Investitionen von mehreren hundert Millionen Schilling nicht zweckmäßig verwertet werden können.

Damit im Zusammenhang steht auch der Mangel, daß der Bau des geplanten Umleitpostamtes noch nicht in Angriff genommen

wurde, daß auch dort Verzögerungen eintreten und daß die Schwierigkeit besteht, daß man internationale Vereinbarungen, sowohl was den Transport der Bahn als auch die Umleitung der Poststücke betrifft, wieder hinausschieben muß, was zweifellos für die österreichische Postverwaltung auch kein annehmbarer und lobenswerter Zustand ist.

Als letztes sei noch auf das Fernmeldewesen in Vorarlberg hingewiesen. Es hat der Generaldirektor Dr. Schlegel anlässlich der Eröffnung des Postamtes in Feldkirch - eine erfreuliche Einrichtung - darauf hingewiesen, daß in Vorarlberg die Warteliste für die Telephonanschlüsse überdurchschnittlich hoch ist. Das ist besonders deshalb unerfreulich, weil ja in den Nachbarländern wesentlich bessere Voraussetzungen bestehen als in Vorarlberg.

Begründet wurde unter anderem dieser Rückstand damit, daß zu wenig Personal verfügbar wäre, um die Anschlüsse herzustellen. Erst gestern hat mich ein Telegramm der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten, Landesgruppe Vorarlberg, erreicht, in welchem auf eine einstimmige Resolution hingewiesen worden ist. Darin wurde ausgeführt, daß eine Weisung erfolgt wäre, keine Neueinstellungen vorzunehmen und auch eine ganze Reihe von Nachwuchskräften - 23 an der Zahl -, die bisher schon zufriedenstellend tätig gewesen sind, mit Ende Dezember wieder aus ihrem provisorischen Dienstverhältnis zu entlassen. Das würde bedeuten, daß zu Beginn des nächsten Jahres die personelle Unterbesetzung 460 Personen beträgt. Es ergibt sich die Frage, wie man mit einer derartigen Unterbesetzung den Nachholbedarf befriedigen will und wie es möglich sein soll, mit dem unterdurchschnittlichen Personalstand die erforderlichen Dienstleistungen der Post zu erbringen.

Für die Post hat diese Bundesregierung erhebliche Gebührenerhöhungen beschlossen. Sie werden im Jänner wirksam. Man muß mehr bezahlen für die Briefbeförderung, man muß mehr bezahlen fürs Telephon und man wird wahrscheinlich vor der Situation stehen, daß in manchen Bereichen die Postzustellung nun sogar noch schlechter wird, nachdem man ja den Samstag-Dienst auch bereits eingestellt hat.

Es ergibt sich weiters die Frage, was man zu tun gedenkt und was vorgesehen ist, um die bisher geforderten Überstundenleistungen abzubauen und mit einer normalen Dienstverpflichtung auszukommen. Denn es ist ja klar, daß die Überstundenleistung wahrscheinlich mehr Geld kostet als die Beschäftigung von mehr Personal.

Wir würden also als Freiheitliche wünschen,

Melter

daß auch die sozialistische Bundesregierung, wenn es um Personalprobleme geht, sich darum bemüht, die Mitbestimmung der Personalvertretung sicherzustellen und damit zu einem einvernehmlichen Ergebnis im Interesse des Betriebes, im Interesse der Bediensteten, aber auch im Interesse der darauf angewiesenen Bevölkerung zu kommen.

Nachdem die Budgetansätze sowohl im Kapitel Bauten als auch im Kapitel Verkehr, damit auch Bundesbahn und Bundespost, unseren Erwartungen nicht entsprechen, wird die freiheitliche Fraktion beide Budgetkapitel ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Lehr.

Abgeordneter **Lehr** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Ausführungen zum Kapitel Bauten und Technik werden sich im wesentlichen mit dem Straßenbau befassen. Wie zu erwarten, wird auch dieser Teil des Voranschlags 1977 von der ÖVP mit den verschiedensten und zum Teil sehr widersprüchlichen Begründungen abgelehnt.

Auch der Herr Abgeordnete Letmaier hat mit dem üblichen Lamento wieder einmal ein Bild der Bauwirtschaft grau in grau oder, besser gesagt, schwarz in schwarz vor unseren staunenden Augen entstehen lassen. Sicherlich sehr beeindruckend für Outsider oder Außenstehende, um ein deutsches Wort zu gebrauchen, aber nicht für Leute, die mit der Bauwirtschaft einigermaßen vertraut sind. Der Herr Abgeordnete Letmaier hat dabei eine meisterliche, besser gesagt, eine bundesinnungsmeisterliche Hand beim Anlegen der schwarzen Flächen gezeigt.

Ich weiß auch, was von dieser Art der Darstellung der Bauwirtschaft zu halten ist. Neben anderen Möglichkeiten sind diese Ausführungen sicherlich schon auf die zu erwartenden Lohnverhandlungen in der Bauwirtschaft abgestimmt, denn noch vor jeder Lohnverhandlung stand die Bauwirtschaft vor dem Ruin, aber sie lebt heute noch.

Was aber wirklich in der Bauwirtschaft los ist, möchte ich ganz kurz an einem Geschäftsbericht einer größeren Baufirma für 1975 aufzeigen, in dem einleitend festgestellt wird:

„Im Jahre 1975 erreichte der Anteil der Bauwirtschaft am Bruttonationalprodukt nur 10,7 Prozent. Der reale Rückgang gegenüber 1974 betrug also 0,2 Prozent. Auch die Bauwirtschaft geriet 1975 in die schwerste Rezession seit Kriegsende. Die reale Bauproduktion lag 1975 um 4,5 Prozent unter dem Vorjahresniveau,

wobei der Tiefpunkt im zweiten Quartal bei minus 8 Prozent lag. Der Rückgang der Investitionen des Bauhauptgewerbes und der Bauindustrie betrug 1975 gegenüber dem Vorjahr 17 Prozent.“

Der Hauptauftraggeber war also in diesem Jahr für diese Baufirma der öffentliche Auftraggeber, gegenüber 1972 mit 69 Prozent, im Jahre 1975 mit 76 Prozent. Die sonstigen Auftraggeber gingen von 31 auf 24 Prozent zurück.

Aber jetzt ist interessant die Ertragslage. Und hier steht folgendes drinnen:

Trotz erheblicher Verschlechterung des Preisniveaus für die Bauleistungen und trotz laufender Kostenerhöhungen, die nur zum Teil in den Preisen ihre Deckung gefunden haben, ist es unserer Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 1975 gelungen, einen zufriedenstellenden wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen. Gewinnrealisierungen aus langfristigen Aufträgen und die in diesem Geschäftsjahr durchgeführten Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen haben die Ertragslage positiv beeinflusst. Neben der vollen Ausnützung der gesetzlichen Sonderabschreibungen einer namhaften Zuweisung an den Unterstützungsverein für Arbeiter und Angestellte konnte der Vorstand der 43. ordentlichen Hauptversammlung für 1975 die Ausschüttung einer 8prozentigen Dividende und eines Bonus von 2 Prozent vorschlagen.

Also so schlecht, wie der Herr Bauinnungsmeister Letmaier die Situation geschildert hat, ist es nicht. Denn die Gesellschaft wird auch im Jahr 1976 einen Umsatz von etwa 1 Milliarde Schilling erzielen und unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände auch in diesem Jahr ein zufriedenstellendes Ergebnis ausweisen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn Sie die Zahlen überprüfen, die für das kommende Jahr vorliegen, dann müssen Sie annehmen, daß auch für das kommende Jahr eine zufriedenstellende Beschäftigung für die Bauwirtschaft vorliegen wird.

Im großen und ganzen gesehen möchte also die ÖVP durch alle möglichen Behauptungen und Darstellungen in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß in ihrer Ära Besseres geleistet worden sei als jetzt unter einer sozialistischen Regierung.

Die Öffentlichkeit, meine Damen und Herren der ÖVP-Fraktion, hat Ihnen dies nicht abgenommen und wird Ihnen dies nicht abnehmen, denn jede kurze Überprüfung der damaligen Situation zeigt sofort und sehr genau das Gegenteil.

Eine gute Gelegenheit, sich über die Lage des Bundesstraßenbaues in den sechziger Jahren zu

Lehr

informieren, geben die Resolutionen der österreichischen Straßentage, die heuer mit den 38. Straßentag in Feldkirch auf einen 50jährigen Bestand zurückblicken.

Da wird in der Resolution des 26. Straßentages im Jahre 1964 die dringende Bitte ausgesprochen, „alles zu unternehmen, um durch eine ausreichende Dotierung des Autobahnbaues im Investitionsprogramm und im außerordentlichen Budget die Realisierung dieses Autobahnnetzes im zügigen und gleichmäßigen Bautempo zu gewährleisten“.

„Das Gesamtbudget“, heißt es weiter, „für den Autobahnbau muß daher so rasch als möglich auf mindestens 1,7 Milliarden Schilling aufgestockt werden.“

In der Resolution des 28. Straßentages können Sie folgendes nachlesen:

„... eine Kürzung der außerordentlichen Mittel für den Autobahnbau, wie er im Bundesvoranschlag vorgesehen ist“ – also in der damaligen Zeit –, „muß abgelehnt werden und kann nur als Notmaßnahme in einem Sparbudget verstanden werden.“

Und weiter die Bitte:

„Die Erhöhung der außerordentlichen Mittel auf mindestens 600 bis 800 Millionen Schilling auf ein Niveau, das bereits vor Jahren als selbstverständlich gegolten hat, muß mit allem Nachdruck gefordert werden und ist für den Autobahnbau von fundamentaler Bedeutung.“

In dieser Tour geht es immer weiter:

„Die dringend notwendige Beschleunigung des Weiterbaues der Süd-Autobahn, der Inntal-Autobahn und der Rheintal-Autobahn erfordert unbedingt eine Erhöhung der außerordentlichen Budgetmittel auf mindestens 800 Millionen Schilling im Jahr. Der rechtzeitige Ausbau weiterer lebenswichtiger Nord-Süd-Verbindungen, wie der Tauernschnellstraße und der Straße über das Reschen-Scheidegg, wird bedeutende Kreditoperationen voraussetzen.“

Im Jahre 1968 stellt der Österreichische Straßentag fest, „daß er die österreichische Wirtschaftspolitik vor schwierigen Entscheidungen sieht“.

„Die Sicherung der weiteren wirtschaftlichen Prosperität erfordert Umstrukturierung und Rationalisierungsmaßnahmen nicht zuletzt auch auf dem Verkehrssektor.“

„Diese und ähnliche Maßnahmen lassen eine Überprüfung der bestehenden Planung im Straßenbau dringlich erscheinen und haben zur Voraussetzung, daß über die bedeutenden Aufwendungen der Vergangenheit hinaus

zusätzliche Mittel für den Straßenbau mobilisiert werden.“

Das war im Jahre 1968.

Und schließlich wird in der Resolution von 1969 festgestellt, „daß die verfügbaren Mittel bei weitem nicht ausreichen, um ein angemessenes, zügiges Bautempo zu gewährleisten“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie aus diesen Ausführungen sehr deutlich hervorgeht, war es in den Jahren der ÖVP-Alleinregierung alles andere als rosig um die Bauwirtschaft und im besonderen um den Straßenbau in Österreich bestellt. Das zeigen auch andere Unterlagen eindeutig, wie die Beschäftigungszahlen und die Auftragsstände der Bauwirtschaft in der Zeit von 1966 bis 1970. Damals wurde der Begriff vom „Gesundshrumpfen der Bauwirtschaft“ geprägt, und damals erfolgten die Paukenschläge Ihres damaligen Finanzministers, Herrn Professor Koren.

Nicht ohne Grund urgierte der Straßentag zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung Jahr für Jahr zusätzliche Mittel für den Bundesstraßenbau.

Von 1966 bis 1970 wurden für den Straßenbau 22.072 Millionen Schilling, von 1971 bis 1975 wurden dafür 39.200 Millionen Schilling eingesetzt. Das sind um rund 77 Prozent mehr.

Von 1966 bis 1970 wurden insgesamt 151,6 km Autobahn fertiggestellt, somit 30,3 km pro Jahr, und in den Jahren 1971 bis 1975 233,5 km, was einem Jahresdurchschnitt von 46,7 km entspricht. Also eine um rund 50 Prozent höhere Bauleistung.

Obwohl die Dotierung und auch die Bauleistung wesentlich höher geworden ist als in den Jahren 1966 bis 1970, ist auch derzeit der Straßentag mit der Höhe der Straßenbaumittel, wie aus der Resolution des 38. Österreichischen Straßentages hervorgeht, nicht zufrieden und fordert noch mehr Mittel. Dazu einige Bemerkungen.

„Auf Grund der im vorigen Sommer abgeschlossenen Arbeiten“ – heißt es in dieser Resolution unter anderem – „zur Neuberechnung des Bundesstraßennetzes liegen nun wissenschaftlich fundierte langfristige Planungsunterlagen vor. Nach diesen Unterlagen wird das Gesamterfordernis für den Ausbau des Bundesstraßen- und Autobahnnetzes mit mindestens 200 Milliarden Schilling angenommen.“

Nicht umsonst hat schon der 16. Straßentag in seiner Resolution im Jahr 1955 gesagt: „Angesichts des gigantischen Werkes, das die großzügige Modernisierung des österreichischen Straßennetzes darstellt“, 200 Milliarden Schilling aufzubringen, ist nur in einem entsprechenden

Lehr

Zeitraum und unter großen Anstrengungen aller möglich, sollen nicht andere ebenso dringliche Aufgaben des Staates vernachlässigt werden.

Ich bin aber auch der Meinung, daß der Ausbau des österreichischen Straßennetzes nicht nur eine Finanzierungsfrage ist und sein kann, sondern auch eine Frage der Leistungsfähigkeit der Baufirmen Österreichs.

Sicherlich könnte die Straßenbauwirtschaft ihre Kapazität durch weitere Investitionen auf dem Ausrüstungssektor noch ausweiten. Die Zahl der eingesetzten PS je Beschäftigten ist so schon sehr beachtlich. Wäre dies aber, meine Damen und Herren, im Interesse der österreichischen Straßenbauwirtschaft und ihrer Arbeitnehmer, eine Kapazität aufzubauen, die in absehbarer Zeit nicht mehr ausgenützt werden könnte und brachliegen müßte?

Nach dem derzeitigen Terminplan sollen bis 1985 rund 66 Prozent der geplanten 1888 km Autobahnen fertiggestellt sein. Im Hinblick auf eine möglichst ausgewogene Entwicklung unserer Gesamtwirtschaft, aber auch im Hinblick auf eine vernünftige Preisentwicklung auf dem Sektor Straßenbau - wir haben ja da schon einige Erfahrungen sammeln können - wäre meiner Meinung nach von einer übertriebenen Beschleunigung des Ausbaues Abstand zu nehmen.

Eine rasche Zunahme des Individualverkehrs erfordert unbestritten schon im Interesse der Verkehrssicherheit eine entsprechende Anpassung des Straßennetzes, diese Anpassung erfordert jedoch auch mehr Mittel. Ein schnelleres Bauen, die Vorziehung von Projekten wird kaum ohne erhöhte Kosten möglich sein.

Keinesfalls darf aber - bei aller Würdigung der verschiedenen Notwendigkeiten - auf einen ausgewogenen Auftragsstand und auf eine sichere, kontinuierliche Beschäftigung in diesem Zweig der Bauwirtschaft verzichtet werden.

In der Resolution des 38. Österreichischen Straßentages wird „die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung, den Straßenbau zu fördern und ihm jenen Stellenwert zuzuordnen, der ihm durch die Bedeutung einer erstklassigen Infrastruktur für die Gesamtwirtschaft, im besonderen aber auch für die weitere Entwicklung des devisa bringenden Fremdenverkehrs sowie aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes zukommt“ anerkannt.

Seit 1970 bemüht sich die Bundesregierung, wie es vorliegende Zahlen beweisen, im steigenden Ausmaß, diesem Erfordernis gerecht zu werden. Einschließlich des Bundesvoranschlages 1977 wurden seit 1971 insgesamt 62.700 Millionen Schilling für das Straßenwesen zur Verfügung gestellt.

Durch die Neuordnung der Kraftfahrzeug- und Mineralölbesteuerung wird die Sicherstellung größerer Mittel für den zügigen Ausbau der Autobahnen und sonstiger Bundes- und Schnellstraßen ermöglicht werden.

Für 1977 bedeutet dies schon einen Zuwachs von rund 1000 Millionen Schilling.

Ein weiterer Beweis für die besonderen Anstrengungen der Bundesregierung auf diesem Sektor ist auch der Umstand, daß seit 1970 rund 42 Prozent der am 1. Jänner 1977 unter Verkehr stehenden Autobahnen gebaut wurden.

Auch der Beschäftigtenstand in der Bauwirtschaft ist zufriedenstellend. Nur 0,8 Prozent Bauarbeiter waren Ende September als arbeitslos gemeldet.

Diesen 1286 Arbeitslosen, die nur noch zum Teil vermittelbar sind, standen jedoch 5006 offene Stellen in der Bauwirtschaft gegenüber. Eine verstärkte Nachfrage nach Gastarbeitern macht sich bemerkbar.

Am 30. September 1975 war der Auftragsstand für den Straßenbau, Brückenbau und sonstigen Tiefbau ohne Kraftwerksbau 5873,8 Millionen Schilling. Das sind 47,1 Prozent des gesamten Auftragsstandes im Tiefbau.

Am 30. September 1976 betrug der Auftragsstand in diesen Sparten 6591,1 Millionen Schilling oder 48,6 Prozent.

Die Bauaufwendungen des Bundes ohne Konjunkturausgleichsbudget betragen 1977 30.017 Millionen Schilling, das entspricht einer Zunahme von 14,7 Prozent.

28 Prozent der Bauaufwendungen ohne Konjunkturausgleichsbudget entfallen auf den Straßen- und Autobahnbau nach den im Bundesvoranschlag 1977 vorgesehenen Mitteln - das sind 8440 Millionen Schilling -, das entspricht einer Steigerung von 16,4 Prozent.

Aber auch aus Zeitungsmeldungen geht hervor, daß sich die Situation der Bauwirtschaft gebessert hat. „Die Presse“ vermerkt am 1. Dezember 1976:

„Wider Erwarten hat sich die Beschäftigungslage in Österreich in letzter Zeit verbessert. Vor allem in der Industrie und Bauwirtschaft nimmt die Nachfrage gegenüber dem Vorjahr zu, wobei wieder deutlich mehr Gastarbeiter Anstellung finden.“

Meine Damen und Herren! Zum Abschluß kommend möchte ich noch einige Verkehrsprobleme im Raum südlich von Wien aufzeigen.

Durch die Errichtung von Großmärkten und zusätzlichen Industriebetrieben hat sich die Verkehrssituation im Raum Vösendorf-Wiener

Lehr

Neudorf sehr verschärft. Es wäre daher äußerst dringlich, die Einbindung der A 21 in die B 17 und in die Südautobahn ehebaldigst fertigzustellen.

Ein besonderes Problem wird auch durch die rasche Zunahme des Schwerverkehrs in diesem Bereich die B 17 selbst. Eine Sanierung dieser Bundesstraße wird in den nächsten Jahren unbedingt erfolgen müssen.

Meine Damen und Herren! Ich darf abschließend folgendes feststellen: Die rasante Entwicklung des Straßenverkehrs zwingt uns, in verhältnismäßig kurzer Zeit das Bundesstraßennetz fast völlig neu zu erstellen und den Erfordernissen anzupassen.

Ein Straßennetz, das durch Generationen hindurch geschaffen wurde, soll nun von einer einzigen Generation von Grund auf erneuert und darüber hinaus noch wesentlich ausgebaut werden.

Die Bundesregierung unternimmt seit 1970 alle Anstrengungen, diesen Erfordernissen gerecht zu werden. Dies ist auch im Bundesvoranschlag 1977 der Fall. Daher werden wir diesem Voranschlag unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Keimel.

Abgeordneter Dr. **Keimel** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich nicht mit den Ausführungen der sozialistischen Vorredner befassen, weil sie sich mit hoffnungsfrohem Blick immer wieder in der Vergangenheit bewegen. Der Herr Kollege Lehr nannte heute frisch, wie ich notiert habe, den Straßentag 1955. *(Abg. Lehr: ... kann man aber nur aus der Vergangenheit erfassen!)*

Meine Damen und Herren! Diese Regierung ist mit Versprechungen angetreten, wie etwa: Je stärker die SPÖ, desto niedriger wird der Benzinpreis sein! Können Sie sich noch erinnern, meine Herren Kollegen, der sozialistischen Fraktion, an den Slogan: Wählt SPÖ, dann werden wir 5000 Wohnungen pro Jahr mehr bauen!? - Ich möchte von anderen Bereichen, wie etwa „Sechs Monate Wehrdienst sind genug!“ gar nicht sprechen. „Die SPÖ hält Wort!“: das plakatieren Sie jetzt.

Mit freundlicher Genehmigung des Herrn Präsidenten möchte ich Milan Ruzicka zitieren, der erklärte: „Wer sein Wort nicht halten kann, sollte sein Maul halten.“

Meine Damen und Herren, es sind die Probleme der Gegenwart, aber insbesondere ... *(Ruf bei der SPÖ: Das war ein Tiroler Spruch!)* Ich habe zitiert, ich habe mit freundlicher

Genehmigung des Herrn Präsidenten zitiert. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. - Abg. Dr. Fiedler: Das tut Ihnen weh, Wahrheit tut weh!)* Das tut Ihnen weh, gelt?

Nun, meine Damen und Herren, die Probleme der Gegenwart und die Probleme der Zukunft sind zu lösen, und man soll nicht immer wieder Vergleiche mit der Vergangenheit anstellen. Das ist das einzige, was Ihnen geblieben ist, sowie überhaupt die Vereinfachung offensichtlich Ihre Politik ist.

Wie schon anlässlich der Budgetrede, so haben vor allem in der ersten Hälfte der Budgetrunde aber auch jetzt wieder die Vertreter der Regierungspartei versucht, die ganze Misere der Staatsfinanzen - um nichts anderes handelt es sich - auf einen sehr einfachen, auf Angst, aber auch auf Verdummung spekulierenden Nenner zu bringen, nämlich: Alles das dient der Arbeitsplatzsicherung!

Meine Damen und Herren! Arbeitsplatzsicherung und -schaffung sind viel zu ernste Anliegen in dieser unruhigen und sehr unsicheren weltwirtschaftlichen Situation, in einer Zeit der herabgesetzten Konjunkturerwartungen - gerade durch die OECD, wie wir hörten, aber auch durch das Wirtschaftsforschungsinstitut in Österreich bestätigt - ist das viel zu ernst, als daß es von der sozialistischen Regierung mit Zahlspielereien, Tricks und Bilanzverschleierungen übertüncht werden kann und darf! Die Grundvoraussetzung einer echten Vollbeschäftigungspolitik ist: effiziente Stabilitätspolitik, weil Inflation auf jeden Fall zur Arbeitslosigkeit führt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zum zweiten: Man sollte ein Investitionsreizklima - wenn ich so sagen darf - schaffen, das auch schon von den Bundesbudgets ausgehen muß, und man sollte letztlich die Mobilisierung der wirtschaftlichen Potenz und Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft hervorrufen, was nur durch Stärkung und Förderung des Systems der sozialen Marktwirtschaft möglich ist.

Das vorliegende Budget für 1977 geht geradezu entgegengesetzte Wege, und zwar durch das Anheizen der autonomen, der heimischen, hausgemachten Inflation, durch ein Abwürgen des ganz zarten Pflänzchens der Konjunkturerwartung mit dieser einmaligen Belastungswelle, die noch gar nicht beendet ist und letztlich durch die Verteufelung der sozialen Marktwirtschaft mit dem Angebot eines nebulösen gemischtwirtschaftlichen Systems.

Das alles, meine Damen und Herren, können Sie in den Budgeterläuterungen nachlesen und nachrechnen, aber auch in der Analyse des Wirtschaftsforschungsinstitutes, wo es etwa wörtlich heißt:

Dr. Keimel

„Die Bundesregierung hat 1977 für öffentliche Investitionen real weniger Mittel vorgesehen als im heurigen Jahr. Dies gilt sowohl für Bauten . . . als auch für Ausrüstungen . . .“ – Wörtlich! – „Vom Grundbudget werden daher weder auf die Bauwirtschaft noch auf die Investitionsgüterindustrie Impulse ausgehen.“

Und laut Finanzminister werden das Konjunkturausgleichsbudget und die Stabilisierungsquote ja nicht genutzt.

Das Budget 1977, meine Damen und Herren, dient also sowenig der Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzschaffung wie die vorangegangenen Budgets, wozu der Beirat für Sozial- und Wirtschaftsfragen feststellte:

„Es muß darauf hingewiesen werden, daß der Anteil der öffentlichen Investitionen . . . 1973 auf 4,3 Prozent zurückgegangen ist und 1974 und 1975 unter dem langfristig durchschnittlichen Niveau des Investitionsprogramms liegen wird.“

Das sind die Tatsachen, meine Herren der sozialistischen Fraktion! Sie können es in den Erläuterungen zum Budget nachlesen, da steht es nämlich drinnen.

Und weiters heißt es noch: „Die große Steuerbelastung des österreichischen Nationalproduktes erklärt sich vielmehr . . . daraus, daß die Transferzahlungen an private Haushalte sowie die Subventionen eine große Rolle spielen.“

Meine Damen und Herren! Für diese Politik, also für die sozialistische Politik der Umverteilung – mehr Verteilung, als geschaffen wurde – wurden die Budgetdefizits, die Riesenverschuldung des Staates und die höchsten Steuerbelastungen eingesetzt. 1976 und 1977 wird diese Politik, jetzt allerdings als getriebene, fast schon zwangsläufig fortgesetzt, nicht also, wie Sie immer vorgeben, für die Arbeitsplatzsicherung. Dazu haben Sie jetzt schon gar keine Möglichkeiten und keine Mittel mehr.

Die Rezession überwunden, die Arbeitsplätze erhalten hat somit nicht diese Regierung mit ihrer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern das hat trotz dieser Politik, würde ich sagen – bisher zumindest ist es noch gelungen –, aus der Substanz heraus die österreichische Wirtschaft getan, an der Spitze die mittelständischen Betriebe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diesen sehr klaren Zahlen und dieser Erfahrung der letzten zwei Jahre müssen die Wirtschaftspolitik und die Finanzpolitik Rechnung tragen, zum Beispiel etwa durch ein Mittelstandskonzept.

Es sei hier einmal mehr – wie das eben das Wirtschaftsforschungsinstitut, die OECD, der

Beirat und das Ford-Institut klargestellt haben – darauf hingewiesen: Bitte, beenden Sie das Märchen von der Arbeitsplatzsicherung über das Bundesbudget trotz der eindeutig dagegen sprechenden Zahlen und Unterlagen, aus einem ganz einfachen, aber sehr, sehr ernsten Grund, nämlich weil viele selbst daran zu glauben beginnen – gerade bei Ihnen –, weil viele unkritisch diese ganz falschen Thesen übernehmen und daraus falsche Schlüsse und falsche Entscheidungen ableiten.

Das, meine Damen und Herren, ist und wäre für die Zukunft die größte Gefahr für eine echte und realistische Vollbeschäftigungspolitik!

Wenn Sie es mir schon nicht glauben, meine Herren der sozialistischen Fraktion, aber bei der Tagung der Sozialistischen Internationale hat der Wirtschaftspolitiker und Bundeskanzler der Bundesrepublik, Schmidt, deutlich erklärt: „Genossen, nicht das soziale Marktsystem ist an Inflation und damit an Arbeitslosigkeit schuld, sondern die sozialistische Verteilungspolitik.“

Er hat erklärt, „wir machen es uns zu bequem“. Über Staatsausgaben, hat er gesagt, kann nicht Vollbeschäftigungspolitik betrieben werden. Aber da verliert der Herr Dr. Kreisky seine in Österreich zur Schau gestellte Liberalität. Er erklärt, der Kapitalismus und die Spekulation seien schuld.

Das ist der gleiche Dr. Kreisky, der am 5. September 1975, also vor einem Jahr, auch zu einem Budget, nämlich zum vorjährigen, folgendes erklärte: „Vom Budget verstehe ich nichts – ich bin alt genug, daß ich sagen kann, ich verstehe von manchen Dingen nichts.“ – D'accord, akzeptiert, Herr Bundeskanzler! *(Heiterkeit bei der SPÖ. – Beifall bei der ÖVP. – Abg. Wille: Das passiert Ihnen nicht!)*

Meine Damen und Herren, Sie haben völlig recht! Herr Kollege Wille, Sie haben völlig recht. Ich habe dieses „alt genug“ noch nicht erreicht, Sie haben also recht. Ich akzeptiere es, das haben Sie noch nicht verstanden. Ich akzeptiere diese Feststellung. Aber in diesem selbst proklamierten Unverstand trifft ja der Bundeskanzler dann auch seine falschen Entscheidungen.

Meine Damen und Herren! Gestern zum Beispiel erklärte der Herr Bundeskanzler wieder, er habe schon beim Budget 1977 nicht an 4,5 Prozent Wachstum geglaubt, sondern nur an 3,5 Prozent. Na, das sind immerhin um 22 Prozent weniger. Das ist nun zum zweiten Mal, daß der Bundeskanzler solche Erklärungen nachträglich abgibt. Als Anerkennung für diese Hausnummernbudgets wird dann der Finanzminister nicht gefeuert, sondern er wird Vizekanzler. Das Parlament, meine Damen und Herren, berät hier

Dr. Keimel

in permanenter Abwesenheit des verantwortlichen Regierungschefs, der solche Erklärungen in der Presse, vor dem Rundfunk abgibt, aber auch in Abwesenheit des Finanzministers über ein Budget, an das der Bundeskanzler nicht glaubt, von dem er aber auch, wie er erklärt, nichts versteht.

Wahrlich, meine Damen und Herren, ich halte mich da an die Aussage des Finanzministers Androsch, der einmal erklärte, das Budget ist die in Zahlen gegossene Regierungspolitik. Genau so schaut sie auch aus, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was soll denn meine Herren - jetzt spreche ich Sie einmal als Parlamentarier an -, was soll denn, meine Herren Parlamentarier - bezeichnen Sie sich noch als solche oder nur mehr als Befehlsempfänger der Regierung? -, das Parlament in dieser Situation über Detailbereiche verhandeln, auf welcher Basis bitte, wenn der Herr Bundeskanzler nicht daran glaubt, aber auch nichts davon versteht?

Vor diesem Hintergrund ist auch das Bautenressort zu sehen und auch die Persönlichkeit des Ressortchefs. Der Bautenminister steht als einziger einem Ressort vor, das für seine Hauptaufgaben - als einziger! - zweckgebundene Einnahmen hat. Ganz bewußt wurde das einmal so geschaffen: zweckgebundene Einnahmen für den Wasserwirtschaftsfonds als Hauptstütze des Umweltschutzes, des Wohnbauförderungsfonds, um kontinuierlich Wohnungen bauen zu können, und der Bundesmineralölsteuer für den Straßenbau.

Wir haben leider in Österreich keine selbsttragende Konjunktur. Die österreichische Bauwirtschaft beschäftigt über ein Zehntel der österreichischen Arbeitnehmer und trägt über ein Zehntel zum österreichischen Sozialprodukt bei. Durch den Multiplikator von 1,6, das heißt, 1 Milliarde Bauleistung bringt 1,6 Milliarden gesamtwirtschaftliche Leistung, hätte die Bauwirtschaft vor allem eine eminente Beschäftigungsausstrahlung heimisch, autonom, vom Ausland unabhängig auf die gesamte Wirtschaft. Sie, Herr Bautenminister, könnten der Konjunkturminister, der Konjunkturmitgestalter sein, haben sich aber zum Ressortbuchhalter des Finanzministers degradieren lassen, was dessen direkte Eingriffe und Aussagen zum Bautenressort leider auch bestätigen.

Zum einen: Für den Wasserwirtschaftsfonds geht der Bundesbeitrag um 10 Millionen oder 5 Prozent, real also um mindestens 12 Prozent, gegenüber dem Vorjahr zurück. Der Wasserwirtschaftsfonds ist in seiner Finanzstruktur pleite. Sie schieben die Probleme einfach Jahr für Jahr vor sich her.

Zum zweiten: Die bauwirksamen Ausgaben betragen beziehungsweise betragen für alle Bundesstraßen 1975 5,6 Milliarden, 1976 5,2, 1977 5,7 Milliarden Schilling. Von 1975 auf 1977 - über zwei Jahre - gab es eine Steigerung von 2 Prozent, real also ein Rückgang. Für die Hochbauten: 1975 3,3, 1976 4 Milliarden, 1977 2,5 Milliarden, ein nomineller Rückgang von 37 Prozent, real fast ein Rückgang um die Hälfte. Total ergibt sich damit an bauwirksamen Ausgaben ein Rückgang von nominell 10½, also zumindest 15, 16 Prozent. Meine Damen und Herren, das ist - wenn ich es so nennen darf - eine Vernichtung von Arbeitsplätzen, nicht einmal ein Halten, geschweige denn eine Neuschaffung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bautenminister! Sie hätten zweckgebundene Einnahmen für den Straßenbau und Sie verlieren diese laufend und zunehmend an den Eisenbahn- - Verkehrsminister haben wir keinen - und an den Finanzminister zur Defizitbedeckung. Diese Abzweigungen von der Zweckbindung begründet der Finanzminister in den Budgeterläuterungen wie folgt damit - wörtlich -: „weil dadurch keine Beanspruchung der Bundesstraßen erfolgt.“

Aber in der Anfragebeantwortung vom 26. August 1976 - vor zwei, drei Monaten - erklärt der gleiche Finanzminister wörtlich - Herr Bautenminister, hören Sie sich das gut an -:

„Dem derzeitigen Mineralölsteuersystem liegt nicht der Gedanke zugrunde, nur den Mineralölverbrauch zum Betrieb von Straßenfahrzeugen zu belasten, sondern den Verbrauch bestimmter Mineralöle zur Energiegewinnung, das ist zum Antrieb von Motoren, zum Heizen, zum Beleuchten“ und weiter, daß „ein funktionsfähiges Bundesstraßennetz nicht für die Kfz-Besitzer, sondern für die gesamte Wirtschaft von großer Bedeutung ist,“ was die Zweckbindung rechtfertige.

Diese Aussagen im Budget und in der Anfragebeantwortung beweisen zweierlei: Zum einen, wie genau es der Herr Finanzminister mit der Wahrheit hält. Er beantwortet, wie er es tagespolitisch gerade braucht, völlig widersprüchlich. Zum zweiten aber, meine Damen und Herren und Herr Minister, die Unfähigkeit des Bautenministers in der Erhaltung der zweckgebundenen Steuer. Wie schwach, Herr Minister, müssen Sie doch sein, wenn Sie trotz dieser schriftlichen Stellungnahme des Finanzministers nicht fähig sind, die Zweckbindung der Bundesmineralölsteuer zu halten!

Von der Benzinpreiserhöhung, die die Autofahrer über 1,8 Milliarden Schilling kostet und die mit dem rascheren Ausbau vor allem der Südautobahn begründet wurde, bleiben dem

Dr. Keimel

Straßenbau sage und schreibe 200 Millionen Schilling, real also nichts, null, was aus dem Vergleich – wie ich es erklärte – der Budgets 1975 und 1977 – die beiden muß man nämlich vergleichen, weil dazwischen sowohl die Erhöhung der Bundesmineralölsteuer als auch die Abzweigung lag – hervorgeht.

So sehen die Tatsachen aus, Herr Kollege Lehr. Das ist das Zahlenmaterial. Da können Sie herumreden, wie Sie wollen, so steht es im Budget. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Heute verhandeln wir über zwei Ressorts: Verkehr, Bauten und Technik. Nicht ein koordiniertes Verkehrskonzept, wie es die ÖVP-Regierung im März 1969 beschlossen und Ihnen als Reformwerk übergeben hat, nicht ein solches Verkehrskonzept verbindet die beiden Minister, sondern diese beiden Herren verbindet ausschließlich ihr geradezu sprichwörtlicher Steuerkannibalismus. Im Erhöhen bestehender und im Erfinden immer neuer Steuern, Abgaben und Tarife sind Sie neben dem Finanzminister einsame Spitze. *(Beifall bei der ÖVP.)* Bahn-, Posttarife, Telephon: über 100 Prozent, LKW-Steuer, Bundes-KFZ-Steuer, Bundesmineralölsteuer bis über 27 Prozent, Wasserschilling, Autobahnpickerl und Mauten, Autowracktausender, Inhalation der 30 S Wohnungsbeihilfe. Was wird noch alles auf uns zukommen? Und ich sage es: trotz des Versprechens des Finanzministers, daß keine neuen Steuern mehr eingeführt werden.

Ein Bereich allerdings wird in der Budgetrede und in den Beilagen zum Budget mit keinem einzigen Wort erwähnt: Wohnen. Wohnen wird nicht erwähnt. Das scheint also für diese Regierung und den ressortzuständigen Bautenminister kein Problem mehr zu sein. In Wirklichkeit – und ich sage das Ihnen, Herr Minister – ist es eines der brennendsten Probleme für die Bevölkerung, gerade für junge Familien. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese sozialistische Regierung ist mit dem Versprechen angetreten, jährlich 5000 Wohnungen mehr zu bauen. Weniger wurden gebaut, und Österreich liegt mit 6,6 fertiggestellten Wohnungen je 100.000 Einwohner an viertletzter Stelle unter 21 Staaten. Rund ein Fünftel aller Wohnungen haben bestenfalls Fließwasser, kein Bad, keine Dusche, kein eigenes WC. Wir liegen europäisch weit unter der Mittelklasse, vor allem und bedauerlicherweise im Großraum Wien. Der quantitative und qualitative Fehlbestand ist enorm. Laut Studie Bruckmann wird das Wohnungsdefizit 1982 über 300.000 Wohneinheiten sein.

Die Inflationspolitik, Steueränderungen, der Übergang zur Mehrwertsteuer, die krasse Her-

absetzung der Bausparförderungen und so weiter, sechs Novellen zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 ohne ein Finanzkonzept, Herr Minister, haben das Verhältnis, dieses gesunde Verhältnis, wie wir es zwischen Wohnungskosten, durchschnittlichem Einkommen und Förderung hergestellt hatten, zerstört und haben damit Wohnen teuer gemacht, für den durchschnittlich verdienenden Österreicher unerschwinglich und die Wohnbauförderungsfonds der Länder ausgeräumt mit der Folge, daß weniger Mittel real für den Wohnungsneubau und völlig unzureichende Mittel für die Wohnungsverbesserung vorhanden sind.

Meine Damen und Herren! Ich habe daher auch mit Interesse gelesen, daß 86 Prozent der von der SPÖ Befragten „Förderung des Wohnens“ als vorrangig bezeichnet haben. Das bedeutet doch, meine Damen und Herren, eine Abfuhr für Ihre Politik. Sie regieren an der Bevölkerung vorbei. Dieser Regierung war das Problem nicht einmal eine Erwähnung zum und im Budget 1977 wert, obwohl der Bautenminister unbestritten weiß, daß die Novelle 1976 ein weiteres Finanzierungsloch aufreißen wird.

Meine Damen und Herren! In 10 Jahren werden um etwa 20 Prozent weniger Mittel für den Wohnungsbau und die Wohnungsverbesserung vorhanden sein. Das geht aus der Expertise Jonak, wie Sie wissen, Herr Bundesminister, hervor. Aber Ihre Hauptsorge war offensichtlich nur die Schlechterstellung des Eigentums am Wohnen gegenüber dem anonymen Mietwohnungsbau, obwohl wieder zwei Drittel der befragten Bevölkerung Wohnungseigentum und Eigenheim möchten und anstreben.

Meine Damen und Herren! Die ÖVP und Bundesparteiobmann Dr. Taus bei der ersten Lesung haben in dieser kritischen – ich sage Ihnen: in dieser kritischen, und Sie haben es gestern auch aus dem Munde Ihres Bundeskanzlers gehört – wirtschaftlichen Situation und damit in dieser kritischen Situation, in die Zukunft bezogen, für die Vollbeschäftigung, für die Schaffung von 300.000 neuen Arbeitsplätzen die Mitwirkung an einem mittelfristigen Budget-Konzept angeboten auf Basis einer zu erstellenden klaren und wahren Bilanz und eines darauf aufbauenden Sozial- und Wirtschaftspaktes.

Wir können Ihnen unser Angebot nicht oft genug wiederholen, im Wissen um den Ernst der Situation. Die Probleme Ihres Ressorts, Herr Minister, gehören in diesen Gesamtrahmen eingebaut, und daher können Sie mit uns nicht über Detailprobleme in einer Art Salomitaktik sprechen. Sie müssen mit uns reden über eine Analysierung und weitere Zusammenführung aller Wohnungsförderungen, wie mit dem

Dr. Keimel

Wohnbauförderungsgesetz und dem Wohnungsverbesserungsgesetz durch die ÖVP-Regierung 1968 und 1969 begonnen.

Sie müssen mit uns reden über die Erstellung eines aktuellen Katalogs und Finanzkonzepts des Wasserwirtschaftsfonds zusammen mit den betroffenen Gebietskörperschaften, vor allem den Gemeinden, die ja finanziell praktisch schon gar nicht mehr können. Sie wissen es auch, Herr Minister!

Sie müssen mit uns reden über die Erstellung eines koordinierten, sich ergänzenden österreichischen Verkehrskonzepts und über die Neuorganisation des Straßenwesens, welches immer mehr zersplittert und unkoordiniert, insbesondere im Finanzbereich agiert und damit auch oft genug vegetiert.

Ein Straßenfonds ist dabei sehr wohl zu überlegen, weil er konzentriert und langfristig planen, die Mittel aufbringen – eventuell auch auf dem Kapitalmarkt – und die zweckgebunden erhalten kann; ähnlich wie der Wasserwirtschaftsfonds, ähnlich wie der Wohnbauförderungsfonds, Herr Minister. Das ist eine effizientere Organisationsform, nicht wie Sie immer meinen: Deswegen kommt ja auch nicht mehr an Mitteln daher.

Meine Damen und Herren! Nicht ein Anzeichen davon geht aus dem Budget oder den Beilagen hervor. Unkoordiniert, sich konkurrenzierend und planlos – das zeichnet die Ressorts Verkehr, Bauten und Technik aus. Vor allem aber – und das sage ich mit allem Bedauern – ihre Ressortleiter, daher werden Sie unsere Zustimmung zu diesen Kapiteln nicht erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Babanitz.

Abgeordneter **Babanitz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die bisherigen Sprecher der Opposition zum Kapitel Bauten und Technik, Herr Kollege Keimel und Herr Kollege Letmaier, haben eigentlich nichts Neues gesagt, als das, was sie im Ausschuß schon wiederholt haben. *(Ruf bei der ÖVP: Wesentlich!)* Ob es wesentlich ist, darüber, glaube ich, werden die Auftragsituation und die Auftragslage 1977 in der Bauwirtschaft entscheiden.

Aber ich möchte nur auf das letzte, das der Herr Abgeordnete Keimel erwähnt hat, nämlich die Zusammenarbeit in der Frage Wohnbau, ganz kurz etwas sagen. Wir sind schon bereit dazu. Ich darf als Vertreter der Bauarbeiter Österreichs sagen, daß wir uns schon zu einer Zeit, als noch Herr Dr. Kotzina das Bautenressort

geführt hat, zu derartigen Zusammenarbeiten bereit erklärt haben. Nur, so wie Sie sich das vorstellen, wird es nicht gehen.

Auf der einen Seite haben Sie die Wohnbauförderung auf die Länder aufgeteilt, und auf der anderen Seite wollen Sie vom Herrn Bundesminister für Bauten und Technik haben, daß er alles tut, um Ihre Herren Landeshauptleute oder die zuständigen Referenten dazu zu bringen ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)* Sicherlich! Sicherlich! Aber wie es dann draußen verwendet wird, das ist das Entscheidende.

Ich empfehle Ihnen, die „Bauzeitung“ zu lesen, in der der Herr Baumeister Veith, der sicherlich kein Sozialist ist, schreibt – ganz kurz: Die Wohnbauförderung in Niederösterreich liegt auf der Erde, und sie müßte neu überdacht werden. – Referent ist der zuständige Herr Landeshauptmann Maurer. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Ludwig!)* Ist es der Ludwig – bitte sehr! Aber der Maurer gibt immer groß an damit. Vielleicht ist also der Name irgendwie verführerisch. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)* Herr Kollege Gruber! Auch Sie haben sich schon ab und zu in der Einschätzung oder in der Funktion des einen oder anderen geirrt, warum soll es mir nicht auch passieren. Ich bin ja bereit, es zuzugeben – im Gegensatz zu anderen Herren, die hier Behauptungen aufstellen, die sie nicht beweisen können, und die dann ganz erstaunt sind, wenn man ihnen sagt: Sie, Herr ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)*

Darf ich nur ganz kurz, wenn es auch nicht ganz dazugehört, daran erinnern, was der Herr Dr. Schwimmer vorige Woche bei den Sozialgesetzen gesagt hat, als er behauptet hat, in der Arbeiterkammer Burgenland hätten wir Leute hinausgeschmissen, die bezahlt haben und die dann nicht wählen durften. – Kein einziger Fall, Herr Kollege! Fragen Sie Ihre Kollegen von der ÖAAB-Fraktion! Wir haben alles einstimmig beschlossen und keinen einzigen in den Jahren seit 1945 hinausgeschmissen. *(Abg. Dr. Gruber: Schwimmer wird sich dazu noch äußern!)* Ich hoffe es, denn sonst werde ich das tun, was ich ihm gesagt habe, dann werde ich ihn hier nämlich der Lüge bezichtigen, wenn er es nicht beweisen kann.

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte mich, da der Herr Baumeister Letmaier gestern erklärt hat, er spreche für die Bauwirtschaft, heute fast sagen: Ich mache dasselbe, ich spreche auch für die Bauwirtschaft, denn die besteht bekanntlich nicht nur aus den Unternehmern, sondern auch aus den Arbeitnehmern.

Ich darf sagen, wir sind im Gegensatz zum

4140

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Babanitz

Herrn Baumeister Letmaier doch der Meinung, daß die Budgets sowohl 1975, 1976, 1977 einiges dazu beigetragen haben, um die Konjunktur in der Bauwirtschaft aufrechtzuerhalten und damit die Vollbeschäftigung zu sichern. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*) Die Baupreise, Herr Kollege Keimel, werden von den Baufirmen erstellt.

Es war ganz interessant, daß die Baufirmen an die Paritätische herangetreten sind und eine Preiserhöhung wollten, weil sie angeblich den Bauarbeitern 40 Prozent über den Kollektivvertrag bezahlen, das heißt 40 Prozent Istlohn. Als wir dann der Sache nachgegangen sind, haben wir festgestellt, daß es ganz, ganz wenige Firmen gegeben hat, die echt soviel gezahlt haben; die meisten lagen zwischen 2 Prozent und 10 Prozent.

Ja, so schaut die Situation wirklich aus. Aber anscheinend befassen Sie sich, obwohl Sie in der Baubranche tätig sind, weniger mit den Löhnen, Baupreisen und dergleichen, sondern mehr mit der Polemik. Es ist ja anscheinend besser, wenn man sich vorbereitet, um, wie Sie anscheinend hoffen, dann Bautenminister zu werden.

Aber bitte, bei den Wahlen im Jahre 1979 werden wir ja sehen, ob die Wähler Ihnen oder uns glauben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun darf ich aber doch zu meinen Ausführungen zurückkehren und sagen: Wenn man das Baubudget 1977 betrachtet, muß man es meiner Meinung nach unbedingt im Zusammenhang mit 1975 und 1976 betrachten. Die Budgets für 1975 und 1976 waren vor allen Dingen durch die wirtschaftliche Situation gekennzeichnet, die sich aus den Einflüssen, die nicht immer von uns korrigiert werden konnten, ergaben, vor allem durch den Ölpreisschock und die Rezession, die von der westlichen Wirtschaft gekommen ist.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Eines können Sie auch nicht abstreiten: daß die Bauwirtschaft zu einem erheblichen Teil, bis zu 80 und 90 Prozent, von den Mitteln der öffentlichen Hand lebt und daß auf der anderen Seite gerade die Privatinitiative sehr stark nachgelassen hat.

Ich habe das vor ungefähr eineinhalb Jahren einem Unternehmer gesagt, der gemeint hat: Wir bringen unsere Produkte nicht an. – Da habe ich gesagt: Wenn Sie immer wieder von der Krise reden, so gibt es doch einige Leute, die sagen: Vielleicht ist doch das eine oder andere dran. Wir legen uns etwas zurück, um für den Fall gerüstet zu sein. – Wenn aber dann in jeder Gemeinde Österreichs auch nur einer oder zwei sagen: Ich tausche meine Zimmer-, meine Kücheneinrichtung ein Jahr oder zwei Jahre später aus, dann dürfen Sie sich nicht wundern,

wo Ihre Erzeugnisse, nämlich Spanplatten, bleiben.

So ungefähr ist die Situation. Ich glaube daher, es wäre gut, wenn Sie sich einmal wirklich real mit den Problemen befassen, sachlich kritisieren und die Polemik gerade in der Bauwirtschaft außer Spiel lassen würden.

Ich darf wiederholen: Zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in Österreich haben seit dem Jahre 1974 die öffentlichen Mittel sehr stark beigetragen. Diese Bemühungen waren auch im Bereich der Bauwirtschaft notwendig. Ich darf das ganz offen sagen, weil die Bauwirtschaft einerseits auf jede Konjunkturschwankung sehr sensibel reagiert und andererseits im Jahresdurchschnitt doch etwa 260.000 Bauarbeiter in Österreich beschäftigt sind.

Wenn man darüber hinaus – etwas, was jeder weiß – dazurechnet, daß im Durchschnitt zwei bis drei Arbeiter aus anderen Branchen auf jeden beschäftigten Bauarbeiter kommen, dann weiß man und kann nicht übersehen, was die Bauwirtschaft für die gesamte österreichische Volkswirtschaft bedeutet.

Auf jeden Fall haben sich bereits 1975 die damals von der Bundesregierung eingeleiteten und durchgeführten konjunkturpolitischen Maßnahmen bewährt und die Bauwirtschaft schon 1975 vor der damals von Ihnen lautstark angekündigten Krise bewahrt. Denn selbst in den Wintermonaten 1975/76 waren gegenüber früheren Jahren ein günstigerer Beschäftigtenstand und weniger Arbeitslose zu verzeichnen. Wir haben aber als Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter trotzdem bereits im Herbst 1975 und besonders zu Jahresbeginn 1976 mit der Bundesregierung und den zuständigen Ministern darüber beraten und verlangt, daß die von der Bundesregierung mit Jahresbeginn 1976 beschlossenen neuerlichen Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in der Bauwirtschaft auch rasch eingesetzt werden.

Hohes Haus! Im Gegensatz zu den Oppositionssprechern zu diesem Kapitel darf ich doch feststellen – ich darf das nochmals tun –, daß diese Förderungsmaßnahmen beziehungsweise die zusätzlichen Mittel in der Bauwirtschaft im Jahre 1976 zur Verbesserung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung beigetragen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf das auch mit einigen Ziffern unterstreichen: Das prognostizierte Bauvolumen stieg gegenüber 1975 um 4,4 Prozent auf 122 Milliarden Schilling im Jahre 1976 an. Der nominelle Auftragsbestand bei den Bauunternehmungen wuchs um 7 Prozent. Die Arbeitslosenquote sank bereits im Juni 1976 auf 0,7

Babanitz

Prozent des Beschäftigtenstandes und hielt sich bis Oktober 1976 in einem Rahmen, der wesentlich günstiger war als im Jahre 1975.

Daß diese Entwicklung günstig war, zeigt unter anderem auch der Vergleich der Zahl der Beschäftigten in den letzten Jahren beziehungsweise die Zahl der vorgemerkten Arbeit-suchenden.

Hier, Hohes Haus, meine Damen und Herren, einige Worte zum Herrn Baumeister Letmaier, der gestern ein Bild der Bauwirtschaft gemalt hat, das, wie mein Kollege Lehr sagte, schwärzer als schwarz war. Ich habe mir das angeschaut und habe mir gedacht: An sich kenne ich Herrn Baumeister Letmaier ja als Bundesinnungsmeister aus anderen Gremien, Urlaubskasse und dergleichen, als einen verhältnismäßig sachlichen und objektiven Mann, der bereit ist, die Dinge real zu betrachten. Aber wenn man sich die „Bauzeitung“ vom 30. Oktober 1976 anschaut und liest: „Herbst in der Bauwirtschaft. Von Bundesinnungsmeister Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Sepp Letmaier“, und dort das gleiche schon im Oktober lesen konnte, als das Budget noch gar nicht bekannt war, nämlich das gleiche, was er dann bei den Ausschuß- und Budgetverhandlungen hier im Hause sagte, dann wundert man sich an sich nicht, wenn man gleich auf derselben Seite liest: „Zur Arbeitsplatzsicherung im Bauwesen: Lohnrunde 1977 ohne Lizitation.“

Kollege Lehr hat gesagt – ich darf es unterstreichen –: Die Herren Baumeister wollen sich halt, da sie wissen, daß nach zwei Jahren die Bauarbeiter, eben weil die Verträge auslaufen, wieder zu Lohnverhandlungen anstehen, als recht, recht arm und klein hinstellen und die Situation so schlecht zeichnen, daß sie sagen können: Schaut, meine Herren Bauarbeitervetreter, wir können euch wirklich nicht mehr geben.

In diesem Zusammenhang darf ich an die „große“ – unter Anführungszeichen – von der ÖVP beziehungsweise von der Opposition aufgezogene Sache mit den Wohnungen in Wien kurz erinnern. Einige Baufirmen, ich möchte keine Namen nennen ... (*Ruf bei der ÖVP: Bauring!*) Nicht der Bauring! Nicht der Bauring, sondern es waren Baufirmen, die in Wien Wohnungen bauen und erklärt haben, sie müssen tausend Leute abbauen. Doch in Wirklichkeit war es so, daß sie ihre Zuteilungen überzogen hatten, nicht erst jetzt, sondern seit Jahren! Was haben sie gemacht, da der Winter vor der Tür steht? Sie haben einige Leute abgebaut und zu den anderen haben sie gesagt: Ja, schaut's, wir sind in einer schlechten Situation. Wenn ihr aber bereit seid, von dem, was ihr habt, vom Ist-Lohn, einige Prozent

nachzulassen, dann werden wir uns überlegen, euch nicht abzubauen.

So schaut die Situation wirklich aus! Und wenn Sie wollen, kann ich Ihnen ... (*Abg. Kammerhofer: Solite das nicht zu denken geben?*) Nein, nein, das gibt nicht zu denken. Das zeigt, wie sich die Herren Unternehmer vorstellen, daß man mit den Bauarbeitern umgeht, wenn der Winter vor der Tür steht und dergleichen. (*Abg. Kammerhofer: Machen Sie keinen Klassenkampf! Den gibt es schon lange nicht mehr!*) Das glauben Sie, weil Sie schon lange nicht draußen auf den Baustellen waren. Aber reden Sie einmal mit den Bauarbeitern, reden Sie einmal mit den Betriebsräten und mit den Firmen und so weiter, dann werden Sie sehen, daß doch etwas Wahres dran ist. Aber ich bin gerne bereit, Ihnen draußen auch die Namen der Firmen zu nennen; ich möchte sie hier absichtlich nicht nennen, weil es ist ja nicht ... (*Abg. Kammerhofer: ... was wir wollen, weil Sie bremsen ja ein!*) Geh, geh, geh, Herr Kollege!

Ich darf aber meinen Zahlen noch einiges hinzufügen. Ich wollte über den Beschäftigtenstand, der günstiger ist, nicht sehr viel sagen. Ich möchte aber zu den vorgemerkten Arbeitslosen einiges ergänzen.

Herr Baumeister Letmaier hat gestern erklärt, er würde sich freuen, wenn wir heuer nicht mehr als 27.000 Bauarbeiter arbeitslos bekämen. Ich darf Ihnen sagen: Wir freuen uns genauso und werden alles tun, um das Ziel, darunter zu bleiben, zu erreichen.

Aber ich möchte doch in Erinnerung rufen, meine Damen und Herren, daß im Jänner 1969, als Ihre Alleinregierung noch im Amt war, Ihrerseits gesagt wurde: Das waren die besten Jahre der Bauwirtschaft.

Wir wissen es aus den Unterlagen und aus der Beschäftigtensituation anders. Im Jänner 1969 hat es 54.648 Arbeitslose gegeben, im Jänner 1972 – also nachdem wir bereits zwei Jahre die Bauwirtschaft von unserer Regierung aus beeinflussen konnten – 20.000 Arbeitslose, im Jänner 1974 waren es 17.000, und 1975 sowie 1976 waren es infolge der Einwirkungen von außen, wie ich schon erklärt habe, 20.000 und 27.000.

Aber entscheidend ist – das habe ich auch schon gesagt –, daß in den Budgets für 1975 und 1976 eben die Mittel für die Bauwirtschaft da waren, um den Beschäftigtenstand rasch in die Höhe zu bringen und die Arbeitslosenzahlen zu senken.

Ich darf Ihnen sagen: Während es im März 1969 immerhin noch 27.000 arbeitslose Bauarbeiter gab, waren es im März 1976 18.000, im

Babanitz

April 1976 waren es 6000, im Oktober 1975 waren 2138 Bauarbeiter arbeitslos, im Oktober 1976 1403.

Wenn Sie eine Länderaufschlüsselung wollen, dann kann ich Ihnen sagen, daß in Vorarlberg im Oktober 6 Bauarbeiter arbeitslos waren, und im Burgenland, das normalerweise die meisten Bauarbeiter arbeitslos hat, waren es knapp über 150. So schauen die Ziffern aus, und wenn man die Ziffern ... *(Abg. Staudinger: Zahlen! Zahlen, bitte sehr. Ich bin kein Studierter, ich bin kein Professor, ich streite nicht darüber, ob „Ziffern“ oder „Zahlen“, ich kann aber auch „Zahlen“ sagen.)*

Wenn man sich dann die Zahlen von Ende November 1976 anschaut, sieht man zwar mehr Arbeitslose, inklusive Bauarbeiter, als im Oktober 1976, aber im Vergleich zu Ende November 1975 gibt es immerhin um 11.770 Arbeitslose weniger. Wenn man sich die Gesamtzahl der Beschäftigten ansieht, kann man feststellen, daß wir mit Ende November 1976 2,731.528, mit Ende November 1975 2,672.334 Beschäftigte haben, also insgesamt Ende November 1976 um 59.194 Beschäftigte mehr in ganz Österreich, da sind selbstverständlich eine gößere Anzahl Bauarbeiter mit enthalten. *(Abg. Kammerhofer: Da sind 130.000 Selbständige dabei!)*

Darüber ist hier schon so oft diskutiert worden, das streiten wir gar nicht ab, aber daß es eben gelungen ist, in dieser Zeit auch diese in der Wirtschaft unterzubringen, ist mit ein Verdienst der sozialistischen Bundesregierung. *(Abg. Kammerhofer: Das ist unser Verdienst! Nicht das der sozialistischen Bundesregierung!)* Wir erkennen das schon an, weil wir wissen, daß es noch Gruppen gibt, bei denen man damit rechnen muß – zum Beispiel in der Landwirtschaft –, daß Leute oder Menschen für die Wirtschaft frei werden. Die müssen wir unterbringen, selbstverständlich, wir verkennen die Situation nicht, aber wir bemühen uns, und das ist das, was wir tun wollen.

Im einzelnen, meine Damen und Herren, kann gesagt werden, daß sich die Mittel, die zusätzlich aufgewendet wurden, auf alle Sektoren der Bauwirtschaft, sowohl auf den Wohnungsbau als auch auf den Hoch- und Tiefbau und hier im besonderen auf den Straßenbau ausgewirkt haben beziehungsweise diesen Sparten zugute gekommen sind. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, einzelne Redner meiner Fraktion haben sich schon im speziellen damit beschäftigt und werden sich noch beschäftigen.

Ich darf aber feststellen, daß für uns als Bauarbeiter jede Maßnahme wichtig ist, die dazu führt, daß die Bauwirtschaft mehr Mittel

zur Verfügung bekommt, damit unsere Beschäftigungssituation gehalten und verbessert werden kann und weil dadurch, das möchten wir auch ganz offen feststellen, auch die Infrastruktur sehr wesentlich immer wieder verbessert wird.

Wir waren daher als Bauarbeiter Österreichs auch bereit, die Vorschläge der Bundesregierung beziehungsweise des Bautenministeriums zu unterstützen, die darauf hinausgingen, zusätzliche Mittel für den Ausbau des Bundesstraßennetzes zu bekommen.

Ich darf hier auch auf eine Bemerkung des Herrn Dr. Keimel antworten, der gesagt hat, der jetzige Bautenminister ist eigentlich nur der Buchhalter des Finanzministers, er läßt sich die Mittel immer wieder wegnehmen. Ich darf doch ganz kurz daran erinnern, meine Damen und Herren von der Opposition: Wer hat denn eigentlich als erster verlangt, daß die Mittel, die zweckgebunden waren, zweckentfremdet verwendet werden sollen? Es war die Landwirtschaft, die behauptet hat, wir fahren nicht auf den Straßen, daher wollen wir eine Rückvergütung haben. Wenn man allerdings auf den Straßen im ländlichen Bereich fährt, sieht man, daß sie sehr wohl die Straßen benützen, manchmal viel, viel stärker als der private Verkehr. Letzten Endes hat auch die Eisenbahn ein Recht, Mittel zu verlangen, damit die Anlagen, die zur Sicherung des Straßenverkehrs dienen, ebenfalls mehr und schneller ausgebaut werden können. *(Abg. Dr. Gruber: Die Mineralölsteuerrückvergütung hat es schon lange vorher gegeben!)*

Jetzt habt ihr es zusätzlich verlangt. *(Abg. Dr. Gruber: Aus dem Budget heraus!)* Ja sicherlich wurde es aus dem Budget genommen, weil es immer wieder verlangt worden ist. *(Abg. Dr. Gruber: Sie haben dem Straßenbau Mittel entzogen!)*

Darüber kann man diskutieren, wir werden sicher noch diskutieren. Ich möchte Ihnen nur sagen, wir waren bereit, die bereits in der Regierungserklärung 1975 angekündigte Erhöhung der Bundesmineralölsteuer, die ab 1977 rund 1,3 Milliarden zweckgebundene zusätzliche Mittel für den Ausbau des Bundesstraßennetzes bringen wird, zu befürworten, weil wir wissen, daß durch den Ausbau der Autobahnen und Schnellstraßen – für diesen Zweck allein sollen diese Mittel in erster Linie verwendet werden – nicht nur Straßen gebaut und zusätzliche Arbeitnehmer beschäftigt werden, sondern damit auch sehr erheblich die Verkehrssicherheit verbessert werden wird.

Trotzdem bin ich der Meinung, daß man die Methoden, die zu einer Einsparung des Ausbaues führen können, überprüfen soll. Das

Babanitz

Komitee, das sich mit diesen Problemen befaßt, sollte meiner Meinung nach raschest diese Möglichkeiten bekanntgeben, damit sie angewendet werden, sicherlich können damit dann auch zusätzliche Mittel freigemacht werden.

Ich glaube, daß man auch bei anderen Ländern sehen kann, daß es notwendig ist, wenn der Straßenbau rasch durchgeführt, das Straßennetz rasch ausgebaut werden soll, sich mit derartigen Maßnahmen zu befassen. Es zeigt zum Beispiel auch die Situation in Frankreich – entnommen aus einer Zeitungsnotiz –, daß dort in der Zeit von 1971 bis 1980 zusätzliche 4000 km Autobahnen gebaut werden können, weil man dort bereit ist, zusätzliche Mittel in Form von Mauten oder sonstigen Gebühren für den Autobahnbau zu verwenden.

Hohes Haus! Seitens des Bundesministeriums wurde natürlich – neben dem Straßenbau – auch darauf Wert gelegt, daß für die Instandhaltung und den Neubau von Bundesgebäuden, Schulen und andere Hochbauten, zusätzliche Mittel eingesetzt werden. So wurden unter anderem für den Neubau, für die Instandhaltung von Universitäten, Bundeschulen und anderen öffentlichen Gebäuden des Bundes 1976 4,16 Milliarden Schilling veranschlagt und der Bauwirtschaft zugeführt. Im Vergleich dazu waren es 1975 3,75 Milliarden.

1976 wurden 22 neue Gebäude für schulische Zwecke und 35 neue Bundesamtsgebäude in ganz Österreich fertiggestellt. Es befinden sich derzeit weitere 84 Neubauten für schulische Zwecke und 62 neue Amtsgebäude des Bundes mit Gesamtbaukosten von rund 12,5 Milliarden Schilling in Bau.

Ich glaube, daß auch diese Baumaßnahmen dazu beigetragen haben, daß die Bauwirtschaft so gut wie möglich beschäftigt und ausgelastet worden ist.

Hohes Haus! Diese Feststellung muß man machen, denn es ist doch keineswegs so, wie es seitens der Opposition, aber auch seitens der Unternehmer in der Bauwirtschaft – ich habe das schon einmal gesagt –, nicht nur zu Beginn des Jahres 1975, sondern bereits im Sommer und Herbst behauptet wurde, daß alle Maßnahmen mehr oder weniger nichts gebracht haben. Auf der anderen Seite muß doch auch anerkannt werden, daß die Bauwirtschaft ohne diese zusätzlichen Maßnahmen des Budgets 1976 keinesfalls diesen Beschäftigten- und Auftragsstand im Jahre 1976 hätte halten können.

Abschließend dazu darf ich daher für meine Fraktion festhalten, daß seitens der Bundesregierung, aber auch der übrigen öffentlichen Stellen unserer Meinung nach das Möglichste getan worden ist, um die Vollbeschäftigung in

der Bauwirtschaft 1976 aufrechtzuerhalten und Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern zu verhindern.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zum Bautenbudget 1977 darf ich eingangs feststellen, daß es unserer Meinung nach so wie das Budget 1976 seinen Zweck – Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft – erfüllen wird, da es, so wie im Jahre 1976, vorsieht, daß bei Bedarf neben den budgetierten Mitteln auch wieder eine Stabilisierungsquote sowie ein Konjunkturbelebungsprogramm zum Tragen kommen soll. *(Abg. Dr. Keimel: Laut Androsch nicht!)* Auch wenn der Herr Dr. Androsch, der Herr Finanzminister, das meint, so können Sie versichert sein, daß wir als die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter im Interesse der Bauarbeiter – ich lade die Herren Bauunternehmer gerne ein, hier mitzugehen und ... *(Abg. Dr. Keimel: Ich bin kein Bauunternehmer! Sie brauchen nicht auf mich zu zeigen!)* Sie haben aber als Bautensprecher für die Bauunternehmer gesprochen. *(Abg. Dr. Gruber: Für die ÖVP hat er gesprochen! – Abg. Dr. Keimel: Das ist Polemik!)* Bitte sehr, ich gebe gerne zu, daß die meisten Bauunternehmer bei der ÖVP ... *(Abg. Dr. Keimel: Polemik! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Lieber Herr Kollege! Wer „wirr“ ist, das festzustellen, überlasse ich der Öffentlichkeit. Wenn man Ihre Äußerungen hört, wenn sie so wiedergegeben werden – ich hoffe, daß sie so wiedergegeben werden –, dann wird die Öffentlichkeit feststellen, wer „wirr“ ist. Ich darf für unsere Bauarbeiter in Österreich feststellen, das gilt auch für die Tiroler Bauarbeiter, das darf ich Ihnen vielleicht ausdrücklich sagen, daß wir uns bis jetzt im Gegensatz zu manchen Herren Ihrerseits immer bemüht haben, die Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft aufrechtzuerhalten. *(Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Sie können für die SPÖ reden!)* Sicherlich, ich kann aber auch für die Bauarbeiter Österreichs reden, das nehme ich mir heraus, da weiß ich auch Ihre Kollegen auf meiner Seite. *(Abg. Dr. Mussil: Wenn wer die Bauarbeiter vertritt, dann sind es wir! – Heiterkeit.)*

Ja, freilich, Herr Kollege Mussil, immer Sie. Ich würde mich nur freuen, Herr Kollege Dr. Mussil, gehen Sie jetzt nicht hinaus, ich würde mich nur freuen, wenn Sie bei den zukünftigen Bauarbeiterverhandlungen, bei den Lohnverhandlungen auch so die Interessen der Bauarbeiter vertreten wollten, wie Sie es jetzt behaupten. Aber dazu kennen wir uns zu gut, um zu wissen, daß Sie es dort nicht können. *(Abg. Dr. Keimel: Dann müssen Sie mit uns kämpfen, daß die Zweckgebundenheit bleibt! Das ist Arbeitsplatzsicherung!)*

Herr Kollege! Darf ich Ihnen sagen, wir sind

Babanitz

bereits unter Ihrem Bautenminister dafür eingetreten, daß möglichst alle Mittel für Bauzwecke verwendet werden, und ich kann Ihnen versichern, daß wir es auch jetzt tun werden, im Interesse der Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Gesamtbudget 1977 sieht einen Zuwachs von 12,1 Prozent vor.

Ohne Konjunkturausgleichsbudget beträgt der Zuwachs 11,8 Prozent. Im Bautenbudget werden die Bauaufwendungen ohne Konjunkturausgleichsbudget, das wurde schon gesagt, 30 Milliarden Schilling betragen, das entspricht einer Zunahme von 14,7 Prozent gegenüber 1976 und einem Gesamtanteil von 12,5 Prozent vom Budget. Einschließlich des Eventualbudgets betragen die Bauaufwendungen 36,5 Milliarden Schilling, das sind immerhin 14,8 Prozent des Bundesbudgets inklusive des Konjunkturausgleichsvoranschlags. Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß allein diese Ziffern zeigen, daß die Bundesregierung keineswegs, wie dies verschiedentlich von Oppositionsrednern im Ausschuß - aber ich sage noch einmal, auch in der Öffentlichkeit - getan wird, die Absicht hat, die Baumittel nicht im gleichen beziehungsweise höheren Ausmaß als 1976 zur Verfügung zu stellen.

Zu den einzelnen Schwerpunkten, die bauwirksam werden ... (*Abg. Dr. Keimel: Das geht ja zurück, Herr Kollege!*) Stimmt ja nicht! Schauen Sie, man kann Ziffern so und so lesen. Daß Sie von Haus aus das Negative suchen, ist verständlich. Sie wollen ja beweisen, daß wir nichts können. Wir werden Ihnen beweisen durch die Tatsachen, daß wir wohl in der Lage sind, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, auch in der Bauwirtschaft, Herr Kollege. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis! (*Beifall bei der SPÖ.*) Im Jahr 1970, 1971 und 1975 haben Ihnen die Wähler bewiesen, daß sie das nicht glauben, was Sie sagen. (*Zwischenrufe.*)

Herr Kollege Staudinger, der Herr Kollege Letmaier hat gestern - ich weiß nicht, ob er es scherzhaft gemeint hat - jedenfalls gesagt, früher haben wir den Zehent bezahlt - das war ein Zehntel nach seiner Meinung -, und heute haben wir die Steuern zu bezahlen. Ich darf Ihnen ganz offen sagen, ich glaube, von den Wählern, die wir als Sozialisten vertreten und die uns wählen, wird wahrscheinlich kein einziger sich in die Zeit zurücksehnen, wo man Zehent hat leisten müssen und wird lieber gerne heute Steuern bezahlen, und wenn er mehr verdient, auch etwas mehr, weil er heute doch einen weit, weit höheren Lebensstandard hat als seinerzeit, wo es den sogenannten Zehent gegeben hat. Greifen wir lieber nicht zurück auf

die gute alte Zeit, die Vergleiche würden sicherlich nicht zu Ihren Gunsten ausfallen. Das möchte ich Ihnen ganz offen noch sagen, Herr Kollege Staudinger. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Sie haben den Vergleichsgrund nicht mitgekriegt.*) Ich habe ihn schon mitgekriegt, Herr Kollege Gruber, aber wenn man Polemik treiben will, dann treibt man sie, da nützt das ganze nichts. Ich sage Ihnen noch einmal: Wir stellen also fest, diese Zahlen, die hier im Bautenbudget 1977 drinnen sind, die werden die Vollbeschäftigung sichern, und ich bin überzeugt davon, daß ich Ihnen nächstes Jahr wieder auf Grund der Beschäftigtenzahlen nachweisen kann, daß meine Ausführungen richtig waren. (*Abg. Dr. Gruber: Das ist Ihre Überzeugung!*)

Zu den einzelnen Schwerpunkten, meine Damen und Herren, die bauwirksam werden, möchte ich darauf verweisen, daß den Ländern Wohnbauförderungsmittel auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und des zu erwartenden Steueraufkommens immerhin in der Höhe von 5,4 Milliarden Schilling überwiesen werden, das bedeutet eine Steigerung um 11 Prozent.

Die Wohnbauförderung ist - das habe ich schon erwähnt - auf Grund gesetzlicher Bestimmungen für die Vergabe eine Angelegenheit der Länder. Ich glaube aber, daß es für alle Bauarbeiter notwendig ist, daß bei der Einsetzung dieser Mittel auch die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen entsprechend berücksichtigt werden. Etwa ein Drittel der in Österreich jährlich fertiggestellten Wohnungen wird von diesen errichtet. Es waren bis 1975 immerhin rund 16.000 Einheiten, das ist etwa die Hälfte der geförderten Wohnungen.

Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft kann damit zu einem wesentlichen Auftraggeber für die Bauwirtschaft gezählt werden; neben einzelnen Großprojekten sind es vor allem die auf ganz Österreich verteilten mittleren und kleineren Bauvorhaben in Häusern mit drei und mehr Wohnungen - hier ist der Anteil immerhin 59 Prozent -, die gerade am Lande für das Baugewerbe und die dort Beschäftigten von wesentlicher Bedeutung sind.

Nach der Vorschau des Bundesministeriums für Bauten und Technik waren von den gemeinnützigen Bauvereinen 1976 Baukosten in der Höhe von 15,5 Milliarden Schilling veranschlagt. Ich glaube daher, daß auch für 1977 eine ausreichende Dotierung dieser gemeinnützigen Bauvereinigungen vorgesehen werden müßte, da, wie schon erwähnt, gerade durch die Beauftragung von kleineren und mittleren Baumeistern in den ländlichen Räumen die Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft besonders, und zwar positiv, beeinflußt werden kann.

Babanitz

Ich glaube aber auch – und das darf ich hier sagen –, daß es darüber hinaus notwendig sein wird, daß ein neues Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz bei der Einbringung und Behandlung im Parlament im Interesse aller Wohnungssuchenden auch eine rasche Erledigung finden sollte. *(Abg. Dr. Keimel: Das verspricht der Minister auch schon seit 1970!)* Sie werden sehen, daß es demnächst kommen wird. Wir werden es sicherlich behandeln. *(Abg. Dr. Keimel: Seit 1970 ist es in zwei Regierungserklärungen der SPÖ enthalten!)* Ja sicherlich, aber Sie haben vieles erklärt und nicht gelöst, und wir haben bis jetzt versucht und haben es auch durchgeführt, daß wir die Probleme langsam, aber sicher einer Lösung zuführen.

Hohes Haus! Ich darf noch einige Worte zu dem im Bereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik liegenden Wasserwirtschaftsfonds sagen und darf feststellen, daß dieser Wasserwirtschaftsfonds einen immer größeren Raum einnimmt. Die Maßnahmen zur Förderung von Bauten zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die eine wesentliche Verbesserung der Umweltbedingungen erbringen, wurden weiter intensiviert. Der Wasserwirtschaftsfonds sicherte 1975 für die Errichtung von 237 neuen Anlagen mit Gesamtbaukosten von 10,2 Milliarden Schilling Förderungsdarlehen von 5,2 Milliarden Schilling zu.

Das im Mai 1976 genehmigte Förderungsprogramm umfaßt 611 Projekte mit Gesamtbaukosten von 11,2 Milliarden Schilling. Auch für 1977 sind im verstärkten Ausmaß Mittel vorgesehen, und auch dieser Zweig, der vom Bundesministerium für Bauten und Technik für die Bauwirtschaft Mittel aufbringt, wird dazu beitragen, daß die Vollbeschäftigung aufrechterhalten werden kann.

Abschließend, Hohes Haus, möchte ich mir noch einige Bemerkungen zu beschäftigungspolitischen Auswirkungen des Bautenbudgets 1977 erlauben: Die Ausweitung der Bauvorhaben um 14,7 Prozent gegenüber dem Bundesvoranschlag 1976, insbesondere im beschäftigungsintensiven Hochbau um 16,2 Prozent, gewährleistet auf Grund des dominierenden Einflusses der öffentlichen Hand auf die Bauwirtschaft auch 1977 unserer Meinung nach eine Aufrechterhaltung der guten Beschäftigungslage. Darüber hinaus ist das Konjunkturausgleichsbudget in der Höhe von 6,5 Milliarden Schilling für Baumaßnahmen ein weiteres Instrument, bei dessen zeitgerechtem Einsatz konjunkturbelebende Maßnahmen gesetzt werden können.

Wir hoffen und ersuchen als Bauarbeiter Österreichs, daß seitens der Bundesregierung und seitens des Bundesministeriums für Bauten und Technik, so wie 1976, auch 1977 die Mittel

raschest flüssiggemacht werden. Ein positiver Aspekt zur Beurteilung der Beschäftigungslage des privaten Sektors in der Bauwirtschaft ist unserer Meinung nach auch die Tatsache, daß auch noch für das Jahr 1977 die Möglichkeit der vorzeitigen Abschreibung bis zu 50 Prozent der Herstellkosten für Betriebsgebäude, die nach dem 31. 12. 1975 gebaut werden, gemäß dem Abgabenänderungsgesetz 1976 bestehen.

Ich darf – und hier, Herr Dr. Keimel, darf ich Sie wieder zitieren – sagen, wir glauben, daß das Budget 1977, so wie 1976, alle Voraussetzungen erbringt, um die Vollbeschäftigung im gleichen Ausmaß wie 1976 innerhalb der Bauwirtschaft aufrechtzuerhalten. Es wird von allen Stellen, meiner Meinung nach, abhängen, daß die vorhandenen Möglichkeiten weitestgehend genutzt werden. Ich darf die Hoffnung aussprechen, daß vor allem bei den zuständigen Stellen der öffentlichen Hand, sei es nun Bund, Länder oder Gemeinden, die Mittel, die für Bauzwecke zur Verfügung stehen, rechtzeitig freigemacht und ausgegeben werden. Ich glaube, daß damit ein reibungsloser Übergang der Beschäftigungssituation von 1976 – und die war unserer Meinung nach zufriedenstellend – auch für das ganze Jahr 1977 gewährleistet ist. In diesem Sinne, darf ich nochmals feststellen, werden wir von der sozialistischen Fraktion dem Bautenbudget unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Meine beiden Vorredner, vor allem mein unmittelbarer Vorredner, der Herr Kollege Babanitz, haben sich fast ausschließlich mit den Budgetansätzen des Ressorts Bauten und Technik beschäftigt. Das läßt den Schluß zu, daß eine interne Vereinbarung zwischen den beiden großen Parteien vorliegt, zunächst einmal die Ansätze des Ressorts Bauten und Technik zu besprechen und dann die Ansätze des Ressorts Verkehr. Auch die alleinige Anwesenheit des Herrn Bautenministers auf der Regierungsbank scheint diese interne Vereinbarung zu unterstreichen.

Ich möchte sagen, daß ich mich dem nicht anschließen werde, denn wenn die Reform der Budgetdebatte einen Sinn haben soll, dann doch den, daß man durch die Zusammenfassung gewisse Gemeinsamkeiten aus den zusammengefaßten und gemeinsam behandelten Ressorts herausarbeitet und nicht trotz der Zusammenfassung wie bisher schön im alten Trott hintereinander berät und verhandelt.

Gerade die Beratung und Verhandlung der

Dr. Schmidt

Budgetansätze Bauten und Technik einerseits und Verkehr, Bundesbahnen, Post andererseits, sind, glaube ich, dazu angetan, nun Probleme und Sachgebiete zu verhandeln, die eben zusammengehören. Dies bringt mit sich, daß wir heute doch einen großen Sektor unserer Wirtschaftspolitik, der in beiden Ressorts beheimatet ist, gemeinsam verhandeln können, nämlich die Verkehrspolitik.

Man könnte nun darüber streiten, ob es vom Standpunkt der Verkehrspolitik aus sinnvoll ist, die Verkehrsträger Schiene, Wasser, Luft in dem einen Ressort und den Verkehrsträger Straße in dem anderen Ressort zu verankern, zu beheimaten. Sicherlich hat man sich damals, als man diese Agenden so aufgeteilt hat, gewisse Gedanken gemacht, hat man gewisse Vorstellungen gehabt, nicht zuletzt waren es ja parteipolitische Überlegungen. Die Trennung erfolgte ja noch tief in der Zeit der großen Koalition.

Aber wenn man so aufteilt, wie es heute ist, und es sprechen sicherlich auch manche sachliche Gründe dafür – zum Beispiel sämtliche Agenden des Bauwesens, auch des Straßenbauwesens in einem Ressort zusammenzufassen –, aber wenn man das so macht, so muß man, glaube ich, eine weitgehend koordinierte Entwicklung sicherstellen können, und zwar im Rahmen eines klaren, umfassenden Verkehrskonzeptes, aber auch eines Raumordnungskonzeptes.

Und da müssen wir Freiheitlichen feststellen, daß Österreich leider eines der ganz wenigen Länder Europas ist, das über kein bundesweites Raumordnungskonzept verfügt und die Entwicklung seiner Infrastruktur weitgehend unkontrolliert ablaufen läßt. Ich weiß, daß jetzt ein solches Konzept in Form eines Gesetzentwurfes im Hohen Haus liegt, es ist aber bis zur Stunde nicht verhandelt.

Nicht angeboten, geschweige denn verwirklicht ist bis zur Stunde ein Verkehrskonzept. An diesem Mangel – Herr Verkehrsminister, ich bedanke mich, daß Sie jetzt erschienen sind – kann man nicht so vorbeierargumentieren, daß man auf die einzelnen positiven Entwicklungen bei dem einen oder bei dem anderen Verkehrsunternehmen hinweist.

Sicherlich ist die Sanierung der AUA eine sehr erfreuliche Sache – wir begrüßen das sehr –, ebenso der Ausbau des Investitionsprogramms bei der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft. Es wäre auch das Unternehmenskonzept der Österreichischen Bundesbahnen für zehn Jahre, also für den Zeitraum von 1975 bis 1985, eine durchaus akzeptable Angelegenheit, wenn es so realisiert werden könnte und wenn es nicht

schon im dritten Jahr, also im Jahr 1977, durch den Bundesminister für Finanzen mit diesem mageren Budgetansätzen, die wir hier im ÖBB-Teilbudget finden, gleichsam über den Haufen geworfen würde.

Aus diesen in ihren Auswirkungen völlig verschiedenen Einzelmaßnahmen kann man also beim besten Willen kein umfassendes Verkehrskonzept herauslesen, aber auch nicht aus der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers vom 5. November 1971. Denn was immer dort der Herr Bundeskanzler gemeint haben mag, aber die Ankündigung verschiedener Vorhaben, die man in der vor uns liegenden Legislaturperiode 1975 bis 1979 zu bewältigen gedenkt, diese Aneinanderreihung, dieser Katalog einzelner Vorhaben macht auch noch kein Konzept.

Ein Verkehrskonzept liegt also nicht vor, und auf Grund der bisher eingetretenen Entwicklung muß man leider sagen, daß von einer Koordinierung in der Verkehrspolitik nicht gesprochen werden kann.

Auch manche Handlungsweisen, manche Äußerungen der für die Verkehrspolitik verantwortlichen Politiker lassen sich nicht unter den Begriff „Kooperation der Verkehrsträger“ subsumieren.

Da ist einmal der Herr Verkehrsminister. Er scheint kein besonderer Freund des Straßenbaues zu sein, denn er sagt in einer Presseausendung vom 14. Oktober 1976, als er die geplante Straßengüterbeförderungsabgabe für bessere Verkehrswege propagiert:

„Der Ausbau der Verkehrswege erfordert immer mehr Mittel. Schon seit Jahren klappt eine Schere zwischen den Erträgen aus den Kraftfahrsteuern und den Ausgaben der öffentlichen Hand für den Bau und die Erhaltung unserer Straßen.“

Herr Verkehrsminister, das mag schon richtig sein. Aber Sie wissen doch selbst, daß auf der Bundesebene der Finanzminister keinen Schilling mehr für den Straßenbau hergibt, als er durch die Steuern der Kraftfahrer einnimmt. Im Gegenteil, er nimmt ja aus den Kraftfahrsteuern noch etwas weg, entfremdet sie dem Straßenbau. Für den Straßenbau steht doch im großen und ganzen eigentlich nur der Ertrag der Bundesmineralölsteuer für den Bundesstraßenbau zur Verfügung, im großen und ganzen kommt nur diese Steuer dem Bundesstraßenbau zugute. Alle anderen Abgaben des Kraftfahrers werden dem Straßenbau entzogen.

An dieser Bundesmineralölsteuer verdient der Finanzminister noch, weil er davon die Umsatzsteuer einhebt. Aber von diesen zusätzlichen

Dr. Schmidt

Umsatzsteuereinnahmen wendet er nichts für den Straßenbau auf, sondern die verwendet er, um seine Defizite im Budget abzubauen.

Daß Gemeinden und Länder zu ihrem eigenen Straßen- und Wegebau zuschießen müssen, weil die Erträge aus der anderen Mineralölsteuer, die zu 74 Prozent an die Länder und zu 24 Prozent an die Gemeinden geht, und weil die Erträge aus der alten Kfz-Steuer, die zu 96 Prozent an die Länder geht, nicht ausreichen, ist bekannt, sollte aber gerade den Verkehrsminister nicht zu diesen leicht kritischen Bemerkungen über den Straßenbau veranlassen.

Gerade der Verkehrsminister sollte so etwas nicht sagen, denn seit neuestem profitieren ja er und sein Ressort von den Leistungen der Kraftfahrer. 1,2 Milliarden stellen die Autofahrer den Österreichischen Bundesbahnen für den Ausbau des Personennahverkehrs in den Ballungsgebieten und vor allem für die Wiener U-Bahn zur Verfügung, und ohne diese 1,2 Milliarden, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, würde das Budget der Österreichischen Bundesbahnen für 1977 noch trauriger aussehen, als es ohnehin der Fall ist.

Ich glaube also, daß die Autofahrer, die durch diese Regierung sozusagen zur Melkkuh des Staates gemacht worden sind, schon den Anspruch erheben dürfen, auch auf ordentlichen Straßen fahren zu können.

Sie, Herr Verkehrsminister, führen in dieser von mir zitierten Presseaussendung weiter aus, daß der Straßenbau „nicht nur auf finanzielle Grenzen stößt, sondern auch wegen des immer knapper werdenden Raumes nicht bedenkenlos ausgeweitet werden kann“ und daß wir unsere Landschaft nicht zubetonieren dürfen.

Ich glaube, von bedenkenlos Ausweiten und von Zubetonieren kann doch keine Rede sein. Es genügt der Ausbau des geplanten Straßennetzes. Gott sei Dank – das muß ich sagen – gibt es für den Straßenbau im Gegensatz zu vielen anderen Bauvorhaben ein Konzept. Aber ich glaube, wir müssen uns doch auch die geographische und vor allem die topographische Lage unseres Landes vor Augen halten.

Bei einem relativ weitmaschigen Schienennetz in Österreich kommt eben der gut ausgebauten Straße für die flächenmäßige Erschließung unseres Landes große Bedeutung zu. Ich möchte sagen, diese flächenmäßige Erschließung unseres Landes ist für manche Teile unserer Heimat direkt eine Lebensfrage, besonders wenn ich an die Grenzgebiete denke. Man kann eben nicht überall mit der Schiene hin.

Denken wir doch auch an die Problematik der

Nebenbahnen! Ich glaube, es gibt jetzt 42 Nebenbahnen an der Zahl, in Gebieten mit relativ geringer Frequenz. Das ist eine Problematik, mit der der Verkehrsminister ja fertig werden muß. Denn auf der einen Seite steht die Bevölkerung mit ihren Bedarfsansprüchen, sie meldet natürlich ihren Bedarf an, sie will natürlich eine Eisenbahn haben, und auf der anderen Seite stehen die Österreichischen Bundesbahnen, für die die Aufrechterhaltung des Betriebes einfach nicht rentabel ist und die für den Fall der Aufrechterhaltung eine Abgeltung verlangen, wie dies nach § 18 des Bundesbahngesetzes vorgesehen ist.

Der Herr Verkehrsminister zögert in der entscheidenden Frage, er zögert sicherlich aus politischen Gründen, weil er es sich mit der Bevölkerung dort nicht verderben möchte. Er zögert die Entscheidung hinaus, er trägt damit dazu bei, die Millionenverluste der Bundesbahnen nicht unbeträchtlich zu erhöhen.

Sie sehen also, daß die Schiene – aus verschiedenen Gründen – oft gar nicht in der Lage ist, die Straße zu ersetzen, und daß hier eigentlich nicht einem Gegeneinander Schiene – Straße, einer Konfrontation das Wort geredet werden darf, wie man das den Äußerungen des Verkehrsministers entnehmen kann, sondern daß nur die Kooperation Schiene – Straße Zukunft haben kann.

Ich glaube auch, daß der Herr Bautenminister über diese Äußerungen seines Ministerkollegen nicht sehr glücklich sein kann, wenn dieser indirekt Kritik am Straßenbau übt, indem er sagt, man könne Österreich nicht zubetonieren, denn auch der Herr Bautenminister weiß wie wir alle, daß wir auf dem Sektor Straßenbau noch einen großen Nachholbedarf haben.

Ich glaube, der Herr Bautenminister ist in dieser Hinsicht Kummer gewöhnt. Er ist der für den Straßenbau zuständige Ressortminister und er hat es in der Vergangenheit als der für den Straßenbau zuständige Ressortminister schon öfter erleben müssen, daß jeder in seinem Ressort verbal, aber auch faktisch wildern geht und sich einmischt, daß jeder über den Kopf dieses Ministers hinweg redet, verhandelt und daß über seinen Kopf hinweg Beschlüsse gefaßt werden. Da sind zunächst die dem Straßenbau entzogenen, zweckgebundenen Mittel der Bundesmineralölsteuer; das sind rund 700 Millionen Schilling, im künftigen Jahr werden es 750 Millionen Schilling sein.

Der Herr Kollege Babanitz sagt, die Landwirtschaft hätte das verlangt. Die Landwirtschaft hat nicht die Zweckentfremdung der Mittel der Bundesmineralölsteuer verlangt, die Landwirtschaft hat nur einen Ausgleich verlangt; der

Dr. Schmidt

Ausgleich wurde ja früher auch gegeben, nur aus allgemeinen Budgetmitteln. Der Herr Finanzminister und Ihre Regierung sind erst daraufgekommen, daß man diesen Ausgleich ja eigentlich aus den Mitteln der Bundesmineralölsteuer zahlen sollte, dem Straßenbau also wegnehmen und der Landwirtschaft geben sollte; ebenso auch einen Teil den Bundesbahnen. Das war der erste Streich, den man über den Kopf des Bautenministers hinweg gemacht hat.

Ein weiteres Beispiel: Der Herr Finanzminister zum Beispiel beschäftigt sich mit der technischen Frage, wie man Autobahnen billiger bauen könne, ob man da nicht engere Kurven machen könnte, ob man weniger Fahrspuren machen könnte, offensichtlich im Vertrauen darauf, daß die Geschwindigkeitsbeschränkung bis in alle Ewigkeit dauern würde und man darauf auch den Autobahnausbau abstellen könnte. Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Das ist eine sehr gefährliche Sache, denn das geht auf Kosten der Verkehrssicherheit.

Der Herr Finanzminister verhandelt schließlich über den Kopf des Bautenministers hinweg zum Beispiel mit den Landeshauptleuten von Tirol und Vorarlberg über die Autobahnanschlüsse diesseits und jenseits des Arlbergs, wie das heuer im Frühjahr geschehen ist. Der Herr Bautenminister weiß nichts davon.

Der Herr Verkehrsminister wieder wälzt unausgeorene Pläne über eine neue Steuer, mit deren Ertragnis er zum Teil den Ausbau der Fernstraßen finanzieren will. Ich bin nicht sicher, ob der Herr Bautenminister vorher mit diesen Plänen kontaktiert worden ist.

Dieses Durcheinander nennt man dann „Koordination“ und „Koordinierung“, und es soll offenbar ein klares Verkehrskonzept darstellen oder ersetzen.

Wenn der Herr Kollege Keimel hier vorhin gesagt hat, die beiden Minister auf der Regierungsbank verbinde der „Steuerkannibalismus“, so muß ich den Bautenminister etwas in Schutz nehmen, er ist der eindeutig Unterlegene. *(Abg. Graf: Ihre Entkannibalisierung schreitet fort, Herr Bautenminister!)* Er läßt sich die Steuern für den Straßenbau einfach wegnehmen. Er ist der eindeutig Unterlegene gegenüber dem Verkehrsminister und dem Finanzminister.

Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß im Straßenbau bereits vor Jahren Konzepte für den dringlichen Ausbau des Autobahnnetzes und des Bundesstraßennetzes vorgelegt worden sind, zu einer Zeit, als die Österreichischen Bundesbahnen noch die ihnen zur Verfügung gestellten

Milliarden konzeptlos vertan haben. Ich brauche ja nicht noch einmal den Rechnungshof zu zitieren, der in seinem Bericht seitenweise aufzeigt, wie dort gearbeitet worden ist.

Im Gegensatz zu den Bundesbahnen allerdings scheint der Straßenbau das ungeliebte Kind der Regierung zu sein: Im Budget für 1976 wurde dieser Straßenbau direkt ausgehungert. Die finanzielle budgetmäßige Situation für 1977 sieht zwar mehr Mittel vor – über 9 Milliarden Schilling stehen zur Verfügung –, für den reinen Ausbau stehen allerdings nur 5 Milliarden zur Verfügung, das ist also um knapp 1 Milliarde mehr als im Vorjahr.

Man wird sich daher auch im Jahre 1977 daran gewöhnen müssen, daß man keine großen Sprünge machen kann. Das ersehen wir auch aus den Budgetunterlagen. Wir erkennen im Jahre 1977 im Autobahnbau, obwohl es eine budgetmäßige Schwerpunktverlagerung der Bundesstraßen B und S zum Autobahnbau hin gibt, eine prozentmäßige Verlagerung; so werden kaum neue Bauabschnitte vollendet.

Der schnellere Ausbau der Südautobahn war vor zwei Jahren noch Gegenstand mehrfacher Initiativen in der Öffentlichkeit, aber auch Gegenstand großer Zusagen seitens dieser Regierung. Man wollte also weg von der Fleckerlteppichmethode, man wollte endlich sehr rasch eine durchgehende Verbindung von der Bundeshauptstadt bis zur italienischen Grenze fertigstellen.

In der Regierungserklärung vom 5. November 1971 ist diesem raschen Ausbau der Südautobahn Vorrang zuerkannt worden. Wie man jetzt in den Unterlagen, die uns hier vorliegen, sieht, ist der Ausbau der Südautobahn offensichtlich in den Nachrang geraten.

Wenn ich mir die Seite 96 der Erläuterungen zum Budget ansehe, was also hier vorgesehen wird, so muß ich sagen: 1977 gibt es überhaupt keine Fertigstellung, 1978 sollen die Strecke Zauchen–Villach–Süd mit 8,6 km und 1979 die Strecke Seebenstein–Grimmenstein mit 9,3 km fertiggestellt werden.

Die gesamte Südautobahn hat eine Länge von 381 km; davon sind jetzt 128,9 km fertig. Wenn ich die Teilabschnitte, die ich eben genannt habe und die 1978 beziehungsweise 1979 fertiggestellt werden sollen, dazurechne, so wird im Jahr 1979 eine Strecke von 146,8 km fertiggestellt sein. Bezüglich des unausgebauten Restes von 234,2 km hat der Herr Bundesminister Moser gesagt: Ich werde mich bemühen, neue Wege zu beschreiten, mit den Ländern wegen der Vorfinanzierung zu verhandeln. – Das war im Sommer 1975.

Dr. Schmidt

Wenn wir die Budgetunterlage über diese restlichen Abschnitte, über diese 234,2 km, lesen, heißt es überall: Die voraussichtliche Fertigstellung hängt vom Ergebnis der Verhandlungen mit den Bundesländern ab. – So weit, so gut. Aber diese Verhandlungen mit den Bundesländern sind bereits im Sommer 1975 angekündigt worden. Allerdings hat es der Herr Bautenminister vorsichtigerweise nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß die Federführung dafür beim Finanzminister liegt.

Wie man hört, sind bis heute die Verhandlungen mit den Bundesländern, mit Ausnahme der Steiermark, nicht aufgenommen worden. Die Verhandlungen mit der Steiermark waren nicht zielführend, weil das Problem der Südautobahn, das Vorfinanzierungsproblem eben nicht isoliert mit einem Bundesland allein behandelt werden kann. Es scheint also hier keine große Bereitschaft zu bestehen, die Dinge voranzutreiben, wie man überhaupt in der Frage der Finanzierung im Bundesstraßenbau – und im Autobahnbau vor allem – feststellen muß, daß noch immer keine koordinierten Überlegungen vorhanden zu sein scheinen.

Der Herr Finanzminister ist, wie man hört, für weitere Gesellschaftsstrecken mit Mauteinnahmen. Der Kollege Babanitz hat ähnliches heute hier als Standpunkt der Regierungspartei anklingen lassen. Der Herr Bautenminister hat sich seinerzeit gegen Mauteinnahmen ausgesprochen. Der Verkehrsminister sucht Zusatzfinanzierung in Form einer Straßengüterbeförderungsabgabe, allerdings nur insoweit und in dem Ausmaß, als bei der Finanzierung des Huckepackverkehrs übrigbleibt. Und verschiedene Länder wehren sich gegen Mauteinnahmen und wollen Vorfinanzierung ihrer Autobahnstrecken auf andere Weise.

Für die Pyhrnautobahn wieder sucht man die internationalen Transitpartner für die Zusatzfinanzierung zu gewinnen. Daneben gibt es noch eine Reihe anderer Überlegungen, die man sich, meine Damen und Herren, weitgehend ersparen könnte, würde man sämtliche Mittel, die der Kraftfahrer aufbringt, dem Straßenbau zufließen lassen und nicht für die Finanzierung anderer Verkehrsträger heranziehen. Hier, glaube ich, muß man eine absolute Zweckbindung aller Kraftfahrerabgaben für den Straßenbau verlangen.

Das würde auch der Kraftfahrer verstehen, und er würde vielleicht die Belastung leichter ertragen. Ich glaube, die finanziellen Lasten, die der Autofahrer gerade in diesem Jahr – 1976 – aufgehalst bekommen hat, würden es rechtfertigen, daß man größere Anstrengungen im Straßenbau unternimmt.

Wenn gestern hier der Herr Kollege Wille gesagt hat: Wir – also wir Sozialisten – haben den Kraftfahrer steuerlich so hoch belastet, weil wir nicht tatenlos zusehen können, wie die Zahl der Kraftfahrzeuge wächst und wie die Finanzierung des Straßenbaues nachhinkt!, so muß ich sagen: Ich weiß nicht, ob der Herr Kollege Wille weiß, wohin die Mittel des Kraftfahrers fließen. Ich glaube, er redet hier wider besseres Wissen. Er müßte doch wissen, daß dem Straßenbau bei Gott nicht alle Mittel zufließen. Er müßte doch wissen, daß vieles von der Bundeskraftfahrzeugsteuer in die Bundesbahnen, in den Nahverkehr, hineinfließt.

Ich glaube, man kann hier nicht das Argument anführen: Wir müssen die Kraftfahrer so besteuern, damit der Straßenbau finanziert werden kann. – Es ist nicht wahr. Man sieht daran vorbei, daß 1,2 Milliarden Schilling an die ÖBB gehen und daß 750 Millionen Schilling Bundesmineralölsteuer entzogen werden.

Meine Damen und Herren! Wenn ich nun schon einmal beim Bautenminister bin, darf ich mich mit einem anderen Thema im Bereich Bauten und Technik beschäftigen, einem Thema, das gerade in diesem Jahr sehr aktuell gewesen ist: Der Einsturz der Reichsbrücke am 1. August 1976 hat die dringende Frage nach der Sicherheit unserer Straßen und Brücken, nach ihrer Verwaltung und nach den technischen Kontrollen aufgeworfen.

Ich möchte jetzt hier nicht eine Debatte über Ursachen und Schuld in Angelegenheit Reichsbrückeneinsturz entfachen. Aber Zeitungsmeldungen der letzten Tage veranlassen doch, einige Fragen an Sie, Herr Bautenminister, zu stellen, sie werfen nämlich auf die Untersuchung ein ganz neues Licht. Immerhin ist ja die Brücke auch eine Bundesbrücke; sie steht nur in der Verwaltung der Stadt Wien.

Ich möchte Sie fragen, Herr Bautenminister: Ist es richtig, daß man nun bei den Baggerarbeiten in der Donau einen Stahlträger geborgen hat, der gesprungen war und dadurch offensichtlich das Abrutschen und den Einsturz der Brücke herbeigeführt hat?

Man sagt, daß der Sprung in diesem Stahllager, das ja auf dem Betonpfeiler ruht, bei gründlicher Kontrolle und Überprüfung der Brücke auf jeden Fall hätte bemerkt werden müssen. Daß das nicht geschah, ist wohl sicherlich auf allzu große Sorglosigkeit, um nicht zu sagen Schlamperei, zurückzuführen. (*Abg. Peter: Und die bisherigen Gutachten der Fachleute?*) Die Frage werfe ich auf: Wenn das stimmt, so steht natürlich diese Feststellung im krassen Gegensatz zum Ergebnis der bisherigen Untersuchung, das ja die Schadhaftheit des

Dr. Schmidt

Betons und den Betonpfeiler als Ursache des Brückeneinsturzes bezeichnet hat. Hier ist schon ein gravierender Unterschied. Es würde mich sehr interessieren, ob man hier bereits zu Feststellungen gelangt ist.

In diesem Zusammenhang steht die Frage über Art und Weise der Kontrolle dieser Bundesbrücke, die erst im Jahr 1971 in die Verwaltung der Stadt Wien übergeben worden ist. Das Kontrollamt der Stadt Wien hat in seinem Bericht vom 18. August 1976 festgestellt, daß die Reichsbrücke niemals ordentlich in die Verwaltung der Stadt Wien übergeben worden ist, sondern daß die Übergabe sozusagen nur telephonisch erfolgte, weil kein Werkmeister zur Verfügung stand, und es waren auch keine Aufzeichnungen über den Zustand der Brücke vorhanden. Man konnte auch nicht in Erfahrung bringen, nach welchen Gesichtspunkten die vorherige Überprüfung der Brücke stattgefunden hat. Das Kontrollamt schreibt wörtlich:

„Eintragungen über die Durchführung einer Hauptuntersuchung und weitere schriftliche Nachweise wurden jedoch nicht vorgefunden.“

Meine Damen und Herren! Herr Bautenminister! Es geht um Eintragungen und schriftliche Nachweise über die Zeit, in der die Brücke noch in Bundesverwaltung gestanden ist. Ich glaube, das steht im Widerspruch zu der Darstellung, die Sie, Herr Bautenminister, uns seinerzeit in der Fragestunde gegeben haben. Wir haben Sie auch um den Wortlaut Ihrer Dienstanweisung, die Sie hinsichtlich der Erhaltung der Straßen und Brücken nach § 7 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes 1971 herauszugeben haben, befragt. Die Antwort auf unsere schriftliche Anfrage, die wir dann gestellt haben, ist uns am 1. Dezember 1976 zugegangen. Ich möchte sie dem Hohen Hause nicht vorenthalten. Sie schreiben bezüglich der baulichen Instandhaltung.

„Dabei ist besonders auf den einwandfreien Zustand der Fahrbahnen, der Brücken, Hoch- und sonstigen Kunstbauten“ und so weiter „zu achten. Brücken und Tunnels sind darüber hinaus periodischen Überprüfungen nach den jeweils geltenden Vorschriften zu unterziehen.“ – So der Wortlaut Ihrer Dienstanweisung. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Ich muß sagen, Herr Bundesminister: Der Inhalt dieser Dienstanweisung ist sehr dürftig. Eigentlich steht da drinnen nicht viel mehr, als im Gesetzestext des § 7 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes steht.

Herr Bundesminister! Ich glaube, daß das eine sehr inhaltsleere Dienstanweisung ist, wenn man im Vergleich dazu zum Beispiel die Dienstvorschrift B 20 liest, die die Bundesbah-

nen für die Kontrolle und Überwachung der Eisenbahnbrücken herausgegeben haben. Diese ist viel detaillierter, viel eindeutiger. Wenn es sich bei der Dienstanweisung auch nur um eine grundsätzliche Dienstanweisung handelt, so hätten Sie zumindest Weisungen über die Häufigkeit der Kontrollen, über die Art und Weise der Überprüfung hineinschreiben müssen und nicht nur diesen einen lapidaren Satz.

Daher ist es kein Wunder, daß sich die Bundesländer mangels einer solchen Dienstanweisung seitens der obersten Ressortführung natürlich anderswo umgeschaut haben, weil sie Vorschriften brauchten; sie haben sich mit einer bundesdeutschen Vorschrift, einer Brückenprüfnorm DIN 1076 beholfen.

Herr Bautenminister! Wir machen Ihnen zum Vorwurf, daß Sie es in den sechs Jahren Ihrer Regierungszeit verabsäumt haben, solche grundlegenden Vorschriften über Kontrollen der Bundesbrücken herauszugeben, und daß Sie es verabsäumt haben, das zu tun, was Sie nunmehr, offenbar veranlaßt vom – ich möchte sagen – schlechten Gewissen und unter dem Eindruck der Katastrophe, ankündigen, daß getan wird, wenn Sie schreiben:

„Derzeit wird eine bundeseinheitliche Richtlinie für die Überwachung und Prüfung von Straßenbrücken vorbereitet. Es ist geplant“ – warum jetzt erst?, muß ich fragen –, „diese Richtlinie bis Ende 1976 oder Anfang 1977 fertigzustellen und anschließend für die Überwachung und Prüfung von Bundesstraßenbrücken verbindlich zu erklären, sodaß dann zumindest die Bundesstraßenbrücken in ganz Österreich nach einheitlichen Vorschriften überwacht und geprüft werden.“

„Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!“ muß man dazu sagen. Aber damit ist auch klaggestellt, Herr Bautenminister, daß Sie in dieser Frage säumig geworden sind und daß Sie zumindest eine Mitverantwortung an dieser Brückenkatastrophe tragen.

Meine Damen und Herren! Wir sehen aus der Dotierung des Straßenbaus in diesem Budget und vor allem aus den ständigen Versuchen, die Mittel für diesen Straßenbau anzuknabbern, einen Teil davon wegzunehmen für andere Dinge, die nur entfernt oder gar nichts mit dem Straßenbau zu tun haben, daß dieser Teil der Verkehrspolitik unter dieser Regierung gering geachtet wird und daß, wenn es irgendwie geht, die Benutzer der Straße zwar ein bevorzugtes Steuersubjekt des Finanzministers oder des Verkehrsministers sind, aber als Verkehrsteilnehmer etwas geringschätzig betrachtet werden.

Dabei, meine Damen und Herren, wollen wir Freiheitlichen keineswegs die ordnungspoliti-

Dr. Schmidt

schen Aufgaben des Staates in der Verkehrspolitik verkennen. Wir wollen auch nicht übersehen, daß vor allem im Bereiche des Individualverkehrs in den letzten Jahren eine Entwicklung mit ungeheurer Eigengesetzlichkeit eingesetzt hat.

Zweifellos wird man Maßnahmen setzen müssen. Aber ich bitte Sie um Maßnahmen, die überlegt, überdacht sind, die einem Konzept entspringen und die Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung zu sein haben.

Aber bei uns hat man immer den Eindruck, daß alle Vorschläge und Ideen steuerlicher und sonstiger Art sozusagen aus dem Ärmel gebeutel werden, Augenblickserwägungen entspringen und so leicht in die Diskussion geworfen werden, etwa nach einer Regierungsklausur als eine Art Gag. Das ist diese Gagpolitik: Einmal der Wasserschilling, dann das Autobahnpickerl und andere unausgegorene Ideen.

Das Schlimme daran ist, Hohes Haus, daß man das schwer wieder rückgängig machen kann, wenn man einsieht, daß eine solche Idee doch noch nicht ganz so gut ist, wie man es sich vorgestellt hat, weil man schon damit in der Öffentlichkeit ist und weil man bei einem Rückzieher einen Prestigeverlust befürchtet.

So ähnlich scheint uns das auch mit der LKW-Steuer zu sein, die Herr Minister Lanc lanciert. Dabei, meine Damen und Herren, wollen wir das Problem, das dieser Überlegung zugrunde liegt, nicht verkennen und auch nicht bagatellisieren.

Sicher ist eines: daß es erstens das Problem Schwerverkehr auf unseren Straßen im allgemeinen gibt und daß zweitens der Transitverkehr unerträgliche Ausmaße angenommen hat, insbesondere weil er hier fast gratis durchgeführt wird.

Ich stimme mit dem Verkehrsminister völlig überein, wenn er in dieser bekannten Presse-notiz sagt, daß in allen westlichen Industriestaaten der LKW-Verkehr gegenüber dem PKW-Verkehr einen weitaus höheren Straßenbau- und Erhaltungsaufwand verursacht. Breitere Straßen, stärkere Fahrbahnen und Kriechspuren verteuern den Bau, und dennoch trägt der Schwerlastverkehr nach dem gegenwärtigen Besteuerungssystem nur mit einem Bruchteil dessen zum Bau und zur Erhaltung unserer Straßen bei, was der PKW leistet. - Völlig richtig.

Ich habe auch im Vorjahr anlässlich der Budgetberatungen zu diesem Kapitel zu diesem Problem gesprochen und habe die Frage aufgeworfen, ob nicht zum Beispiel eine Veränderung der Bemessungsgrundlage der Kraftfahrzeugsteuer - nämlich das Abgehen vom

Hubraum als Bemessungsgrundlage hin zum Eigengewicht des Fahrzeuges - diese Dinge besser berücksichtigen würde. Tatsächlich ist es ja heute so, daß der PKW-Verkehr in Relation zum Schwerverkehr steuerlich viel stärker belastet wird. Dennoch scheinen uns aber die vorliegenden Pläne einer Straßengüterbeförderungsabgabe nicht abgeklärt. Ich glaube, man müßte sich doch auch mit den Risiken einer solchen Abgabe eingehender befassen und sie nicht so mit der Hand abtun.

Hinsichtlich des Transitverkehrs sollte man, glaube ich, die Reaktionen des Auslandes nicht unterschätzen. Der Ministerpräsident von Bayern, Herr Präsident Goppel, hat anlässlich seines Besuches hier im Parlament, als ich ihn auf diese Sache angesprochen habe, als ich eine diesbezügliche Frage an ihn gerichtet habe, klar und eindeutig zu erkennen gegeben, daß im Falle einer solchen Abgabe mit deutlichen Reaktionen gerechnet werden müsse; er hat das auch im Fernsehen erklärt.

Der Zeitung „Die Presse“ vom 9. Dezember 1976 entnehme ich, daß sich auch der Internationale Straßenverkehrsverband gegen diese LKW-Beförderungssteuer richtet, von der in den Oststaaten zu erwartenden Reaktion gar nicht zu reden.

Ich glaube, man sollte die internationale Reaktion auf diese Steuerpläne nicht auf die leichte Schulter nehmen, denn den Schaden, der durch etwaige Gegenmaßnahmen entstehen würde, den hätte vor allem die heimische Wirtschaft zu tragen.

Man darf auch nicht vergessen, daß das österreichische Güterbeförderungsgewerbe mit Lastkraftwagen im Fernverkehr und grenzüberschreitenden Verkehr 56 Prozent seiner Leistungen im Ausland erbringt. Ich glaube, eines darf nicht geschehen: daß das österreichische Speditionsgewerbe in die Zange gerät: einmal durch die LKW-Steuer und auf der anderen Seite noch durch die Gegenmaßnahmen des Auslandes.

Was die inländische Auswirkung betrifft, Herr Verkehrsminister, wird recht herzlich gebeten, doch unanfechtbares statistisches Zahlenmaterial über das Ausmaß der inländischen Güterverkehrsleistung auf der Straße auf den Tisch zu legen, denn die Angaben, die von Ihrem Ministerium stammen, differieren weit gegenüber den Angaben der Bundeskammer.

Ich glaube, in einer Zeit größter Belastungen für alle Staatsbürger sollte man jede geplante abgabenrechtliche Maßnahme genau kalkulieren und ihre Auswirkungen auf die Preisgestaltung der Waren prüfen.

Dies auch und vor allem im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze. Denn ich glaube,

Dr. Schmidt

Herr Verkehrsminister, Ihre These, daß sich die Transportkosten insgesamt meist nur in Promille bis höchstens wenigen Prozentkosten der Produktenpreise auswirken und daß daher ein Preisauftrieb – einen cost-push nennen Sie das – nicht zu erwarten sei, diese These ist sehr anfechtbar. Es liegen Berechnungen vor, daß es zu einer Steigerung der Transportkosten von durchschnittlich 40 Prozent kommen könnte. Keine Frage, daß dies auf die Preise durchschlagen würde – daß letzten Endes doch alles wieder der Konsument, der durch die Teuerung ohnehin am meisten belastet wird, auch noch tragen müssen.

Zu den Plänen, was mit dem Ertrag der Abgabe geschehen soll, will ich hier gar nicht Stellung nehmen, denn ich glaube, die Initiatoren dieser neuen geplanten LKW-Steuer wissen es selbst noch nicht genau. Da hört man einmal vom beschleunigten Ausbau der Fernverkehrsstraßen und der Einrichtung eines leistungsfähigen Transitverkehrs auf der Schiene in Form eines Huckepackverkehrs. Dann wieder umgekehrt.

Wieder muß ich sagen: Hier werden sehr schnell und sehr leicht, um nicht zu sagen, leichtfertig Dinge ausgesprochen, die man, so meine ich, zunächst einmal gründlich beraten soll. Ich will das nicht in Bausch und Bogen ablehnen; dazu sind die Dinge viel zu ernst. Aber ich glaube, man kann es nicht einfach so in die Diskussion werfen, sondern man sollte es vorher gründlich beraten, ehe man damit in die Öffentlichkeit geht.

Wir sind keine grundsätzlichen Gegner dieser Überlegungen. Aber gewisse Warnungen darf man nicht überhören, und eine solche Warnung gibt uns doch auch das Schicksal zum Beispiel der bisherigen Huckepack-Transportgesellschaft.

Ich lese im Auflösungsbeschluß dieser Gesellschaft, die ja eingegangen ist: Im Hinblick auf die bisherige ungünstige Geschäftsentwicklung der Hucketrans-Gesellschaft und mangels Aussicht auf eine diesbezügliche absehbare künftige Änderung dieser Entwicklung; und somit Nichterfüllung des Gesellschaftszweckes in einem Zeitraum von mehr als fünf Jahren.

Das war am 14. März 1975, meine Damen und Herren. Der Herr Verkehrsminister sagt uns auf diese Anfrage im Juni 1975: Unter den kombinierten Verkehren ist der Huckepackverkehr nach europaweiter Erfahrung der wirtschaftlich problematischste.

Diese Erfahrungen zwingen ja geradezu, mit solchen Experimenten, wie sie der Huckepackverkehr zweifellos darstellt, vorsichtig zu sein. Es ergibt sich doch überhaupt grundsätzlich die

Frage, ob es bei der Größe unseres Staates, bei seiner besonderen geographischen Lage sinnvoll ist, dieses Sache im Alleingang anzugehen, ob nicht eine Kooperation mit den Nachbarländern anzustreben wäre.

Dann ist da noch die Frage der Streckenführung. Ich weiß, daß man sich die Strecke Salzburg–Spielfeld-Straß vorstellt. Auch im Bereiche der Bundesbahnen sind doch verschiedene Punkte zu beachten: Ausbau und Adaption der entsprechenden Bahntrassen, Bau der entsprechenden Auffangräume mit Auf- und Abfahrtsrampen, Beschaffung des Waggonparks.

Meine Damen und Herren! Wenn hier nicht gründliche Untersuchungen und Kalkulationen angestellt werden, so braucht man keine besonders hellseherische Fähigkeit zu haben vorzusagen, daß neben der Schädigung der Wirtschaft, der Gefährdung der Arbeitsplätze und der Verteuerung der Güter auch noch eine kräftige Ausweitung des Bundesbahndefizits erfolgen wird müssen, dann nämlich, wenn der Huckepackverkehr nicht attraktiv, nicht gut organisiert und vor allem nicht gut vorbereitet ist. In diesem Fall werden ihn die ausländischen Frächter eben nicht benützen. Sie werden einen Bogen um Österreich zu machen, was ja leider bekanntlich jetzt schon im internationalen Schienenverkehr der Fall ist.

Der starke Einbruch im Gütertransportaufkommen der Österreichischen Bundesbahnen ist nämlich nicht allein mit dem Aufkommen der Konkurrenz Straße, wie immer argumentiert wird, und vor allem auch der Konkurrenz Pipeline, die ja immer wichtiger wird, zu begründen, sondern er geht zum Teil auch auf die mangelhafte Leistungsfähigkeit der Österreichischen Bundesbahnen in dieser Sparte im Vergleich zu den Nachbarstaaten zurück. Hier ist vor allem das Leistungsdefizit beim Zeitfaktor maßgebend, der ja bekanntlich im Transportgewerbe nicht nur für die Wahl des Verkehrsträgers wichtig ist, sondern auch sonst einen bedeutenden Kostenfaktor darstellt.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß die Investitionen bei den Bundesbahnen für den Güterverkehr wohl das dringendste sind, was diese Bundesbahnen benötigen. Die Verkehrsanlagen sind unzulänglich. Es gibt einen riesigen Nachholbedarf. Es fehlen vor allem modern ausgestattete und leistungsfähige Großverschiebebahnhöfe; sie werden jetzt gebaut, aber zu spät, wie wir wissen.

Dadurch ist die Unterlegenheit der Bundesbahnen im Transitverkehr gegeben, und wir müssen zusehen, wie man sich anderswo umschaute, wenn man Güter rasch vom Norden nach dem Süden oder in umgekehrter Richtung befördern lassen will.

Dr. Schmidt

Weil dieser Nachholbedarf so groß ist, bedauern wir Freiheitlichen es sehr, daß diese Österreichischen Bundesbahnen in diesem Budget für das Jahr 1977 sozusagen zum Stiefkind gemacht worden sind, daß die Investitionsrate gekürzt worden ist und daß die Österreichischen Bundesbahnen wieder in ein höheres Defizit getrieben worden sind, wobei dieses Defizit mit 3,8 Milliarden Schilling, das in der Erfolgsrechnung in Ihren Unterlagen aufscheint, gar nicht das echte Defizit ist, sondern das echte Defizit ist ja viel höher. Diese Unterlagen geben gar kein richtiges Bild der Verschuldung. Es ist ein verschleiertes Bild, es ist sozusagen eine frisierte Bilanz.

In Wahrheit muß man die Abgeltungen des Bundes für die Sozialtarife und für die Pensionen, die 2 Milliarden und die 5,8 Milliarden, dazurechnen. Das sind ja nur Leistungen, die der Bund erbringt, um die Bundesbahnen zu entlasten. Aber wenn wir das dazurechnen, gibt es ein Defizit, eine Verschuldung von 11,6 Milliarden Schilling! Das muß man sich vor Augen halten.

Und trotz einer 9,8prozentigen Steigerung des gesamten Bundesbahnbudgets werden die Bundesbahnen für Investitionen für das Jahr 1977 keinen Schilling zusätzlich vom Finanzminister erhalten.

Man muß sich diese Jahresquote für Investitionen für das Jahr 1977 für das langfristige Investitionsprogramm nur einmal ansehen. Diese Investitionsquote für 1977 sollte laut dem Unternehmenskonzept, das vorhanden ist und das wir begrüßen, wie wir es immer begrüßt haben, daß endlich einmal ein Konzept vorhanden ist, 6 Milliarden Schilling betragen. Tatsächlich beträgt sie 4,1 Milliarden Schilling.

Diese 4,1 Milliarden Schilling liegen um ganze 735 Millionen Schilling höher, als die Quote für 1976, also für heuer, betragen hat. Was heißt das? Das heißt nichts anderes, als daß diese 735 Millionen aus den Mitteln stammen, die die österreichischen Autofahrer im kommenden Jahr mit der Bundeskraftfahrzeugsteuer aufbringen werden. Es sind diese 750 Millionen, die dem Nahverkehr zugesprochen werden, die ihm dienen sollen. Mit einem Wort: Der Autofahrer finanziert den Nahverkehr.

Für den anderen Investitionsbedarf der Bundesbahnen, für den Ausbau der Großverschiebepfahnhöfe, für moderne Stellwerk- und Gleisanlagen, für die Elektrifizierung, für moderne Wagenwaschanlagen, hat der Finanzminister trotz vermehrter Einnahmen im Jahre 1977 keinen Schilling zusätzlich.

Ich darf in diesem Zusammenhang den Herrn Generaldirektor Pycha zitieren, der in einem

Beitrag in „Die Presse“ vor einiger Zeit gesagt hat – sehr richtig gesagt hat, möchte ich feststellen –: Nun ist es klar, daß diese Anstrengungen der Bundesbahnen um eine solche Leistungssteigerung nur mit Hilfe entsprechend hoher Investitionsmittel möglich sind, vor allem wenn man bedenkt, daß alle technischen Verbesserungen, aus denen dann eben Leistungssteigerung und Rationalisierungseffekte resultieren, gerade im Eisenbahnwesen ebenso kompliziert wie komplex und daher kostenaufwendig sind.

Meine Damen und Herren! Ich frage mich daher nur, ob man bei dieser Situation, bei dieser Überschneidung der Investitionsmittel noch das Risiko einer neuen Güterbeförderungsart auf die defizitären Schultern der Österreichischen Bundesbahnen legen muß oder ob man nicht viel eher überlegen sollte, wie man den Österreichischen Bundesbahnen eine langfristige Finanzierung ihres Investitionsprogramms außerhalb des Budgets sichert.

Meine Damen und Herren! Das sind alles Dinge, die betrüblich sind angesichts der finanziellen Not des Staates und der Finanzpolitik dieser Regierung. Die Verkehrspolitik einschließlich des Verkehrsträgers Straße ist also – und das darf ich abschließend sagen – nach wie vor durch widersprüchliche und undurchdachte Maßnahmen und Überlegungen gekennzeichnet. Dazu kommt eine Finanzpolitik, die nicht den Weg der Sparsamkeit, sondern die den Weg des geringsten Widerstandes, nämlich der Steuererhöhungen geht. Wir Freiheitlichen werden daher die Budgetansätze für Bauten und Technik, Verkehr und der beiden Bundesbetriebe ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schemer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Schemer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich eingangs einige grundsätzliche Feststellungen zur Wohnbaupolitik treffe, weil hier von der Opposition immer wieder anklingt, daß die sozialistische Bundesregierung kein Verständnis für die Belange des Bauens und kein Verständnis für die Belange der Wohnungssuchenden aufbringen würde.

Ich habe so den Eindruck, daß die Redner der Opposition mit den vorgebrachten Argumenten von den wirklichen Ursachen und Tatsachen ablenken wollen. Sie wollen davon ablenken, daß wir auf dem Wohnbausektor ein sehr tristes Erbe übernommen haben. Sie wollen davon ablenken, daß es in der Vergangenheit die konservativen Kreise waren, die die Wohnung als Ware betrachtet haben, und sie diejenigen

Schemer

waren, die die Rendite des Hausbesitzes als einen Bestandteil der Gesellschaftsordnung betrachtet haben.

Heute müssen sie auf Grund der gesellschaftlichen Veränderungen, die die Sozialisten erkämpft haben, so tun, als ob sie primär die Interessen der Mieter, der Wohnungssuchenden im Auge hätten. Würden sie dies nicht tun, dann würde ihre politisch hoffnungslose Lage, in die sie ja geraten sind, noch sehr viel schlechter werden, als dies heute bereits der Fall ist.

Es waren ja in Wirklichkeit immer die Sozialdemokraten, die sich der Interessen der Wohnungssuchenden und der Mieter angenommen haben.

Noch vor nicht allzulanger Zeit haben ja sie den kommunalen und den genossenschaftlichen Wohnbau verteuert, so wie sie auch im sozialen Bereiche seinerzeit - es ist zwar schon etwas länger her - von der Zwangsbeglückung der Menschen gesprochen haben.

Heute ist ihnen alles zu wenig, was wir tun. Heute tamen sich auch die konservativen Kreise mit der Maske des Fortschrittes. Manchmal allerdings im Eifer des Gefechtes lassen dann die Herren die Maske fallen, so etwa, wenn bei einer Pressefahrt der nicht amtsführende Stadtrat Dr. Busek meint, der Vorteil des kommunalen Wohnbaues im 11. Wiener Gemeindebezirk liege darin, daß es die Bewohner dieser Wohnungen sehr nahe zum Zentralfriedhof hätten.

Eine ganze Welt, meine Damen und Herren, trennt uns Sozialisten von einer solchen Einstellung. Hier kommt eben Ihre wirkliche Gesinnung zum Vorschein, und wir Sozialisten sind sehr stolz darauf, daß Sie und wir in dieser Frage keine gemeinsamen Auffassungen haben.

Die Wähler und Wählerinnen haben der Österreichischen Volkspartei in den letzten Wahlgängen auf diese Haltung die entsprechende Antwort gegeben, und Sie können, und an Ihnen liegt es ja, daraus die entsprechende Lehre ziehen, wenn Sie das wollen.

Tatsache ist, daß zwischen 1968 und 1970, in der Zeit der ÖVP-Regierung, 68.710 Wohnungen gefördert wurden und von 1971 bis 1973, unter der sozialistischen Regierung, 103.045 Wohnungen. Und wenn ich die Zahlen zur Hand nehme, die gestern Herr Kollege Melter verwendet hat, und wenn er hier im Hohen Haus berichtet hat, daß zwischen 1971 und 1975 237.726 Wohnungen errichtet wurden, so kann ich nur feststellen, daß dies ja einer Jahresquote von 47.500 Wohnungen entspricht und wir daher schon sehr nahe an die 50.000 Wohnungen herankommen, die die sozialistische Regierung versprochen hat.

Wir sollten, meine Damen und Herren, aber nicht allein die Wohnbaustatistik sehen, sondern auch ein sehr wachsames Auge auf die Baugesinnung haben. Es gilt ja nicht nur, Wohnungen im allgemeinen zu bauen, sondern wir müssen ja auch Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen nehmen, die in diesen Wohnungen wohnen wollen. Und so konzentriert sich daher die ganze Argumentation der Opposition einzig und allein auf die Aussage, daß wir die versprochene Wohnbauleistung nicht erbracht hätten.

Ich werde mich, meine Damen und Herren, noch eines Beweismittels bedienen, das aussagt, daß wir auf diesem Sektor mehr gemacht haben als die ÖVP. Ich bediene mich hier einer Aussendung der ÖVP-Alleinregierung aus dem Jahre 1968. (*Abg. Dr. Bauer: Die gute alte Zeit!*) Ja die gute alte Zeit, Herr Kollege Bauer, ich bin Ihnen recht dankbar für diesen Zwischenruf. Sie schreiben in dieser „guten alten Zeit“ der ÖVP-Regierung, daß Sie sehr glücklich sind, daß Sie die Zahl von 200.000 Arbeitslosen nicht erreichen, und Sie stellen mit Stolz fest, daß es damals nur 142.000 Arbeitslose gegeben hat. Das schreiben Sie damals, im Februar 1968.

Wenn Sie heute das vergleichen, so können wir mit Stolz feststellen, daß es unter der SPÖ-Regierung heuer in diesen Wintermonaten nur etwa 56.000 Arbeitslose gibt. Das ist der Unterschied zwischen der „guten alten Zeit“ der ÖVP-Regierung und der heutigen Zeit. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Keimel: Sie haben die Statistik geändert!*)

Ich möchte auch sagen, daß Sie damals in dieser Aussendung der ÖVP-Regierung - in Wirklichkeit hat es sich natürlich um eine Propaganda der ÖVP gehandelt - mit Stolz feststellen, daß Sie 27.000 Wohnungen bauen werden. Ich habe Ihnen ja heute schon auf Grund der Zahlen bewiesen, daß wir innerhalb der letzten fünf Jahre jährlich 47.000, also etwa um 20.000 Wohnungen mehr gebaut haben als Sie. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Kammerhofer: 5000 Wohnungen mehr! Kein Mensch kann sich die sozialen Wohnungen mehr leisten!*)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal zurück zu dem Problem des Bauens überhaupt. Ich möchte sagen, daß ich hoffe, daß wir hier eine gemeinsame Linie finden. Wir müssen, glaube ich, die Baugesinnung etwas ändern. Nicht was die Architekten wollen, sondern was die Bewohner wünschen, sollte etwas mehr Beachtung finden. Es gilt mehr Rücksicht zu nehmen auf die Kinder, auf die älteren Menschen, auf die Behinderten, die in diesen Wohnungen wohnen wollen, ja leben wollen.

Schemer

Die Bauherren haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß es Gemeinschaftsräume, Ruhe-, Spielplätze gibt und daß der Behinderte in dieser Wohnung nicht nur wohnen und schlafen, sondern auch leben kann. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Herr Kollege, ich habe nicht die Absicht, auf Ihre unqualifizierten Zwischenrufe einzugehen. Es fehlt mir die Zeit, darauf zu antworten. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. - Abg. Graf: Erteilen Sie da keine Zensuren über die Güte von Zwischenrufen!)*

Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß es ja keinen quantitativen Wohnungsfehlbestand, sondern nur einen qualitativen Wohnungsfehlbestand gibt. An die 50 Prozent aller in Österreich bestehenden Wohnungen wurden ja vor 1918 erbaut, 12 Prozent aller Wohnungen haben keine sanitären Anlagen, 50 Prozent aller österreichischen Wohnungen sind ohne Bad, und eine Million Österreicher haben in ihrer Wohnung keinen entsprechenden Wasseranschluß.

Es gibt aber, Hohes Haus, genug gut ausgestattete Wohnungen, die leer stehen, weil sie zum Spekulationsobjekt gewisser Kreise geworden sind. So suchen etwa allein in der Stadt Salzburg an die 8500 Familien eine Wohnung, während dort gleichzeitig mehr als 14.000 Wohnungen ganz oder teilweise unbenutzt sind.

In Innsbruck gibt es 40.427 Wohnungen, von denen nur 37.952 bewohnt sind.

Leider verschweigt die Wohnbaustatistik der meisten Bundesländer die Zahl der Wohnungssuchenden. Ich führe dies aber primär auf die Nichterfassungen in den kleinen Gemeinden zurück.

In Wien stehen 781.000 registrierten Wohnungen nur 738.000 Haushalte gegenüber, sodaß es ja in Wien einen Überschuß von 43.000 Wohnungen gibt. Selbst wenn ich 50 Prozent dieser Wohnungen als Substandard-Wohnungen bezeichne, würde die verbleibende Zahl ausreichen, um die 20.000 Wiener Wohnungssuchenden unterzubringen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Als am 6. Juni dieses Jahres Sie, Herr Kollege Dr. Keimel, zur Abänderung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 gesprochen haben, haben Sie sich damals mit der Wiener Wohnbaupolitik befaßt. Sie haben damals gesagt - und Sie sagen es auch heute wieder und haben es anklingen lassen -, Wien sei das Musterbeispiel gescheiterter sozialistischer Wohnbaupolitik. *(Abg. Dr. Keimel: So ist es!)*

Sie haben das hier tun müssen, Herr Kollege, weil es offensichtlich keinen Wiener ÖVP-Abgeordneten gibt, der dazu zu sprechen in der Lage ist.

Nachdem Sie, Herr Kollege Keimel, sich damals sehr ausführlich mit den Wiener Problemen beschäftigt haben und das auch heute wieder getan haben, werden Sie mir als Wiener Abgeordneten gestatten, das auch zu tun. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)* Ich werde Ihnen auch hiezu noch etwas sagen, was Ihnen nicht sehr angenehm sein wird. *(Abg. Dr. Keimel: Sie liegen in der Wohnbauleistung an letzter Stelle!)*

Ich habe bereits in meinem vorjährigen Debattenbeitrag auf die Besonderheit der Wiener Wohnbausituation hingewiesen. Ich habe Ihnen gesagt, daß 450.000 Wohnungen - ist gleich 60 Prozent der in Wien befindlichen Wohnungen - aus der sogenannten guten alten Gründerzeit stammen und daß hier 240.000 Wohnungen Substandardwohnungen sind. *(Abg. Dr. Keimel: Sie sind schon wieder hoffnungsvoll in der Vergangenheit!)* Ja, der Herr Kollege Bauer hat mich darauf aufmerksam gemacht. Er war so liebenswürdig. Ich bin ihm recht dankbar dafür! *(Abg. Dr. Bauer: Was täten S' denn sonst reden, wenn ich Ihnen nicht einen Zwischenruf machte?)*

Hätte es, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Ersten Republik und sofort nach dem Krieg in Wien nicht den kommunalen Wohnbau gegeben, so würden wir uns heute in einer sehr, sehr ausweglosen Situation befinden.

Daß dies nicht der Fall ist und daß wir in Wien doch im großen und ganzen der Wohnungsnot Herr werden, das verdanken wir in erster Linie *(Ruf bei der ÖVP: Dem Bauring!)* der Politik der Wiener „Rathaussozialisten“ *(Ruf bei der ÖVP: Dem Architekten Ursprunger!)*, die Sie ununterbrochen hier angreifen. Aber die Bevölkerung von Wien hat Ihnen ja darauf die entsprechende Antwort gegeben. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Die Wähler von Wien haben Ihnen bei der letzten Gemeinderatswahl das Vertrauen weiter entzogen und haben die Wiener Sozialisten fast mit einer Zweidrittelmehrheit ausgestattet. Das war die Antwort der Wähler auf Ihre Politik und auf Ihre Aussagen! Und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es wird immer wieder behauptet, daß der Wohnbau in Wien besonders zurückgehe und immer weniger Wohnungen gebaut würden. Eine Lieblingsplatte Ihrer Partei ist es ja, hier von einem Wohnbaudebakel zu sprechen.

Tatsache ist, Hohes Haus, daß in Wien 1972 8576, 1973 9145, 1974 8225 und 1975 11.667 Wohnungen gefördert wurden. Auch 1976 wurden Darlehen für 10.083 Wohnungen gezählt, wofür 3,3 Milliarden Schilling bereitgestellt wurden, wozu noch 12.000 bewilligte Anträge der Wohnungsverbesserung kommen,

Schemer

wofür ebenfalls 950 Millionen Schilling aufgewendet werden. 1977 können nur 2,6 Milliarden zugesichert werden.

Die Situation Wiens unterscheidet sich eben von den anderen Bundesländern grundlegend schon dadurch, weil in Wien der Bau von Einfamilienhäusern weniger ins Gewicht fällt und wir in Wien einen sehr hohen Anteil an verbesserungswürdigen Wohnungen haben.

Weil Sie immer wieder, meine sehr geehrten Herren von der ÖVP, behaupten, daß der Wohnbau in Wien so schlecht sei, darf ich Sie auf einen Artikel in der Zeitung „Die Presse“ hinweisen, einen Artikel vom 22. Oktober, wo diese Zeitung zugibt, daß Wien die großzügigste Wohnbauförderung hat, die es gibt, und diese Zeitung es bedauert, daß eben jetzt nun die Förderung in Wien bald auf das übliche Niveau Restösterreichs abrutschen wird. Die Zeitung „Die Presse“, die uns wahrlich nicht nahesteht, mußte also feststellen, daß es in Wien eine vorzügliche Förderung gibt. Und da kommen Sie daher und sprechen von einem „Wohnbaudebakel“.

Der Vorrang – das ist ein Prinzip der Wiener Sozialisten – gilt dem kommunalen Wohnbau, der vor allem für die Bedarfsdeckung der Notstandsfälle und Grundfreimachungen notwendig ist, und dann kommt schon der Genossenschafts- und Einfamilienhausbau.

Keine Mittel wird es für juristische Personen geben, die mit Grund und Boden spekulieren wollen.

Weil man von den Wohnungsgrößen heute hier gesprochen hat, möchte ich auch sagen: Aus der Statistik ist ersichtlich, daß die durchschnittliche Wohnungsgröße beim kommunalen Wohnbau in Wien bei 78 m² liegt und sich durchaus mit den Wohnungsgrößen der anderen Bundesländer messen kann.

Noch etwas, meine Damen und Herren, hatte Wien bisher anderen Bundesländern voraus. Ein sehr großzügiges System der Wohnbauhilfen garantiert seit Juli 1974, daß keine Familie, die eine geförderte Wohnung bekommt, aus finanziellen Gründen auf diese Wohnung verzichten müßte; ein System, das mit der Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes eine bundeseinheitliche Regelung ermöglicht.

Und nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Worte zum Einsturz der Wiener Reichsbrücke. Sehen Sie, bereits eineinhalb Stunden nach dieser Katastrophe befanden sich die Mandatäre der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei beim Krisenstab, während seitens der Österreichischen Volkspartei ein einziger Gemeinderat, der Kollege Glatzl

aus der Brigittenau, im Rathaus anwesend war. *(Abg. Dr. Bauer: Sie wissen ganz genau, daß die Kollegen außerhalb Wiens waren!)* Auch der Bezirksvorsteher Köppel war nicht in Wien; er war in Oberösterreich auf Urlaub und war bereits um 10,30 Uhr in Wien. *(Abg. Dr. Bauer: Wo war der Stadtrat Hoffmann?)*

In diesen Stunden, meine Damen und Herren, gab es eine einmalige Solidarität der Wiener und auch der gesamtösterreichischen Bevölkerung. *(Abg. Dr. Bauer: Wo waren denn Sie?)* Ich war um 7,10 Uhr im Büro des Bürgermeisters, um 7,10 Uhr war ich im Büro des Bürgermeisters, und der Kollege Glatzl wird Ihnen das bestätigen müssen. Es waren alle Mandatäre des 22. Bezirkes um 7,10 Uhr im Büro des Bürgermeisters. *(Abg. Dr. Bauer: Wo war der zuständige Ressortleiter?)*

In diesen Stunden, meine Damen und Herren, ich sagte das schon, gab es eine einmalige Solidarität der Wiener und auch der gesamtösterreichischen Bevölkerung. Es blieb Ihnen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, vorbehalten, aus diesem tragischen Ereignis ein politisches Geschäft zu machen, noch ehe die Ursachen des Einsturzes feststanden. *(Abg. Dr. Bauer: Sie haben meine Aussagen verschlafen!)*

Das Geschütz, das Sie hier gegen den Bürgermeister abfeuern wollten, ist allerdings durch einen Rohrkrepiere zerbrochen, und die größten Trümmer dieses Geschützes haben Sie, Herr Kollege Bauer, getroffen und den Wiener Fraktionsvorsitzenden der ÖVP, den Herrn Hahn. *(Schwacher Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Wilder Applaus bei der SPÖ. – Heiterkeit.)*

Etwas eigenartig ist auch das Verhalten der Wiener ÖVP im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau. Da faßt der ÖAAB Donaustadt im Oktober eine Resolution, die den raschesten Neubau der Wiener Reichsbrücke verlangt. Der Herr Bautenminister und der zuständige Wiener Stadtrat, Professor Wurzer, schlagen einen Projektwettbewerb vor. Das lehnt die ÖVP im Wiener Gemeinderat ab und verlangt einen Ideenwettbewerb, obwohl Sie wissen, daß dies den Bau um ein Jahr verzögern würde. Und Sie stellten sich damit in Gegensatz zu 13 anerkannten Fachleuten in der Jury, Sie treten in Gegensatz zum Herrn Architekten Müller-Hartburg, den Sie ja wahrlich nicht als Sozialisten bezeichnen können. Dafür, meine Damen und Herren, hat aber die Bevölkerung Wiens überhaupt kein Verständnis. Und insbesondere die Bewohner des linken Donaufers erwarten den raschesten Baubeginn der Reichsbrücke und kein unnötiges Hinauszögern. Sie erwarten gleichzeitig, daß mit dem Bau der

Schemer

neuen Brücke auch die U-Bahnlinie 1 nach Kagran verlängert wird.

Die Bevölkerung Wiens hat kein Verständnis dafür, daß mit dem Brückenbau neuerlich ein politisches Geschäft gemacht wird. Und daher wird die ÖVP auch bei den kommenden Wahlen die entsprechende Antwort bekommen. Sie werden Ihnen wieder zurufen: Noch einmal zurück in das Trockendock, aus dem Sie mit einem großen Leck wieder herausgekommen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesminister Moser. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Bauten und Technik **Moser**: Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man gestern und heute den Rednern der Österreichischen Volkspartei aufmerksam zugehört hat, dann klingt das ungefähr so, als ob das Jahr 1977 die Katastrophe für die Österreichische Bauwirtschaft bringen wird. Fast auf den Tag genau vor einem Jahr wurde ebenfalls im Plenum des Nationalrates das Kapitel Bauten besprochen. Und auch damals haben die Redner der Österreichischen Volkspartei vor allem, wie der Herr Abgeordneter Regensburger und andere, gemeint, das Jahr 1976 werde die Katastrophe für die österreichische Bauwirtschaft bringen. Und nicht anders war es im Jahre 1974. In wenigen Tagen läuft nun das Jahr 1976 ab, und ich glaube, daß die Frage berechtigt ist, ob das eingetreten ist, was vor einem Jahr, genau am 16. Dezember 1975, von der Opposition in diesem Hause vorausgesagt wurde.

Für die österreichische Bauwirtschaft, meine Damen und Herren, ist die konjunkturelle Situation 1976, soweit dies nach den bis jetzt vorliegenden Unterlagen beurteilt werden kann, besser, als zu Beginn des Jahres angenommen wurde. Wurde am Beginn des Jahres mit einem gesamtösterreichischen Bauvolumen von etwa 117 Milliarden Schilling gerechnet, so stieg dieses Gesamtbauvolumen durch den Einsatz von Milliardenbeträgen, die die österreichische Bundesregierung im Rahmen ihrer Stabilisierungs- und Konjunkturbelebungs vorsorge zusätzlich freigemacht hat, zunächst auf ein Gesamtbauvolumen von etwa 122 Milliarden Schilling, und soweit jetzt abgeschätzt werden kann, werden wir voraussichtlich etwas über 125 Milliarden Schilling Gesamtbauvolumen erreichen, was gegenüber dem Gesamtbauvolumen des Jahres 1975 eine gar nicht unwesentliche Steigerung bedeutet. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Kammerhofer: Das ist die Inflation!)*

Herr Abgeordneter! Ich komme gleich auf die Entwicklung der Preise in der Bauwirtschaft zu

sprechen. Wenn Sie etwa gestern dem Bundesinigungsmeister der österreichischen Baugewerbe, dem Ihrer Partei zugehörigen Abgeordneten Letmaier, aufmerksam zugehört haben, dann wissen Sie, wie sehr und wie beredt er die „ruinöse“ - wie er meinte - Wettbewerbssituation beklagt hat, daß also die Preissteigerungsraten in der Bauwirtschaft im Jahr 1976 seiner Meinung nach weit unter dem zurückgeblieben seien, was er und offenbar das Baugewerbe sich erhofft hatten. *(Abg. Kammerhofer: Er kennt die Sorgen der Bauindustrie, nur Sie kennen sie nicht!)*

Ich sagte, 125 Milliarden Schilling wird das Gesamtbauvolumen 1976 voraussichtlich ausmachen. Und weil Sie eben gerade bei den Preisen waren, Herr Abgeordneter; ja, es ist schon richtig, was der Herr Abgeordnete Letmaier gestern hier gemeint hat, daß im Jahre 1976 in den ersten drei Quartalen in der Bauwirtschaft Preissteigerungsraten zu verzeichnen waren, die unter der allgemeinen Lebenshaltungskostenentwicklung zurückbleiben. Nämlich im ersten Quartal 3,1, im zweiten Quartal 4,3 und im dritten Quartal durchschnittlich 5,9 Prozent. Aber, meine Damen und Herren, vergessen Sie und vergessen wir doch nicht, auf welchem Sockel diese 3, 4 und 5,9 Prozent aufbauen! Vergessen wir doch nicht, daß im Jahre 1974 die durchschnittliche Preissteigerung 15,7 Prozent - über das ganze Jahr gerechnet - betragen hat; im Jahr 1973 in den einzelnen Quartalen 22, 19, 19 und 20 Prozent betragen hat; und im Jahre 1975 noch im ersten Quartal 12,1, im zweiten 7,1, im dritten 5,8 und im vierten 4,4 Prozent!

Vergessen wir doch nicht, daß die Prozentsteigerungen, die im heurigen Jahr nun verzeichnet werden, auf einem bereits überhöhten Sockel gegenüber der Entwicklung der Wirtschaft in den anderen Bereichen aufbaut, und daher ist das kein Indikator, daß es der Bauwirtschaft angeblich so schlecht ginge. *(Abg. Kammerhofer: Das ist die falsche Budgetpolitik!)*

Und darf ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sagen, am deutlichsten und wohl am eindrucksvollsten spiegelt sich die Situation ja in der Beobachtung der Arbeitsmarktsituation wider. Was wurde nicht vor einem Jahr an Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft vorausgesagt und prognostiziert! Wir hatten Ende Oktober des heurigen Jahres mehr als 273.000 Beschäftigte und einen Stand von 1403 Arbeitssuchenden, also dem Baugewerbe zuzurechnenden Arbeitskräften, gezählt, was einer Arbeitslosenrate von weniger als 1 Prozent, von nur etwa 0,5 Prozent entspricht. Das bedeutet für Ende Oktober und die übrigen Monate davor tatsächliche Vollbeschäftigung im Bereich der Bauwirtschaft. *(Beifall bei der SPÖ.)*

4158

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Bundesminister Moser

Trotz aller Voraussagen, die vor einem Jahr gemacht wurden, nämlich daß das Jahr 1976 ein Katastrophenjahr werden würde, sind durch die Maßnahmen der Bundesregierung die Arbeitsplätze in diesem zweifellos so wichtigen Wirtschaftsbereich im Jahre 1976 gesichert worden.

Wenn wir Ende November, wie dargestellt wurde, 2774 Arbeitssuchende zählten, so sind das etwa um die Hälfte weniger, als es im Jahre 1975 der Fall gewesen ist. Das ist auch wieder nur durch den zusätzlichen Einsatz von Mitteln, die die Bundesregierung im Rahmen ihrer Konjunkturbelebung für das Jahr 1976 vorgesehen hatte, möglich gewesen.

Wenn nun die letzten Umfragen bei den potenten Auftraggebern in Österreich für das kommende Jahr stimmen, so können wir im kommenden Jahr mit einem gesamtösterreichischen Bauvolumen von etwa 136 Milliarden Schilling rechnen, was eine Ausweitung von ungefähr 9 Prozent gegenüber heuer ausmachen würde. Und es wird zweifellos an der Bauwirtschaft in Österreich selber liegen, wieviel von diesen 9 Prozent dann am Ende des kommenden Jahres auch als reales Wachstum der Bauwirtschaft zu verzeichnen sein wird. Ich glaube, daß der reale Zuwachs im kommenden Jahr doch einige Prozente ausmachen wird.

Und nun zu einigen in der Debatte aufgeworfenen Fragen. Ich sagte schon, daß der Abgeordnete Letmaier die Preisentwicklung im heurigen Jahr beklagte. Und er meinte weiters, der Auftraggeber könnte mit der Situation zufrieden sein. Ich möchte ihm folgendermaßen antworten: Natürlich ist der Auftraggeber daran interessiert, günstige Preise zu erhalten. Ich glaube, es wäre falsch, wenn die Auftraggeberseite, gleich wo immer sie vorhanden ist, daran nicht interessiert wäre.

Aber wir sind genauso wenig interessiert an Erscheinungen, wie etwa, daß während des Baues ein Unternehmen zugrunde geht. Wenn gestern der Herr Abgeordnete Letmaier meinte, er könne mir aus der Steiermark eine Fülle von Beispielen, wo das eingetreten sei, sagen - er hat keine Baustelle genannt -, dann möchte ich ihn hier in aller Form auffordern, mir diese Baustellen in der Steiermark, soweit sie vom Bund betrieben werden, zu nennen, die durch die Konkursansage von Bauunternehmungen monatelang unterbrochen gewesen sein sollen. Wir im Bautenministerium kennen keine solchen monatelangen Verzögerungen durch das Zugrundegehen von Firmen. *(Abg. Kammerhofer: Herr Bundesminister, aber die Betriebe sind in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, besonders die neue geschäftliche Kreditverteilung bringt sie in Schwierigkeiten!)*

Herr Abgeordneter! Ich gehe auf das ein, was hier gestern abend in der Debatte sehr konkret behauptet wurde, und ich möchte nichts anderes, als daß Ihr Abgeordneter Letmaier mir konkret Angaben macht, wo, auf welcher Baustelle monatelang gefeiert werden mußte, weil die Firma zugrunde gegangen wäre. *(Abg. Dr. Gruber: Das wird er machen!)*

Daß es immer wieder vorkommt, meine Damen und Herren, daß ein Unternehmen konkursreif wird, ist nicht eine spezifische Erscheinung des Jahres 1976. Diese Erscheinungen haben wir auch damals in den Jahren 1972 und 1973 gehabt, als wir geradezu einen Bauboom in Österreich erlebten. Das hat aber mit der Auftragsituation im allgemeinen in der Bauwirtschaft überhaupt nichts zu tun. *(Ruf bei der ÖVP: Das ist ja der Beweis!)*

Wenn der Herr Abgeordnete Letmaier nun so beredt verlangt hat, daß jetzt bereits ungefähr die Konjunkturbelebungs- und die Stabilisierungsquote für das kommende Jahr freigegeben werden müßten, so kann ich Sie, meine Damen und Herren, beruhigen. Es zeichnet ja gerade die jetzige Regierung aus, daß sie sich alle Monate zumindestens einmal mit der Arbeitsmarktsituation in Österreich befaßt, und zwar nicht nur global, sondern bis hinein in die einzelnen Länder und die einzelnen Arbeitsamtsbereiche.

Und so wie wir, als wir gesehen haben, daß die private Nachfrage nach Bauleistungen so stark zurückgeht, das bis jetzt getan haben, nämlich in diesem Augenblick zusätzliche Mittel freizumachen, um die Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft zu sichern, so werden wir diese Politik auch im kommenden Jahr fortsetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Er meinte auch, der Wohnbau in Österreich sei in einer Krise, in einer permanenten Krise. Er hat wieder die 5000 Wohnungen mehr urgiert. Ich habe lange vor den letzten Nationalratswahlen - und nicht nur ich, alle Abgeordneten der sozialistischen Fraktion in diesem Hause haben das gleiche getan - erklärt: Jawohl, es stimmt, wir haben das uns gesteckte Ziel nicht voll erreicht. *(Abg. Dr. Keimel: Überhaupt nicht voll!)* Zugegeben, nicht voll erreicht! Aber während in der Zeit Ihrer Alleinregierung durchschnittlich 22.000 geförderte Wohnungen fertiggestellt wurden, halten wir heute bei einem Stand von etwa 30.000, und diese Zahl steigt, meine Herren.

Vergessen Sie aber doch eines nicht: Sie reden immer von den Globalzahlen. Und wenn der Herr Abgeordnete Melter, wofür ich sehr dankbar bin, vorgerechnet hat, daß wir in diesem Jahrzehnt nahezu eine halbe Million

Bundesminister Moser

Wohnungen fertigstellen werden – ich teile seine Meinung –, dann sollte man dabei nicht vergessen, daß in dieser Zeit der früher von Ihnen mitgezählte Apartmentwohnungsbau und Zweitwohnungsbau außerordentlich stark zurückgegangen ist, sodaß die Zahl der heute produzierten Wohnungen fast ausschließlich geförderte Wohnungen beinhaltet. *(Abg. Dr. Keimel: Sie können nicht die Statistik umbilden!)*

Ich teile mit Ihnen allerdings auch die Meinung, daß öffentliche Mittel, die wir zur Verfügung stellen, nicht zur Förderung von Zweitwohnungen verwendet werden sollen.

Meine Damen und Herren! Ich gönne jedem, der es sich leisten kann, das Häuschen im Grünen, aber wir sollen die von uns allen aufgebrauchten Mittel primär, das ist auch ein Appell an die Länder, dazu verwenden, jenen zu helfen, die noch nicht einmal die erste Wohnung in Ordnung haben. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Keimel: Herr Minister, bleiben Sie auf dem Teppich!)*

Wir haben vor den Wahlen gesagt, daß wir das Ziel, 5000 Wohnungen mehr, nicht erreicht haben. Wir haben auch, und Ihnen ist ja bekannt, was die Ursache dafür ist, Baupreissteigerungen in dem von mir schon zitierten Ausmaß von 20 und mehr Prozent, Grundkostensteigerung und Kreditkostensteigerung – sicherlich zugeben.

Aber ich glaube, meine Damen und Herren, wenn da und dort heute gesagt wird: Wozu überhaupt noch einen Neubau von Wohnungen, so ist das nicht richtig. Sie kennen diese Stimmen ja auch sehr genau, die sagen, es gäbe in Österreich ja schon Tausende Wohnungen mehr als Haushalte, und man solle daher diesen geförderten Wohnungsbau einschränken und das Geld lieber für andere Zwecke verwenden. Ich wehre mich entschieden gegen eine solche Auffassung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Denn eine globale Statistik, die sicher aussagt, daß in ganz Österreich mehr Wohnungen als Haushalte vorhanden sind, aber bei diesen mehr Wohnungen auch jene Urlauberwohnungen und jene Apartmentwohnungen mitgezählt werden, die für den österreichischen Konsumenten nicht greifbar sind, und auch jene Wohnungen mitgezählt werden, die in Absiedlungsgebieten frei geworden sind und nicht mehr wieder besiedelt werden oder werden können, eine so globale Betrachtung der Statistik wäre völlig falsch. Denn in unseren Ballungsräumen, in unseren Industriebereichen und Zentren leiden wir nicht nur noch an einem qualitativen Fehlbestand, sondern auch an einem quantitativen Fehlbestand.

Meine Damen und Herren! Wenn aber hier das Klagegedicht angestimmt wurde, wie schlecht es uns in Österreich eigentlich gehe, da ist mir so der Gedanke gekommen, besonders bei Ihrer Rede, Herr Abgeordneter Keimel, daß der Komet nächstes Jahr käme wie bei Nestroy. Ich bin sicher, er kommt genauso wenig wie bei Nestroy. Wenn es uns also so schlecht geht, dann frage ich mich, Herr Abgeordneter, wie es dann eigentlich möglich ist, daß wir allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres nahezu 170.000 Personenkraftwagen und Kombis in Österreich neu zugelassen haben. Die sind ja verkauft worden, und zwar in dieser Zeit, in der es uns so „schlecht“ geht.

Ich frage mich, Herr Abgeordneter, woher es denn eigentlich kommt, daß, wenn es uns also so „schlecht“ geht, sich ... *(Abg. Dr. Keimel: Herr Minister! Unterhalten Sie sich mit dem Herrn Bundeskanzler! Der hat das gestern erklärt!)*

Wenn es uns so schlecht geht, Herr Abgeordneter, wie Sie es dargestellt haben, frage ich mich, wie es dann möglich ist, daß sich bei der Ausgabe von 1000 S-Goldmünzen so viele Hunderte und Tausende Menschen geradezu anstellen, um noch einen dieser Tausender zu erreichen, der ja nicht verschenkt wird! *(Abg. Dr. Keimel: Da sehen Sie, was die Leute für ein Vertrauen in Ihr Papiergeld haben!)*

Herr Abgeordneter Dr. Keimel! Nun zu Ihrer alten Aussage, der Wasserwirtschaftsfonds sei pleite. Ich sage Ihnen auch heuer wieder, Herr Abgeordneter: Es ist offenbar für Sie nicht erklärbar, daß ich auch im heurigen Jahr von der mir vom Parlament gegebenen Ermächtigung, Anleihen aufzunehmen, vom Ermächtigungsbereich nicht voll Gebrauch machen mußte, weil jede Rechnung, die beim Wasserwirtschaftsfonds einlangt, prompt bezahlt werden kann und ich nicht Geld zu 8 oder 9 Prozent ausleihen werde, wenn ich es nicht zur Bezahlung von Rechnungen brauche, aber dafür um 5 oder 6 Prozent auf die hohe Kante legen sollte. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kammerhofer: Es ist doch selbstverständlich, daß man zahlt!)*

Ich habe Ihnen, meine Damen und Herren, in einer Anfragebeantwortung mitteilen müssen, daß zum Ende September fällig gewesene, aber nicht abberufene Beträge von 1,8 Milliarden Schilling aus dem heurigen Budget des Wasserwirtschaftsfonds noch zur Verfügung standen, die in diesem Jahr nicht mehr abberufen werden können. *(Abg. Dr. Keimel: Weil die Gemeinden nicht mehr können, und mit dem Geld arbeiten Sie! Die finanzielle Struktur ist kaputt!)*

Herr Abgeordneter! Es ist immer wieder das gleiche: Die Vergabe, die Zusicherung von

4160

Nationalrat XIV. GP – 43. Sitzung – 15. Dezember 1976

Bundesminister Moser

Darlehen nutzt den gesamten Ermächtigungsbereich voll aus. Die Abberufung der Gelder erfolgt in einem ganz anderen Rhythmus und in einer ganz anderen Zeitabfolge, und Sie, die Sie ja aus der Bauwirtschaft kommen, wissen genau, daß da und dort einmal ein Bau hängenbleibt, daß da und dort einmal sonstige Verfahren nicht rechtzeitig über die Bühne gebracht werden können, weshalb das Abberufen in einem ganz anderen Tempo vor sich geht als die Zusage von Darlehen.

Sie haben im vorigen Jahr ebenfalls davon geredet, daß der Wasserwirtschaftsfonds am Ende seiner Leistungsfähigkeit wäre. Am 6. Mai des heurigen Jahres haben wir im Wasserwirtschaftsfonds gemeinsam mit allen Vertretern der Parteien, die dort tätig sind, ein neues zusätzliches Förderungsprogramm im Ausmaß von mehr als 10 Milliarden Schilling Bauvolumen für die nächsten Jahre begutachtet und beschlossen, und die Zusicherungen der Darlehen sind in der Zwischenzeit an die einzelnen Gemeinden und -verbände ergangen.

Herr Abgeordneter Schmidt! Sie haben beklagt, daß der Bund für den Straßenbau nichts aus den allgemeinen Budgetmitteln zahle. Ich teile Ihre Auffassung nicht. Herr Abgeordneter! Es dürfte Ihnen entgangen sein, daß etwa im Bereich der Gesellschaften die Anteile an diesen Gesellschaften nicht aus der Bundesmineralölsteuer, sondern aus echten Budgetmitteln genommen werden und daher der Finanzminister sehr wohl auch aus dem allgemeinen Budget Leistungen für den Straßenbau erbracht hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie werden, Herr Abgeordneter, sich doch auch daran erinnern, daß wir das Betätigungsfeld etwa der Arlbergstraße-Gesellschaft, der Pyhrn-Autobahngesellschaft, der Tauern-Autobahngesellschaft ausgeweitet haben, was natürlich auch wieder neue zusätzliche finanzielle Leistungen des Bundes beziehungsweise des Finanzministers für den Straßenbau zur Folge gehabt hat.

Autobahnbau billiger! – Herr Abgeordneter! Ja, aber Sie haben einen Satz dabei zu zitieren vergessen: daß ich immer gesagt habe: Ja, aber keinesfalls auf Kosten der Sicherheit!

Bei der Durchleuchtung der Frage, wie man den Autobahnbau im gesamten billiger gestalten kann, ist zum Beispiel etwas herausgekommen, was mir sehr vernünftig erscheint: Früher einmal wurde vom Böschungsfuß auch noch ein mehrere Meter breiter Grundstreifen miteingelöst, um auf diesem Grundstreifen, der der Autobahn gehört, ein Fahrzeug zur Bepflanzung beziehungsweise Betreuung der Böschung fahren lassen zu können. Wir brauchen das aber

nicht, glaube ich, und so sind wir da schon sparsamer geworden, ohne daß darunter die Sicherheit im geringsten leiden könnte.

Nun zur Frage der Zeitungsmeldungen im Zusammenhang mit dem Einsturz der Reichsbrücke. Herr Abgeordneter! Es gibt keinen einzigen mir bekannten Bericht der Expertenkommission, aus dem hervorgeht, daß diese etwa in dieser Richtung auch nur eine Andeutung machen würde. Woher eine solche Zeitungsmittelteilung kommt, entzieht sich völlig meiner Kenntnis.

Sie haben nach dem Wortlaut der Dienstanweisung gefragt und dabei die Bahn ins Spiel gebracht. Herr Abgeordneter! Es besteht halt einmal ein Unterschied: Die Bahn ist in der eigenen Verwaltung des Bundes, während nach unserer Kompetenzverteilung die Brücken und Straßen in der Verwaltung der Länder stehen, und daher hat die Dienstanweisung darüber, was im Rahmen der Instandhaltung zu tun ist, auch auf die Vorschriften, die dort bestehen, Bezug genommen. Ich habe vor kurzem, glaube ich, dem Hohen Haus auch in einer schriftlichen Beantwortung einer Anfrage mitgeteilt, seit wann beziehungsweise in welchen Ländern solche Prüfungsvorschriften bestehen, und zwar nach dem letzten Stand.

Meine Damen und Herren! Ich darf zum Abschluß kommen: Es ist das erklärte Ziel dieser Regierung, auch im kommenden Jahr ein höchstmögliches Maß an Beschäftigung in Österreich sicherzustellen. Ich bin davon überzeugt, daß mit dem Budget beziehungsweise mit dem Bautenbudget im Bereich der Bauwirtschaft das ebenso gelingen wird, wie es im heurigen Jahr gelungen ist, im heurigen Jahr mit jenem Budget, das von Ihnen abgelehnt wurde und das nun am Ende dieses Jahres den Beweis dafür erbracht hat, daß die Beschäftigung in der Bauwirtschaft im Jahr 1976 als Vollbeschäftigung bezeichnet werden kann.

Allerdings, meine Damen und Herren, glaube ich, sollten wir in einem einig sein: Wir sollten die österreichische Bauwirtschaft nicht über jenes Maß hinaus aufblähen, das aus der heimischen Nachfrage für dauernd befriedigt werden kann. Denn nur so werden wir die kontinuierliche Beschäftigung der österreichischen Bauwirtschaft, die Arbeitsplätze in diesem Bereich erhalten können, und in dieser Auffassung stimmt mit mir auch eine große Zahl der österreichischen Bauunternehmungen überein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hagspiel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Hagspiel** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Minister! Sehr geschätzte Damen und Herren! Der Herr Bundesminister für Bauten und Technik beklagt wie alljährlich, die Österreichische Volkspartei würde in dieses Haus eine Katastrophenstimmung tragen.

Dies nur deswegen, weil sie die Sozialisten daran erinnert, daß sie ihre Versprechen an sich nicht halten. Es ist nun eine Tatsache, daß sie vor 1970 dem Wähler versprochen haben, jährlich 5000 Wohnungen mehr zu bauen, und dieses Versprechen konnten sie nicht einhalten, was Sie auch heute zugegeben haben.

Sie haben unter anderem auch gesagt, daß Sie zum Unterschied von der Österreichischen Volkspartei Appartementwohnungen nicht fördern. Ja, Herr Bundesminister, sagen Sie uns, wo und wann von der Österreichischen Volkspartei eine Appartementwohnung gefördert worden ist? (*Abg. Pölz: Sie haben geschlafen! Das hat er eh gesagt! Mittagsschlaf!*) Appartementwohnungen wurden nie gefördert. (*Abg. Dr. Keimel: Früher haben sich die Leute noch freifinanzierte Wohnungen leisten können! So ist es! - Weitere Zwischenrufe.*)

Nun zur Statistik. Herr Abgeordneter Schemer hat sich gerühmt, daß jetzt die Bautätigkeit bei den fertiggestellten Wohnungen bereits schon fast an die 50.000-Grenze herangekommen wäre. Wenn wir die Statistik anschauen, merken wir: 1969 wurden schon 49.131 Wohnungen fertiggestellt, 1970 waren es 44.077, 1971 44.159, also immer weit unter den 5000 zusätzlich versprochenen, 1972 waren es 50.373, 1973 44.193, 1974 50.131, und 1975 ist man wieder zurückgefallen, und zwar auf 48.000 fertiggestellte Wohnungen. (*Abg. Schemer: Kommen Sie auf 47.500 im Durchschnitt! - Abg. Dr. Keimel: Sie haben ja von „Plus 5000“ gesprochen! - Abg. Schemer: Die Wohnungsgröße ist ja gestiegen! - Abg. Dr. Gruber: Sie stehen vor der Situation, daß Sie ein Versprechen nicht halten können! - Abg. Schemer: Das ist eine Milchmädchenrechnung! - Abg. Dr. Gruber: Das ist keine Milchmädchenrechnung! Er soll es Ihnen vorrechnen!*)

Vor allem ist aber auch entscheidend, an welcher Stelle Österreich international - umgerechnet jährlich fertiggestellte Wohnungen pro 100.000 Einwohner - steht. Wenn wir die internationale Statistik anschauen, in der 21 Staaten vertreten sind, stellen wir fest, daß Österreich an 19. Stelle steht. Führend ist vor allem Finnland, in Finnland werden auf 100.000 Einwohner jährlich 15,4 Wohnungen fertiggestellt, in Österreich sind es nur 6,6. Hinter Österreich ist nur noch Portugal, Großbritannien und Italien.

Herr Bundesminister! Sie sind vor allem in Ihrem Budget und in Ihrem Ressort für drei Hauptkapitel verantwortlich. Dies ist vor allem der Wohnbau mit Verbesserungen, der Straßenbau mit der Erhaltung und der Wasserwirtschaftsfonds.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede zum Voranschlag 1977 betont, daß wir uns jetzt nach dem schwersten wirtschaftlichen Rückschlag, den wir seit 1945 erleben mußten, wieder in einem steigenden Konjunkturklima befinden. Er hätte daher aus dieser Situation heraus das Budget für 1977 erstellt, das wäre ein Ausdruck von Unsicherheit und Vorsicht.

Diese Unsicherheit und Vorsicht, die der Herr Finanzminister in der Budgetrede durchklingen ließ, spiegelt sich vor allem beim Bautenbudget wider.

Aber Unsicherheit und Besorgnis ergreift auch den österreichischen Steuerzahler. Der Bürger hätte bestimmt Verständnis, wenn die Regierung sparen würde, wenn auch das Sparen einen Erfolg hätte. Aber trotz allem, der Schuldenberg wächst jährlich an, und wir müssen leider verzeichnen, daß wir im Jahre 1977 um viermal mehr Schulden haben werden als in den ganzen 24 Jahren, in denen die Österreichische Volkspartei den Finanzminister gestellt hat.

Wenn wir 1977 ein Defizit von 50 Milliarden Schilling haben werden, werden die wenigsten Bürger einen Begriff haben, um welche Größenordnungen es hier geht. Es wird mit den Milliarden herumgeschmissen, als ob es Kleingeld wäre.

Um ein klein wenig Licht hineinzubringen, möchte ich einen Vergleich anführen. Wenn wir die Minuten zählen, die seit Christi Geburt vergangen sind, also in 1976 Jahren, dann ist noch nicht einmal eine Milliarde Minuten verflossen. Ich glaube, das kann uns einen Begriff geben, was eine Milliarde bedeutet.

Das Bundesministerium für Bauten und Technik würde dringend mehr Mittel brauchen, um nur den dringendsten Bedarf zu decken, aber die SPÖ-Finanzpolitik läßt es nicht zu, denn die Decke ist auf allen Gebieten zu kurz geworden.

So berichtet die Österreichische Gesellschaft für Straßenwesen, daß die Entwicklung der letzten Jahre sehr besorgniserregend, daß vor allem das Ministerium für Bauten und Technik in eine ernste Krise geraten wäre, daß nach allen Seiten nach Auswegen gesucht wird, aber das Finanzdilemma immer problematischer wird. Die Amortisationen der Kredite engen den Finanzspielraum dermaßen ein, daß noch kaum Geld frei verfügbar sein wird.

Wenn aus dieser Situation vom Bundesmini-

Hagspiel

sterium bei Bauten Verzögerungen durchgeführt werden, um Geld zu sparen, dürfte man es sich nicht so einfach machen und die Schuld einfach den Landesregierungen und deren Beamten zuschieben, wie dies bei der Anfragebeantwortung des Abgeordneten Melter in bezug des Pfändertunnels der Fall war.

Dankbar anerkennen wir, daß im Zuge der Verhandlungen über die Wahlgau-Autobahn Einvernehmen erzielt werden konnte, nachdem das Land bereit ist, hier vorzufinanzieren.

Einfallreich scheint die sozialistische Regierung beim Schröpfen der Bürger zu sein. Es ist noch gar nicht lange her, daß die SPÖ-Mehrheit in diesem Hause eine noch nie dagewesene Belastungslawine beschlossen hat. Jetzt wird schon wiederum eine neue Belastung diskutiert, das ist die LKW-Steuer. Hier werden vor allem die entfernten Gebiete besonders hart betroffen. Ein Lastkraftwagenzug, voll beladen von Brenz nach Wien, würde nach dieser Vorlage 4000 S Steuer bezahlen müssen. Es gibt verschiedene Firmen in Vorarlberg, die im inner-österreichischem Raum Filialbetriebe haben, dort Arbeitsplätze schaffen. Sollen sie wirklich dafür bestraft werden?

Österreich ist als Binnenland sehr außenhandelsorientiert und auch darauf angewiesen. Wir haben sehr viel grenzüberschreitenden Verkehr, der eine Lebensnotwendigkeit für unser Vaterland ist. Hier ist es notwendig, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um konkurrenzfähig zu sein. Es sollen aber auch nicht repressive Maßnahmen von den Nachbarstaaten heraufbeschworen werden. Es wäre auch zu prüfen, ob eine solche Regelung mit dem Vertrag, den Österreich mit der EG abgeschlossen hat, übereinstimmend und erlaubt wäre.

Von dieser Steuer am härtesten betroffen sind vor allem die von den Siedlungszentren weit entfernten Gebiete, also in Land- beziehungsweise Berggebieten, die gar keine Möglichkeit haben, in der Fracht auf die Schiene auszuweichen. Die Auswirkung würde diese Gebiete besonders hart treffen. Die Infrastruktur im ländlichen Raum ist eine der Hauptaufgaben, um überhaupt den ländlichen Raum durchbluten zu lassen. Gerade im ländlichen Raum sind die Bürger gezwungen, zum Großteil aus eigenen Mitteln die Güterwege zu erstellen, dieses Wegenetz entlastet aber auch den Bundesstraßenbau. Zudem sollen gerade die, welche geographisch bedingt in einer ungünstigen Lage liegen, hier am meisten draufzahlen.

Im Grünen Bericht von 1975 ist dargelegt, daß vor allem für die in der Berglandwirtschaft Arbeitenden das Einkommen am meisten gesunken ist. Ich glaube, es ist Aufgabe aller, die

Abwanderungen in diesen Gebieten zu stoppen. Hier müßte jede Möglichkeit wahrgenommen werden, damit hier auch noch Leben, Impulse vorhanden sind. Vor allem müßte man die Möglichkeiten ausnützen, die nun die finanzielle Pleitesituation des Staates nicht belasten. Eine solche Möglichkeit wäre, das Bauen in den entsiedlungsgefährdeten Gebieten attraktiv zu machen.

Sie kennen meinen Wunsch schon länger, Sie wissen, daß ich der Auffassung bin, daß man es vor allem dem Pendler, der keine Möglichkeit hat, in diesen Bergregionen oder weit entfernten Regionen einen Arbeitsplatz zu finden, wenigstens leichter macht beim Bauen mit Tolerierung von zusätzlichen ein oder zwei Fremdenzimmern, damit die Frau auch eine Möglichkeit hat, etwas dazuzuverdienen. Es sollte das Budget überhaupt nicht belasten, aber man soll diese Eigeninitiativen nicht untergraben.

Wie gut es die Regierung mit der Landwirtschaft meint, hat wieder in letzter Zeit bewiesen, daß vor der vorzeitigen Beanspruchung von Bauspardarlehen bei Erstellung von landwirtschaftlichen Wohngebäuden der Staat eine Rückerstattung der Bausparprämien verlangt. Die Senatsentscheidung der Rechtsmittelabteilung der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und das Burgenland geht dahin, daß die vorzeitig in Anspruch genommenen Bausparprämien nur dann nicht zurückgezahlt werden müssen, wenn sie widmungsgerecht verwendet werden. Widmungsgerecht wären sie dann, wenn das Wohngebäude zu zwei Drittel als Wohnfläche benützt würde. Bei Landwirten gehören Wohnungen zwingend zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, daher wäre das Darlehen nicht widmungsgerecht verwendet.

Nun, diese Begründung ist doch fadenscheinig und an den Haaren herbeigezogen. In unseren Breitengraden braucht jede Familie eine Wohnung, gleichgültig, welchem Berufsstand sie zugezählt werden kann, und hier muß man doch die Frage stellen, wieso die Landwirtschaft anders und schlechter behandelt wird als andere Berufssparten.

Der Wohnbedarf ist innerhalb der Bundesländer sehr verschieden. Herr Bundesminister, Sie haben im Finanzausschuß erklärt, daß Sie eventuell eine Novelle zum Wohnbaufonds im Jahr 1977 einbringen werden. Es werde auf die wirtschaftliche Entwicklung ankommen.

Hier möchte ich wiederum anmelden, daß man bei der nächsten Novellierung vor allem den Finanzschlüssel ins Auge fassen sollte, denn in diesem Mischschlüssel ist der abgestufte Bevölkerungsschlüssel drinnen, der hier wirklich keinen Platz hat.

Hagspiel

Zum Schluß kommend möchte ich aber auch noch dazu sagen, daß auch bei einer Novellierung dem familiengerechten Wohnbau mehr Augenmerk geschenkt werden müßte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Troll.

Abgeordneter **Troll** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die bei der Beratungsgruppe X zur Debatte stehenden Kapitel 65: Verkehr, Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt, Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen, einschließlich des Konjunkturausgleichsvoranschlags, finden die Zustimmung unserer Fraktion. Begründung: Weil diese Konjunkturansätze nicht nur zur Konjunkturbelebung der österreichischen Wirtschaft, sondern auch zur Verkehrsverbesserung in allen Bereichen beitragen werden.

Obwohl weltweit die Entwicklung des Verkehrs oft zu unlösbaren Problemen führte, gelang es dieser Regierung, durch rechtzeitig gesetzte Schwerpunkte und Initiativen wesentliche Verbesserungen am Verkehrssektor zu bringen.

Die Verkehrsprobleme, meine Damen und Herren, mit denen wir uns vor allem in den Städten und in industriellen Ballungszentren konfrontiert sehen, sind zum großen Teil durch den jahrzehntelangen Vorrang der Investitionen für den Individualverkehr gegenüber jenen für den öffentlichen Verkehr entstanden.

Ich will jetzt nicht auf ein Verschulden in der Vergangenheit hinweisen, aber die Probleme des Verkehrs haben ja nicht nur Österreich überrollt, sondern alle europäischen Großstädte und die Großstädte der Welt. Während zum Beispiel für Investitionen beim öffentlichen Verkehr – das trifft jetzt wieder Österreich im speziellen – in den Jahren 1955 bis 1975, also in 20 Jahren, nur rund 70 Milliarden aufgewendet wurden, waren es für den privaten Verkehr 310 Milliarden.

Der Bedarf an Verkehrsleistungen wird sicherlich weiterhin rasch zunehmen, und dieses Problem kann nur durch den effizienten Ausbau öffentlicher Verkehrseinrichtungen befriedigt werden. Diese Erkenntnis ergibt sich zwangsläufig aus der Analyse bisheriger Erfahrungen. Alle weltweiten Prognosen über den künftigen Bedarf sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr untermauern diese Schlußfolgerung.

Lassen Sie mich wegen der jetzt unbeständigen Witterungslage mit der Luftfahrt beginnen. Sie zählt bekanntlich neben der Eisenbahn zu den sichersten Verkehrseinrichtungen. Österreichs nationale Fluggesellschaft, die Austrian Airlines, an welcher die Republik fast mit

100 Prozent beteiligt ist, fliegt nicht nur sicher, sondern seit 1971 auch in der Gewinnzone. Auch 1976 ist wieder ein gutes Ergebnis auf Grund der uns bisher vorliegenden Berichte dieses Unternehmens zu erwarten.

Die AUA konnte 1975 erstmals eine Dividende von 4 Prozent ausschütten. Die Umrüstung auf einheitliche, sehr sichere und rationell zu fliegende Flugzeugtypen, wie die DC 9 und in der letzten Version die DC 9 51, sowie die erbaute eigene Werftanlage trugen wesentlich zur Gesundung des Unternehmens bei. Mit dem Bau des Zentralgebäudes in Oberlaa am Stadtrand von Wien wird die vor zirka fünf Jahren begonnene Rationalisierungsphase abgeschlossen sein.

Auch diese Investitionen im Bereich der Austrian Airlines, meine Damen und Herren, flossen hauptsächlich der österreichischen Wirtschaft zu und in sie zurück.

Diese erfolgreiche Expansions- und Investitionspolitik wurde von einem ausgezeichneten Management betrieben, und für ein in aller Welt anerkanntes Service – und das ist bei einer Luftfahrtgesellschaft sehr wichtig und sehr entscheidend – sorgte bestausgebildetes Personal: für die große Sicherheit die qualitativ hervorragenden Techniker und eine spezielle, aber strenge Auswahl erstklassiger Kapitäne und Piloten. Von dieser Stelle aus, meine Damen und Herren, möchte ich für dieses sehr positive Unternehmen allen unseren Dank aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Da es die kommerzielle Fliegerei ohne die Sportfliegerei nicht gäbe, sei mir auch gestattet, trotz der Zeitknappheit auch zur Sportfliegerei kurz etwas zu sagen, denn sie gewinnt immer mehr auch an wirtschaftlicher Bedeutung, und vom Ressort her – das freuen wir uns als Sportflieger immer wieder feststellen zu können – sind zirka 6,9 Millionen für 1977 vorgesehen, um so den Flugtreibenden die Probleme der Sicherheit und der Ausbildung besser lösen zu helfen.

Wir wissen, daß trotz des Sparbudgets diese Mittel dennoch ausreichen werden, obwohl die Flieger immer mehr brauchen würden, aber auch wir wollen uns dem Spargedanken anschließen und hoffen, daß wir doch imstande sind, mit Unterstützung des Ressorts die wichtigsten Probleme zu lösen.

Eines darf ich hier, glaube ich, auch feststellen: Die in die Sportluftfahrt investierten Gelder vervielfachen sich durch die mit großem Idealismus aufgebrauchten Mittel der Akteure, und alle diese Leistungen kommen wieder der Gemeinwirtschaft zugute.

4164

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Troll

Es sind – und das muß ich kurz erwähnen – natürlich laufend viele legistische Maßnahmen notwendig und erforderlich, weil von der Zivilluftfahrtpersonalverordnung bis zu den notwendigen gesetzlichen Regelungen der Flugzeughalter, der Flugplatzhalter immer wieder Neuerungen notwendig werden.

Ich möchte jetzt nicht im Detail auf diese Problematik eingehen. Ich möchte aber als Spitzenfunktionär des Österreichischen AERO-CLUBS und der Sportluftfahrt, aber auch als Vorsitzender unserer Fraktion im Luftfahrtbeirat nicht versäumen, dem Herrn Sektionschef Dr. Halbwayer und seinen Mitarbeitern für die sehr gute und unbürokratische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet herzlich Dank zu sagen. Denn die Funktionäre der Sportfliegerklubs kommen meistens mit der Formalität und den bürokratischen Einrichtungen nicht zu Rande. Hier haben wir stets Verständnis und Hilfe gefunden, und das wird von uns auch entsprechend gewürdigt.

Meine Damen und Herren! Bei der Luftfahrt gibt es nicht nur die aktiven Flieger, sondern auch die Flugplätze und -häfen, denn ohne Flughäfen und ohne Flugplätze geht es eben nicht. Ich darf daher auch kurz zu den Flughäfen einiges andeuten.

Die Flughafen Wien Betriebs-Ges. m. b. H. hat eine weitere Kapitalerhöhung erfahren, der Bundesanteil wurde mit 50 Prozent beibehalten, damit ist aber die Weiterführung des Flughafen-ausbaues Wien-Schwechat, der ja zu den großen Flughäfen dieser Welt zählt, gesichert.

Die anderen österreichischen Flughäfen, die auch wesentlich in ihrer Frequenz zugenommen haben, wie Graz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Linz, haben ihre Bauprogramme bereits in Arbeit oder zum Großteil schon verwirklicht. Die enorme Zunahme des Linien- und Charterverkehrs zwang zu gewaltigen Investitionen in allen Bereichen.

Nach dem Grundsatz „Sicherheit hat Vorrang“ wurden schon 1975 61 Millionen Schilling an Bundeszuschüssen den Bundesländerflughäfen beziehungsweise deren Betriebsgesellschaften gewährt. Für weitere Ausbaustufen werden Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck weitere 48 Millionen Schilling aus dem Budget 1977 bekommen.

Auch im Zusammenhang mit den Entwicklungsarbeiten auf den Flugfeldern und Flughäfen möchte ich allen Verantwortlichen Dank sagen, denn es ist nicht immer leicht a) das Verständnis der Bevölkerung zu finden, b) die Finanzierungen zu sichern und c) diese Detailarbeiten zu leisten, welche notwendig sind, um in der Gesamtluftfahrt mit entsprechender Sicherheit operieren zu können.

Und nun, meine Damen und Herren, noch zu einem Kapitel, das auch zu dieser Budgetgruppe gehört. Auch wiederum nur im Telegrammstil, um Ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen, nämlich zum Bereich der Post- und Telegraphenanstalten.

Man könnte hier allein einige Stunden reden, würde man alle auf die Gesamtwirtschaft sich auswirkenden Leistungen behandeln wollen.

Ich erinnere nur an die wesentliche Verbesserung des Post-Autodienstes, 1977 sollen 144 neue Post-Omnibusse angeschafft werden. 316 neue Fahrzeuge für den Postdienst und 259 neue Fahrzeuge für den Fernmeldedienst werden 1977 eingestellt. Von 176 Millionen Schilling werden 50 Prozent für Hochbauten zur Verfügung stehen, und durch die Fertigstellung beziehungsweise Fortführung von 59 Bauten und den weiteren Beginn von 33 Hochbauten 1977 wird die Bauwirtschaft nicht unwesentlich belebt, wie überhaupt der postalische und Fernmeldesektor wesentlich zur Auslastung der heimischen Wirtschaft beiträgt.

Ich möchte aber auch allen Verantwortlichen und Bediensteten dieses Bereiches für ihre bisher erbrachten Leistungen und ihr Verständnis auch für Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen aufrichtig danken. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Hauptträger im öffentlichen Verkehr sind die Österreichischen Bundesbahnen. Im Voranschlag 1977 ist das ÖBB-Budget mit Ausgaben von 22,27 Milliarden Schilling, das sind um rund 2 Milliarden oder 9,8 Prozent mehr als im Jahre 1976, dotiert.

Die Einnahmenseite ist mit 15,55 Milliarden Schilling präliminiert; wie jeder öffentliche Betrieb sind auch die Bundesbahnen zu einer rationalen Betriebsführung verpflichtet. Um dieser Verpflichtung nachkommen zu können, ist allerdings die Abgeltung betriebsfremder Lasten eine unbedingte Voraussetzung.

Diese Bundesregierung ist auch in den letzten Jahren in zunehmendem Maße dazu übergegangen, den Österreichischen Bundesbahnen eine Reihe von betriebsfremden Lasten, wie den Pensionsaufwand und die Einnahmehausfälle, begründet durch Sozial- und Subventionstarife, zu ersetzen.

Im Bundesvoranschlag 1977 ist ein Entlastungsbetrag von insgesamt 7,86 Milliarden präliminiert. Für die Entlastung des Pensionsaufwandes sind 5,86 Milliarden und als Abgeltung für Einnahmehausfälle 2 Milliarden vorgesehen. 1976 waren insgesamt 6,81 Milliarden Schilling im Voranschlag, also auch gegenüber

Troll

1976 gibt es heuer eine Verbesserung um 1 Milliarde Schilling.

Bei dieser Betrachtung möchte ich auch auf eine Behauptung des ÖVP-Verkehrssprechers Dr. König eingehen, welche dieser im Finanzausschuß und in einer Pressekonferenz anlässlich einer Vorstellung seines 10-Punkteprogramms anklingen ließ.

Er sagte damals sinngemäß: Der jährliche Zuschußbedarf der Österreichischen Bundesbahnen betrage schon etwa 15 Milliarden Schilling, wobei Pensionsabgeltung, Abgeltung für Sozial- und Subventionstarife und Gesamtabgang addiert wurden. Das ist eine irreführende Verallgemeinerung. Eine Irreführung deshalb, weil sie den völlig falschen Eindruck erweckt, wonach die ÖBB mit diesem Betrag von 15 Milliarden Schilling subventioniert werden müssen.

Hiezu muß ich bei dieser Gelegenheit folgende Klarstellung machen: Erstens: Die Abgeltung auf Grund § 17 des Bundesbahngesetzes für den Pensionsaufwand betrug 5,06 Milliarden Schilling. Durch diesen gesetzlichen Abgeltungsanspruch wurden den Österreichischen Bundesbahnen nur jene Pensionslasten abgenommen, die auch ein Unternehmen der Privatwirtschaft nicht zu tragen hat oder hätte. Man kann auch nicht die Bundeszuschüsse zur allgemeinen Pensionsversicherung dem ehemaligen privaten Arbeitgeber eines Pensionisten teilweise anrechnen.

Zweitens: Die Abgeltungen für Sozial- und Subventionstarife auf Grund § 18 des Bundesbahngesetzes betragen 1,75 Milliarden Schilling. Das sind zweifellos keine Subventionen an die Österreichischen Bundesbahnen, sondern Entgelte für Leistungen, zu deren Erbringung die Bahn von der Bundesregierung her jährlich im Interesse gesamtwirtschaftlicher Überlegungen beauftragt wird. Diese Leistungsentgelte können durchaus mit Frachtzahlungen der Post oder des Bundesheeres verglichen werden, welche aber niemand als Subventionen an die Österreichischen Bundesbahnen bezeichnen würde.

Subventioniert werden daher nicht, Herr Dr. König, die Österreichischen Bundesbahnen, sondern die Tarifbegünstigungen, zum Beispiel Wochenkartenfahrer oder die Landwirtschaft bei Kunstdüngertransporten usw.

Über Probleme des Betriebsabganges der Österreichischen Bundesbahnen und über Bauvorhaben, bauliche Veränderungen, Sonderfinanzierungen wird mein Kollege Prechtl als berufener Sprecher noch im Detail einiges zu sagen haben.

Meine Damen und Herren! Bevor ich mich aber einem anderen Thema zuwende, sei mir noch eine grundsätzliche Stellungnahme gestattet: Infrastrukturpolitik, von der immer wieder geredet wird, ist ohne verkehrspolitische Problemlösung nicht möglich. Die jahrelange Bevorzugung der Straße mußte zwangsläufig zu Wettbewerbsvorteilen dieses Verkehrsträgers gegenüber der Schiene führen.

Im internationalen Güterverkehr wurden jahrelang die Straßenkontingente auf Drängen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft oder aus Gegengeschäftsgründen großzügig aufgestockt.

Erst im letzten Jahr ist eine stärkere Berücksichtigung der Anliegen zugunsten der Schiene festzustellen, dies aber auch wesentlich deshalb, weil Österreichs Straßen den innerösterreichischen und den stark zugenommenen Transitverkehr einfach nicht mehr verkraften können. Immer mehr Transportgut wurde von der Schiene auf die Straße verlegt.

Nur ein Beispiel im Zusammenhang mit dem griechischen Kontingent. 1973 gab es 3800 Transportausweise, 1975 half die Regierung wiederum der Transportwirtschaft, und es wurden zirka 12.000 Ausweise ausgestellt; 1976 waren es schon über 19.000 Ausweise. Das trifft aber nur einen Transitpartner. Wenn Sie das auf ganz Österreich umlegen, werden Sie dann zu einer von mir später genannten Zahl kommen, wonach über 1,500.000 schwere Lastfahrzeuge jährlich unsere Straßen, unsere Ein- und Austrittsstellen an den Grenzen passieren.

Daß bei solchen Entwicklungen die Wettbewerbsbedingungen völlig verzerrt werden, ist leicht erkennbar. Eine wesentliche Voraussetzung zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen zwischen Schiene und Straße wäre notwendigerweise die Bereinigung der Wegekostenfrage.

Die Schiene hat für ihren Fahrweg und dessen Absicherung völlig allein aufzukommen. Im Gegensatz dazu trägt der Schwerlastverkehr der Straße nur einen geringen Teil der von ihm verursachten Wegekosten. Dieser Wettbewerbsvorteil der Straße schlägt sich naturgemäß in der schlechteren Aufkommensentwicklung der Österreichischen Bundesbahn nieder.

Es ist heute aber auch unbestritten, daß ein funktionsfähiges Verkehrssystem in den Ballungsräumen ohne Schiene undenkbar ist. Entsprechende Nahverkehrseinrichtungen müssen sicherstellen, daß unsere Städte erstens nicht im Verkehr ersticken, zweitens ein hohes Maß an Mobilität für den einzelnen Bürger sichergestellt ist und drittens die größere gewonnene Freiheit nicht am Arbeitsweg wieder verloren-

4166

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Troll

geht, nämlich zwischen Wohnung und Betriebsstätte, und viertens: Sowohl beim Bund als auch bei Ländern und Gemeinden, glaube ich, muß man bei den Verkehrsinvestitionen mehr auf Rationalisierungseffekte einschließlich der Flächeneinsparung Wert legen, aber auch dem Energiesparen entsprechendes Augenmerk zuwenden.

Für diese dringendsten Ausbauvorhaben im Nahverkehr sieht das Budget für 1977 jetzt 1,3 Milliarden Schilling vor. Dies ist gegenüber 1976 eine Steigerung von 120 Prozent.

Der Ausbau des Nahverkehrs, meine Damen und Herren, liegt auch im Interesse der übrigen Gebietskörperschaften. Um aber eine rasche Realisierung solcher Vorhaben zu ermöglichen, wird es notwendig sein, daß diese sich entsprechend an den Kosten beteiligen. In den letzten Jahren wurden auch diesbezüglich von den Gebietskörperschaften entsprechende Zusagen gemacht, und es wird vom Ressort her in dieser Richtung verhandelt. Im besonderen sei auch auf die gemeinwirtschaftliche Funktion des öffentlichen Verkehrs hingewiesen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte heute einmal – das hat man bisher nicht getan – der Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft dafür danken, daß sie durch ihre laufende Informationsarbeit sehr wesentlich dazu beiträgt, dieses Bewußtsein in breiteren Bevölkerungskreisen zu wecken.

Wenn ich schon bei der Bewußtseinsbildung bin, lassen Sie mich aber auch ein zwar sehr heißes, aber, wie ich meine, gerechtes Verlangen heute aufgreifen, nämlich das Problem der Straßengüterbeförderungsabgabe. Es hat schon einige Meinungen dazu gegeben im Zusammenhang mit der vorher laufenden Debatte zum Kapitel Bauten. Bevor ich aber auf den einzigen Nachteil der geringfügigen und nicht bei allen Gütern sich notwendigerweise ergebenden Verteuerung eingehe, lassen Sie mich einiges zur Situation auf Österreichs Fernstraßen sagen.

Trotz der europäisch stark wirksamen Krise wurden 1975 auf Österreichs Fern- und Transitstraßen 28 Millionen Tonnen Güter befördert. Durch den weiter anschwellenden Güterstrom ist die Durchlaßfähigkeit unserer Straßenzüge fast erschöpft. Dies bedeutet aber für den in- und ausländischen PKW-Fahrer, meine Damen und Herren – und das müssen wir uns als praktizierende PKW-Fahrer immer wieder vor Augen halten –:

Erstens ein endloses Kolonnenfahren.

Zweitens ein enorm zunehmendes Sicherheitsrisiko für alle Verkehrsteilnehmer; auch der Kinder und der Fußgänger.

Drittens unzumutbare Umweltverhältnisse in vielen Siedlungen und Wohngebieten, welche an den Durchzugsstraßen liegen.

Und viertens eine Bedrohung der Position Österreichs als führendes Urlaubs- und Erholungsland.

Meine Damen und Herren! Wir haben in der letzten Zeit vielfach von den Urlaubsgästen schon erfahren müssen, sie wollen nicht mehr nach Österreich oder durch Österreich fahren, weil sie hier einfach nicht mehr weiterkommen, hauptsächlich auf der Gastarbeiterroute, zu der ich noch einiges sagen werde. Ich glaube, daß sich gerade unser Land den Entfall aus diesem Wirtschaftszweig, vom Fremdenverkehr heraus, nicht leisten kann.

Das allein wären Gründe genug, meine Damen und Herren, der Anregung unseres Ministers bezüglich der Einhebung einer solchen Güterbeförderungssteuer zuzustimmen. Die Nachteile liegen nämlich weit darunter gegenüber den Vorteilen, allein auf dem Gebiet der Sicherheit.

Der Ausbau der Verkehrswege erfordert aber immer mehr Mittel. Schon seit Jahren klafft hier eine Schere zwischen den Erträgen aus den Kraftfahrzeugsteuern und den notwendigen Ausgaben der öffentlichen Hand für den Bau und die Erhaltung unserer Straßen. 1974 betrug dieser Aufwand bereits 18 Milliarden Schilling, während die Einkünfte aus der Kraftfahrzeugbesteuerung bei 10 Milliarden Schilling lagen, also schon ein Abgang von 8 Milliarden Schilling, 1975 blieben die Einkünfte fast gleich; die Ausgaben jedoch liegen wesentlich höher als im Vorjahr; es fehlen noch genaue Ziffern, weil die Leistungen der Gemeinden noch fehlen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Straßenbau stößt aber nicht nur auf finanzielle Schwierigkeiten und Grenzen, sondern kann wegen des immer knapper werdenden Raumes nicht bedenkenlos ausgeweitet werden. Auch das ist ein Problem unserer regionalen Struktur. Wollen wir unsere Landschaft nicht zubetonieren und für die Menschen verschandeln, darf keine Möglichkeit ungenutzt bleiben, den Schwerst- und Schwerverkehr, soweit es das Netz erlaubt, auf die Schiene zu verlegen. Und diesbezüglich danke ich heute im Namen der steirischen und Salzburger Bevölkerung, also im Namen Tausender Familien, dem Bundesminister für Verkehr für seine ergriffene Initiative zum gewünschten Ausbau eines Hucke-Pack-Verkehrs auf der Gastarbeiter-Route.

Hohes Haus! Diese Strecke von Salzburg bis Spielfeld heißt nicht nur Todesstrecke, weil jährlich viele tödlich verunglücken, sondern weil jeder Benützer dieser Straße ein echter

Troll

Todeskandidat ist. Sie können mir glauben: Diese Strecke wird von mir sehr, sehr häufig und sehr oft befahren. Wenn sich dort auf dieser noch immer nicht dem modernen Stand entsprechend ausgebauten Strecke jährlich über 500.000 schwerste LKW bewegen, können Sie sich vorstellen, daß da nicht viel Platz und Spielraum für eine normale Verkehrsabwicklung oder für den PKW-Fahrer bleiben.

Ich möchte sagen, daß bis 1970 der Ausbau überhaupt völlig unzulänglich war und meiner Meinung nach auch gar nicht geplant wurde, denn wir fanden einfach keine Unterlagen für den Ausbau dieser enorm befahrenen Strecke vor. Es ist jetzt, seit 1971, schon viel geschehen und viel gebaut worden. Wir haben jetzt vierspurige Straßen im Bereich Bruck-Graz, die das Problem ein wenig entlasten. Es laufen die Bauten hinsichtlich der Brückenverstärkungen sehr gut, und die Pyhrn-Autobahn nähert sich auch langsam einer erkennbaren Fertigstellung. Aber selbst dieser jetzt mit allen Mitteln betriebene Bauaufwand wird nicht ausreichen, um die zunehmende Frequenz im Straßenverkehr einholen zu können. Daher glaube ich: Gerade die Forderung: Weg mit den Schwerlastern - auch wenn es nur einen Teil betrifft - von der Straße auf die Schiene!, ist äußerst berechtigt.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ein offenes Wort - weil vielfach die Meinung vertreten wird, das sei nur eine spekulative Sache für die Bundesbahnen und belaste die Verkehrswirtschaft -: Wir haben Unterlagen, wonach die Belastung der Verkehrswirtschaft - und zuletzt die bis zum Konsumenten - relativ gering ist. Aber wir glauben, daß durch die Verlagerung der Transiteure die heimische Verkehrswirtschaft wesentliche Erleichterungen im regionalen Zustellverkehr erfährt. Wenn man einen vernünftigen Preis durch gute Arbeit auf diesem Gebiet und durch eine starke Frequenz-Auslastung dieser Hucke-Pack-Strecke kalkulieren kann, dann wird auch die Belastung für den heimischen Transporteur günstiger sein und mehr bringen, als seine Regien und Unkosten und Sicherheitsrisiken, die er jetzt auf diesen verstopften Straßen mit seinen schweren Lastwagenzügen zu tragen hat. Es geht mir überwiegend um die Entlastung dieser Strecke, auch zugunsten der heimischen Transportwirtschaft, durch das Wegnehmen der Transiteure, der Schwerstfuhrwerke. Ich glaube, es muß rasch einiges geschehen. Ich würde auch um Verständnis bitten, denn es soll diese Situation, die jetzt besteht, entlastet und entschärft werden. Es soll aber dabei allen geholfen werden.

Damit das geschieht oder gemacht werden

kann, meine Damen und Herren, gibt es eben nur eine Möglichkeit, die Mittel aufzubringen und zu sichern. Jeder Tote, der uns auf dieser Strecke anklagt, und jeder Schwerverletzte, der den Staat belastet, ist ein Beweis dafür, wie dringend die Lösung gemacht werden muß.

Wenn wir die Mittel auf diese Weise nicht aufbringen können, scheint mir die angeregte Güterbeförderungssteuer, die in relativ günstigen Bahnen liegen wird - nämlich bei 25 Groschen, wie das schon angedeutet wurde (*Abg. Dr. Zittmayr: Das ist doch nicht günstig!*) -, gerechtfertigt. Ich glaube, wir brauchen uns heute damit im Detail nicht zu beschäftigen, weil das ja nicht zum Budget gehört (*Abg. Dr. Zittmayr: Das bedeutet eine Belastung der Lebensmittelpreise!*), aber es soll bei einer Verkehrsdebatte mit angerissen werden. Ich glaube, wir sollen uns nicht gleich ernstlich in die Oppositionsrolle hineindenken und hinstellen, sondern die Vorteile und die Effekte der Sicherheit in den Vordergrund rücken und dann darüber leidenschaftlos diskutieren, Kollege Zittmayr. (*Abg. Dr. Zittmayr: Das kann nicht linear geschehen! Ich kann nicht 25 Groschen vorschreiben, egal, ob ein höherer oder niederer Tarif vorliegt!*)

Kollege Zittmayr! Die Kalkulation, wie wir uns das vorstellen, werden wir dann noch vorlegen. (*Abg. Graf: Die ist sicher falsch!*) Aber ich bitte um Verständnis, daß wir uns damit sachlich beschäftigen und uns darüber nicht von Haus aus mit Leidenschaft auseinandersetzen, die auf diesem Gebiet nicht berechtigt erscheint. Darauf mache ich Sie aufmerksam. (*Abg. Graf: Unsere Leidenschaft ist immer berechtigt, Herr Troll!*)

Wir glauben, daß bei einer Entlastung für diese Strecke auch die Investitionen der Österreichischen Bundesbahnen, die hierfür notwendig sind, um den Hucke-Pack-Verkehr forciert zu können, gerechtfertigt erscheinen. Denken Sie daran, daß diese Straße von Fremdarbeitern, von Urlaubern aus der BRD und von inländischen Kraftfahrzeugsbesitzern unentwegt befahren wird und nach Entlastung schreit.

Allein aus diesem Grund müssen wenigstens für schwere LKW Hucke-Pack-Transporte zur Entlastung für den Verkehr und für die dort lebende Bevölkerung geführt werden.

Ich glaube, daß auch der Ruf unseres Ministers auf internationaler Ebene gerechtfertigt erscheint, die Frage der Wegekosten als vorrangiges Problem der europäischen Verkehrspolitik zu behandeln.

In allen europäischen Staaten quält man sich seit Jahren mit dem Wegekostenproblem. Aber, meine Damen und Herren, das liegt nicht an der

4168

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Troll

Technik der Rechner, an den Manipulanten, denn die Wissenschaft kennt einwandfreie rechnerisch richtige Formeln. Doch die Lösung werden die Politiker bringen müssen. Zu dieser Überlegung gehört eben auch Mut und nicht nur Popularität, denn solche Fragen mit so zunehmenden Schwierigkeiten zu lösen, es erfordert höhere Mittel, und diese aufzubringen ist nicht immer populär. Ich glaube auch, daß die Straßengüterbeförderungsabgabe, die der Minister in öffentlichen Stellungnahmen angekündigt hat, nicht als populär und wahlwerbend eingestuft werden kann. (*Abg. Graf: Das kann sie wirklich nicht!*) Aber im Lichte aller auf uns zukommenden Verkehrsprobleme möchte ich sie als mutig und einfach notwendig betrachten. Mit den Details werden wir uns bei einer anderen Gelegenheit beschäftigen.

In allen westlichen Industriestaaten, meine Damen und Herren, nimmt der LKW-Verkehr gegenüber dem PKW-Verkehr einen weitaus höheren Straßenbau- und -erhaltungsaufwand in Anspruch. Auch hier liegen klare Belastungsziffern vor. Aber nur eines soll man der Öffentlichkeit und jenen, die sich gegen die Belastung der LKW-Transporte stellen, doch auch einmal sagen: Breitere Straßen mit Kriechspuren, festere Fahrbahnen für höhere Tonnagen, denn Leute fahren ja LKW-Züge von 18 bis 30 Tonnen, verlangen natürlich verstärkte und breitere Brückenbauten sowie große Tunnelquerschnitte bei den neuen Straßenanlagen.

Das sind nur einige Positionen, welche ich nenne und welche zu Lasten aller besonders für den Schwerlastverkehr bezahlt werden müssen und damit die Baukosten wesentlich verteuern.

Ausländische Schwerlasten im Transit zahlen aber fast überhaupt nichts. Sie durchfahren meistens Österreich, ohne bei uns zu tanken. Daher, glaube ich, muß man auch international verstehen, daß es ein nicht mehr zumutbares Entgegenkommen eines Staates für Transiteure ist, daß diese – und das ist nicht bestreitbar –, obwohl sie viele Unfälle verschulden, unsere Staatsbürger gefährden, die Straßen verstopfen, den Fremdenverkehr lähmen, unsere Straßen leider auch oft sehr verschmutzen und uns zur Verteuern unserer Baukosten zwingen, selbst jedoch ganz billig durch Österreich fahren.

Ja ich gehe noch weiter: Diese billigen Transporte durch unser Land machen es denen oft möglich, auch im Geschäft Konkurrenzangebote gegenüber unserer Verkehrswirtschaft zu erstellen, indem sie die Preise unserer Verkehrswirtschaft wesentlich unterspielen. Daher mußte auch von dieser Richtung her, glaube ich, unsere Wirtschaft geschützt werden.

Hohes Haus! Ich glaube, es stellt sich die

Aufgabe, Prioritäten im Straßenbau auch von dieser Perspektive aus zu sehen. Daß ich die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers, in der er deutlich zum Ausdruck brachte, der Schwerlastverkehr soll, soweit dies möglich ist, auf die Schiene verlagert werden, außerordentlich begrüße, ist demnach verständlich.

Die Zeit läßt nicht zu, andere wichtige Detailfragen auch noch hier zu behandeln. Deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich zusammenfassend sagen: Umfangreiche Investitionen und ein besseres Service für alle Österreicher bei Bahn und Post, echte Lösungen des Nahverkehrs, die Hebung der Verkehrssicherheit durch bessere Straßen und eine Hucke-Pack-Entlastung kosten Geld.

Die Dringlichkeit der Lösungen anzuerkennen, ja stets zu fordern, aber den Betroffenen die notwendigen Mittel durch ein Nein zum Budget zu versagen, schiene mir im höchsten Maße unsachlich. Wir glauben, daß auch mit diesem Budget trotz notwendiger Sanierungs- und Sparmaßnahmen die verkehrspolitischen Weichen für die Zukunft gestellt sind. Auch mit dem Budget 1976 hat diese Bundesregierung Initiativen zu wesentlichen Verbesserungen in allen Bereichen der Post, Bahn, Luftfahrt und im straßenverkehrspolitischen Bereich gesetzt.

Ich gehe jetzt wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht auf die rechtlichen und legistischen Maßnahmen ein. Diese Leistungen konnten allseits genützt werden und werden auch noch für die gesamte Bevölkerung für die Zukunft ein wesentlich besseres Service bringen. Die eingesetzten Investitionen halfen mit, die Vollbeschäftigung zu sichern – auch wenn Sie das immer wieder bestreiten –, von der Weltwirtschaftskrise Österreich aufoktroierte Rückschläge im wesentlichen zu verhindern und die absolute soziale Sicherheit zu gewähren.

Obwohl es sich diesmal auch bei der gesamten Gruppe X um ein Sparbudget handelt, ist es abermals vollbeschäftigungswirksam, zukunftsorientiert und besonders der heimischen Wirtschaft förderlich. Deshalb stimmen wir Sozialisten auch dieser Beratungsgruppe zu, und ich lade Sie ebenfalls ein, dies zu tun. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. König. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Absicht, mich vereinbarungsgemäß nur mit dem Kapitel Verkehr zu beschäftigen, muß aber sagen, daß ich es gerade deshalb als unfair empfinde, wenn

Dkfm. DDr. König

der Abgeordnete Schemer hier feststellt, daß sich kein Wiener Abgeordneter zu den Fragen des Wiener Wohnbaues zu Wort meldet. Ich glaube, daß das dem Abgeordneten Schemer vielleicht deshalb passiert ist, weil er die Vereinbarung nicht kennt, aber dann sollte man mit solchen Vorwürfen vorsichtig sein. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ganz besonders aber, und dieses eine Wort sei mir gestattet, muß ich es zurückweisen, wenn der Abgeordnete Schemer den Reichsbrückeneinsturz, ein Ereignis, das man wirklich als nationale Katastrophe bezeichnen muß, hier dazu verwendet, um in völlig unqualifizierter Weise Politiker der Wiener ÖVP zu diffamieren, jene, die auf Anruf sofort zum Krisenstab geeilt sind, während der verantwortliche Baustadtrat Ihrer Seite bekanntlich unauffindbar war. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das Kapitel Verkehr - jetzt möchte ich mich dem Kapitel Verkehr zuwenden - betrifft heute jedermann im Staate, genauso wie die Energie. Und es zeigte sich, daß die 50 Milliarden, die das Kapitel Verkehr mit Post und Bahn ausmacht, ja auch etwa ein Fünftel des Gesamtbudgets bedeuten, sich also von den 240 Milliarden ein Fünftel allein im Verkehrsbereich abspielt.

Nicht nur von der finanziellen Größenordnung her, sondern vor allem von der dahinterstehenden verkehrspolitischen Gesamtkonzeption muß man daher das Budget beurteilen. Und da, meine Damen und Herren, zeigt sich auch der Unterschied zwischen dieser Regierung und der früheren Regierung der Volkspartei.

In der ÖVP-Regierung wurde bekanntlich das einzige Gesamtverkehrskonzept geschaffen, das jemals eine Bundesregierung vorgelegt hat. Ausfluß dieses Gesamtverkehrskonzepts waren konkrete Maßnahmen, etwa die Kommerzialisierung der Bundesbahnen, das ÖBB-Gesetz, die Sanierung der AUA, ein langfristiges Finanzierungskonzept, erste Schritte zur Zusammenführung von Bahn- und Postautobusdiensten.

Seit diese Regierung im Amt ist, fehlt ein Gesamtverkehrskonzept, fehlt die zusammenhängende Schau. Das einzige, was Sie in dieser Zeit vorgelegt haben, sind Bruchstücke, sind die Unternehmenskonzepte von Bahn und Post, die aber nicht die Zustimmung der Bundesregierung gefunden haben - Herr Abgeordneter Gradenegger, weil Sie nicken - und somit unvollkommenes Stückwerk bleiben mußten, so gut sie von den Unternehmensleitungen auch gemeint waren.

Das ist der Unterschied zwischen der Regierung der Volkspartei und Ihrer Regierung, das

ist der Unterschied in der wirtschaftspolitischen Auffassung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und die Folgen einer solchen Politik, Herr Minister, von der Hand in den Mund ohne Gesamtkonzeption, die zeigen sich ja allenthalben. Ich will nur ein paar anführen: Denken Sie an die ungeheure Blamage, die Sie erleben mußten, als Sie der Öffentlichkeit erklärten, Sie haben ein Modell für die Samstagzustellung der Post entwickelt. Und dann hat der Herr Bundeskanzler die Sache in die Hand genommen, alle Verträge wurden annulliert, und der Steuerzahler konnte 30 Millionen Schilling Schadenersatz berappen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Denken Sie daran, daß Ihnen jetzt der Herr Finanzminister neuerlich die eigenen Agenden aus der Hand nimmt und erklärt, Bahn und Post müssen aus dem Budget ausgegliedert, müssen verselbständigt, zu einer eigenen Aktiengesellschaft gemacht werden.

Und wissen Sie, was man im „Stern“ liest, der wirklich nicht im Verdacht steht, der Volkspartei nahezustehen? Da liest man in der Ausgabe vom 7. Oktober 1976 folgendes: Das hat aber auch politische Gründe - gemeint ist, daß Sie kurzgehalten werden im Budget -, wie man im Finanzministerium unter vorgehaltener Hand versichert: Die ÖBB-Führung soll gezwungen werden, endlich ein brauchbares Konzept vorzulegen. - Bitte, Ihr Finanzminister. - Aushungern ist manchmal auch eine Problemlösung.

So wird also unter vorgehaltener Hand laut „Stern“ im Finanzministerium über Ihre Verkehrspolitik geurteilt. Sehen Sie, das ist die Gefährdung, die heute für die Bahn und für die Post entsteht aus Ihrer Untätigkeit und Konzeptlosigkeit. Sie haben mit Millionenaufwendungen Nebenbahnstudien in Auftrag gegeben. Bis heute ist nichts geschehen; die schlummern in der Schreibtischlade, und in den Grenzgebieten weiß niemand: Werden die Nebenbahnen erhalten bleiben, können Betriebe angesiedelt werden? Allgemeine Unsicherheit, Sie sind untätig! Es fehlt das Konzept. Von einer Zusammenführung unter Vermeidung von Überschneidungen beim Bahn- und Postautobusdienst ist überhaupt keine Rede mehr, im Gegenteil, eine eigene Autobusdirektion ist geschaffen worden. Das ist also das, was Sie auf dem Gebiet geleistet haben. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Ganz besonders kraß ist das Fehlen einer Gesamtkonzeption im grenzüberschreitenden Verkehr. Wo war es schon da, daß Frächter an der Grenze demonstrieren mußten, weil die Ausländer mit Dauerausweisen fleißig durch unser Land fahren - Kollege Troll hat es ja kritisiert -, während unsere Leute keine Lizen-

4170

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Dkfm. DDr. König

zen bekommen, weil das Ministerium einfach die Entwicklung verschlafen hat.

Laxe Kontrollen, keine Vorsorge bei den Verhandlungen mit den Oststaaten. Das führt dann zu einer Situation, die gekennzeichnet ist durch Konzeptlosigkeit, und ich muß leider auch sagen, durch mangelndes Verantwortungsbeußsein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daß es auch anders geht, Herr Minister, daß es dort, wo die Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden ist in Ihrer Partei und wo Fachleute statt Politruks das entscheidende Wort haben, funktioniert, dafür gibt es auch Beispiele, und ich stehe nicht an, das festzustellen. Nehmen Sie die AUA, deren Sanierung unter Professor Koren als Finanzminister in Angriff genommen wurde, die heute ein gewinnbringendes Unternehmen ist. Nehmen Sie die DDSG, die dank der Zusammenarbeit heute in der Lage ist, trotz der Ostkonkurrenz mit staatlicher Unterstützung, zu der wir uns auch bekennen, zu reüssieren.

Nehmen Sie - ich stehe nicht an, dies zu vermerken - auch die Arbeiten des Abgeordneten Troll und die Bemühungen des Abgeordneten Hobl, um Ihre unvollkommenen Entwürfe, die Sie uns zum Straßenverkehr präsentiert haben, in parlamentarischer Arbeit zu brauchbaren gesetzgeberischen Maßnahmen im Interesse der Verkehrssicherheit zu führen. Wir anerkennen das, und wir haben die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch immer honoriert. Es geht auch so.

Wo aber Politruks die Entscheidungen zu treffen haben, dort, Herr Minister, schaut es anders aus. Dort wird das Unvermögen Ihrer Regierung zu wirtschaften deutlich sichtbar. Und ein Paradebeispiel ist leider die Österreichische Bundesbahn. Begonnen hat es mit der politischen Zwangspensionierung des allseits geachteten Generaldirektors Dr. Kalz. Und wir werden Ihnen das vorhalten, immer wieder, weil es der erste Fall war - aber leider nicht der letzte -, wo diese Regierung ihre Macht ganz brutal mißbraucht hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Fortgesetzt haben Sie diese Politik mit der Mißachtung der Verwaltungsratsbeschlüsse. Wo man hinkommt, wenn man die Meinungen der Fachleute nicht berücksichtigt, das erleben wir ja heute. Geendet hat es vorläufig mit der Preisgabe des Unternehmenskonzepts, das die Unternehmensleitung der Bundesbahn mühsam genug erarbeitet hat und das heute für den Papierkorb ist, weil Sie das eigene Konzept nicht vertreten und nicht einmal der Bundesregierung vorgelegt haben.

Und Ihr Generaldirektor der ÖBB, der von Ihnen eingesetzt worden ist, der zeichnet sich offenbar nur durch besondere Willfähigkeit aus.

Anders wäre es nicht zu erklären, daß er zunächst einmal gesagt hat, Ziel des Unternehmenskonzeptes ist es, sukzessive das Defizit zu senken. Das stimmt auch. Das Unternehmenskonzept ist darauf abgestellt. Wir haben es auch unterstützt, obwohl es von Ihnen vorgelegt wurde.

Aber wie schaut die Praxis aus? Sie selbst haben es verraten. Sie selbst haben die Bundesbahn preisgegeben, und heute muß Ihr Generaldirektor, weil er eben abhängig ist von politischen Politruks und nicht als Generaldirektor agieren kann, sagen, „mit dem Defizit leben“, wie es im „Kurier“ vom 21. Oktober 1976 steht. Sehen Sie, das ist die Resignation, die heute eingetreten ist, seit Sie Verkehrsminister sind und seit Sie heute die Bundesbahn praktisch einer Politik geopfert haben, die nur darauf aus ist, ständig neue Steuern zu erfinden, aber nicht bereit ist, auch dort zu investieren, wo man tatsächlich ein modernes und fortschrittliches Unternehmen braucht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Rechnungshof hat durch Jahre hindurch massive Kritik an Ihrer Politik geübt und an den Fehlern und Unterlassungen in der Bundesbahn. Da liest man: Verschlampte Reparaturen über Jahre hinaus, jahrelange Unterlassung der Überprüfung der Sicherheitsanlagen, fehlende Ausbildung der Sicherheitsbeauftragten. So gewichtige Vorwürfe! Die ÖVP hat sich stets dazu bekannt, daß wir mit Ihnen gemeinsam diese Mängel beheben.

Wir haben die Bundesbahngesetznovelle mit Ihnen gemeinsam beschlossen, die Verwaltungsratsbeschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Wir haben Ihnen ein 10-Punkte-Sanierungsprogramm vorgelegt. Daraufhin haben Sie gesagt: Das ist alles schon in Verhandlung mit dem Finanzminister, das wird alles gemacht werden; wir wollen sehen, ob die ÖVP im Parlament zustimmt. Keinen einzigen dieser Punkte haben Sie uns bislang vorgelegt, nur 50prozentige Tarifierhöhungen.

Das ist Ihre Politik, wie Sie die Steuerzahler zur Ader lassen, statt daß Sie dort, wo es darum geht, einem Unternehmen auch die Substanz zu geben, die es braucht - heute ist ja der Substanzverzehr bei der Bundesbahn an der Tagesordnung -, den Bediensteten dort die Möglichkeit geben, in einem fortschrittlichen Unternehmen zu arbeiten, statt daß Sie sich dafür einsetzen und daß Sie die Bereitschaft der Opposition, hier mitzuwirken, anerkennen und diese ausgestreckte Hand auch ergreifen, tun Sie das Gegenteil. Herr Minister, das müssen wir Ihnen vorwerfen.

Und es beginnt die Bundesbahn heute

Dkfm. DDr. König

langsam das für den Bund zu werden, was der Bauring für Wien ist. Ein Drittel des Gesamtdefizits des Bundes wenden wir bereits für die Bundesbahn auf. Der Abgeordnete Troll hat gemeint: Bitte, das ist nicht alles Defizit, das ist Abgeltung beispielsweise für Sozialtarife. – Das ist richtig. Aber, Herr Abgeordneter Troll, dasselbe ist doch in der Landwirtschaft der Fall, wo man für sozial festgelegte Preise die Abgeltungen der Landwirtschaft gibt. Da kann man doch nicht mit zweierlei Maß messen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Tatsache ist, daß ein Drittel des Gesamtdefizits hieraus besteht und daß das betriebseigene, das selbstproduzierte Defizit laufend, laufend steigt. Und es steigt und steigt und steigt, nicht deshalb, weil der Vorstand oder die Eisenbahner unfähig wären, sondern weil ein Minister da ist, der nichts unternimmt, um das von seinen eigenen Leuten vorgelegte Konzept auch in die Tat umzusetzen. Das ist doch die Wahrheit! So ist es doch heute! Und Sie versuchen jede Kritik an dieser Ihrer Politik umzumünzen in eine Diffamierung der Eisenbahner. Wer kritisiert, diffamiert die Bediensteten. Nein, Herr Minister, so geht das nicht. Dank dieser Bediensteten funktioniert die Bahn überhaupt noch, und ich möchte bewußt den Dank an die Bediensteten von Bahn und Post und Ressort aussprechen. Ihnen ist es zu danken, daß das Werk überhaupt noch funktioniert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Abgeordnete Prechtl, der ja nach mir sprechen wird, hat im Ausschuß behauptet: Schauen Sie, es sind doch heute viel mehr Mittel für die Investitionen im Budget als unter der ÖVP-Regierung. Rein ziffernmäßig betrachtet stimmt das. Nur muß ich vorbeugend hier sagen, was ich ihm im Ausschuß entgegengehalten habe: Von 1966 bis April 1970 ist der Lebenshaltungsindex von 100 auf 113 gestiegen. Um 13 Prozent. Vom April 1970 bis heute auf 178, also um 65 Prozentpunkte. Das ist das Fünffache. Jetzt schauen Sie sich Ihre Investitionen an, dann werden Sie sehen, wie viel weniger Sie real der Bundesbahn an Mitteln zur Verfügung stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und der Abgeordnete Fischer, der leider nicht hier ist, hat eine wirtschaftliche Primitivargumentation in die Debatte getragen. Er hat nämlich behauptet, die ÖVP verlangen immer mehr, auch der Abgeordnete König verlange mehr an Investitionsmitteln für die Bahn, und gleichzeitig wolle sie das Defizit des Gesamthaushaltes nicht vergrößern. Das ist eine wirtschaftliche Primitivargumentation, mit der der angehende Herr Professor dann im Nachbarhaus am Ring nicht operieren können. Da wird das auf einem anderen Niveau abgeführt werden müssen.

Denn um 1,3 Milliarden Schilling mehr betragen die Aufwendungen für die Bahn. Nur schluckt das alles die Verwaltung. Und das ist wieder nicht die Schuld des Vorstandes und auch nicht die Schuld der Bediensteten, sondern das liegt daran, daß die Rationalisierungsinvestitionen nicht gemacht werden können, weil dafür keine Mittel eingesetzt werden. Und es ist eben nicht gleich, wie uns der Herr Bundeskanzler weismachen will, ob ich die Mittel hinauswerfe, um eine doppelt so große UNO-City zu bauen oder ob ich sie investiere, um mit der Bahn tatsächlich einen modernen, fortschrittlichen Betrieb zu erzielen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Inflationspolitik, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, ist weder wirtschaftlich vernünftig noch sozial. Sie sichert keine Arbeitsplätze, sie gefährdet sie. Und wir haben heute ein drastisches Beispiel an der Haltung Ihrer Regierung gegenüber den Bediensteten der Post, aber auch allen anderen Bediensteten, beim Kilometergeld. Hier werden echte Kostensteigerungen nicht mehr anerkannt. Hier hat uns der Herr Bundeskanzler im Ausschuß erklärt, eine prozentuelle Erhöhung kommt nicht in Frage, das ist zu teuer.

Das ist eine erzkapitalistische Haltung, meine Damen und Herren, wenn man den Bediensteten nicht einmal die echten Kostensteigerungen abgelten will, das ist einfach unsozial, da hat Sozialismus mit „sozial“ aber schon gar nichts mehr zu tun! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wie es mit der Arbeitsplatzsicherung in der Praxis aussieht, das kann ich Ihnen an Hand eines Beispiels zeigen. Da sind in Vorarlberg 22 junge Menschen bei der Post aufgenommen worden, formal befristet auf ein halbes Jahr. Die sind dort ausgebildet und eingesetzt worden. Und jetzt werden sie ihre Arbeitsplätze wieder verlieren, obwohl sie alle bleiben wollen.

Gewiß, Sie können sich darauf berufen: Die haben es gewußt, sie haben im Dienstvertrag unterschreiben müssen, daß sie wiederum gekündigt werden können, daß das befristete Dienstverhältnis wieder ausläuft und vielleicht nicht verlängert wird. – Aber das ist doch eigentlich nichts anderes als die Haltung, die Sie stets bekämpfen, daß der wirtschaftlich Stärkere, der Unternehmer, denjenigen, der einen Arbeitsplatz sucht, in befristete Dienstverhältnisse zwingt, eine Haltung, die ihm in Wahrheit ja den Arbeitsplatz vorenthält.

So sieht Ihre Arbeitsplatzsicherung in der Praxis aus, Herr Minister! Und das werden Sie nicht nur in Vorarlberg, das werden Sie auch in anderen Bundesländern erleben.

Der Grund für diese Politik ist die falsche Wirtschaftspolitik, ist die Inflationspolitik, die

Dkfm. DDr. König

Sie machen, die letzten Endes nicht Arbeitsplätze sichert, sondern Arbeitsplätze gefährdet. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich komme zum letzten Punkt, und das ist der Straßengüterverkehr, eine Frage, die der Abgeordnete Troll angeschnitten hat.

Herr Bundesminister! Nachdem Sie die Bahn in die Pleite geführt haben, droht nun auch noch der Straßengüterverkehr von Ihnen - ich muß es so sagen - zugrunde gerichtet zu werden. Denn die von Ihnen angedrohte LKW-Sondersteuer wird nicht den Effekt haben, den uns der Abgeordnete Troll geschildert hat. Sie wird nicht dazu führen, daß die schweren Brummer von den Straßen verschwinden, sondern sie wird zu dem Gegenteil führen, nämlich, daß wir noch mehr schwere Brummer auf den Straßen haben, nur werden es nur mehr Ostfahrzeuge sein, und unsere eigenen Frächter werden zugrunde gegangen sein! Das ist der konsequente Ausverkauf an den Osten, wo man nicht kalkulieren muß, wo man staatliche Flotten hat, denen das keine Rolle spielt.

Was meinen Sie denn, wer die 40prozentige Verteuerung zahlen wird? Der Konsument wird sie bezahlen im Inland, weil der Flächenverkehr durch die Bahn nicht zu ersetzen ist.

Und der Huckepackverkehr, das wird das nächste Milliardendefizit für die Bahn werden!

Glauben Sie, daß uns ein Schwerlast aus dem Osten über die Bahn fährt, wenn er es nicht so billig bekommt, daß er billiger dran ist oder gleich teuer dran ist, wie wenn er die Steuer bezahlt? Er wird also nur zu einem Preis fahren, bei dem die Bahn neue Milliardendefizite an Verlusten erwirtschaftet. Wer wird denn die tragen?

Der Herr Verkehrsminister selbst hat nun gesagt: Es ist zu befürchten, daß sich der Straßengüterverkehr in den nächsten Jahren verdoppeln wird. Wissen Sie, was das heißt? Das heißt, daß wir den Huckepackverkehr mit Milliardeninvestitionen in die Welt setzen, daß wir ihn mit Milliardeninvestitionen jährlich subventionieren und daß wir trotzdem dieselbe Masse an Autos auf den Straßen haben, nur wie gesagt: Ostfahrzeuge statt der eigenen.

Und das bedeutet doch, daß der Weg falsch ist.

Die einzige Lösung, diese Schwerfahrzeuge von der Gasterbeiterroute wegzubekommen, von den Siedlungsgebieten wegzubekommen, ist es, mit allem Nachdruck die Durchzugstraßen autobahnmäßig auszubauen.

Herr Minister! Wenn der Abgeordnete Troll zu Recht festgestellt hat: Es ist unerträglich, daß die Ausländer bei uns nicht tanken, daß sie hier

nichts beitragen zum Straßenbau!, dann frage ich: Warum greifen Sie den Vorschlag der Volkspartei nicht auf, endlich dieselbe Regelung wie in Deutschland einzuführen, daß man nur 50 Liter zollfrei einführen kann? Mit den Hunderten Millionen, die Sie da einnehmen, können Sie den Autobahnausbau finanzieren!

Das ist die einzige Lösung, die Schwerfahrzeuge aus den Wohngebieten an den Transitstrecken wegzubekommen. Eine andere Lösung gibt es nicht, es sei denn, man will Zusatzsteuern einführen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und wenn wir heute immer wieder vom Herrn Bundeskanzler hören, daß es die Politik dieser Regierung sei, Arbeitsplätze zu sichern, dann sage ich Ihnen, daß Sie mit dieser Sondersteuer 16.000 Arbeitsplätze im Straßengüterverkehrsgewerbe gefährden und die Selbständigenexistenzen auch noch!

Und, Herr Minister, überschätzen Sie nicht die Geduld jener, die keine 40-Stunden-Woche haben, denen niemand ein Defizit aus Steuermitteln abdeckt, die keine Pragmatisierung haben, die im Gegenteil mit ihren Steuermitteln jenes Defizit mitzahlen helfen, das Sie produzieren. Und übersehen Sie nicht, daß diese Menschen es sind, die tatsächlich jene Arbeitsplätze sichern, von denen die Regierung immer meint, sie täte es. Wenn diese Leute, Arbeitnehmer und kleine Selbständige, dann in ihrer Verzweiflung zu Selbsthilfeaktionen greifen, dann ist das bedauerlich, aber verständlich.

Und, Herr Minister, das wollen wir nicht haben! Wir wollen nicht, daß wieder eine Flut neuer Verwaltungsaufgaben und Kontrollen produziert wird, um jeden einzelnen zu kontrollieren, der im Nahverkehr irgendwo etwas hinliefert. Wir wollen nicht, daß der Sozialismus neuerlich mit ungeheuren Belastungen im verwaltungsmäßigen Bereich und im steuerlichen Bereich eine Fehlentwicklung produziert, die nicht, wie der Abgeordnete Troll sagt, kühl und ruhig hingenommen werden kann, sondern welche die Menschen in ihrer ureigensten Existenz, in ihrer Sorge um den Arbeitsplatz betrifft.

Herr Minister! Hier, müssen wir sagen, ist Sozialismus einfach zu teuer. Er wird unsozial, und er wird heute nicht mehr der Bevölkerung erklären und weismachen können, daß er Wort hält. Denn das haben Sie der Bevölkerung niemals gesagt, was Sie jetzt alles einführen wollen. Das ist: Versprochen - gebrochen! Das sollten Sie plakatieren, Herr Minister. Das wäre ehrlich und richtig, wenn Sie daran denken, das durchzuziehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Ich möchte meine Zeit nicht überziehen, aber eines möchte ich Ihnen

Dkfm. DDr. König

sagen: In keinem Bereich haben Sie so viel Beweise konstruktiver Oppositionspolitik vorliegen wie hier. Ergreifen Sie diese ausgestreckte Hand! Wenn Sie es nicht tun, dann werden Sie selbst die Verantwortung für die weitere Entwicklung tragen müssen. Mit diesem Budget, das Sie vorgelegt haben, tun Sie es zweifellos nicht. Und deshalb werden wir diesem Budget auch unsere Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Prechtl.

Abgeordneter **Prechtl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Zuerst einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. König. *(Abg. Dr. Zittmayr: Zeit einhalten!)* Wir werden vielleicht ein bisserl mit Verspätung fahren, damit Sie etwas Diskussion haben. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Muß man tun, um bei Ihnen ein bisserl den Kreislauf anzuheben!

Zuerst einmal zu den „Politrucks“ bei den Österreichischen Bundesbahnen.

Ich möchte Sie nur, meine sehr geehrten Herren Abgeordneten von der ÖVP, daran erinnern, was sich im Jahre 1966 abgespielt hat, als der ehemalige Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, der Herr Dr. Withalm, hier heraufgestiegen ist und erklärt hat: Die Mehrheit sind wir, und wir bestimmen, was in Österreich geschieht!

Die Folgen sind dann ja auch eingetreten, daß nach einem Jahr der Herr Generaldirektor Kalz nach Abgang des Herrn Generaldirektors Kepnik als Rangvierzigster zum Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen ernannt und ein Personaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen in den Ruhestand geschickt worden ist, daß das gesamte Verkehrsbüro politisch verändert worden ist und daß eine Reihe von Aufsichtsräten abgelöst worden sind.

Und da sehen Sie auch die politische Toleranz von uns jetzt, daß heute noch der Präsident des Verwaltungsrates der ÖBB, glaube ich, doch Ihrer Partei zuzählt und nicht der Sozialistischen Partei.

Damit ist also klar bewiesen, daß wir die Österreichischen Bundesbahnen und überhaupt das Verkehrsproblem aus dem politischen Streit weitgehend heraushalten wollen, weil wir glauben, daß die Österreichischen Bundesbahnen als einer der größten Betriebe der Republik Österreich weitgehend nicht in den politischen Streit hineingezogen werden sollen.

Dazu kommen noch einige Bemerkungen: Was ist bei Bahn und Post geschehen, was ist mit der Zusammenlegung verschiedener Betriebe gewesen?

Gerade das Land Burgenland ist doch ein Beispiel – und der Herr Abgeordnete Graf wird es bestätigen *(Abg. Graf: Da muß ich zuerst aufpassen, was Sie sagen!)* –, da hier ein Gemeinschaftsübereinkommen nun mit dem Blaguss getroffen worden ist, was von der österreichischen Bevölkerung sehr positiv aufgenommen wurde und an und für sich eine Frequenzsteigerung von fast 40 Prozent gebracht hat. *(Abg. Graf: Herr Prechtl, das beweist, daß Sie mit der gewerblichen Wirtschaft kooperieren, ...!)* Ja, ja, das wollte ich ja sagen.

Daß im südlichen Wienerwald ein Gemeinschaftsbetrieb zwischen Bahn und Post bereits aufgenommen worden ist, das ist richtig.

Aber es geht noch etwas weiter. Weil auch das Verkehrskonzept der damaligen Regierung der Österreichischen Volkspartei genannt worden ist: Es ist sicherlich richtig, daß damals ein Bilderbuchprospekt herausgegeben wurde, aber es ist sehr wenig gemacht worden.

Ich möchte Ihnen jetzt nur einige sehr konkrete Ziffern darüber gegenüberstellen, was unter der ÖVP-Regierung getan wurde, welche Mittel aufgewendet worden sind, und das auch unter Berücksichtigung des von Herrn Abgeordneten Dr. König zitierten Index. Er verwechselt nämlich den Lebenshaltungskostenindex, in dem Brot, Milch und Butter enthalten sind, mit dem Industrieindex, denn eine Elektrolokomotive ist ja bekanntlich nicht in dem Warenkorb drinnen. Das müßte also Herr Dr. König wissen.

Dazu möchte ich also nur ganz konkret eine Gegenüberstellung zu fünf Jahren ÖVP-Regierung geben, in denen Sie angeblich ein verkehrspolitisches Programm entwickelt haben, und aufzeigen, wie hoch etwa Ihr Investitionsaufwand gewesen ist.

In der Zeit vom Jahre 1966 bis zum Jahre 1970 wurden 9,9 Milliarden Schilling aufgewendet. Ebenfalls in fünf Jahren – wobei ich das Jahr 1976 außer Betracht lasse, um eine objektive Betrachtung der Ziffern zu erreichen – sind unter einer sozialistischen Regierung, unter einer Regierung Kreisky, 17 Milliarden Schilling ausgegeben worden. Das bedeutet eine Steigerung um 78,8 Prozent! Wenn Sie noch das Jahr 1976 dazuzählen, wurden insgesamt 22,8 Milliarden Schilling ausgegeben.

Herr Abgeordneter Dr. König, Sie sagen: Ja der Index! Ich möchte Ihnen noch eine Gegenüberstellung geben, um meine Beweise zu erhärten.

In der Zeit der ÖVP-Regierung vom Jahre 1966 bis zum Jahre 1970 sind insgesamt 70 Elektrolokomotiven in Betrieb genommen worden. Vom Jahre 1971 bis zum Jahre 1976 wurden

4174

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Prechtl

138 Elektrolokomotiven in Betrieb genommen (*Abg. Kraft: Hoffnungsvoll in die Vergangenheit!*), und die Zulieferungen im Jahr betragen jetzt 24 bis etwa 26 Lokomotiven, während unter der ÖVP-Regierung ungefähr 14 bis 16 Lokomotiven im Jahr zugeliefert worden sind. (*Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. König: Wissen Sie, daß Sie im Budget keine einzige Neubestellung haben: Ja oder nein?*) Ich komme noch darauf zu sprechen.

Herr Abgeordneter Dr. König! Wir sind nicht bei einem Verhör, in dem Sie sagen können: Ja oder nein?, sondern Sie werden einem frei gewählten Abgeordneten zugestehen, daß er darauf nicht antwortet! Das können Sie woanders tun, aber nicht bei uns.

Das bedeutet, Herr Abgeordneter Dr. König - auch diese Ziffern möchte ich noch sehr genau nennen -, daß in fünf Jahren der ÖVP-Regierung nur etwa 62 Prozent Elektrolokomotiven mehr bestellt worden sind, während in der Zeit der sozialistischen Regierung um 80 Prozent mehr bestellt wurden. Sie sehen, daß man diese Ziffern gegenüberstellen kann.

Und nun zum Abgang. Es ist heute noch kaum - das sage ich hier in vollem Bewußtsein als Gewerkschafter -, wenn über den Abgang gesprochen worden ist, auch über die Entwicklung der Personalkosten gesprochen worden. Es ist sicherlich richtig: Wir wären eine sehr, sehr schlechte Gewerkschaft, wenn wir im Rahmen einer modernen Lohn- und Gehaltspolitik und im Rahmen der Rationalisierungsbestrebungen des Vorstandes der Österreichischen Bundesbahnen nicht auch dafür sorgen würden, daß auch entsprechende Löhne und Gehälter an die Eisenbahner ausbezahlt werden.

Vom Jahre 1970 bis zum Jahre 1977 - und das sind die Ziffern, die im Budgetvoranschlag vorliegen - haben sich die Lohn- und Gehaltssummen sowohl für die Aktiven als auch für die Pensionisten von 7,7 Milliarden auf 13,2 Milliarden Schilling erhöht. Das ist eine Steigerung um fast 80 Prozent. Natürlich findet das auch seinen Niederschlag in den Personalkosten.

Ich möchte Ihnen dazu auch sagen, weil sehr oft der Gewerkschaft vorgeworfen wird, daß wir gegen Rationalisierungsbestrebungen sind: Es gibt keinen Betrieb in der Republik Österreich, der vom Jahre 1970 bis zum Jahre 1977 - ich sage Ihnen die Ziffer genau - 4084 Dienstposten eingespart hat. Wenn man nun die durchschnittlichen Kosten pro Kopf des Personals mit rund 161.000 S berechnet - das sind die Ziffern, mit denen der Finanzdienst üblicherweise rechnet -, ergibt sich allein auf dem Personalsektor eine Einsparung in der Höhe von 657 Millionen Schilling.

Ich glaube, damit kann man völlig außer Streit stellen, daß die Gewerkschaft in diesem Zusammenhang auch gegen Rationalisierungsbestrebungen wäre. Im Gegenteil. Wir wissen, welche Probleme damit ausgelöst werden, wir sind aber auch dafür, daß auch unsere Eisenbahner anständige Löhne und anständige Gehälter bekommen.

Ich möchte Ihnen, weil die Eisenbahn mehr oder weniger sozusagen zum alltäglichen Brot gehört und weil heute schon sehr viel über Bahn und Straße diskutiert worden ist, nur einige runde Ziffern nennen.

Auf der Wiener Schnellbahn werden täglich 104.000 Reisende transportiert. Das bedeutet, daß, wenn nur jeder Dritte, anstatt mit der Schnellbahn zu fahren, einen Pkw in Betrieb nehmen würde, im Wiener Raum allein 30.000 Pkw mehr fahren würden.

Die Österreichischen Bundesbahnen befördern täglich fast 463.000 Reisende. Und wenn hier wieder etwa nur ein Drittel einen Pkw benützen würden, wären das 100.000 Pkw mehr.

Ungefähr 137.000 Tonnen Güter werden täglich befördert. Das bedeutet, daß dafür auf Österreichs Straßen zusätzlich etwa 4566 Lkw-Züge mehr pro Tag fahren müßten. Das wäre etwa eine Kolonne, die sich von Wien bis Salzburg erstrecken würde. Sie können sich ausmalen, wie sich die Verhältnisse auf den österreichischen Straßen dann verschlechtern würden.

Nun zum Budget direkt und zum Voranschlag. Weil Sie gesagt haben, das Unternehmenskonzept sei vergessen, möchte ich Ihnen wieder eine Gegenüberstellung geben. Das Grundbudget einschließlich des Konjunkturausgleich-Voranschlages beträgt 5,5 Milliarden. Dazu ist ein 400 Millionen-EUROFIMA-Kredit vorgesehen. Das ergibt 5,9 Milliarden. Im Unternehmenskonzept sind aber 6,037 Milliarden vorgesehen. Hier ist sage und schreibe ein Unterschied von 137 Millionen vorhanden.

Und nun möchte ich Ihnen sagen, was in Ihrer Zeit gewesen ist, was Sie also gemacht haben. Sie haben weder für Sondervorhaben noch für den Nahverkehr irgend etwas veranschlagt. Seit dem Jahre 1975 waren und sind unter der Regierung Kreisky für den Nahverkehr 500 Millionen 1975, im Jahre 1976 645 Millionen und im Jahre 1977 1,2 Milliarden Schilling vorgesehen. Dazu kommen noch 442 Millionen für Sondervorhaben. Das bedeutet, daß wir dann auf die Summe von rund 22 Milliarden Schilling kommen.

Und jetzt, Herr Abgeordneter König, auch zum Defizit. Im Jahre 1968 haben Sie unter

Prechtl

Minister Weiß einen Abgang – einen schon normalisierten, um eine Vergleichsziffer zu haben, Herr Abgeordneter König – von 3,6 Milliarden Schilling gehabt. Und wir haben jetzt einen normalisierten Abgang von 3,7 Milliarden Schilling. Das heißt, das ist eine Differenz von 100 Millionen Schilling. Es ist auch von den Tarifen und von den großen Belastungen durch die Regierung gesprochen worden. Ich habe hier eine Zeitung – Herr Abgeordneter Taus ist nicht hier; ich habe das Vergnügen gehabt, auch schon in der Zeit Vorsitzender zu sein, als er noch Staatssekretär gewesen ist –: Höhere Bahntarife ab 1. August 1966. – Ein Auszug aus der Presse. Da heißt es: Herr Bundesminister Weiß und Herr Staatssekretär Taus haben der Öffentlichkeit eine Erhöhung der Bahntarife vorgeschlagen, um eine Rationalisierung und eine Verbesserung mit diesen Tarifen herbeizuführen.

Ich möchte Ihnen nur einige Auszüge hier geben:

Die Wochenkartenpreise haben sich am 1. August 1966 um 30 Prozent erhöht. Es wurden die Wochenstreckenkarten zwischen 39 und 92 Prozent erhöht und die Schülerstreckenkarten zwischen 51 und 103 Prozent.

Während wir die Schülerfreifahrten geschaffen haben, haben Sie seinerzeit die Schulfahrten mit fast 103 Prozent belastet! Das war damals Ihre Politik, und das hat letzten Endes auch dazu beigetragen, daß man damals auf dem Verkehrssektor ein verhältnismäßig großes Chaos hatte. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Das ist keine Wahlversammlung! Ich weiß, es ist sehr unangenehm für Sie, an die Vergangenheit erinnert zu werden. Wir haben die Glaubwürdigkeit der Sozialisten honoriert erhalten, nicht allein von der relativen Mehrheit zur absoluten Mehrheit, sondern wir haben im Jahre 1975 neuerlich von der Bevölkerung das Vertrauen erhalten, weil wir eine realistische Politik betrieben haben und weil unsere Politik auch auf Vollbeschäftigung aufgebaut ist! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte, meine sehr verehrten Kollegen, nun ganz kurz noch einige Dinge sagen, die, glaube ich, auch von sehr wesentlicher Bedeutung für die Gesamtverkehrskonzeption sind.

Erstmals durch eine sozialistische Regierung wurde die Bedeutung des Nah- und des Ballungsverkehrs richtig erkannt, und dies mußte auch gegen den Widerstand Ihrer Partei und Ihrer Interessenvertreter durchgekämpft werden. Es freut mich, daß heute eine so große Bereitschaft von vielen Abgeordneten vorhanden ist, daß man nun das große Herz für die Österreichischen Bundesbahnen entdeckt hat. Ich hoffe nur, daß dieser Zustand erhalten bleibt.

Jedenfalls hat weder in der Ersten noch in der Zweiten Republik der öffentliche Verkehr so viel Verständnis und Förderung durch eine Regierung erfahren wie seit dem Jahre 1970.

Trotz der ständig steigenden Motorisierung sind noch 50 Prozent der Bevölkerung unseres Landes nicht im Besitz eines eigenen Kraftfahrzeuges. Diese Menschen sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Aber auch jene, welche ein eigenes Kraftfahrzeug besitzen, können infolge der angespannten Verkehrsverhältnisse dieses nicht richtig ausnützen und würden gerne die Dienste des öffentlichen Verkehrs in Anspruch nehmen. Wir haben auch die angespannte Verkehrslage auf den Straßen schon lange vorausgesagt.

Ein internationales Beispiel möchte ich Ihnen sagen, denn es gibt auf der ganzen Welt keine autogerechte Stadt. Eine Hochrechnung der Stadt Amsterdam ergibt, daß im Jahre 1990 die Parkplätze in Amsterdam so groß sein müßten wie die Stadt selbst.

Daran sehen wir genau, wie wichtig die Bedeutung des Ausbaues eines modernen Nahverkehrs ist und wie wichtig es ist, daß die Akzente jetzt von der sozialistischen Regierung gesetzt worden sind.

Ich vertrete die Auffassung, daß die gesamte Entwicklung unserer Volkswirtschaft in einem hohen Ausmaß von einer entsprechenden und verantwortungsbewußten Verkehrspolitik abhängt, für die wir letztlich alle hier verantwortlich sind. Es muß sichergestellt sein, daß ein ausgewogenes Verkehrsnetz nicht an den Absatzschätzungen der Ölkonzerne, Autofirmen und der Straßenlobby orientiert wird.

Defizite der Eisenbahnen dürfen und sollen kein Maßstab für die Beurteilung der Leistungen des Schienenverkehrs sein, weil eine gegebene oder fehlende betriebswirtschaftliche Rentabilität allein keine verbindliche Aussage über den gesamtwirtschaftlichen Vorteil defizitärer Leistungen zuläßt. Es ist eine Diskriminierung für die Eisenbahnen, ihr Streckennetz bezüglich einer betriebswirtschaftlichen Rentabilität zu durchleuchten und eventuell eine Reduzierung zu verlangen, solange Straßen, Binnenwasserstraßen und Kanäle nicht nach den gleichen Gesichtspunkten überprüft werden.

Man soll auch nicht den Schluß ziehen, daß ein Weniger an Wirtschaftswachstum gleichzeitig ein Weniger an Verkehrspolitik bedeutet.

Die Stilllegung von Nebenbahnlinien, Herr Abgeordneter König: Die Nebenbahnlinien wurden gerade und leider, muß ich sagen, in Ihrer Zeit sehr aktiviert. Heute will man davon allerdings nicht mehr allzuviel wissen. Eine

4176

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Prechtl

Verringerung der Verkehrsinfrastruktur verursacht eine schwer zu kontrollierende Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft in den Städten sowie eine Verarmung und Entvölkerung der wirtschaftlichen Randgebiete. (*Abg. Dr. König: Einverstanden!*)

Das Defizit der ÖBB und der übrigen europäischen Eisenbahnen mußte sich, Herr Abgeordneter König, in den Jahren 1975 und 1976 vergrößern, da sich die wirtschaftliche Lage in Europa und in der Welt verschlechterte und da sie zu gewaltigen Produktionsrückgängen führte. 20 Millionen Arbeitslose konsumierten weniger, und die Betriebe hielten mit Investitionen zurück. Währungsunsicherheiten führten zu einer Instabilität der Wirtschaft.

Diese Entwicklung der Wirtschaft bedeutete eine gewaltige Verringerung des gesamten Transportvolumens bei allen Verkehrsträgern. Keine neuen Schiffe wurden auf Kiel gelegt. Die Schiffbauindustrie als einer der größten Abnehmer der Stahlwerke war Ursache für die Flaute in der Stahlproduktion. Nahezu 10 Prozent Rückgang beim Erdölverbrauch in der Rezession zwang die Reeder, Supertanker einzumotten. 10 bis 30 Prozent der Handelsflotte mußten stillgelegt werden.

Diese wirtschaftliche Rezession konnte nicht ohne Rückwirkung sowohl auf die Eisenbahnen als auch auf den Straßentransport bleiben.

Die Eisenbahnen in ganz Europa haben steigende Defizite. Durch Verluste im Transitverkehr, besonders in der Nord-Süd-Tangente, entstand eine Verringerung des Verkehrsaufkommens bei den Schweizerischen Bundesbahnen bis zu 30 Prozent.

Bei den ÖBB bedeutet die Reduzierung der Transporte zwischen 13 bis 14 Prozent eine starke wirtschaftliche Einbuße, und 1975 konnten nicht einmal die veranschlagten Budgetansätze bei den Bundesbahnen erreicht werden. Die oft so gelobten und als Beispiel hingestellten Schweizerischen Bundesbahnen haben einen gleichen hohen Abgang wie die ÖBB, obwohl das Streckennetz um 50 Prozent kleiner ist und 30.000 Bedienstete weniger beschäftigt sind als bei den ÖBB. Die Schweizerischen Bundesbahnen haben keine Kriegsschäden erlitten, sie haben einen modernen Fahrpark, sie haben modernste Verschiebebahnhöfe, und trotzdem sind sie in gewaltige finanzielle Schwierigkeiten gekommen.

Die Privatbahnen in der Schweiz werden mit fast 1 Milliarde Schilling subventioniert. Sie haben sicherlich eine andere Bedeutung als die in Österreich.

Ich will gar nicht von der Deutschen

Bundesbahn sprechen, die als sogenanntes Sondervermögen geführt wird und trotzdem eine exorbitante Verschuldung hat.

Diese Beispiele könnte man noch durch solche von anderen Bahnen ergänzen. Meines Erachtens müssen die ungleichen Startbedingungen der Eisenbahnen gegenüber anderen Verkehrsträgern als eine der Hauptursachen für diese unbefriedigende Entwicklung bezeichnet werden.

Im Laufe der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte sind die europäischen Bahnen mit schwerwiegenden Anpassungsschwierigkeiten konfrontiert worden. Bei den meisten Bahnverwaltungen mußten weittragende Entscheidungen getroffen werden, Maßnahmen, die für eine Umstrukturierung Voraussetzung waren, führten in Einzelfällen über eine einfache Betriebsrationalisierung bis zu einer echten Betriebsanierung.

Nicht allein vom technischen Fortschritt wie beim Wechsel der Traktionsart, das heißt Übergang vom Dampfbetrieb zur Elektrifizierung und Verdieselung, oder Verbesserung in der Signaltechnik durch Einbau elektronisch gesteuerter Einrichtungen oder Einbringung der Automation in die Zugleitung und Zugsteuerung, und schließlich mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung eine Verbesserung im Dienstleistungsservice zu erreichen, zwangen zu einem Umdenken in der Führung dieser Betriebe. Hier wurden von allen Bahnverwaltungen die gleichen Maßnahmen gesetzt.

Wir glauben, die Veränderungen auf dem Verkehrsmarkt haben die Eisenbahnen in Schwierigkeiten gebracht: das Auftreten des Straßenverkehrs als Konkurrent, der vor allem mit dem Vorzug der Haus-zu-Haus-Verkehrsbedienung operiert, das Ansteigen des Individualverkehrs in den ständig wachsenden Stadtregionen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Pendlerverkehr nur bis zu 38 Prozent kostendeckend ist, bis zu den Erscheinungen des Touristenverkehrs in Rundreisebussen einschließlich der Charterflüge.

Versucht man, die Vielfalt dieser Komponenten in eine überblickbare Zusammenfassung zu bringen, so muß man zu dem Schluß kommen, daß einerseits ein im Tempo immer rascher steigender Zwang zur Rationalisierung und andererseits das Fehlen einer Elastizität der Betriebsführung durch wirtschaftliche Schwankungen und durch gesetzliche Bindung die unmittelbaren Anlässe für das Defizit sind. Unter einem Druck der zwingenden technischen Rationalisierung und der kaufmännischen Lösung, die gleichzeitig erfolgen sollte, ergeben sich schwierige Strukturprobleme.

Prechtl

Da die Eisenbahnen in fast allen Staaten nach Kapitalbedarf und Beschäftigungszahl zu den größten Unternehmen eines Landes gehören, erfordern Umstrukturierungsmaßnahmen zur Behebung von Krisenlagen bei derartigen Mammutbetrieben Investitionen mit einem so hohen Kapitalaufwand, daß diese Investitionen kurzfristig keinesfalls über die Tarife erwirtschaftet werden können. *(Abg. Dr. König: Werden Sie die Antwort noch geben, die Sie zugesagt haben für später?)* Jawohl, die habe ich Ihnen schon gegeben, Herr Abgeordneter König! *(Abg. Dr. König: Nein! Werden neue Waggons bestellt werden können aus dem Budget?)* Es werden aus dem Budget auch Waggons bestellt werden können.

Aber weil Sie das gerade sagen, Herr Abgeordneter König, möchte ich Ihnen jetzt erwidern, was durch Ihre voreiligen Äußerungen schon passiert ist. Sie sind einmal hier im Haus aufgestanden und haben es zum Vorwurf gemacht, daß erklärt worden ist, die Beamten der Österreichischen Bundesbahnen hätten Aufträge herausgegeben, die noch nicht im Parlament beschlossen worden sind. Es war seit mehr als 10 oder 15 Jahren üblich, daß, wenn man gewußt hat, daß das Hohe Haus das Budget beschließen wird, diese Aufträge ergangen sind. Sie, Herr Dr. König, haben mit Ihren Äußerungen eine Reihe von verstaatlichten Betrieben in große Schwierigkeiten gebracht. Das hat zur Folge gehabt, daß die Beamten jetzt sehr vorsichtig sind mit ihren Bestellungen. Sie selbst mit Ihren Äußerungen haben hier zu etwas geführt, von dem wir glauben, daß das nicht gut ist, daß man das Unternehmen der Österreichischen Bundesbahnen in eine dermaßen schwierige Situation bringt.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das Budget der Österreichischen Bundesbahnen und die Ausgaben der Regierung Kreisky für das Kapitel Verkehr sind zukunftsorientiert, und wir glauben, daß diese Mittel auch zweckentsprechend ausgegeben werden. Deshalb geben wir diesem Budget gerne unsere Zustimmung, weil es Österreich und der österreichischen Bevölkerung dient. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. König zum Wort gemeldet. Fünf Minuten Redezeit.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Hohes Haus! Herr Abgeordneter Prechtl, Sie haben hier behauptet, aus dem Budget können Waggon- und Lokbestellungen getätigt werden.

Ich darf Ihnen ein Schreiben des Herrn Bundesministers für Verkehr vom 29. November

1976 entgegenhalten. Wörtlich: Im Grundbudget – und nur das ist beschlossen – sind für Fahrparkneubestellungen der ÖBB keine Mittel enthalten.

Ich glaube, es erübrigt sich, etwas weiter hinzuzufügen. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Kohlmaier, zum Abg. Prechtl: Dampfplauderer trotz Elektrifizierung! – Abg. Kern, ebenfalls zum Abg. Prechtl: Ein Märchenerzähler sind Sie! – Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Nach der Eisenbahnrede des Herrn Abgeordneten Prechtl wäre ich sehr versucht, eine Eisenbahngegenrede zu halten. Leider hatte ich es mir aber heute in den Kopf gesetzt, über die österreichische Post- und Fernmeldeverwaltung zu sprechen. Trotzdem möchte ich mir ein paar Anmerkungen zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Prechtl nicht verkneifen.

Herr Abgeordneter Prechtl! Sie sprachen davon, welche enorme Zuwachsraten es überall gab, was investiert wurde und so weiter, zum Teil brachten Sie Vergleiche, zum Teil keine.

Ich darf Ihnen sagen: In der Wirtschaft – auch die Eisenbahn ist ein Teil der Wirtschaft – kommt es letztlich auf den Saldo an! Und der Saldo ist bei der Eisenbahn einfach entsetzlich. Wir haben in der Erfolgsrechnung der Bundesbahnen ein ausgewiesenes Defizit von nahezu 4 Milliarden Schilling, und wenn man die Abgeltungen dazurechnet, um das wahre Bild des gesamten Komplexes zu bekommen, sind es eben 11,7 Milliarden Schilling.

Sie haben die enormen Steigerungen der Lohnsumme erwähnt. Ich gönne das den Eisenbahnern.

Aber Sie haben etwas nicht erwähnt, was der leider Gottes zu früh verstorbene Sekretär Ihrer Gewerkschaft, der frühere Abgeordnete Ulbrich, hier im Parlament zugegeben hat: daß infolge der unterbliebenen Rationalisierungen die Bundesbahnen etwa 20.000 Beschäftigte zuviel haben: So hier im Parlament aus dem Munde des Sekretärs der Eisenbahnergewerkschaft gesagt. Das, Herr Abgeordneter Prechtl, hätten Sie auch irgendwo einbeziehen sollen.

Sie haben noch eine ganze Menge Argumente gebracht. Leider konnte ich nicht allen Argumenten folgen, weil Sie dann gegen Ende Ihrer Rede ein bisserl zu schnell vorgelesen haben.

Nun aber zu meinem Thema, zum zweitgrößten Dienstleistungsbetrieb in dieser Republik – der größte ist die Bundesbahn – zur Post.

Dr. Stix

Zwischen beiden gibt es – wirtschaftlich betrachtet – einen äußerst bemerkenswerten Unterschied. Während, wie schon auszuführen war, die Bundesbahnen schwer passiv sind, und das in steigendem Maße, hat sich in der wirtschaftlichen Darstellung, also in der Darstellung einer kaufmännisch erstellten Erfolgsrechnung, die Post aktiv entwickelt. Sie weist im Voranschlag 1977 in einer ähnlichen Größenordnung wie schon 1976 einen Reingewinn von 2,2 Milliarden Schilling aus.

Die Post ist also ein aktives Unternehmen mit Gewinn, und diese Tatsache möchte ich zum Ausgangspunkt meiner weiteren Überlegungen machen.

Es ist unbestritten eines der großen Probleme zwischen Post und Bevölkerung, daß es in den letzten Jahren auf einer ganzen Reihe von Gebieten zur Einschränkung von Dienstleistungen gekommen ist. Ich denke nur an die eingeschränkte Samstagzustellung, an die mühsam aufrechterhaltene und hoffentlich bleibende Samstagzustellung der Zeitungen. Es gibt bei der Zustellung laufend Engpässe im Postdienst.

Es gibt Engpässe beim Personal, besonders im Zustellbereich. Mein Fraktionskollege Abgeordneter Werner Melter hat ja schon heute früh den Protestschrei Postbediensteter aus Vorarlberg gemeldet, wo Personalkürzungen vorgenommen werden, obwohl der Personalbedarf eindeutig gegeben ist, wenn man der Bevölkerung gegenüber die Postdienste im vollen Umfang aufrechterhalten will.

Unsere Sorge geht aber weiter. Wir befürchten, daß diese Einschränkungen und Beeinträchtigungen im Kundendienst der Post noch nicht ihren Höhepunkt erreicht haben, sondern uns in Zukunft noch mehr beschäftigen werden. Diesem Problem: Einschränkungen der Leistungen der Post, stelle ich namens der freiheitlichen Fraktion folgende These gegenüber:

Ein aktives Unternehmen mit einer kaufmännisch aktiven Gebarung hat kein moralisches Recht, den Kundendienst einzuschränken, am allerwenigsten dann, wenn sich dieses Unternehmen in der öffentlichen Hand befindet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Diese These möchte ich an Hand einiger Punkte im Vergleich mit dem „Unternehmensplan der Post- und Fernmeldeverwaltung für die Jahre 1975 bis 1979“ ein wenig beleuchten.

Es findet sich unter den Grundsätzen in diesem Unternehmensplan auf Seite 5 als erstes der Grundsatz:

„Die Post- und Fernmeldeverwaltung hat ihre Leistungen unter Berücksichtigung der gemeinwirtschaftlichen Erfordernisse zu erbringen.

Bei der Erbringung der Leistungen hat die Befriedigung der berechtigten Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft Vorrang vor betrieblichen Rentabilitätsüberlegungen.“

Herr Verkehrsminister! Aus diesem Grundsatz, niedergelegt im Unternehmensplan der Post, läßt sich eine Einschränkung der Postdienstleistungen nicht ableiten!

Kommen wir zum zweiten Grundsatz, auf Seite 6 des genannten Planes:

„Die Post- und Fernmeldeverwaltung betrachtet ihre Leistungsempfänger als Kunden im privatwirtschaftlichen Sinn.

Nach Maßgabe der Möglichkeiten, die bei Bedachtnahme . . . verbleiben, hat die Post- und Fernmeldeverwaltung ihre Leistungen nach betriebswirtschaftlichen (kaufmännischen) Grundsätzen zu erbringen . . .“

Einverstanden! Ein richtiger Grundsatz. Aber auch daran gemessen kann man keine Ableitung finden, die eine Einschränkung von Kundendienstleistungen der Post zuließe.

Nun zum dritten Grundsatz, wo die Dinge problematisch zu werden beginnen, zur Kostenminimierung, nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen auf einzelne Sparten bezogen.

Bevor wir uns diesen einzelnen Sparten zuwenden, möchte ich aber noch einmal die Quintessenz unserer freiheitlichen Auffassung dazu hervorkehren: daß eben ein global vorhandener betriebswirtschaftlicher Erfolg unbedingt der oberste Maßstab ist und erst in zweiter Linie einzelne Sparten maßgeblich sind.

Im übrigen ist Ihnen im Bereich des Personalstandes die planmäßig vorgesehene Stabilisierung des Personalstandes in etwa geglückt. Die Post hatte 1976 noch über 56.000 Bedienstete und wird 1977 unter 56.000 Bedienstete haben. In diesem Punkt ist es Ihnen zweifellos gelungen, Ihre eigenen Zielvorgaben in etwa einzuhalten. Aber die volkswirtschaftliche und die wirtschaftspolitische Forderung, die wir in diesem Zusammenhang aufstellen, heißt: Das darf nicht zu Lasten des Kundendienstes gehen!

Damit kommen wir gleich zum neuralgischsten Punkt, zu den Postdiensten im engeren Sinn, speziell zu den Briefdiensten und zur Postzustellung.

Es ist ja nicht so, wie der Laie meinen könnte, daß angesichts der Ausweitung des Fernsprechwesens und anderer elektronischer Übermittlungswege der Briefdienst schrumpft. Die posteigene Prognose sagt, daß der Briefdienst jährlich weiter um 4 bis 5 Prozent wachsen wird.

Weiters wird durchaus richtig festgestellt, daß

Dr. Stix

dieser Postdienst im engeren Sinn am schwersten zu rationalisieren ist. Er bleibt auf jeden Fall personalintensiv, wie das auch hier im Bericht der Post auf Seite 119 wörtlich heißt: „Es darf aber nicht verkannt werden, daß die Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Sektor des Post- und Postautowesens keine spektakulären Auswirkungen haben können. Diese Dienstsparten werden immer personalintensiv bleiben.“

Und jetzt kommt die bedauernde Feststellung: „Die Öffentlichkeit ist jedoch nur in begrenztem Ausmaß bereit, Leistungsmodifikationen zu akzeptieren.“ Das möchte ich dreimal unterstreichen! Wir sind in keiner Weise bereit, ohne betriebswirtschaftlich massiven Grund Leistungseinschränkungen der Post zu akzeptieren. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Weil ich gerade beim Thema „Zustellung“ bin, nur eine kleine Frage am Rande, und zwar an den Herrn Verkehrsminister. Im Unternehmensplan der Post findet sich auf Seite 13 eine Bemerkung über das einheitliche Zustellgesetz. Es heißt dort: „Die . . . geführten Vorarbeiten zur Vereinheitlichung aller gesetzlichen Zustellvorschriften sollen so weitergeführt werden, daß ein den Erfordernissen des Postdienstes entsprechendes einheitliches Zustellgesetz noch im Jahre 1975“ – ich habe mich nicht verlesen: 1975 – „in Kraft treten kann.“

Ich richte daher folgende Frage an Sie, Herr Bundesminister: Wann werden Sie dieses einheitliche Zustellgesetz, das zweifelsohne der Bereinigung eines sehr verwirrenden Rechtsbereiches dienen würde, hier ins Haus bringen und beschließen?

Nun aber zurück zu den Fragen der Rentabilität. Die Rentabilität sieht nach Sparten natürlich differenziert aus. Der Unternehmensplan enthält die Erfolgsrechnungen der Jahre 1970 bis 1974 in vier Bereichen: Der Postdienst weist hohe wachsende Verluste aus, der Omnibusdienst kleinere wachsende Verluste, der Fernmelde-dienst hohe Gewinne und der Gesamtbereich kleine Gewinne.

Und damit sind wir bei jenem Grundsatz, der auch auf Seite 6 des Unternehmensplanes steht, wo es heißt: „Die Post- und Fernmeldeverwaltung strebt in den einzelnen Betriebssparten (Postdienst, Omnibusdienst und Fernmelde-dienst) grundsätzlich die Kostendeckung an. Können in einzelnen Betriebssparten aus gesamtwirtschaftlichen und sozialen Gründen kostendeckende Preise nicht erzielt werden, sind der Post- und Fernmeldeverwaltung die daraus entstehenden Fehlbeträge aus dem allgemeinen Haushalt des Bundes zu ersetzen.“

Wir anerkennen das Bestreben, auch sparten-

weise rentabel zu arbeiten. Aber ich muß hier doch ganz klar vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus entgegenhalten, daß es sehr häufig vorkommt, gerade auch in der Privatwirtschaft, daß ein Unternehmen bestimmte Sparten mitziehen muß, die nicht rentabel sind, und daß es die dort intern eintretenden Verluste aus rentabel arbeitenden Sparten ausgleichen muß.

Es gibt Produktionsbetriebe, die ihr Hauptprodukt laut Kostenträgerrechnung defizitär verkaufen, die aber aus der Verwertung von Abfall- und Nebenprodukten einen so hohen Gewinn haben, daß das Unternehmen insgesamt positiv bilanzieren kann.

Oder beispielsweise im Handel: In jedem Handelsbetrieb bringen Teile des Sortimentes Verluste, diese werden aber durch andere Artikel, die gewinnträchtig sind, ausgeglichen. Nebenbei bemerkt ist das eines der Argumente, die zeigen, warum eine generelle Debatte über eine durchschnittliche Handelsspanne nie zielführend sein kann. Aber genau diese in der Wirtschaft völlig normale Situation muß selbstverständlich auch ein Dienstleistungsbetrieb wie die Post gegen sich gelten lassen. Wenn nur einzelne Sparten defizitär geführt werden können, andere aber positiv und die das überkompensieren, dann ist das nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Ordnung.

Wenn man von einem privatwirtschaftlich geführten Betrieb verlangt, daß er die Preise nicht erhöht, weil er in einem Teilbereich Verluste hat, die er aber in anderen Bereichen durch hohe Gewinne überkompensiert, dann verlangen wir das ebenfalls in allererster Linie und gerade auch von einem öffentlichen Dienstleistungsbetrieb. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gewinnträchtig ist also der Fernmeldesektor; wir finden das für gut, eine Einschränkung werde ich bei einem bestimmten Punkt noch machen. Es profitiert hier die österreichische Post wie jede Post in der Welt von der explosiven Entwicklung des immateriellen Verkehrs. Für die Leser von Science-fiction-Romanen möchte ich anführen, daß immaterieller Verkehr ein Terminus technicus ist, aber nicht aus der „Perry Rhodan-Serie“, wo der Raum-Zeit-Sprung mit Hilfe eines Transmitters vollzogen wird. – Das wäre im übrigen ja die ideale Lösung für die Bundesbahn, Herr Bundesminister. Sie hätten keine Sorgen mehr mit Loks und anderen Investitionen. Sie bräuchten nur Transmitter und könnten auch die Bundesbahnprobleme immaterialisieren. Leider muß das ein Scherz bleiben!

Aber positiv: Die Post genießt sehr wohl die Entwicklung im immateriellen Verkehr – Fernsprechdienst, Fernschreibdienst, Bildübertragung, Datenübertragung. Positiv ist auch die

Dr. Stix

Zielsetzung der Post; bis 1978/79 ein eigenes Datenübertragungsnetz für Österreich fertigzustellen, und last not least die Einrichtung des Satellitenfunks.

Das alles wurde nicht zuletzt durch das Fernmeldeinvestitionsgesetz, das wir in Österreich haben, ermöglicht. Dieses hat erlaubt, in einer gewissen Selbstfinanzierungsweise die gigantischen Investitionsprobleme, die mit der Entwicklung des immateriellen Verkehrs zusammenhängen, zu bewältigen.

Ähnliches, Herr Bundesminister, fehlt uns bei der Österreichischen Bundesbahn. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir Freiheitlichen seit vielen Jahren bezüglich der Bundesbahn sagen: Man wird deren Probleme nicht lösen können, wenn man sie nicht in der Kapitalversorgung vom Budget unabhängig macht. Die Post ist hier ein glücklich verlaufenes praktisches Experiment, das eben aus der Praxis, aus dem praktischen Erfolg heraus diese freiheitliche Auffassung bestätigt.

Nun wieder eine kleine Abschweifung, weil wir beim Thema Fernsprechdienst, Fernsprechanlüsse sind. Im Arbeitsbehelf für die Abgeordneten wird auf Seite 257 davon gesprochen, daß im Jahr 1977 rund 100.000 Fernsprechanlüsse gemacht werden sollen. Aber die Postkunden haben in ihrem Telefonbuch eine sehr nett formulierte Aussendung der Post, PR-Abteilung, vorgefunden, und darin ist die Rede, daß 1977 mindestens 140.000 Telefonanschlüsse hergestellt werden. Was stimmt nun, Herr Bundesminister?

Ich würde vorschlagen - mit einem schönen Gruß von mir an die PR-Abteilung der Post -, Sie mögen doch den Direktsprechanschluß innerhalb der Postverwaltung herstellen und vielleicht nach außen hin einheitliche Zahlen bekanntgeben.

Im übrigen anerkennen wir die im Telefonbau erbrachten Leistungen. Wir billigen die Zielsetzungen auf dem technischen Sektor, freilich mit einer Einschränkung: Wir sehen die Notwendigkeit nicht ein, die Telefongebühren in dem Ausmaß und zu dem Zeitpunkt jetzt wieder anzupassen, wie das eben geschehen ist. Anpassung ja, aber nicht Erhöhung in diesem Ausmaß! Vor allem glauben wir nicht, daß der Zeitpunkt 1. Jänner 1977 dafür notwendig war.

Abschließend wiederhole ich zu dem ganzen Kapitel Postverwaltung unsere freiheitliche These: Ein aktives Unternehmen - und das ist die Post - hat kein moralisches Recht, seinen Kundendienst einzuschränken. Das gilt ganz besonders für ein Dienstleistungsunternehmen in öffentlicher Hand. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Libal.

Abgeordneter **Libal** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Da meine unmittelbaren Vorredner zur Luftfahrt und zur Bundesbahn Stellung genommen haben, darf ich zur Donaudampfschiffahrt einige Ausführungen machen. *(Heiterkeit. - Abg. Zeillinger: Nicht von der Reichsbrücke sprechen!)*

Meine Herren der FPÖ, die Donaudampfschiffahrt ist ein wichtiger Verkehrsträger, der hier ebenfalls zu Ehren kommen soll. Die österreichische Donauschiffahrt hat gerade im heurigen Jahr durch den Einsturz der Wiener Reichsbrücke schwierige Probleme zu bewältigen gehabt. *(Abg. Peter: DDSG: Reichsbrückengeschädigter!)* Die zeitweise Unterbrechung des Schiffverkehrs ließ einer breiten Öffentlichkeit erst so richtig die Bedeutung der Donauschiffahrt für die Versorgung der heimischen Industrie deutlich werden.

Ich darf hier mit Genugtuung feststellen, daß die österreichische Donauschiffahrt in dieser schwierigen Situation nicht nur ihre Bedeutung, sondern auch ihre außerordentliche Leistungsfähigkeit überzeugend unter Beweis stellen konnte.

Noch vor Eröffnung der provisorischen Fahrrinne im Donaustrom gelang es den Experten der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, für wichtige Transporte den Donaukanal nutzbar zu machen. Dies unter erschwerenden Umständen, da durch den U-Bahn-Bau bei der Schwedenbrücke eine Schiffbarmachung des Donaukanals schwierig zu bewerkstelligen war.

Dieser Erfolg bringt nicht nur das fachliche Können und die Einsatzbereitschaft unserer heimischen Schiffahrtsbediensteten zum Ausdruck, sondern unterstreicht in eindeutiger Weise die Richtigkeit der von der Bundesregierung eingeleiteten und durchgeführten Sanierung und Strukturbereinigung bei der österreichischen Donauschiffahrt.

Das Hauptproblem, das durch den Reichsbrückeneinsturz zu bewältigen war, bestand einerseits darin, den entstandenen Schiffstau - etwa 450 Einheiten waren zusammengekommen - so rasch als möglich aufzulösen und andererseits hiebei die berechtigten Wünsche der verschiedenen Donauschiffahrtsgesellschaften mit jenen der Industrie, des Handels und des Gewerbes bezüglich der Versorgung mit Rohstoffen und Energie sowie der Durchführung der wichtigsten Transporte von Exportgütern in Einklang zu bringen.

Bereits 1972 wurde ein von den Experten der zuständigen Ministerien ausgearbeitetes Unternehmenskonzept - ich habe hier im Hohen

Libal

Hause schon einige Male dazu Stellung genommen - zum Beschluß erhoben und nach Bereitstellung der erforderlichen Mittel zielbewußt verwirklicht.

Ich darf heute mit Genugtuung feststellen, daß es den Verantwortlichen der DDSG gelungen ist, in kürzester Zeit die seinerzeit erarbeiteten Zielvorstellungen nahezu restlos zu verwirklichen. Und dafür, glaube ich, gebührt nicht nur den verantwortlichen Leitern der DDSG, sondern der gesamten Belegschaft der Dank der Öffentlichkeit.

Insgesamt wurden seit Anlaufen des Investitionsprogramms zwei Motorgüterschiffe, sechs Motorgüterschubschiffe, zwei Motorschubschiffe und zwölf Schubleichter in den Dienst gestellt und darüber hinaus 27 bereits vorhandene Schiffseinheiten umgebaut und motorisiert, um für die kostensparende Schubschiffahrt eingesetzt werden zu können. Gleichzeitig mit der Verwirklichung des Investitionsprogramms wurde zusätzlich die Strukturbereinigung der heimischen Schiffahrt in Angriff genommen und realisiert. Im Zuge dieser Maßnahmen wurde die heimische Großschiffahrt in einem einzigen leistungsfähigen Unternehmen der Ersten Donaudampfschiffahrt konzentriert.

Die DDSG erwarb von den Firmen Brandner und COMOS 15 Schiffseinheiten.

Dieser Strukturbereinigung kommt insofern volkswirtschaftlich größte Bedeutung zu, als auf diese Weise der drohende Einbruch östlicher Schiffahrtsunternehmungen in die österreichische Donauschiffahrt und damit in den Bereich der westeuropäischen Wirtschaft abgewehrt werden konnte. Eine Leistung des neutralen Österreich, die im Raume der EWG ihre Wirkung nicht verfehlt hatte. Dieser Erfolg wird die diplomatischen Bemühungen, Österreich einen entsprechenden Status bei der Benützung des Rhein-Main-Donaukanals und des europäischen Wasserstrassensystems zu sichern, wesentlich erleichtern.

Die interessierten Rhein- und Donaustaaten befassen sich seit geraumer Zeit damit, Lösungsmöglichkeiten für jene Probleme zu suchen, mit denen sie durch die voraussichtlich im Jahre 1985 vorgesehene Eröffnung des Rhein-Main-Donaukanals konfrontiert sein werden.

So werden die Verkehrsrechte auf dem Kanal, die Stellung der Donauschiffahrt auf dem Rhein und die Rheinschiffahrt auf der Donau, die Aufteilung des Frachtvolumens, der Transitverkehr, die Tariffragen et cetera vertraglich geregelt werden müssen.

Für Österreich als Donaustaat, welcher den marktwirtschaftlichen und nicht dem Staatshan-

delssystem angehört, ist die Art der Klärung dieser Frage von besonderer Wichtigkeit.

Das österreichische Interesse geht im wesentlichen dahin, daß der österreichischen Schiffahrt einerseits die entsprechenden Verkehrsrechte auf diesem Kanal eingeräumt werden und andererseits eine angemessene Beteiligung am Frachtaufkommen auf dem Rhein und auf der gesamten Rhein-Main-Donau-Wasserstraße zugesichert wird.

Daß dem Investitionsprogramm und der Strukturbereinigung der Erfolg nicht versagt blieb, geht nicht zuletzt daraus hervor, daß die DDSG im Zeitraum von 1972 bis 1976 die Produktivität, gemessen an der Nettotonnenkilometerleistung pro Bediensteten, um 100 Prozent anheben konnte.

Darüber hinaus konnte die DDSG 1975 die größte Beförderungsleistung ihrer Geschichte seit 1829 erreichen, ein Ergebnis, das sie ohne den Einsturz der Reichsbrücke 1976 noch erheblich übertroffen hätte. Die Belegschaft hat auf diese Weise einen entscheidenden Beitrag zur dauernden Sicherung ihrer Arbeitsplätze geleistet.

Trotz dieser Erfolge ist die Zukunft unserer heimischen Schiffahrt nicht frei von Sorgen. Zunächst darf nicht außer acht gelassen werden, daß ein Punkt des Unternehmenskonzeptes bis heute nicht verwirklicht werden konnte, nämlich die Anhebung der seit über 20 Jahren unverändert gebliebenen Frachtsätze im Süd-Ost-Schiffsverkehr. Durch die Kursentwicklung des Dollars und des Rubels ist der effektive Erlös gegenüber 1955 sogar um 22 Prozent gesunken, die Kosten sind aber nahezu um das Dreifache gestiegen.

Obwohl die leitenden Herren der Gesellschaft und die zuständigen Stellen der Bundesregierung keine Anstrengung vermissen lassen, darf auch in nächster Zeit eine Verbesserung dieser unbefriedigenden Lösung nicht erwartet werden.

Die österreichische Donauschiffahrt wird daher in diesen Verkehren auch in Hinkunft auf die Unterstützung der öffentlichen Hand nicht verzichten können.

Wenn ich auch mit Genugtuung die zielführenden Initiativen der Bundesregierung anerkennen muß, kann doch nicht außer acht gelassen werden, daß der Weg zwar besritten, aber noch lange nicht zurückgelegt ist. Aber selbst wenn die rechtlichen Voraussetzungen für eine spätere Benützung des Rhein-Main-Donaukanals zufriedenstellend gelöst werden können, bleibt doch ihre wirtschaftliche Nutzbarkeit eine weitere Frage.

Libal'

In richtiger Erkenntnis dieses Umstandes haben die zuständigen Stellen der Bundesregierung, insbesondere der Herr Bundesminister für Verkehr, gemeinsam mit den Österreichischen Bundesbahnen und der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft eine umfassende Studie in Auftrag gegeben, welche die mögliche und zu erwartende Nutzbarkeit des Europakanals und die hiezu allenfalls erforderlichen Investitionen aus österreichischer Sicht klären soll.

Sollten diese Untersuchungen die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen auf dem Flottensektor eindeutig angezeigt erscheinen lassen, wird sich die Republik Österreich als Eigentümer der DDSG ihren daraus erwachsenden Verpflichtungen nicht entziehen können und dürfen, obwohl der für den österreichischen Fremdenverkehr so wichtige Betriebszweig der Personenschifffahrt vom seinerzeitigen Unternehmenskonzept nicht erfaßt war, konnte doch immerhin 1975 ein neues Ausflugschiff, die MFS „Wachau“, mit Hilfe des Eigentümers in Dienst gestellt werden.

Die übermäßigen Kosten von Langstrecken-kabinenschiffen und der sich abzeichnende Trend zum Kurzstreckenverkehr ließen es einerseits angezeigt erscheinen, vorerst auf den Bau größerer Einheiten zu verzichten, andererseits aber wird der Bau eines zweiten Ausflugschiffes der Type „Wachau“ demnächst ernsthaft in Erwägung gezogen werden müssen.

Überdies darf nicht übersehen werden, daß gerade in das Ausland verkehrende Kabinenschiffe den österreichischen Donauregionen weniger Vorteile bringen als eine dichtere Bedienung unseres österreichischen Heimatlandes durch Ausflugschiffe.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe hier einige der wichtigsten Probleme der österreichischen Donauschifffahrt aufgezeigt, und ich darf hoffen, daß Sie gleich mir der Meinung sind, daß wir der österreichischen Donauschifffahrt auch in Zukunft die ihr zukommende Bedeutung beimessen müssen.

Bevor ich zum Schluß komme, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, möchte ich doch noch auf etwas zurückkommen, das vor 14 Tagen im Kapitel Soziales passiert ist. Der Herr Abgeordnete Dr. Hafner hat damals bestellte Protesttelegramme verlesen, und ich war gezwungenermaßen gegen meinen Willen Zuhörer dieses Telefongesprächs. (*Abg. Hietl: Lauscher an der Wand! - Abg. Dr. Schwimmer: Sie Armer! - Abg. Kern: „Gezwungenermaßen“!*) Allerdings, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, gezwungenermaßen, und darum muß ich ja dazu Stellung nehmen.

Es hat nämlich der Herr Klubobmann Profes-

sor Dr. Koren der „Kleinen Zeitung“ Gráz auf Anfrage erklärt: „Es ist für einen Abgeordneten nicht sehr ehrenvoll, wenn er mit dem Ohrwaschel an der Wand horcht!“ Nach diesen profilierten Aussagen des Herrn Professors Dr. Koren muß ich doch klar und deutlich feststellen, daß dies bei dem Gespräch des Herrn Abgeordneten Hafner, das er in seinem Hotelzimmer geführt hat, gar nicht notwendig gewesen ist (*Abg. Dr. Schwimmer: War das in Tokio? Japanische Papierwände?*), Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer, denn der Herr Abgeordnete Dr. Hafner hat nach bewährter ÖVP-Mannier den Mund so weit aufgemacht (*Heiterkeit bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP*), daß ich gegen meinen Willen durch drei Wände alles verstehen konnte, was er gesagt hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter, ich gebe einen Ordnungsruf wegen dieses Ausdruckes.

Abgeordneter **Libal** (*fortsetzend*): Bitte, nehme ich zur Kenntnis, Herr Präsident, ich bin mir aber keiner Schuld bewußt. Der Abgeordnete Hafner hat mit derartiger Lautstärke telefoniert, daß man durch drei Zimmerwände jedes Wort verstehen konnte. Ich muß also die Erklärungen des Herrn Professors Koren mit dem „Ohrwaschel“ auf das entschiedenste zurückweisen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordneter Ing. Gradinger.

Abgeordneter Ing. **Gradinger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Nach dieser lustigen Einlage zurück zur Verkehrspolitik. Der Herr Minister Moser hat in seiner Stellungnahme einleitend die Bemerkung gemacht: Wenn man den Rednern der Österreichischen Volkspartei aufmerksam zugehört hat, muß man den Eindruck gewinnen, daß ab dem Jahr 1977 die Katastrophe über uns hereinbricht.

Diese Bemerkung könnte man etwa so fortsetzen: Wenn man den Wortmeldungen bei der Verkehrsdebatte aufmerksam zugehört hat, kann man den Eindruck gewinnen, im Bereiche der Verkehrsträger, des Verkehrsressorts ist alles, was von der Regierung kommt, in bester Ordnung, eine heile Welt.

Und ich könnte jetzt bei diesem Wechselbad fortsetzen, und es wäre sicherlich nicht schwer, Argumente dafür zu finden. Ich werde mich aber dennoch bemühen, einen sachlichen Beitrag zu dieser Spezialdebatte abzugeben über grundsätzliche Fragen der Verkehrspolitik, über grundsätzliche Fragen der Bundesbetriebe, im speziellen über den größten Verkehrsträger, die Österreichischen Bundesbahnen, die heute schon verschiedentlich in Diskussion gestanden

Ing. Gradinger

sind, weil die Entwicklung eine bedenkliche ist, im besonderen die finanzielle Entwicklung, die Entwicklung der Defizite in den letzten Jahren.

Mir steht hier dazu eine interessante Aufstellung zur Verfügung. Das Defizit, der Gesamtabgang der Österreichischen Bundesbahnen, hat im Jahre 1970 zirka 2,5 Milliarden Schilling betragen. - Hier sind nicht beinhaltet die Subventionsabteilungen und die Pensionsabteilung, zu der wir uns selbstverständlich bekennen, das möchte ich hier in aller Deutlichkeit gesagt haben. - 1970 also ein Defizit, ein Abgang von 2,5 Milliarden, 1971 3,3 Milliarden, 1972 4,1 Milliarden, 1973 5,2 Milliarden, 1974 4,1 Milliarden, 1975 7 Milliarden. Für 1976 liegen also endgültige Ziffern aus dem Bundesrechnungsabschluß noch nicht vor, daher die Zahl des Voranschlags: 5,2 Milliarden; es wird aber sicherlich diese Zahl eine Erhöhung auf mindestens 6 Milliarden erfahren, und 1977 sind bekanntlich 6,7 Milliarden budgetiert.

Zu der Entwicklung kann man eigentlich nur eines sagen, wie es einmal in einer Zeitung formuliert worden ist: „Die Bahn fährt ungebrochen mit Volldampf weiterhin in die Pleite.“ *(Abg. Kern: Ohne Verspätung!)*

Und daß man sich natürlich sehr eingehend gerade mit diesem Komplex in aller Öffentlichkeit beschäftigt, braucht einen nicht wunderzunehmen, und ich darf aus einem Artikel zitieren, den Dr. Walter Fremuth vor zirka eineinhalb Jahren verfaßt hat in seiner Funktion als Vorsitzender der Verwaltungsreformkommission. Es hat sich mit dieser Problematik beschäftigt und unter dem Titel „Bundesbetriebe sind höchst reformbedürftig“, wo also sehr Merkwürdiges sehr deutlich in aller Öffentlichkeit gesagt wurde, unter anderem ausgeführt, daß die vom Bund in Eigenregie geführten Betriebe von Struktur und Management her total veraltet sind und für die österreichische Volkswirtschaft eine kaum tragbare Belastung darstellen. Weiters heißt es, daß allein bei den Bundesbetrieben Einsparungen von mindestens 6 Milliarden erzielt werden könnten. - Diese Ziffer bezog sich auf die Zeit vor zirka zwei Jahren, sie ist heute sicherlich höher.

Ein drittes Zitat aus diesem Aufsatz: „Ganz besonders hebt also der Verfasser hervor, daß auch die Existenzberechtigung der Bundesbetriebe in ihrem angemessenen Beitrag zur Wertschöpfung für die Volkswirtschaft in einem guten Verhältnis zu dem dafür getätigten Aufwand zu liegen hätte.“

Schließlich noch eine bemerkenswerte Feststellung des damaligen Vizegouverneurs der Österreichischen Postsparkasse, daß der Mangel an präzisen Zielvorstellungen für die Unterneh-

mungen, die ungenaue Definition der Zuständigkeiten zu den Gründen gehören, die den Betrieben wie ein Klotz am Bein hängen. Diese massiven Vorwürfe - solche sind es zweifelsohne - wurden gewiß nicht leichtfertig in aller Öffentlichkeit von einer Kommission, von dem damaligen Vizegouverneur der Österreichischen Postsparkasse erhoben, sondern da muß einiges im argen liegen, wenn man in aller Öffentlichkeit derartig massiv öffentliche Dienstleistungsunternehmungen angeht.

Übrigens hat auch - und das wurde heute ebenfalls vom Kollegen König erwähnt - der Rechnungshof schon wiederholt Fragen und Vorwürfe in derselben Richtung erhoben. Allerdings, im Lichte der jüngsten Erfahrungen, die wir mit gemeinwirtschaftlich geführten Unternehmungen erlebt haben, scheinen diese erhobenen Vorwürfe nicht ungerechtfertigt zu sein. Sie sind keine Seltenheit, wenn man an die Vorgänge rund um den Bauring denkt, auch ein gemeinwirtschaftlich geführtes Unternehmen, wo man heute 1,4 Milliarden Schilling in den Rauchfang schreiben muß, oder an das Allgemeine Krankenhaus, wo angeblich für diesen Torso bereits Kosten von 100 Millionen allein nur für Reparaturen bis jetzt aufgelaufen sind. Alles Unternehmungen, wo Sozialisten führend beteiligt und dafür voll verantwortlich sind und geradestehen müssen, und ein harter Beweis dafür, daß viel Geld laufend verwirtschaftet wird, entweder, weil man im Umgang mit den Steuermilliarden zu leichtfertig ist oder vom Wirtschaften scheinbar doch zuwenig versteht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichischen Bundesbahnen - und das ist jetzt die andere Problematik dazu - haben seit dem Jahre 1976 ein Unternehmenskonzept. In diesem Papier, das nun ein Jahr alt ist, ist ein wesentlicher Bestandteil des Konzeptes eine über zehn Jahre wirksame Kapitalspritze. Und jetzt sehen wir bereits nach einem Jahr dieser Periode, daß dieses Papier eigentlich ein wertloses Papier geworden ist, von der Entwicklung überrollt. Im ersten Jahr hat man sich bekanntlich eine Investitionsquote von 5,86 Milliarden Schilling vorgenommen, und zur Verfügung standen alles in allem - ordentliches, außerordentliches ‚Budget‘, Konjunkturausgleich - um 1,4 Milliarden S weniger. 1977 findet das seine Fortsetzung - ist auch schon erwähnt worden, ich möchte mich darüber nicht breiter auslassen -, die Bahn wurde ja um durchschnittlich 5 Prozent eingebremst gegenüber dem Vorjahr und dadurch natürlich auch, Herr Kollege Prechtl, die beabsichtigten Rationalisierungsmaßnahmen in Frage gestellt, die Personaleinsparungen, die Sicherung der Arbeitsplätze und die Aufträge an die Industrie. Alles schöne Sachen, die sich wunderbar gemacht haben am

Ing. Gradinger

Papier, aber in der rauhen Wirklichkeit nicht stimmen.

Sowohl dieser Umstand als auch die steigenden Defizite, wie ich sie anfänglich verlesen habe, müssen doch zu der Überlegung führen, ob diese Bahn, diese Österreichische Bundesbahn, nicht mehr braucht als ein Unternehmenskonzept, ein Papier, wie ich gesagt habe, von der Entwicklung überrollt und von Haus aus mit dem Handicap belastet, sich natürlich zu orientieren an den bisherigen Grundsätzen einer Österreichischen Bundesbahn-Politik.

Und in dieser Situation meint der Herr Finanzminister, man müsse den Weg von Sondergesellschaften gehen. Man müßte Bahn und Post aus dem Bundeshaushalt herausnehmen. Der Verkehrsminister, wenn die Informationen in den Medien stimmen, tendiert eher nach einer kleinen Lösung, daß man Sondergesellschaften für spezielle Projekte bildet. Die Personalvertretung, anfänglich geschockt von diesen Mitteilungen, ist vorläufig der Auffassung, sich einzuigeln und zu dieser aufgeworfenen Problematik überhaupt nicht Stellung zu nehmen beziehungsweise darauf einzugehen. Die großen Dienstleistungsunternehmen Bahn und Post mit ihren Bediensteten sind dadurch verunsichert, wenn einerseits das Konzept überholt ist, andererseits die Unternehmensform in Frage gestellt ist. So treten eben diese Betriebe in das neue Jahr 1977.

Obwohl es, meine sehr geehrten Damen und Herren, als Opposition nicht unsere Aufgabe ist, Vorschläge zu machen, haben wir doch eine Reihe konstruktiver Vorschläge zu einer anderen Bundesbahnpolitik gemacht, Überlegungen angestellt, die es der Bahn ermöglichen würden, sich elastischer mit ihrem Leistungsangebot an die jeweiligen Marktverhältnisse anpassen zu können.

Beim Güterverkehr, wo die Österreichischen Bundesbahnen nach wie vor eine starke Position besitzen, trotz Anlagen und Methoden, die veraltet sind, verpöft sind, 50 Jahre alt sind, beim Güterverkehr, der doppelt so langsam ist wie etwa der in der Schweiz, haben wir nach wie vor gegenüber der Straße eine starke Position. Die Verhältnisse in der Deutschen Bundesrepublik sind hier ganz anders gelagert. Und trotzdem denken die Verantwortlichen der Deutschen Bundesbahn daran, ihren eigenen Gütertransport auf der Straße in einem immer stärkeren Maße privaten Unternehmungen zu übertragen, weil die vorhandenen knappen finanziellen Mittel konzentriert werden sollten auf die ureigensten Anliegen der Deutschen Bundesbahn.

Bei uns will man scheinbar den umgekehrten Weg gehen. Bei uns versucht man Wettbewerbs-

verzerrung mit neuen Steuern, die natürlich letzten Endes wiederum der österreichische Konsument und Verbraucher zu zahlen hätte. Bei uns gibt es Vorstellungen sowohl in der Unternehmensführung wie auch in der zuständigen Fachgewerkschaft von neuen Sparten innerhalb der Bundesbahnen. – Nachzulesen im „Eisenbahner“: Aufbau eines bahneigenen Speditionsbetriebes zur Lösung des Stückgutverkehrs.

Meines Erachtens ein heller Wahnsinn, weil das ja nichts anderes zur Folge hätte als abermals neue hohe Investitionen, hohe Verwaltungskosten, einen neuen Verwaltungsapparat und sicherlich einen neuen Defizitträger, der die Probleme nicht lösen, sondern eher verschärfen würde. Man will anscheinend noch immer nicht erkennen, daß nur in einer Konzentration, wie ich bereits am deutschen Beispiel angeführt habe, der immer knapp vorhandenen finanziellen Mittel die Lösung für die Zukunft besteht. Und die Mittel sind auch für die Österreichischen Bundesbahnen unter einem sozialistischen Finanzminister knapp, nach wie vor.

Nur durch eine Kooperation mit den übrigen Verkehrsträgern käme kein Rückzug aus der Verkehrsfläche zustande, sondern eine Wiedereroberung bereits verlorenen Terrains, und dies ist meines Erachtens nach die Chance schlechthin für die Österreichischen Bundesbahnen.

Und ähnlich ist es beim Personenverkehr. Da gibt es also – ich stehe nicht an, das hier anzuführen – eine Reihe guter Ansätze: Taktfahrplan, Städteschnellzüge zu den Landeshauptstädten sind also eindeutig sympathische Neuerungen, die auch von uns als Opposition anerkannt werden, obwohl die Züge noch lange nicht das sind, was sie sein könnten. Die Fahrpläne sind häufig nicht verlässlicher als die Wettervorhersage. Der Zustand der Wartesäle ist oft zu erbärmlich. Mit Recht hat einmal Hans Weigel in einer Glosse gefragt: Warum ist es abseits der Süd- und Westbahn so schrecklich, etwa nach Marchegg oder nach Retz oder nach Eisenstadt zu fahren? Und ich möchte dem hinzufügen: Sowohl was die Fahrpläne betrifft, die Fahrzeiten als auch die Garnituren und nicht nur diese, sondern auch hinsichtlich der Reinheit der Garnituren ist also hier so manches im schrecklichen. Und eine Revitalisierung gerade in diesem Bereiche wäre dringendst angebracht, würde sich mit verhältnismäßig geringen finanziellen Aufwendungen rasch bezahlt machen. Und solche Mahnungen wären dazu angetan, daß man eher geneigt wäre, von seinem fahrbaren Untersatz auf die Bahn umzusteigen.

Noch eine kurze Bemerkung zu den Neben-

Ing. Gradinger

bahnen, die auch schon angezogen wurden. Die Sanierung der Nebenbahnen kostet angeblich nach Schätzung von Fachleuten heute schon 4 Milliarden Schilling. 420 Millionen Schilling machen sie jährlich Defizit. Die Kostenrechnung der Nebenbahnen reicht für eine Deckung zwischen 4 und 8 Prozent. Der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen wäre also heilfroh, wenn er sie längst los hätte. Er ärgert sich, daß noch keine Entscheidung gefallen ist. Trotzdem bin ich aber nicht der Meinung, daß man dieses Problem pauschal übers Knie brechen sollte: zusperrern, aufhören, denn es ist zu vielschichtig und viel zu heikel, um das so lösen zu können.

Ich muß aber diesen Vorwurf, der heute bereits an den Verkehrsminister gemacht wurde, wiederholen. Ich bin der Ansicht, daß man zu lange in dieser Frage säumig geworden ist, daß man sechs Jahre ein Problem vor sich herschiebt und nicht entscheidet, vertröstet von einer Kommission, von einer Begutachtung auf die andere.

Es ist nicht nur ein Problem des Verkehrsressorts, es ist auch ein Problem der Länder, die sich danach zu richten hätten, die sich gerne danach orientieren wollen, wie also die Reise weitergeht mit diesen Nebenbahnen. Hier ist eindeutig diese Bundesregierung längst im Verzug. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei ist sich zweifelsohne des hohen Stellenwertes der Verkehrspolitik bewußt. Die kommende Entwicklung ist uns nicht gleichgültig. Und die Probleme – das lassen Sie sich gesagt sein, meine Damen und Herren von der SPÖ – löst man nicht mit Monopolen oder mit neuen Steuern, wie das anscheinend noch so manchen vorschwebt, etwa so nach der damaligen Einrichtung des Landtransportmonopols, was sicherlich längst der Geschichte angehört.

In einer sozialen Marktwirtschaft, zu der wir uns restlos bekennen, sollte und darf es staatliche Gestaltungs- und Eingriffsrechte nur geben, solange man den Partner nicht gefährdet. Gerade dieser Umstand ist für uns von großer und entscheidender Bedeutung in der Verkehrswirtschaft in Österreich, haben wir es doch hier in unserem Land mit einer sehr starken, mittelständischen Struktur zu tun, die es zu erhalten gilt, die es zu stärken gilt und die man nicht umbringen darf mit neuen Betriebseinrichtungen und mit neuen Belastungen.

Worum es geht, kann doch nur eines sein: die Bedürfnisse der Bevölkerung im Bereich der Verkehrspolitik, gemessen an den uns zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Kräften, zu erfüllen in einer vernünftigen Aufgabenteilung

zwischen staatlichen Dienstleistungsunternehmen einerseits und den privaten Unternehmen andererseits. Es hat also sehr wenig Doktrin oder Ideologie in diesen Sparten verloren. Anscheinend schlägt das aber noch immer sehr stark durch. Und das ist auch mit ein Grund dafür, daß wir diesen Kapiteln nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lenzi.

Abgeordneter Dr. **Lenzi** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Im Zuge der Budgetdebatte, aber auch bei anderen Anlässen haben Vertreter der Opposition wiederholt auf das Defizit bei den ÖBB hingewiesen. Das stete Hervorheben von Gebarungsabgängen ist sicherlich dazu geeignet, das Erscheinungsbild eines Unternehmens in Mißkredit zu bringen. Es wird jedoch gerne unterlassen, jene Faktoren aufzuzeigen, welche den Abgang verursachen. Dadurch gewinnt der Uneingeweihte den Eindruck, daß ein solches Unternehmen nicht richtig funktioniert.

Und weil in der Öffentlichkeit immer wieder durch unrichtige und irrtümliche Darstellungen das Ansehen dieses so bedeutungsvollen Unternehmens geschädigt wird, fühle ich mich verpflichtet, dem Hohen Haus jene echten Komponenten darzulegen, die für das Zustandekommen des ÖBB-Defizits maßgeblich sind. *(Abg. Graf: Aber, Herr Doktor, eine kleine Zwischenfrage, Sie werden ...)*

Präsident Probst: Wir haben ja keine Fragestunde, Herr Abgeordneter Graf. *(Abg. Graf: Dann werde ich es anders formulieren! Das Reden über Defizite ist noch lange nicht rufschädigend! – Beifall bei der ÖVP.)*

Abgeordneter Dr. **Lenzi** *(fortsetzend)*: Die westeuropäischen Eisenbahnverwaltungen wurden beauftragt, primär auf eine kommerzielle Betriebsführung Bedacht zu nehmen. *(Ruf bei der ÖVP: Wirtschaften Sie besser!)* Sosehr sie sich auch bemühten, erfolgreich zu sein, nahmen ihre Verluste dennoch von Jahr zu Jahr zu.

Auch die europäische Verkehrsministerkonferenz hat sich immer wieder mit diesem Fragenkomplex befaßt. Von Relevanz ist ebenfalls die Feststellung, daß weder beim Führungsteam noch beim Ressortchef die Wurzel der negativen Entwicklung zu finden ist.

Bei dieser Gelegenheit darf bemerkt werden, daß die Österreichischen Bundesbahnen über ein hochqualifiziertes Management verfügen. Es handelt sich also um kein spezifisch österreichisches Problem. Es ist ein europäisches Phänomen. Bei allen Bahnverwaltungen ist ein starkes Anwachsen der Personalkosten zu beobachten. Durch die merkliche Konkurrenz besonders im

Dr. Lenzi

Straßengüterfernverkehr bleiben die Erlöse fühlbar zurück. Der Personennahverkehr zählt zu den gemeinwirtschaftlichen Aufgaben. Er kann nicht kostendeckend geführt werden.

Zur unrichtigen Darstellung des Defizits wäre folgendes zu sagen: Meistens erfolgt nur eine Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben unter Hinzuzählung der Pensionsabgeltung sowie der Abgeltung der Sozial- und Subventionstarife.

Die Abgeltung der Pensionslast bringt nur eine Gleichstellung der ÖBB mit den übrigen Wirtschaftsunternehmen des Landes. Die Abgeltung der Sozial- und Subventionstarife stellt ein Leistungsentgelt dar und kann daher dem Defizit nicht zugerechnet werden.

Das einzige Kriterium hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage der ÖBB ist die Bilanz beziehungsweise die Gewinn- und Verlustrechnung, und nur der dort ausgewiesene Reinverlust dient als Beurteilungsmaßstab.

Für 1975 beträgt der Jahresreinverlust 3575 Millionen Schilling. In den Zeitungen wurde für 1977 wiederholt ein Defizit von 13 bis 15 Milliarden Schilling genannt. Unter Hinweis auf meine vorerwähnten Ausführungen wäre es richtig, auch für 1977 den Reinverlust für die Beurteilung der ÖBB in Betracht zu ziehen. Dieser wird im Wirtschaftsvoranschlag 1977 mit 3856 Millionen Schilling ausgewiesen. Dies bedeutet gegenüber 1976 eine Erhöhung um 713 Millionen Schilling.

Selbstverständlich wirken sich die Preissteigerungen zum Beispiel bei den Betriebsstoffen, wie elektrischer Strom und Dieselöl, oder bei Eisenwaren, Holz und vielen anderen Bedarfsgegenständen nachteilig aus. Es handelt sich auch hier um einen Umstand, für den die Eisenbahn nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Die Aufwendungen sind leistungsabhängig, das heißt, die Eisenbahn muß nach starren Fahrplänen fahren, ohne sich dem Bedarf elastisch anpassen zu können. Die Folge davon ist, daß bei Leistungsrückgang – siehe Rezession 1975 – trotzdem gleichbleibend hohe Betriebskosten entstehen.

Zum Unterschied von anderen Transportunternehmen besteht für die Eisenbahn Beförderungs- und Tarifpflicht. Sie kann also unrentable Transporte nicht ablehnen und verfügt im Rahmen der Tarife nur über einen sehr geringen Spielraum.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir nun auch Vergleiche mit anderen europäischen Eisenbahnverwaltungen. Zunächst einmal mit den Niederländischen Staatsbahnen. Ganz

bewußt erwähne ich diese, weil sie eine besonders leidenschaftslose Vergleichsweise ermöglichen. In Holland sind bekanntlich wesentlich günstigere topographische, klimatische und anlagemäßige Voraussetzungen als im gebirgigen Österreich. Es gibt in Holland keine Tunnels, keine größeren Brücken, keine Bergtrassen, keine Lawinenschutzbauten und keine sonstigen Schwierigkeiten, wie sie zum Beispiel in Tirol, Salzburg oder Kärnten häufig auftreten. Trotz dieser ausgezeichneten Verhältnisse wächst auch im flachen Holland das Defizit permanent: 1973 gab es einen Verlust von 1087 Millionen Schilling und 1974 einen solchen von 1228 Millionen Schilling.

Weiters ein Vergleich mit den SBB: 1972 betrug der Abgang 107 Millionen Schilling, 1974 waren es 1470 Millionen Schilling und 1975 waren es 4201 Millionen Schilling.

Interessant ist auch ein Vergleich mit der Deutschen Bundesbahn. Obgleich dort günstigere Voraussetzungen bestehen als bei uns, steigen dennoch ihre Verluste enorm: 1972 waren es 17,8 Milliarden Schilling, 1974 waren es 20 Milliarden Schilling und 1975 waren es 30,8 Milliarden Schilling. So könnte man die Reihe der europäischen Eisenbahnverwaltungen fortsetzen.

Auch im internationalen Tarifniveau sind die ÖBB-Tarife zurückgeblieben. Die relativ niedrigen Tarife sind auch ein Element des ausgewiesenen Verlustes. Es soll aber nicht übersehen werden, daß dieses Tarifniveau all die Jahre hindurch preisstabilisierend wirkte und die langen Intervalle bei Tarifierhöhungen beruhigend auf das Niveau aller Beförderungspreise gewirkt haben.

Der aufgezeigte internationale Vergleich soll keine beruhigenden Reaktionen auslösen, sondern die ÖBB anspornen, ihre Anstrengungen zur Verbesserung des Betriebsergebnisses zu forcieren.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Untersuchung der Verluste bei den Eisenbahnen sollte man auch einmal die Defizite in anderen Verkehrsbereichen unter die Lupe nehmen. Ich denke im besonderen an die Ausgaben der Gebietskörperschaften für den Straßenbau und für die Straßenerhaltung. So haben zum Beispiel Bund, Länder und Gemeinden im Jahre 1974 zusammen 17,6 Milliarden Schilling ausgegeben. Die Erträge aus der Kraftfahrzeugbesteuerung erreichten im selben Jahr 10,2 Milliarden Schilling. Der Abgang beläuft sich also auf 7,4 Milliarden Schilling. Diesem Betrag müssen die Kosten der Opfer des Straßenverkehrs von rund 2 Milliarden Schilling sowie die Kosten der

Dr. Lenzi

Verkehrsüberwachung von etwa 1,6 Milliarden Schilling hinzugerechnet werden. Diese Berechnung ergibt im Individualverkehr einen Abgang von nahezu 11 Milliarden Schilling.

Ähnlich aufschlußreiche Vergleiche könnte man auf anderen Gebieten der Infrastruktur vornehmen.

So gesehen erscheinen die Österreichischen Bundesbahnen bei objektiver Prüfung sicherlich in einem ganz anderen Licht.

Neben ihrer Funktion als bedeutendstes Transportunternehmen erfüllt die Eisenbahn noch eine andere hervorragende Aufgabe, die immer noch zu wenig gewürdigt wird. Wenn man bedenkt, daß zum Betrieb nahezu 100.000 verschiedene Waren und Artikel benötigt werden, erkennt man, daß die ÖBB zu den größten Auftraggebern der inländischen Wirtschaft zählen. Dieser Umstand bewirkt, daß die Eisenbahn auch auf die Arbeitsmarktpolitik entscheidenden Einfluß nimmt. Und dies ist ihre dritte große Aufgabe.

Angesichts dieses Sachverhaltes verdienen die Österreichischen Bundesbahnen und deren Bedienstete sicherlich eine erhöhte Wertschätzung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun möchte ich über einen anderen wichtigen Bundesbetrieb sprechen, nämlich über die österreichische Postverwaltung. Auch dieses Unternehmen erbringt jährlich vortreffliche Leistungen. Der Postdienst, der Postautodienst und der Fernmeldedienst sind die tragenden Säulen dieses Betriebes. 1975 hat die Post zirka 1,136 Milliarden Inlandbriefsendungen behandelt. Das sind um 96 Millionen mehr als im Jahre 1974. In das Ausland wurden 158 Millionen Briefsendungen abgefertigt. In diesem Zusammenhang haben die ÖBB großartige Transportleistungen vollführt und mit den Poststellen bestens zusammengearbeitet. Für die Post sind die ÖBB ein unentbehrlicher Transportführer.

Mit Postomnibussen wurden vergangenes Jahr zirka 124 Millionen Personen befördert. Das sind 4,2 Millionen Personen mehr als 1974. 146 neue Omnibusse trugen zur weiteren Erneuerung und Verbesserung des Wagenparks bei. Es wurden zahlreiche Verkehrsverbesserungen herbeigeführt, die namentlich auch für Schüler und Pendler fühlbare Vorteile brachten und auch künftig bringen werden.

Im Bereich des Fernmeldedienstes wurden über 148.000 neue Fernsprechhauptanschlüsse im Jahre 1975 hergestellt. Das sind um über 12.000 Fernsprechanschlüsse mehr als ein Jahr zuvor. Für den Aufbau der fernmeldetechnischen Einrichtungen wurden im gesamten Bundesgebiet zahlreiche neue Einrichtungen

laufend bereitgestellt, wobei die vielen Wählämter besonders zu nennen sind. Auch das internationale Telephonnetz wird ständig erweitert. Zu Beginn dieses Jahres konnten bereits mehr als 95 Prozent des gesamten Fernsprechverkehrs von Österreich nach dem Ausland durch Selbstwahl abgewickelt werden.

Anlässlich der Winterolympiade in Innsbruck haben die Post und der ORF für die weltweite Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen beispielgebend gesorgt.

Für das Jahr 1977 werden 5,798 Milliarden Schilling für Investitionen in Durchführung des erstellten Fernmeldeinvestitionsprogramms zur Verfügung stehen. Unter anderem werden 140.000 neue Telephonanschlüsse im kommenden Jahr errichtet werden.

Für den weiteren Ausbau der Richtfunk- und Koaxialkabel-Linien müssen zirka 300 Millionen Schilling aufgewendet werden.

In Fortführung des Omnibusbeschaffungsprogramms werden modernste Omnibusse beschafft.

Im Rahmen des Postämter-Sanierungsprogramms sollen nächstes Jahr 64 Postämter saniert werden.

Am Hochbausektor und für sonstige Investitionen werden 150 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Diese Großaufträge und viele andere kommen größtenteils der österreichischen Wirtschaft zugute. Die Postverwaltung fungiert also auch als namhafter Auftraggeber der inländischen Wirtschaft und darüber hinaus als sicherer Brotgeber für zirka 57.000 Postbedienstete und für Tausende Angestellte österreichischer Firmen.

Abschließend noch ein paar Worte zur österreichischen Briefmarke. Wir dürfen mit Stolz konstatieren, daß unsere Briefmarken seit 126 Jahren zu den schönsten und gediegensten Produkten auf diesem Gebiet zählen. Sie besitzen eine ausgezeichnete Qualität und tragen auch den Grundsätzen der Ästhetik Rechnung. Diese Marken genießen höchste Wertschätzung und bewirken ein alljährliches Ansteigen der Abonnentenzahl im Inland wie im Ausland.

Letztes Jahr gab es 156.000 österreichische Abonnenten. 1975 betrug der Gesamtwert der bezogenen Postmarken im Rahmen des Abonnements 326 Millionen Schilling. Etwa 48.000 Ausländer beziehen regelmäßig österreichische Marken und haben dafür im vergangenen Jahr 45 Millionen Schilling ausgelegt. Wir haben heute Gelegenheit, meine Damen und Herren,

4188

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Dr. Lenzi

den Schöpfern dieser erstklassigen Briefmarken und ihren Mitarbeitern unser Kompliment zu entbieten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Lanc.

Bundesminister für Verkehr **Lanc**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zuerst auf einige von den Herren Abgeordneten in der Debatte aufgeworfene Fragen eingehen.

Zuerst zum Problem der Personaleinsparungen, die sowohl die Bundesverwaltung als auch im engeren Sinne die Bundesbetriebe und hier vor allem Bahn und Post betreffen.

An einem Beispiel aus Vorarlberg wurde hier die Frage aufgerollt, was mit 22, auch vom Anfragersteller zugegebenermaßen befristet aufgenommenen Menschen geschehen soll. Es ist für mich überhaupt kein Gegenstand der Diskussion, daß wir generell Fragen der Zeitbeschäftigung bei den öffentlichen Unternehmungen in einem möglichst sozialen Geiste abwickeln wollen. Ich werde auch in diesem konkreten Fall das noch einmal genau überprüfen lassen.

Aber kein Unternehmen, und damit auch kein öffentliches Unternehmen, ist davor gefeit, für gewisse Belastungsspitzen, und das ist nicht zuletzt der Vorweihnachts- und Weihnachtsverkehr bei der Post, Personal aufzunehmen, das es in der übrigen Zeit nicht verwenden kann und daher wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen muß. *(Abg. Dr. Schwimmer: Die 22 wurden im Sommer eingestellt, Herr Minister!)* Sicherlich sind die im Sommer eingestellt worden, denn wenn der Vorweihnachtsverkehr eingerichtet werden soll, kann man das ja nicht im Jänner des nächsten Jahres machen *(Zustimmung bei der SPÖ)*, sondern macht das zwischen Sommer und jetzt, denn im Sommer gibt es ja eine Urlaubsvertretung, falls Sie davon noch nichts gehört haben als Sozialpolitiker. *(Abg. Dr. Schwimmer: Da stellt man Schulabgänger ein und macht ihnen Hoffnungen!)*

Die jungen Menschen – und um solche dürfte es sich handeln – haben sich um diese zeitverpflichtete Beschäftigung beworben und haben von Haus aus gewußt, daß der Arbeitsvertrag mit Jahresende endet. Das ist auch für andere Schulentlassene so. Wenn beispielsweise einer mit seiner Schulausbildung fertig ist und im Gastgewerbe saisonal beschäftigt ist und dort einen befristeten Arbeitsvertrag hat, dann steht er vor derselben Situation. Ich sage aber noch einmal, daß wir alle Wege noch prüfen werden,

ob es irgendwelche Möglichkeiten gibt, soziale Härten, die sich daraus im Einzelfall ergeben mögen, zu vermeiden. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es sich hier nicht um ein isoliertes Problem der Post handelt.

Nun, meine Damen und Herren, zu einer anderen Frage, die der Herr Abgeordnete Dr. Stix angeschnitten hat, nämlich: Personaleinsparung – ja, aber weniger Dienste – nein. Ich gehe mit ihm völlig konform. Aber das kann nicht dazu führen, die Augen vor den Problemen zu verschließen, die sich in der praktischen Abwicklung dieses Grundsatzes ergeben.

Meine erste Intervention, die ich soeben beendet habe, beweist, daß es im Zusammenhang mit Personalreduktion einerseits und Aufrechterhaltung der Dienste andererseits eben sowohl dem Personal gegenüber Probleme gibt, und dem einzelnen Bediensteten gegenüber, der nur zeitverpflichtet werden konnte, und auf der anderen Seite wirft es große organisatorische Probleme auf, weil sich gerade im Post- und Postzustelldienst die Mechanisierung und die daraus resultierende personalsparende Rationalisierung nur bis zu einem gewissen Grad durchführen läßt; ansonsten ist die menschliche Arbeitskraft unersetzlich.

Wir stehen daher sicherlich mit unseren Zustelldiensten nicht an der Spitze, das weiß ich, aber wir stehen auch mit der Höhe des Personals im Verhältnis zur Anzahl der Quadratkilometer, die unser Land hat, und zur Topographie unseres Landes ebenfalls nicht an der Spitze. Denn die wesentlich kleinere und günstiger zu versorgende Schweiz, wenn sie auch dieselben topographischen Schwierigkeiten hat, hat meines Wissens über 40.000 Postbedienstete. Würden wir das auf die Größe unseres Landes umlegen, kämen wir über unseren gegenwärtigen Personalstand hinaus. Ich will damit nur eines sagen: Zaubern kann niemand, und niemand kann die Wechselbeziehung zwischen Personalstand einerseits und dargebotener Leistung andererseits völlig beseitigen. Man kann sich nur bemühen, durch eine möglichst gute Organisation aus den vorhandenen Bediensteten, ohne daß es zu ihren Lasten geht, eine optimale Leistung in der Kundenbedienung herauszuholen. Darum, glaube ich, ist die Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung und auch ihre Personalvertretung wirklich ernstlich bemüht.

Nun zu einer anderen konkreten Frage, die der Herr Abgeordnete Dr. Stix gestellt hat, nämlich wann die im Unternehmensplan der Post angekündigte rechtliche Vereinheitlichung der Zustellbestimmungen kommen wird; dort war sie für 1975 vorgesehen.

Bundesminister Lanc

Ich gebe zu, daß diese Vorausschau vielleicht etwas voreilig war, vor allem deswegen, weil nicht durch das Verkehrsministerium diese Rechtsmaterie, die ja auch Zustellungen nach dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz und nach der Zivilprozeßordnung betrifft, geregelt und vorbereitet werden kann, sondern das fällt in der legislatischen Vorbereitung in den Bereich des Bundeskanzleramtes und wirft eine Menge von Problemen auf, die gar nichts mit der Postzustellung, sondern mit anderen Zustellbereichen der öffentlichen Hand - wenn ich das so ausdrücken darf - zu tun haben. Hier rechnet man erst im Laufe dieses Jahres - so werde ich informiert - mit einem entsprechend diskussionsfähigen Entwurf. Davon sind dann auch die Zustellbedingungen bei der Post mit abhängig.

Die Frage, die der Herr Abgeordnete Gradinger angeschnitten hat, war unter anderem die, ob die Telefentariferhöhungen per 1. Jänner des kommenden Jahres zu diesem Zeitpunkt und in dieser Höhe notwendig sind, was er für seinen Teil bezweifelt oder in Abrede gestellt hat.

Hohes Haus! Wenn einem in der Öffentlichkeit der Bürger glauben kann, daß man etwas nicht sozusagen mutwillig tut, dann ist es doch sicherlich das, daß man als verantwortlicher Ressortminister nicht Vorschläge macht, von denen man von vornherein weiß, daß sie keineswegs populär sein können. Also bleibt ja nur die andere Überlegung, nämlich die, daß sie notwendig sind. Ich möchte dazu eine Begründung geben, gerade auch auf dem Telefonsektor eine Begründung geben.

Es wird von uns mit Recht verlangt, daß das Telefonnetz rascher ausgebaut werden soll. Es wird von uns mit Recht von der Industrie und vielen Arbeitern und Angestellten und ihren gewerkschaftlichen Vertretern verlangt, daß eine entsprechende Beschäftigung unserer heimischen Industrie gesichert ist. Und nicht zuletzt will der Kunde möglichst bald ein Telefon. Man muß daher diese Aufgaben finanzieren und man muß die dafür notwendigen Aufwendungen auf dem Markt einkaufen und die Preise bezahlen, die sich aus der Preisentwicklung auf dem Markt ergeben haben. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Ich darf Ihnen nur einige konkrete Beispiele sagen. Ich beginne absichtlich mit einem Gerät, das man für die Telefoninvestitionen sozusagen am kundennächsten braucht, nämlich mit dem Apparat, weil der in der Preisentwicklung am wenigsten gestiegen ist, aber seit 1970 immerhin um 50 Prozent teurer geworden ist. Damals hat ein Einzelanschlußapparat 554 S gekostet, jetzt kostet er 833 S. Ein Telefonmast hat 1970 274 S gekostet, er kostet jetzt 512 S, das ist eine Steigerung um 87 Prozent.

Die Verlegung von 1 m Fernkabel hat im Jahre 1970 90 S gekostet und kostet jetzt, weil das sehr personalkostenintensiv ist, 265 S. Das ist eine Steigerung um 195 Prozent.

Und schließlich hat ein Telegraphenbediener der Post 1970 - natürlich einschließlich Untermehmeranteil, wenn ich das so ausdrücken darf - 32 S pro Stunde gekostet und kostet heute 67 S. Das ist eine Steigerung um 109 Prozent.

Dem stand von 1967 bis 1974 eine unveränderte Telefongebühr gegenüber, sie wurde 1974 erhöht um 18 Prozent und jetzt um 15 Prozent.

Wenn Sie diese beiden Prozentsätze - noch dazu erst am Ende dieser Periode eingehoben - in Vergleich zu den hohen Kostenentwicklungen stellen, dann können Sie daraus entnehmen, daß man mit den Mehreinnahmen allein, die durch die Mehranschlüsse entstehen, dieses höhere Investitionsvolumen nicht finanzieren kann.

Da hier auch die Frage nach den jährlichen Herstellziffern und der Divergenz, die hier auftaucht, gestellt worden ist, möchte ich sagen: Es gibt eine Bruttoziffer. Das ist die der Neuherstellungen auf das Jahr genommen, wodurch also neue Teilnehmer ans Netz angeschlossen werden. Das ist eine Ziffer, die in den beiden letzten Jahren zwischen 140.000 und 150.000 geschwankt hat. Und Herstellungen von neuen Telefonanschlüssen, die vorher überhaupt nicht existiert haben, die also eine effektive Netzerweiterung bedeuten, sind in den beiden letzten Jahren rund 115.000 im Jahr gewesen. Bei den Ankündigungsziffern wird immer eher abgerundet, damit man sich nicht dem Vorwurf aussetzt, unter Umständen mehr zugesagt zu haben, als man erfüllen kann. So ist also die Divergenz zwischen diesen beiden Ziffern zu verstehen.

Hohes Haus! Die Kernfrage, wie ich das in der heutigen Debatte verstanden habe, war aber: Worin besteht das Verkehrskonzept der gegenwärtigen Bundesregierung beziehungsweise des dafür verantwortlichen Ministers?

Ein Abgeordneter meinte, ich lebe auf diesem Gebiet von der Hand in den Mund. Ich möchte mich nicht so wie er in bezug auf seine Schlüsse, die er aus Veröffentlichungen einer Illustrierten, nämlich des „Stern“, gezogen hat, als Sterndeuter beschäftigen, sondern ich möchte in erster Linie doch daran erinnern, daß in der Zeit, in der die ÖVP Regierungsverantwortung und damit verkehrspolitische Verantwortung getragen hat, zwar ein schönes bebildertes Verkehrskonzept herausgekommen ist; sie können es heute noch nachlesen. Das Papier war von hoher Qualität.

Ich will auch die Qualität dessen, was

Bundesminister Lanc

draufgedruckt war, gar nicht in Zweifel ziehen, aber ich stelle nur fest, daß von dem, was in diesem Programm stand, nahezu nichts in den vier Jahren der ÖVP-Alleinregierung verwirklicht worden ist, und daß heute hier diskutierte Vorschläge von mir, die eigentümlicherweise noch dazu jetzt beredt von Rednern der ÖVP abgelehnt werden, nicht zuletzt auf programmatische Forderungen jenes ÖVP-Regierungsverkehrskonzeptes aus dem Jahre 1968 zurückgehen, etwa wenn es dort heißt, daß, wenn eine gerechte Marktordnung auf dem Verkehrsmarkt zustande kommen soll, auch dafür gesorgt werden muß, daß die Kostenbasis für alle Verkehrsträger gleichmäßig ist.

Mit einem Wort: Die ÖVP-Bundesregierung und ihr damaliges Verkehrskonzept haben sehr wohl erkannt, daß etwa der Schwerlastverkehr auf der Straße weit unterproportional zu seinen Wegekosten beiträgt und daß das den Markt verzerrt und zu den unmöglichen verkehrspolitischen Konsequenzen, vor denen wir heute stehen, führt, nur war die ÖVP damals nicht willens und ist es offenbar auch heute nicht, aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen.

Ich möchte an diesem Beispiel nur eines aufzeigen, Hohes Haus: daß nämlich die schönsten Verkehrskonzepte und die schönsten Broschüren darüber nichts nützen, sondern daß man ein Verkehrskonzept zu dem Zweck haben muß, es auch durchzuführen.

Genau ein solches Konzept haben wir, und der Teil, der auf die vier Jahre der jetzigen Legislaturperiode entfällt, hat auch dementsprechend in die Regierungserklärung Eingang gefunden und ist hier in dem darüber existierenden Druck auf den Seiten 20 und 21 nachzulesen.

Worin besteht nun unsere verkehrspolitische Konzeption?

Das Verkehrsproblem zerfällt, im wesentlichen in drei Teile:

In die Frage des Wegeausbaus, der Finanzierung, der Kostenbeiträge zu diesen Wegen.

In die Fragen des Betriebes – ob er nun von öffentlichen oder von privaten Unternehmen durchgeführt wird, spielt in dem Zusammenhang höchstens eine sekundäre Rolle.

In das sehr wesentliche Problem der Koordination der verschiedenen Verkehrsarten und Verkehrszweige zum Zwecke des Bevölkerung- und Umweltschutzes, zum Zwecke der höheren Sicherheit des Verkehrs einerseits und zum Zwecke der optimalen Nutzung der Ressourcen, oder anders ausgedrückt: der Erzielung höchstmöglicher Wirtschaftlichkeit – vom

volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen – im Verkehrswesen.

Zum Wegeausbau: Für das Wegenetz Straße existiert, soweit der Bund dafür zuständig ist, die vom Parlament beschlossene und damit eindeutige Grundlage des Bundesstraßengesetzes. Diese Frage ist also legislativ und praktisch gelöst.

Was die Schwerpunkte des Wegeausbaus Schiene anlangt, haben wir durch die Vorlage des Unternehmenskonzeptes der Österreichischen Bundesbahnen die nötigen konzeptiven Arbeiten geleistet.

In ganz Europa – zuletzt in einem Sonderausschuß der Europäischen Verkehrsministerkonferenz – wurde das Spezialproblem der Nahverkehrsversorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln besprochen, und parallel dazu haben wir in Gemeinsamkeit mit den Raumordnungsvorstellungen der Länder ein Nahverkehrskonzept erarbeitet. Wir sind jetzt – Land für Land – in den Gesprächen zur konkreten Durchführung und Finanzierung, und wir haben uns auch nicht gescheut, vor den Wahlen anzukündigen – und es nach den Wahlen durchzuführen –, daß es dafür einer eigenen Finanzierung bedürfen wird, und diese Finanzierung wurde in Form der Bundeskraftfahrzeugsteuer gefunden.

Wenn hier die Frage auftaucht, wieso gerade die Bundeskraftfahrzeugsteuer dafür herangezogen wird – oder wie es einfacher ausgedrückt wird: Wie kommt der Autofahrer dazu, daß er für die öffentlichen Verkehrsmittel beziehungsweise ihre Investitionen zahlen soll? –, muß man auf der anderen Seite sehen, daß dann, wenn dies nicht geschieht, sowohl der Autofahrer als auch derjenige, der kein Auto hat – und das ist oft ein Familienangehöriger des Autofahrers –, in Bälde in unseren Städten und Ballungsräumen nicht mehr die nötige Verkehrsfläche oder das nötige Verkehrsmittel zu seiner Fortbewegung vorfinden wird.

Daher ist also ein verbundenes Interesse da, und die Ursache dafür, daß es zu dieser Verstopfung der Ballungsräume gekommen ist, liegt eben – so segensreich auf anderen Sektoren der Autoverkehr, der Individualverkehr ist – nun einmal beim Auto. Dieses Problem muß daher verbunden gesehen und auch verbunden bezahlt werden. Denn jeder Autofahrer, der jetzt bei kaltem Wetter nichts mehr in der Batterie hat, ist dann sehr froh, daß er, wenn auch nur fallweise, ein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung hat. Und das muß man ihm in Zukunft in einer besseren Qualität als bisher zur Verfügung stellen.

Wir haben sehr wohl ein Konzept für unsere Wasserstraße, die Donau, koordiniert mit dem

Bundesminister Lanc

Ausbau der Energiewirtschaft, und innerhalb dieses Konzeptes gibt es auch ein Konzept für den Ausbau der Donauhäfen, um gerüstet zu sein, wenn die Donau nicht mehr der Endteil einer Wasserstraße, sondern ein Herzstück der transeuropäischen Wasserstraße ist, nämlich nach Eröffnung des Rhein-Main-Donaukanals.

Wir sind dabei – und im Budget 1977 ist dafür Vorsorge getroffen – die entsprechenden Kontrolleinrichtungen für eine verbesserte und gesicherte Überwachung unserer Luftstraßen zu schaffen. Man vergißt oft in der Öffentlichkeit, daß auch dafür die öffentliche Hand die nötigen Vorhaltungen machen, aber auch die nötigen Geldmittel bereitstellen muß.

Und schließlich haben wir auf verschiedenen Gebieten und mit dankenswerter Mitarbeit der Oppositionsparteien eine Reihe von Rechtsmaterien in Richtung mehr Sicherheit auf unseren Straßen bewegt und hier schon Erfolge erzielt, die man einmal auch deutlich aussprechen soll, wenngleich ich vorweg dazusagen möchte, daß all das, was sich bisher hier als Erfolg niedergeschlagen hat, mir noch immer viel zuwenig erscheint.

Aber wenn wir von Jänner bis September 1976 16 Prozent weniger Tote auf unseren Straßen haben als ein Jahr zuvor bei höherem Kraftfahrzeugbestand, bei verstärktem Verkehr, dann kann das nicht gerade die Folge einer schlechten Verkehrssicherheitspolitik sein, sondern es müssen die im Parlament beschlossenen und im wesentlichen von den Ländern kontrollierten und durchgeführten Maßnahmen doch bis zu einem gewissen Grad zur Hebung der Verkehrssicherheit gedient und sich damit positiv ausgewirkt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der zweite Hauptpunkt der verkehrspolitischen Konzeption: die Betriebe. Ich möchte jetzt nicht ein kleinliches Hickhack angehen, wann die Geburtsstunde der Sanierung der AUA begonnen hat oder nicht. Fest steht eines: Die AUA-Sanierung war nur möglich, nachdem man ihr das nötige Investitionskapital vom Eigentümer zur Verfügung gestellt hat, und das war halt nach 1970. Ich will aber nicht in Abrede stellen, daß, wenn die ÖVP länger an der Regierung geblieben wäre, sie es nicht vielleicht auch getan hätte. Das wäre eine Kleinlichkeit. Fest steht, daß also der Investitionsstoß die Möglichkeit geboten hat, hier im Gegensatz zu früher aktiv zu gebaren. Dazu war natürlich vor allem die Anstrengung auch des Managements und vor allem des Personals dieses Unternehmens notwendig.

Aber es war auch ein erheblicher Flankenschutz in der Luftverkehrspolitik notwendig, um der AUA jene Märkte zu erhalten, die auf

diesem Sektor die Voraussetzung für eine aktive Gebarung sind. Und insofern ist auch die Verkehrspolitik dieser Bundesregierung an diesem günstigen Ergebnis der AUA mitbeteiligt, das muß man auch einmal in aller Offenheit erwähnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ähnliches trifft auf die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu, wenngleich dort Hindernisse auftreten, die die AUA nicht in diesem Ausmaße behindern und daher einen derart vollen Erfolg nicht in den Ziffern, in der Gebarung des Unternehmens durchschlagen lassen.

Und schließlich darf ich bei den Österreichischen Bundesbahnen doch auf eines hinweisen. Der Herr Abgeordnete Ing. Gradinger hat erwähnt, 1970 hätte ein kameralistisches Defizit bei den Bundesbahnen von 2,5 Milliarden bestanden, und das würde 1975 bereits 6¼ Milliarden Schilling betragen.

Die Ziffern stimmen. Es kommt jetzt nur darauf an, daß man sie richtig zu lesen, ihren Inhalt zu deuten versteht. Hier scheint die Differenz zu liegen. Denn in einem kameralistischen Abgang ist auch die Jahresinvestitionssumme jeweils mit der vollen Länge drinnen. Beim Abgang von 2,5 Milliarden im Jahre 1970 waren Bruttoinvestitionen von nur 1875 Millionen Schilling drinnen, während im 6,2 Milliarden-Abgang des Jahres 1975 über 4 Milliarden Schilling an Investitionen drinnen waren. Wenn Sie also dann nur mehr unter Abrechnung der Investitionen, die eine Wertsteigerung, eine Vermögensmehrung des Unternehmens darstellen, den reinen Abgang vergleichen und sich das in Erinnerung rufen, was ich Ihnen vorhin über die Entwicklung der Material- und Lohnkosten gesagt habe, dann werden Sie sehen, daß sehr wohl in der wahren Defizitentwicklung der Bundesbahn in den letzten Jahren ein erheblicher Einschleifeffekt entstanden ist, der einerseits durch Personaleinsparungsmaßnahmen möglich war und andererseits – und das will ich gar nicht leugnen – durch eben jene hohen Investitionen, die gegenüber der Zeit von vorher ganz wesentlich angestiegen sind und Rationalisierungen ermöglicht haben.

Ich gebe aber gerne zu, daß das Finanzierungsproblem der Bundesbahnen erst dann gelöst ist, wenn die im Unternehmenskonzept vorgesehenen Jahresquoten durch eine teilweise Außenfinanzierung von den anderen Gesetzen unterliegenden budgetären Prioritäten losgelöst werden können und damit eine Bandfinanzierung gesichert ist. Ich habe mich immer vor Wahlen dazu bekannt, warum soll ich es nicht nach Wahlen genauso tun? Ich werde das auch in Zukunft verfolgen. Bisher war es auf Grund der konjunkturellen Gegensteuerungs-

Bundesminister Lanc

litik der Bundesregierung und des Finanzministers nicht nötig. Ja im Gegenteil, wenn ich von den Annahmen des Unternehmenskonzeptes für sein Zehn-Jahres-Investitionsprogramm ausgehe, dann haben wir zu Ende dieses Jahres dieses Konzept zu 2,5 Milliarden Schilling vorerfüllt.

Aber das hilft uns bestenfalls über das nächste Jahr hinweg, aber nicht über die Zeit danach, und für die Zeit danach muß daher etwas im Wege der Außenfinanzierung geschehen.

Wir haben aber auch versucht, die Angebotseite des Unternehmens nicht erst, wenn das Unternehmenskonzept erfüllt ist, zu verbessern, sondern schon durch organisatorische Maßnahmen und in dem Maße, in dem neues Material ausgeliefert wird, für die Kunden der Bahn etwas zu tun. Wenn wir zwischen zehn und bei einzelnen Zügen fast 100 Prozent Frequenzzuwachs in den Städteschnellverbindungen nach dem Taktfahrplan erzielt haben, so ist das sicherlich auch eine Auswirkung der Kundendienstleistung, aber auch eine positive kommerzielle Auswirkung für die Österreichischen Bundesbahnen, die damit die stark rückläufige Gastarbeiterfrequenz auf unseren Zügen, die sich negativ in den Personenverkehrseinnahmen ausgewirkt hat, nahezu kompensieren konnten.

Und ähnliches und noch im verstärkten Ausmaße trifft auch auf die Post zu.

Die Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung hat 1970 2 Milliarden Schilling für Investitionen zur Verfügung gehabt, und es werden im kommenden Jahr 6,6 Milliarden Schilling sein. Das ist eine Investitionssumme, die diesem Betrieb noch nie zur Verfügung gestanden ist und die zeigt, daß wir nicht nur ein Verkehrskonzept haben, sondern daß wir dieses Konzept auch verwirklichen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daß das gerade für weite Teile der österreichischen Wirtschaft von Bedeutung ist, mögen Ihnen nur einige Ziffern zeigen. Die rund 4 Milliarden im Grundbudget für ÖBB-Investitionen gehen ungefähr zur Hälfte, also zu über 2 Milliarden Schilling, in Bauten und Anlagen, zur anderen Hälfte in die Waggon-, Fahrzeugindustrie, in Sicherungsanlagen und ähnliches.

Die 6,6 Investitionsmilliarden der Post gehen zu 1,7 Milliarden in die Bauwirtschaft, zu 2,5 Milliarden in die Elektroindustrie - überwiegend Schwachstromindustrie -, zu über einer halben Milliarde in die Kabelindustrie, eine Viertel Milliarde geht in die österreichische Kraftfahrzeugindustrie, fast 200 Millionen in die Metallindustrie und fast eine halbe Milliarde Schilling darüber hinaus noch auch in den Fachhandel.

Das heißt, daß hier - alles in allem - im Verkehrsressort im Budget 1977 über 11 Milliarden Schilling für Investitionen zur Verfügung stehen und daß damit ein wesentlicher Beitrag sowohl zum Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur und unseres Kommunikationswesens als auch zur Erhaltung der Beschäftigung in den entsprechenden Branchen und Industrien geleistet wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun zum letzten Aspekt: zur Koordination der Verkehrsträger.

Hohes Haus! Wir haben noch am Ende der vergangenen Legislaturperiode nach fünfzehnjähriger fruchtloser Debatte einvernehmlich - wie ich betonen möchte - eine gesetzliche Basis für die Entwicklung des Rohrleitungswesens in Österreich geschaffen: das Rohrleitungsgesetz.

Es war das eine sehr wichtige Koordinationsmaßnahme oder das Füllen einer Koordinationslücke, die vorher bestanden hat, die einen abgestimmten Ausbau der Verkehrsnetze in Österreich gewährleistet, die aber darüber hinaus auch dafür sorgt, daß Raumordnungsüberlegungen berücksichtigt werden können und daß scharfe Bestimmungen gegen jede Beeinträchtigung der Umweltqualität durch solche Leitungen durchgesetzt werden können.

Das Hauptproblem liegt aber in der Koordination von Schiene und Straße.

Ich möchte nicht die vielen Ziffern, die hier heute in der Diskussion genannt worden sind, wiederholen. Aber ich möchte doch eines sagen: Wie immer man es rechnet - und berechnet wurde es schon unter der ÖVP-Bundesregierung, nur, wie auf anderen Gebieten, ist auch hier aus dieser Berechnung keine Konsequenz gezogen worden, sondern das Resultat ist dann von einem ÖVP-Bund in Zweifel gezogen worden, nachdem ihn der andere ÖVP-Bund unterstützt hatte, das ist die Problematik der Pattstellung in der ÖVP-Verkehrspolitik gewesen. Aus dieser müssen wir herauskommen, wenn wir zu gesunden Marktverhältnissen, das heißt zu gleicher Konkurrenzgrundlage für die verschiedenen Verkehrswege, kommen wollen.

Es steht nun einmal fest, daß der Pkw sechs- bis achtmal so viel durch die Treibstoffsteuern für seine Straße bezahlt als der schwere LKW; es steht fest, daß man zwar von einem Milliardendefizit der Bundesbahn spricht, aber daß man nicht davon spricht, daß das nicht ein Wegeabgang allein, sondern ein Wege- und Betriebskostenabgang ist, während auf dem Straßensektor der reine Wegekostenabgang bereits 1974 die 8-Milliarden-Grenze überschritten hatte.

Das muß, ohne daß einen einzelnen Gewerbe-

Bundesminister Lanc

treibenden im geringsten daran die Schuld trifft – so wird es ja manchmal dargestellt – zu einer Verzerrung der Wettbewerbsverhältnisse führen. Das führt zu Überkapazitäten in der Verkehrswirtschaft, vor allem auf dem Güterbeförderungssektor, und das führt damit letzten Endes auch dazu, daß die Schere zwischen realer Leistung der Verkehrswirtschaft – alle miteinander: Straße, Schiene und alle anderen – und der Honorierung, die sie dafür bekommen, immer weiter auseinander geht.

Aber zu glauben, daß das jetzt eine angenehme Subventionierung der übrigen Wirtschaftszweige ist, das ist doch weit gefehlt. Die real erbrachte Leistung, die nicht über den Tarif, nicht über den Preis hereingebracht wird, wird halt in der Summe der öffentlichen Haushalte durch Abgeltungen, Subventionen und ähnliches im höheren Maße hereingebracht. Und wer zahlt das wieder? Das zahlt ja auch die gesamte Wirtschaft, das zahlt ja auch jeder Konsument in Österreich.

Aber er zahlt nicht nur die Folgen dieser Fehlentwicklung der Verkehrsstruktur, sondern er zahlt auch noch die Folgen der Kapazitätsfehlentwicklung. Der Schilling, der dort für falsche Kapazitäten ausgegeben wird, der fehlt unserer Volkswirtschaft, um ihre Struktur zu verbessern und konkurrenzfähig auf den Weltmärkten zu sein. Und darum geht es. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir werden deshalb – so wie im vergangenen halben Jahr, seit wir diese Frage mit konkreten Vorschlägen zur Diskussion gestellt haben – die Diskussion weiter führen.

Ich glaube, es ist besser, die Frage eingehend zu erörtern, als übers Knie zu brechen.

Aber auf der anderen Seite muß ich sagen: Wenn wir heute wahrscheinlich bereits bei 11 bis 12 Millionen Jahrestonnen Transit auf unseren Straßen im Interesse dritter Staaten und durchgeführt durch dritte Staaten, wenn wir einen derartigen Transit heute auf unseren Straßen haben und nach der Entwicklung in den letzten 15 Jahren rechnen müssen, daß sich diese Tonnage bis 1980 auf mindestens 20 Millionen Jahrestonnen erhöht, dann kann ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Wenn wir hier nicht vorsorgen, dann geschieht etwas. Und wenn Sie glauben, wenn nichts geschieht an Vorsorge, dann geschieht auch nichts auf unseren Straßen, dann haben Sie sich getäuscht; denn wir haben rechtlich unseren anderen europäischen Partnern die Durchfahrt durch unser Land gesichert. Zu diesen Verträgen müssen wir stehen. Und deswegen müssen wir vorsorgen, daß wir diese Verträge einhalten können, aber nicht auf dem Rücken unserer

Bevölkerung, unserer Straßen, unserer Verkehrssicherheit und unseres Tourismus, der eine wesentliche volkswirtschaftliche Einnahmequelle darstellt, sondern da müssen die Europäer, die ihre Waren nach dem Nahen Osten über unser Land transportieren wollen und daran ja schließlich etwas verdienen, auch etwas mit dazuzahlen, wenn sie haben wollen, daß sie weiter durch unser Land fahren können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Zeillinger.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Es waren nicht sosehr die letzten Ausführungen des Herrn Eisenbahnministers, die mich veranlaßt haben, mich zu Wort zu melden, sondern die Wortmeldung des Herrn Bautenministers, der einige Fragen aufgestellt und in den Raum gestellt hat. Da er sie interessanterweise als Ressortchef nicht beantworten kann, darf ich Ihnen etwas Nachhilfe geben, Herr Minister.

Ich möchte aber nicht jene Stelle zitieren, wo Sie gesagt haben, mein Kollege Abgeordneter Schmidt hätte einen Satz zu zitieren vergessen. Sie können genauso wie ich im Protokoll nachschauen: der hat überhaupt nicht zitiert! Das ist nur Ihnen so vorgekommen, das haben Sie geträumt.

Aber Sie haben einen sehr schönen Satz gesagt: Billiger Straßenbau, aber niemals auf Kosten der Sicherheit! – Ich unterschreibe es und ich lege ihn mir hierher, denn ich werde im Zuge meiner Ausführungen noch einige Male darauf zurückkommen.

Herr Minister! Sie haben bei dem sehr, sehr ernstesten Thema Reichsbrücke erklärt, daß Ihnen aus dem Bericht keine einzige Expertenkommission bekannt wäre, durch die hervorgeht oder von der auch nur angedeutet worden wäre, daß etwa der Schaden im Stahl liege. Das ist richtig. Das hat auch niemand behauptet.

Sie haben aber dann gesagt: Woher solche Meldungen kommen, entzieht sich völlig meiner Kenntnis!

Herr Bautenminister! Ich darf Ihnen vielleicht gleich etwas helfen. Sie können sich von Ihrem Nachbarn, vom Herrn Postminister, ein Telefonbuch ausleihen. Unter der Nummer 65 76 41 meldet sich die Technische Universität. Dort werden Sie Näheres erfahren.

Herr Minister! Die Sache ist sehr ernst. Dahinter steht nicht ein Milliarden Schaden, für den Sie verantwortlich sind, sondern dahinter können noch weitere Milliarden Schäden kom-

4194

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Zeillinger

men, die dadurch entstehen, daß Sie jetzt nicht bemüht sind, Klarheit zu schaffen, daß sie also zu verschleiern versuchen und damit einen Rattenschwanz von Rechtsprozessen heraufbeschwören können. Sie sprechen so gerne von Transparenz, doch in Wirklichkeit versuchen Sie zu verschleiern.

Ich kann Ihnen auch die Adresse sagen – Sie können dorthin schreiben –: Postamt 1040 Wien, Karlsplatz 13. Aber schreiben Sie nicht, denn das dauert sehr lang! Darüber werde ich dann mit dem Herrn Postminister noch ein Wort reden müssen.

Er stellt sich her und sagt, woher diese Meldungen kommen, entziehe sich seiner Kenntnis. Aber wenn Sie es wissen wollen, darf ich es Ihnen sagen: In den Zeitungen ist es gestanden. Das wissen Hunderte Menschen: die Arbeiter, die die Stahlstücke transportiert haben, die Professoren. Wenn Sie sie sehen wollen, dann würde ich Ihnen empfehlen: Gehen Sie, Herr Minister, nicht zum Karlsplatz, sondern in Richtung Arsenal! Dort liegen sie.

Es entzieht sich allerdings Ihrer Kenntnis, aber Sie sind ja zuständig, Herr Minister!

Wenn Sie zufällig dort Herrn Professor Lötsch treffen, wird er Ihnen ganz genau Auskunft darüber geben, wie die Situation ist. Aber Sie sagen, es entziehe sich alles völlig Ihrer Kenntnis.

Es geht dabei um Milliarden, die unter Umständen die Steuerzahler zusätzlich zu dem schon verursachten Schaden, und zwar zu dem von Ihrem Ressort verursachten Schaden, bezahlen müssen, weil Sie jetzt versagen, allein mit den Worten, es entziehe sich alles völlig Ihrer Kenntnis. Entweder sind Sie uninteressiert, dann wäre das verantwortungslos, oder, Herr Minister, Sie sind so . . . ; ich möchte das Wort „naiv“ nicht gebrauchen, das hätte vielleicht einen Ordnungsruf zur Folge. Sie sind mit einem, ich möchte sagen, bewundernswerten Ernst aufgestanden und haben gesagt: Nie gehört!

Herr Minister! Es ist ein beinhardter Kampf zwischen Beton und Stahl, den wir hier nicht zu entscheiden haben. Aber dieser Kampf zwischen Beton und Stahl existiert nun einmal, und ich erinnere mich daran, daß, ich glaube, Professor Krapfenbauer – das war jener Professor . . . (*Abg. Peter: Wo sind die verantwortlichen Beamten! Sie sollen das aufklären! Sie sind schon weggegangen!*) Das ist jetzt überhaupt eine neue Sitte geworden. Darüber wird man sich, glaube ich, einmal im Präsidium sehr ernst unterhalten müssen, nämlich über eine solche Form der Budgetdebatte.

Das ist dann die Ursache dafür, daß der

Minister aufsteht und sagt: Nie gehört!, weil eben seine Beamten gar nicht mehr da sind. Sie sind schon nach Hause gegangen. Wir können weiterarbeiten, aber die Herren, die Herren Sektionschefs, haben es nicht für notwendig befunden, noch weiter hier im Raume zu bleiben.

Sie haben ja bei der Budgetdebatte etwas Neues eingeführt. Bei jedem Kapitel werden so einige Male Danksagungen abgehalten, Thanking days.

Wollen wir auch einmal ernsthaft sagen: Hier sitzt der Minister, der aufstehen und sagen muß: Ich habe es noch nie gehört!, weil einfach seine Beamten nicht mehr da sind, weil ihnen 4 Uhr nachmittag oder 3 Uhr nachmittag offenbar schon zu spät ist.

Kommen wir zum Thema zurück: Krapfenbauer – das war jener Professor, der zuerst die Möglichkeit eines Attentates nicht ausgeschlossen hat – hat schon damals gesagt: Es waren nicht die Betonabschürfungen, sondern es liegt im Stahl.

Seit dieser Zeit steht die Frage im Raum: Liegt diese Frage bei der Staatsanwaltschaft oder bei kommenden Rechtsstreiten? Daher ist es ja geradezu fahrlässig, wenn Sie jetzt sagen: Nie davon gehört! Ich weiß gar nicht, woher diese Meldungen kommen sollten!

Ich darf Ihnen noch einmal sagen: Sie wissen es, Herr Minister! Sie haben das, was Sie wissen, hier im Parlament nicht gesagt, sondern haben versucht, das Parlament zu täuschen. Denn ich kann nicht glauben, daß Sie sich für eine Frage, wo unter Umständen ein Schaden bis zu 10 Milliarden entstehen kann – wir sind ja schon bei 4 Milliarden –, nicht interessiert haben und daß Sie an der Betontheorie festhalten, obwohl Sie genauso wie wir wissen, daß es momentan ein gigantisches Ringen zwischen Beton und Stahl gibt, ob die Stahlrisse die Ursache waren. Es gibt in dem Stück, das dort liegt – Sie können hingehen, Sie können anrufen, Sie können dort alles hören, so wie es jeder Journalist und jeder Abgeordnete hören kann –, alte und neue Stahlrisse, und durch diese Stahlrisse ist eben die Tragödie der Reichsbrücke entstanden.

Wir hätten nicht mehr weitersprechen wollen, Herr Minister! Doch dieses Verschleiern, dieses Verhindern jeder Transparenz, dieses Vorbeigehen an der Wahrheit, all das war eben der Grund, warum ich mich zu Wort gemeldet habe.

Die Sache ist sehr ernst, denn über Vorschlag dieser sozialistischen Regierung wurde erst vor 14 Tagen beschlossen, 10 Milliarden an Gebührenerhöhungen aus dem Volk herauszuziehen. Die Opposition hat dagegengestimmt. Die

Zeillinger

sozialistische Regierungsfraktion hat ja allein die Verantwortung übernommen. Das Volk soll aber auch wissen, wohin die Milliarden fließen.

Herr Minister! Sie haben den Brückenschaden auf etwa 1 Milliarde geschätzt. Ich kann Ihnen die Zitate bringen, wenn Sie wollen. Ich glaube, Sie werden heute nicht mehr abstreiten, daß wir schon jetzt bei 3 bis 4 Milliarden halten.

Das erinnert mich an die Schätzungen beim Allgemeinen Krankenhaus. Da haben Sie auch bei 1 Milliarde angefangen, auf diese Höhe hat man die Kosten geschätzt, und jetzt ist man froh, daß es 26 und nicht 30 Milliarden sind.

Herr Minister! Das kommt davon, wenn man immer sagt: Noch nie gehört! Woher haben Sie diese Meldungen?

Wenn wir sagen, wir haben von 15, 16 Milliarden gehört, dann stellt man uns als die Dummen oder als jene Oppositionellen hin, die der Regierung unbedingt etwas Schlechtes nachsagen wollen.

Von 1 Milliarde haben Sie beim Allgemeinen Krankenhaus gesprochen, und 26 Milliarden muß das Volk jetzt dafür zahlen!

Von 1 Milliarde haben Sie bei der Reichsbrücke geredet, und 3 bis 4 Milliarden erwachsen allein aus dem Brückenschaden!

Nun kommt diese große Frage: Beton oder Stahl? Dahinter steht ein Rattenschwanz von Rechtsansprüchen, Herr Minister! Da kann man doch die Volksvertretung nicht dumm sterben lassen und nicht sagen: Nie etwas davon gehört!

Ich darf Sie also noch einmal einladen: 65 76 41 ist die Telefonnummer der Technischen Universität Wien. Dort können Sie alles Nähere erfahren.

Herr Minister! Sie haben gesagt: Keinesfalls auf Kosten der Sicherheit! – Herr Minister! Jetzt spreche ich mit Ihnen: Sie sind der Eigentümervertreter der Brücke. Sie haben meinen freiheitlichen Kollegen Schmidt mit dem Satz geantwortet: Wir haben das in die Verwaltung der Länder gegeben. – Das ist schon richtig. Aber, Herr Minister, Sie sind nach dem Gesetz verantwortlich. Ich muß Ihnen jetzt alles vorlesen, denn ich weiß ja nicht mehr, was Sie wissen, nachdem Ihre Beamten weggegangen sind.

Im Bundesstraßengesetz 1971 heißt es: „Der Bundesminister für Bauten und Technik erläßt die für den Bau und die Erhaltung der Bundesstraßen erforderlichen Dienstabweisungen.“

Brücken sind bekanntlich auch wie Straßen zu behandeln. Da haben Sie eine Antwort gegeben,

Herr Minister, eine Antwort vom 1. Dezember 1976, welche lautet:

„Mit den Durchführungsbestimmungen zu den jährlichen Bauprogrammen der Bundesstraßenverwaltung erging ... folgende Weisung an die Landeshauptleute:

... Die bauliche Instandhaltung beinhaltet die Instandhaltung des Straßenkörpers, seiner Nebenanlagen sowie der Hoch- und Kunstbauten. Dabei ist besonders auf den einwandfreien Zustand der Fahrbahnen, der Brücken, ... zu achten.

Brücken und Tunnels sind darüber hinaus periodischen Überprüfungen nach den jeweils geltenden Vorschriften zu unterziehen.“

Punkt. Aus. Das war die Dienstabweisung.

Herr Minister! Sie sind Eigentümer, Sie haben das Eigentum des Volkes in die Verwaltung des Landes übergeben. Dieser Gesetzgeber hat Sie einstimmig verpflichtet, die Dienstabweisungen zu erlassen, doch Ihre Dienstabweisung besteht darin, daß Sie sagen: „... sind ... periodischen Überprüfungen nach den jeweils geltenden Vorschriften zu unterziehen.“

Solche Vorschriften gibt es nicht.

Sie haben Ihre Aufgaben größtenteils vernachlässigt. Sie tragen mit Ihrem Ressort weitgehend die Verantwortung für eine Tragödie, deren Ursachen nicht verschleiert werden dürfen, sondern gegenüber dem Volk und gegenüber den Geschädigten klargestellt werden müssen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie sagten am 1. Dezember 1976, sechs Jahre zu spät:

„Derzeit wird eine bundeseinheitliche Richtlinie für die Überwachung und Prüfung von Straßenbrücken vorbereitet.“

Meine Damen und Herren! Vor Jahren, vor fünf oder sechs Jahren, haben Sie die Brücken übergeben – ich glaube, 1971 war es –, und jetzt, nachdem die Brücke eingestürzt ist, sagen Sie:

„Derzeit wird eine bundeseinheitliche Richtlinie für die Überwachung und Prüfung von Straßenbrücken vorbereitet.“

Herr Minister! Welche Tragödien müssen noch passieren, damit Sie endlich aktiv werden und nicht aufstehen und sagen: Noch nie gehört!? – Mich wundert, daß Sie nicht gesagt haben: Ich habe noch nicht gehört, daß die Reichsbrücke eingestürzt ist! *(Heiterkeit.)*

Diese Richtlinien werden „bis Ende 1976 oder Anfang 1977“ fertig sein. Herr Minister! Ich nehme an, Sie werden sie ja schon im Entwurf haben, und ich sehe, Sie lassen sich das

4196

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Zeillinger

Mikrofon hinstellen. Wir werden Gelegenheit haben, weiter darüber zu sprechen, denn das ist einer der ernstesten Fälle, über die wir im Zusammenhang mit dieser Budgetdebatte zu sprechen haben und die man einfach nicht verschweigen kann.

Sie haben gesagt: Nicht auf Kosten der Sicherheit! - Herr Minister! Auf Kosten der Sicherheit haben Sie erstens bei der Übergabe der Brücke die ordentliche Verwaltungsübergabe versäumt, haben Sie zweitens nicht die Ihnen vom Gesetzgeber, und zwar von allen drei Fraktionen, auftragene Pflicht, Dienstanweisungen zur Überprüfung zu erlassen, erfüllt, haben Sie drittens, nachdem die Tragödie des Brückeneinsturzes passiert war, nicht alles getan, den Mandataren Einsicht zu gewähren, denn wir müssen ja dem Volk dann sagen: Ihr müßt wieder Milliarden zahlen, weil dieses Ministerium versagt hat!

Herr Minister! Das ist die Anklage, die wir Freiheitlichen erheben. Denn es geht nicht an, daß Sie dann aufstehen und antworten: Noch nie gehört! Noch nie gehört, was hier passiert ist, daß etwa der Stahl schuld sein soll!

Hier geht es um weitere Milliarden. Sie allein tragen die Verantwortung für alles, was seitdem geschehen ist, und dafür werden Sie diesem Parlament Rede und Antwort stehen müssen, auch wenn Sie für Ihre Äußerungen noch soviel Beifall von Ihrer Fraktion bekommen sollten.

Hier geht es um Milliarden! Und deswegen muß das Volk mehr Steuern, mehr Gebühren zahlen, weil Sie eben auch auf diesem Gebiet so wie auf vielen anderen versagt haben.

Ich möchte die Bauern, die heute noch drankommen, nicht zu sehr auf die Folter spannen. Ich nehme an, daß der Herr Minister in dieser ernsten Sache antworten wird. Wir werden ja sicher noch Gelegenheit haben, darüber weiterzusprechen.

Ich möchte aber, Herr Bautenminister, noch einen weiteren Punkt anschneiden, der in Ihr Ressort fällt. Das ist das Problem der Kasernen. Hier erleben wir diese mangelnde Kompetenz, dieses Weitergeben vom Verteidigungsminister an den Bautenminister, vom Bautenminister an den Verteidigungsminister, zum Nachteil des Heeres und vor allem zum Nachteil der Soldaten.

Ich darf also kurz sagen: Für alles, was gebaut wird, ist der Bautenminister grundsätzlich zuständig. Es gibt im Gesetz einige Ausnahmen - das sind etwa Sperrbauten, Grenzschutzbauten -, in denen das Verteidigungsministerium dann selbst verwaltet, aber ansonsten wird eine Kaserne vom Bautenminister gebaut - zwar im

Einvernehmen mit dem Verteidigungsministerium - und dann von der Bundesgebäudeverwaltung, die wieder dem Bautenminister untersteht, verwaltet.

Herr Bautenminister! Ich würde Sie einladen, einmal - wir, die Kollegen aller drei Fraktionen, führen immer Gespräche mit den Soldaten, die oben auf der Galerie zuhören und die dann eine Stunde mit uns Abgeordneten sprechen - hineinzugehen und sich die Anklagen der Soldaten, die ohne Rücksicht auf deren politische Einstellung erhoben werden - es sind sicherlich nicht allein Oppositionelle, es sind sicherlich Soldaten aller politischen Richtungen dabei - gegen Ihr Ressort, Herr Minister, anzuhören.

Diese Leute erzählen, daß die geringste Reparatur in einer Kaserne Monate dauert; mir haben die Leute erzählt, daß sie in einem Zimmer liegen, wo das Wasser herunterrinnt, weil ein Wasserrohrbruch geschehen ist, der so lange nicht behoben wurde, weil die Meldung auf dem Dienstweg vom Militär an die Bundesgebäudeverwaltung geht und die Bundesgebäudeverwaltung auf dem Dienstweg dann einen Arbeiter sucht, der dann nach Wochen kommt und etwa den Wasserhahn abdreht. Hier hat uns ein Soldat gesagt: Wenn sie mir einen Schlüssel gegeben hätten, hätte ich den Wasserhahn abgedreht! Es gibt einige Offiziere und Unteroffiziere, die das in eigener Verantwortung machen. Ich ziehe den Hut vor ihnen.

Meine Damen und Herren! Über eines müssen wir uns im klaren sein: Wenn einer dieser, ich möchte sagen, freiwilligen Arbeiter beim Beheben von Schäden in Kasernen einmal von der Leiter fällt und sich verletzt, gibt es für ihn keinen Schutz. Es kann ihm auch der Vorgesetzte, der ihm sagte, er solle diese Arbeiten ausführen, nicht helfen.

Herr Minister! Die Bundesgebäudeverwaltung versagt auf diesem Gebiet auf allen Linien. Es war doch die Absicht in Ihrem Ressort - ich möchte das auch im Hause anerkennen -, diesen Teil der Gebäudeverwaltung zum Verteidigungsressort zu geben, weil der derzeitige Zustand ja sinnlos ist. Hier haben Sie doch einen Aktenlauf, der geradezu zum Himmel stinkt! Wegen der lächerlichsten Reparaturen müssen zwei Ministerien bemüht werden. Da geht es um Glühbirnen, um elektrische Kurzschlüsse, da geht es um heruntergefallene Mauerstücke.

Ich kann Ihnen sagen: Ich wohne neben einer Kaserne, die von der Bundesgebäudeverwaltung verwaltet wird. Ich beobachte mit Schmunzeln: Seit drei Jahren sind in den Dachrinnen solche Löcher, daß das Wasser herunterrinnt. Die ganze

Zeillinger

Umgebung hat sich beschwert. Es dauert schon drei Jahre. Als ich wegfuhr, habe ich geschaut. Vorgestern waren die Löcher noch drinnen. Der Schaden ist jetzt genau drei Jahre alt, Herr Minister.

Das, was die Soldaten sagen, ist wahr. Diese sozialistische Regierung und Sie, Herr Minister, im besonderen haben nichts getan, diesem Übelstand abzuwenden. Ihnen ist gleichgültig, daß die Soldaten in feuchten Zimmern schlafen müssen, daß sie sehen müssen, wie Volksvermögen verschwendet wird.

Ich erinnere die Kollegen, die dabei waren, an den Soldaten aus einer Wiener Kaserne, der gesagt hat: Bei uns war ein einfacher Wasserrohrbruch in fünf Minuten zu beheben. Wochenlang ist das Wasser geronnen. Der alte Parkettboden hat sich aufgebogen. Schaden: 30.000 S, nur weil keiner dafür zuständig war, den Wasserhahn abzudrehen, das Wasserrohr zu reparieren.

Das wissen Sie seit Jahren, Herr Minister. Wir haben immer wieder gefragt. Es ist ein Herr des Verteidigungsministeriums dabei, der mitschreibt. Das wird der Regierung mitgeteilt. Das wissen Sie seit Jahren, und noch nie ist ein Vorschlag gemacht worden, was man etwa dagegen machen könnte.

Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit noch etwas sagen, Herr Minister: Wir behandeln in irgendeinem Unterausschuß das Hygienegesetz. Ich begrüße es durchaus, daß alle Menschen in Österreich - ich bekenne mich auch persönlich dazu - unter menschenwürdigen Bedingungen leben sollen. Nach diesem Gesetz soll jeder Mensch, jeder Bewohner einer Wohnung mindestens 8 Quadratmeter zur Verfügung haben und 20 Kubikmeter Luftraum, und für je zehn Menschen soll ein hygienisch einwandfreies Klosett geschaffen werden. Das Gesetz wird - wir schämen uns gar nicht, wir machen es, weil wir glauben, daß auch die Gastarbeiter, die in Österreich leben, unter menschenwürdigen europäischen Bedingungen leben sollen wie andere Landsleute in Österreich - auch auf Gastarbeiter angewendet werden. Das Verlangen, auch die Soldaten unter diesen Schutz zu nehmen, ist von den Ressorts - sowohl von Seite der Verteidigung wie vom Bautensenat - abgelehnt worden.

Herr Minister! Das ist ein Skandal, daß Sie die Soldaten schlechter behandeln wollen als die Gastarbeiter in Österreich! Ich bin dafür: die Gastarbeiter sollen so behandelt werden wie die Österreicher. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* Aber daß Sie die Soldaten aus dem Hygienegesetz herausnehmen wollen, daß Sie sagen: Die brauchen nicht acht Quadratmeter, dort müssen

eben 50 Mann auf ein Klosett gehen, das lehnen wir ab.

Diese Leute klagen darüber - das werden Ihnen die Kollegen bestätigen -, daß auch die hygienischen Einrichtungen, die Wasseranlagen, nicht in Ordnung sind, daß sie, wenn sie heimkommen und sich duschen wollen, im Winter nur kaltes Wasser haben. Das alles sind Zustände, wie sie zum Teil nicht einmal im Krieg waren! Jetzt haben wir aber 30 Jahre Frieden, und durch das Versagen einer Reihe von Ministern - aber auch von Ihnen, Herr Minister - sind diese Mißstände nicht abgestellt worden.

Da nützt es gar nichts, daß Sie jetzt sagen werden, da sei die Frau Gesundheitsminister zuständig. Die Frau Gesundheitsminister wird sagen: Da muß sich der Herr Verteidigungsminister darum kümmern! Der Verteidigungsminister sagt: Ich kann gar nichts dafür, da ist der Bautenminister zuständig! - Und die Soldaten sitzen nach wie vor in menschenunwürdigen Kasernen.

Ich bin oppositioneller Abgeordneter, ich werde Ihnen jetzt kurz einige Ziffern sagen, ich habe aber Verständnis, wenn Sie dann sagen werden: Wir haben halt kein Geld!, weil Sie das Geld für andere Dinge brauchen.

Sie geben im Jahre 1977 nur 90 Millionen für Kasernen aus. Es gibt kein Land in Europa, das vergleichsweise im Ressort für seine Sicherheit so wenig ausgibt! *(Abg. Dr. Bauer: Luxemburg!)* Vergleichsweise; daß Luxemburg vielleicht um ein paar Millionen weniger ausgibt, will ich gar nicht bestreiten. Es gibt kein Land in Europa, das für seine Soldaten und für seine Sicherheit so wenig ausgibt! *(Abg. Dr. Bauer: Liechtenstein!)*

Was haben Sie vorhin gesagt: Sicherheit hat Vorrang? - Nicht bei Ihnen, Herr Minister! Es gibt kein Land in Europa, das für die Sicherheit - und die Soldaten und das Heer gehören zur Sicherheit! - so wenig ausgibt wie Sie: 90 Millionen.

Und für die Instandhaltung der Kasernen - ich bin kein Monarchist, das wissen Sie, wirklich aus Überzeugung nicht, aber wenn der alte Kaiser nicht so viele große Kasernen gebaut hätte, müßten unsere Soldaten heute in Zelten schlafen; aber wir erhalten sie zum Teil noch - geben Sie im nächsten Jahr weniger als 1975 aus. Die Preissteigerungen, die Baukostensteigerungen - der Installateur, der das Wasser abdrehen soll, ist ja mit Recht teurer geworden infolge der Preissteigerungen - sind eingetreten, und jetzt sagen Sie: Wir werden noch weniger für die Instandhaltung ausgeben, als sich 1975 schon als zuwenig herausgestellt hat.

4198

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Zeillinger

Bei den Wiener Beschwerden - wir als Abgeordnete haben das überprüft - ist uns vom Ressort geantwortet worden: Konnte nicht repariert werden, weil erstens im ganzen Kasernenbereich nur ein Handwerker da ist und weil keine finanziellen Mittel vorhanden sind.

Meine Damen und Herren! Daraus entstehen Schäden, die in die Zehntausende gehen, weil man nicht die 100 oder 200 S hat, den kleinen Schaden zu reparieren. Das, Herr Minister, ist eben die finanzielle Seite, und das ist auch der Grund, warum wir Freiheitlichen Ihnen diese Frage vorlegen, denn der Verteidigungsminister sagt immer: Da ist der Herr Bautenminister zuständig!

Nun sitzen Sie als Zuständiger da. Es liegt bis zur Stunde von Ihnen kein Konzept vor, wie Sie diese Situation ändern wollen. Ich darf Sie bitten, daß Sie den Soldaten eine Verbesserung zusagen. Wenn wir in der nächsten Sitzung oder wenn wir morgen wieder den Soldaten Auge in Auge gegenüberstehen - die Sozialisten, die Volkspartei und wir Freiheitlichen -, wollen wir es ihnen sagen können, und ich würde ihnen gerne sagen: Ich zitiere den Bautenminister. Er hat gesagt: Am 1. Jänner fangen wir an und machen es anders! - Aber Sie sind jetzt sieben Jahre im Amt, und sieben Jahre haben Sie verschlafen, sieben Jahre haben Sie nichts getan!

Nun möchte ich mich noch kurz mit dem Herrn Postminister beschäftigen.

Herr Minister! Sie haben hier gesagt, man soll Ihnen nicht unterstellen, Sie leben von der Hand in den Mund. Ich bin gerne bereit, für Sie zu bezeugen: Weder persönlich - was ich Ihnen gar nicht wünschen würde - noch ressortmäßig leben Sie von der Hand in den Mund. Mein Gott! So harmlos und unschuldig sind Sie gar nicht, Herr Minister.

Ich habe mir, als Sie das sagten, schnell Ihre eigene Aussendung nach der Regierungsklausur heruntergenommen. Sie haben die Absicht, die Personentarife der Bahn um 40,6 Prozent zu erhöhen. Das ist natürlich schon ein bißerl hart für die Leute. Den, der mit dem Mercedes 600 fährt, trifft halt die Erhöhung der Personentarife nicht so wie den, der sich kein Auto leisten kann. Es gibt halt noch einige Leute, die nicht so wohlhabend sind in diesem Staate.

Wir haben Ihnen schon bei der Gebührenerhöhung gesagt, was das Unsoziale ist: Sie erhöhen die Gebühren für den Mautner Markhof genauso wie für den kleinen Rentner; der Unterschied ist nur der, daß der Mautner Markhof nicht mehr mit der Eisenbahn fährt, aber der kleine Rentner fährt mit der Eisenbahn,

und daher trifft ihn diese Gebührenerhöhung von 40,6 Prozent.

Und nun kommt die Tierquälerei: Sie geben es ratenweise, denn auf einmal würden ja die Kinder sterben, wenn man ihnen gleich die 40 Prozent eingäbe.

Ich darf Sie zitieren - das ist ein Papier von Ihnen, in Linz aufgegeben - . Hier heißt es:

„Nunmehr ist eine Erhöhung in drei Stufen vorgesehen.

1. Stufe 1. April 1977“ mit „15,2 Prozent, . . .

2. Stufe 1. März 1978“ mit „12,5 Prozent, . . .

3. Stufe 1. Feber 1979“ mit „8,5 Prozent, . . .“

Aber ich lese Ihnen das gar nicht vor. Das weiß der Minister genauso wie wir, nur das Volk weiß es noch nicht, daß dieser Minister, der jetzt so sparsam getan hat - fast hätte ich eine Sammlung für ihn eingeleitet -, die Personentarife für die kleinen Leute um 40 Prozent erhöhen wird.

Ich darf Ihnen den Satz zitieren, die Begründung des Herrn Ministers:

„Die Tarifmaßnahme soll vom Hauptausschuß auf einmal beschlossen werden.“ Das ist ja ganz ungewöhnlich! Noch nie ist im Parlament eine Tarifmaßnahme des Jahres 1979 jetzt beschlossen worden.

Darf ich weiterlesen:

„Vorteil: Es ist nur einmal eine politische Diskussion nötig.“ (*Heiterkeit bei den Oppositionsparteien.*)

Herr Minister! Das ist Ihr wahres Gesicht!

Jetzt kommt das Interessante. Die letzte Stufenerhöhung ist für den 1. Feber 1979 vorgesehen. Da könnten sogar schon kleine Sozialisten sagen: Herrgott noch einmal, jetzt hat uns der Lanc im April 1977 die Bahn verteuert, jetzt hat er uns im März 1978 die Bahn verteuert, und jetzt verteuert er uns im Feber 1979 noch einmal die Bahn! Damit darüber nicht geredet wird, sagen Sie: Das soll der Hauptausschuß jetzt beschließen! (*Abg. Mondl: Ist schon beschlossen worden!*)

Ich nehme an, daß Ihnen dieser Plan aufgegangen ist, denn - ich verrate ja kein Geheimnis, wenn ich es sage - ein paar Monate später ist die Nationalratswahl, und der Minister möchte hingehen und sagen: Wir tun alles für den kleinen Mann in diesem Staate! - Sie tun alles, um ihn umzubringen, Herr Minister, denn das ist eine Politik gegen den kleinen Mann!

Es ist geradezu eine Herausforderung, wenn dieser Minister sagt: „Die Tarifmaßnahme soll

Zeillinger

vom Hauptausschuß" des Parlaments „auf einmal beschlossen werden. Vorteil: Es ist nur einmal eine politische Diskussion nötig.“

Hinter mir sitzt normalerweise der Kanzler, der redet von Transparenz. Wir wollen reden, wir wollen es dem Volk sagen. Aber dann sagen Sie: Beschließen wir die Steuererhöhungen bis zum Ende dieser Gesetzgebungsperiode „auf einmal“!

In Wirklichkeit wollen Sie ja keine Transparenz. Sie haben ja Angst, daß die Leute über die Politik, die Sie machen, sprechen, Herr Minister! Antworten Sie: Waren das Ihre Worte, ist es Ihre Meinung, man solle das „auf einmal“ beschließen, so wie Sie es hier gesagt haben, damit darüber „nur einmal eine politische Diskussion nötig“ ist?

Es ist nicht nur die Bahn. Das Telephon spüren wir jetzt schon ab 1. Jänner; ich glaube, im Ortsverkehr sind es sogar um 25 Prozent mehr. Die Möglichkeit, daß sich alte Leute ein bisserl unterhalten können: 25 Prozent!

Die Lkw-Steuer, die Sie planen – die Diskussion darüber wird ja unvermeidbar sein –, die haben Sie heute noch nicht erwähnt. Darf ich das erwähnen? Sie wollen der Öffentlichkeit noch eine weitere Milliarde wegnehmen, auch wieder den Leuten, die fernab den Städten wohnen, wobei ich gleich dazusagen darf: Es gibt zwei Versionen. Die eine, Sie wollen es für den Straßenbau, die andere, Sie wollen es für den Huckepackverkehr. Vielleicht können Sie einmal dem Parlament, den Volksvertretern, sagen, wofür Sie diese Milliarde verwenden wollen!

Herr Minister! Ich anerkenne durchaus Ihre Bemühungen und Ihre Leistungen. Ich habe keine Hemmung zu sagen, daß sich dieser Minister bemüht, in einigen Bereichen wirklichkeitsnahe Entscheidungen zu treffen, verschiedenes zu verbessern.

Den von Ihnen zitierten Taktfahrplan will ich ohne weiteres als eine Verbesserung anerkennen. Auch daß Sie Fahrzeiten, die theoretisch zu kurz waren, entsprechend der Wirklichkeit hinaufgesetzt haben, anerkenne ich, denn der Reisende will lieber wissen, wann er ankommt, als daß er immer eine Zeit liest, zu der er nicht ankommt.

Hier haben Sie wirklich Initiative gezeigt.

Es gibt auch einen Kundendienst. Am Montag wurden nicht nur ich, sondern auch einige Berufreisende vom Bahnhofsvorstand von Salzburg angerufen und darauf aufmerksam gemacht – ich möchte das öffentlich anerkennen: er hat angerufen und hat das einigen Leuten gesagt, also nicht nur Politikern, meine

Herren! –, daß der „Wiener Walzer“ in Vorarlberg eingeschneit ist. Das war am Sonntag nachmittag. Er sagte: Stellen Sie sich um, wenn Sie nach Wien fahren wollen, wir haben andere Möglichkeiten, Sie nach Wien zu befördern. – Das ist eine Leistung, die steht in keiner Dienstvorschrift, das soll anerkannt werden. Hier ist ein guter Geist drinnen.

Vielleicht gelingt es auch noch, die Ursachen für die Klagen, die Sie sicherlich auch bekommen, zu beheben: Manchmal denke ich, die erste Klasse ist zu heiß, aber oftmals klagen andere wieder, daß es ungeheizte Waggons gibt. Das sind kleine Pannen, da sind nicht Sie schuld, aber es wird sicherlich auch möglich sein, das zu ändern.

Aber darf ich Sie noch um ein Letztes bitten. Das Thema „Post“ ist oft behandelt worden. Ich muß Ihnen sagen: Das ist ein sehr, sehr ernstes Thema deswegen, weil ja die Verschlechterungen auf dem Gebiet der Post letzten Endes von den Konsumenten – das sind wir Staatsbürger alle gemeinsam – getragen werden müssen.

Ich weiß, daß die Frage: Samstag-Zustellung – ja oder nein?, letzten Endes ein sozialer Streit ist. Für den Konsumenten – das ist der Arbeitnehmer genauso wie der Arbeitgeber, es geht nicht um die Büros in der Wiener Innenstadt –, für den Konsumenten also, der Briefe bekommen soll, ist es natürlich eine Verschlechterung, wenn er am Samstag seine Post nicht mehr bekommt.

Ich kritisiere folgendes, Herr Minister: Wir haben Hausbriefkästen, die ersparen unserem Briefträger das Hinaufsteigen in den vierten oder fünften Stock. Nur haben Sie Briefkästen gemacht, da kann man keinen Brief mehr hineinwerfen. Das bedeutet: Der Sohn, der bei seiner Mutter vorbeikommt und ihr etwas sagen möchte – schreiben kann er ja nicht, denn wenn er ihr schreiben will, daß er am Sonntag kommt, muß er den Brief schon am Montag oder am Dienstag aufgeben –, kann das nicht hineinschmeißen. Aus Konkurrenzneid, weil es ein Monopol ist – daß ja nicht eventuell privat zugestellt werden kann, daß ja niemand eine private Notiz hineinwerfen kann! –, hat man bewußt, nach Überlegungen, wie ich gehört habe, den Schlitz weggelassen, damit man in den Hausbriefkasten eben keine Post mehr geben kann.

Also zuerst kamen die Hausbriefkästen, in die nur der Briefträger hineinkann, dann kam die Samstagsperre der Zustellung.

Die Zeitungen sind noch fraglich. Da wird es ja eine sehr ernste Debatte geben. Das wäre eine echte Beeinträchtigung der Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit in diesem Staate.

4200

Nationalrat XIV. GP – 43. Sitzung – 15. Dezember 1976

Zeillinger

Herr Minister! Diese Frage müssen Sie jetzt wirklich prüfen. Ich bin absolut für die staatliche Briefzustellung, das möchte ich gleich sagen, aber wenn die staatliche Briefzustellung sagt: Wir machen Postkasteln, in die man nichts mehr hineinschmeißen kann, und wir stellen am Samstag nicht mehr zu!, dann muß man auch die private Zustellung ermöglichen und diskutieren. Da wird sich die Post zumindest teilweise aus diesem Monopol zurückziehen müssen.

Das ist eine konsumentenfeindliche Politik, Herr Minister, die geht ja letzten Endes gegen den kleinen Konsumenten, denn der bekommt die Briefe nicht im Geschäft. Dem Geschäftsmann ist das vielfach wurscht. Der Geschäftsmann läßt es sich telegraphisch schicken.

Der kleine Rentner telegraphiert nicht. Telefon hat er keines, und telegraphieren tut er nicht. Der schreibt der Mutter oder dem Bruder halt noch einen Brief. Den Brief kann er mit der Post nicht schicken, weil Sie am Samstag nicht zustellen, hineinschmeißen kann er es nicht, weil Sie Postkasteln gemacht haben, die keinen Schlitz haben. Sehen Sie: Das ist das Konsumentenfeindliche!

Zum Abschluß habe ich noch einen kleinen Privatkrieg, Herr Minister. Ich habe einmal dem Herrn Minister gesagt: Es ist jetzt so viel schlechter geworden. Der Herr Minister war nicht der Ansicht, daß es schlechter geworden ist. Er hat mir in einem Brief geschrieben – es ist ein sehr netter Brief, ich danke –, daß gewährleistet ist, daß jeder Brief, der rechtzeitig, also vor 24 Uhr, aufgegeben ist, am nächsten Werktag zugestellt wird.

Herr Minister! Ich hoffe, daß Sie das nicht selber glauben, denn auch Ihre Briefe werden nicht am nächsten Werktag zugestellt. Ich habe mir damals, als Sie diesen Brief geschrieben haben, so die Post angesehen. Ich habe vom Verteidigungsminister aus Wien einen Brief bekommen, der war von Mittwoch bis Montag unterwegs, fünf Tage. Oder vom Parlament eine Post, die war von Mittwoch bis Freitag unterwegs, drei Tage.

Herr Minister! Ich habe meine heutige Post – ich habe nicht gewußt, ob ich noch rede – noch nicht aufgemacht. Es braucht auch ein Brief in Wien von einem Postamt, von einem Bezirk in den anderen, ins Parlament zwei Tage. Das ist das Normale, Herr Minister.

Jahrzehntlang war es von Salzburg aus so, daß ein Brief, den ich bis 19 Uhr aufgegeben habe, am nächsten Tag in Wien war. Ich kann jetzt jeden Brief aufgeben: er wird in Wien nicht mehr zugestellt.

Ich möchte jetzt eines vermeiden: Es soll ja

nicht an den Briefträgern oder an den kleinen Postbeamten hängenbleiben! Was die leisten, ist gigantisch, was die jetzt zu Weihnachten leisten, können wir uns gar nicht vorstellen.

Ich habe mich selbst überzeugt. Da das damals in der Zeitung gestanden ist, waren die Briefträger böse und haben gesagt, ich solle hinauskommen. Sie stellen zu, was ihnen am nächsten Tag hingelegt wird, was aufgeteilt wird, was nach Salzburg kommt. Nur: Was nicht kommt, können sie nicht zustellen.

Ich anerkenne: Mein Briefträger ist so weit, daß er sogar am Samstag nicht nur die Zeitung bringt, sondern sogar auch die Post mitnimmt, die schon angefallen ist. Das ist eine sicherlich nicht in der Dienstvorschrift stehende zusätzliche Leistung. Ich anerkenne sie, ich bedanke mich dafür.

Aber irgendwo muß doch der Wurm drinnen sein, der Wurm, von dem Sie, Herr Minister, mir nichts schreiben. Ich bin überzeugt, daß Sie mir nur das geschrieben haben, was Sie glauben und was Ihnen die Beamten sagen. Sie sagen, daß eine eintägige Beförderungsdauer gewährleistet ist, die Zustellung der Postsendung müßte an dem der Aufgabe folgenden Werktag erfolgen.

Herr Minister! Da haben Sie meine heutige Post: Wien – zwei Tage, Wien – zwei Tage, Wien – vier Tage, Wien – drei Tage, Wien – drei Tage; diese zwei Briefe sind nur einen Tag gegangen. So, das ist meine heutige Post. Ich bin bereit: Wenn Sie nach Salzburg kommen, gehen wir hinein, senden wir ohne Absender einen normalen Brief, oder nehmen wir einen fingierten Absender, schmeißen wir einen Brief um sechs oder um sieben Uhr am Abend ins Postkastel, und schauen Sie dann, wann der in Wien bei einer Privatpost ankommt.

Herr Minister! Ich möchte eines vermeiden: Der Herr Bautenminister hat gesagt: Reichsbrücke – nie etwas gehört von einem Stahl Schaden! Und der Herr Postminister glaubt, daß die Post noch immer so funktioniert wie vor zehn Jahren.

Herr Minister! Ich möchte vermeiden, daß Sie glauben, daß die Postzustellung noch so ist, wie in der schlechten alten Zeit, und zwar liegt hier nicht ein Verschulden der Verteiler oder der Briefträger vor; ich kann Ihnen nicht die Ursache nennen. Es ist leider in der guten neuen Zeit schlechter als in der schlechten alten Zeit. Tun Sie das Ihre!

Aber Sie werden verstehen, daß wir Freiheitlichen einem Kapitel, wenn der eine Minister sagt: Nie etwas von dieser Sache gehört!, und von dem der andere glaubt, daß alles in Ordnung ist, nicht unsere Zustimmung geben können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Bitte.

Bundesminister für Bauten und Technik **Moser:** Herr Präsident! Hohes Haus! Die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Zeillinger veranlaßt mich doch noch einmal zu einer Stellungnahme, vor allem deshalb, weil er zum Ausdruck gebracht hat, es solle in der Causa Reichsbrücke etwas verschleiert werden, es solle das Parlament getäuscht werden, wie er es genannt hat.

Meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Zeillinger! Sie selber wissen ganz genau, daß unmittelbar nach diesem Schadensereignis eine Expertenkommission mit der strengen und genauen Untersuchung der Unfall- oder Schadensursache eingesetzt worden ist. Ich habe bei meiner Beantwortung der Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt gesagt, daß kein Bericht vorhanden ist, der etwa in diese Richtung geht, die er angedeutet hat.

Natürlich ist mir bekannt, daß diesbezügliche Dinge nicht erst in jüngster Zeit, sondern fast laufend in den Zeitungen stehen, daß es viele Theorien darüber gibt oder daß viele entwickelt werden. Ich stütze mich aber einzig und allein auf das, was die eingesetzte Sachverständigengruppe letzten Endes entscheiden oder zutage fördern wird. Das wird für mich das Entscheidende sein, nicht das, was da und dort einmal in der Zeitung steht, also Annahmen, einmal so und einmal so.

Ich sage Ihnen noch einmal: Bis zur Stunde gibt es nicht den geringsten Bericht, in dem etwa ein Hinweis auf die vom Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt angedeutete Ursache dieses Schadens vorhanden wäre.

Was nun die Frage der Kasernenbauten anlangt, ist natürlich auch mir der Zustand der Kasernen bekannt, sowie auch Ihnen, Herr Abgeordneter, sicherlich bekannt ist, daß im heurigen Jahr zehn Mannschaftsunterkünfte in Bau gegangen sind, wenn ich dabei die Seetaler Alpe mit den vier Mannschaftsunterkünften und dem Heizhaus außer Betracht lasse. Wir hoffen, daß also in Kürze zumindest diese zehn Kasernenneubauten beziehungsweise Mannschaftsunterkünfte dem Betrieb übergeben werden können.

Aber es ist ja nicht so, wie Sie es gesagt haben. (*Abg. Dr. Eduard Moser: 15 waren versprochen, Herr Bautenminister!*) Herr Abgeordneter, ich darf Ihnen doch sagen, der Zustand der Kasernen würde nicht so sein, wenn seit dem Jahre 1956 laufend Reparaturen an diesen Kasernen vorgenommen worden wären.

Der Verfall wäre ja nicht so weit gekommen! (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Zeillinger.*)

Aber es ist ja nicht so, Herr Abgeordneter Zeillinger, daß wegen Glühbirnen ein wahnsinnig bürokratischer Weg eingeschlagen wird. Es gibt eine Vereinbarung, daß wir bei so kleinen Reparaturen – ich möchte fast sagen, etwa in der Abgrenzung, wie der Mieter selber in seiner Wohnung Reparaturen machen kann – keinen bürokratischen Apparat in Gang setzen wollen. Ich teile Ihre Meinung, es wäre ja geradezu unsinnig und grotesk, wenn bei so lächerlichen Kleinigkeiten erst ein umfangreicher Behördenapparat oder Ämterapparat in Gang gesetzt werden müßte. Das ist ja nicht der Fall.

Ich gebe zu, daß da sicherlich noch gewisse Dinge auszuräumen sind. Draußen, also am Ort selbst, ist es da und dort auch nicht so leicht, Intentionen, wie sie vielleicht zwischen den beiden Ministerien ausgesprochen worden sind, sofort durchzusetzen.

Aber wenn Sie meinen, daß im Jahre 1977 weniger Mittel als im Jahre 1955 vorhanden sein würden, dann, Herr Abgeordneter Zeillinger, ist das ebenfalls nicht richtig. Für die Instandsetzung stehen im heurigen Jahr etwa 131 Millionen Schilling zur Verfügung, im nächsten Jahr werden 229 Millionen Schilling für Kasernenbauten vorhanden sein, also fast um 100 Millionen mehr, damit wir gerade im Bereich der Instandsetzungen dann etwas schneller weiterkommen. (*Abg. Staudinger: Das ändert nichts an dem, was Sie versprochen haben!*) Und im Bereich der Neubauten, so wurde ich eben informiert, werden wir nächstes Jahr über 108 Millionen Schilling zur Verfügung haben.

Wir werden also versuchen, den sicherlich nicht sehr guten Zustand mancher Kasernen schrittweise zu verbessern, und zwar von meinem Ressort aus in engem Einvernehmen mit dem Verteidigungsministerium. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Zeillinger: Tatsächliche Berichtigung!*)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung meldet sich der Abgeordnete Zeillinger.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Der Herr Bundesminister hat meine Ausführungen zum Budget, meine Zitate als unrichtig bezeichnet. Sie haben die Instandsetzung einerseits den Neubauten andererseits gegenübergestellt.

Ich sprach von der Instandhaltung, Herr Bundesminister! 1975 waren es 235,8 Millionen Schilling, 1977 sind es 228,9 Millionen Schilling; das ist zum Unterschied von Ihren Ausführungen weniger als 1975. (*Beifall bei der FPÖ. – Rufe bei der ÖVP: Jawohl!*)

4202

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hietl.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Bevor ich zum eigentlichen Thema, also zum Kapitel Verkehr, komme, nur einen Satz, Herr Minister Moser. Auf einen Zwischenruf meines Kollegen Dr. Moser eingehend, haben Sie die ÖVP beschuldigt, daß sie in ihrer Zeit nichts gemacht hätte. Darf ich Sie daran erinnern, daß es in der Koalitionszeit immer wieder die SPÖ war, die höhere Mittel für die Landesverteidigung rundweg abgelehnt hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun komme ich zu einigen Ausführungen meiner Vorredner zum Kapitel Verkehr. Herr Minister, ich werde mich im Laufe meiner Ausführungen noch mit Ihren Antworten befassen, doch für eines darf ich danken, nämlich für die Offenherzigkeit, die wir eigentlich noch nie gehört haben. Immer wieder und egal wo immer, wenn wir von den Kostensteigerungen und davon gesprochen haben, daß zuwenig Mittel zur Verfügung stehen, wurde seitens der Regierungspartei gesagt, wir polemisieren, wir betreiben Opposition, wir sind nicht zu aktiver Mitarbeit bereit.

Der Herr Verkehrsminister Lanc hat heute in aller Offenheit bezüglich des Telefonausbaues erklärt, wie wesentlich die Kosten gestiegen sind im Gegensatz zu den Mitteln, die zur Verfügung stehen: beispielsweise Telefonhörer um 50 Prozent, Telefonmast um 87 Prozent, Kabelverlegung pro Meter um 195 Prozent, Lohnerhöhung um 109 Prozent. Ich frage, Herr Minister: Wer ist denn dafür zuständig, daß in diesen Jahren die Kosten besonders gestiegen sind? Ich nehme doch an, die Bundesregierung, die von der Sozialistischen Partei allein gestellt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Dr. Lenzi! Sie haben gesagt, daß es rufschädigend wäre, wenn sich Abgeordnete der Oppositionspartei hierher stellen und Kritik an einem öffentlichen Unternehmen, an dem Unternehmen der Österreichischen Bundesbahnen üben. Auch dazu darf ich fragen: Steht es einem freigewählten Abgeordneten nicht zu, an Unternehmen, die mit Steuergeldern bezahlt werden - mit Steuergeldern jedes einzelnen Staatsbürgers -, Kritik zu üben? Wir kritisieren, weil wir glauben, daß es hier am richtigen System mangelt, daß der Minister nicht in der Lage ist, ein Konzept für die Bundesbahnen so zu erstellen und auch so auszuführen, daß kein großes Defizit daraus erwächst. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Abgeordnete Prechtl meint, man solle die Österreichischen Bundesbahnen als Großbetrieb Österreichs aus dem politischen

Tagesstreit heraushalten, dann kann ich nur wiederholen: Letzten Endes ist es, glaube ich, notwendig und richtig, darauf hinzuweisen, denn schließlich ist das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen innerhalb der sozialistischen Regierungszeit um 300 Prozent gestiegen. Dazu kann man in aller Öffentlichkeit eben nicht schweigen, man muß immer wieder auf diese schlechte Politik hinweisen, die von der sozialistischen Regierung gemacht wird und durch die jeder einzelne Bürger immer wieder mit seinem Schilling zur Kasse gebeten wird. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich weiß, meine Damen und Herren, daß Sie das nicht gerne hören! Aber ich glaube, es ist notwendig, diese Dinge ernst zu beleuchten und die Bevölkerung davon zu informieren, wie Sie es wirklich treiben.

Ein Lob darf ich hier aussprechen, ein Lob einem verstaatlichten Unternehmen, nämlich der DDSG. Ich brauche nicht näher darauf einzugehen, Kollege Libal hat mir ja einiges abgenommen. Von unserer Warte aus darf ich hier feststellen, daß sich die DDSG trotz der schweren Konkurrenz, die ihr vor allem aus den Ost- und Südoststaaten erwächst, immer bemüht hat, auch mit weniger Personal und ungeachtet aller Schwierigkeiten, die da auftreten, ihre Leistung zu steigern. Mit geringeren Mitteln und trotz Verlusten, wie sie zum Beispiel durch den heute vielzitierten Reichsbrückeneinsturz entstanden sind, hat sie immer wieder dafür gesorgt, daß der Schiffsverkehr an sich aufrechterhalten wird und positive Ergebnisse herauskommen.

Besonders darf ich mich als einer, der in der Wachau zu Hause ist, darüber freuen, daß ein Ausflugschiff, auf den Namen „Wachau“ benannt, neu gebaut wurde. Es wird ebenfalls der Personenschifffahrt, die letzten Endes heute immer mehr als Verkehrsmittel herangezogen wird, dienen, wird diese Situation positiv meistern und kann mit dazu beitragen - vor allem für jene Leute, die gerne Schiffsreisen unternehmen -, den Ausflugsverkehr attraktiver zu gestalten.

Meine Damen und Herren! Einige Worte zum Postwesen. Ich habe eine Reihe von Anfragen im Budgetausschuß gestellt. Eine der wesentlichsten Fragen, Herr Minister, wurde nicht beantwortet, nämlich den Neubau des Postamtes Rohrendorf bei Krems betreffend. Ich wäre sehr dankbar, wenn ich, meinerwegen auf schriftlicher Ebene, darauf eine Antwort bekommen würde.

Eines, glaube ich, muß ich hier als einer, der am Lande draußen wohnt, und als ländlicher Abgeordneter auch wieder einmal feststellen:

Hietl

Seit wenigen Jahren gibt es die Landbriefkästen. Es wird immer wieder gerade von dieser Regierung von der Chancengleichheit, von der gleichen Behandlung aller Menschen in Österreich gesprochen. Ich muß darauf hinweisen, daß durch die Aufstellung dieser Landbriefkästen die Postzustellung im ländlichen Raum wesentlich erschwert wurde. Ich kann Ihnen Schreiben zeigen, Herr Minister, wo sich die einzelnen Bewohner draußen darüber beschweren, daß sie nichtbescheinigte Sendungen oft nur einmal in der Woche erhalten. Ich bitte, dies nicht auf die Beamten abzuschieben, sondern ich muß hier wieder betonen, es liegt am System, und dafür ist der Minister zuständig! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Nun zu den Post- und Telefongebühren. Vorige Woche ist die große Belastungswelle auf alle Staatsbürger niedergegangen; auch hier - und das kann man nicht deutlich genug sagen - wieder ein Anschlag auf die Bevölkerung im ländlichen Raum. Denn es geht heute eben nicht anders, als viele Sachen telefonisch zu erledigen. Bis zu 26 Prozent wurden die Telefongebühren erhöht, und letzten Endes, glaube ich, kommt wieder der zum Handkuß, der nicht die Möglichkeit hat, wegen jeder Kleinigkeit einfach in die Stadt zu fahren, der das Telefon benutzen muß und dafür umso mehr zur Kasse gebeten wird.

Wenn Sie, Herr Minister, hier von höheren Kosten gesprochen und erklärt haben, man könnte dadurch mehr Telefone errichten, mehr Anschlüsse schaffen, so sage ich: Jawohl, einverstanden, alle wollen heute ein Telefon haben, aber zu gleichen Lasten der gesamten Bevölkerung in Österreich, nicht zu Lasten einzelner.

Zu den Österreichischen Bundesbahnen. Ich bitte, meine diesbezüglichen Ausführungen nicht mißzuverstehen. Gerade wir von der Landwirtschaft, wir bäuerlichen Abgeordneten, kennen keine Neidkomplexe. Aber ich glaube, zur Richtigstellung der Dinge soll eines erwähnt werden, und zwar deswegen - wir werden es heute in der anschließenden Debatte sicherlich das eine oder das andere Mal noch hören -, weil man uns, gerade der Landwirtschaft immer wieder vorhält, was auf dem sozialen Sektor für die bäuerlichen Menschen alles getan wird.

Ich darf hier nur einen Vergleich anstellen - ich möchte noch einmal klarstellen, daß ich niemandem auch nur einen Schilling neide; jeder Mensch in Österreich hat das Recht auf Pensionsanspruch, aber was das die Allgemeinheit kostet, sei gesagt -: Bei den Österreichischen Bundesbahnen haben wir derzeit laut schriftlicher Mitteilung des Herrn Bundesministers 74.000 Aktive. Diesen stehen 81.000

Pensionisten gegenüber; das Durchschnittsalter bei der Pensionierung beträgt 55 Jahre: sicherlich gut für jeden Menschen, der in Pension gehen kann. Ich vergleiche nur: in der Landwirtschaft ist es erst 10 Jahre später möglich, und zwar mit 65 Jahren. Die Belastung des Budgets hierfür beträgt 5,8 Milliarden Schilling, das heißt, pro Einzelpension 71.000 S.

Ich glaube, daß auch das in der Öffentlichkeit gesagt werden kann, ohne daß uns der Vorwurf gemacht wird, Neidkomplexe oder ähnliches zu haben.

Herr Bundesminister! Abschließend zur Lkw-Steuer. Es wurde heute schon betont, daß die wirtschaftliche Ausgangslage unserer Betriebe in den Grenzgebieten wesentlich erschwert wird. Ich kann das nicht verstehen: Auf der einen Seite spricht man von Grenzlandförderung - ich weiß, daß die Länder sehr viel dazu tun -, bei anderer Gelegenheit hat der Kollege Pfeifer erklärt, der Bund wäre es, der so viel für die Grenzlandförderung tut. Und jetzt will man auf der anderen Seite, gerade für dieses Gebiet, wo die Situation für die Leute ohnedies am schwierigsten ist, eine Lkw-Steuer unter dem Vorwand einführen, man wolle den Transitverkehr eindämmen, man solle jene, die auf dem Transitweg Österreichs Straßen benutzen, am Bau österreichischer Straßen mitzahlen lassen.

Ich glaube, daß das zwei verschiedene Dinge sind, die man bei bestem Willen einfach nicht unter einen Hut bringen kann. Hier muß man einmal unterscheiden zwischen dem Transitverkehr und dem wirtschaftlichen Verkehr in unserem Grenzgebiet, wo sich die Frachtkosten dadurch um 30 bis 40 Prozent verteuern würden. Das ist gegen das Prinzip einer vernünftigen Wirtschaftspolitik! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich bitte Sie, Überlegungen anzustellen und einen Weg zu suchen, der unsere eigene Wirtschaft im Grenzgebiet nicht so schwer belastet.

Herr Bundesminister! Sorgen Sie dafür, daß in Ihrem Ressort von Konzepten nicht nur gesprochen wird. Werfen Sie uns nicht vor, in der ÖVP-Regierung wäre ein großes Konzept erstellt worden, schön wäre nur das Papier gewesen, schön wäre nur gewesen, was drinnen zu lesen war, aber es sei nichts verwirklicht worden. Es waren gute Ansätze in der Verkehrspolitik. Außerdem haben ja Sie während der Nachkriegszeit den Verkehrsminister gestellt.

Nun haben Sie all die Jahre hindurch, schon über 6 Jahre, bewiesen, daß Sie zwar von Konzepten sprechen, aber ein geeignetes Konzept bis heute nicht vorgelegt haben. Tun Sie das Ihre, um den Verkehr in Österreich in allen

4204

Nationalrat XIV. GP - 43. Sitzung - 15. Dezember 1976

Hietl

Bereichen auf die richtige Linie zu bringen, und sorgen Sie dafür, daß die Defizite in Ihren Sparten geringer werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. - Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe XIII des Bundesvoranschlages 1977 abstimmen.

Diese umfaßt das Kapitel 64 samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 320 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe X des Bundesvoranschlages 1977.

Diese umfaßt die Kapitel 65, 78 und 79 samt den dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 320 der Beilagen.

Ich bitte auch hier jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 878/J bis 883/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Mittwoch, den 15. Dezember, um 16,20 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-51 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960 (Grüner Plan 1977), samt Beilage (Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1975) (368 der Beilagen) und

2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt Anlagen (320 und Zu 320 der Beilagen), Beratungsgruppe VIII, Land- und Forstwirtschaft.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 15 Minuten